

**Schriftenreihe der Landesforstverwaltung
Baden-Württemberg
Band 54**



**Die Entwicklung der
Forstorganisation in
Württemberg seit 1803
von
Wilfried Ott**

1979



**Ministerium für Ernährung
Landwirtschaft und Umwelt**

**Die Entwicklung der Forstorganisation in
Württemberg seit 1803**

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
der
Forstwissenschaftlichen Fakultät
der
Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg i. Br.
vorgelegt von
Wilfried Ott
aus Plochingen a. N.
1979

Dekan: Professor Dr. Zöttl
Leiter der Arbeit: Professor Dr. Mantel
Referent: Professor Dr. Mantel
Korreferent: Professor Dr. Nießlein

Tag der Verkündung des Prüfungsergebnisses: 9. Juli 1979



Uniform eines Oberförsters (Forstamtsleiters) zu Pferd von 1818 bis 1851.

(Vorlage und Aufnahme: Hauptstaatsarchiv Stuttgart A 15 Bü. 21.)

Vorlage und Aufnahme: Hauptstaatsarchiv Stuttgart (Staatsarchiv Ludwigsburg E 245 Bü).

Geleitwort

Württemberg ist dadurch, daß es schon frühzeitig ein geschlossener Territorialstaat war, wie durch seine lang zurückreichende forstliche Entwicklung ein besonders interessantes Gebiet für forstgeschichtliche Untersuchungen. Nachdem in Bd. 1 der Schriftenreihe die Geschichte der Forstorganisation in Baden seit 1803 veröffentlicht wurde, liegt nunmehr auch eine umfassende Darstellung der Forstorganisation in Württemberg seit 1803 von Herrn Ltd. Ministerialrat Dr. W. Ott vor.

In langjähriger Arbeit hat Ott das umfangreiche Material der letzten 200 Jahre erfaßt, systematisch aufgearbeitet und kritisch ausgewertet. Dabei werden die zeitgenössischen Stellungnahmen, Eingaben, Anträge, Landtagsverhandlungen, Reformgutachten u. a. eingehend dargestellt und die Entwicklungslinien auch im Vergleich mit anderen Ländern klar herausgearbeitet.

Entsprechend der Entwicklung in den meisten deutschen Ländern kommt es auch beim Forstpersonal in Württemberg im Laufe des 19. Jahrhunderts zu einem wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg, bei der aus den Trägern der Hutten Leiter der Reviere und schließlich Leiter der Forstämter werden. Folgerichtig ist dabei auch die Entwicklung der forstlichen Ausbildung von der Forstschule zur Forstlehranstalt und schließlich zur Universität. Dieser Ablauf war geradezu zwangsläufig zum einen durch die Abkehr von feudalistischen Formen, zum anderen durch das Aufkommen eines durch Bildungsstreben und Aufklärung gekennzeichneten bürgerlichen Standes. Gleichzeitig ändert sich auch die forstwirtschaftliche Zielsetzung von der Brennholz- zur Nutzholzwirtschaft, wodurch sich die Intensität der Waldbehandlung erhöht.

Eine zweite Entwicklung, die in ihrer Bewegung und Dynamik vielfach an die 1. Welle der Anhebung der alten Revierförster erinnert, ist der Aufstieg der Waldschutzorgane, die anfänglich zum unteren Forstdienst zählen, aber nach 1950 als Revierleiter Beamte des gehobenen Dienstes mit Fachhochschulausbildung werden. Auch hier liegen die Wurzeln vielfach in allgemeinen sozialen Veränderungen wie in Ausbildungsbestrebungen aber auch in organisatorischen und besoldungspolitischen Reformen.

Auffallend ist, wie sehr die beiden „Emanzipationen“, die der alten Revierförster im 19. Jahrhundert und die der neuen Revierförster des 20. Jahrhunderts sich in Motivation und Struktur ähneln. So bewahrheitet sich auch hier die allgemeine Erkenntnis: „Alles fließt“ und „Alles kehrt wieder“.

Mit der vorliegenden Arbeit wird ein wertvoller Beitrag für die Entwicklung der württembergischen Forstverwaltung und darüber hinaus auch für die Forstgeschichte Südwestdeutschlands gegeben.

Freiburg und Stuttgart im August 1979

Dr. Max Scheifele
Landesforstpräsident

Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Kurt Mantel

Inhalt

Einleitung	11
A. Allgemeine und forstwirtschaftliche Verhältnisse im Herzogtum am Ende des 18. Jahrhunderts	12
I. Geschichtliche Einführung	13
II. Organisation und Zustand der altwürttembergischen Forstverwaltung	13
1. Allgemeine Verwaltung	14
2. Forstverwaltung	14
2.1 Allgemeine Verhältnisse	16
2.2 Zentrale Landesbehörden	17
2.3 Jägerei	18
2.4 Bezirksverwaltung	18
2.4.1 Rentkammer (Forste, Forstämter)	22
2.4.2 Kirchenrat	22
2.4.3 Oberämter	23
2.5 Forstpersonal	24
2.5.1 Ausbildung	25
2.5.2 Stellenbesetzung	25
2.5.3 Aufgaben	26
2.5.3.1 Bewirtschaftung der Kameralwäldungen	26
2.5.3.2 Forstaufsicht und Verwertung der Forstrechte	27
2.5.3.3 Forstschutz	28
2.5.3.4 Forststrafrechtspflege	28
2.5.3.5 Jagd	29
2.5.4 Besoldung	32
2.5.5 Verhältnis zur Bevölkerung	34
2.6 Erste Reformbestrebungen	34
2.6.1 Forst- und Jagddeputation	35
2.6.2 Ausbildung	36
2.6.3 Taxation	37
2.6.4 Personalpolitik	37
3. Zusammenfassung	38
B. Der Ausbau der Forstverwaltung unter Herzog, Kurfürst und König Friedrich (1803–1816)	39
III. Neuwürttemberg (1803–1805)	39
1. Allgemeine Verwaltung	39
2. Forstverwaltung	39
2.1 Zentralstelle	40
2.2 Bezirksverwaltung	40

IV. Die Organisation der Forstverwaltung im Königreich	43
1. Allgemeine Verwaltung	43
2. Forstverwaltung	45
2.1 Zentralstelle	45
2.2 Bezirksverwaltung	46
2.2.1 Oberforstämter	46
2.2.2 Hutten	47
2.2.3 Forstkassenämter	50
2.2.4 Besoldung	50
2.2.5 Ausbildung	51
3. Zusammenfassung	51
C. Die Reform der Forstverwaltung unter König Wilhelm I.	54
V. Die Neuorganisation nach Einführung der konstitutionellen Monarchie	54
1. Der Verfassungskampf	54
2. Die Neuorganisation der allgemeinen Verwaltung	55
3. Die Reform der Forstverwaltung im Jahre 1818	56
3.1 Jagd	56
3.2 Zentralstelle	58
3.3 Bezirksverwaltung	59
3.4 Kassen- und Rechnungswesen	63
3.5 Forstpersonal	63
3.6 Ausbildung	65
4. Die Forstorganisation des Jahres 1822	66
4.1 Der Kampf um die Revision der Forstorganisation von 1818	66
4.2 Zentralstelle	72
4.3 Bezirksverwaltung	73
4.4 Forstpersonal	75
4.5 Ausbildung	77
5. Beurteilung der Forstorganisationen von 1818 und 1822	78
D. Die Entwicklung von 1822 bis zur Reformbewegung 1848/49	81
VI. Forstpolitische Entwicklung	81
VII. Die Forstverwaltung ohne Zentralstelle (1822/27–1849)	85
1. Die Aufhebung des Forstrats	85
2. Allgemeine Entwicklung	88
3. Betriebsplanung	89
4. Forstschutz	91
5. Ausbildung	94
6. Prüfungswesen	95
7. Zusammenfassung	99

E. Von der Reformbewegung 1848/49 bis zur Forstorganisation von 1902	101
VIII. Die Revolution von 1848/49	101
1. Politische Entwicklung	101
2. Die Forstverwaltung in den Revolutionsjahren	101
3. Der Organisationsentwurf von 1849	103
IX. Die Entwicklung der Forstverwaltung nach der Beseitigung des Provinzialsystems	107
1. Die Wiederherstellung einer Zentralstelle	107
2. Forstpolitische Entwicklung	109
3. Forstgerichtsbarkeit	111
4. Forstwache	114
5. Der Kampf um die Einführung des Oberförstersystems	118
5.1 Bezirksverwaltung 1849–1865	118
5.2 Besoldung	121
5.3 Prüfungswesen	121
5.4 Ausbildung	124
5.5 Bezirksverwaltung 1865–1887	125
5.6 Die Forstorganisation von 1888	128
5.7 Der Einsatz des Nachwuchses im Forst- und Revieramtsdienst	131
6. Vom Forstschutz- zum Hilfspersonal	132
7. Zusammenfassung	134
X. Die Forstorganisation von 1902	136
1. Der Durchbruch zum Oberförstersystem	136
2. Bezirksverwaltung	138
3. Hilfs- und Vorbereitungsdienst	139
4. Leitungs- und Aufsichtsdienst	141
5. Gesetzgebung	143
6. Zusammenfassung	143
F. Der Zeitraum von 1902 bis zur Bildung des Landes Baden-Württemberg (1952)	145
XI. Von 1902 bis zum Ende des ersten Weltkriegs (1918)	145
1. Zentralstelle	145
2. Bezirksverwaltung	147
3. Ausbildungs- und Prüfungswesen	151
4. Forstpersonal	152
4.1 Höherer Forstdienst	152
4.2 Unterer Forstdienst	152
5. Zusammenfassung	153
XII. Vom Ende des ersten bis zum Ende des zweiten Weltkriegs (1918–1945)	156
1. Politische Entwicklung	156
2. Zentralstelle	156
3. Bezirksverwaltung	159
4. Ausbildungs- und Prüfungswesen	163
5. Betriebsdienst	164
6. Zusammenfassung	172

XIII. Vom Ende des zweiten Weltkriegs bis zur Bildung des Landes	
Baden-Württemberg (1945–1952)	174
1. Die Teilung der Forstverwaltung	174
2. Nordwürttemberg	175
3. Südwürttemberg-Hohenzollern	177
4. Ausbildung	178
5. Körperschafts- und Privatwald	179
6. Die Bildung der baden-württembergischen Landesforstverwaltung	180
XIV. Schlußkapitel: Die großen Linien in der Entwicklung der Forstorganisation in Württemberg	181
XV. Verzeichnis der Abkürzungen	193
XVI. Quellen- und Literaturverzeichnis	194
XVII. Verzeichnis der Anlagen	200
1. Die Leiter der württembergischen Forstverwaltung	201
2. Waldflächenverteilung in Württemberg nach Besitzarten	202
3. Besoldung des Oberforstmeisters von Schorndorf im Jahre 1735	204
4. Umrechnungstabelle altwürttembergischer Münzen und Maße	206
5. Wortlaut des Amtseids	206
6. Geschäftsverteilungsplan des Forstdepartements vom 9. März 1809	207
7. Bittschriften	208
8. Verzeichnis der im Jahre 1809 amtierenden Oberforstmeister	210
9. Vorlage des Organisationsplan 1818 durch Finanzminister v. Malchus an König Wilhelm I	213
10. Schreiben des Forstrats an König Wilhelm I vom 26. Sept. 1818	216
11. Charakteristik der 1817 amtierenden Forstmeister	221
12. Unmaßgebliche Bemerkungen	222
13. Anbringen des Finanzministeriums an König Wilhelm I	223
14. Abschiedsschreiben des Präs. v. Graner vom 24. Juli 1913	226
15. Abschiedsschreiben des Präs. Prof. Dr. Wagner vom 30. Sept. 1924	230

Einleitung

Wie die Ergebnisse der forstgeschichtlichen Forschung beweisen, gehört die Forstverwaltung nicht nur zu den ältesten Verwaltungszweigen unseres Landes, sie dürfte sogar die älteste heute noch vorhandene Fachverwaltung sein. Es lag daher nahe, die Entwicklung der württembergischen Forstorganisation in ähnlicher Weise zu untersuchen, wie dies für Baden durch Scheifele der Fall war.¹⁾ Eine Darstellung dieser Entwicklung seit 1803, d. h. seit dem Aufstieg des Herzogtums zum Kurfürstentum und Königreich und der damit zusammenhängenden durchgreifenden Umgestaltung der Verwaltungsorganisation ist jedoch nur sinnvoll, wenn sie auf dem Hintergrund des im 18. Jahrhundert bestehenden Zustands erfolgt. Die ungeheure qualitative Veränderung, die die Forstverwaltung im Laufe des 19. Jahrhunderts erfahren hat, kann nur auf diese Weise sichtbar gemacht werden. Da die Entstehung der altwürttembergischen Forstorganisation weitgehend geklärt ist, ergab sich darüber hinaus die Möglichkeit, unter Einbeziehung der relevanten Ergebnisse dieser Untersuchungen die gesamte Vorgeschichte in großen Zügen darzustellen.

Der weitere Ablauf ist durch den Wandel vom Revierförster- zum Oberförstersystem bestimmt. Trotz der seit langem vollzogenen Änderung der Dienstbezeichnungen sind beide Begriffe auch heute noch geeignet, die Entwicklung der Forstverwaltung in ihrer entscheidenden Phase prägnant und treffend zu kennzeichnen. Um diesen Werdegang verständlich zu machen bedarf es daher einer klaren Definition, die allerdings nicht darüber hinwegtäuschen sollte, daß der Übergang vom einen zum andern System fließend erfolgt ist. Beim **Revierförstersystem** ist die Betriebsleitung in der Weise geteilt, daß ein wissenschaftlich voll ausgebildeter Beamter (Forstmeister) für Planung, allgemeine Anweisungen und Vollzugskontrolle zuständig ist, während der nachgeordnete Beamte (Revierförster) mit einer mehr praxisorientierten und weniger wissenschaftlich fundierten Ausbildung zwar bei der Planung mitwirkt, den Schwerpunkt seiner Tätigkeit jedoch im Betriebsvollzug zu suchen hat, wobei der Dienstbezirk des Forstmeisters sich jeweils über mehrere Reviere erstreckt. Beim **Oberförstersystem** liegen dagegen Planung und Betriebsvollzug ungeteilt in der Hand **eines** Beamten (Oberförster) mit voller wissenschaftlicher Ausbildung, der durch Hilfskräfte mit ausschließlich oder überwiegend empirischer Vorbildung unterstützt wird. Am Ende des in der vorliegenden Arbeit behandelten Zeitraums zeichnet sich schließlich der Übergang zum **Forstamtssystem** ab, das durch den Umstand charakterisiert wird, daß im Unterschied zum Oberförstersystem der Betriebsvollzug nicht mehr dem Betriebsleiter obliegt, sondern gut ausgebildeten Beamten des gehobenen Forstdienstes übertragen ist, die ihn als Mitarbeiter auch in der Planung unterstützen, ohne daß seine volle Verantwortlichkeit für diesen Bereich dadurch beeinträchtigt wird.

Bei der Verarbeitung des Materials wurden so weit wie möglich Archivalien berücksichtigt. Da die Akten der früheren württembergischen Forstdirektion durch Kriegseinwirkung restlos vernichtet wurden, fließen diese Quellen allerdings nur bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts so reichlich, daß auf ihnen Aussagen aufgebaut werden können. Dabei wirkte sich nicht nur die mangelhafte Ablieferung an die Archivverwaltung nachteilig aus, sondern auch die Tatsache, daß die Forstdirektion als »Landeskollegium« gleichzeitig die Funktion einer Ministerialabteilung hatte und das Finanzministerium deshalb kaum über Forstakten verfügte. Aus diesem Grunde mußte bei der Bearbeitung der 2. Hälfte des 19. und der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts weitgehend auf Literatur und Landtagsverhandlungen zurückgegriffen werden. Dank des lebhaften Interesses, das die Fragen der Forstorganisation bis ans Ende der Weimarer Republik in der forstlichen Fachpresse und im Parlament fanden, dürfte es trotz dieses Mangels gelungen sein, die letzten 100 Jahre der bewegten württembergischen Forstverwaltungsgeschichte realistisch nachzuzeichnen.

¹⁾ Scheifele, M.: Die Forstorganisation in Baden seit 1803.

A. Allgemeine und forstwirtschaftliche Verhältnisse im Herzogtum am Ende des 18. Jahrhunderts

I. Geschichtliche Einführung

Aus den kleinen Anfängen einer Grafschaft heraus hatte sich Württemberg als Ergebnis der zielstrebigen Hausmachtspolitik seiner Regenten im Laufe der Jahrhunderte zu einem bedeutenden Territorium im deutschen Südwesten entwickelt, dessen staatsrechtliche Fundierung im Jahre 1495 durch die Erhebung zum Herzogtum erfolgte. Bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts war der territoriale Ausbau im wesentlichen abgeschlossen. Der damals erreichte Umfang wurde bis zum Ende der Herzogszeit nur noch geringfügig erweitert. Im Gegensatz zu den meisten anderen südwestdeutschen Fürstenhäusern war es den Württembergern gelungen, sich einen ziemlich geschlossenen Besitz zu sichern und ihn planmäßig abzurunden. Schwerpunkt ihres Herrschaftsbereichs war der mittlere Neckarraum. Hinzu kamen einige linksrheinische Erwerbungen, von denen die 1417 durch Heirat eingebrachte Grafschaft Mömpelgard (Montbéliard) eine besondere Rolle spielte. Ende des 18. Jahrhunderts umfaßte das Herzogtum etwa 9400 Quadratkilometer mit 620 000 Einwohnern.

Eine wichtige Aufgabe war dem aufstrebenden Territorium in der Neugestaltung der Verwaltungsorganisation erwachsen. Die immer mehr zutage tretende Tendenz des landesherrlichen Regiments, in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse einzugreifen, hatte insbesondere die Notwendigkeit der Bildung einer Zentralinstanz erwiesen, deren erste Anfänge sich bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen lassen. Sie wurde zu Beginn des 16. Jahrhunderts durch die Trennung der Finanzverwaltung von der allgemeinen Landesverwaltung weiter ausgebaut. Diese Maßnahme, die nach der Vertreibung Herzog Ulrichs (1503–1550) von der österreichischen Zwischenregierung (1520–1534) vorgenommen wurde, bedeutete einen großen Fortschritt.

Wesentlicher Gegenstand der Finanzverwaltung war die Nutzung des **Kammerguts**. Es bestand aus dem landesherrlichen Grundbesitz, den an den Grundherrn als Ausfluß der Lehensverfassung zu leistenden Abgaben (z. B. Zehnte und andere auf Grund und Boden lastende »Gefälle«) und den Regalien (z. B. Zoll-, Münz-, Floß-, Forst- und Jagdrecht). Die Finanzwirtschaft war auf diese Weise noch stark naturalwirtschaftlich geprägt, da die Ablösung der Naturalleistungen durch Geldbeträge nur sehr langsame Fortschritte machte. Das Kammergut hatte in Württemberg den Charakter eines Staatsguts angenommen, denn aus seinem Ertrag waren außer den Bedürfnissen des Hofes auch die Staatsausgaben zu bestreiten. In der Verwendung dieser Einkünfte war der Regent vollkommen frei. Soweit sie nicht ausreichten – dieser Fall trat seit dem 16. Jahrhundert immer wieder ein – war der Landesherr auf die Erhebung von Steuern angewiesen, die häufig mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war. Unter Herzog Eberhard II. (1635–1674) wurde unabhängig vom Kammergut das **Kammerschreibereigut** ausgeschieden, das als Familienfideikommiß Privateigentum des Hauses Württemberg war.

Herzog Christoph (1550–1568) brachte schließlich die durchgreifende Verwaltungsreform zum Abschluß. Er faßte das nach der Einführung der Reformation im Jahre 1534 säkularisierte Kirchenvermögen zusammen und ließ es getrennt vom Kammergut verwalten, um mit seinem Ertrag kirchliche, kulturelle und soziale Bedürfnisse zu befriedigen. Der im 16. Jahrhundert geschaffene Verwaltungsaufbau blieb dann im wesentlichen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts erhalten.

Von erheblicher Bedeutung für die innenpolitische Situation des württembergischen Herzogtums war die Beteiligung der Landstände (Landschaft) am öffentlichen Leben. Sie hatten es verstanden, im Tübinger Vertrag vom 8. 7. 1514 eine Reihe von Privilegien verfassungsmäßig zu verankern. Außer der Sicherung von Grundrechten für die Untertanen regelte dieses von allen neuen Regenten anzuerkennende Staatsgrundgesetz vor allem die finanziellen Beziehungen zwischen dem Landesherrn und seinem Volk, indem die Verwil-

ligung von Steuern an die Zustimmung der Landschaft geknüpft wurde. Diese war allerdings ihrer Zusammensetzung nach keine repräsentative Volksvertretung im heutigen Sinne, zumal sich ihre Macht im Laufe der Zeit in einem Ausschluß konzentrierte, der teilweise oligarchische Züge annahm und sich zu einer Art Nebenregierung entwickelte. Auf alle Fälle konnten die Landstände einen nicht unerheblichen Einfluß auf die Regierungsgeschäfte ausüben. Dabei spielte eine Rolle, daß die von ihnen bewilligten Steuergelder nicht auf direktem Wege dem Landesherrn zufließen, sondern in der Landschaftskasse verwaltet wurden. Da die Herzöge zur Tilgung ihrer Kammerschulden auf die Steuern angewiesen waren, mußten sie nicht selten als Gegenleistung auf Forderungen der Landstände eingehen.

Das Eindringen absolutistischer Gedankenströmungen in das politische Leben, das seit dem 17. Jahrhundert feststellbar ist, mußte unter diesen Voraussetzungen die württembergischen Landesherrn zwangsläufig in einen scharfen Gegensatz zu den Landständen bringen. Nach einer wechselhaften Geschichte, die stark von der Persönlichkeit des jeweils regierenden Fürsten geprägt war, kam es unter dem hochbegabten, aber selbstherrlichen Herzog Karl Eugen (1737–1793) schließlich zum offenen Konflikt. Sein Bruch mit der Volksvertretung fand zwar im Erbvergleich vom 27. 12. 1770 ein Ende, doch höfische Repräsentanz und patriarchalischer Geist blieben auch in den letzten Jahrzehnten seines Lebens bestimmende Elemente seiner Regierungs- und Verwaltungspraxis. Trotz mancher hoffnungsvoller Ansätze – vor allem im Bildungswesen – blieb daher das Verwaltungsgefüge in den traditionellen Formen erhalten, obwohl die veränderten Verhältnisse dringend nach Reformen verlangten. Auch von seinen schwachen und nur kurze Zeit regierenden Nachfolgern Ludwig Eugen (1793–1795) und Friedrich Eugen (1795–1797) konnten keine Impulse ausgehen. Erst die gewaltigen äußeren Veränderungen zu Beginn des 19. Jahrhunderts führten unter der staatsmännischen Hand Friedrichs II. (1797–1816) zum Umbau des veralteten Staatsapparats.

II. Organisation und Zustand der altwürttembergischen Forstverwaltung

1. Allgemeine Verwaltung

Seit der Kanzleiordnung vom 1. 9. 1660 bestand in Württemberg ein dreistufiger Behördenaufbau.

Die oberste Instanz bildete der **Geheime Rat**, dem die Aufsicht über die gesamte Landesverwaltung übertragen war. Keine nachgeordnete Stelle durfte an den Herzog ohne Begleitschreiben des Geheimen Rats berichten. Den Entscheidungen des Herzogs mußte ebenfalls ein Gutachten des Geheimen Rats vorausgehen.

Das Rückgrat der Verwaltung bildeten die sogenannten 3 Balleien, die im 15. und 16. Jahrhundert als **zentrale Landeskollegien** geschaffen worden waren und nach der Erhebung des Geheimen Rats zur obersten Landesbehörde als Mittelinstanzen fungierten, ohne daß die ihnen verbliebenen Kompetenzen scharf abgegrenzt waren:

Der **Regierungsrat** (vor 1710 Oberrat) war zuständig für Gesetzgebung, innere Verwaltung und bestimmte Rechtsangelegenheiten;

die **Rentkammer** hatte die Verwaltung des Kammerguts zu leiten und das Kassen-, Zahlungs- und Rechnungswesen der ihr unterstellten »verrechnenden« Behörden zu kontrollieren;

der **Kirchenrat** führte als Gegenstück zur Rentkammer die Aufsicht über das Kirchengut. Den herrschenden Verwaltungsgrundsätzen entsprechend waren alle 3 Behörden kollegial organisiert, d. h. die Willensbildung vollzog sich durch Mehrheitsbeschluß der stimmberechtigten Mitglieder. Auf diese Weise sollte der Fürstenwillkür vorgebeugt werden. Die

personelle Besetzung zeigte jedoch wesentliche Unterschiede. Im Regierungsrat waren vornehmlich Juristen vertreten. Die »beiden Kammern«, wie Rentkammer und Kirchenrat seit dem 17. Jahrhundert genannt wurden, setzten sich dagegen mit Ausnahme der leitenden Beamten aus Schreib- und Rechnungsverständigen ohne Universitätsausbildung zusammen.² Erst seit 1779 wurden auch einige Kameralisten zu Mitgliedern der Rentkammer ernannt.³

Sowohl der kollegiale Charakter als auch die Zersplitterung der Finanzverwaltung bewirkten einen umständlichen, teilweise schleppenden Geschäftsgang. Außerdem hatte sich gezeigt, daß mit dem staatlichen und wirtschaftlichen Wachstum viele neue Aufgaben von den Landeskollegien nicht zweckentsprechend bearbeitet werden konnten. Seit dem Ende des 17. Jahrhunderts entstanden daher in direkter Unterordnung unter den Geheimen Rat zahlreiche Sonderbehörden – **Deputationen** genannt –, deren Funktionen von den Beamten der alten Verwaltungskörper im Nebenamt wahrgenommen wurden. Kompetenzstreitigkeiten und Unübersichtlichkeit des Verwaltungsgefüges waren die Folge. Belastend wirkte sich auch die Tatsache aus, daß sich das Berufsbeamtentum überwiegend aus dem Schreiberstand rekrutierte, was zu mangelnder Aufgeschlossenheit für die Probleme der technischen Verwaltungszweige und ungebührlicher Betonung der Formalien führte.

Ausgesprochen zweckmäßig war dagegen der Verwaltungsaufbau der Unterstufe. Hier bestand eine Einteilung in **Ämter**, die sowohl Selbstverwaltungsbezirke kommunaler Zusammenschlüsse als auch staatliche Verwaltungseinheiten waren. An ihrer Spitze stand ein vom Landesherrn ernannter Oberamtmann (bis 1759 Vogt), in dessen Hand Verwaltung und Rechtspflege vereinigt waren. Außerdem führte er die Aufsicht über die Gemeinden. In seiner Person kam die Doppelnatur seines Amtes zum Ausdruck, da er gleichzeitig Landesbeamter und Vorsitzender der Amtsversammlung war, die von den Gemeinden des Amts zur Regelung gemeinschaftlicher Angelegenheiten gebildet wurde. Im Jahre 1776 bestanden 79 Ämter, davon 19 im Jahre 1762 für kleinere Bezirke eingerichtete Stabsämter.⁴ Für die Verwaltung der Einkünfte des Kammerguts – ausgenommen diejenigen der Forstverwaltung – bestand das Amt des **Kellers**, dessen Aufgaben jedoch häufig in Personalunion vom Oberamtmann wahrgenommen wurden. Zur Verwaltung des Kirchenguts stand dem Kirchenrat ein spezieller, von den weltlichen Ämtern unabhängiger Behördenapparat zur Verfügung. Er war nach dem Vorbild der Kammergutsverwaltung geschaffen worden, berücksichtigte aber gleichzeitig die geschichtlich gewachsene ehemalige kirchliche Organisation, wodurch sich ein komplizierter und vielschichtiger Aufbau ergab. Im Jahre 1774 waren 16 Klosteroberämter und 7 Klosterstabsämter zur Ausübung der dem Kirchenrat zustehenden Gerichtsbarkeit,

64 Klosterverwaltungen für das Vermögen der ehemaligen Mannsklöster,
10 Klosterhofmeistereien für das Vermögen der ehemaligen Frauenklöster,
12 Stiftsverwaltungen und Stiftspflegen für die ehemaligen Stifte,
46 Geistliche Verwaltungen für die ehemaligen Pfarrpfünden und
3 Forstverwaltungen für die größeren Waldkomplexe vorhanden.

2. Forstverwaltung

2.1 Allgemeine Verhältnisse

Als Rechtsgrundlage für den Verwaltungs- und Wirtschaftsbetrieb diente vor allem die Forstordnung vom 1. 6. 1614, die auf dem Gebiet des Rechnungswesens durch Rechnungsinstruktionen (zuletzt 1714) und hinsichtlich des Gemeindewalds durch die Communalordnung vom 1. 6. 1758 ergänzt wurde. Außerdem regelten ungezählte Reskripte zahlreiche personelle, juristische, wirtschaftliche und technische Fragen.

Trotzdem konnte nicht verhindert werden, daß die Waldungen immer mehr »erhauen und

²) Winterlin, F.: Die Geschichte . . . , S. 107.

³) Herzog Karl Eugen . . . Bd. 1 S. 179.

⁴) Dehlinger, A.: Württembergs Staatswesen . . . , Bd. 1 S. 96.

ruiniert«⁵⁾ wurden. Im Jahre 1798 sprach der Kirchenrat offen aus, es übersteige »beinahe den Glauben, daß bei dem besten Willen der herzoglichen Kollegien und bei den großen Aufwendungen im Grunde wenig oder nichts geschehen« sei, viele 10000 Morgen Wald öde oder holzlos lägen und die »Blösinen« sich in jüngster Zeit vermehrt statt vermindert hätten.⁶⁾ Die Ursachen dieser damals in ganz Deutschland festzustellenden Waldverwüstung sind allgemein bekannt. In Württemberg machte sich besonders drückend die erhebliche Bevölkerungsvermehrung nach dem 30jährigen Krieg bemerkbar, die das Herzogtum zu einem der am dichtesten besiedelten Landstriche werden ließ. Die ungeheuren Ansprüche, die der Alltag des vorindustriellen Zeitalters an den Wald stellte, mußten zwangsläufig zu starken Eingriffen in das Holzvorratskapitel führen. Entscheidend war hierbei die Tatsache, daß der Wald noch nicht Objekt nachhaltiger wirtschaftlicher Tätigkeit war, sondern mehr oder weniger als natürliche Rohstoffquelle angesehen wurde, wenn man sich auch der Grenzen zunehmend bewußt wurde und allmählich eine »Holzklamme« auf sich zu kommen sah. Nimmt man die Überhiebe hinzu, die immer wieder durch die zwangsweisen Geldlieferungen der Forstkassen an den Herzog verursacht wurden, so ergibt sich trotz aller formalen Kontrollen des Holzeinschlags das Bild einer exploitationsartigen Nutzung, die einen gefährlichen Abbau des Holzvorratskapitals zur Folge haben mußte. Auch der Merkantilismus – das herrschende Wirtschaftssystem in den Zeiten des Absolutismus – hat durch die rücksichtslose Förderung des Holzexports (Holländerhandel) und der holzverbrauchenden Gewerbe zur Zerstörung der Wälder beigetragen.

Eine weitere wesentliche Ursache für den »Abgang der hochstämmigen Waldungen«⁷⁾ ist in den sozialen und eigentumsrechtlichen Verhältnissen zu suchen. Aus uralter Zeit besaßen viele württembergische Untertanen Gerechtigkeiten in den landesherrlichen Waldungen, während auf der anderen Seite zahlreiche Bürger der Landesherrschaft zu bestimmten Dienstleistungen verpflichtet waren. Beide Kategorien waren in Forstlagerbüchern erfaßt, die als Grundlage für die Ableitung von Rechtsansprüchen an die Gegenseite dienten und von sogenannten Forstrenovatoren auf dem laufenden gehalten wurden. So drückend insbesondere die Jagdfronen von den Bauern empfunden wurden, so verheerend wirkten sich die Holz-, Weide- und Grasrechte auf den Zustand der Wälder aus, da sie nicht immer klar geregelt und deshalb schwer zu kontrollieren waren. Vor allem das vor Einführung der Stallfütterung auf Waldweide und -mast geradezu angewiesene Vieh – »darunter ein Theil von Leuten, die kein Handbreit Erde« hatten und das daher »bloß auf den Raub des Waldes corsarenmäßig erhalten« werden konnte⁸⁾ – begann mit wachsender Zahl der Bevölkerung zu einer wahren Geißel zu werden.

Als nicht weniger schlimm für die Waldwirtschaft erwies sich das mit der Zeit die ganze Landeskultur vergewaltigende Jagdwesen. Die württembergischen Herzöge waren von alters her fast ausnahmslos große und leidenschaftliche Jäger – nicht ohne Grund trug ihr Wappen 3 Hirschstangen – und räumten ihr daher bis ins 19. Jahrhundert hinein eine absolute Vorrangstellung ein. Von der Wildbahn konnte man deshalb mit Fug und Recht sagen, es werde »schwerlich ein Fürstenthum in Teutschland seyn, in welchem dieselbe stärker seyn sollte«.⁹⁾ Die Überhege nahm in den nahe der Residenz gelegenen Forsten zeitweise Ausmaße an, die heute kaum mehr vorstellbar sind. Es leuchtet ein, daß die Usurpation des Waldes durch den Landesherrn für seine Jagdpassion nicht ohne Rückwirkungen auf Forstorganisation und Forstpersonal bleiben konnte. Die Auseinandersetzungen zwischen Jagd und Forstwirtschaft bilden daher in der Tat das eigentliche Thema der organisatori-

⁵⁾ HSTA A 227 Bü. 228.

⁶⁾ HSTA A 282 Bd. 1185 (Sonderverzeichnis).

⁷⁾ HSTA A 227 Bü. 228. Nach den Ermittlungen einer besonderen Forstkommission im Jahre 1794 betrug bei vorsichtigem Anschlag die Fläche der holzleeren Plätze ein Drittel des gesamten Waldbodens (Koch, H.: Die Waldgeschichte ... S. 40).

⁸⁾ v. Gemmingen: Gedanken über den Holzmangel in Württemberg (Moser, Forstarchiv, Bd. 6, S. 161). Wie ausgeprägt damals (1794) die Furcht vor der Holznot war, geht aus der Besorgnis des Autors über die Tatsache hervor, daß in Württemberg jährlich 20 000 Särge in der Erde vergraben wurden.

⁹⁾ Moser, W. G.: Von der Forstverfassung im Herzogtum Württemberg, Forstarchiv Bd. 1 (1788) S. 96.

schen Reformen, die das beginnende 19. Jahrhundert kennzeichnen. Erst die Befreiung der Forstbeamten aus den Fesseln des höfischen Jagdbetriebs ermöglichte die Überwindung der einem wirtschaftlichen Forstbetrieb entgegenstehenden Hindernisse und eine an dieser Zielsetzung orientierte Neuordnung der Forstverwaltung. Zum Verständnis dieser Entwicklung ist es deshalb unerlässlich, die Verfassung der Forstorganisation am Ende des 18. Jahrhunderts zu behandeln.

2.2 Zentrale Landesbehörden

Entsprechend der Konstruktion der allgemeinen Verwaltung konnte es eine Zentralisation der Forstverwaltung in der Aufsichtsinstanz nicht geben. Lediglich während der kurzen Zeit der österreichischen Zwischenregierung (1520–1534) scheint es vorübergehend eine Zusammenfassung aller forstlichen und jagdlichen Zuständigkeiten gegeben zu haben.¹⁰⁾ Von dieser Episode abgesehen waren durchweg allen zentralen Landesbehörden je nach ihrer Zweckbestimmung besondere Leitungsfunktionen zugewiesen, wobei der administrative Schwerpunkt zweifellos bei der **Rentkammer** lag. Als Zentralorgan für die Verwaltung des Kammerguts war ihr die Aufsicht über die Kameralwäldungen,¹¹⁾ die Holzgärten¹²⁾ und das Floßwesen übertragen. Schon im 16. Jahrhundert hatte sich in der Rentkammer wie auch in den anderen Landeskollegien eine Ressortbildung in der Weise vollzogen, daß bestimmte, nicht zu den laufenden Geschäften gehörende Aufgaben jeweils einem Rat zugewiesen wurden. Dies war auch bei den forstlichen Angelegenheiten der Fall.¹³⁾ In der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts gab es sogar 2 Forstreferenten, die jedoch wie die übrigen Rentkammerräte keine spezielle Ausbildung für ihren Geschäftsbereich besaßen, sondern sich lediglich durch ihre Verwaltungstätigkeit einschlägige praktische Kenntnisse erworben hatten. Die Leitung des Forstwesens lag somit nicht in den Händen von Fachleuten, zumal das Kollegialprinzip auch den übrigen Räten ein gewichtiges Mitspracherecht einräumte. Dieser Umstand wirkte sich naturgemäß auf die Entwicklung der Forstwirtschaft hemmend aus. Ähnliche Verhältnisse herrschten beim **Kirchenrat**. Auch hier sah ein Geschäftsverteilungsplan die Zuweisung des »Wald-Departements« an bestimmte Räte vor, die nur die Schreiberlaufbahn absolviert hatten. Ende des 18. Jahrhunderts existierten ebenfalls 2 Forstreferenten, deren Zuständigkeitsbereich räumlich abgegrenzt war, wobei der eine die Behörden »ob der Staig« (oberhalb der Weinsteige in Stuttgart, d. h. im Südteil des Landes), der andere diejenigen »unter der Staig« zu bearbeiten hatte. Außer den Waldangelegenheiten waren ihnen auch noch andere Geschäftsbereiche zugewiesen.¹⁴⁾ Bei dieser Sachlage mußte sich die Tätigkeit beider Kammern i. d. R. auf die allgemeine Vermögensverwaltung und eine mehr oder weniger formelle Kontrolle der nachgeordneten Dienststellen beschränken. Sie hatten vor allem die Holzverkäufe zu genehmigen, die Rechnungslegung zu prüfen – für diesen Zweck war in beiden Behörden eine Forstrechenbank eingerichtet –, den Grundstücksverkehr abzuwickeln sowie die Dienstaufsicht über die Bediensteten auszuüben. Außerdem führten sie die Zentralkassen – Landschreiberei (Rentkammer) und Kirchenkasten (Kirchenrat) –, in denen alle Überschüsse aus dem Finanzvermögen und damit auch aus der Waldwirtschaft gesammelt wurden. Zweifellos verschafften sich die Forstreferenten der weltlichen und geistlichen Kammer, die insbesondere auch die örtlichen Visitationen durchzuführen hatten, mit der Zeit Einblicke in die Problematik der altwürttembergischen Forstverfassung. Auch fehlte es nicht an Versuchen

¹⁰⁾ Hauff, D.: Die Geschichte der Forstgesetzgebung ... S. 93.

¹¹⁾ Dieser Begriff war bis 1805 zur Bezeichnung der zum Kammergut gehörenden Wäldungen üblich.

¹²⁾ Holzgärten waren an verschiedenen Orten der holzärmeren und dicht besiedelten Gegenden zur Versorgung der Bevölkerung, des Hofes, der Behörden und der Beamten mit Brennholz eingerichtet worden. Sie unterstanden bis zu ihrer definitiven Beseitigung im Jahre 1901 der Forstverwaltung.

¹³⁾ Hauff, D.: a.a.O. S. 89.

¹⁴⁾ HSTA A 282 Bd. 1182–1184 (Sonderverzeichnis).

einer Hebung der Waldwirtschaft durch entsprechende Anordnungen. Alle Schritte blieben jedoch wirkungslos, weil die organisatorischen und personellen Voraussetzungen für eine Verbesserung der unbefriedigenden Zustände fehlten. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts machten sich Anzeichen einer Neuorientierung bemerkbar.

Dem **Regierungsrat** (Oberrat) waren keine finanzwirtschaftlichen und technischen, dagegen sämtliche jurisdiktionellen Funktionen für den Bereich der Rentkammer und des Kirchenrats übertragen. Er hatte deshalb alle Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden, die das Kammer- und Kirchengut betrafen. Auch in dieser Behörde gab es bereits in der 2. Hälfte des 16. Jahrhunderts ein Forstreferat. Da diese Aufgabe für die Behauptung des Forst- und Jagdrechts von erheblicher Bedeutung war und die »extraordinari labores« mit der Zeit einen großen Umfang angenommen hatten, wurden spätestens seit 1669 2, zeitweise sogar 3 Regierungsräte als Forstreferenten beschäftigt.¹⁵⁾

2.3 Jägerei

Aufgrund des Forst- und Jagdregals stand den Herzögen fast im ganzen Land das Jagdrecht zu. Mit Ausnahme der Freipirschbezirke und einiger an Adlige verliehener »Gnadenjagen« erstreckte sich daher ihr Jagdgebiet auf sämtliche öffentlichen und privaten Flächen, wobei sie sich allerdings meistens auf besonders wildreiche und günstig gelegene Gegenden konzentrierten.

Bei der großen Bedeutung der herrschaftlichen Jagd in Württemberg war es unumgänglich, für diesen Zweck ein besonderes Personal – die **Jägerei** – anzustellen, das jedoch nur für den Jagdbetrieb im engeren Sinn zuständig war. Die Leitung des gesamten Jagdwesens lag beim **Oberstjägermeister**,¹⁶⁾ dem die Jägerei in vollem Umfang und das Forstpersonal in jagdlicher Beziehung unterstand. Seit dem 17. Jahrhundert wurden die Chefs der Jagdverwaltung grundsätzlich aus dem Kreis der höheren Forstbeamten berufen. Da sie im Gegensatz zu den Regierungs- und Kammerräten über gewisse Erfahrungen im Forstbetrieb verfügten und durch die häufigen Jagden mit den Forstleuten in unmittelbaren Kontakt kamen, wurden sie bei Stellenbesetzungen sowie vor wichtigen Entscheidungen der Forstverwaltung gutachtlich gehört. Diese Regelung bot in bescheidenem Maße die Möglichkeit einer Beeinflussung der kameralistischen Verwaltungsroutine durch praxisnahe Vorschläge. Allerdings zeigt die Geschichte des 18. Jahrhunderts, daß die obersten Jagdbeamten immer mehr zu höfischen Repräsentationsfiguren wurden, die nur selten die Initiative zur Weiterentwicklung des Forstwesens ergriffen. War dies gelegentlich der Fall, so konnten sie sich zudem kaum gegen die konservativen Kräfte des Verwaltungsapparats durchsetzen.

Ein unter der Regierung des Herzogs Karl Alexander erfolgter Versuch, dem Oberjägermeister über seine jagdlichen Kompetenzen hinaus die Oberaufsicht im Bereich der Forstwirtschaft zu übertragen, mußte unter diesen Voraussetzungen scheitern. Um dem Ruin der Wäldungen entgegenzuwirken war 1731 erwogen worden, ihm einen Forstreferenten zuzuordnen, der bei allen Holzanweisungen der Forstämter persönlich zugegen sein sollte. Rentkammer und Kirchenrat wehrten sich jedoch heftig gegen diese Beeinträchtigung ihrer Zuständigkeiten mit der Begründung, diese Regelung würde bei den örtlichen Beamten zu Konfusionen und zu »ohnnützlicher Weitläufigkeit« führen. Auf diese Weise brachten sie das Projekt zu Fall.¹⁷⁾

Zur Jägerei gehörte auch die **Wildbretschreiberei**, die sämtliche Einkünfte aus der Jagd zu verwalten hatte.

¹⁵⁾ HSTA A 202 Bü. 587.

¹⁶⁾ Die Bezeichnung lautete bis 1730 »Jägermeister«, von 1730–1780 »Oberjägermeister«. Gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts war der Titel »Obirstjägermeister« gebräuchlich.

¹⁷⁾ HSTA A 202 Bü. 592.

2.4 Bezirksverwaltung

2.4.1 Rentkammer (Forste, Forstämter)

Ebensowenig wie bei den Zentralbehörden war in der Unterstufe eine einheitliche forstliche Verwaltungsorganisation ausgebildet. Allerdings verfügte die Rentkammer über eine alte und gut entwickelte Lokalverwaltung, die im System der Forstorganisation des Herzogtums Württemberg eine beherrschende Rolle spielte. Als Träger des Forst- und Jagdrechts (Forsthoheit) und der daraus resultierenden Forstgerichtsbarkeit sowie als Wirtschaftseinheiten des Kameralwalds bildeten die **Forste** bzw. **Forstämter** das Rückgrat der altwürttembergischen Forstverwaltung. Auf ihre Entstehung und Entwicklung soll daher kurz eingegangen werden, wobei die grundlegenden Arbeiten von **Kieß** und **Hauff**¹⁸⁾ zurückgegriffen wird.

Eine erste Übersicht ist im Uracher Forstbuch von 1489 erhalten, die vermutlich aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts stammt und eine Bestandsaufnahme und Ordnung der damals bereits vorhandenen Forstbezirke darstellt. Als »Wildbann« war der württembergische Forst einerseits ein **Hoheitsbezirk**, der mit dem Jagdrecht verbunden war; andererseits stellte er einen **Nutzungsbezirk** dar, der die Einkünfte aus dem landesherrlichen Wald und das aufgrund der Forsthoheit in körperschaftlichen und privaten Waldungen bestehende Forstrecht (Äckerich, d. h. Eichel- und Buchelmast, Waldweide, Grasen, Wildobstnutzung usw.) verwertete. Forst- und Jagdrecht sind dabei als Einheit anzusehen. Die Forste waren somit weit mehr als Verwaltungs- und Wirtschaftseinheiten; sie sind vielmehr darüber hinaus als eine Organisation zur Durchsetzung von Herrschaftsrechten zu verstehen, die bei der Ausbildung der Territorialgewalt eine wichtige Rolle spielte. Begrifflich schloß daher der Forst auch die Nichtwaldflächen ein.¹⁹⁾ Ferner gehörten aus diesem Grund die Freipirschgebiete, in denen das Jagdrecht nicht dem Landesherrn zustand, zu keinem Forst. Als Herzog Karl Alexander 1733 in den Städten und Ämtern Balingen, Ebingen, Rosenfeld, St. Georgen, Sulz, Dornhan und Alpirsbach die Jagdfreiheit abschaffen wollte, wurde diese Absicht als Wiederaufrichtung eines »wirklichen Forsts« bezeichnet.²⁰⁾ Andererseits erstreckten sich die Forste auch auf diejenigen nichtwürttembergischen Gebiete, in denen der württembergische Regent das Jagdrecht besaß (so zum Beispiel in der Reichsstadt Reutlingen). Die Forstgrenzen verliefen deshalb nicht selten unabhängig von den Grenzen des Landes, der Ämter und Gemeinden.

Die dem Jagd- und Forstregal entstammenden Rechte reichen sehr weit zurück. Je früher die Forste in die Hand der Herrschaft kamen, desto mehr Rechte konnte sie sich sichern. Aus diesem Grund stand beispielsweise das Äckerich dem Landesherrn in fremden Waldungen vor allem in den ältesten Landesteilen – z. B. im Schorndorfer Forst – zu.²¹⁾ Dasselbe gilt wohl auch für die unter der Bezeichnung »Forsthaber« oder »Forsthühner« ortsweise zu entrichtenden Naturalabgaben, die einerseits mit der Leibeigenschaft zusammenhingen, die auf frühen Rodungsgütern bestand und andererseits für alte Nutzungsrechte im landesherrlichen Wald geleistet werden mußten, die Bürgern eingeräumt worden waren.

Noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts wurden vor allem im Tübinger, jedoch auch im Heidenheimer, Reichenberger und Schorndorfer Forst von den Forstämtern außer Kornfrüchten, Bohnen und Wein jährlich 67 Gänse, 1076 Alte Hennen, 3972 1/2 Junge Hühner und 3648 Eier in natura vereinnahmt.²²⁾ Dagegen dürften die für die Verwertung von herrschaftlichem Eigentum durch Dritte geforderten »Zinse« – z. B. für die Anlage von Sägmühlen, Steingruben, Glashütten usw. – zumindest teilweise auch jüngeren Datums sein. Im ersten Forstetat 1819/20 wurde dementsprechend zwischen Forstzinsen (»aus forsteylichen Rechten«) und Zinsen aus verliehenen Wäldern (»aus dem Waldeigentum«) unterschieden.²³⁾

¹⁸⁾ Kieß, R.: Die Rolle der Forsten im Aufbau des württembergischen Territoriums bis ins 16. Jahrhundert.
Hauff, D.: Die Geschichte der Forstgesetzgebung und Forstorganisation des Herzogtums Württemberg im 16. Jahrhundert.

¹⁹⁾ Hauff, D.: a.a.O. S. 98. Daß die Forste ein geographisches Ordnungsprinzip waren läßt eine aus dem Jahr 1550 stammende Übersicht der »statt und ämpter, in welche vörst sie gehörig sein« erkennen. HSTA A 227 Bü. 6 a.

²⁰⁾ HSTA A 7 Bü. 40.

²¹⁾ Kieß, R.: a.a.O. S. 139.

²²⁾ HSTA A 202 Bü. 2922.

²³⁾ Schmidlin, J. G.: Handbuch . . . S. 29.

Es ist anzunehmen, daß vor 1400 allgemeine Verwaltung und Forstverwaltung noch in Personalunion miteinander verbunden waren. Zu Beginn des 15. Jahrhunderts ging man dann zur Bestellung von **Forstmeistern** über; als erster Name ist 1412 ein Haintz Wertz für den Uracher Forst überliefert.²⁴⁾ Wesentlich später als die Bildung der Forstbezirke erfolgte ihre Gliederung in **Huten**, die je nach Größe mit reisigen (reitenden) oder fußgehenden **Forstknechten** besetzt waren. Ausdrücklich erwähnt werden sie erstmals 1478 im Schorn-dorfer Forst.²⁵⁾ Daß die Huteneinteilung zu Beginn des 16. Jahrhunderts bereits in vollem Gange war, geht aus einer Äußerung der Landschaft hervor, die sich 1514 darüber beklagte, daß »die vorstmeister jetzo an vil Orten Knecht« hätten, »da von alter kainer gewest.«²⁶⁾ Die Huteneinteilung war eine wesentliche Erweiterung des Aufgabenbereichs trat mit der Einführung der **Forstaufsicht** über sämtliche Wälder des Herzogtums in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein. Auslösender Faktor war die mit der Bevölkerungsvermehrung steigende Beanspruchung des privaten und körperschaftlichen Waldbesitzes durch die Eigentümer. Im Interesse des Gemeinwohls wurden deshalb in den Forstordnungen die Nutzungen einer Kontrolle unterworfen.²⁹⁾ Diese Beschränkungen, die gegen den Widerstand der Waldbesitzer durchgesetzt werden mußten, erwiesen sich als unumgänglich, da nicht nur das Holz, sondern auch die übrigen Waldprodukte im privaten und wirtschaftlichen Leben eine immer größere Rolle spielten. Obwohl der finanzielle Ertrag der Wälder wegen des geringen Tauscherts der forstlichen Erzeugnisse bis weit ins 18. Jahrhundert hinein unbedeutend blieb – zu Beginn des 16. Jahrhunderts entfielen von den Einkünften des Kammerguts nur 2 % auf die Forstverwaltung³⁰⁾ und noch in den dreißiger Jahren des 18. Jahrhunderts konnten nur wenige Forstämter Überschüsse erzielen³¹⁾ – stieg ihr Wert dadurch außerordentlich an. In der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts führten die verbesserten Verkehrsverhältnisse (z. B. durch die Flößerei), die vergleichsweise hohe Bevölkerungsdichte und die Hebung der Wirtschaftskraft schließlich dazu, daß auch die Ertragsfunktion erheblich an Bedeutung gewann. Nach dem Kammerplan von 1777 entfielen bereits 20 % der Kammereinnahmen auf die Forstämter.³²⁾ Unbeschadet der nach wie vor dominierenden Rolle der Jagd trat dadurch der Charakter der Forstbezirke als Verwaltungs- und Wirtschaftseinheiten immer stärker hervor. Diese Entwicklung kommt auch im Wandel der Bezeichnungen zum Ausdruck. Hatte das Uracher Forstbuch von 1489 noch von »Wildbännen« gesprochen und war im 16. Jahrhundert im allgemeinen der Ausdruck »Forste« geläufig,³³⁾ so bürgerte sich im 18. Jahrhundert allmählich der auch heute noch übliche Begriff »Forstämter« ein.³⁴⁾

²⁴⁾ Kieß, R.: a.a.O. S. 51. Im Tübinger und Nagolder Forst hießen die Forstmeister »Waldvogt«, bis diese Bezirke mit Adligen besetzt bzw. aufgelöst wurden.

²⁵⁾ Hauff, D.: a.a.O. S. 102. Kieß (S. 49 und 56) gibt bereits für 1417 die Unterstützung des Tübinger Waldvogts durch 6 reisende Knechte und für 1489 eine Huteneinteilung des Zwiefalter Forsts an.

²⁶⁾ Ohr und Kober: Württ. Landtagsakten ... S. 15.

²⁷⁾ Kieß, R.: a.a.O. S. 24 ff.

²⁸⁾ HSTA A 248 Bü. 1734 (Abschrift aus dem Jahre 1788).

²⁹⁾ Hauff datiert die Einführung der Forstaufsicht auf das Jahr 1532 (1. Forstordnung), a.a.O. S. 28 ff.

³⁰⁾ Hoffmann, C. H. L.: Das Finanzwesen ... S. 36.

³¹⁾ Müller, K. O.: Die Finanzwirtschaft ... S. 295.

³²⁾ Herzog Karl Eugen ... S. 178 (Bd. 1).

³³⁾ Kieß, R.: a.a.O. S. 9 und Hauff, D.: a.a.O. S. 96.

³⁴⁾ Der Ausdruck »Forst« wurde jedoch bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts verwendet.

Zu Beginn des 15. Jahrhunderts bestanden folgende 13 Forstbezirke:

Stromberg, Leonberg, Schorndorf, Kirchheim, Urach, Sigmaringen, Zwiefalten, Tübingen, Neuenbürg, Wildbad, Reichenweier, Hornberg und Schiltach.

Sowohl ihre Zahl als auch ihre Abgrenzung und der Sitz des Forstmeisters waren bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zahlreichen Veränderungen unterworfen, ohne daß dabei ein übergeordnetes Prinzip erkennbar wäre. Die Organisationsänderungen sind vielmehr durch äußere Ursachen, insbesondere den Erwerb neuer Landesteile, oder aber durch mehr oder weniger zufällige Umstände veranlaßt. So führten beispielsweise Gebietserweiterungen zur Bildung des Neuenstädter (1504), Heidenheimer (1536) und Altensteiger (1603) Forsts. Im Zusammenhang mit der Gründung von Freudenstadt entstand der Freudenstädter Forst (1601–1604). Andererseits wurden aus Ersparnisgründen oder zum Zwecke der Besoldungsverbesserung des Forstmeisters auch Forste miteinander vereinigt (so 1489 vorübergehend und 1740 definitiv Zwiefalten mit Urach, 1646 Nagold mit Altensteig und 1746 Stuttgart mit Böblingen) oder zu große Forstbezirke geteilt (Abtrennung des Reichenberger vom Schorndorfer Forst im frühen 16. Jahrhundert). Aus rein jagdlichen Gründen erhielt 1772 Ludwigsburg ein Forstamt. Im Jahre 1760 wurden »dem fast in ganz Teutschland üblichen Gebrauch gemäß«³⁵⁾ die Forstämter in **Oberforstämter (Oberforste)** umbenannt. Die Forstmeister hielten in diesem Zusammenhang den Titel **Oberforstmeister**, die Forstknechte im Jahre 1771 die Bezeichnung **Förster**.

Wie unsystematisch die Forstamtsorganisation betrieben wurde, läßt eine Äußerung des Uracher Oberforstmeisters von Leutrum erkennen, der 1760 die von ihm angestrebte Angliederung des Blaubeurer Forst mit der Feststellung begründete, letzterer sei schon einmal mit dem Uracher Forst vereinigt gewesen und später wieder getrennt worden, »vermutlich nur der Ursachen, daß man eben einen alten Fürstlichen Diener, den man anderwärts nimmer convenable zu placiren gewußt, auf diese Weiße versorgen wollen«, wobei er diese Vermutung auf die Tatsache stützte, daß in den Registraturakten kein Grund für die Trennung zu entdecken war.³⁶⁾ In einem Bericht vom Jahre 1744 wird in anderem Zusammenhang mitgeteilt, daß der Liebenzeller und Wildbader Forst einst ein Amt und mit einer Besoldung versehen waren, »biß der jezige Forstmeister Rügner die Separation verwichenen Jahres außgebotten, und Ihm eben so viel Besoldung, als dem zu Liebenzell, gegeben werden müßen.«³⁷⁾

Als Folge der Vergrößerung des Landes stieg die Zahl der Forstbezirke trotz wiederholter Schwankungen im Laufe der Zeit leicht an; im Jahre 1802 – unmittelbar vor der Neuordnung der Staatsverwaltung – bestanden folgende 15 Oberforstämter:

Altensteig, Blaubeuren, Böblingen, Freudenstadt, Heidenheim, Kirchheim, Leonberg, Ludwigsburg, Neuenbürg, Neuenstadt, Reichenberg, Schorndorf, Stromberg, Tübingen und Urach.

³⁵⁾ Moser, Forstarchiv, Bd. 1 S. 59 (1788).

³⁶⁾ HSTA A 8 Bü. 35.

³⁷⁾ HSTA A 202 Bü. 618.

Wesentlich intensiver gestalteten sich der innere Ausbau der Forstorganisation. Die Zahl der Huten wurde von 133 im Jahre 1564 über 158 (1698), 165 (1733) und 186 (1769) auf 208 (1802) erhöht.³⁸⁾ Schon seit dem 16. Jahrhundert waren außer den Forstknechten weitere Hilfskräfte – vor allem sogenannte **Beiknechte** – eingesetzt, deren Zahl ebenfalls zunahm. Außerdem wurde es üblich, zur besseren Versehung weitläufiger Bezirke den älteren Bediensteten junge Leute – meist waren es die Söhne der Stelleninhaber – zu »adjungieren«, die dann häufig die Nachfolge übernahmen. Der Personalstand stieg dadurch von 158 Forstleuten im Jahre 1564 auf 291 im Jahre 1733.³⁹⁾

Die den Forstämtern unterstehende Waldfläche ist nicht mehr zuverlässig zu ermitteln. Nach einer Zusammenstellung aus dem Jahre 1769 waren sie für 258 500 ha zuständig, die sich wie folgt aufgliederten:³⁹⁾

73 200 ha Kameralwald,⁴⁰⁾

25 300 ha Kirchenratswald,

2 300 ha Kammerschreibereiwald,

88 100 ha Commun(Gemeinde-)wald,

58 600 ha Privatwald und »ausländischer« (d. h. in der Regel im Besitz des Adels befindlicher) Wald,

700 ha Stiftungswald,

10 300 ha »Schönbuchswaldungen«.

Wegen der ungenauen Flächenermittlung, des unbestimmten Waldbegriffs und der bei den damaligen Waldzuständen fließenden Übergänge zu Weideflächen können diese Angaben nur als Näherungswerte betrachtet werden. Die Kirchenratswaldungen sind mit Sicherheit nur teilweise erfaßt, da deren Gesamtumfang nach anderen Quellen ca. 40 000 ha betrug.⁴¹⁾ Möglicherweise ist in der Zusammenstellung von 1769 nur der Teil enthalten, der vom unteren Forstpersonal der Rentkammer bewirtschaftet wurde.

Auf ein Oberforstamt entfielen somit im Jahre 1802 durchschnittlich etwa 17 000 ha und auf eine Hut durchschnittlich etwa 1 300 ha Waldfläche, wobei allerdings die in den einzelnen Waldbesitzarten unterschiedlichen Funktionen der Forstbeamten zu berücksichtigen sind. In Wirklichkeit schwankte die Größe der Oberforste zwischen 2 830 ha (Blaubeuren) und 32 780 ha (Heidenheim).⁴²⁾ Diese extremen Unterschiede waren die Folge der Tatsache,

³⁸⁾ HSTA A 248 Bü. 1734 (1564), A 59 Bü. 35 (1698), A 6 Bü. 83 (1733), A 8 Bü. 38 (1769), Herzogl. württembergisches Adreßbuch (1802). Die Angaben sind insofern mit geringfügigen Ungenauigkeiten behaftet, als im 18. Jahrhundert auch einige Huten aus dem Zuständigkeitsbereich des Kirchenrats enthalten sein können. Für 1564 wird folgender Personalstand angegeben:

16 Forstmeister,

48 Reisige Forstknechte, davon 1 Schultheiß »uff ein Gaul bestellt«,

2 Schultheißen als Reisige Amtsboten, »sofern nicht im Amt zu tun«,

2 Reisige Amtsknechte,

2 Zugknechte,

62 Fußgehende Forstknechte, von denen 2 einen Bezirk gemeinsam versahen,

1 Holzwart,

5 Waldknechte.

Für 1733 ergibt sich folgende Zusammensetzung des Forstpersonals:

16 Forstmeister und 1 Adjunctus,

114 Reisige Forstknechte und 20 Adjuncti,

51 Fußgehende Forstknechte und 4 Adjuncti,

2 Holzwart und 5 Adjuncti,

61 Beiknechte und 5 Adjuncti,

3 Waldschützen,

3 Forstverwalter und 1 Adjunctus,

5 Gehägbereuter.

Da nicht sicher ist, ob insbesondere 1564 alle Hilfskräfte vollständig aufgeführt sind, bestehen auch hinsichtlich dieser Personalangaben gewisse Unsicherheiten. Die genannten Zahlen spiegeln aber die Tendenz sicherlich zutreffender wider. Mosers Forstarchiv (Bd. 1 S. 59 ff.) zählt für 1788 373 Forstbedienstete auf, doch ist hier Personal des Kirchenrats enthalten. Bemerkenswert und zuverlässig ist jedoch die Mitteilung, daß es damals bereits 146 Reitende und nur noch 33 Fußgehende Förster gab.

³⁹⁾ HSTA A 8 Bü. 38. Die Originalangaben beziehen sich auf württ. Morgen (1 Mg. = 0,315 ha).

⁴⁰⁾ Vgl. Anm. 11. Der Kammerschreibereiwald war Privatbesitz des Herzogshauses. Die Schönbuchswaldungen wurden wegen der dort bestehenden Gerechtigkeiten getrennt ausgewiesen.

⁴¹⁾ HSTA A 282 Bd. 1184/1185 (Sonderverzeichnis).

⁴²⁾ Der Ludwigsburger Oberforst umfaßte sogar nur 1 800 ha Wald. Da er ausschließlich aus jagdlichen Gründen – insbesondere zur Verwaltung einer Fasanerie und eines Tiergeheges – geschaffen wurde, muß er bei diesem Vergleich außer Betracht bleiben.

daß die Forstbezirke nicht aus einem Gesamtplan hervorgegangen waren, sondern mit dem territorialen Wachstum geschaffen und ausgebaut wurden. Bei den Hutten, für deren Bildung und Abgrenzung zunehmend jagdliche Gesichtspunkte ausschlaggebend geworden waren, lagen ähnliche Gesichtspunkte vor.

2.4.2 Kirchenrat

Für die Bewirtschaftung der Waldungen des Kirchenguts war der Kirchenrat zunächst auf seinen eigenen komplizierten Verwaltungsapparat angewiesen. Da (nach dem Stand von 1790) nicht weniger als 63 seiner 108 Lokalbehörden über Waldbesitz der verschiedensten Größenordnung verfügten, bestanden jedoch sehr unterschiedliche Organisationsformen.⁴³⁾

Die größten Waldkomplexe waren zu selbständigen Forstverwaltungen zusammengefaßt worden. Sie wurden von hauptamtlichen, in Schreibstuben gebildeten Forstverwaltern geleitet, die den Vorstehern der Klosteroberämter gleichgestellt waren.⁴⁴⁾ In zahlreichen anderen Fällen waren zwar ebenfalls formell Forstverwaltungen eingerichtet, diese jedoch in Personalunion mit den Klosteroberämtern vereinigt.⁴⁵⁾ Die Mehrzahl der Kirchenratswaldungen gehörte schließlich zu den vielen Klosterverwaltungen, Klosterhofmeistereien, Stiftsverwaltungen, Stiftspflegen und Geistlichen Verwaltungen und stand unter der Aufsicht der Verwaltungsbeamten dieser Behörden.

Für den praktischen Betrieb und den Forstschutz wurden für größere zusammenhängende Waldflächen eigene Förster, im übrigen jedoch ortsansäßige Bürger oder für andere Aufgaben angestellte Bedienstete ohne jede spezielle Vorbildung verwendet, die entsprechend der örtlichen Tradition die unterschiedlichsten Bezeichnungen führten. Wo sich wegen der geringen Waldfläche die Anstellung eigener Kräfte nicht lohnte, versahen die Förster der Rentkammer im Nebenamt den Forstdienst. Auf diese Weise ergab sich ein bunt zusammengewürfeltes Forstpersonal, das 1790 aus 10 Oberförstern,⁴⁶⁾ 47 Reisigen und Fußgehenden Förstern, 56 Waldknechten, 8 Beiknechten, 5 Holzwarten, 4 Klosterjägersp? Waldinspektoren, 6 Hofjägern, 1 Zaunknecht, 1 Gastmeister, 2 Jägerpurschen, 1 Beiwaldknecht, 3 Klosterüberreutern, 3 Forstbeiknechten, a-mOberwaldknecht und Klosterüberreuter, 5 Waldschützen, 3 Unterpflögern, 1 Hohenzollern-Sigmaringschem Oberjäger, 1 Klosterwaldischen Bannwart, 3 Waldmeistern, 1 Klostertorwart, 1 Wald- und Kastenknecht, 1 Hofmeister und 1 Amtsvogt bestand.⁴³⁾

Welche Schwierigkeiten aus dieser unübersichtlichen Struktur erwachsen mußten, läßt sich leicht ermesen. Abgesehen von der Unwissenheit der meisten Forstdiener machte sich vor allem auch störend bemerkbar, daß die Rentkammer-Förster sich nur wenig um die ihnen anvertrauten Waldungen des Kirchenguts kümmerten, da sie ihre volle Aufmerksamkeit den Hauptteilen ihrer Hut zuwandten, während sich andererseits die kirchenrätlichen Verwaltungsbeamten voll auf sie verlassen zu können glaubten. Dementsprechend befanden sich die meisten Kirchenratswälder in einem besonders trostlosen Zustand, so daß ihre unwirtschaftliche Behandlung fast sprichwörtlich geworden war.⁴⁷⁾

2.4.3 Oberämter

Eine völlig untergeordnete Rolle spielte eine Sonderform der lokalen Forstorganisation, die in den Freipirschgebieten (z. B. am oberen Neckar und in der Freudenstädter Gegend)

⁴³⁾ HSTA A 282 Bd. 1184 (Sonderverzeichnis).

⁴⁴⁾ Im Jahre 1790 bestanden selbständige Forstverwaltungen in Adelberg (vereinigt mit Lorch, 4350 ha) und Hirsau (4470 ha). Kurz nach der Jahrhundertwende wurden weitere in Heidenheim und Mühlacker gebildet.

⁴⁵⁾ Z. B. in Blaubeuren, Denkendorf, Alpirsbach, St. Georgen.

⁴⁶⁾ Seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts wurde dieser Titel älteren und in den Augen des Landesherrn besonders verdienten Förstern verliehen.

⁴⁷⁾ Hermelink, H.: Die Geschichte . . . S. 22.

bestand. Dort waren die Wälder nicht den Forstämtern, sondern den Ämtern der allgemeinen Verwaltung unterstellt, deren Beamte die Funktionen des Forstpersonals übernahmen, soweit dieses nicht zur Verfügung stand.⁴⁸⁾ Die Durchführung der praktischen Waldwirtschaft und der Forstschutz lagen in der Regel in den Händen von Bauern.

2.5 Forstpersonal

Es wurde bereits darauf hingewiesen, welche Schlüsselposition die zur Kammergutsverwaltung gehörenden Forstämter im Gesamtzusammenhang der altwürttembergischen Forstorganisation einnahmen. Damit war auch dem Personal dieses Verwaltungszweigs eine zentrale Stellung zugewiesen. Bei der Wechselwirkung, die organisatorische und personelle Tatbestände miteinander verbinden, erscheint daher eine Darstellung der Dienstverhältnisse der höheren und unteren Forstbeamten notwendig.

In diesem Zusammenhang ist zunächst auf eine einschneidende Entwicklung hinzuweisen, die im 17. Jahrhundert mit der zunehmenden Ernennung von Adligen zu Forstmeistern eingeleitet wurde, nachdem sie bisher nur vereinzelt als Forstamtsvorstände aufgetreten waren. Bereits 1618 beklagte sich die Landschaft darüber, daß »die Forstmeister-Dienste mit Adels-Personen ersetzt« würden, die nicht nur »stattliche Bestallungen« und nach kurzer Dienstzeit »starcke Leibgedüng« (d. h. hohe Pensionen) beanspruchten, sondern auch zur Aufführung ihrer neuen Gebäude auf die Untertanen zurückgriffen. Es wurde deshalb gefordert, »feine verständige vorstleuth« anzustellen, die mit geringeren Besoldungen auskämen.⁴⁹⁾ Diese Vorstellungen nutzten jedoch nichts. Seit der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts wurden die Forstämter fast ausnahmslos mit Angehörigen des Adels besetzt. Nur der unbedeutende Blaubeurer Forst, der in den Augen der Edelleute »eigentlich kein ordentliches ForstAmt« war, behielt bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts einen bürgerlichen Forstmeister, bis schließlich auch diese letzte Bastion fiel. Da im Herzogtum Württemberg kein landsässiger Adel vorhanden war, wirkte sich der Ausschluß der Bürgerlichen von den höheren Forstdienststellen gleichzeitig im Sinne einer Ausschaltung der Landeskinder aus, die in der Forstverwaltung nur noch als »beständig Subordinierte eines adelichen Ausländers«⁵⁰⁾ tätig werden konnten. Diese auf der Grundlage des absolutistischen Systems sich vollziehende Entwicklung beruhte letzten Endes auf der Beteiligung des Forstpersonals am höfischen Jagdbetrieb und der sich daraus ergebenden Eingliederung der führenden Forstbeamten in den Hofstaat, die in der Verleihung von Hofchargen ihren Ausdruck fand. So waren zahlreiche Forstamtsvorstände gleichzeitig Kammerjunker oder Kammerherrn. Die dienstältesten Oberforstmeister wurden darüber hinaus als Land(ober-)Jägermeister oder Vice-Jägermeister zu Stellvertretern des Oberstjägermeisters bestellt. Alle diese Funktionen waren selbstverständlich mit beachtlichen Gehaltszulagen versehen. Beide Faktoren – die landesfremde Herkunft und die höfischen Verpflichtungen – mußten zu einer Entfremdung der höheren Forstbeamten von den Untertanen führen, mit denen sie doch in vielfältiger Beziehung standen. Diese tiefe Kluft, die schon in der Anrede »gnädiger Herr« sichtbar wurde, empfand die Bevölkerung um so schmerzlicher, als alle anderen Verwaltungszweige in der Hand bürgerlicher Württemberger verblieben waren. Ein gesellschaftlicher Abgrund trennte nunmehr auch das untere Forstpersonal von seinen Vorgesetzten. Obwohl aus »Forstknechten« zu »Förstern« geworden, wurden sie weiterhin mit »Er« angeredet und auch nicht viel besser als die Knechte der Oberforstmeister behandelt.⁵¹⁾

⁴⁸⁾ Instruktion für die Unteramtleute vom 19. 11. 1762; Reyscher, A. L.: Bd. 14, S. 799.

⁴⁹⁾ HSTA LD Tomus 23.

⁵⁰⁾ HSTA LA 17.1.

⁵¹⁾ Widenmann, W.: Forstliche Blätter, Heft V (1831), S. 9. König Friedrich untersagte in einem Dekret an den Oberstjägermeister vom 15. 12. 1806 den Oberforstmeistern, die (im Rang hervorgehobenen) Oberförster mit »Er« zu titulieren und verbot, »das in kgl. Diensten stehende ForstPersonale mit Schimpf- und Schmähworten, wie Flegel und Schlingel, zu belegen.« (HSTA A 22 Bü. 21).

2.5.1 Ausbildung

Eine fachliche Ausbildung war im Herzogtum für den Forstdienst ebensowenig wie für die meisten anderen Disziplinen vorgeschrieben. Im 16. Jahrhundert konnte die Tätigkeit als Forstmeister oder Forstknecht noch nicht einmal als spezieller Beruf angesehen werden, da nicht selten verschiedene Verwaltungsfunktionen neben- oder nacheinander ausgeübt wurden.⁵²⁾ Fachkenntnisse setzte man weder voraus noch wurden sie erwartet. Allgemeine Tauglichkeit und Zuverlässigkeit genügten. Es gab damals sogar noch Forstmeister, die des Lesens und Schreibens unkundig waren.⁵³⁾ Dies hatte sich zwar im Laufe der Zeit geändert, doch konnte auch im 18. Jahrhundert von einem geregelten Ausbildungsgang noch keine Rede sein.

Die Oberforstmeister brauchten im Gegensatz zu den Beamten anderer Laufbahnen sogar nicht einmal praktische Erfahrungen in ihrem Fachgebiet sammeln. Sie begannen vielmehr ihre Karriere als Pagen und dienten dann als Jagdchargen – Jagdjunker und Hof-Oberforstmeister –, bis sie (häufig noch in sehr jungem Alter) mit einem Oberforst »versorgt« wurden, der ihnen manchmal schon im voraus »dato casu vacaturae« versprochen worden war.⁵⁴⁾ Erst in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts werden vereinzelte Bemühungen um eine gewisse fachliche Vorbildung sichtbar. Sofern sie sich nicht autodidaktisch einschlägige Kenntnisse verschafft hatten, verfügten die Forstamtsleiter nicht einmal über das notwendigste Rüstzeug für ihren Beruf. Da sie auch im Schreib- und Rechnungswesen keine Ahnung hatten waren sie ferner gezwungen, auf privater Basis Forstsreiber (Forstscribenten) zu beschäftigen, um sich von ihnen die Büroarbeiten und teilweise sogar die Forststrafrechtspflege besorgen zu lassen, nachdem die Ende des 17. Jahrhunderts verfolgte Absicht, »den meist und vornehmsten vorstmeistereyen einen besonderen Forstverwalter, welcher die Verrechnung der Forstgefälle übernehmen« sollte, vermutlich aus Kostengründen nicht verwirklicht worden war.⁵⁵⁾ Die Folge dieser Entwicklung bestand darin, daß die Forstsreiber zum »fac totum« der Forstmeister wurden und häufig den ganzen Geschäftsbetrieb dirigierten.⁵⁶⁾

Nicht viel besser sah es beim unteren Forstdienst aus. Im 16. Jahrhundert waren sogar noch fromme, ehrliche und fleißige Personen ausreichend erschienen. Dementsprechend wurden frühere Schultheißen, Stadt- und Amtsknechte, Türhüter, Stallknechte, Boten usw. als geeignete Bewerber angesehen.⁵⁷⁾ Allmählich stiegen jedoch die Anforderungen, so daß später immerhin »erbare, geschickte und Tugendliche, Schreibens und Lesens nothdürftig erfahrene und getreue« Forstknechte vorgeschlagen werden sollten.⁵⁸⁾ Im Laufe des 18. Jahrhunderts wurde es dann für einen künftigen Förster allgemein üblich, beim Vater oder einem älteren Kollegen zunächst als Lehrjunge, dann als »Pursch« die Jägerei zu erlernen. Allerdings konnten sich die Aspiranten bei dieser sozusagen zunftmäßigen Ausbildung kaum über den praktischen Jagdbetrieb hinausgehende Fachkenntnisse erwerben, zumal sie oft nur zum »Pferdeputzen, Dreschen oder Mistfahren«⁵⁹⁾ benutzt wurden. Als im Jahre 1759 Herzog Karl Eugen das Feldjäger-Corps gründete und dabei »gleichsam ein Gesetz zu machen geruhte, daß keiner von der Jägerei zu einer Forstknechts Bedienstung sich Hoffnung machen solle, welcher nicht zuvor sechs Jahr lang unter sothanem Feldjäger-Corps gedient und sich darzu durch gute Aufführung bey selbigem verdient gemacht haben

⁵²⁾ Hauff, D.: a.a.O. S. 81.

⁵³⁾ Hauff, D.: a.a.O. S. 84.

⁵⁴⁾ HSTA A 202 Bü. 616.

⁵⁵⁾ HSTA A 248 Bü. 1734.

⁵⁶⁾ HSTA LA 17.1.

⁵⁷⁾ Hauff, D.: a.a.O. S. 84.

⁵⁸⁾ HSTA A 202 Bü. 613 (Stat des Forstmeisters von Tübingen 1714).

⁵⁹⁾ Stahls Forstmagazin Bd. 9 (1767) S. 171.

wird«, ⁶⁰⁾ sank schließlich der untere Forstdienst zu einer Versorgungseinrichtung für das Militär herab. Von diesem Zeitpunkt an wurden die Försterstellen mit Soldaten aus verschiedenen Einheiten besetzt, in denen sie bis zu 15 Jahre gedient hatten. Vor allem das 1764 gegründete Leibcorps stellte die Mehrzahl der Förster, wobei für die Anstellung meistens die militärische »ancienneté« der wichtigste Maßstab war.

2.5.2 Stellenbesetzung

Es versteht sich von selbst, daß bei diesen Verhältnissen die Besetzung der Forstdienststellen, die seit der Mitte des 16. Jahrhunderts zu den Reservatsachen des Landesherrn gehörte, ein heikles Problem war. Für die Bestellung der Forstamtsvorstände scheint ohnehin allein der von jagdlichen und höfischen Gesichtspunkten bestimmte Herrscherwille ausschlaggebend gewesen zu sein, wenn auch Rentkammer und Regierungsrat gutachtlich gehört werden mußten. Nur selten wagten es Landstände und Verwaltung, gegen das einseitige und autoritäre Vorgehen der Herzöge zu protestieren. ⁶¹⁾ Bei den Förstern war diese Frage formell so geregelt, daß die Rentkammer unter Beteiligung des Oberstjägermeisters dem Landesherrn 3 Männer vorzuschlagen hatte, unter denen dieser die Auswahl traf. Da es aus den geschilderten Gründen an der »Concurrenz von geschikten Subjekten« fehlte, kam die Rentkammer allerdings »in die traurige Verlegenheit, bei Vacaturen meistens unter mittelmässigen und schlechten nur minder mittelmässige wählen zu können«. ⁶²⁾ Hinzu kam, daß sich der Herzog bei seinen Entscheidungen oft genug von subjektiven Momenten leiten ließ. Es kam sogar vor, daß die Forstmeister ihre Stallknechte unter Umgehung der Rentkammer unmittelbar zur Ernennung vorschlugen und diese dann auch vom Landesherrn »rezipiert« wurden. ⁶³⁾ In den Blütezeiten des landesfürstlichen Machtbewußtseins war der Günstlingswirtschaft vollends Tür und Tor geöffnet. Seit der Regierung Herzog Eberhard Ludwigs erfolgte die Besetzung der Forstämter und häufig auch der Hutten durch unmittelbare Dekrete, ohne daß die Möglichkeit einer fachlichen Einflußnahme bestand. Einen Tiefpunkt erreichte die absolutistische Personalpolitik jedoch unter Herzog Karl Eugen durch die Einführung des Diensthandels. Bis zum Erbvergleich im Jahre 1770 und teilweise sogar noch bis in die achtziger Jahre hinein wurden nämlich die meisten Försterstellen nur gegen Bezahlung – oft unter unwürdigen Umständen – vergeben.

Das »Schaloutiren« war damals so weit verbreitet, daß man es als ein allgemein bekanntes Mittel bezeichnete. Die meist beträchtlichen Geldbeträge wurden zusammen mit einem »memoriale« durch einen Kammerlakaien oder sogar »immediate zu allerhöchsten Händen« überreicht. Besonders oft wurde dieses Verfahren von Förstern praktiziert, die ihre Stelle einem Sohn übergeben wollten. Andere bezahlten für Bewerber unter der Voraussetzung, daß diese ihre Tochter oder eine nahe Verwandte heirateten. Da die Aspiranten in der Regel beim Militär dienten, war auch nicht selten ein Rekrut mit einer bestimmten Körperlänge zu stellen, der dann seinerseits ein Handgeld beanspruchte. Zuweilen wurde auch durch herzoglichen Befehl mitgeteilt, »der und der solle den Dienst haben, und man solle das Geld einschiken«. Auf diese Weise kamen zahlreiche Stellen des unteren Forstdienstes in die Hände von Leuten, die »keinen anderen Vorzug hatten, als daß die Natur ihnen Gröse von Person und das Glück Geld verliehen hatte«. ⁶⁴⁾

Die Oberforstmeister waren von diesem Verfahren ausgenommen, was als weitere Privilegierung des forstlichen Adels gewertet werden darf.

2.5.3 Aufgaben

Für alles, was mit dem Wald im weitesten Sinne zu tun hatte, waren die altwürttembergischen Oberforstämter zuständig. Als Träger der Forsthoheit des Landesherrn waren diese wenigen Dienststellen der Steuerungsmechanismus des gesamten Forstwesens. Ihre Aufgaben konzentrierten sich auf folgende Arbeitsgebiete:

⁶⁰⁾ HSTA A 282 Bü. 267 (Dekret vom 1. 10. 1759).

⁶¹⁾ So z. B. der Landtag 1797 und die Rentkammer 1798.

⁶²⁾ HSTA A 282 Bd. 1185 (Sonderverzeichnis).

⁶³⁾ HSTA A 227 Bü. 228.

⁶⁴⁾ HSTA A 202 Bü. 2737 (Untersuchungen über den Diensthandel 1794).

2.5.3.1 Bewirtschaftung der Kameralwäldungen

Die zum Kammergut gehörenden Wäldungen waren für die Versorgung weiter Bevölkerungskreise und des Gewerbes sowie seit der Mitte des 18. Jahrhunderts zunehmend auch für die Staatseinkünfte von erheblicher Bedeutung. Die Verwertung des herrschaftlichen Holzes und die Nutzung aller übrigen forstlichen Einkommensquellen waren daher eingehend geregelt.

Der Holzeinschlag mußte in einem zwischen Bartholomäi (24. August) und Weihnachten der Rentkammer vorzulegenden »Holzbericht« beantragt werden, für dessen Aufstellung die Anforderungen der Holzverbraucher maßgebend waren. Ein dem Leistungsvermögen der Wälder entsprechender Hiebsatz existierte nicht. Die genehmigten Holzmengen sollten dann vom Oberforstmeister im Beisein des zuständigen Försters ausgezeichnet werden. Überhaupt waren die Amtsvorstände gehalten, bei allen Außenarbeiten den Hutsbeamten als Kontrollorgan hinzuzuziehen. In der Praxis war die Beteiligung der Oberforstmeister an der Durchführung waldwirtschaftlicher Maßnahmen allerdings häufig gering, was bei dem großen Umfang der Forstbezirke auch nicht verwunderlich ist. Die Aufnahme des gehauenen Holzes, der Verkauf nach den vom Oberforstamt festgesetzten Taxpreisen und der Geldeinzug waren Aufgabe des Försters. Er führte zu diesem Zweck eine Partikularrechnung, die der Hauptrechnung des Oberforstamts beizulegen war. Alle eingehenden Gelder wurden in der Oberforstamtskasse gesammelt, aus der auch die Ausgaben bestritten werden mußten. Für die Rechnungsführung war der Oberforstmeister in vollem Umfang verantwortlich, obwohl sie sozusagen in seinem Privatauftrag vom Forstschreiber gefertigt wurde. Auf den Rechnungsabschluß zu Georgii (23. April) war der Überschuß in bar mit dem Rechnungsauszug an die Rentkammer (Landschreiberei) abzuliefern, worauf in Anwesenheit des Oberforstmeisters die Rechnungsprüfung (»Abhör«) erfolgte.

2.5.3.2 Forstaufsicht und Verwertung der Forstrechte

Wie die Holzabgaben aus dem herrschaftlichen Wald, so mußten auch die Holzeinschläge der anderen Waldbesitzer im Holzbericht bei der Rentkammer beantragt werden. Eine Realisierung war erst möglich, wenn das Forstpersonal das Holz mit dem Waldhammer ausgezeichnet hatte, was nur zu bestimmten Zeiten (1 oder 2 mal jährlich) der Fall war. Die Oberforstämter hatten daher nicht nur den Status einer Forstpolizeibehörde, sondern übten sogar eine Art staatlicher Bewirtschaftung und Beförderung im Körperschafts- und Privatwald aus.

Eine Ausnahme machten bis zu einem gewissen Grad die kirchenrätlichen Wäldungen, da ja das gesamte Kirchengut eine Sonderform des Staatsvermögens darstellte. Aus diesem Grunde war auch das Verhältnis der Oberforstmeister zu den Lokalbehörden des Kirchenrats unklar und umstritten. So wurde noch im Jahr 1796 vom Kirchenratskollegium die Oberaufsicht der Oberforstmeister mit historischen und juristischen Argumenten als abwegig abgelehnt.⁶⁵⁾ De facto war sie allerdings für den größten Teil der Kirchenratswäldungen durchgeführt, beschränkte sich aber durchweg auf die Kenntnisnahme der Holzeinschläge durch die Oberforstämter, um eine gegenseitige Abstimmung insbesondere bei der Festsetzung der Holzpreise zu gewährleisten. Die Genehmigung der Holzhiebe erteilte der Kirchenrat, der auch die entsprechenden Verfügungen unmittelbar an die kirchenrätlichen Lokalverwaltungen ausschrieb.⁶⁶⁾ Beim Holzanweisen sollten die Oberforstmeister beteiligt werden, doch wurde dies häufig nicht praktiziert. In manchen Fällen räumte man ihnen auch lediglich ein Inspektionsrecht ein. Die Verwaltungsgeschäfte sowie Holzverkauf, Waldkultur und Forststrafrechtspflege mit Ausnahme der Wildereidelikte waren ohnehin selbständige Aufgaben der kirchenrätlichen Behörden.

Wie nachlässig die Forstaufsicht über die Wäldungen des Kirchenrats bis in die 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts gehandhabt wurde, geht im übrigen auch aus der Tatsache hervor, daß es einer aus Anlaß einer Besichtigungsreise getroffenen ausdrücklichen Anordnung Herzog Karl Eugens vom 5. 7. 1761 bedurfte, um im Schwarzwald die Kirchenratswälder der »Ober- und Spezialaufsicht« der Oberforstämter Altensteig, Freudenstadt und Neuenbürg mit der bezeichnenden Begründung zu unterstellen, von den seither darüber gesetzten Oberämtern hätten die wenigsten »die erforderliche Meisterschaft im Holzwesen«, weshalb sie sich »einig allein an ihre Untergebenen halten« müßten.

⁶⁵⁾ HSTA A 227 Bü. 155.

⁶⁶⁾ HSTA A 282 Bü. 257.

Die Zusammenfassung der Holzeinschläge fast aller Waldbesitzer⁶⁷⁾ in einem Holzbericht und die Pflicht zur Auszeichnung sämtlicher Hiebe durch das herzogliche Forstpersonal hatten eine Vermischung erwerbswirtschaftlicher und hoheitsrechtlicher Tätigkeitsmerkmale zur Folge, zumal der Landesherr auch im Nichtstaatswald zahlreiche Rechte besaß, deren Verwertung durch die Oberforstämter erfolgte. Da alle Maßnahmen dem landesfürstlichen und staatswirtschaftlichen Interesse dienten, wurden die Aufgaben im Kameral- und im übrigen Wald keineswegs als streng zu trennende Gegensätze empfunden. Überhaupt waren die Oberforstmeister weniger Wirtschaftler zum Wohle öffentlicher und privater Waldbesitzer als vielmehr Wahrer der »Forstlichen Obrigkeit, Herrlichkeit, Gerechtigkeit und Dienstbarkeit«.⁶⁸⁾ Wirtschaftliche und hoheitliche Aufgaben bildeten daher eine Einheit. Dies kam auch in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Oberforstmeister für beide Geschäftsbereiche der Aufsicht der Rentkammer unterstellt waren.

2.5.3.3 Forstschutz

Die Ausübung des Forstschutzes durch das Personal der Oberforstämter konzentrierte sich auf die Kameralwaldungen, da sowohl der Kirchenrat als auch die Gemeinden für diesen Zweck eigene Bedienstete angestellt hatten. Ungeachtet dieser Tatsache war jedoch das herzogliche Forstpersonal berechtigt, Übertretungen der Forstgesetze auch im Gemeinde- und Privatwald anzuzeigen und zu verfolgen. In diesen Fällen stand die Aburteilung der Täter den Oberforstämtern zu, während sie im übrigen den Gemeinden überlassen blieb – Wilderei, Diebstahl an gefällttem Holz und Ungehorsam ausgenommen. Forstschutz und Forststrafrechtspflege im Gemeinde- und Privatwald waren somit lediglich als subsidiäre Aufgabe der staatlichen Forstverwaltung gedacht.⁶⁹⁾ In der Praxis wurde sie allerdings oft von den Oberforstämtern usurpiert.⁷⁰⁾ Daran war nicht nur die Beteiligung des Forstpersonals an den Forststrafen schuld, sondern auch der Umstand, daß es um den Forstschutz im Gemeindewald mehr schlecht als recht bestellt war, weil die kommunalen Bediensteten jährlich gewählt wurden und deshalb in einem Abhängigkeitsverhältnis zu ihren Mitbürgern standen.

Forstschutzorgane der Oberforstämter waren in erster Linie die Förster, die »in eygner Person täglichs auff dem Vorst reuten oder gehn, unnd nicht Gucker oder Knechtsknecht an ihr statt« anstellen sollten.⁷¹⁾ Im Laufe des 18. Jahrhunderts mußten sie jedoch immer mehr durch zusätzliches Personal unterstützt werden, das vor allem in größeren Huten und isoliert gelegenen Distrikten zum Einsatz kam. Diese Hilfskräfte bestanden zunächst aus den bereits genannten Beiknechten und den zur Ausbildung beschäftigten Jägerpurschen. In der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts wurden vor allem zur Wildererbekämpfung zeitweise auch Scharfschützen verwendet oder sogar militärische Einheiten (z. B. Husaren) in besonders gefährdete Oberforste abkommandiert.⁷²⁾ War nur zu bestimmten Terminen (wie beispielsweise an den Holzlesetagen) eine Aushilfe notwendig, so stellte man hierfür Bürgern und Bauern – oft Holzhauer – als sogenannte Streifer, Versucher oder Waldgänger an, die meist nur Personalfreiheit von den Fronen genossen oder einen Teil der Belohnung erhielten, die für die Anzeige von Forstvergehen bezahlt wurde; den anderen Teil – manchmal sogar alles – behielt der Förster für sich, so daß sich die Hilfskräfte ungeachtet ihrer Vereidigung auf andere Weise (meist durch Abmachungen mit den Frevlern) schadloshielten. In den Grenzhuten der Oberforstämter Urach, Heidenheim und Tübingen (seit 1762) sowie Neuenbürg (seit 1764) waren sie jedoch gegen geringe Besoldung hauptamtlich beschäftigt.⁷³⁾

⁶⁷⁾ HSTA A 282 Bü. 256.

⁶⁸⁾ Im Stat (Anstellungsvertrag) regelmäßig verwendete Formel.

⁶⁹⁾ Schmidlin, J. G.: a.a.O. (Bd. 1) S. 120.

⁷⁰⁾ HSTA LA 17.2.

⁷¹⁾ Reyscher, A. L.: Sammlung ... Bd. 16/1 S. 234.

⁷²⁾ HSTA A 227 Bü. 200, 1768, 1769.

⁷³⁾ Neues Forstarchiv Bd. 40 (1807) S. 27 und HSTA A 248 Bü. 3413.

Auf dem Gebiet des Forstschatzes existierten somit verschiedene Systeme nebeneinander:

1. Es gab Hutten von so geringer Ausdehnung, daß der Förster nicht nur die Bewirtschaftung, sondern auch den Forstschatz allein besorgen konnte;
2. in besonders großen Hutten durfte er einen Jägerpurschen halten, wofür er eine Gehaltszulage erhielt, bzw. er bekam zur Mithilfe einen Beiknecht oder wurde
3. durch bürgerliche Personen – in der Regel ohne feste Bezüge – unterstützt; schließlich kam
4. in stark gefährdeten Gegenden zeitweise ein bewegliches militärisches Schutzpersonal zum Einsatz.

2.5.3.4 Forststrafrechtspflege

Die geschilderte vielschichtige personelle Situation läßt erkennen, daß mit dem Anwachsen der Bevölkerung und der Wertsteigerung des Holzes der Forstschatz gegen Ende des 18. Jahrhunderts ein großes Problem geworden war. Als Folge dieser Entwicklung – das Prinzip der Gewaltenteilung war noch unbekannt – spielte die Forstgerichtsbarkeit im Aufgabenbereich der Oberforstämter zunehmend eine wichtige Rolle. Nach uraltem Verfahren wurden die »Excedenten« vom Forstschatzpersonal angezeigt, vom Förster in ein Rugregister eingetragen und durch den Oberforstmeister auf den Rugtagen abgeurteilt, zu denen die Angeschuldigten persönlich erscheinen mußten. Die wesentlichen Verhandlungsergebnisse jedes einzelnen Falles waren in ein Rugprotokoll einzutragen, das vom »Anbringer« (d. h. vom anzeigenden Bediensteten) unterschrieben wurde und auf diese Weise die Grundlage für die Rechtsprechung bildete. Für das Verfahren war kennzeichnend, daß jeder beeidigte Forstbeamte öffentlichen Glauben besaß, weshalb seine Aussagen als Beweis ausreichten, sofern er als Augenzeuge die genauen Umstände der Tat angeben konnte, der Angeklagte aber nicht in der Lage war, diese Angaben zu widerlegen. Dies galt nicht für die dem Militärrecht unterstehenden Scharfschützen. Auf ihre Anzeigen hin durften Delinquenten nur bestraft werden, wenn sie geständig waren oder durch andere Zeugen überführt werden konnten.⁷⁴⁾

Die Strafen bestanden in der Regel in Geldbußen. Zahlungsunfähige Frevler wurden inhaftiert oder ersatzweise zur Abverdienung mit Waldarbeiten beschäftigt. Die Befugnis der Oberforstmeister ging so weit, daß sie Widerspenstige nach vorheriger Konsultation des zuständigen Verwaltungsbeamten durch die Stadtknechte in den »Turm« werfen lassen konnten. Von allen Strafen bis zum Betrag von 3 Gulden und 15 Kreuzern – die sogenannten »gemeinen Rügungen und Waldeinigungen« – erhielt der Anbringer den dritten Teil als »Rugdrittel«.⁷⁵⁾ Für alle übrigen Strafen durfte dagegen keine Anbringgebühr (Delationsgebühr) verrechnet werden – eine Regelung, die der Verfälschung der Straftatbestände durch das Forstschatzpersonal im Sinne einer Milderung Vorschub leistete, von der beide Seiten profitierten. Bei bestimmten schweren Delikten und Wilderei mußten die Untersuchungen gemeinsam mit dem Oberamtmann geführt werden; in diesen Fällen konnte der Entdecker Prämien für sich in Anspruch nehmen. Die nach Abzug des Rugdrittels verbleibenden Strafgeelder standen dem Waldeigentümer zu; dies galt auch für den Fall, daß im Kommunal- und Privatwald die Forstschatzorgane der Oberforstämter die Anzeige veranlaßt hatten. Hinsichtlich der Forststrafjustiz unterstanden die Oberforstmeister dem Regierungsrat.

2.5.3.5 Jagd

Von erheblicher, in den wildreichsten Gebieten sogar von ausschlaggebender Bedeutung

⁷⁴⁾ HSTA A 227 Bü. 200.

⁷⁵⁾ Die unter diesen Begriff fallenden Straftatbestände waren mit Generalrescript vom 30. 10. 1643 kodifiziert worden. Zu ihnen gehörten v. a. unerlaubtes Grasens, schädliches Holzhauen, unbefugtes Eichellesen, Benutzung verbotener Wege, Weiden in gesperrten Häuten usw.

für die Tätigkeit des Forstpersonals war die Mitwirkung bei der herrschaftlichen Jagd. Die Aufgaben der Forstbeamten waren auf diesem Gebiet scharf von denjenigen der Jägerei abgegrenzt. Jagdschutz, Hege, Beobachtung und Feststellung des Wildstands, Aufsicht über die Jagdfrondienste der Untertanen und Lieferung des Küchenwilds gehörten ausschließlich in den Zuständigkeitsbereich der Oberforstämter, die hierfür dem Oberstjägermeister unterstellt waren. Abschüsse durch das Forstpersonal waren daher nur aufgrund einer ausdrücklichen Anweisung des Oberstjägermeisteramts erlaubt. Als jagdliche Aufgaben im weiteren Sinne sind die Aufsicht über die Fischwasser und Krebsbäche, die Beeidigung der Weingärten – und Feldschützen sowie die jährliche Musterung der von den Untertanen nach den Bestimmungen der Forstlagerbücher zu haltenden und aufzuziehenden Hunde (Hundslege und Hundeaufstockung) zu nennen. Außerdem waren den Oberforstämtern bis 1818 die Cleemeister (Abdecker) unterstellt, da diese die Luderplätze zu beschicken hatten.

2.5.4 Besoldung

Welchen Einfluß die Besoldungsverhältnisse auf die Funktionsfähigkeit einer Verwaltung ausüben können, läßt sich kaum deutlicher zeigen als am Beispiel der altwürttembergischen Forstorganisation. Die unzweckmäßige Regelung dieser Frage und ihre schädlichen Folgen für das Forstpersonal bedeuteten eine schwere Belastung für die Tätigkeit der staatlichen Organe auf dem Gebiet des Forstwesens.

Charakteristisch für die Bezüge der Forstbeamten waren ihre unterschiedliche Höhe, der große Umfang der Naturalleistungen und die Bedeutung der Nebeneinnahmen. Schon allein diese Merkmale weisen darauf hin, daß die Besoldungen auf alten örtlichen Traditionen beruhten und nicht einer systematischen Regelung unterworfen waren. Eine nähere Untersuchung führt darüber hinaus zu Feststellungen, die schlaglichtartig die Reformbedürftigkeit der patriarchalisch-feudalistischen Verwaltungsstruktur erkennen lassen. Wie bereits ausgeführt wurde, hatte die Besetzung der höheren Forstdienststellen mit Adligen tiefgreifende Auswirkungen. Mit der vergleichsweise mäßigen Besoldung ihrer bürgerlichen Vorgänger konnten sie, die 2–3 Pferde und livrierte Diener hielten, nicht mehr auskommen. Die Gehälter der Forstmeister »von Stande« mußten daher so reichlich bemessen werden, daß sie im 18. Jahrhundert doppelt so hoch waren wie die Bezüge gleichrangiger Beamter. Es verwundert deshalb nicht, daß es genug Personen gab, »die solche Dienste und bestimmte Besoldung mit unterthänigstem Danckh und Freuden« annahmen.⁷⁶⁾

Konsequenterweise erhielt denn auch der (lange Zeit einzige bürgerliche) Blaubeurer Forstmeister mit der ausdrücklichen Begründung, daß er »kein Nobilis« sei, ein wesentlich niedrigeres Gehalt als die anderen Forstamtsleiter, was ihn anläßlich einer 1718 erfolgten Besoldungsreduktion zu der Bemerkung veranlaßte, daß er »bisher von meinem väterlich ererbten Item zugebrachten meiner Frawen Heirathsguth und Vermögen mehrtheils wegen ohnzulänglicher Besoldung müßen leben, und wegen der vielen ausgestandenen fatabilitäten sauber darbey zusetzen und einbüßen«⁷⁷⁾ Er konnte als Rechtfertigung seiner Ansprüche nicht wie seine Kollegen geltend machen, daß »ein Forstmeister aß einer von Adel, sich beßer in Klaiden, Diener und Pferden aufführen, und wann ein Hochfürstlich Actum vorgehet, zu auffwartung und anderer Bedienung beschriben und die unterthängiste schuldigste Dienste leisten muß«.⁷⁸⁾ Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang auch die Begründung, die der erste adlige Tübinger Forstmeister von Castonier für die unerlaubten Nebeneinnahmen lieferte, die er sich zur Finanzierung seines aufwendigen Lebensunterhalts verschafft hatte. Er führte nicht nur seine »vielen, von Gott erhaltenen, zum Theil wegen ihrer zarten Jugend und üblen Leibsconstitution so unglückseligen Kinder«, sondern auch die »allhier gemachten Etablissements« und die von ihm »eingerichtete oeconomi« an.⁷⁹⁾

Das reguläre Einkommen der Förster war dagegen sehr bescheiden, wenn sie es nicht verstanden, sich zusätzliche Einnahmen zu verschaffen. Während der Oberforstmeister zu Neuenbürg beispielsweise 489 Gulden an Geldbesoldung erhielt, belief sie sich beim För-

⁷⁶⁾ HSTA A 202 Bü. 618.

⁷⁷⁾ HSTA A 202 Bü. 665.

⁷⁸⁾ HSTA A 202 Bü. 618.

⁷⁹⁾ HSTA A 5 Bü. 83.

ster auf dem Sprollenhaus lediglich auf 12 Gulden, weshalb nach seinen eigenen Worten sein Vorgänger »sein und seiner Frau Vermögen und auch viele Beisteuern seiner Anverwandten eingebossen« habe.⁸⁰⁾ Meist war das untere Forstpersonal mehr oder weniger auf Schußgelder, Jägerrecht und andere Nebeneinnahmen – insbesondere Holzanweisungsgelder – angewiesen. Im Jahre 1790 wurde daher wegen ihrer »gänzlich unhaltbaren pekuniären Lage« eine Besoldungsaufbesserung beschlossen, infolge Geldmangels jedoch nicht durchgeführt.⁸¹⁾ Diese ungleiche finanzielle Bewertung führte zu einer Vertiefung der sozialen Gegensätze, die das höhere vom niederen Forstpersonal trennten. Allerdings bestanden auch innerhalb der beiden Laufbahnen große Unterschiede, so daß es hoch und kärglich dotierte Oberforstämter und Huten gab. So bot im 18. Jahrhundert beispielsweise der Schorndorfer Oberforst Einkünfte in Höhe von 2021 Gulden, während mit dem umfangreichen Heidenheimer Oberforst ein Einkommen von nur 895 Gulden verbunden war.⁸²⁾ Es ist verständlich, daß bei dieser Sachlage die gut bezahlten Posten den Charakter von Pfründen erhielten. Im übrigen bestand der geringste Teil der Besoldungen in barem Geld. Von weit größerer Bedeutung waren die zu sehr niederen Preisen berechneten Naturalien. Sie wurden durch Emolumente – Gütergenuß und Wilddeputate – ergänzt, so daß mit den Forstdienststellen häufig ein regelrechter Wirtschaftsbetrieb verbunden war. Mochten die geschilderten Tatbestände auch noch so ungerecht und unzweckmäßig sein, so konnten sie doch nicht zum öffentlichen Ärgernis werden, da sie durchaus mit der staatswirtschaftlichen Verfassung und den zeitgenössischen Anschauungen in Einklang standen. Was die Besoldung des Forstpersonals zum Skandal machte, waren die zahllosen, meist von den Gemeinden für alle möglichen Verrichtungen in ihren Wäldern zu bezahlenden Diäten und vor allem die von der Bevölkerung als anstößig empfundenen **Akzidentien**. Insbesondere die höheren Forstbeamten hatten es nämlich verstanden, sich im Laufe der Zeit unter den verschiedensten Bezeichnungen Nebeneinnahmen zu verschaffen und sie gewohnheitsrechtlich zu legalisieren. Die »Beinutzungen« waren auf diese Weise als fester Bestandteil in das Besoldungssystem – soweit von einem System überhaupt gesprochen werden kann – integriert worden, was bei der fast totalen Abhängigkeit weiter Bevölkerungskreise von den Forstbeamten zu fatalen Folgen führen mußte. Von wesentlicher Bedeutung war auch in diesem Zusammenhang die Verdrängung der Bürgerlichen aus der forstlichen Oberschicht. Da die Adligen mit den fixen Gehältern ihre anspruchsvollen Lebensgewohnheiten nicht bestreiten konnten und zudem einen Forstscribenten zu unterhalten hatten, fühlten sie sich aufgrund ihres Standes berechtigt, vom Volk nach eigenem Gutdünken Abgaben zu verlangen. Bei solchen Vorbildern konnte es natürlich nicht ausbleiben, daß die Förster das Beispiel ihrer Herren nachzuahmen versuchten, um ihre geringen Einkünfte ebenfalls aufzubessern.

Die teilweise »von ohndencklichen Jahren hero«⁸³⁾ bezogenen Akzidentien beruhten in der Regel auf lokaler Observanz und schwankten daher von Ort zu Ort ganz beträchtlich, wodurch die ohnehin schon vorhandenen Besoldungsunterschiede noch vergrößert wurden. Nicht selten übertrafen die Nebeneinnahmen sogar die ordentlichen Bezüge. Da sie überwiegend von den Waldbesitzern aufgebracht werden mußten, war ihre Abschaffung sehr schwierig, weil die Betroffenen für diesen Fall eine Erhöhung ihrer regulären Gehälter forderten. Den größten Unwillen erregten die im 18. Jahrhundert sich mehrenden Versuche des Forstpersonals, die Akzidentien auf immer neue Gebiete auszudehnen – eine Entwicklung, die durch den steigenden Wert der Walderzeugnisse und die sich daraus ergebende Bereitwilligkeit zur Bezahlung neu eingeführter Gebühren begünstigt wurde. Man war deshalb bestrebt, eine Beschränkung auf diejenigen zu erreichen, die in den Forstlagerbüchern aufgezeichnet oder im »Stat« (Anstellungsvertrag bzw. Dienstanweisung) bewilligt

⁸⁰⁾ HSTA A 248 Bü. 3410.

⁸¹⁾ Wagner: Das Jagdwesen . . . S. 229.

⁸²⁾ HSTA A 202 Bü. 581.

⁸³⁾ HSTA A 202 Bü. 618.

waren. Da die Bevölkerung dem Forstpersonal weitgehend ausgeliefert war, schlugen jedoch auch diese Versuche fast immer fehl, so daß es kaum noch Dienstgeschäfte gab, für die nicht irgend welche erlaubte oder unerlaubte Vergütungen verlangt wurden.

Nur die wenigsten waren ziemlich allgemein verbreitet, wie z. B. die Stamm- und Zeichengelder für das Holzanweisen, die nicht nur von den Gemeinden, sondern vielfach auch im Kameralwald bezahlt wurden, oder die offiziell erlaubten Schußgelder und Jägerrechte an erlegtem Wild. Die große Masse der Nebeneinkünfte, die sich die Forstbeamten in geradezu bewunderungswürdigem Einfallsreichtum zu verschaffen verstanden, hatte jedoch ihre örtlichen oder regionalen Ausprägungen. Dazu gehörten⁸⁴⁾

- gewöhnliche bürgerliche Benefizien (Holzlieferungen, Allmandteile, Schafftrieb usw.),
- Naturalverehrungen (Geschenke an Flachs, Dinkel, Haber, Erbsen, Stroh, Heu, Kraut, Rüben, Eiern, Lebkuchen, Forellen, Obst, Wolle usw.),
- Schweinshag-Geld (für die Erhaltung der Schweinshäger),
- Einstandspräsente der Förster für die Oberforstmeister,
- Gelder für die Beedigung von Hirten, Schützen und Vogelfängern,
- Casualverehrungen (»dann und wann ein Kuchengruß von Butter, Eyer, Obs«),
- Gebühren für die Gestattung der Waldweide und des Harzens,
- Abgaben der Gemeinden für die Fertigung der Holzberichte und die Genehmigung des Erntewiederschneidens, Grasens, Laubrechens und Eichellesens in ihren Wäldern,
- Geschenke für die Wiedereröffnung verhängter Walddistrikte und für Dispense von Waldverboten,
- Gelder für Neubauten von Häusern, Teichen und Wasserwehren,
- Nutzungsrechte in Wäldern der Untertanen und Gemeinden,
- Taglöhne und Rittgelder für die Teilnahme an auswärtigen Dienstgeschäften (z. B. Hundsmusterungen, Steinsetzungen, Feuerschauen),
- Vergütungen für die Befreiung von Jagdfronen, und anderes mehr.

Zu Spitzenleistungen brachte es auf diesem Gebiet der Schorndorfer Forstmeister von Witzleben. Er verrechnete Rittgelder für Dienstgeschäfte, die er gar nicht ausführte, gab den Bauern (gegen Gebühren) Graszettel für Orte, an denen nichts wuchs und führte neue Akzidentien wie etwa den von den Schäfern zu liefernden »Waidkaß« für die Schafweide ein. Seine Schikanen veranlaßten die Bevölkerung zu heftigen Protesten, so daß sich 1710 und 1713 eine Kommission mit den Nebeneinnahmen der Forstleute beschäftigte.⁸⁵⁾ Als Ergebnis der Untersuchung wurde tatsächlich eine Reihe von Akzidentien verboten. Diese Maßnahme, die einer Besoldungsreduktion gleichkam, konnte aber nicht durchgehalten werden. Schon 1732 mußte in einem Generalreskript festgestellt werden, daß die alten »abgethanen« Akzidentien »reintroducirt« und neue »invenirt« worden seien.⁸⁶⁾ So blieb auch dieser Versuch einer Beseitigung der Mißstände wie alle früheren und folgenden Bemühungen dieser Art letztlich erfolglos.

Die Unfähigkeit des altwürttembergischen Regiments, dem Akzidentienunwesen zu steuern, hatte ausgesprochene Verfallserscheinungen zur Folge, als im 18. Jahrhundert das Streben nach Besoldungsverbesserung der Leitgedanke der meisten Forstleute zu werden schien: ohne Geschenke – so hieß es im Volk – war nichts, mit reichlichen Präsenten alles erlaubt. Selbst der Kirchenrat kam zu einem vernichtenden Urteil: »Das Gute, das die Oberforstmeister in den kirchenrätlichen Waldungen bisher gestiftet, das Böse, das sie darin gehindert, läßt sich (das Wirken einiger würdiger Männer ausgenommen) auf eine kleine Summe reduciren, und gewöhnlich war die Frage der Oberforstmeister: was wird uns dafür? der wichtigste Artikel der ganzen Oberinspektion.«⁸⁷⁾ Das Forstpersonal, das zu einer »übermächtigen Classe von Staatsdienern«⁸⁸⁾ geworden war, nutzte seine starke Stellung sogar dazu aus, erlaubte Handlungen im Wald zu verbieten und sie erst dann wieder zu gestatten, wenn dafür bezahlt wurde. Angeblich ging die Willkür der Forstbeamten so weit,

⁸⁴⁾ HSTA A 221 Bü. 1837/1838.

⁸⁵⁾ Mosers Forstarchiv, Bd. 1 (1788), Anl. 2.

⁸⁶⁾ Pfeil, Chr. C. L.: Realindex . . . S. 46.

⁸⁷⁾ HSTA A 227 Bü. 155.

⁸⁸⁾ Neues Forstarchiv, Bd. 6 (1799) S. 77.

daß sie in vielen Fällen zur Auswanderung führte.⁸⁹⁾ Dies alles war nur möglich, weil Beschwerden nicht nur keinen Erfolg hatten, sondern oft zu neuen Maßregeln Anlaß gaben. Als nach der Französischen Revolution schließlich auch im Herzogtum Württemberg eine Diskussion über die wechselseitigen Rechte und Pflichten der Staatsdiener und Untertanen in Gang kam, wurde vollends offenkundig, wie unhaltbar die Verhältnisse geworden waren.

Auf dem Landtag des Jahres 1797 kam es auf diesem Hintergrund zu einer besonders scharfen Kritik, die deutlich machte, daß nicht nur die Oberforstmeister, sondern auch alle unteren Dienstgrade bis hinunter zu den Jägerpurschen sich an den Bereicherungspraktiken beteiligten. Dort wurde in diesem Zusammenhang u. a. Folgendes ausgeführt.⁹⁰⁾

»Neben dem, daß es Förster gibt, die von den Besitzern der Privatwäldungen jährlich ein Stück Geld für die Aufsicht über ihre Wäldungen einfordern, neben dem, daß kein Bauer oder Handelsmann, der mit dem Forstamt in Holzsachen zu schaffen, ein Rind oder Schwein in seiner Haußhaltung schlachten darf, ohne etwas davon in die Küche des Försters zu liefern, sodaß ein Förster auf diese Art in einem einzigen Winter mehrerer Centner Fleisch als Geschenk bekommt, benutzt der Förster zugleich alle diejenigen Vortheile und Gerechtigkeiten derjenigen Communen, die in seiner Huth liegen. Die Communvorsteher wagen es nicht, ihn davon auszuschließen; er schlägt, wenn er Ökonomie treibt, und sich mit der Schaaßzucht abgibt, unentgeltlich eine größere Anzahl Schaafe auf die Weide, als der Vermöglichste zu thun berechtigt ist; er stellt die nämlichen Schaafe den Innwohnern größtentheils unentgeltlich auf die Winterung; wenn er ein neues Hauß baut, so müssen ihm die Communen eine Anzahl Baumstämme verzeihen, die Besitzer der Sägmühlen liefern umsonst eine Anzahl Schnittwaar, der größte Theil der Baumaterialien wird unentgeltlich in der Frohn auf den Bauplatz geführt, so wie der Förster, wenn er den Güterbau treibt und nicht eigene Pferde hält, gewiß seyn kann, daß zur Zeit der größten Feldgeschäfte kein Bauer im Dorfe ist, der ihm nicht mit Hintansetzung seiner eigenen Feldgeschäfte einige Frohnen prästiret.«

Auch wenn man berücksichtigt, daß die manchmal recht schlechte Zahlungsmoral des Landesherrn wie überhaupt die unzureichenden Besoldungen des unteren Forstpersonals und die von der Preisentwicklung überholten Diäten an dieser Situation nicht unschuldig waren, so wird man doch den Landständen zustimmen müssen, die am Ende des 18. Jahrhunderts eine personalpolitische Totaländerung forderten, um Recht und Ordnung wiederherzustellen.⁹¹⁾

2.5.5 Verhältnis zur Bevölkerung

Eine Darstellung des Milieus, in dem sich die Reform der württembergischen Forstverwaltung zu Beginn des 19. Jahrhunderts vollzog, wäre unvollständig ohne eine Analyse der Beziehungen, die am Ende der Herzogszeit zwischen Forstbeamten und Bevölkerung bestanden. Diese Beziehungen waren – darüber sprechen alle Quellen die gleiche Sprache – denkbar schlecht, wofür objektive und subjektive Gründe verantwortlich zu machen sind. Zunächst einmal mußten schon aufgrund der Aufgabenstellung der Forstverwaltung Spannungen zwischen den Forstleuten und dem einfachen Volk entstehen. Die Forstbeamten hatten ja die Pflicht, den Wald vor den zahlreichen Übergriffen zu schützen, die vielfach in fremdes Eigentum eingreifenden landesherrlichen Rechte zu wahren und vor allem die Erfüllung der nahezu unbegrenzten jagdlichen Wünsche des Regenten zu gewährleisten. Insbesondere die Hege großer Wildstände und die dadurch bedingten Wildschäden sowie die Durchführung von Jagden großen Stils, die seit dem 17. Jahrhundert üblich geworden waren, erregten den Zorn der Bevölkerung, die für die »eingestellten Jagen« umfangreiche Frondienste leisten mußte.⁹¹⁾ Es ist verständlich, daß dabei Sache und Person nicht unterschieden und die Erbitterung auf letztere übertragen wurde. Das Forstpersonal befand sich daher in einer wenig beneidenswerten Lage, zumal die rechtlichen Grundlagen für ihre Amtshandlungen oft unklar waren und deshalb ein weiter Ermessensspielraum bestand.

⁸⁹⁾ HSTA LA 17.1 Bü. 7.

⁹⁰⁾ Neues Forstarchiv, Bd. 6 (1799) S. 110/111.

⁹¹⁾ Im Jahre 1769 waren 40 069 Mannschaften, 10 746 Pferde und 15 602 Paar Ochsen »jagenspflichtig«. Wagner, a.a.O. S. 125.

Andererseits waren die Oberforstmeister und Förster keineswegs geneigt, die harten Auswirkungen ihres Dienstes zu mildern und einen Ausgleich der Interessengegensätze anzustreben. Sie stellten sich unzweideutig und rücksichtslos auf die Seite der Landesherrschaft und gerieten dadurch immer mehr in allgemeinen Mißkredit. Noch 1809 hielt G. L. Hartig in seinem Entwurf für neue Dienstinstruktionen die Bestimmung für erforderlich, die Oberforstmeister sollten die Untertanen nicht schlagen.⁹²⁾ Belastend wirkten sich selbstverständlich auch die geschilderten ständigen und meist erfolgreichen Versuche aus, sich auf Kosten der kleinen Leute unrechtmäßig zu bereichern. Dieses Verfahren machte die Forstleute so verhaßt, daß der »Eigennutz der Forstbedienten« sowie die »Bedrückung« und »Vergewaltigung« der Untertanen ein regelmäßig wiederkehrendes Thema der »Gravamina Forestalia« auf den Landtagen bildeten. Auch die Gewohnheit, unter Ausnutzung der Unwissenheit des Landvolks alle möglichen Dienst- und Privatgeschäfte auf illegale Weise in der Fron verrichten zu lassen, vergifteten die Beziehungen zur Bevölkerung.

»Der Forstbediente ist gewohnt« – so sahen es die Landstände 1797 – »schon den geringsten Widerspruch, selbst die Prüfung der Frage der Zulässigkeit, als Ungehorsam oder sogar als Rebellion zu empfinden, und er tut sich viel auf seinen Dienstfeier zugute, dies entsprechend zu bestrafen, wobei die juristische Unkenntnis bewirkt, daß er nicht einmal ein schlechtes Gewissen hat . . . Alle Briefschaften, die von den Unterförstern zu den Oberforstämtern oder umgekehrt laufen, werden jedesmalen durch eigene Boten in der Fron abgeschickt und sie glauben sich vollkommen dazu berechtigt, wenn sie nur ihren Briefschaften die Aufschrift einer höchst pressanten Herrschafts-Sache geben, obschon diese oft in ganz keiner Verbindung mit dem Inhalt des Briefes steht. Ebenso werden oft in eigenen Angelegenheiten die Fronboten mißbraucht.«⁹³⁾

Ausgesprochen demoralisierend wirkten sich auch die im Forststrafwesen geübten Praktiken aus. Die Mängel dieses Verfahrens – Vermischung von Verwaltung und Rechtsprechung, große Abstände der Gerichtstage, Ungenauigkeit der Vorschriften, Alleinverantwortlichkeit des richtenden Oberforstmeisters – hatten bei der Unzuverlässigkeit des Forstpersonals katastrophale Folgen für das Ansehen der Forstverwaltung, die nicht eindringlicher aufgezeigt werden können als durch die Forst- und Jagdbeschwerden auf dem Landtag des Jahres 1797:⁹⁴⁾

»Bey den Amtstägten der Oberforstmeister, bey welchen ein ganz ungeheurer Cumulus von Exzessen auf einmal abgemacht wird, deswegen man sich einen recht großen Begriff von den Fähigkeiten des Richters machen müßte, wenn man glauben könnte, daß sie mit dem gehörigen Fleiß und Treue untersucht würden, erscheint der Förster mit seinem sogenannten Rugzettel, in dem er bemerkt, daß dieser oder jener Bauer das gethan. Es bedarf nun keiner gewissenhaften Untersuchung über die Rechtmäßigkeit oder Unrechtmäßigkeit der Anklage, man fragt ihn oft nicht, ob er den Exzeß selbst gesehen, und er denselben durch Beweise unterstützen kann, man achtet die Verantwortung des Beklagten selten, weil die Angabe des Försters ohne allen Zweifel erhoben ist. Der Forstschreiber protokolliert die Klage so summarisch, als es immer möglich ist, und der Beklagte erscheint blos, um zu erfahren, welche Strafe man ihm angesetzt hat . . . Lügnet der Beklagte das Faktum mit Recht oder Unrecht, so ändert dies die Entscheidung der Sache nicht, weil, sobald der Förster es auf sein Amtsgewissen nimmt, die That auch richtig ist. Je nachdem der Richter in einer Laune ist, setzt er ein oder mehrere Gulden ein oder mehrere kleine Frevel an. Man darf selbst annehmen, daß die Strafen oft den Grad der Exzesse übersteigen, da bey einigen Oberforstämtern bey den Strafen ein größerer Münzfluß eingeführt ist, und der Oberforstmeister sich den Überfluß als Sportgeld zueignet.«

Als Folge dieser Willkür – so wird geschildert – erscheinen viele Exzedenten nur noch selten bei den Rugtagen; »sobald sie von dem Oberforstamt citirt werden, so gehen sie zum Förster, erkundigen sich über die Anklage und zahlen diesem die Strafe, die er glaubt, daß sie werde angesetzt werden. Die Beklagten ersparen sich dadurch wenigstens Zeit und Wegzöhrung und sie halten dieses schon für Gewinn, weil sie auch bei dem höchsten Gefühl ihres Rechts und ihrer Unschuld von diesen Richtern nur selten unschuldig erklärt werden . . . Es gibt viele Orte, wo die Waldeigenthümer mit den Förstern in einer Art Abonnement stehen, vermöge dessen jene in ihren Wäldern das Jahr hindurch alle Arten von Exzessen begehen, und dann mit dem Förster sich dahin abfinden, daß dieser sie um die Gebühr statt der vielen Exzesse nur ein paarmal auf seinen Rugzettel notirt, der Bauer diese conventionelle höchstgelinde Rügung dem Förster ins Haus bringt, sich gar nicht die Mühe nimmt, vor Oberforstamt zu erscheinen, um dann wieder auf $\frac{1}{2}$ oder ein ganzes Jahr in dem hergebrachten Tarif in seinem Wald freveln zu können.«

⁹²⁾ HSTA E 221 Bü. 1838.

⁹³⁾ Neues Forstarchiv, Bd. 6 (1799) S. 61 ff.

⁹⁴⁾ Desgl. vgl. die Ausführungen zur Forststrafrechtspflege unter 2.5.3.4.

Diese Praktiken ließen die Forstleute in den Augen der Bevölkerung als unerbittliche Interessenvertreter des Landesherrn erscheinen, die im übrigen nur an sich selber dachten. Es kann daher nicht verwundern, daß sich die Untertanen von ihnen härter behandelt fühlten als von den anderen Staatsbeamten.⁹⁵⁾

2.6 Erste Reformbestrebungen

2.6.1 Forst- und Jagddeputation

Unter der Regierung des Herzogs Karl Alexander (1733–1737) kam es zum ersten Versuch der Bildung einer forstlichen Zentralstelle. Die Bevölkerungszunahme nach dem 30jährigen Krieg – 1745 war die Einwohnerzahl von 1622 wieder erreicht – und die zunehmenden Wildstände hatten zu einem so »großen Zerfall und der fast gänzlichen Zerrüttung der Förste«⁹⁶⁾ geführt, daß Gegenmaßnahmen für unumgänglich gehalten wurden. Den zuständigen Zentralbehörden traute man die »Wiederaufhellung und standhafte Einrichtung des so nothleidenden Forst- und Waldwesens« jedoch offensichtlich nicht zu. Man warf ihnen vor, die Forstmeister, Forstverwalter und Waldvögte mit allzu vielen Holzanweisungen überhäuft und ihre Berichte und Vorstellungen nicht korrekt bearbeitet und beantwortet zu haben. Außerdem funktionierte anscheinend die Zusammenarbeit mit dem Oberjägermeister nur mangelhaft. Um diesen Mißständen abzuhelpen, wurde mit Generalreskript vom 30. 6. 1736 dem Vorbild anderer Verwaltungszweige entsprechend eine **Forst- und Jagddeputation** ins Leben gerufen. Wie allgemein üblich wurde sie als Ausschuß von Fachleuten bestehender Behörden konstituiert. Als Mitglieder berief man den Geheimen Rat Oberforst- und Jägermeister Geyer von Geyersberg, den Kammerherrn und Forstmeister von Geisau, den Regierungsrat Dannen, den Rentkammer-Expeditionsrat Härlin und den Visitations-Expeditionsrat Faber (Kirchenrat). Die Deputation erhielt den Auftrag, »die Conservation unserer Förste und Waldungen sich eiferichst angelegen« sein zu lassen und »ohnunterbrochen samt und sonders« zu beratschlagen, »wie die in Abgang befindliche Waldungen wieder aufzupflanzen, zu gedeylichem Wachsthum zu befördern, in guten Stand herzustellen, solchergestalt zu erhalten und allen seithero vorgewalteten Unordnungen und waldschädlichen Excessen hinlänglich zu steuern und abzustellen« seien. Außerdem sollte eine Neufassung der Forstordnung in die Wege geleitet werden. Alle Forstbeamte von Rentkammer und Kirchenrat wurden angewiesen, ihre Berichte in Forst-, Jagd- und Waldsachen nur noch an die Forst- und Jagddeputation zu richten.

Die neue Zentralbehörde hatte von Anfang an mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Da sie nur aus wenigen Personen bestand und den vorher von mehreren Kollegien bearbeiteten Geschäftsanfall zu bewältigen hatte, entstanden schnell große Rückstände. Schon nach wenigen Monaten mußten daher die juristischen Angelegenheiten wieder dem Regierungsrat zugewiesen werden. Obwohl täglich Sitzungen abgehalten wurden, gerieten trotz dieser Entlastung die Geschäfte ins Stocken, da sich die Forst- und Jagddeputation jeweils mit Rentkammer und Kirchenrat in Verbindung setzen und ihr Einverständnis mitteilen mußte, bevor diese Behörden den nachgeordneten Dienststellen Anweisungen erteilen konnten. Aus diesem Grunde wurde die Deputation 1737 ermächtigt, unmittelbar und ohne Beteiligung der beiden Kammern zu entscheiden. Daraufhin scheint es vor allem mit der Rentkammer, der auf diese Weise wichtige Kompetenzen entzogen worden waren, zu erheblichen Reibungen gekommen zu sein. Die Forst- und Jagddeputation beklagte sich jedenfalls darüber, »viel Neid, Haß und Mißgunst« erfahren zu haben. In der Bevölkerung entstand ebenfalls großer Unwillen gegen die neue Behörde, die man dafür verantwortlich

⁹⁵⁾ HSTA LA 17.2.

⁹⁶⁾ Zitate dieses Abschnitts aus HSTA A 227 BÜ. 120 und 123.

⁹⁷⁾ Unter Herzog Karl Alexander erreichten die Wildstände aufgrund strenger Hege einen bisher unbekannten Höchststand (Wagner, a.a.O. S. 511).

machte, daß zu wenig Wild gepürscht wurde.⁹⁷⁾ Die Landschaft, nach Herzog Karl Alexanders Tod mit der Forderung auf Übernahme der von ihm hinterlassenen 2 Millionen Gulden Kammerschulden konfrontiert, forderte daher ihre Aufhebung.⁹⁸⁾ Die Forst- und Jagddeputation hatte gegen ihre Liquidierung nichts einzuwenden, weil sie davon ausging, daß »die Verunglimpfungen einiger widriger Gemüter continuiren« würden und man damit rechnen müsse, daß diese Klagen nicht so schnell aufhörten. Wie lästig den Mitgliedern ihre Aufgabe geworden war, läßt ihre Bitte erkennen, sie wenigstens für ihre Person zu dispensieren, wenn man die Deputation bestehen lasse. Dazu sah jedoch niemand eine Veranlassung. Mit Dekret vom 18. 4. 1739 wurde sie deshalb aufgehoben, worauf man zum alten Geschäftsgang zurückkehrte.

Der Versuch einer Konzentration aller forstlichen und jagdlichen Leitungsfunktionen war damit nach wenigen Jahren gescheitert. Dieser Fehlschlag überrascht nicht. Er war geradezu unvermeidlich, weil die bestehende Verwaltungsstruktur unangetastet blieb und die Forst- und Jagddeputation ihr sozusagen lediglich aufgepfropft wurde. Es bedurfte tiefgreifender Veränderungen, um die organisatorischen Voraussetzungen für eine Reform des Forstwesens zu schaffen.

2.6.2 Ausbildung

Während der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts, in besonderem Maße seit der Französischen Revolution, setzte sich aufklärerisches Gedankengut im Herzogtum Württemberg durch. Von dieser Zeitströmung blieb auch die Forstverwaltung nicht unberührt.

Schon unter Herzog Karl Eugen wurden neue Ideen verwirklicht. Vor allem das Bildungswesen verdankt ihm starke Impulse. Im Jahre 1770 gründete er auf Schloß Solitude eine sogenannte militärische Pflanzschule, in die er nach ihrer Erhebung zur Militärakademie auch einige für die Forstlaufbahn bestimmte Zöglinge aufnehmen ließ. Für sie wurde eine besondere Abteilung gebildet, die zunächst mit den Gärtnern vereinigt war, wegen der erfreulichen Entwicklung jedoch bald völlige Selbständigkeit erlangte.⁹⁹⁾ Im Jahre 1775 wurde die Anstalt mit 300 Zöglingen nach Stuttgart verlegt und 1781 zur **Hohen Karlschule** erhoben, deren ökonomische Fakultät auch eine forstwirtschaftliche Abteilung erhielt. Württemberg verfügte damit über einen forstlichen Hochschulunterricht, der in der Regel 2 Jahre dauerte. Er wurde bis 1790 vom Forstreferenten der Rentkammer, Hofrat **Stahl**, dann von dem Kameralisten von **Hartmann** bestritten. Die neue Laufbahn wurde außer von Kavalierssöhnen auch von einer großen Zahl Bürgerlicher eingeschlagen. Da die Oberforstämter dem Adel vorbehalten waren, ergab sich aber für die bürgerlichen Absolventen keine Verwendungsmöglichkeit, weil sie für die Übernahme von Försterstellen zu gebildet waren. Es entstand daraus die paradoxe Situation, »daß die Anordnung des forstwissenschaftlichen Unterrichts in der Hohen-Carlsschule nicht in Übereinstimmung stand mit der Forstorganisation des Landes und den Grundsätzen, auf welchen diese beruhte; jene war diesen vorangeeilt.«¹⁰⁰⁾ Herzog Karl Eugen sah sich daher veranlaßt, im Jahre 1783 an seinem Wohnsitz Hohenheim auch ein **niederes Forstinstitut** zu gründen, dem er als Jägergarde zur Hebung von »Ordnung und Sittlichkeit« eine militärische Verfassung gab. Aufgenommen wurden 60 gelernte Jäger, die gemeinsam mit dem herzoglichen Leibcorps Wache vor dem Wohnzimmer Karl Eugens hielten und ihn bei der Tafel bedienten, zusätzlich aber einen 1jährigen theoretischen und praktischen Fachunterricht erhielten.¹⁰¹⁾

Beide Einrichtungen trugen zu sehr die individuellen Züge ihres Schöpfers, um ihn überle-

⁹⁸⁾ Nach Wintterlin, F.: a.a.O. S. 321 verlangte die Landschaft auf dem Landtag 1737/39 ganz allgemein, »daß die überhäufteten Nebendeputationen moderirt und die ordinari Geschäfte dadurch befördert werden möchten«.

⁹⁹⁾ Uhland, R.: Geschichte der ... S. 112.

¹⁰⁰⁾ Forstl. Blätter für Württemberg, Heft V (1831) S. 9.

¹⁰¹⁾ Mosers Forstarchiv Bd. 2 (1788) S. 3 ff. Der letzte Leibjäger starb am 10. 12. 1850; es handelte sich um den Oberförster Vogelmann, der zuletzt Leiter des Forstamts Tübingen war.

ben zu können. Aus Ersparnisgründen wurden sie nach seinem Tode im Jahre 1794 aufgehoben. Trotzdem ist ihre Bedeutung nicht hoch genug zu veranschlagen, denn die in dieser Zeit ausgebildeten Forstleute ergaben ein Reservoir, aus dem die Reformer des frühen 19. Jahrhunderts wertvolle Kräfte für den Neuaufbau der württembergischen Forstverwaltung schöpfen konnten.¹⁰²⁾

Der Mangel an forstlichen Ausbildungsstätten scheint indessen auch von den Nachfolgern Karl Eugens gefühlt worden zu sein, denn kurz vor der Jahrhundertwende wurde erneut die Errichtung eines höheren und niederen Forstlehrinstituts in Tübingen und Stuttgart ernsthaft erwogen. Vor allem der Kirchenrat setzte sich nachdrücklich für bessere Bildungschancen der Forstleute ein, weil ein großer Teil von ihnen gezeigt habe, »daß sie die Kenntnisse nicht besitzen, die (dem Waldaufbau entgegenstehenden) Hindernisse der Natur aus dem Weeg zu räumen«. ¹⁰³⁾ Zu einer Realisierung des Projekts kam es freilich nicht, da der Herzog die Kosten der Landschafskasse aufbürden wollte, die Landstände aber zur Übernahme nicht bereit waren.¹⁰⁴⁾

2.6.3 Taxation

In die Regierungszeit Herzog Karl Eugens fallen auch die ersten Versuche, die Holzeinschläge nicht mehr am momentanen Bedarf, sondern am Nachhaltigkeitsprinzip zu orientieren. Im Erbvergleich von 1770 mußte sich der Regent verpflichten, die Waldungen künftig in »forstmäßigem Stand« zu halten. Auf dieser Grundlage wurde im Mai dieses Jahres ein General-Forstwirtschafts-Etat angeordnet, der die Beschreibung sämtlicher Kameralwälder und die Erfassung ihrer Leistungsfähigkeit vorsah. Sechs Jahre später folgten entsprechende Vorschriften für alle übrigen Waldungen mit der Maßgabe, daß die Holzberichte mit den in den Waldetats ermittelten Hiebsätzen übereinstimmen mußten. Es versteht sich von selbst, daß diese ersten tastenden Schritte auf dem Wege einer nachhaltigen Forstwirtschaft noch mit vielen Unzulänglichkeiten behaftet waren. Ungeachtet dieser Mängel kündigten sie bereits eine grundsätzliche Wende in der Waldbehandlung an. Beachtliche Pionierarbeit wurde in den letzten beiden Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts vom Kirchenrat geleistet. Auslösender Faktor waren die wegen der sinkenden Fruchtpreise rückläufigen Erträge des Kirchenguts, die man anfangs der siebziger Jahre durch gravierende Überhiebe aufzufangen suchte, so daß schließlich der Herzog eingriff und eine summarische Berechnung der Holzvorräte verlangte.¹⁰⁵⁾ Nach Einführung der Taxation veranlaßten Zweifel an der Zuverlässigkeit der Ergebnisse den Kirchenrat, auf diesem Gebiet eigene Wege einzuschlagen und für die Kirchenratsbeamten eine detaillierte Instruktion zur Aufstellung des Forstetats auszuarbeiten. Die mangelhaften Kenntnisse des örtlichen Personals ließen jedoch das Vorhaben nicht recht gedeihen. Der größte Waldkomplex – Herrenalb – mußte deshalb vom Forstreferenten des Kirchenrats selbst übernommen werden – ein Unternehmen, das sich jahrelang hinzog. Um die Arbeit voranzutreiben, schlug daher der Obristjägermeister von Bose vor, beim Kirchenrat einen eigenen Oberforstmeister anzustellen, doch wurde dieser Plan wieder aufgegeben, weil seine Verwirklichung die Entlassung der Kirchenratswaldungen aus der Aufsicht der Oberforstämter vorausgesetzt hätte.

Einen entscheidenden Schritt vorwärts bedeutete die Einrichtung eines kirchenrätlichen **Forstkommissariats** im Jahre 1792. Man war sich nämlich darüber klargeworden, daß die Zentrale nicht in der Lage war, die Anträge der nachgeordneten Dienststellen einwandfrei

¹⁰²⁾ Zu den Absolventen der Hohen Karlsschule gehörten u. a. G. F. Jäger, J. G. Seutter und J. D. Reitter, HSTA A 282 Bd. 1185 (Sonderverzeichnis).

¹⁰³⁾ Bezeichnend für den damaligen Entwicklungsstand der Forstwissenschaft ist die Feststellung im Gutachten des Kirchenrats vom 1. 10. 1798, daß die Angliederung des höheren Forstlehrinstituts an die Tübinger Universität von einem Teil der Räte deshalb abgelehnt werde, »weil es schwer fallen dürfte, einen Mann zum Lehrer zu finden, dessen Abstand in den gelehrten Kenntnissen bei einer Vergleichung mit den übrigen Professoren nicht zu sehr auffalle«.

(HSTA A 282 Bd. 1185 Sonderverzeichnis).

¹⁰⁵⁾ HSTA A 202 Bü. 284.

zu beurteilen, ohne sich durch einen Fachmann einen Einblick in die Verhältnisse vor Ort zu verschaffen. Aus diesem Grunde wurde zur Bearbeitung der Forstetatsgeschäfte der an der Hohen Karlsschule ausgebildete und auf Kosten des Kirchenrats durch weitläufige Studienreisen auf seine Aufgabe vorbereitete J. G. **Jäger**, ein hervorragender Praktiker, als Forstkommissar berufen. Begründet wurde diese Maßnahme mit der Erkenntnis, daß es besser sei, wenn »ein Forst- und Jagdverständiger als ein bloßer Scribens« damit befaßt werde.¹⁰⁶⁾ Jäger übernahm nicht nur die Taxationsarbeiten, sondern versuchte auch, durch örtliche Visitationen die größten Fehler in der Waldbehandlung abzustellen.¹⁰⁷⁾ Er war ferner darum bemüht, die unzweckmäßige kirchenrätliche Forstorganisation zu verbessern und die Waldungen »nach und nach unter wenige Forstverständige Personen zusammenzuziehen«.¹⁰⁸⁾ Diese Absicht konnte allerdings nur unvollkommen verwirklicht werden. Zwar wurden durch Zusammenfassung der waldbesitzenden Kirchenratsbehörden formal 10 Forstverwaltungen gebildet, doch standen die wenigsten unter der Leitung selbständiger Forstverwalter. Auch im personellen Bereich trat kaum eine Änderung ein, wenn auch vermehrt »gelernte Jäger« als Waldknechte zum Einsatz kamen. Die nachteilige Zersplitterung konnte aber nicht beseitigt werden, so daß auch im Jahre 1800 immer noch 166 Bedienstete für die 40 000 ha Kirchengutswaldungen zuständig waren, die entsprechend der räumlichen Verteilung häufig sehr große oder sehr kleine Bezirke zu bewirtschaften hatten. Immerhin wurden vom Forstkommissariat bis 1802 nicht weniger als 30 000 ha kirchenrätliche Wälder bereist und 20 000 ha vermessen. Mit dieser Einrichtung war somit zum ersten Mal in Württemberg der Ansatzpunkt einer funktionierenden forsttechnischen Zentralstelle entstanden, die das bisher übliche kameralistische Kollegium zu ersetzen begann.

Schon 2 Jahre nach der Berufung Jägers folgte die Rentkammer dem Beispiel des Kirchenrats und ernannte den Büchsenspanner Reitter und den vorderösterreichischen Oberforstamtsadjunkten Bayer ebenfalls zu Forstkommissaren. Vor allem J. D. **Reitter**, ein ehemaliger Zögling der Militärpflanzschule, entfaltete ähnlich bemerkenswerte Initiativen wie Jäger, die bewirkten, daß nunmehr auch für die Kameralwaldungen die Taxation nicht mehr eine ausschließliche Angelegenheit der überforderten Oberforstämter war, sondern von Spezialisten nach einheitlichen Gesichtspunkten durchgeführt wurde. Die Rentkammer war damit nicht mehr den Berichten der Lokalstellen ausgeliefert. Sie konnte ihre Entscheidungen vielmehr aufgrund eigener Sachkenntnis treffen und dem Forstpersonal an Ort und Stelle die erforderlichen Anweisungen erteilen. Im Zusammenhang mit diesen Bemühungen ist auch die Einsetzung einer **Forstverbesserungsdeputation** im Jahre 1795 zu sehen, die aus Vertretern der beiden Kammern, dem Oberstjägermeister und den Forstkommissaren Jäger und Reitter zusammengesetzt war und allgemein Vorschläge zur Überwindung des Holzmangels ausarbeitete.¹⁰⁹⁾

2.6.4 Personalpolitik

Am Ende der Herzogszeit bahnte sich schließlich auch auf personalpolitischem Gebiet eine Wende an. Nach dem Tode Herzog Karl Eugens unternahm sein Nachfolger Ludwig Eugen den Versuch, die absolutistischen Regierungs- und Verwaltungspraktiken aufzugeben und statt Günstlingswirtschaft und Korruption Gerechtigkeit und Sachlichkeit walten zu lassen. Er führte zu diesem Zweck Forstdienstprüfungen ein – die erste fand am 17. 3. 1794 statt¹¹⁰⁾ – und auch sein Nachfolger Friedrich Eugen sicherte zu, bei der Besetzung der Forststellen die Landesgesetze zu beachten und nur auf Verdienst, Rechtschaffenheit und Tüchtigkeit

¹⁰⁶⁾ HSTA A 202 Bü. 284.

¹⁰⁷⁾ Allein 1795/96 lieferte Jäger 76 Berichte, 6 Gutachten, 2 Instruktionen, Bearbeitungen von 12 Holz- und 33 Kulturberichten und führte 17 Aufträge über Beaugenscheinigungen der Waldökonomie aus. (HSTA A 282 Bü. 2434).

¹⁰⁸⁾ HSTA A 22 Bü. 39.

¹⁰⁹⁾ HSTA A 202 Bü. 502.

¹¹⁰⁾ Ott, W.: Die erste Forstdienstprüfung ... AFJZ 1964 (Jg. 135) S. 265.

Rücksicht zu nehmen.¹¹¹⁾ Sein Versprechen, die Zahl der adligen Oberforstmeister auf 6 zu reduzieren, konnte er in seiner kurzen Regierungszeit allerdings nicht mehr einlösen. Nur das kleine Forstamt Blaubeuren wurde 1799 wieder mit einem Bürgerlichen besetzt, dem man aber lediglich den Status eines Forstverwalters zubilligte. Als nach dem Tode Friedrich Eugens im Jahre 1797 mit Friedrich II. eine geborene Herrschernatur die Regentschaft in die Hand nahm, kamen ohnehin noch einmal die bereits überwunden geglaubten absolutistischen Prinzipien zur Geltung. Es bedurfte eines vollständigen Zusammenbruchs der alten Ordnungen und der Entwicklung des liberalen Rechtsstaats, um neu entstehende Formen auch mit neuem Geist zu füllen.

3. Zusammenfassung

Die Mängel der altwürttembergischen Forstverfassung am Ende des 18. Jahrhunderts treten so deutlich in Erscheinung, daß sie nicht zu übersehen sind. Sie gehen aus der Schilderung des bestehenden Zustandes unmittelbar hervor und bedürfen daher keiner besonderen Erwähnung. Letztlich waren sie eine Folge der Tatsache, daß nach der um 1550 zum Abschluß gekommenen Aufbauperiode der Forstverwaltung eine organische Weiterentwicklung nicht mehr stattfand. Nichts vermag diese jahrhundertelange Erstarrung deutlicher sichtbar zu machen als die Feststellung, daß das 1772 als letzter Forstbezirk des Herzogtums gebildete Oberforstamt Ludwigsburg nach demselben Organisationsschema entstand wie die Forste des 15. und 16. Jahrhunderts. Ein Verwaltungsaufbau, der den Bedürfnissen einer längst vergangenen Zeit durchaus entsprochen hatte, konnte aber den Anforderungen einer neuen Epoche nicht mehr gerecht werden.

Sucht man nach den Ursachen für diese Stagnation, die keineswegs auf die Forstverwaltung beschränkt war, so stößt man sofort auf das politische und soziale Umfeld, das als Nährboden für reformerische Maßnahmen denkbar ungeeignet war. Nur dadurch ist es zu verstehen, daß alle noch so gut gemeinten Anordnungen den Niedergang der Wälder nicht aufhalten konnten. Nur auf diese Weise vermochte ein Zustand einzutreten, der darin bestand, daß die Unzahl der Reskripte und Dekrete nur noch von ihrer Wirkungslosigkeit übertroffen wurde. Für eine evolutionäre Lösung war es jedoch bereits zu spät geworden. Der Fortschritt mußte jetzt um den Preis einer totalen Zerstörung der alten Formen erkaufte werden, die dem sich zaghaft regenden Reformgeist keine Entfaltungsmöglichkeiten mehr boten. Zersplitterung der Zuständigkeiten, Übergröße und Verschachtelung der Organisationseinheiten, fehlende Kontrolle, kameralistische Oberflächlichkeit, Unübersichtlichkeit und Lückenhaftigkeit des Forstrechts, feudalistische Personalpolitik, kompromittierende und leistungsfeindliche Besoldungsregelungen, jagdliche Überfremdung – alle diese Bestandteile der antiquierten Forstverfassung bildeten einen unentwirrbaren Knoten, der nicht mehr aufgelöst und neu geknüpft, sondern nur noch durchhauen werden konnte. Aus eigener Kraft waren die Probleme freilich nicht mehr zu bewältigen. Der Anstoß mußte von außen kommen.

¹¹¹⁾ HSTA LA 17.1.

B. Der Ausbau der Forstverwaltung unter Herzog, Kurfürst und König Friedrich (1803–1816)

III. Neuwürttemberg (1803–1805)

1. Allgemeine Verwaltung

Die napoleonische Ära bedeutete für das Herzogtum Württemberg grundlegender staatspolitischer Umgestaltung. Diese stürmische Periode nicht nur überlebte, sondern aus ihr hervorging, war das Verdienst Herzogs **Friedrich II.** mit dem 1797 ein Staatsmann von Rang den Thron bestiegen hat. Der politischen Klugheit und Gestaltkraft dieser eindrucksvollen Persönlichkeit ist es zuzuschreiben, daß Württemberg im Zuge der territorialen Neuordnung Mitteleuropas erheblich vergrößert werden konnte.

Der erste Schritt auf diesem Wege erfolgte durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 23. 2. 1803, der dem Land als Entschädigung für die im Frieden von Luneville 1801 verlorenen linksrheinischen Besitzungen mehrere säkularisierte geistliche Gebiete und 9 Reichsstädte sowie dem Regenten die Kurwürde einbrachte. Bei der politischen und verwaltungsorganisatorischen Zusammenfassung der ca. 2200 qkm großen weitverstreuten Neuerwerbungen ging Kurfürst Friedrich eigene Wege. Entscheidend für sein Vorgehen war die Tatsache, daß er mit den Landständen in fortdauernde heftige Auseinandersetzungen geraten war. Um die Entschädigungsländer dem ständischen Einfluß zu entziehen, verzichtete er auf ihre Eingliederung in Altwürttemberg und entschloß sich zur Bildung eines unabhängigen, absolut regierten Staates **Neuwürttemberg**.

Durch das Organisationsmanifest vom 1. 1. 1803¹¹²⁾ für die neuerworbenen Lande wurde unter einem dirigierenden Staatsministerium als oberster Polizei- und Justizbehörde in der Hauptstadt Ellwangen eine Oberlandesregierung und als oberste Finanzbehörde eine Hofkammer konstituiert. Als regional gegliederte Mittelinstanzen – eine Novität für Württemberg – schuf Kurfürst Friedrich 3 Landvogteien. In der Lokalverwaltung übernahm man dagegen im wesentlichen die altwürttembergische Ämter- und Gemeindeverfassung.

Das größte und geschlossenste Gebiet wurde der Landvogtei **Ellwangen** zugewiesen: das Hochstift Ellwangen, die Ritterschaft Comburg und die Reichsstädte Aalen, Schwäbisch Gmünd, Giengen, Schwäbisch Hall sowie das Stabsamt Adelsmannsfelden.

Die Landvogtei **Heilbronn** erhielt

die Abtei Schöntal, das adelige Damenstift Oberstenfeld und die Reichsstädte Eßlingen, Reutlingen und Weil der Stadt.

Der Rest im Süden entfiel auf die Landvogtei **Rottweil**; es handelte sich dabei vor allem um die Reichsstadt Rottweil, die Abtei Zwiefalten und die Frauenklöster Heiligkreuztal, Rottenmünster und Margrethausen.

Charakteristisch für die neuwürttembergische Verwaltungsorganisation sind die erstmals erkennbare Tendenz zur Zentralisierung und die Verwirklichung des Einheitsprinzips, dessen Notwendigkeit sich aus der Integration der vielen verschiedenartigen Teile ergab, das aber gleichzeitig auch bereits die Neugestaltung gesamten württembergischen Staatswesens anbahnte.

2. Forstverwaltung

Durch die Neuerwerbungen wurde die württembergische Waldfläche erheblich vergrößert. Der Zuwachs belief sich auf ca. 70 000 ha, von denen knapp die Hälfte aus Kameralwäldern bestand, die im wesentlichen aus säkularisiertem Klosterbesitz stammten;¹¹³⁾ der Rest

¹¹²⁾ Reyscher, A. L. a.a.O. Bd. 16 S. 1209.

¹¹³⁾ HSTA A 15 Bü. 23.

wurde unter Mißachtung der Bestimmungen des Reichsdeputationshauptschlusses, wonach kirchliche und milde Stiftungen nicht angetastet werden durften, aus dem Eigentum der Reichsstädte separiert.¹¹⁴⁾ Eine wichtige Aufgabe bestand nunmehr darin, eine Forstorganisation aufzubauen, die in der Lage war, die recht unterschiedlichen Wälder nach einheitlichen Gesichtspunkten zu ordnen und zu bewirtschaften.

2.1 Zentralstelle

Einen wesentlichen Fortschritt in diese Richtung brachte zweifellos die Bildung eines **Forstdepartements** durch das Organisationsmanifest vom 1. 1. 1803. Nach den neu aufgenommenen forstorganisatorischen Grundsätzen wurde auf diese Weise erstmals die Forstverwaltung von der allgemeinen Kammerverwaltung getrennt und aus der kameralistischen Bürokratie gelöst. Die bereits in der Einrichtung der Forstkommissariate sichtbar gewordenen Ansätze wurden somit in Neuwürttemberg konsequent weiterentwickelt. Diese Tendenz spiegelt sich auch in der personellen Zusammensetzung wider: unter dem dirigierenden Staatsminister bestand das Forstdepartement aus dem bisherigen Leiter des Forstwesens der Fürstpropstei Ellwangen, dem Landjäger- und Oberforstmeister Philipp von **Knöringen** als Direktor, 2 Forsträten, einem Kammerrat und dem erforderlichen Büropersonal. Das Schwergewicht lag also bei den Forstleuten, so daß das Forstdepartement den Charakter einer echten forstlichen Zentralstelle erhielt. Entsprechend den zeitgenössischen Anschauungen war die kollegiale Arbeitsweise vorgesehen. In der Praxis wurden jedoch wichtige Aufgaben vom Direktor, dem auch das Straßenwesen zugeteilt war, persönlich erledigt.

Die genaue Abgrenzung des Geschäftskreises gegenüber der Hofkammer erfolgte durch Dekret vom 22. 1./27. 7. 1805. Die Hauptaufgaben des Forstdepartements waren nach dieser Vorschrift die Ausübung der Forstaufsicht, die Ausarbeitung der Wirtschaftsgrundsätze für die Behandlung der Waldungen, die Festsetzung des jährlichen Holzeinschlags, die Leitung des Holzverkaufs, der Kulturen und der Forstvermessung, der Grundstücksverkehr und die Kontrolle der Gerechtigkeiten. Das forstliche Kassen- und Rechnungswesen sowie Besoldungsfragen gehörten dagegen zum Ressort der Hofkammer.¹¹⁵⁾

Im Gegensatz zur allgemeinen Verwaltung wurden in der Forstverwaltung keine Mittelstellen eingerichtet.

2.2 Bezirksverwaltung

Mit dem Aufbau der neuwürttembergischen Lokalforstverwaltung wurde der Chef des Forstdepartements, von Knöringen, persönlich betraut. Bereits im Frühjahr 1803 entwarf dieser überaus tüchtige und gebildete Mann die Einteilung der unteren Lande und im Laufe des Sommers reichte er auch einen Vorentwurf für den Süden des neuen Landes ein. Seine Vorschläge sahen die Bildung von 4 Forstbezirken – Ellwangen, Comburg, Rottweil und Ziefalten – vor. Die Realisierung dieses Projekts bereitete allerdings erhebliche Schwierigkeiten, die für Knöringen selbst zu unangenehmen Konsequenzen führen sollten. Zunächst einmal stießen seine Grundsatzideen auf den energischen Widerstand Kurfürst Friedrichs, der die Organisationsarbeiten streng überwachte. Ausgehend vom Vorbild seiner ehemaligen fürstpropstlichen Verwaltung in Ellwangen entwickelte Knöringen nämlich Vorstellungen, die eine Modifizierung der altwürttembergischen Forstorganisation bezweckten. Er vertrat die Auffassung, daß die Größe der Forstbezirke es den Oberforstmeistern unmöglich mache, die Wirtschaftsführung im einzelnen zu beherrschen und die Untergebenen in der notwendigen Weise zu beaufsichtigen. Aus diesem Grunde beabsichtigte er, zwischen Forstamtsleiter und Hutsbeamte einen Oberförster einzuschalten. Seine Aufgabe sollte es sein, die vom Oberforstmeister im ganzen regulierte Holzabgabe im Detail durchzuführen und die Rechnungsführung zu übernehmen, um dadurch den Chef wie

¹¹⁴⁾ Miller, M.: Die Organisation ... S. 122.

¹¹⁵⁾ STA D 2-3.

auch die Förster zu kontrollieren. Hier taucht zum ersten Mal in der württembergischen Forstgeschichte der Gedanke einer Teilung der Wirtschaftsführung auf, der später unter der Bezeichnung »Revierförstersystem« eine so große Rolle spielen sollte.

Wie tief die Wurzeln dieser Organisationsform in der großräumigen Verwaltungsstruktur und den miserablen personellen Verhältnissen einer extensiven Wirtschaftsepoche begründet waren, geht aus der Begründung Knöringens hervor:

»Der Oberförster ist demnach keine unabhängige unmittelbare Stelle, sondern hängt ganz von dem Oberforstmeister ab, und er teilt nur mit demselben die Geschäfte, wenn des ersten Wirkungskreis zu weit ausgedehnt ist. Wann ein Oberforstmeister alles selbst auszeichnen soll, so ist dies auch bei aller Anstrengung und wenn er Tag und Nacht fortreitet, unmöglich. Er ist also gezwungen, manche dieser Abgaben an Subalterne zu überlassen, welche oft nicht Kenntnisse genug haben, die Stämme da zu nehmen, wo sie nach den Regeln der Forstwissenschaft genommen werden sollten . . . Unmöglich! daß ein Mann allein einen so großen Bezirk wie jenen eines Oberforstmeisters ganz übersehen und die in solchem möglichen Unordnungen auffinden, noch weniger verhüten könne, und so wie bei einem Bataillon der Major allein nicht alles bewerkstelligen kann und zur Erhaltung der Ordnung und Übersicht des ganzen seine subalternen Offiziere nötig hat, ebensowenig kann auch ein Oberforstmeister alles das leisten, was von ihm gefordert wird, wenn er nicht Mittelinstanzen hat, die teilweise wieder auf niederere Subalterne mit ihm wachen und die Aufsicht mit ihm teilen.«¹¹⁶⁾

Die diesem Plan zu Grunde liegende Kritik an der altwürttembergischen Forstverfassung wurde jedoch von Kurfürst Friedrich scharf zurückgewiesen und die uneingeschränkte Anwendung des im Herzogtum ausgebildeten Organisationsschemas angeordnet.

Die Hartnäckigkeit, mit der Knöringen sein Vorhaben verfolgte, mußte ihm den Unwillen seines Auftraggebers einbringen. Eine weitere schwere Belastung der Beziehungen zu Kurfürst Friedrich brachte die Tatsache mit sich, daß die Organisationsarbeiten nicht rasch genug voranschritten. Zwar konnten im Frühjahr 1804 die vorgeschlagenen Oberforstämter gebildet und besetzt werden – Knöringen selbst übernahm den Ellwanger Forstbezirk –, doch blieb die Organisation der Dienstbezirke des unteren Forstpersonals stecken. Vor allem in den ihm unbekannten südlichen Teilen Neuwürttembergs kam Knöringen über grobe Umrisse nicht hinaus, da ihm bei seinem weitgespannten Aufgabenbereich die Zeit fehlte, sich durch ausgedehnte Reisen und Studien ein klares Bild von den bestehenden Verhältnissen zu verschaffen. Er war insbesondere nicht in der Lage, konkrete Vorschläge für die Huteneinteilung und die Stellenbesetzung vorzulegen. Seine Detailarbeit beschränkte sich daher auf den Ellwanger Raum, der ihm gut vertraut war.

Nach wiederholten Mahnungen reduzierte Kurfürst Friedrich, der die ihm zugefallenen Waldungen als neue Einkunftsquellen rasch erschließen wollte und deshalb das Organisationsgeschäft mit Ungeduld verfolgte, durch Dekret vom 28. 11. 1803 den Knöringen erteilten Auftrag auf den Ellwanger Oberforst und ernannte den Waldenbucher Vice-Landjägermeister und Oberforstmeister von Moltke zum Organisationskommissar für die übrigen Forstbezirke. Alle Vorstellungen des »gekränkten Müßiggängers«¹¹⁷⁾ und auch der Hinweis auf den bevorstehenden Abschluß seiner Arbeiten fruchteten nichts.

Die Beurteilung der Knöringen'schen Leistungen war ungerecht. Sie scheint ihren Ursprung nicht zuletzt im vornehmen und glänzenden Auftreten des früheren fürstpräpöstlichen Hofbeamten gehabt zu haben, das den Unwillen des neuen Landesherrn erregte. Aus diesem Grunde ließ er 1805 eine Untersuchung anstellen, die zur Aufdeckung eines größeren Abmangels in der Ellwanger Oberforstamtskasse führte. Knöringen wurde daraufhin seines Amtes enthoben und Moltke zu seinem Nachfolger ernannt. Er starb am 2. 10. 1817 als gebrochener Mann. Seine spätere Rehabilitation erlebte er nicht mehr.¹¹⁸⁾

Offensichtlich in der Einsicht, daß die Arbeitskraft eines vielbeschäftigten Mannes nicht ausreiche, wurde dem neuen Organisator die Erfüllung seiner Aufgabe wesentlich erleichtert. Dies geschah einerseits durch die kommissarische – also hauptamtliche – Bestellung Moltkes, andererseits durch die Ernennung des Comburger und Zwiefaltener Forstamtsvorstands zu Mitarbeitern beim Organisationsgeschäft. Für das besonders schwierige

¹¹⁶⁾ HSTA A 15 Bü. 22.

¹¹⁷⁾ Handschriftlicher Vermerk Kurfürst Friedrichs auf einer Bittschrift Knöringens (HSTA A 15 Bü. 21).

¹¹⁸⁾ AFJZ 1929 (Jg. 105) S. 36.

Comburger Gebiet wurde ferner der ehemalige Forstkommissar Reitter, der als Forstrat zum neuwürttembergischen Forstdepartement versetzt worden war, zur Unterstützung herangezogen. Außerdem mußte Knöringen sämtliche Unterlagen an die Organisationskommission abliefern.

Die Arbeiten kamen nunmehr so zügig voran, daß im Laufe des Jahres 1804 der innere Ausbau der Forstbezirke im wesentlichen vollendet werden konnte. Verzögerungen gab es jedoch bei der Stellenbesetzung, da es an geeignetem Personal fehlte.

Am günstigsten waren die Verhältnisse bei den größeren Gebietskörperschaften wie etwa in der Fürstpropstei Ellwangen oder in der Reichsstadt Schwäbisch Hall, wo fast alle Forstbeamten als »gelernte Jäger« gelten konnten. Die vielen kleinen Waldbesitzer, vor allem die zahlreichen Pflegschaften, verfügten dagegen über kein ausgebildetes Forstpersonal. Hier wurde die Waldwirtschaft in der Regel von Verwaltungsbeamten mehr schlecht als recht geleitet, während der Forstschutz und die praktische Durchführung in den Händen einer Vielzahl von »Bauern und Handwerksleuten« lag, »die sich nicht fortbringen konnten noch arbeiten mochten«. ¹¹⁷⁾ In vielen Fällen blieben die Waldknechte, die oft zugleich Nachtwächter, Schuhmacher, Büttel, Mesner, Weingärtner, Zoller, Biersieder und ähnliches waren, völlig sich selbst überlassen. Die Auswirkungen auf den Waldzustand waren dementsprechend verheerend, zumal diese Leute jährlich gedungen wurden und es sich daher nicht erlauben konnten, durch energisches Durchgreifen den Haß ihrer Mitbürger auf sich zu laden. Es nimmt daher nicht wunder, daß der Organisator Moltke beispielsweise aus dem Rottweilischen berichtete, dort »werde alles, was den Waldungen nur immer zum Nachtheil gereiche und deren Erhaltung und Nachpflanzung verhindere, zur Ausführung gebracht«. ¹¹⁸⁾

Schließlich waren auch die personellen Probleme so weit gelöst, daß Kurfürst Friedrich am 17. 5. 1805 nach Ellwangen reisen konnte, um die neuwürttembergische Forstorganisation »finaliter zu bestimmen«. Durch Dekret vom 27. 7. 1805 wurde das Ergebnis publiziert. ¹²⁰⁾ Neuwürttemberg war von diesem Zeitpunkt an in die Oberforste Ellwangen, Comburg und Zwiefalten, das Forstamt Rottweil und – in den ursprünglichen Plänen nicht enthalten – die Oberforstamtsverweiserei Heilbronn mit insgesamt 52 Huten (33 Reisige und 19 Fußgehende Förster) sowie 33 Beiknechtsstellen aufgeteilt. Von einer Ausgewogenheit der Flächenzuweisung bei der Bildung der Dienstbezirke konnte allerdings ebensowenig wie in Altwürttemberg die Rede sein. Es war dies eine Folge des Prinzips der getrennten Verwaltung des alt- und neuwürttembergischen Territoriums, das lediglich dort durchbrochen wurde, wo wegen der Streulage eine Zuteilung an bereits bestehende Oberforstämter nicht zu umgehen war. ¹²¹⁾ Die traditionelle Organisationsform war damit naturgetreu auf Neuwürttemberg übertragen worden. Selbst das Forstpersonal stammte zum Teil aus dem Herzogtum. In der Regel wurden die qualifizierten Bediensteten der aufgelösten Herrschaften übernommen, die unbrauchbaren Kräfte dagegen entlassen und durch altwürttembergische Forstbeamte ersetzt.

Alle diese Maßnahmen zielten darauf ab, das aus den liquidierten Forstverwaltungen unterschiedlichster Größenordnung und Entwicklungsstufe bestehende Konglomerat unter strenger zentralistischer Leitung zusammenzufassen und die Gleichschaltung mit dem altwürttembergischen Organisationssystem herbeizuführen. Bevor jedoch die ersten Auswirkungen sichtbar werden konnten, wurde das mühsam aufgebaute Werk von neuen staatspolitischen Veränderungen überrollt.

¹¹⁸⁾ HSTA A 15 Bü. 24.

¹²⁰⁾ STA D 2–3.

¹²¹⁾ HSTA A 15 Bü. 21. Auf diese Weise kam Weil der Stadt zu den Oberforstämtern Leonberg und Böblingen, Reutlingen zum Oberforstamt Waldenbuch, Giengen zum Oberforstamt Heidenheim und Dürrenmettstetten zum Oberforstamt Freudenstadt.

IV. Die Organisation der Forstverwaltung im Königreich

1. Allgemeine Verwaltung

Das Bündnis mit Napoleon im 3. Koalitionskrieg brachte Kurfürst Friedrich im Preßburger Frieden vom 26. 12. 1805 die Königswürde und neuen Landerwerb durch Teile Vorderösterreichs, mehrere Ämter des Deutsch- und Johanniterordens und sämtliche von Württemberg eingeschlossene Besitzungen der Reichsritterschaft. Weitere Gebiete – vor allem zahlreiche mediatisierte Standesherrschaften – wurden Württemberg aufgrund der Rheinbundakte vom 12. 7. 1806 zugeteilt. Der Tagesbefehl Napoleons vom 24. 1. 1809 und sein Beschluß über die Aufhebung des Deutschordens vom 24. 9. 1809, der Wiener Friede vom 14. 10. 1809 sowie der Vertrag von Compiegne vom 24. 4. 1810 brachten mit erneutem Länderzuwachs den Abschluß der territorialen Veränderungen und die endgültige Grenzregelung der süddeutschen Staaten durch gegenseitigen Austausch einzelner Gebiete, wobei in Württemberg sowohl auf badischer als auch auf bayerischer Seite eine Verschiebung nach Osten erfolgte. Das Land war damit in einem Zeitraum von nur 7 Jahren von nahezu 9400 qkm auf 19500 qkm angewachsen. Es blieb in dieser Form bis 1945 bestehen. Die durch die Auflösung des Deutschen Reichs erlangte volle Souveränität benutzte König Friedrich zur Errichtung eines den vergrößerten Verhältnissen und den veränderten Zeitumständen entsprechenden neuen Staatsgebäudes. Erster Schritt auf diesem Weg war die Aufhebung des Geheimen Rats und der Landstände am 27./30. 12. 1805. Von diesem Zeitpunkt an setzte in Württemberg eine Periode unumschränkten Herrschertums ein, die es dem tatkräftigen und weitsichtigen Landesfürsten ermöglichte, seine organisatorischen Pläne rücksichtslos durchzusetzen und dadurch die Neuerwerbungen mit den alten Besitzungen zusammenzuschweißen.¹²²⁾

Mit dieser Zielsetzung ging er daran, den gesamten Behördenaufbau nach dem Grundsatz »möglichste Vereinfachung, Übereinstimmung und Unterordnung unter einen allgemeinen Zentralpunkt« umzugestalten.¹²³⁾ Für die vom übrigen Land getrennte Verwaltung NeuWürttembergs war unter diesen Umständen kein Platz und nach Beseitigung der landständischen Verfassung auch kein Grund mehr vorhanden. König Friedrich vereinigte daher bereits am 31. 12. 1805 den Kirchenrat, die Rentkammer sowie die neuwürttembergische Hofkammer und hob nach der Verkündung des Königreichs am 1. 1. 1806 die gesonderte Verwaltung des Kirchenguts und des Kammerguts auf. In den beiden folgenden Jahren faßte er auch die verschiedenen Kassen zu einer Zentralkasse für sämtliche Staatseinnahmen und -ausgaben zusammen.

Im Zusammenhang mit der Konzentration des Finanzwesens erfolgte eine völlige Neugestaltung der Staatsverwaltung in der **Oberstufe** durch die Einführung der Ministerialverfassung. An Stelle der schwerfälligen Kollegialkörper traten nun die Departementschefs als die gegenüber dem Regenten ausschließlichen Organe für den Vollzug seines Willens.¹²⁴⁾ Die Gesamtheit der Staatsminister – ergänzt durch weitere Persönlichkeiten – bildete als Staatsministerium die oberste Spitze der Landesverwaltung, die 1811 zu einem Staatsrat erweitert wurde.

¹²²⁾ Verärgert über eine falsche Ableitung des Namens (»Wirt am Berg«) änderte König Friedrich die bisher übliche Schreibweise »Württemberg« in »Württemberg«.

¹²³⁾ Winterlin, F.: Geschichte der Behördenorganisation ... Bd. 1 S. 195.

¹²⁴⁾ Winterlin F. a.a.O. S. 240.

König Friedrich beschränkte die Zahl der Ministerien auf 6, unter denen sich auch ein Finanzressort befand. Der ursprüngliche Plan, der außer 11 anderen Departements ein zugleich für den Straßenbau zuständiges Generalforstdirektorium vorgesehen hatte, wurde nicht verwirklicht.¹²⁵⁾

Die interne Gliederung der neu strukturierten Staatsverwaltung wurde durch das Organisationsmanifest vom 18. 3. 1806 eingeleitet, das die altwürttembergischen Mittelbehörden unter der Bezeichnung »**Direktionen**« auf die Ministerien verteilte.¹²⁶⁾ Die seitherigen Landeskollegien und Deputationen waren auf diese Weise zu beratenden Organen der Minister geworden. Die Umwandlung in Ministerialteilungen erfolgte jedoch erst durch die Verordnungen vom 4. 6. und 22. 6. 1807, die nach preußischem Vorgang durchgeführt wurde.¹²⁷⁾ Sie erhielten nunmehr die Bezeichnung »**Departements**« (d. h. Abteilung im Gegensatz zu den Ministerien) und unterstanden jetzt unmittelbar der Aufsicht des Ministers. Die kollegiale Arbeitsweise wurde zunächst beibehalten. Diese Regelung befriedigte aber nicht. Zur Vereinfachung, Beschleunigung und Vereinheitlichung des Geschäftsgangs wurde daher durch Verordnung vom 1. 7. 1811 eine Aufteilung der Departements des Innen- und Finanzministeriums in kleinere »**Sektionen**« vorgenommen und das Bürosystem eingeführt, so daß die Entscheidungen nicht mehr vom Kollegium, sondern vom Vorstand »nach seiner individuellen Überzeugung« in eigener Verantwortung zu treffen waren. Der Sektionschef war bei seinem Entschluß auch nicht an die Anträge seiner Berichterstatter gebunden.¹²⁸⁾ Damit war nach französischem Muster die Ministerialverfassung in ihrer reinen Ausprägung verwirklicht.

In der Unterstufe der allgemeinen Verwaltung behielt König Friedrich die bewährte alte Organisationsform im wesentlichen bei, führte jedoch eine rationelle Einteilung in 65 Ober- und 82 Unterämter durch. Eine tiefgreifende Änderung erfolgte dagegen in der Finanzverwaltung. Nach der Zentralisation in der Leitung und der Einführung des Prinzips der fiskalischen Kasseneinheit in den Jahren 1806 und 1807 wurden unter dem Namen »Ämterkombinationen« die Stellen der Keller, Pfleger, Klosterverwalter usw. in speziellen Behörden, den **Kameralämtern**, zusammengefaßt, die auf diese Weise zu Vorläufern der Finanz- bzw. Liegenschaftsämtern wurden. Außer der Überwachung des Steuereinzugs war ihnen die Verwaltung des staatlichen Besitzes an Domänen und Fischwassern, die damit der Forstverwaltung abgenommen wurden, sowie an Gefällen und sonstigen grundherrlichen Rechten übertragen. Einen wesentlichen Fortschritt bedeutete ferner die zunächst unvollkommene, in den Folgejahren aber weiterentwickelte Trennung der Jusitz von der Verwaltung, in die allerdings die Forstgerichtsbarkeit nicht einbezogen wurde.

Als **Mittelinstanzen** schaltete die Verwaltungsreform 12 Landvogteien zwischen Ministerien und Bezirksbehörden ein, die aber lediglich allgemeine Aufsichtsfunktionen ausübten.

Ihren Abschluß fand die Neuordnung des Staatswesens unter König Friedrich in der Übertragung des altwürttembergischen Rechts auf die angegliederten Landesteile durch Verordnung vom 12. 9. 1814.¹²⁹⁾ Im Zuge der Reorganisation des gesamten Behördenapparates erhielt die für die Verwaltung des königlichen Privatvermögens zuständige Kammer-schreiberei die Bezeichnung **Hof- und Domänenkammer**.

¹²⁵⁾ Wintterlin, F. a.a.O. S. 197.

¹²⁶⁾ Reg.Bl. 1806 S. 6.

¹²⁷⁾ Reg.Bl. 1807 S. 169 und 217.

¹²⁸⁾ Reg.Bl. 1811 S. 331.

¹²⁹⁾ Reg.Bl. 1814 S. 327.

2. Forstverwaltung

2.1 Zentralstelle

Entsprechend dem neuwürttembergischen Vorbild erhielt die Forstverwaltung des Königreichs nach der Beseitigung des zentramerlichen und kirchenrätlichen Dualismus eine einheitliche Leitungsinstanz, die dem Finanzministerium untergeordnet war. Sie wurde durch das Organisationsmanifest vom 18. 3. 1806 als **Forstdirektion** konstituiert und nahm am 2. 5. 1806 ihre Arbeit auf. Im Zusammenhang mit der Einführung der Ministerialverfassung durch Verordnung vom 4. 6. 1807 wurde sie in **Forstdepartement** umbenannt und erhielt schließlich mit der Einführung des Bürosystems durch die Verordnung vom 1. 7. 1811 die Bezeichnung **Sektion der Kronforste**.¹³⁰⁾ Ihr Tätigkeitsbereich erstreckte sich auf alle Gebiete, für die bereits die alten Zentralbehörden zuständig gewesen waren. Durch Reskript vom 28. 3. 1810 erfolgte zusätzlich eine Unterstellung der Torfanstalten, die bisher zur Domänenverwaltung gehört hatten.¹³¹⁾ Auf diese Weise sollte die einheitliche Behandlung aller mit dem Holzverbrauch zusammenhängenden Fragen sichergestellt werden. Trotz der Konzentration der Spitzenkräfte gingen von der neugeschaffenen forsttechnischen Zentralstelle keine wesentlichen Impulse aus. Der schwerfällige Geschäftsgang, den auch König Friedrich mehrfach scharf rügte, lag einmal an der bis 1811 praktizierten kollektionalen Arbeitsweise, zum andern an der personellen Konstellation. Obwohl mit 2 leitenden Forstbeamten, einem Justizrat und 5 referierenden Forsträten eine ausreichende, später sogar noch erweiterte Besetzung zu verzeichnen war und teilweise hervorragende Praktiker (u. a. Jäger und Reitter) berufen wurden, kam keine überzeugende Leistung zustande. Daran war vor allem der Umstand schuld, daß sowohl der Chef, Landoberjägermeister von **Hunoltstein**, wie auch sein Stellvertreter zugleich Hofjagdbeamte als auch Forstamtsleiter und daher nur zeitweise in Stuttgart anwesend waren. Als Hunoltstein am 9. 4. 1815 Obristjägermeister wurde und damit das gesamte Jagdwesen zu leiten hatte, war er für die Forstverwaltung vollends abgeschrieben. Da auch der Justitiar zusätzlich noch andere Funktionen ausübte, blieb die oberste Forstbehörde faktisch führerlos. Auch die beengten räumlichen Verhältnisse – die Räte mußten in der Regel zu Hause arbeiten – sowie der häufige Wechsel und die schlechte Bezahlung wirkten sich nachteilig aus.¹³²⁾ Selbst G. L. **Hartig**, der seit 30. 9. 1806 der Forstdirektion angehörte, war gegenüber diesen Zuständen machtlos. Enttäuscht und resigniert nahm er im Frühjahr 1811 seinen Abschied von der württembergischen Forstverwaltung, in der weiterhin die Jagd eine dominierende Rolle spielte. Im übrigen waren die bürokratisch unerfahrenen Forstleute offensichtlich nicht in der Lage, die Verwaltungsgeschäfte ordnungsgemäß zu erledigen. Um diesem Übelstand abzuhelfen, wurden im Jahre 1808 2 Forsträte abgezogen und durch einen Forstrechnungsrat sowie den früheren Professor für Forstwissenschaft an der Hohen Karlsschule, Hartmann, ersetzt, der im Anschluß an seine Lehrtätigkeit bei Rentkammer und Kirchenrat tätig gewesen war. Dieser ausgezeichnete Verwaltungsfachmann entwickelte sich in seiner Eigenschaft als vorsitzender und dirigierender Rat bald zum eigentlichen Leiter des Forstdepartements, das durch ihn eine straffe Führung erhielt. Später wurde er für die Dauer der Abwesenheit Hunoltstsins sogar noch formell zum Chef der forstlichen Zentralstelle bestellt. Systematische Reformen und wirtschaftliche Fortschritte konnten allerdings auch von ihm nicht erwartet werden.

¹³⁰⁾ Diese Firmierung steht im Zusammenhang mit der Veränderung der für die staatlichen Wälder verwendeten Begriffe. Nach der Aufhebung der Rentkammer kam die Bezeichnung »Kameralwäldungen« außer Gebrauch. Für die nunmehr zusammengefaßten Wälder der beiden Kammern war dann bis 1811 der Ausdruck »Wäldungen der Oberfinanzkammer« üblich; anschließend bürgerte sich die Bezeichnung »Kronwäldungen« (bzw. »kgl. Wäldungen«) ein. Erst um etwa 1827 wird von »Staatswäldungen« gesprochen.

¹³¹⁾ HSTA E 221 Bü. 3276/3277.

¹³²⁾ Ein Forstrat erhielt nicht einmal die Hälfte des Gehalts eines Oberforstmeisters.

2.2 Bezirksverwaltung

Durch die territorialen Veränderungen der Jahre 1806 und 1807 war die württembergische Waldfläche auf 430 600 ha angewachsen.¹³³⁾ Dieser erhebliche Flächenzugang machte selbstverständlich auch eine Neuorganisation der Bezirksverwaltung erforderlich, die zugleich eine Zusammenfassung der Neuerwerbungen mit dem alten Besitz bewirken sollte. Eingeleitet wurde dieser Prozeß mit der Aufhebung der Freien Pirsch im ganzen Land¹³⁴⁾ und der Begründung der Forsthoheit über den in den neuen Landesteilen stark vertretenen Großprivatwald mit der Folge, daß die strikte Einhaltung der altwürttembergischen Forstgesetze vorgeschrieben war und die Anstellung des Forstpersonals der Standesherrschaften sowie die Durchführung der Holzschläge genehmigungspflichtig wurden.¹³⁵⁾ Durch Verordnung vom 10. 5. 1809 verlor der Adel auch die Patrimonial- und damit die Forstgerichtsbarkeit.¹³⁶⁾ Eine wichtige Aufgabe bestand ferner in der Eingliederung der verstaatlichten Kirchenwäldungen. Während die politische Führung von Anfang an dazu neigte, den gesamten kirchenrätlichen Verwaltungsapparat zu liquidieren und die Beamten den Oberforstämtern zu unterstellen, glaubte die Forstdirektion behutsamer vorgehen zu müssen. Sie schlug deshalb vor, die organisatorische Eigenständigkeit der kirchlichen Forstverwaltungen bis zum Abgang der leitenden Bediensteten beizubehalten, wobei während der Übergangszeit die Oberforstämter für Waldwirtschaft und Forststrafjustiz, die Forstverwalter für die Finanzen zuständig sein sollten. König Friedrich ließ sich jedoch auf keinen Kompromiß ein und ordnete mit Dekret vom 19. 6. 1806 die totale Zerschlagung der kirchenrätlichen Forstorganisation an.¹³⁷⁾ In gleicher Weise wurden den Oberämtern in den ehemaligen Freipirschgebieten sämtliche Wäldungen abgenommen und den Oberforstämtern zugewiesen. Schließlich beendete König Friedrich mit diesem Dekret »alle bisher bestandene Vermischung der sogenannten Alt- und Neuwürttembergischen Forsten« und unterwarf alle Wälder ohne Rücksicht auf den Eigentümer der Forstordnung. Alle diese Anordnungen konnten reibungslos durchgeführt werden. Schwierigkeiten gab es nur mit der **Hof- und Domänenkammer**, die seit 1806 als Nachfolgerin der aufgehobenen Kammerschreiberei das königliche Privatvermögen verwaltete. Sie wehrte sich energisch gegen die Fachaufsicht der Forstdirektion. König Friedrich ließ aber auch in diesem Fall keine Ausnahmeregelung zu. Die ca. 5 500 ha umfassenden Hof- und Domänenkammerwäldungen wurden daher bis 1808 der staatlichen Forstverwaltung eingegliedert.¹³⁸⁾

2.2.1 Oberforstämter

König Friedrich hatte durch die getroffenen Maßnahmen das komplizierte Organisationssystem von überholtem historischen Ballast befreit und dadurch wesentlich vereinfacht. Dennoch blieb die Hauptarbeit noch zu tun, da die dem Land zugefallenen Wäldungen neu zu ordnen waren. Die Forstdirektion erhielt daher den Auftrag, »ohne alle Berücksichtigung der bisher bestandenen Verhältnisse« eine zweckmäßige Einteilung in Oberforste und Hutten vorzunehmen, wobei 20 Forstbezirke als Norm gesetzt wurden.¹³⁹⁾ Sie konnte sich jedoch nicht zu einer klaren Konzeption durchringen und legte deshalb 2 Pläne zur Genehmigung vor, die auf den Prinzipien gleicher Waldfläche und gleicher Landesfläche aufbauten. König Friedrich sah sich aber nicht in der Lage, einem der beiden Projekte den Vorzug zu geben. Er beauftragte aus diesem Grunde die Forstdirektion, eine neue Einteilung zu entwerfen und dabei vom Grundsatz gleicher Waldfläche auszugehen, im Gegensatz zu der Vorlage jedoch jedes Mißverhältnis in der geographischen Ausdehnung zu ver-

¹³³⁾ HSTA E 31 Bü. 44 (Originalangabe 1 367 444 Mg.).

¹³⁴⁾ Generalreskript vom 5. 7. 1806 (Reg. Bl. 1806 S. 98).

¹³⁵⁾ Generalreskript vom 16. 7. 1807 (STA E 245 Bü. 7).

¹³⁶⁾ Reg. Bl. 1809 S. 189.

¹³⁷⁾ STA E 245 Bü. 10.

¹³⁸⁾ STA E 245 Bü. 10.

¹³⁹⁾ STA E 245 Bü. 10.

meiden. Außerdem sollten nach seinem ausdrücklichen Wunsch der Böblinger, Blaubeurer und Ludwigsburger Forst eingehen.

Die Forstdirektion arbeitete daraufhin 1807 einen Organisationsplan aus, der bereits die neuesten Erwerbungen durch die Rheinbundakte vom 12. 7. 1806 erfaßte, so daß eine durchschnittliche Waldgröße von 21 500 ha (68 000 Mg.) zustande kam.¹⁴⁰⁾ Die Verfasser des Vorschlags glaubten, daß der dadurch erreichte Umfang eines Oberforsts nicht zu groß sei, zumal die Abweichungen vom rechnerischen Mittel entsprechend der königlichen Anordnung nur gering waren. Dieser Plan erhielt die Zustimmung des Landesherrn, so daß mit Dekret vom 2. 2. 1807 die Oberforstämter

Comburg, Reichenberg, Neuenstadt, Stromberg, Leonberg, Neuenbürg, Altensteig, Wildberg, Freudenstadt, Rottweil, Tuttlingen, Urach, Kirchheim, Zwiefalten, Tübingen, Engelberg, Ellwangen, Heidenheim, Aalen und Altdorf

in der vorgeschlagenen Weise gebildet und die Oberforstmeister ernannt wurden.¹⁴¹⁾ Die 1807 geschaffene Organisation der Oberforstämter blieb allerdings nur wenige Jahre unverändert. Als in den Jahren 1809 und 1810 Württemberg seine endgültige Gestalt fand, mußten in den neuen Landesteilen im Norden und Osten weitere Forstbezirke geschaffen werden. Durch Reskript vom 3. 11. 1810 entstanden auf diese Weise die Oberforste Ulm, Crailsheim und Mergentheim, wodurch sich auch Verschiebungen in den angrenzenden Gebieten ergaben. Das Oberforstamt Aalen wurde im Zuge dieser Maßnahmen auf die Nachbarbezirke aufgeteilt. Dasselbe Schicksal widerfuhr an der Westgrenze, wo das Königreich Baden verlor, den Oberforsten Tuttlingen und Wildberg.¹⁴²⁾ Da dem Land durch die Gebietsveränderungen 107 000 ha Wald zugewachsen waren, stieg die Durchschnittsgröße der Oberforstämter auf 27 000 ha (davon 9 400 ha Staatswald) an. Insgesamt verfügte das Königreich nach dem Abschluß der territorialen Neuordnung über eine Waldfläche von 530 000 ha, deren Aufgliederung mit rd.

187 000 ha Oberfinanzkammer-,

5 500 ha Hof- und Domänenkammer-,

172 000 ha Gemeinde-,

17 500 ha Corporations-,

82 000 ha Gutsherrschaftliche und

72 500 ha Privat-Waldungen

angegeben wurde.¹⁴³⁾

2.2.2 Hutten

Erheblich schwieriger als die Organisation der Oberforstämter gestaltete sich die Neueinteilung der Hutten. Sie war nicht primär durch verwaltungspolitische Gesichtspunkte bestimmt und mußte daher weitgehend von unten nach oben erfolgen, da sie ohne Lokalkenntnisse nicht zu bewerkstelligen war.

Bevor mit der Arbeit begonnen werden konnte, gab es bereits Schwierigkeiten bei der Klärung der Frage, von welchen Grundsätzen man auszugehen habe. Die Forstdirektion schlug entsprechend einem Gutachten des Oberforstrats Hartig und der Forsträte Jäger und Nördlinger eine Konzeption vor, die in 2 Punkten vom altwürttembergischen System abwich. Zunächst einmal sollte jeder Hutsbezirk je nach seiner Größe neben dem Förster einen oder zwei Beiknechte haben, um dadurch eine Trennung von Administration und Forstschutz zu ermöglichen. Dementsprechend stellte man sich den Förster als einen »mit den erforderlichen Forst- und Jagdkenntnissen ausgerüsteten Mann« vor, die Beiknechte dagegen brauchten »keine wissenschaftliche Bildung zu haben, sondern müßten nur prak-

¹⁴⁰⁾ STA E 245 Bü. 14.

¹⁴¹⁾ Der erste Entwurf sah eine Durchschnittsgröße von 60 000 Mg. vor.

¹⁴²⁾ Reg. Bl. 1810 (Beil. zu Nr. 23) S. 57. Der nur aus 3 Hutten bestehende, am 12. 11. 1811 wiedergegründete Ludwigsburger Oberforst blieb ein Sonderfall, da er ausschließlich jagdlichen Zwecken diente.

¹⁴³⁾ STA E 245 Bü. 35.

tische Jäger und dabei treue, robuste, beherzte, im Schreiben und Rechnen erfahrene Leute« sein.¹⁴⁴) Die Forstdirektion versprach sich davon eine erhöhte wirtschaftliche Aktivität der Hutsverwalter, zumal auf diesem Gebiet an eine Unterstützung durch die Beiknechte gedacht war. Vor allem aber erhoffte sie sich eine Verbesserung des Forstschutzes, da die Frevler während der vielen großen Jagden, an denen die Förster mitzuwirken hatten, ungehindert ihrer Tätigkeit nachgehen konnten. Darüber hinaus war vorgesehen, die qualifiziertesten Hutsbeamten als Oberförster – ein Titel, dessen Verleihung bisher keine speziellen Funktionen begründete und bloß als Gunstbeweis anzusehen war – zu Hilfsorganen und Stellvertreter der Oberforstmeister zu machen. Als Größenordnungen für die Hutten schwebten der Forstdirektion 2500 ha (8000 Mg.) in den wenig bevölkerten und 1000–1200 ha (3000–4000 Mg.) in den dicht besiedelten Gegenden vor, wobei der Gemeinde- und Privatwald zur Hälfte gerechnet wurde.

König Friedrich verwarf jedoch grundsätzlich alle neuen Gedanken. Wie bereits in Neuwürttemberg, so wollte er auch im Königreich das altwürttembergische Hutssystem in reiner Ausprägung verwirklicht sehen. Er lehnte die vorgesehenen Durchschnittsgrößen als zu gering ab, wollte den Kommunal- und Privatwald nur mit $1/4$ – $1/6$ des Staatswalds veranschlagt haben und mochte auch von spezifischen Aufgaben der Oberförster nichts wissen. Außerdem ordnete er an, daß es künftig keine Fußgehenden, sondern nur noch Reisige Förster geben sollte und bestimmte die Gutachter der Forstdirektion zusammen mit ihrem Chef Hunoltstein zu einer Kommission, deren Mitglieder jeweils zu zweit gemeinschaftlich die Einteilung eines ganzen Oberforsts vorzunehmen hatten.

Die Arbeit, deren Ergebnisse entsprechend dem Fortschritt etappenweise in Kraft gesetzt wurden, ging zum großen Ärger König Friedrichs ziemlich schleppend voran. Als sie schließlich zu Beginn des Jahres 1808 abgeschlossen war, zeigten sich schon die ersten Mängel. Die ungenügende Ortskenntnis der Kommissionsmitglieder und der häufig frisch versetzten Forstbeamten sowie die lückenhaften und schlechten kartographischen Unterlagen machten zahlreiche Abänderungen erforderlich, nachdem 14 Oberforstämter mit der Huteneinteilung nicht einverstanden waren. Da die von der Forstdirektion beantragte Lokalrevision wegen der hohen Kosten auf Ablehnung stieß, mußte in umfangreichem und langwierigem Schriftwechsel eine Beseitigung der aufgetretenen Schwierigkeiten vorgenommen werden, die vor allem auf Rivalitäten benachbarter Oberforstämter sowie auf eine unzureichende Berücksichtigung des Forstschutzinteresses zurückzuführen waren und durch Änderung der Oberforst- bzw. Hutsgrenzen und die Verlegung von Wohnsitzen bereinigt werden sollten. Außerdem erwies sich in den Hauptjagdgebieten die Abtrennung bestimmter Ortschaften von den wildreichen Oberforsten als unzweckmäßig, weil die zu Jagdfronen verpflichteten Einwohner dort gebraucht wurden.

Die Überprüfung, die vor allem in den Oberforstämtern Altensteig, Engelberg und Tübingen zu zahlreichen Berichtigungen führte, zog sich bis zum Jahresanfang 1810 hin. Sie blieb aber offenbar ohne praktische Folgen, weil die territoriale Neugestaltung des Landes alle noch so sorgsam ausgedachten Pläne wieder über den Haufen warf. Ferner machte die Einführung der Aufsicht über die Forsten der Standesherrn und die Übernahme des Forstschutzes im Gemeinde- und Privatwald im Jahre 1810 eine Überarbeitung erforderlich. Aus diesem Grunde wurde die Huteneinteilungskommission beauftragt, auf der Grundlage der endgültigen Oberforstamtsorganisation nun auch die Hutten definitiv zu bestimmen. Wiederrum mußte auf örtliche Bereisungen verzichtet werden. Die Organisatoren waren deshalb gezwungen, sich erneut mehr oder weniger auf die Berichte der Oberforstmeister zu stützen. Allerdings hatte man aus den Erfahrungen gelernt und erstellte dieses Mal einen einheitlichen Plan. Auf diese Weise konnte verhindert werden, daß mit fortschreitender Bearbeitung der Spielraum immer enger wurde und am Schluß überzähliges Personal vorhanden war. Trotzdem war es nicht leicht, die normativen Vorgaben der Zentrale gegen den

¹⁴⁴) STA E 245 Bü. 9.

vielfachen Widerstand der Oberforstämter durchzusetzen, die an einem großen Unterbau interessiert waren und deshalb die Bildung möglichst vieler Huten anstrebten. Im übrigen ließ es sich nicht umgehen, die mehr aus der politischen Willensbildung als aus organisatorischer Stabsarbeit hervorgegangene Oberforstamtsenteilung in 5 Fällen wieder abzuändern.

Am 31. 7. 1811 konnte schließlich die Vorlage an den König erfolgen. Sie sah insgesamt 214 Huten mit einer Durchschnittsgröße von 2550 ha (8000 Mg.) vor, die damit um etwa 30 % gegenüber dem bisherigen Umfang zugenommen hatte. Für den Staatswald waren dabei in den jagdlich uninteressanten Oberforsten 2550 ha (8000 Mg.), für den Gemeindewald 3800 ha (12000 Mg.) und für den Privatwald 4700–6000 ha (15000–16000 Mg.) als Norm angenommen worden. In den Gegenden, in denen die Jagd eine große Rolle spielte, ermäßigten sich diese Sätze auf die Hälfte.¹⁴⁵⁾ Die Huteneinteilung wurde im Oktober 1811 genehmigt und blieb mit verhältnismäßig wenig Änderungen bis 1818 in Kraft.¹⁴⁶⁾ Da der Umfang der Huten erheblich vergrößert worden war, erhielten die Förster, die jetzt durchweg ein Pferd besaßen, zu ihrer Unterstützung mehr Hilfskräfte als bisher zugeteilt. Sie bestanden einerseits aus Beiknechten, die insbesondere bei Krankheit oder jagdlicher Beanspruchung des Hutsverwalters auch zu wirtschaftlichen Aufgaben herangezogen wurden und dementsprechend die Amtsbezeichnung **Unterförster** erhielten,¹⁴⁷⁾ andererseits aus **Waldschützen**, die ausschließlich für den Forstschutz bestimmt waren. In diesem Punkt hatte sich somit die Forstdirektion mit ihren Vorstellungen durchsetzen können. Bei der Bestellung des Personals waren Versetzungen und in den erworbenen Gebieten auch Entlassungen an der Tagesordnung, weil man nur brauchbare Bedienstete behalten wollte. Insgesamt 73 Beamte wurden von Bayern übernommen.

Nach Abschluß der unter König Friedrich durchgeführten Organisation des Forstdienstes bestand die Bezirksverwaltung (ohne den Ludwigsburger Forst) aus 20 Oberforstämtern mit 214 Huten, die mit 24 Oberförstern, 2 charakterisierten (d. h. nur mit dem Titel und keiner Gehaltszulage versehenen) Oberförstern, 188 Reisigen Förstern, 247 Unterförstern, 123 Waldschützen und – im Ludwigsburger Oberforst – 5 Park- und Zaunknechten besetzt waren. Zusammen mit den (25 bzw. 11) Beamten der Oberforstämter und der Zentrale umfaßte damit die Forstverwaltung 643 Kräfte, die in allen Forsten durch ein bewegliches Forstschutzpersonal von insgesamt 69 (vom Oberforstamt gegen Tagegeld beschäftigten) Forstscharfschützen und 151 (aus Militäreinheiten abkommandierten) Scharfschützen ergänzt wurden, die jeweils dort zum Einsatz kamen, wo die meisten Forstfrevel festzustellen waren.

Gegenüber dem um 1803 bestehenden Zustand hatte sich auf diese Weise trotz der Fixierung der altwürttembergischen Organisationsgrundsätze ein Wandel vollzogen. Infolge der beträchtlichen Vergrößerung der Dienstbezirke hatte nämlich jetzt jede Hut je nach Umfang und Bedeutung einen oder zwei Unterförster zur Unterstützung des Dienstbezirkshabers. Aus dem gleichen Grunde mußte auch das zusätzliche Forstschutzpersonal erheblich verstärkt werden. Ferner verfügte die Forstverwaltung vor allem aus dem ehemaligen geistlichen Waldbesitz über eine große Zahl von ortsansässigen Waldschützen, die überwiegend von ihrer kleinen Landwirtschaft oder einem Handwerk lebten, gegen geringes Entgelt mehr oder weniger nebenamtlich tätig waren und als bürgerliches Element den Ansatzpunkt für spätere Konflikte bildeten. Entgegen der ursprünglichen Absicht König Friedrichs waren dadurch neue Dienstgrade entstanden, die ungeachtet ihrer besonderen Zweckbestimmung alle vornehmlich mit der Waldhut beschäftigt waren und sich in Wirklichkeit allein durch die Differenz ihrer Besoldungen unterschieden.

¹⁴⁵⁾ STA E 245 Bü. 35.

¹⁴⁶⁾ Reg. Bl. 1811 S. 597.

¹⁴⁷⁾ Reskript vom 19. 10. 1811 (Reg. Bl. 1811 S. 581).

2.2.3 Forstkassenämter

Im Gegensatz zur äußeren Organisation, die ganz im Geist jahrhundertalter Tradition erfolgte, führte die Regelung des Geschäftsbetriebs wenigstens in einem Punkt weiter: auf Anregung der Forstdirektion wurde den Oberforstämtern durch Dekret vom 22. 9. 1807 das Rechnungs- und Kassenwesen abgenommen.¹⁴⁹⁾ Diese Aufgabe, die man zunächst den Kameralämtern übertragen wollte, übernahmen speziell für die Oberforstämter eingerichtete **Forstkassenämter**. Auf diese Weise sollte die Deckungsgleichheit der für die Material- und Geldebuchführung zuständigen Instanzen gewährleistet und eine Überlastung der neu gebildeten Kameralämter vermieden werden. Die Forstkassenämter wurden mit Forstkassieren besetzt. In der Regel waren dies die seitherigen Forstsreiber, die aber jetzt nicht mehr Angestellte des Oberforstmeisters waren, an deren Tisch sie bisher sogar verpflegt worden waren, sondern einen öffentlich-rechtlichen Status erhielten. Da die Forstkassiere als sogenannte Forstaktiare nach wie vor auch die übrigen schriftlichen Arbeiten erledigten, war die Trennung des Kassen- und Rechnungswesens von der Verwaltung allerdings nur formal vollzogen.

Dies führte in vielen Fällen dazu, daß die Forstkassiere ihre Zwitterstellung mißbrauchten, indem sie die Förster von sich abhängig machten. Diese waren nämlich gezwungen, jenen die Dokumente der Naturalbuchführung auszuhandigen; auf Grund der Geschäftsüberhäufung oder auch aus unlauterer Absicht erhielten die Förster jedoch ihre Unterlagen oft lange Zeit nicht zurück, so daß sie nicht in der Lage waren, ihre Naturalrechnungen abzuschließen. Sie mußten in diesem Falle diese Aufgabe dem Forstkassier – oft »gegen schwere Bezahlung« – überlassen. Darüber hinaus war bei dieser Sachlage der Unterschlagung Tür und Tor geöffnet und die Oberforstmeister »fanden sich in die Möglichkeit versetzt, mit dem reinsten Gewissen den größten Betrug zu beurkunden«.¹⁴⁹⁾

Die Rechnungsprüfung erfolgte seit dem 1. 5. 1806 durch eine an Stelle der Forstrechenbänke von Kirchenrat und Rentkammer getretene Forstrechenkammer, die aber von der forstlichen Zentralbehörde völlig unabhängig war.

Wenn auch die auf dem Gebiet des Kassen- und Rechnungswesens getroffenen organisatorischen Maßnahmen auf Dauer nicht befriedigen konnten, so bedeuteten sie doch einen nicht unwesentlichen Schritt auf dem Wege der Entwicklung zeitgemäßer Verwaltungsformen.

2.2.4 Besoldung

Fortschritte gab es unter König Friedrich auch hinsichtlich der Besoldung, deren Vereinheitlichung nach der Zusammenfassung der unterschiedlichsten Territorien mit ihren individuellen, historisch gewachsenen Vergütungsregelungen nicht mehr zu umgehen war. Auf diesem Hintergrund ist die **Abschaffung der Akzidentien** – »sie mögen Namen haben, wie sie wollen« – durch Dekret vom 24. 5. 1808 zu sehen, das endlich die Beseitigung veralteter und entarteter Gepflogenheiten brachte.¹⁵⁰⁾ Auch die von den Gemeinden für viele amtliche Verrichtungen in ihren Wäldern bezahlten Diäten fielen unter dieses Verbot. Einzig die Schußgelder, das Rugdrittel und die Reisekosten für Dienstgeschäfte außerhalb des Dienstbezirks wurden den Forstbeamten gelassen. Im Gegensatz zu früheren Versuchen dieser Art führten die von König Friedrich erlassenen Anordnungen zum Erfolg, weil er mit unnachsichtiger Strenge durchgriff. Für jeden Verstoß drohte er die »Cassation vom Amt« an. Auch die Ausrede, »daß ein Geschenk durch irgend ein Glied der Familie angenommen wurde«, ließ er nicht mehr als Milderungsgrund gelten, »indem jeder Hausvater für die Handlungen der unter seiner Gewalt stehenden Familien-Glieder und Hausgenossen in dieser Beziehung zu stehen« hatte. An Stelle der abgeschafften Nebeneinnahmen traten fixe Gehalte, die verhindern sollten, daß das Forstpersonal der Versuchung ausgesetzt war,

¹⁴⁹⁾ Reg. Bl. S. 441.

¹⁴⁹⁾ HSTA E 221 Bü. 1843.

¹⁵⁰⁾ Reg. Bl. 1808 S. 289.

unerlaubte Gewerbszweige zu betreiben und seine Pflichten zu vernachlässigen. Dieser Zweck wurde allerdings nur unvollkommen erreicht, weil die Vergütungen der unteren Dienstgrade immer noch so schlecht waren, daß Beamte mit Familie ohne eigenes Vermögen kaum von ihnen leben konnten.

Für die Oberforstmeister war schon am 20. 3. 1807 der Wegfall des Gütergenusses angeordnet worden. Die 4 ältesten, denen man eine Entschädigung für die Akzidentien zugestand, erhielten 2500, die übrigen 2000 Gulden. Für die Oberförster wurde ein Gehalt von 550 Gulden mit einer Zulage von 100 Gulden für einen Jägerpurschen festgesetzt. Die Reisigen Förster waren in 2 Klassen mit 450 bzw. 300 Gulden eingeteilt, von denen die erstere ebenfalls 100 Gulden zur Haltung eines Purschen erhielt. Die Unterförster bezogen 250 und die Waldschützen 75 Gulden. Außerdem wurden Holzdeputate und mit Ausnahme der Waldschützen auch freie Wohnung gewährt.¹⁵¹⁾

Um die kommunalen und privaten Waldbesitzer an der Bezahlung des Forstpersonals zu beteiligen, führte man als Ersatz für die bisher weitgehend von ihnen aufgebrauchten Akzidentien eine Holzproduktionssteuer – **Stamm-Miete** oder Stamm-Geld genannt – ein, die für alles eingeschlagene Holz mit dem 15. Teil seines Wertes ($6\frac{2}{3}\%$) zu entrichten war. Um diese Maßnahme zu rechtfertigen, wurde als Gegenleistung die Übernahme des Forstschutzes zugesagt. In Wirklichkeit änderte sich aber nicht viel, so daß von den Gemeinden und vom Großprivatwald nach wie vor ein zahlreiches Aufsichts- und Schutzpersonal unterhalten werden mußte.¹⁵²⁾

2.2.5 Ausbildung

Seit der Aufhebung der Hohen Karlsschule in Stuttgart und der herzoglichen Jägergarde in Hohenheim nach dem Tode Herzog Karl Eugens fand in Württemberg ein öffentlicher forstlicher Unterricht nicht mehr statt. Die privaten Forstlehranstalten, die Reitter und Jäger 1793–1807 in Stuttgart, Hartig während seiner Tätigkeit bei der Forstdirektion 1807–1811 ebenfalls in Stuttgart und der Praktiker J. M. **Jeitter** 1781–1797 in Botnang und anschließend in Heidenheim betrieben, konnten dafür selbstverständlich keinen Ersatz bieten. Auch der Unterricht, den der letztere bis 1817 beim Leibjägercorps hielt, aus dem viele Forstleute hervorgingen, war völlig unzureichend, da er bruchstückhaft und mit vielen Unterbrechungen erfolgte.

König Friedrich schien den Mangel »am Nachzug brauchbarer Subjekte« gegen Ende seiner Regierungszeit erkannt zu haben, denn er verband im Dezember 1815 mit dem Militärkadetteninstitut ein Forstkadetteninstitut und beauftragte am 4. 3. 1816 den Oberforstrat Jäger mit dem Unterricht. Es ist bezeichnend für seine Geisteshaltung, daß er sich auch in seinen letzten Lebensjahren nicht mehr von der ihm eigenen feudalistischen Denkweise zu lösen vermochte. Nach seinen Vorstellungen sollten 4 adlige und 4 bürgerliche Zöglinge Aufnahme finden, wobei er beabsichtigte, »die ersteren zu Oberforstmeistern, die letzteren zu sonstigen Forststellen oder zur Anstellung bei der Sektion der Kronforste brauchbar zu machen«.¹⁵³⁾ Dementsprechend war von ihm daran gedacht, die Adligen nach dem Forstudium bei den Oberforstämtern, die Bürgerlichen aber bei Oberförstern eine praktische Ausbildungszeit absolvieren zu lassen. Da König Friedrich am 30. 10. 1816 starb, ging jedoch diese Ausbildungsstätte wieder ein, bevor sie zur Wirksamkeit gelangen konnte.

3. Zusammenfassung

Eine kritische Betrachtung der Regierungszeit König Friedrichs hinterläßt einen zwiespältigen Eindruck. Während in der Gestaltung der Oberleitung in die Zukunft weisende Wege beschritten wurden, verlief die Organisation der Bezirksverwaltung in den ausgefahrenen Geleisen vergangener Jahrhunderte. Jeder fortschrittliche Gedanke wurde sofort unter-

¹⁵¹⁾ HSTA E 221 Bü. 1837.

¹⁵²⁾ Nach Angaben aus dem Jahre 1817 handelte es sich um 2316 Mann (Seutter, J. G.: Bemerkungen über den Vortrag ... S. 28).

¹⁵³⁾ HSTA E 31 Bü. 414.

drückt, so daß die ganze Reform – sieht man von der Neuordnung der Besoldung und des Kassen- und Rechnungswesens ab – auf eine systematische Reviereinteilung mit jagdlicher Akzentuierung beschränkt blieb.

Vor allem wurde versäumt, eine wirksame Kontrolle der Oberforstämter einzuführen, die wie in alten Zeiten sich selbst überlassen blieben. Da die Mitglieder der Zentrale wenig Gelegenheit hatten, sich selbst ein Bild über die waldbaulichen Zustände zu verschaffen, mußte die Beurteilung der Hauungs- und Kulturanträge und des Wirtschaftserfolgs auf dem Papier erfolgen. Die hoffnungsvollen Bemühungen der Forstkommisariate fanden somit keine Fortsetzung.

Wie wenig sich gegenüber früheren Zeiten geändert hatte, ergibt sich aus einer Schilderung von 1818, die den Zustand der Forstverwaltung jener Jahre rückblickend wie folgt charakterisiert:

»Es wurden Formulare für die Holz-Berichte, Abstichsurkunden sowie für die Kulturnachweisungen erteilt; alles übrige aber blieb unverändert, und seit dem Jahr 1810 wälzte sich alles in den bisherigen Formen schleppend hin« . . . Ohne jede Kenntnisse statistischer Übersichten tappte die Sektion völlig im Dunkeln: »Gleichwohl wurde jährlich mit den von den Forstämtern eingekommenen Fällungsvorschlägen, den ihrer Form nach vorgeschriebenen Holzberichten, das leere Spiel der Ratifikation getrieben und das Ansehen einer gewissenhaften Leitung der Wirtschaft behauptet. Der wichtigste Gegenstand desselben, die Herstellung des Gleichgewichts von Production und Nutzung, blieb also unerledigt, und während nach den individuellen Ansichten des äußeren Personals in den einen Gegenden zerstörende Fällungen die Waldungen ruinierten, fanden in den andern unüberlegte Überhaltungen schlagbarer Bestände bis zur verderblichen Überständigkeit statt . . . Die ganze Wirtschaft war ein Werk des Zufalls. Aus zufälligen Veranlassungen wurde zwar hier und da eine Partial-Revision verfügt, Etats aufgenommen oder sollten doch wenigstens aufgenommen werden, die Resultate hiervon konnten jedoch immer nur partial bleiben, nie auf das Ganze wirken und von einigen Kommissionen blieben sie sogar ganz aus. Zeit und Kosten waren also verschwendet.« Dasselbe war bei der Waldkultur der Fall: »Ohne Kenntnis der Flächengröße, der Öden und der sich nach einem festgesetzten Nutzungsplan erzeugenden Möglichkeit ihrer zweckmäßigen Bestockung wurde sie das Spiel der Phantasie und der Willkür. Wenn nicht auffallende Ungereimtheiten vorlagen, konnten die jährlichen Kulturvorschläge nicht beurteilt werden, und in ihrer Genehmigung achtete man sich einer Pflicht für den Staat entledigt. Die Verschwendung Tausender war nicht böse Absicht noch Wille, sondern gänzliche Unkenntnis. Das fruchtloseste Spiel wurde daher mit der jährlichen Einsendung der Kultur Nachweisungen getrieben, welche mit Zahlen prangten, aber weder Prüfung noch Revision zuließen.«¹⁵⁴⁾

Ein weiterer Fehler der Forstorganisationen von 1807 und 1811 bestand darin, daß eine Ausscheidung der Funktionen des Verwaltungs-, Hilfs- und Schutzpersonals unterlassen wurde. Zwar hatte Hartig 1809 einen Entwurf für Dienstinstruktionen ausgearbeitet, der mit aller Klarheit den Schutz- und Hilfsdienst den Waldschützen und Beiknechten, den Betriebsvollzug den Reisigen Förstern und die Leitung der Wirtschaft den Oberforstmeistern zuwies; seine Vorstellungen konnte er jedoch nicht durchsetzen, obwohl sie vom gesamten Kollegium der Sektion der Kronforste unterstützt wurden.¹⁵⁵⁾

Die Zuständigkeiten sollten nach dem Hartigschen Entwurf wie folgt verteilt werden:

Oberforstmeister: Forstaufsicht, Fertigung der Kultur- und Holzberichte, Forstvisitationen und jährlich mindestens einmalige Bereisung aller Hutten, Holzauszeichen zumindest in schwierigen Fällen, Holzverwertung, Abschluß der Holzhauerakorde, Holzkontrolle (»Abstich«), Durchführung der Ruggerichte und wöchentliche Abhaltung eines Amtstages;

Reisige Förster: Grenzbegehungen, Holzanweisen nach den Anordnungen des Oberforstmeisters, Aufsicht über die Holzfällungen, Holzaufnahme im Staatswald, Abrechnung mit den Holzhauern;

Beiknechte: Forstschutz, Beaufsichtigung der Holzhauerei, der Köhlerei und des Holztransports, Mithilfe bei den Kulturen.

So blieb es bei der alten Übung, daß die Förster häufig die wirtschaftlichen und schriftlichen Arbeiten dem untergeordneten Personal oder den Forstkassieren überließen, um selbst zu jagen oder Waldexzesse aufzugreifen. Da auch sie das Rugdrittel bezogen und weder ihrer Bildung noch ihrer finanziellen Stellung nach auf diese Nebeneinnahmen verzichten wollten, strebte der ganze untere Forstdienst dem einen Ziel des Forstschutzes nach. Die von den Förstern erwartete Aufsicht über das Schutzpersonal war somit größtenteils bloß eingeblendet.

¹⁵⁴⁾ HSTA E 221 BÜ. 1843.

Auch die Personalpolitik König Friedrichs trug ausgesprochen restaurative Züge. Alle in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts zutage getretenen liberalen Tendenzen wurden im Keime erstickt. Schon die großen Besoldungsunterschiede zwischen hohen und niederen Forstbeamten lassen erkennen, daß die gesellschaftlichen Anschauungen der feudalistischen Epoche unvermindert ihre Gültigkeit besaßen. Die Zugehörigkeit zum Adel war wie in den besten Zeiten des Absolutismus unabdingbare Voraussetzung für eine Anstellung als Oberforstmeister. Die unteren Ränge wurden wieder durchweg aus dem Militär besetzt, nachdem im Jahre 1809 das Landscharschützencorps für die Friedenszeiten bis auf die Offiziere aufgelöst worden war und die Mannschaften im Forstdienst untergebracht werden mußten. Auch während der Befreiungskriege führte der Weg zur Forstverwaltung nur über langjährige Dienstleistungen bei verschiedenen Truppenteilen. Außer der bereits erwähnten Jägergarde, die als Leibcorps des Regenten nicht in den Feldzügen eingesetzt wurde, waren vor allem bei der leichten Infanterie – insbesondere unter den Schwarzen Jägern und dem Scharfschützenregiment – viele junge Forstleute eingereicht, denen Hoffnung auf Versorgung mit »erledigten Stellen im Forst- und Jagdwesen« gemacht wurde¹⁵⁶⁾ und deren Unterbringung später noch erhebliche Probleme aufwerfen sollte. Nicht einmal die Jägerpurschen konnten frei gewählt werden, sondern wurden ebenfalls aus dem Militär zugewiesen. Die Forstverwaltung blieb daher auf die Personalpolitik ohne jeden Einfluß, besaß sie doch nicht einmal ein Vorschlagsrecht für die Besetzung der Försterstellen. Selbst das »Suppliciren« um die Übertragung von Hutten wurde dem Forst- und Jagdpersonal streng verboten, weil der König in seinen Entscheidungen absolut frei sein wollte.¹⁵⁷⁾ Nicht nur die Grundsätze der Forstorganisation, sondern auch viele Detailfragen bis zur Genehmigung von Urlaubsgesuchen der Oberforstmeister und Förster wurden von König Friedrich persönlich entschieden, wobei er – der letzte große Jäger unter den württembergischen Landesherrn – jagdliche Momente oft über Gebühr berücksichtigte. Die Feststellung, daß unter seiner Regierung »Krieg und Jagd die Losung« waren,¹⁵⁸⁾ besteht daher zu Recht. Seine überragende, aber von despotischen Zügen geprägte Persönlichkeit beherrschte die ganze Forstverwaltung, von der er sich auf den ausgedehnten Jagden gute, wenn auch oft genug subjektiv gefärbte Kenntnisse verschafft hatte. Er duldete keinen Widerspruch, griff aber auch unnachgiebig durch, wo er Mißwirtschaft zu erkennen glaubte.

Kennzeichnend für sein Verhalten ist beispielsweise die Ablehnung eines Gesuchs der Forsträte Reitter, Jäger, Köhle und Nördlinger vom 13. 7. 1807 um Gleichstellung mit anderen Beamten und entsprechende Besoldungserhöhung mit der Begründung, daß »man erst arbeiten müsse und dann essen« oder die von ihm angeordnete 3tägige Arrestierung des Feuerbacher Försters im Turm wegen verspäteter Anzeige von Wildereidelikten in seiner Hut.¹⁵⁹⁾

Trotzdem konnte König Friedrich die so dringend notwendig innere Erneuerung der Forstverwaltung nicht in die Wege leiten, da er ein Vertreter des überlebten unbeschränkten Herrschertums war. Alle positiven Ansätze entsprangen daher weniger der Einsicht in die tieferen Ursachen der forstwirtschaftlichen Mißstände, als vielmehr seinem politischen Gestaltungswillen.

¹⁵⁵⁾ HSTA E 221 BÜ. 1838.

¹⁵⁶⁾ Generalreskript vom 14. 9. 1806 (STA E 245 BÜ. 1430).

¹⁵⁷⁾ Reskript vom 9. 5. 1807 (STA E 245 BÜ. 1431).

¹⁵⁸⁾ Gwinner, W.: Galerie . . . S. 9.

¹⁵⁹⁾ STA E 245 BÜ. 1420 und HSTA E 6 BÜ. 91.

C. Die Reform der Forstverwaltung unter König Wilhelm I.

V. Die Neuorganisation nach Einführung der konstitutionellen Monarchie

1. Der Verfassungskampf

In den letzten Lebensjahren König Friedrichs hatte die allgemeine politische Entwicklung bereits das Ende seiner unumschränkten Regierung eingeleitet. Nachdem sich Württemberg dem auf dem Wiener Kongreß am 8. 6. 1815 gegründeten Deutschen Bund hatte anschließen müssen, war die Einführung einer landständischen Verfassung entsprechend Art. 13 der Bundesakte nicht mehr aufzuhalten. Um Maßnahmen des Deutschen Bundes zuvorzukommen, berief Friedrich im März 1815 einen Landtag ein und legte diesem einen Verfassungsentwurf vor, der wesentliche Elemente der traditionellen Verwaltungsprinzipien – z. B. die Wiederherstellung des Geheimen Rats und der Zentralkollegien im Finanz- und Innenministerium – enthielt. Im Bestreben, die Zustimmung des Landtags zu diesem Verfassungsentwurf zu erhalten, wurde im Jahre 1816 in beiden Ressorts sogar die altwürttembergische Kollegialverwaltung wieder eingeführt. Trotzdem lehnte der Landtag den Entwurf ab, weil er selbständig am Zustandekommen der Verfassung mitwirken wollte und die vollständige Restauration der bis 1806 bestandenen Verhältnisse forderte. Der Kampf um das »alte Recht« war damit in voller Schärfe entbrannt.

Als König Friedrich am 30. 10. 1816 unerwartet starb, wurde sein Sohn und Nachfolger – der ebenfalls staatsmännisch begabte, den liberalen Zeitströmungen aber weitaus zugänglichere König **Wilhelm I.** – sofort in diese Auseinandersetzungen verwickelt. Nachdem er zunächst den Altwürttembergern entgegengekommen war – so stellte er durch Reskript vom 8. 11. 1817 den Geheimen Rat wieder her –, vollzog sich bei ihm eine Hinwendung zu den Ideen des modernen Verfassungsstaats, als ein von ihm vorgelegter 2. Verfassungsentwurf bei den Abgeordneten ebenfalls keine Zustimmung gefunden hatte. Er löste daher am 4. 6. 1817 die Ständeversammlung auf und setzte ohne Bindung an eine Verfassung nach den Plänen des späteren Finanzministers von **Malchus** durch die Organisationsedikte vom 18. 11. 1817 und 31. 12. 1818 die Neuorganisation der Verwaltung in Kraft.¹⁶⁰⁾ Unter dem Druck der außenpolitischen Ereignisse kam es schließlich zu einer neuen Verfassung, die altständische Elemente mit den Grundsätzen der konstitutionellen Monarchie verband und als freier Vertrag zwischen Landtag und Regierung am 25. 9. 1819 zustande kam. Sie beendete die Periode des Absolutismus und trug dem Prinzip der Gewaltenteilung Rechnung: dem König als Staatsoberhaupt war die Gesetzesinitiative und die vollziehende Gewalt, der Volksvertretung die Gesetzgebung und der von der Verwaltung unabhängigen Justiz die Rechtsprechung – wiederum ohne die Forstgerichtsbarkeit – übertragen. Die Regierungsbildung erfolgte entsprechend dieser Kompetenzverteilung ohne Mitwirkung der parlamentarischen Gremien durch den König, der in der Regel Fachbeamte zu Ministern ernannte. Im übrigen wurde die Gemeindeselbstverwaltung im ganzen Lande eingeführt.

Die Volksvertretung (»Stände« bzw. »Ständeversammlung«) bestand aus 2 Kammern. Die Erste Kammer – die **Kammer der Standesherrn** – wurde aus Vertretern des Adels und vom König auf Lebenszeit ernannten Mitgliedern bürgerlicher Herkunft gebildet. Die Zweite Kammer – die **Kammer der Abgeordneten** – bestand aus 23 Privilegierten aus dem Bereich der Kirchen, der Reichsritterschaft und der Universität sowie aus 70 gewählten Volksvertretern. Das Parlament, das nur mit Zustimmung beider Kammern verbindliche Beschlüsse fassen konnte, erhielt das Recht, über alle Gesetze zu beschließen, Steuern zu erheben und

¹⁶⁰⁾ Reg. Bl. 1817 S. 541 und Reg. Bl. 1819 S. 17.

den Staatshaushaltsplan zu beraten. Im Gegensatz zur altwürttembergischen Zeit war es nunmehr Aufgabe der Volksvertretung, die Staatsausgaben zu prüfen und festzusetzen. Die Verfassung brach auf diese Weise mit der privatrechtlichen Auffassung des Verhältnisses von Fürst und Landtag. Daher wurde auch das Kammergut in ausschließliches Staatsvermögen umgewandelt. Das bisherige Hofdomänenkammergut (seit 1920 Hofkammergut) blieb Privatvermögen der königlichen Familie, die zur Bestreitung ihres Finanzbedarfs außerdem eine feste Rente (Zivilliste) erhielt.

2. Die Neuorganisation der allgemeinen Verwaltung

Der Übergang vom Patrimonial- zum Verfassungsstaat machte zwangsläufig eine Neuordnung der Staatsverwaltung erforderlich. Aus diesem Grunde wurde mit den Organisationsedikten von 1817 und 1818 eine Verwaltungsreform in die Wege geleitet, die zwar grundsätzlich davon ausging, vom alten Recht alle Bestimmungen zu übernehmen, die mit dem liberalen Rechtsstaat vereinbar waren, im übrigen aber die modernen Prinzipien der Gewaltenteilung und parlamentarischen Kontrolle konsequent durchzuführen und eine Vereinfachung der staatlichen Verwaltung anzustreben.

Der bereits 1816 wiederhergestellte Geheime Rat, dem die Minister und verdiente Persönlichkeiten angehörten, wurde als beratendes und nur in der Verwaltungsrechtspflege entscheidendes Kollegium beibehalten. Er war als Gegengewicht zur Ministerialbürokratie gedacht und blieb bis zum Jahre 1876 bestehen. Die von König Friedrich geschaffenen Ministerien konnten ebenfalls im wesentlichen übernommen werden, doch änderte man ihre innere Organisation, indem entsprechend den Forderungen der Altrecther die 1811 in den Abteilungen eingeführte Büroordnung durch ein modifiziertes Kollegialsystem ersetzt wurde. Das Finanzministerium erhielt in diesem Zusammenhang ein Oberfinanzkollegium, das aus den Ministerialräten bestand, von denen einer Forstreferent war. Als Präsident dieses Gremiums fungierte der Finanzminister, ohne jedoch an seine Beschlüsse gebunden zu sein. Es handelte sich somit um ein reines Beratungsorgan für den Ressortchef, der bei abweichenden Entscheidungen allerdings dem Geheimen Rat berichten mußte.

Eine wesentliche Änderung gegenüber der Verwaltungsorganisation König Friedrichs bedeutete die Umwandlung der Sektionen in **Zentralstellen**. (Landesämter), die den Ministerien unterstellt wurden. Sie waren somit faktisch Mittelbehörden und bestanden vor allem in Geschäftsbereichen, die Fachaufgaben zu erfüllen hatten oder besondere technische Kenntnisse erforderten. Die Zentralstellen, die aus höchstens 5 Räten bestehen sollten, besaßen selbstständige Entscheidungsbefugnis, durfte aber mit anderen Verwaltungszweigen nur über das Ministerium verkehren. Auch hier wurde als Korrektiv Ministerialverfassung die aufgegeben und die kollegiale Beratung und Beschlußfassung vorgeschrieben. Im Interesse einer orts- und volksnahen Verwaltung wurden die 12 Landvogteien durch 4 nach geographischen Gesichtspunkten abgegrenzte, etwa gleich große **Kreise** (Regierungsbezirke) abgelöst. Jeder Kreis – Neckarkreis mit Sitz in Ludwigsburg, Schwarzwaldkreis (Reutlingen), Donaukreis (Ulm) und Jagstkreis (Ellwangen) – erhielt für den Bereich der allgemeinen Verwaltung eine **Kreisregierung**, für den Bereich der Finanzverwaltung eine **Kreisfinanzkammer**, der jeweils ein Kreisoberforstmeister (später Kreisforstmeister) zugeteilt wurde und dessen Aufgabe die Mitaufsicht über das Forst- und Jagdwesen war, sowie für den Bereich der Justiz einen Gerichtshof. Die administrativen Provinzialbehörden waren für die Erledigung von nicht fachgebundenen Einzelaufgaben sowie für die Aufsicht über die Bezirksverwaltung zuständig. Die Geschäftsbehandlung erfolgte in der Regel ebenfalls nach dem Kollegialprinzip. Die Kreisfinanzkammern blieben bis 1849, die Kreisregierungen bis 1924 bestehen.

In der Unterstufe der allgemeinen Verwaltung wurden 64 Oberämter geschaffen, die erst im Jahre 1938 durch größere Landkreise (Landratsämter) ersetzt wurden. Im Zuge der Tren-

nung von Justiz und Verwaltung erfolgte ferner die Einrichtung von Oberamtsgerichten. Die Organisation der von König Friedrich gebildeten Kameralämtern wurde so weit wie möglich den Oberamtsbezirken angepaßt. Weitere Reformmaßnahmen erstreckten sich auf den Ausbau der kommunalen Selbstverwaltung, die Beseitigung der Stadt- und Amtsschreiber und ihren Ersatz durch qualifizierte Beamte des mittleren Dienstes wie überhaupt auf die Begründung eines modernen, in seiner Existenz gesicherten Berufsbeamtentums. Auswirkungen auf die Landesverwaltung ergaben sich im übrigen durch die schrittweise Zurückgabe der Patrimonialgerichtsbarkeit an die Standesherrn (d. h. den vormaligen reichsunmittelbaren Adel) und die Einleitung der Bauernbefreiung im Wege der Aufhebung des Lehnverbandes, der Ablösung der gutsherrlichen Fronlasten und ähnlicher Maßnahmen. Für das Kammergut wurden alle Abgaben aus der Leibeigenschaft ohne Entschädigung aufgehoben.

Der von König Wilhelm geschaffene Verwaltungsaufbau blieb in seinen Grundzügen bis heute bestimmend. Die weitere Entwicklung der allgemeinen Verwaltung hatte daher nach 1818 für die Forstorganisation keine wesentliche Bedeutung mehr. Auf ihre Darstellung kann deshalb von diesem Zeitpunkt an verzichtet werden.

3. Die Reform der Forstverwaltung im Jahre 1818

3.1 Jagd

Wie bereits ausgeführt wurde, hatte sich als Hauptursache für den miserablen Zustand der Forstverwaltung im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert die totale Unterwerfung der Forstwirtschaft durch die Jagd erwiesen. Es waren dies Zeiten, »da der Forstmann nichts der Jäger aber alles galt«,¹⁶¹⁾ und nur zu häufig wurden »vom Forstpersonal die Funktionen für die Forstadministration als eine Last empfunden«.¹⁶²⁾ Die Befreiung der Forstwirtschaft vom Joch des höfischen Jagdbetriebs mußte daher geradezu als Voraussetzung für die Reform der Forstverwaltung angesehen werden. Es ist ein geschichtliches Faktum, daß solche grundlegenden Veränderungen überhaupt erst durch die Einführung einer liberalen Rechtsordnung ermöglicht wurden. Nur das Fehlen einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle hatte es dem Landesfürsten erlaubt, das Interesse der Landeskultur seiner oft zügellosen Jagdleidenschaft unterzuordnen und die hierfür erforderlichen mittelalterlichen Rechtsgrundlagen zu konservieren. Der Übergang zur verfassungsrechtlich beschränkten konstitutionellen Monarchie ließen es nun nicht mehr zu, diese Praktiken fortzusetzen. Schon König Friedrich hatte in seinen letzten Lebensjahren, als seine Passion nachzulassen begann und er wohl auch die nachteiligen Folgen der maßlosen Wildstände erkannte, die Einschränkung des Jagdwesens eingeleitet. Bereits im Jahre 1810 ließ er die Frage prüfen, wie in Gebieten mit ausgedehnten standesherrlichen Waldungen die Jagd »cameralisch benutzt« werden könne. Anlaß hierzu war die Feststellung, daß dort die Überhege ausschließlich den Fürstenhäusern zugute komme, da er in diesen Gegenden nicht selbst zu jagen pflegte. Es wurde zu diesem Zweck eine aus höchsten Finanz- und Jagdbeamten bestehende Kommission eingesetzt, die konkrete Vorschläge entwickeln sollte. Ihre Empfehlungen, die eine vollständige Verpachtung der Oberforste Comburg, Crailsheim, Mergentheim, Rottweil, Freudenstadt und Neuenstadt und die teilweise Verpachtung der übrigen Oberforstämter vorsahen, wurden auch durch Dekret vom 22. 7. 1813 genehmigt.¹⁶³⁾ Sie konnten jedoch nicht verwirklicht werden, weil sich vielfach keine geeigneten Pächter fanden – Bauern, Bürger und Gemeinden waren nicht zugelassen, um den Müßiggang nicht zu fördern und die Waldaufsicht in keine Schwierigkeiten zu bringen – und die Jagd-

¹⁶¹⁾ Zahn: Vortrag die Forstorganisation betreffend ... S. 7.

¹⁶²⁾ Seutter, J. G.: Abriß der ... S. 2.

¹⁶³⁾ HSTA E 221 Bü. 1886.

fronen ein großes Hindernis darstellten. Verpachtungen kamen daher kaum vor und es blieb auch in den Oberforsten, die für das »allerhöchste Jagdplaisir« nicht geeignet waren, bei der Selbstverwaltung der Jagd.

Wesentlich erfolgreicher wirkten sich die im Jahre 1815 getroffenen Anordnungen aus, wonach die Rotwildbestände drastisch reduziert werden sollten und das Schwarzwild sogar auszurotten war. Jedem Oberforstmeister wurde erlaubt, zu diesem Zweck in den einzelnen Orten Scharfschützen oder andere geeignete Personen aufzustellen. Mit Beginn des Jahres 1816 durften auch keine Wildschadensvergütungen mehr an Gemeinden und Privatpersonen bezahlt werden; die zu leistenden Beträge waren vielmehr je zur Hälfte vom Oberforstmeister und vom zuständigen Hutsförster aufzubringen. König Friedrich legte sich im übrigen selbst eine gewisse Zurückhaltung auf, schränkte die Hofjägerei ein und verlegte den Jagdbetrieb zunehmend in die neu angelegten Tier- und Saugärten. Als Folge dieser Maßnahmen trat tatsächlich ein spürbarer Rückgang der Wildstände ein.

Alle diese Bemühungen blieben jedoch zaghafte Ansätze, zumal die gesellschaftliche Rolle der Jagd als Element der feudalistischen Herrschaftsstruktur unangetastet blieb. Es war somit König Wilhelm I. vorbehalten, den endgültigen Schlußstrich unter die Periode jahrhundertelanger Bevormundung der Forstwirtschaft durch die Jagd zu ziehen. Er gab nicht nur den Freipirschgebieten das Jagdrecht wieder zurück, sondern ordnete schon wenige Wochen nach seinem Regierungsantritt die Verpachtung der staatlichen Jagden an.¹⁶⁴⁾ Obwohl sich die Sektion der Kronforsten energisch dagegen wehrte – sie erwartete von der Selbstverwaltung höhere Erträge und verbesserten Forstschutz –, blieb er bei dieser Anweisung. Auch die von der Forstverwaltung gewünschte bevorzugte Berücksichtigung der Forstleute wurde abgelehnt. So kam es aufgrund eines Reskripts vom 5. 12. 1818 zur Verpachtung fast aller Staatsjagden, die sich etwa auf die Hälfte der Landesfläche erstreckten. Als Pächter war »mit Ausnahme gemeiner Land- und Handwerksleute« jeder unbescholtenen Bürger – Forstbeamte des Außendienstes eingeschlossen – zugelassen. Im Gegensatz zum Versuch des Jahres 1813 wurde nunmehr die Verpachtung auch tatsächlich durchgeführt, nachdem die Ablösbarkeit der Jagdfronen die praktischen Schwierigkeiten weitgehend beseitigt hatte.

Da die Verpachtung der Staatsjagden gleichbedeutend war mit dem Verzicht des Landesherrn auf Jagdausübung, wurde ein spezieller Hofjagdbezirk ausgeschieden, auf den die Jagdmöglichkeiten des Königshauses beschränkt waren.¹⁶⁵⁾ In diesem Zusammenhang wurde das Oberstjägermeisteramt aufgehoben und seine Funktion der zentralen Forstbehörde übertragen. Sie war von nun an für die Jagd im ganzen Lande zuständig mit Ausnahme der vergleichsweise bescheidenen Hofjagd, die dem neugeschaffenen Hofjägermeisteramt unterstand, das seinerseits Bestandteil des Oberhofmeisteramts war. Zugleich verminderte König Wilhelm die Hofjägerei weiter erheblich, schaffte die Jagdchargen ab und löste das 1811 ausschließlich aus jagdlichen Gründen eingerichtete Oberforstamt Ludwigsburg wieder auf. Insgesamt wurden bei der Hofjägerei 26 Bedienstete überflüssig, deren Unterbringung im Forstdienst erhebliche Schwierigkeiten machte und zu persönlichen Härten führte.¹⁶⁶⁾ Schließlich wurde in diesem Zusammenhang auch die Wildbretschreiberei aufgehoben. Die Verrechnung der Jagdeinnahmen und -ausgaben erfolgte nunmehr wie beim Forstbetrieb durch die Kameralämter, während die Rechnungsführung für die Hofjagd von der Oberhofkasse wahrgenommen wurde. Die Bestätigung und Verschärfung der bereits 1815 getroffenen Anordnungen zur Eindämmung der Wildschäden und die Wiederherstellung des alten, erst 1806 von König Friedrich abgeschafften Instituts der Communwildschützen, das den Abschluß des auf den Feldern, Wiesen und Weinbergen

¹⁶⁴⁾ Dekret vom 19. 12. 1816 (HSTA E 221 Bü. 1886).

¹⁶⁵⁾ Er bestand aus 10 Hutn bzw. Revieren des Oberforstamts Leonberg, 2 Hutn des Oberforstamts Tübingen, 2 Hutn des Oberforstamts Kirchheim, einer Hut des Oberforstamts Engelberg und 2 Hutn des Oberforstamts Reichenberg (Dekret vom 24. 11. 1817, Reg. Bl. 1818, S. 177).

¹⁶⁶⁾ Es handelte sich um 3 adlige Hof-Oberforstmeister, 3 adlige Jagdjunker, 1 Jagdpagen, 1 Rüdenmeister, 4 Gehegebereiter, 1 Hofjägerpursch, 9 Scharfschützen, 2 Fasanerie-Lehrjungen und 2 Zaunknechte (HSTA E 7 Bü. 37).

zu Schaden gehenden Wildes zur Aufgabe hatte, vervollständigten diese Reformen. Als Ergebnis dieser in wenigen Jahren vollzogenen Maßnahmen ist nicht nur das Aufhören der jahrhundertelangen Klagen der Landbevölkerung über die Wildschäden, sondern insbesondere auch die vollkommene Trennung der Forstwirtschaft von der Jagd festzustellen, die es nunmehr erlaubte, eine zeitgemäß organisierte Forstverwaltung aufzubauen und das Forstpersonal seiner eigentlichen Bestimmung zuzuführen.

3.2 Zentralstelle

Beim Regierungsantritt König Wilhelms bestand die forstliche Zentralstelle aus der Sektion der Kronforste, die von dem Geheimen Rat von Hartmann geleitet wurde, nachdem der Chef, Landoberjägermeister von Hunoltstein, Oberstjägermeister geworden war. Als die Aufhebung des Oberstjägermeisteramts zum Verlust dieser Stelle führte und er auf sein Oberforstamt zurückkehren mußte, bemühte er sich, wieder die Leitung der Sektion in die Hand zu bekommen. Diese Bitte wurde ihm – vermutlich mehr aus Rücksicht auf sein dienstliches Schicksal als wegen seiner fachlichen Qualitäten – auch gewährt, nachdem man zunächst entschlossen gewesen war, sich notfalls sogar im Ausland nach einem tüchtigen Forstmann umzusehen. Offensichtlich war jedoch der 64jährige, völlig im Geiste der höfischen Tradition und der fürstlichen Kammerwirtschaft groß gewordene und durch keinerlei forstwirtschaftliche Aktivitäten hervorgetretene Beamte seiner neuen Aufgabe nicht mehr gewachsen. Bevor er noch sein Amt antreten konnte, hatte die inzwischen eingetretene Neuorganisation des Staatsapparats seine Ernennung zum Leiter der Forstverwaltung gegenstandslos gemacht.

Durch das Organisationsedikt vom 18. 11. 1817 war die Sektion der Konforste zum 1. 1. 1818 aufgelöst und als forstliche Zentralstelle der kollegial organisierte **Forstrat** gebildet worden. Der neue Finanzminister von **Malchus**, der an der Verwaltungsreform entscheidenden Anteil hatte, wollte die Leitung des Forstrats einem Mann seines Vertrauens übertragen, da er eine Reorganisation der Forstverwaltung beabsichtigte. Ein Hofjagdbeamter vom Schlage Hunoltsteins war für diese schwierige Aufgabe nicht zu gebrauchen. Er wurde daher im Frühjahr 1818 pensioniert. Auch der Geheime Rat von Hartmann, der ja kein Forstmann war, kam dafür nicht in Frage. Er wurde daher von seinen Funktionen in der Forstverwaltung entbunden. Die Wahl fiel auf den mit hervorragenden Prädikaten ausgestatteten Vorstand des Oberforstamts Ulm, Johann Georg von **Seutter**. Diese Entscheidung sollte sich für das Schicksal der Forstorganisation als überaus bedeutsam erweisen.

Da der Forstrat dem Finanzministerium untergeordnet war, hatte er dem organisatorischen Status einer zentralen Mittelbehörde (Landesamt) mit weitgehend selbständiger Entscheidungsbefugnis. Er durfte jedoch wie alle Zentralstellen nicht mit anderen Ministerien verkehren, sondern hatte in diesem Fall an das Finanzministerium zu berichten. Unmittelbare Korrespondenz war ihm nur mit koordinierten und Provinzialstellen erlaubt.

Während dem Forstrat die forstliche Bezirksverwaltung praktisch in vollem Umfang unterstand, gab es mit der Provinzialverwaltung Abgrenzungsschwierigkeiten. Hier sah man sich gezwungen, den bereits im Organisationsedikt vom 18. 11. 1817 verankerten 4 **Kreisforstmeistern** Kompetenzen zuzuweisen, weil sie als forstliche Referenten der Kreisfinanzkammern im wesentlichen nur Nachlässe von Forststrafen zu bearbeiten hatten und deshalb kaum beschäftigt waren. Da man sich zur konsequenten Verwirklichung der vorgesehenen Mitaufsicht im Sinne einer Funktionsteilung nicht durchringen konnte, wurden die Kreisforstmeister, deren Stellen mit den tüchtigsten Oberforstmeistern besetzt worden waren,¹⁶⁷⁾ »als beständige Commissäre des Forstrats« mit Inspektionsaufgaben betraut,

¹⁶⁷⁾ Als Kreisforstmeister wurden bestellt: für die Kreisfinanzkammer Ludwigsburg Ofm v. Schott (Heidenheim), für die Kreisfinanzkammer Reutlingen Ofm. v. Plessen (Engelberg), für die Kreisfinanzkammer Ulm Ofm. v. Gemmingen (Urach) und für die Kreisfinanzkammer Ellwangen Ofm. v. Gemmingen-Fürfeld (Tübingen).

die dieser selbst wahrzunehmen nicht in der Lage war. Sie hatten in dieser Eigenschaft jährlich die Visitation zweier Forstbezirke ihres Kreises vorzunehmen sowie spezielle Aufträge des Forstrats – Revision der Nutzungs- und Kulturpläne, Untersuchung von Dienstvergehen des Forstpersonals, Mitwirkung bei Jagdverpachtungen sowie bei Kauf- und Tauschverträgen – durchzuführen.¹⁶⁸⁾ Die Position des Forstrats als Zentralstelle wurde durch diese Regelung kaum beeinträchtigt.

Das erste Problem, das der Forstrat zu lösen hatte, war die Herstellung einer zeitgemäßen Forstorganisation – eine Aufgabe, die in den folgenden Jahren seine ganzen Kräfte in Anspruch nahm.

3.3 Bezirksverwaltung

Seutter nahm die Reorganisation der Forstverwaltung, von deren Notwendigkeit er zutiefst überzeugt war, unverzüglich nach seinem Dienstantritt in Angriff. Er erhielt dazu offensichtlich einen persönlichen Auftrag des Finanzministers Malchus. Das Forstratskollegium beteiligte er deshalb nur informatorisch, das dementsprechend in seinen »Vorlesungen« einen reinen Akt der Höflichkeit erblickte und sich später keineswegs als Teilhaber an diesem Werk betrachtete, zumal jeder Einwurf »mit ungestümem, leidenschaftlichem Benehmen« aufgenommen wurde.¹⁶⁹⁾

Seutter ging bei seinen Plänen von folgenden Grundsätzen aus:

1. Die Forstaufsicht über den Kommunal- und Privatwald bleibt bestehen, weil die gesetzlichen Grundlagen – Forst- und Communordnung – vorläufig ihre Gültigkeit behalten. Der Forstschutz wird jedoch als eine aus dem Eigentumsrecht sich ergebende Aufgabe angesehen, die daher künftig jeder Waldbesitzer unter Wegfall des bisher bezahlten Stammgelds selbst zu übernehmen hat.
2. Das Forstpersonal muß so ausreichend besoldet werden, daß von ihm die Erfüllung seiner Pflichten verlangt werden kann.
3. Die Kompetenzen der einzelnen Dienstgrade sind scharf von einander abzugrenzen und haben der gegenseitigen Kontrolle zu dienen.
4. Der Aufwand für jeden Dienstbezirk darf dessen Ertrag nicht übersteigen, denn es sei besser, »das kleinere Ungewiße zu opfern als das größere Gewiße zu verschwenden«.¹⁷⁰⁾

Auf der Grundlage dieser Prinzipien wurde von ihm in geradezu atemberaubendem Tempo eine Konzeption der neuen Forstorganisation entwickelt, die nach Beratung im Geheimen Rat von König Wilhelm im wesentlichen akzeptiert und zum 1. 7. 1818 in Kraft gesetzt wurde. Sie sah folgende Maßnahmen vor:¹⁷¹⁾

Statt der bisherigen 20 Oberforstämter und der 213 Hutten wurden 24 **Oberförstereien (Forstämter)** –

Böblingen, Ludwigsburg, Sachsenheim und Neuenstadt (Neckarkreis), Wildbad, Nagold, Freudenstadt, Rottweil, Gönningen und Urach (Schwarzwaldkreis), Jagstberg, Crailsheim, Gaildorf, Schorndorf, Ellwangen, Aalen und Schnaitheim (Jagstkreis) sowie

Kirchheim, Geislingen, Blaubeuren, Zwiefalten, Biberach, Altshausen und Altdorf (Donaukreis) –

mit 151 **Revieren** gebildet, wobei Seutter die Vermehrung der Forstbezirke mit der Herstellung gleichmäßiger Verwaltungseinheiten und die Verringerung der Försterstellen mit dem Wegfall jagdlicher Aufgaben begründete. Für die verhältnismäßig kleine Anzahl der Reviere war freilich auch der Umstand von Bedeutung, daß trotz der geplanten Besoldungs-

¹⁶⁸⁾ Instruktion für die Kreisforstmeister vom 31. 12. 1818.

¹⁶⁹⁾ HSTA E 221 Bü. 1843. Oberforststrat Jäger, von dem diese Äußerungen stammen, hatte dessen ungeachtet den Seutterschen Entwurf mit unterzeichnet.

¹⁷⁰⁾ Seutter, Jg. G.: Bemerkungen über den Vortrag ... S. 45.

¹⁷¹⁾ Reg. Bl. 1818 S. 281.

verbesserung keine Erhöhung der Ausgaben eintreten durfte. Auf ein Forstamt entfiel nach der Neuordnung der Bezirksverwaltung eine durchschnittliche Waldfläche von 23 000 ha (davon 8 000 ha Staatswald), die Durchschnittsgröße eines Reviers betrug 3 700 ha (davon 1 300 ha Staatswald).

Selbstverständlich war eine Beteiligung der Praxis in der überaus kurzen Zeit nicht möglich. Seutter blieb daher nichts anderes übrig, als die Neueinteilung am grünen Tisch zu entwerfen, wobei jeweils ganze Huten zusammengefaßt wurden, sofern eine Vergrößerung angebracht erschien. Im Bewußtsein der Unvollkommenheit dieses Verfahrens behielt er sich für die Abgrenzung der Reviere von vorneherein eine Revision vor. Im übrigen achtete er lediglich darauf, daß sowohl bei der Gestaltung der Forstbezirke als auch der Reviere die Kreisgrenzen Berücksichtigung fanden. Begründet wurde die Eile später mit der Feststellung, daß bei Anwendung eines anderen Kriteriums »schwerlich ein Menschenalter ausgereicht« haben dürfte und er sich zudem habe an ein Prinzip halten müssen, das sich »über die Einwirkung hemmender Individualitäts-Interessen erhob«.¹⁷²⁾

Seutter begnügte sich jedoch nicht mit einer Reorganisation der Dienstbezirke, sondern schuf darüber hinaus erstmals ein rational entwickeltes System des Personaleinsatzes, in das er die einzelnen Dienstgrade funktional einordnete, indem er ihnen mit Hilfe von Dienstinstruktionen klar abgegrenzte Zuständigkeiten zuwies.

Der Schwerpunkt in der Tätigkeit der **Oberförster** – die neue Amtsbezeichnung der Forstamtsleiter sollte »Standespräventionen« den Boden entziehen¹⁷³⁾ – wurde auf das Gebiet der Forstverwaltung und Forstpolizei gelegt. Sie hatten vor allem auch vierteljährlich die Forstruggerichte abzuhalten, wobei sie befugt waren, Geldstrafen bis zum Betrag von 10 Gulden sowie »zur Erhaltung des amtlichen Ansehens«¹⁷⁴⁾ Gefängnisstrafen bis zur Dauer von 3 Tagen auszusprechen. Schwere Verbrechen waren gemeinschaftlich mit dem Justizbeamten, gemeinrechtliche Vergehen (z. B. Diebstahl an aufbereitetem Holz) allein von diesem zu untersuchen. In den Wirtschaftsbetrieb sollten die Oberförster mit gewissen Ausnahmen – so bei der Festsetzung der Holzpreise – nur im Wege der Aufsicht oder durch Beispielshandlungen (Musterauszeichnungen) eingreifen, waren jedoch für die Richtigkeit der vom nachgeordneten Personal gefertigten schriftlichen Unterlagen verantwortlich.

Zur Unterstützung des Oberförsters wurde jedem Forstamt ein **Forstassistent** zugeteilt, der für alle amtlichen Verrichtungen verwendet werden konnte, vorzugsweise aber zur Übernahme des Bürobetriebs bestimmt war und in Abwesenheit des Forstamtsvorstands als Amtsverweser fungierte. Aus diesem Grunde waren die Forstassistenten auch beritten. Einen Beamtenstatus besaßen sie nicht und konnten deshalb von den Oberförstern in freier Wahl angenommen und entlassen werden. Das Inkrafttreten dieser Bestimmung wurde allerdings aufgeschoben, bis Forstschulabsolventen zur Verfügung stehen würden. Der Oberförster war für die Handlungen seines Forstassistenten verantwortlich, solange dieser nicht ohne Auftrag oder entgegen einer Weisung Entscheidungen traf.

Erheblich aufgewertet wurde im Vergleich zu den früheren Hutsförstern der Aufgabenbereich der **Revierförster**. Sie sollten die Wirtschaftsführer im Vollsinn des Wortes sein und hatten daher die Klassifikationsregister (Betriebsartenübersichten), die allgemeinen (d. h. für die Dauer der Umtriebszeit geltenden), periodischen und jährlichen Betriebspläne zu fertigen, die jährlichen Nutzungen zu beantragen und die Fällungsnachweisungen sowie die übrigen statistischen Unterlagen zu liefern. Die Revierförster mußten demgemäß auch die Schläge stellen und überhaupt »die Administration des Reviers in wirtschaftlicher und finanzieller Beziehung handhaben und in das Detail derselben in allen Beziehungen tätig

¹⁷²⁾ Seutter, J. G.: Bemerkungen über den Vortrag ... S. 21.

¹⁷³⁾ Begründung des Finanzministers von Malchus (HSTA E 221 Bü. 1844).

¹⁷⁴⁾ Begründung des Geheimen Rats (HSTA E 221 Bü. 1845).

eingreifen«. ¹⁷⁵⁾ Sie sollten darüber hinaus auch noch den Forstschutz ausüben, erhielten aber kein Rugdrittel mehr. Seutter wollte sie auf diese Weise »den Verhältnissen gemeiner Waldhüter« entrücken und »zu der Würde von Beamten« erheben. ¹⁷⁶⁾

Jedes Revier erhielt mindestens einen **Unterförster**. ¹⁷⁷⁾ Motiviert wurde dieser Dienstgrad mit der Notwendigkeit einer Kontrolle des Revierförsters. Da ihn diese aber angeblich nicht voll beschäftigte, hatte er sich außerdem am Forstschutz zu beteiligen und den Revierförster in wirtschaftlichen Arbeiten zu unterstützen. Für bestimmte Tätigkeiten – Anstellung und Beaufsichtigung der Waldarbeiter und Auszahlung ihres Verdienstes – war er entsprechend der ihm vom Revierförster erteilten Instruktionen eigenverantwortlich zuständig. Zur Überwachung des Revierförsters hatte der Unterförster sämtliches Material von den Holzhauern zu übernehmen, dem Revierförster zu übergeben, nach der Genehmigung des Verwendungsplans durch den Forstrat den Empfängern zu überweisen und die Abgabeanordnung des Revierförsters zu beurkunden. Überhaupt hatte er durchweg dem Forstamt gegenüber die Richtigkeit der vom Revierförster gemachten Angaben über die Naturaleinnahmen und Geldausgaben selbständig nachzuweisen. Ohne Beurkundung der einschlägigen Unterlagen des Unterförsters durch das Forstamt konnte vom Revierförster weder eine Materialeinnahme noch eine Lohnausgabe zur Verrechnung gebracht werden. Im Gegensatz zum Revierförster war jedoch der Unterförster trotz seiner zahlreichen Aufgaben im Außendienst nicht beritten.

Selbstverständlich reichten die vielbeschäftigten Unterförster für die Besorgung des Forstschutzes nicht aus. Sie wurden daher auf diesem Gebiet durch **Waldschützen** unterstützt, die sich zu diesem Zweck mit den forst- und jagdgesetzlichen Vorschriften selbst bekannt zu machen hatten. Die Zahl der Waldschützen war je nach Staatswaldanteil verschieden; sie betrug im Höchstfall 4 je Revier. Von besonders weittragender Bedeutung war die Entscheidung Seutters, daß als Waldschützen nicht mehr ortsansässige Bürger und Bauern, sondern nur noch Leute vom Fach hauptberuflich angestellt werden sollten. Aus diesem Grunde wurden die Gehalte dieser Kategorie mehr als verdoppelt. Trotzdem waren die Waldschützen als einziger Dienstgrad nicht pensionsberechtigt. Mit dem Übergang zu hauptberuflichen Waldschützen war nicht nur eine höhere Wirksamkeit des Forstschutzes beabsichtigt, vielmehr sollte dadurch auch die Möglichkeit geschaffen werden, geeignete Bewerber für die Besetzung der Unter- und Revierförsterstellen heranzubilden. Zur Gewährleistung der vollen Verantwortlichkeit des Revierförsters wurden ihm sowohl der Unterförster als auch die Waldschützen unmittelbar unterstellt. Bestimmte Bezirke waren dem Schutzpersonal nicht zugewiesen, um durch überraschendes Auftreten die Wirksamkeit der Überwachung zu erhöhen. Wie bereits erwähnt, beschränkte sich die Tätigkeit der Fortschutzorgane auf den Staatswald. Die privaten und körperschaftlichen Waldbesitzer mußten daher für die Waldhut selbst sorgen. Sie konnten jedoch bei zerstreutem Waldbesitz gemeinschaftliches Personal anstellen oder Vereinbarungen zur Übernahme des Forstschutzes durch die staatliche Forstverwaltung treffen. Mit der letzteren Maßnahme, von der durchaus Gebrauch gemacht wurde, war der Keim zur Entwicklung der Beförderung im Bereich des Schutz- und Hilfsdienstes (und damit des späteren Revierdienstes) gelegt.

Ihre definitive Ausgestaltung erfuhr die Forstorganisation Seutters durch die **Dienstinstruktionen** vom 31. 12. 1818, mit denen die Funktionen aller Dienstgrade vom Kreisforstmeister bis zum Waldschützen im einzelnen festgelegt und voneinander abgegrenzt wurden. Ursprünglich sollten sie auch Vorschriften für Holzhauer, Holzsetzer, Köhler und Hirten enthalten, da sich diese Menschen meist im Wald aufhielten und dadurch der Forstwirtschaft entweder schaden oder nützten; das Finanzministerium lehnte dies jedoch ab, weil für diesen Personenkreis kein Dienstverhältnis begründet sei und seine Tätigkeit örtlich geregelt werden müsse. Die Dienstinstruktionen, in deren Bearbeitung sich Finanzmi-

¹⁷⁵⁾ Seutter, J. G.: Bemerkungen über den Vortrag . . . S. 62.

¹⁷⁶⁾ Ders.: Abriß . . . S. 11.

nister Malchus persönlich einschaltete, brachten auch zahlreiche Formulare, die dem Forstrat die erforderliche statistische Übersicht verschaffen sollten. »Während aus der früheren Administration der Kronforste Dunkel und Willkühr hervorging und mit wankender Ungewißheit und Ängstlichkeit die Bedürfnisse des Moments gestillt wurden, nirgends aber ein gesetzliches Zusammenwirken des äußeren Personals statthatte, müssen aus diesen Verhältnissen Licht und Wahrheit hervortreten«, so umschrieb Seutter die Zielsetzung der Dienstinstruktionen.¹⁷⁸⁾ Sie wurden vervollständigt durch »Technische Anweisungen«, die insbesondere die Aufstellung der von den Oberförstern zu prüfenden und vom Forstrat zu genehmigenden Betriebspläne durch die Revierförster regelten: Mit der Einführung des Massenfachwerks im Rahmen der Taxation und deren 10jähriger Erneuerung fanden endlich die aus unsicheren Unterlagen abgeleiteten, wenn nicht sogar mehr oder weniger planlosen Nutzungen ein Ende.

Während die Betriebsplanung im Staatswald detailliert als vollwertige Wirtschaftsplanung ausgebildet war, beschränkte sie sich im Körperschafts- und Privatwald auf summarische Angaben. Diese differenzierte Handhabung leitete nunmehr auch im praktischen Forstbetrieb eine zunehmende Konzentration auf den Staatswald ein, wie sie bereits bei der Dienstbezirksbildung sichtbar geworden war. Die Schlagstellung bzw. das Auszeichnen der Bestände im Körperschafts- und Privatwald durch das staatliche Forstpersonal wurde jedoch zunächst beibehalten.

Die Veröffentlichung der Dienstinstruktionen verzögerte sich erheblich, weil sich schon der Widerstand gegen die durch die Forstorganisation bewirkten Veränderungen regte. Seutter beschwerte sich deshalb unter Umgehung des Finanzministeriums persönlich beim König, erhielt bei diesem Vorgehen allerdings nur von einem Teil des Forstratskollegiums Unterstützung. Immerhin gelang es auf diese Weise, die Dienstinstruktionen im April 1819 an das Forstpersonal hinauszubringen.

Die Realisierung der Seutterschen Konzeption war nicht ohne Schwierigkeiten vonstatten gegangen. Vor allem die vorgeschriebene Behandlung im Geheimen Rat erwies sich als Hürde besonderer Art, da es dem früheren Chef der Sektion der Kronforste, Hartmann, als Mitglied dieses Gremiums ohne weiteres möglich war, seinen schweren Bedenken gegen einen radikalen Bruch mit den traditionellen Verwaltungsformen Geltung zu verschaffen. Die Einwendungen des Geheimen Rats bezogen sich insbesondere auf die Trennung von Direktion (Forstrat) und Inspektion (Kreisforstmeister), die als »Scheidung von Theorie und Praxis« angesehen wurde. Er schlug daher vor, das Institut der Kreisforstmeister aufzugeben und statt dessen das Kollegium des Forstrats entsprechend zu verstärken, wodurch es diesem ermöglicht werde, durch eine Bereisung des Landes einen unmittelbaren Eindruck von den waldbaulichen Verhältnissen und der Arbeit der Forstämter zu erhalten. Nach seiner Ansicht mußte der Forstrat mit der Natur in Verbindung bleiben, um »die ewig ungenügende Zahlen-Controle« zu überwinden.¹⁷⁹⁾ In diesem wichtigen Punkt war die Regierung allerdings durch die verwaltungspolitischen Grundsatzentscheidungen der Organisationsedikte vom 18. 11. 1817 (Einrichtung der Kreisfinanzkammern) festgelegt; sie ließ sich daher auf eine ernsthafte Prüfung dieses Vorschlags erst gar nicht ein, sondern versuchte, das offensichtlich schlechte Gewissen durch fadenscheinige Argumente zu beruhigen.¹⁸⁰⁾ Weitere Forderungen des Geheimen Rats betrafen die Stellung der Revierförster, deren Funktion nach seiner Ansicht einen Ausbildungsgrad voraussetzte, der weder gefordert noch erwartet werden konnte. Er empfahl daher, es im wesentlichen bei der alten Aufgabenstellung zu belassen. Auch der Wegfall des Rudritts für die Revierförster, die beabsichtigte Aufhebung der Forstkassenämter und die Bezeichnung »Oberförster« für die Forstamtsleiter, die wenigstens den Titel »Forstmeister« beanspruchen könnten, wurden beanstandet.

Nicht alle Gegenvorstellungen des Geheimen Rats, die letztlich von Hartmann stammten, waren unbegründet, doch ist eine ausgeprägt konservative Grundhaltung unverkennbar. Sie war es auch, die den Finanzminister Malchus veranlaßte, sich mit dem ganzen Gewicht seiner Persönlichkeit vor den Seutterschen Entwurf zu stellen und ihn beim König mit Nachdruck zu vertreten. Diese ganze Tendenz, so meinte er, gehe sichtbar dahin, »von dem Gegenwärtigen zu retten so viel als Möglich, um hierdurch seine Mängel zu decken. So wie denn auch nur aus dieser Tendenz zu erklären ist, daß der Geheime Rat, ohngeachtet er die Nothwendigkeit einer Reorganisation anerkennt und ohngeachtet er keine der Fundamental Grundsätze, auf welchen der neue Organisations Plan beruht, zu entkräften vermag, dennoch

¹⁷⁷⁾ In wenigen großen Staatswaldrevieren gab es 2 Unterförster.

¹⁷⁸⁾ HSTA E 221 Bü. 1843.

¹⁷⁹⁾ HSTA E 221 Bü. 184.

¹⁸⁰⁾ In diesem Zusammenhang fiel u. a. die Feststellung, »wer zuviel bereißt, bereißt nichts«; außerdem wurde behauptet, die Mitglieder der Zentralstelle könnten nicht »fortdauernd auf den Rädern liegen«. (HSTA E 221 Bü. 1844).

alles aufbietet, um denselben buchstäblich zu zerfezen«.¹⁸¹⁾ König Wilhelm folgte dementsprechend fast durchweg seinem Finanzminister, so daß die Seuttersche Forstorganisation ohne wesentliche Abstriche in Kraft gesetzt werden konnte. Die Opposition Hartmanns gegen die Pläne Seutters und Malchus' blieben für ihn nicht ohne Folgen; er wurde im Dezember 1818 seiner Funktionen als Geheimer Rat und Präsident der Oberrechnungskammer, die er nach seinem Ausscheiden aus der Forstverwaltung übernommen hatte, enthoben.

3.4 Kassen- und Rechnungswesen

Die Reorganisation der Bezirksverwaltung machte auch eine Änderung der Forstkassenverwaltung erforderlich. Die vorgesehene konsequente Trennung der Kassenführung von der Forstverwaltung, die man durch die Aufhebung der Forstkassenämter und die Übertragung ihrer Aufgaben auf die Kameralämter bewerkstelligen wollte, ließ sich jedoch nicht sofort durchführen, weil die Neuordnung der Finanzverwaltung noch nicht abgeschlossen war. Aus diesem Grunde beschränkte man sich zunächst auf eine zweckmäßigere Einteilung der Forstkassenämter; für die 24 Oberförstereien wurden 17 Forstkassiere bestellt, die aber nur für den Geldeinzug und die Geldausgabe zuständig waren. Die Aktuariatsgeschäfte wurden von nun an vom Oberförster und seinen Forstassistenten wahrgenommen, wodurch die angestrebte Trennung der Finanz- von der Forstadministration im Prinzip bereits erreicht war.¹⁸²⁾ Nachdem die Finanzverwaltung reorganisiert war, konnten schließlich zum 1. 6. 1819 die Forstkassenämter formell aufgehoben und in die Kameralämter eingegliedert werden.¹⁸³⁾

3.5 Forstpersonal

Mit der gleichen Konsequenz wie bei der Gestaltung der äußeren Formen der Forstorganisation ging Seutter auch bei seinen personalpolitischen Entscheidungen ans Werk. Im Grunde blieb ihm auch gar nichts anderes übrig, da als Folge der neuen Dienstbezirkseinteilung sowohl die Zahl der Förster als auch der Unterförster erheblich verringert werden mußte. Die Grundlage hierfür schuf er durch das Organisationsedikt für die Forstverwaltung vom 7. 6. 1818, das in § 17 bestimmte:¹⁸⁴⁾

»Für die Zukunft soll niemand, ohne durch den Forstrat bei der für jeden Dienstgrad geeigneten Prüfung tüchtig befunden worden zu seyn, zu einer Stelle in der Forstverwaltung vorgeschlagen oder in derselben angestellt werden können.«

Noch vor dem Inkrafttreten dieser Vorschrift, die später in die Verfassungsurkunde von 1819 übergang und damit verfassungsrechtlich abgesichert war, führte der Forstrat vom 22. 1.–5. 2. 1818 5 Prüfungen sowohl für das angestellte Forstpersonal als auch für neue Bewerber durch, von deren Ergebnis die künftige Verwendung im Forstdienst abhängig gemacht wurde. Bestimmte Voraussetzungen – Ableistung einer Ausbildungszeit oder Sammlung praktischer Erfahrungen – waren nicht erforderlich, vielmehr galten die beim Examen nachgewiesenen Kenntnisse als entscheidendes Kriterium. Die Resultate waren erwartungsgemäß höchst unerfreulich und insofern von Bedeutung, als die zahlenmäßige Reduktion des Forstpersonals der mittleren Dienstgrade eine Ausscheidung der unbrauchbaren Individuen erlaubte.

Von den Oberforstmeistern entsprachen (mit Ausnahme Seutters und der 4 Kreisforstmeister, die schon vor der Prüfung auf ihre Posten berufen worden waren) nur 4 den gestellten Anforderungen; fast der Hälfte der übrigen Forstbeamten mußte bescheinigt werden, sie seien »durchaus unwissend«, während ein weiteres starkes Drittel nur die unerläßlich notwendigen Kenntnisse vorweisen konnte.¹⁸⁵⁾ Angeblich gab es Förster, die kaum ihre Na-

¹⁸¹⁾ HSTA E 221 Bü. 1844.

¹⁸²⁾ STA E 245 Bü. 75.

¹⁸³⁾ Dekret vom 4. 6. 1819 (Reg. Bl. 1819 S. 293).

¹⁸⁴⁾ Reg. Bl. S. 281.

¹⁸⁵⁾ Von 358 Aspiranten, darunter 346 Forstleute, wurden 25 in die erste, 42 in die zweite, 130 in die dritte und 161 in die vierte Klasse eingereiht. (HSTA E 221 Bü. 1845).

men zu schreiben imstande waren. Es blieb daher gar keine andere Wahl, als bei der Besetzung der neuen Stellen Kompromisse zu schließen. Trotzdem war Seutter nicht bereit, unangebrachte Rücksichten zu nehmen. Er bestand nachdrücklich auf der Entfernung der durchgefallenen Oberforstmeister (d. h. seiner früheren Kollegen) vom Amt, da ihm »bei solchen untüchtigen Agenten keine Art von Verantwortlichkeit zugemutet werden könne.«¹⁸⁶⁾ Auch wurden nicht weniger als 104 Oberförster, Reisige Förster, Unterförster und Waldschützen »ausrangirt« – vorwiegend ältere, »für den Übergang zu neuen Formen nicht mehr geeignete Subjekte« – und 14 bisherige Reisige Förster zu Unterförstern sowie 61 bisherige Unterförster zu Waldschützen degradiert. Lediglich für die unbrauchbaren Oberforstmeister, bei denen es sich meist um junge Leute handelte, beantragte Seutter »aus Gefühlen der Menschlichkeit« und damit »dieselben in den Augen des Publicums bey Ehren erhalten« werden konnten, die vorübergehende Einrichtung des Bezirksforstmeisters. Formell sollten sie in dieser Eigenschaft inspizierend, tatsächlich aber überhaupt nicht tätig werden. Auf Einspruch des Geheimen Rats, der es als pradox bezeichnete, »unfähige Männer in eine höhere Stellung zu versetzen, um ihnen über die, denen sie den Platz räumen, eine Aufsicht zu übertragen«, lehnte jedoch Finanzminister Malchus jede »Scheinkaktivität« ab. König Wilhelm verordnete daraufhin ihre sofortige Versetzung in den einstweiligen Ruhestand.

Die heterogene Zusammensetzung der neuen Dienstgrade wird aus den Angaben über die bisherige berufliche Tätigkeit ersichtlich. Danach wurden bestellt:

zu Oberförstern: 3 Offiziere, 4 Oberforstmeister, 1 privater Forstverwalter, 6 Reisige Förster, 1 Forstgeometer, 5 Oberförster, 1 Forstpraktikant, 1 Sekretär des Forstrats, 1 Forstrat und 1 Forstassistent; zu Forstassistenten: 1 Waldschütz, 8 Forstscharfschützen, 6 Forstpraktikanten, 3 Forstkandidaten, 1 Jägerpursch, 1 Oberleutnant der Artillerie, 2 Unterförster, 1 Forstassistent, 1 Hutsassistent;

zu Revierförstern: 137 Reisige Förster, 10 Oberförster, 1 Hutsverweser, 1 Oberleutnant, 1 Fasanenmeister, 1 Unterförster;

zu Unterförstern: 128 Unterförster, 14 Reisige Förster, 2 Gehägbereuter, 1 Rüdenmeister, 1 Parkjäger, 5 Waldschützen, 5 Forstscharfschützen, 1 Parkjägerspursch;

zu Waldschützen: 73 Forstscharfschützen, 83 Waldschützen, 1 Forstkandidat, 68 Scharfschützen, 61 Unterförster, 2 Leibjäger, 1 Jägerspursch, 1 Feldjäger, 1 Kammerscharfschütz, 1 Forstpraktikant.

Aus den umfangreichen Verschiebungen ergaben sich zahlreiche Versetzungen; wie rigoros dabei verfahren wurde beweist die Tatsache, daß sie oft über weite Strecken in völlig andere Gegenden erfolgten. Auf Standeseigenschaften wurde keinerlei Rücksicht mehr genommen, so daß jetzt sogar mehrfach Adlige unter bürgerlichen Vorgesetzten arbeiten mußten. Auch die bisherige Funktion spielte bei der Stellenbesetzung keine entscheidende Rolle.

Eine Gegenüberstellung des Personalstands vor und nach dem 1. 7. 1818, an dem die neue Personalorganisation in Kraft trat, ergibt folgendes Bild:

vorher:

20 Oberforstmeister
20 Forstkassiere
24 Oberförster
189 Reisige Förster
243 Unterförster
123 Waldschützen
69 Forstscharfschützen
151 Scharfschützen
839 Köpfe zuzüglich 128 Jägerspurschen

nachher:

24 Oberförster
24 Forstassistenten
151 Revierförster
157 Unterförster
292 Waldschützen
648 Köpfe

Die Personaleinsparung war hauptsächlich durch die weitgehende Einstellung des Jagdbetriebs und den Wegfall des Forstschutzes im Kommunal- und Privatwald möglich geworden. Die Waldschützen mußten allerdings schon bald nach dem Inkrafttreten der neuen Forstorganisation erneut durch (35) Forstschärfschützen unterstützt werden. Vom nicht-staatlichen Waldbesitz wurde nach dem 1. 7. 1818 ein eigenes Schutzpersonal von 2522 Mann gegenüber 2316 vor diesem Zeitpunkt gestellt.

Trotz des beträchtlichen Personalabbaus führte die Reorganisation der Forstverwaltung zu keiner Verminderung der Kosten, weil die Regulierung der immer noch teilweise aus Naturalien bestehenden neuen Besoldungen mit Ausnahme der Oberförster, deren Gehälter im Vergleich zu denjenigen der Oberforstmeister kräftig gekürzt wurden, spürbare Verbesserungen brachte.¹⁸⁷⁾ Es lag ausdrücklich in der Absicht Seutters, »der Armuth, in welcher der redliche Forstdiener leben mußte, abzuhelpen und jeden so zu stellen, daß er redlich und ohne Kummer seinem Berufe leben könne«.¹⁸⁸⁾ Es sollte sich jedoch bald zeigen, daß auch mit dieser Regelung die Besoldungsprobleme noch nicht gelöst waren. Wie schwer dieser Anspruch zu verwirklichen war, trat schon wenig später zutage. Die Bezüge der Ober- und Revierförster waren zwar in Klassen eingeteilt, die ad personam nach Verdienst zugeteilt werden sollten, doch sah man sich gezwungen, von einer Vergabe der ersten Klasse Abstand zu nehmen, weil dadurch eine Erhöhung des Besoldungsaufwands eingetret wäre.

3.6 Ausbildung

Nicht erst die miserablen Ergebnisse der Forstdienstprüfungen des Jahres 1818 hatten der Führungsspitze der Forstverwaltung klargemacht, daß der katastrophale Bildungsstand des Forstpersonals letztlich auf das Fehlen öffentlicher Ausbildungsstätten für den Nachwuchs zurückzuführen war. Seutter bemühte sich daher darum, auch auf diesem Gebiet einen neuen Anfang zu machen. Einen ersten Erfolg brachte bereits die Gründung einer staatswirtschaftlichen Fakultät der **Universität Tübingen** zum 31. 1. 1818, die mit einem **Lehrstuhl für Forstwissenschaft** zur Ausbildung der höheren Dienstgrade ausgestattet wurde. Er hatte mit Hundeshagen ab April 1818 sogleich einen prominenten Vertreter aufzuweisen. Für die Revier- und Unterförster fand man dagegen eine recht eigenartige Lösung. Sie bestand in der Errichtung einer **niederen Forstschule** bei der Feldjägerschwadron in Stuttgart, die vor allem für die Söhne unbemittelter Forstbeamten gedacht war.¹⁸⁹⁾ Von dieser Konstruktion versprach sich die Regierung außer der Kostenersparnis insbesondere »mehr Moralität«, einen größeren »Keim der so nothwendigen subordination«, »Anhänglichkeit an den Regenten« und »einen gewissen esprit de corps« sowie militärische Vorteile.¹⁹⁰⁾

Die Feldjägerschwadron sollte aus 4 Offizieren, 10 Unteroffizieren, einem Unterarzt, 3 Hornisten, einem Fahنشmied und den Feldjägern bestehen, deren Zahl entsprechend dem geschätzten jährlichen Bedarf für den Staatswald auf 80 festgesetzt wurde, wobei man 2 Klassen von jeweils 40 Schülern bildete. In die erste Klasse sollten Söhne von Forstbeamten bis zum Unterförster sowie solche Aspiranten aufgenommen werden, die derartige Stellen anstrebten. Die zweite Klasse sollte aus gedienten Kavalleristen und aus Söhnen von Waldschützen zusammengesetzt sein; ihre Absolventen waren vor allem für die Besetzung von Waldschützenstellen gedacht. Voraussetzung für die Aufnahme in die erste Kategorie war die einjährige praktische Tätigkeit als Gehilfe bei einem Revier- oder Unterförster oder die erfolgreiche Ablegung einer Aufnahmeprüfung.

Die Dienstzeit wurde auf 7 Semester berechnet, wovon das erste ausschließlich für die »militärische Dressur«¹⁹⁰⁾ bestimmt war, und an deren Ende Prüfungen abgelegt werden mußten. Für 6 Feldjäger, die sich besonders auszeichneten, waren Stipendien für ein 1jähriges Studium an der Universität Tübingen

¹⁸⁶⁾ Zitate im folgenden aus HSTA E 221 Bü. 1844/1845.

¹⁸⁷⁾ Den degradierten Beamten wurde durch »Ergänzungspensionen« der Besitzstand erhalten. Dasselbe war bei den Titeln der Fall.

¹⁸⁸⁾ Seutter, J. G.: Bemerkungen . . . S. 8.

¹⁸⁹⁾ Verordnung vom 2. 7. 1818 (Reg. Bl. 1818 S. 398).

¹⁹⁰⁾ HSTA E 221 Bü. 1845.

ausgesetzt. Um auch privaten Waldbesitzern Gelegenheit zur Ausbildung ihres Forstpersonals zu geben, war einer bestimmten Anzahl solcher Kandidaten die unentgeltliche Teilnahme am Unterricht gestattet.

Die Forstschüler galten als reguläre Soldaten und unterstanden daher dem Militärkommando; die Aufsicht über den Unterricht und dessen Leitung wurde jedoch dem Direktor des Forstrats übertragen. Als die Forstschule gebildet wurde, bestand die Feldjägerschwadron aus

1. Jägern, die schon viele Jahre unter dem Leibjägercorps König Friedrichs gedient hatten,¹⁹¹⁾
2. Jägern und Forstkandidaten, die aufgrund vorzeitiger amtlicher und privater Ankündigungen eingetreten waren,
3. Gardisten, die man bei Errichtung der Schwadron in diese eingeteilt hatte, um sie zu vervollständigen.

Sogleich nach der öffentlichen Bekanntmachung der Gründung meldete sich eine große Zahl weiterer junger Jäger und Forstkandidaten zur Aufnahme in die Schwadron, sodaß man die Gardisten beurlauben und an ihre Stelle Jäger aufnehmen mußte, wodurch die angeordnete Einteilung in 2 Klassen wieder aufgegeben wurde.

Bestimmungsgemäß sollte die Forstschule am 1. 7. 1818 ihren Betrieb aufnehmen. Obgleich sowohl die Lehrer bestellt als auch die Schüler vollzählig versammelt waren, konnte der Unterricht jedoch nicht beginnen, weil sich die Militärbehörde nicht mit dem Direktor der Forstschule über die Verbindung des Militärdienstes mit dem Schulbetrieb einigen konnte. Da die Feldjäger für den Kriegsfall zu Ordonnanzen beim Generalstab und der Gensdarmerie bestimmt waren, mußten sie beritten sein. Daraus ergab sich ein täglicher Stalldienst von etwa 4 Stunden, weil sich die Militärverwaltung weigerte, die Pferde durch Stallknechte versorgen zu lassen, wie dies Herzog Karl Eugen bei seiner Jägergarde getan hatte. Diese Regelung war für die Forstschule nicht akzeptabel. Nach langen Verhandlungen wurde schließlich beschlossen, die 16 Fähigsten als »Aggregierte« vom Militärdienst zu befreien und aus den übrigen 2 Abteilungen zu bilden, die abwechselnd je eine halbe Woche militärische Übungen zu absolvieren und die Forstschule zu besuchen hatten. Die Aggregierten sollten später als Revierförster, die anderen Feldjäger als Waldschützen, Unterförster und bei besonders guten Leistungen ebenfalls als Revierförster angestellt werden. So konnte am 7. 12. 1818 endlich der forstliche Unterricht aufgenommen werden.¹⁹²⁾

4. Die Forstorganisation des Jahres 1822

4.1 Der Kampf um die Revision der Forstorganisation von 1818

Das Forstpersonal trat am 1. 6. 1818 seine neuen Stellen an. Die vollkommene Umgestaltung der Forstverwaltung führte – wie nicht anders zu erwarten war – zunächst zu einem heillosen Durcheinander. Teilweise ohne Diensträume und Dienstwohnungen mußten die Arbeiten nicht selten »in der Auberge eines gefälligen Wirths« aufgenommen und die Registraturen durch Herumwandern in Mietshäusern bloßgestellt werden.¹⁹³⁾ Die Neueinteilung der Dienstbezirke und die vielen Versetzungen – 4 von 5 Forstbeamten mußten ihren Dienstsitz wechseln – hatten zur Folge, daß eine weitgehende Unkenntnis über die Revierverhältnisse herrschte. Hinzu kam infolge der Verzögerung der Dienstinstruktionen die Unklarheit über die jeweiligen Aufgaben. Die neue Forstorganisation war daher kaum in Kraft gesetzt worden, als auch schon die ersten Stimmen der Kritik laut wurden. Die rück-

¹⁹¹⁾ Unter Jägern sind hier Leute zu verstehen, die im Hinblick auf eine spätere Verwendung im Forstdienst bei einem Förster die »Jägerei« erlernt hatten.

¹⁹²⁾ Widenmann, W.: Geschichte der Forst-Lehranstalten Württembergs, Forstliche Blätter für Württemberg, Heft V, 1831, S. 1.

¹⁹³⁾ Bericht der Kreisforstmeister vom 27. 12. 1818 (HSTA E 221 Bü. 1821).

sichtslosen Veränderungen und die damit verbundenen persönlichen Härten begünstigten naturgemäß oppositionelle Strömungen, die unaufhaltsam anwuchsen und schließlich zum Durchbruch kamen.

Am auffallendsten waren die Mängel in der Dienstbezirksbildung. Schon im September 1818 mußten unter dem Druck der Bevölkerung die in ihrer Abgrenzung unhaltbaren Oberförstereien Böblingen, Gönningen und Ludwigsburg – letztere erstreckte sich von der badischen Grenze bei Pforzheim bis an die Rot bei Gaildorf – durch die Neubildung der Forstämter Leonberg, Reichenberg und Tübingen ersetzt werden. Das von Seutter bei der Bildung der Reviere angewandte einfache Prinzip der Belassung oder Zusammenfassung ganzer Huten und der darauf aufbauenden Einteilung der Forstämter erwies sich jedoch bald im ganzen Land als so unvollkommen, daß sich König Wilhelm bereits wenige Wochen später gezwungen sah, die generelle Überarbeitung der lokalen Forstorganisation anzuordnen. Die Kreisfinanzkammern wurden beauftragt, hierzu die Stellungnahmen der Oberförster und Revierförster anzufordern. Auf diese Weise versuchte man nachzuholen, was bei der Vorbereitung der Forstorganisation versäumt worden war.

Etwa um dieselbe Zeit ergriffen die Kreisforstmeister, die mit ihrem Wirkungskreis besonders unzufrieden waren und am meisten mit dem Forstpersonal in Berührung kamen, auch in Grundsatzfragen die Initiative. In einer Eingabe, die dem König zugeleitet wurde, legten sie schonungslos die Fehler der Forstorganisation bloß und forderten ihre gänzliche Umgestaltung. Die Regierung wollte sich jedoch nicht überstürzt auf Änderungen einlassen und zunächst noch weitere Erfahrungen sammeln. In der Folge kam es dann zu immer heftigeren Auseinandersetzungen um eine Revision des von Seutter geschaffenen Systems, die schließlich sogar zu parlamentarischen Schritten führten. In der Kammer der Abgeordneten unterzog deren Vizepräsident **Zahn** – »wie durch höhere Inspiration zum Forstverständigen geworden«¹⁹⁴⁾ – am 25. 3. 1820 die Forstorganisation einer ausführlichen scharfen Kritik. Eine öffentliche Entgegnung Seutters konnte nicht verhindern, daß es zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses und wenige Monate später zu einem Revisionsantrag des Parlaments an die Regierung kam. Durch »die Leichenrede, welche der Forstverfassung von 1818 noch zu ihren Lebzeiten gehalten wurde«¹⁹⁵⁾ war somit der Stein endgültig ins Rollen gekommen und die Reform der Reform nicht mehr aufzuhalten.

Die hauptsächlichsten Einwendungen bezogen sich auf folgende Regelungen:

Trennung von Direktion und Inspektion

Die Kreisforstmeister gehörten – wie bereits erwähnt – zu den ersten Kritikern der Forstorganisation. Sie waren von der Zweckmäßigkeit ihrer Aufgabe keineswegs überzeugt, da die ihnen aufgetragene Verpachtung der Staatsjagden nur vorübergehender Natur war und die Durchführung von Visitationen ihrer Meinung nach besser vom Forstrat wahrgenommen werden konnte. Unterstützt wurden sie dabei von Hartmann, der erneut den Standpunkt vertrat, daß der Forstrat die Auswirkungen seiner Anordnungen selbst überprüfen müsse, wenn er nicht bald zur bloßen Rechnungsprobationsstelle herabsinken wolle. In der politischen Diskussion wurde ebenfalls bemängelt, daß »Sinne, Urtheilskraft und Willen getrennt und erstere in die Kreisstädte, letztere in die Hauptstadt verlegt« worden seien¹⁹⁶⁾. Die Kreisforstmeister schließlich waren der Überzeugung, daß sie nur dann sinnvoll tätig werden könnten, wenn sie zu beratenden Mitgliedern des Forstrats bestellt und an den Kollegialsitzungen teilnehmen würden, da Zweifelsfragen auf schriftlichem Wege nicht zu klären seien.

Forst- und Reviereinteilung, Stellenbesetzung

Seutters Vorgehen bei der Bildung der Dienstbezirke mußte zwangsläufig zu einer Fülle von Ungereimtheiten führen, die immer spürbarer zutage traten. Ungleichheit

¹⁹⁴⁾ Widenmann, W.: Geschichte . . . S. 34.

¹⁹⁵⁾ Speidel, H.: Das Forstschutz- und Hilfspersonal . . . S. 398.

¹⁹⁶⁾ Zahn: Vortrag . . . S. 16.

des Arbeitsumfangs, Zerreißung natürlicher Zusammenhänge und unpassende Auswahl der Amtssitze gehörten zu den häufigsten Beanstandungen, die von der Praxis in diesem Zusammenhang vorgebracht wurden. Ferner waren nach Auffassung der Kreisforstmeister nicht nur die Anstellungskriterien höchst undurchsichtig, sondern auch Mißachtung praktischer Erfahrung, Bevorzugung der Beamten des ehemaligen Ulmer (Seutterschen) Oberforsts, Überbewertung der Prüfungsergebnisse und unnötige Versetzungen an der Tagesordnung gewesen, als man die Dienstposten besetzt hatte. Als Beweis für die Leichtfertigkeit der personalpolitischen Entscheidungen galt der Umstand, daß 2 Förster offenbar ganz vergessen worden waren. Auch die unzweckmäßige Verteilung des Forstpersonals – infolge der Orientierung am Staatswaldanteil war beispielsweise der dünn besiedelte Schwarzwald mit den meisten Waldschützen gesegnet – wurde kritisiert.

Funktionen des Forstpersonals

Ein wesentlicher Einwand bezog sich auf die Tatsache, daß Seutter den **Revierförster** zum eigentlichen Wirtschaftler gemacht und dem **Oberförster** mehr oder weniger die Funktion eines Verwaltungs- und Inspektionsbeamten zugewiesen hatte. Dabei wurde sowohl die Geschäftsverteilung zwischen diesen beiden wichtigen Dienstgraden bemängelt als auch die Tatsache, daß die angestellten Revierförster vielfach ihren Aufgaben – vor allem der Betriebsplanung (Taxation) – nicht gewachsen waren. Angeblich waren zwei Drittel von ihnen kaum oder nur unter größten Schwierigkeiten hierzu in der Lage und mußten sich diese Arbeiten von den Oberförstern abnehmen oder doch wenigstens dabei helfen lassen. Der Dienstgrad des **Unterförsters** wurde als ausgesprochen überflüssig angesehen, da er seine Existenz der Kontrolle des Revierförsters verdankte, dessen Anordnungen er ausführte. Eine Kontrolle von unten nach oben hielt man aber für unzweckmäßig, weil sich der Revierförster die Nachsicht seines Untergebenen, der auch einmal befördert werden wollte, zu verschaffen wisse. Hinzu kam, daß der Unterförster im Gegensatz zum Revierförster mit seinem vorwiegend periodischen Geschäftsanfall stark überlastet war, da er außer den Aufgaben des früheren Hutsfrsters auch noch die Stellung der Naturalrechnung zu besorgen hatte. Im Unterschied zum Revierförster mußte er seinen Dienst jedoch zu Fuß versehen, und zwar in einem Revier, »dessen Durchwanderung keine kleine Aufgabe für ein Pferd« war.¹⁹⁷⁾ Im übrigen waren auch die Unterförster – früher überwiegend im Forstschutz eingesetzt – ihren vielen schriftlichen Arbeiten kaum gewachsen, so daß sie »über der leichtesten Ausfertigung tage- und wochenlang saßen« und oft kein anderes Mittel wußten, »als ihren Revierförster oder einen gefälligen Schulmeister um die Ausarbeitung freundlich zu begrüßen«.¹⁹⁷⁾ Schließlich wurde bemängelt, daß die Oberförster durch den komplizierten Verwaltungsgang an die Schreibstube gefesselt waren, ohne eine geeignete Hilfskraft zu besitzen, nachdem es die Forstkassiere nicht mehr gab. Das Institut der **Forstassistenten** konnte diesen Anforderungen nicht voll gerecht werden, weil es gleichzeitig der Ausbildung von Forstleuten für höhere Stellungen dienen sollte. Man sah in ihm deshalb »ein mirathenes Mittelding zwischen Forstmann und Sekretär«.¹⁹⁷⁾ Die Forstassistenten führten in Abwesenheit des Oberförsters das Forstamt, obwohl offensichtlich manche von ihnen nicht in der Lage waren, einen verständlichen Aufsatz zu schreiben. Andererseits waren sie so schlecht bezahlt, daß ihre Vorgesetzten sich ein Gewissen daraus machen mußten, sie im Außendienst zu verwenden, da es hierfür in der Regel keine Reisekosten gab. Nach allgemeinem Urteil war der Oberförster im übrigen nicht auf einen berittenen Gehilfen, sondern auf einen Mann von der Feder angewiesen.

Forstschutz

Heftig umstritten war von Anfang an die Regelung des Forstschutzes. Vor allem die

¹⁹⁷⁾ Bericht der Kreisforstmeister vom 27. 12. 1818 (HSTA E 221 B. 1821).

Verwendung von hauptamtlichen Forstleuten an Stelle nebenberuflicher Ortsbürger als Waldschützen erregte den Unmut, da sich diese Maßnahme kostensteigernd auswirkte. Auch manche Förster schienen diese Lösung nicht zu schätzen, weil ihnen die Orstbürger-Waldschützen bei vielen Verrichtungen – so bei der Ernte oder der Versorgung ihres Pferdes – geholfen hatten und ununterrichtete Bauern, Handwerker und Tagelöhner ihr Unwissenheit und Trägheit nicht merkten.¹⁹⁸⁾ Ungeachtet dieses Umstandes, der durchaus für die neue Regelung sprach, war man jedoch überwiegend der Auffassung, daß als Waldschützen nur im Lesen, Schreiben und Rechnen gut bewanderte, ehrliche, gesunde Landleute erforderlich seien, die keine forstliche Bildung bräuchten. Auch der Gedanke einer Pflanzschule für Förster, der beim Übergang zum fachlichen Forstschutzpersonal eine Rolle gespielt hatte, stieß zunehmend auf Widerstand, weil man bei den nicht zum Zuge Kommenden einen dauernden Grund der Unzufriedenheit befürchtete.

Seutter, der sich durch die eingetretene Entwicklung in die Defensive gedrängt sah, versuchte mit allen Mitteln, sein Werk zu retten. Im Juli 1819 bereiste er die wichtigsten Forste, um sich persönlich ein Bild über die Verhältnisse zu verschaffen. Als Ergebnis dieser Reise sowie der von März bis November 1819 eingegangenen Berichte der Forstämter schlug der Forstrat vor, 1 Forstamt und 14 Reviere aufzulösen sowie das Forstschutzpersonal zu reduzieren, dafür aber 7 Unterförster mehr anzustellen. Zugleich wurde die Hoffnung erweckt, später seien noch größere Einsparungen möglich. Seutter wollte durch diesen Schritt die sich anbahnende Generalrevision der Forstorganisation vereiteln, doch sein Schachzug mißlang. Der Unwillen über die gewaltsamen Veränderungen war bereits zu stark angewachsen. Für die weitere Entwicklung war ferner von wesentlicher Bedeutung, daß Finanzminister Malchus aus nicht restlos geklärten Gründen am 5. 9. 1818 seinen Abschied erhalten hatte – er war wohl nicht zuletzt am Widerstand des von ihm bekämpften Schreibstands gescheitert – und Seutter dadurch seiner Stütze beraubt war. Der neue Finanzminister **Weckherlin** sah in den Vorschlägen des Forstrats ein Eingeständnis der Fehlerhaftigkeit und veranlaßte den König, die von den Kreisforstmeistern geforderte Prüfung durch eine unabhängige Kommission anzuordnen. Noch vor den parlamentarischen Initiativen des Frühjahrs 1820 kam es auf diese Weise zu dem Beschluß, eine vollständige Überarbeitung der Forstorganisation vorzunehmen. Weder eine unmittelbare Intervention Seutters beim König noch die Veröffentlichung von Erfolgsbilanzen konnte daran etwas ändern.

Die Beratungen der Forstorganisations-Vollziehungskommission, wie sie später hieß, fanden unter dem Vorsitz Weckherlins vom 13. 4.–21. 4. 1820 statt. Beteiligt waren die Kreisforstmeister von Gemmingen (Ulm) und von Schott (Ludwigsburg), die Oberforsträte Nördlinger (Finanzministerium) und Jäger (Forstrat) sowie 4 Oberförster. Seutter gehörte der Kommission nicht an – er hatte sich durch sein Verhalten ins Abseits manövriert.

Eine bedeutende Rolle spielte bei der Weiterentwicklung der Forstorganisation wie bei allen anderen wichtigen forstlichen Entscheidungen seit 1818 der Forstreferent des Finanzministeriums, Oberforstrat Simon Julius **Nördlinger**. Als Sohn eines Bortenmachers hatte er sich autodidaktisch der Forstwirtschaft zugewandt und war über eine Tätigkeit als Forstgeometer beim Kirchenrat in den forstlichen Verwaltungsdienst aufgestiegen, wo er seit 1806 als Forstrat in der Zentralstelle der Forstverwaltung gearbeitet hatte. Von 1818 bis 1840 war er der einzige Forstmann im Finanzministerium und galt aufgrund seiner dominierenden Stellung bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1849 als die Seele der württembergischen Forstverwaltung.

Die Kommission kam zu der Überzeugung, daß

1. für die Administration der Reviere nicht mehr 2 Dienstgrade zuständig sein sollten und deshalb der Unterförster abzuschaffen sei,
2. die Kontrolle künftig zwischen Revierförster und Oberförster stattfinden solle,
3. dem Oberförster wieder die Taxation übertragen und

¹⁹⁸⁾ Seutter, J. G.: Bemerkungen ... S. 57.

4. der Forstschutz im Regelfalle nicht mehr durch Forstleute, sondern durch bürgerliche Waldschützen ausgeübt werden müsse.

Als schwierigstes Problem hatte sich für die Kommission die Neuregelung des **Forstschutzes** erwiesen. Die enorme Holznot und die große Armut weiter Bevölkerungskreise ließen zu Beginn des 19. Jahrhunderts den Holzdiebstahl zu einem »eigenthümlichen Industriezweig« werden,¹⁹⁹⁾ so daß schon Kinder im Alter von 5 und 6 Jahren zum Holzstehlen erzogen wurden. Hinzu kamen die ausgedehnten Nebennutzungen und die vielen Gerechtigkeiten, die Exzesse aller Art erleichterten. Nicht weniger als ein Drittel des Staatswalds war durch Weidgang belastet, auf einem weiteren Fünftel wurde die Streunutzung ausgeübt und in einem Viertel der Nadelholzforsten die Harznutzung betrieben. Die allgemeine Verbreitung der Eigentumsdelikte im Wald ließ Schuldgefühle bei den Tätern häufig erst gar nicht aufkommen, zumal die Forststrafjustiz nicht dazu geeignet war, das Übel an der Wurzel zu packen. Die Bedeutung des Forstschutzes in jener Zeit wird aus der Tatsache ersichtlich, daß allein in den Monaten April bis September 1819 von den Forstämtern 22 788 Straffälle abgerügt wurden, von denen

4621 unbefugte Waldgräserrei,
2377 unbefugtes Streumachen,
23 unbefugtes Bodenstechen,
9270 Holzdiebstähle,
563 unbefugtes Wieden- und Besenreisschneiden,
5880 minder wichtige Vergehen und
54 Jagdvergehen bestrafen.

Außerdem kamen in diesem Zeitraum Übertretungen für unbefugtes Weiden mit 10 223 Stück Rindvieh, 9 504 Schafen, 196 Ziegen und 19 Schweinen zur Strafverfolgung.²⁰⁰⁾ Angesichts dieser ungeheuren Mißstände hatte Seutter 1818 den Versuch unternommen, durch den Einsatz von Forstleuten an Stelle nebenberuflicher Ortsbürger die Wirksamkeit des Forstschutzes zu erhöhen. Da die Gehälter der Waldschützen aus diesem Grunde mehr als verdoppelt worden waren, ergab sich aus der Umstellung trotz einer Verringerung des eigentlichen Forstschutzpersonals eine beträchtliche Kostensteigerung, sodaß fast ein Drittel der Besoldungssumme für diesen Bereich aufgebracht werden mußte. Dennoch lebten die neuen Waldschützen in so bescheidenen Verhältnissen, daß sie eine »höchst unglückliche Menschenklasse« genannt wurden, weil sie ihr Dasein ausschließlich von ihren Bezügen fristen mußten und außerdem höhere Ansprüche an die Lebenshaltung stellten als ihre Vorgänger. Die Problematik der Umstellung wurde im übrigen noch durch die Tatsache verschärft, daß offensichtlich auch dem von Seutter eingeführten Forstschutzsystem – wenigstens in den wenigen Jahren seiner Existenz – kein durchgreifender Erfolg beschieden war, denn es wurde über eine weitere Zunahme der Waldexzesse geklagt, so daß man erneut zusätzlich auf bewegliches Schutzpersonal zurückgreifen mußte.²⁰¹⁾

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich bei der Revision der Forstorganisation die meisten Stimmen dafür aussprachen, wieder zur althergebrachten Einrichtung der bürgerlichen Waldschützen zurückzukehren. Diese Leute würden – so glaubte man – als Kleinbauern ein bescheidenes Gehalt »als das Ideal ihrer Wünsche« betrachten, während die Forstleute – »nicht an die kümmerliche Nahrung des gemeinen Landmanns gewöhnt« – mit dem doppelten und dreifachen Betrag nicht auskämen und wegen ihrer Unzufriedenheit den Dienst vernachlässigten.²⁰²⁾ Aus diesem Grunde könnte mit dem gleichen Geld ein weit zahlreicheres Schutzpersonal angestellt werden. Vor allem wurde gegen den »wissenschaftlich gebildeten« Waldschützen jedoch geltend gemacht, er würde als Verheirateter jeden Mut verlieren, sich den mit der Aufspürung gefährlicher Holzdiebe verbundenen Gefahren auszusetzen – eine Befürchtung, die aus dem Umstand resultierte, daß die Waldschützen keine Beamten waren und daher keiner Heiratsurlaubnis bedurften, die für den regulären Staatsdiener seit 1806 vorgeschrieben war. Ausserdem betrachtete man es als Nachteil, daß die Forstleute im Gegensatz zu den nebenberuflichen Waldschützen im Falle des Versagens kaum entlassen werden konnten, ohne dadurch eine ganze Familie ins Unglück zu stürzen. Im übrigen sei die Verbindung mit den Ortseinwohnern, die man den bürgerlichen Waldschützen nachsagte, nach einigen Jahren auch bei den Jägern vorhanden; zudem fänden sich auch in der »Caste der Landleute« immer welche, die die geschworenen Pflichten ernst nähmen und überdies den Vorzug besäßen, die Ortsansässigen und die Wege zu kennen.²⁰²⁾

Seutter führte gegen diese Argumente das alte Sprichwort »bei vielen Hirten ist übel gehütet« ins Feld. Er glaubte, daß die vielen schlecht bezahlten Forstschutzdiener weit mehr Exzesse begehen ließen als die wenigen gut bezahlten nicht verhinderten. Im Gegensatz zu seinen Kritikern war er auch der Meinung, daß hauptberufliche Waldschützen besser aufpassen würden, weil bei ihnen das Schicksal ihrer Angehörigen auf dem Spiel stehe.

Alle Gegenvorstellungen Seutters konnten nicht verhindern, daß das Votum der Forstorganisations-Vollziehungskommission zugunsten einer Rückkehr zum hergebrachten Organisationsmodell ausfiel. Dabei schreckte man nicht einmal davor zurück, dem Revierförster wieder den Bezug des Rugdrittels mit der Begründung zuzubilligen, er werde durch die Beteiligung am Forstschutz wieder mehr in den

¹⁹⁹⁾ Tessin, W.: Forststatistik . . . S. 308.

²⁰⁰⁾ Tessin, W.: a.a.O. S. 268.

²⁰¹⁾ Zahn, Bemerkungen . . . S. 11.

²⁰²⁾ Bericht des Kreisforstmeisters von Schott vom 24. 6. 1819 (HSTA E 221 Bü. 1819).

Wald geführt. Eine wesentliche Rolle bei dieser folgenschweren Entscheidung spielte allerdings auch der Umstand, daß die unteren Dienstgrade – mit 157 Unterförstern und 292 Waldschützen 449 Forstleute – auf Beförderung hofften, weil sie sowohl mit ihrer dienstlichen Stellung als auch mit ihrer Besoldung unzufrieden waren. Da jedoch nur 151 Revierförster- und 24 Oberförsterstellen zur Verfügung standen, ergaben sich so lange Wartezeiten (für den letzten Waldschützen 40 Jahre), daß schon allein aus diesem Grunde das System unhaltbar erschien. Um trotz der Rückkehr zum bürgerlichen Waldschützen Ausbildungsmöglichkeiten für den forstlichen Nachwuchs zu erhalten, wurde vorgeschlagen, einen Teil der Stellen auch künftig an Forstleute zu vergeben und ihnen die Bezeichnung **Forstwärte** zu verleihen.

Die Beratung der Kommissionsvorschläge führte im Forstrat zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Direktor und Kollegium. Seutter, der an seinen Organisationsprinzipien nicht rütteln lassen wollte, drang mit seinen Vorschlägen nicht durch. Seine Stellungnahme stieß »bereits beim Verlesen der ersten Blätter« auf Ablehnung und wurde deshalb als Minderheitsvotum dem Bericht des Forstratskollegiums angeschlossen, das fast durchweg den Empfehlungen der Forstorganisations-Vollziehungskommission zustimmte.²⁰³⁾ Als sich der Geheime Rat ebenfalls weitgehend hinter diese Forderungen gestellt hatte, wurde durch königliches Dekret vom 18. 9. 1820 der Vollzug dieser Änderungen angeordnet. Lediglich die Entscheidung über die von fast allen am Beratungsprozeß Beteiligten – ausgenommen Seutter – gewünschte Aufhebung des Instituts der Kreisforstmeister und die daraus resultierende Übertragung der Inspektion an den Forstrat wurde zurückgestellt, da in der Zwischenzeit das gesamte Provinzialsystem in die politische Diskussion geraten war und die Regierung das Ergebnis der Verhandlungen mit den Ständen abwarten wollte.

Nachdem die grundsätzlichen Fragen geklärt waren, machte sich die Forstorganisations-Vollziehungskommission an die Ausarbeitung der Lokaleinteilung und entwickelte zugleich bereits Vorstellungen über die Besetzung der Dienstposten.²⁰⁴⁾ Seutter gab sich aber immer noch nicht völlig geschlagen und versuchte wiederum, unmittelbaren Einfluß auf den König auszuüben, der ihn schließlich auch vor seinen weiteren Entscheidungen konsultierte. Immerhin stellte er sich jetzt nicht mehr grundsätzlich gegen eine Änderung seiner Forstorganisation, sondern bemühte sich darum, auf ihre Ausgestaltung einzuwirken. Tatsächlich gelang es ihm auch, einige seiner Vorschläge durchzusetzen, nachdem ein vom König veranlaßter Einigungsversuch mit dem Finanzminister gescheitert war. Zwar konnte er sein zentrales Anliegen – die Belassung der Taxation bei den Revierförstern – nicht verwirklichen, doch wurde auf seine Anregung beschlossen, daß die Holzhauer ihr Geld künftig direkt von den Kameralämtern und nicht mehr vom Forstpersonal erhalten sollten. Vor allem aber kam Seutter mit seinen Vorstellungen über die Aufteilung der Geschäfte zwischen Forstrat und Kreisfinanzkammern gegen den Widerstand des Finanzministeriums weitgehend durch. Diese Frage war im Spätjahr 1821 entscheidungsreif geworden, nachdem die ständischen Verhandlungen mit dem Kompromiß geendet hatten, die im Jahre 1817 geschaffenen Einrichtungen zwar beizubehalten, administrative Vereinfachungen und Verbesserungen jedoch zuzulassen. Weder die Regierung, die einen Ausbau des Provinzialsystems anstrebte, noch das Parlament, das eine Beschränkung der Kreisbehörden für notwendig hielt, hatten damit ihre Ziele erreichen können. Die politisch sanktionierte Aufrechterhaltung des status quo hinderte Finanzminister Weckherlin allerdings nicht daran, beim König die Aufhebung der Kreisforstmeister und die Vereinigung von Inspektion und Direktion beim Forstrat zu beantragen, weil er sich von dieser Lösung, die Nördlinger für die einzig vernünftige hielt und die auch vom Geheimen Rat befürwortet wurde, Einsparungen und eine Vereinfachung des Geschäftsgangs versprach. König Wilhelm schaltete jedoch auch in diesem Falle Seutter ein, der sich energisch für das dualistische Prinzip aussprach und sogar eine weitere Verlagerung von Aufgaben auf die Kreisfi-

²⁰³⁾ Auch das älteste und erfahrenste Mitglied des Forstrats, Jäger, den Seutter wegen seiner Mitarbeit in der Kommission für befähigt hielt und den er deshalb von den Beratungen ausschließen wollte, vertrat eindeutig diese Linie (HSTA E 221 Bü. 1849).

²⁰⁴⁾ Die Beratungen fanden vom 18. 6.–29. 7. 1821 statt.

nanzkammern zu Lasten der forstlichen Zentrale empfahl. Der Antrag des Finanzministers wurde daraufhin abgelehnt und eine mit dem Organisationsedikt von 1817 in Übereinstimmung stehende Regelung verlangt. Der König ordnete sogar an, »von den bisherigen Geschäften des Forstrats so viel als nur immer ohne Nachteil für den Dienst und die Verwaltung tunlich ist«, an die Kreisfinanzkammern zu verweisen. Er ließ sich bei dieser weittragenden Entscheidung offensichtlich auch von verwaltungspolitischen Überlegungen leiten, denn er begründete sie mit der Feststellung, daß »das Provinzialsystem nicht zerbröckeln« dürfe. Auch bei der Dienstbezirksbildung wollte er dieses Prinzip streng durchgeführt wissen.²⁰⁵⁾ Damit hatte Seutter auf diesem Gebiet seine Ideen fast vollständig in die Tat umsetzen können.

Das Ringen um die Revision der Forstorganisation war mit diesen Entscheidungen abgeschlossen. Die Voraussetzungen für die Verwirklichung der neuen Konzeption, die im Gegensatz zur Reform des Jahres 1818 in einem breit angelegten Meinungsbildungsprozeß zustande kam, waren damit gegeben. Mit der praktischen Durchführung wurde der Forstrat betraut.

Die Verwendung des Personals – insbesondere der Einsatz der überflüssig gewordenen Unterförster – bereitete in diesem Zusammenhang erhebliche Schwierigkeiten. Bei der entscheidenden Sitzung, die am 28. 11. 1821 unter dem Vorsitz des Finanzministers stattfand, kam es noch einmal zu einem schweren Zusammenstoß mit dem Direktor des Forstrats. Seutter, der mit seinen Plänen für eine neue Lokaleinteilung nicht zum Zuge gekommen war, hielt es für notwendig, »sich von aller Theilnahme hieran frei zu sprechen«, worauf ihm der Finanzminister das Wort entzog. Nach einer Erklärung Seutters, daß er sich unter diesen Umständen unmittelbar an den König wenden müsse, konnten die Beratungen fortgeführt und die Besetzung der Dienstposten abgeschlossen werden.²⁰⁶⁾

Sowohl die Lokaleinteilung als auch die Personalbestellung sowie die Überarbeitung der Dienstinstruktionen wurden in den ersten Monaten des Jahres 1822 fertiggestellt und zum 1. 3. bzw. 1. 4. 1822 in Kraft gesetzt.

Aufgrund der beschlossenen Änderungen ergab sich nunmehr folgender Aufbau der Forstverwaltung:

4.2 Zentralstelle

Die Forstorganisation von 1818 hatte entgegen den Bestimmungen des Organisationsedikts vom 18. 11. 1817 die Kreisfinanzkammern nicht an der Aufsicht über das Forst- und Jagdwesen beteiligt; die Verwendung der Kreisforstmeister als Inspektionsbeamte war als reine Verlegenheitslösung zu betrachten. Offenbar war man sich der Schwierigkeiten in der Leitung der Forstverwaltung wohl bewußt. Diese Schwierigkeiten bestanden vor allem darin, daß das Eingreifen zweier gleichberechtigter, koordinierter Stellen zu einer Erschwerung des Geschäftsgangs führen mußte, da die Kreisfinanzkammern in diesem Fall nicht als nachgeordnete Instanzen des Forstrats in Erscheinung treten durften. Außerdem mußte den Forstämtern exakt vorgeschrieben werden, in welchen Angelegenheiten sie sich an den Forstrat und in welchen sie sich an die Kreisfinanzkammern zu halten hatten. Voraussetzung für die Realisierung der durch den Verwaltungsaufbau vorgegebenen Konstruktion war somit eine saubere Abgrenzung der jeweiligen Aufgaben.

Die Rolle des Taufpaten bei dem weniger sachlich als vielmehr politisch motivierten Vorhaben, die Mitaufsicht der Kreisfinanzkammern über die Forstämter zu verwirklichen, spielte wie erwähnt Seutter. Nach seinen Vorstellungen war der Forstrat auf technische Aufgaben und auf die Forstaufsicht zu beschränken, während alle finanzwirtschaftlichen, administrativen und juristischen Funktionen auf die Kreisfinanzkammern übergehen sollten. Er glaubte, daß auf diese Weise der Forstrat die Waldwirtschaft bestimmen könnte, die Leitung der Ausführung aber durch die Kreisfinanzkammern zu erfolgen hätte. Seine Vorschläge wurden im wesentlichen auch akzeptiert mit der Ausnahme, daß die von Seutter für

²⁰⁵⁾ Dekret vom 12. 10. 1821 (HSTA E 221 Bü. 1849).

²⁰⁶⁾ HSTA E 221 Bü. 1850.

den Forstrat gewünschte Zuständigkeit für das Forstpersonal den Kreisfinanzkammern übertragen wurde, die man wegen ihrer Inspektionsaufgaben für geeigneter hielt. Demnach war die Geschäftsverteilung wie folgt geregelt:²⁰⁷⁾

Der **Forstrat** war zuständig für

- Planung und Vollzug der Nutzung und der Kulturen,
- Statistik,
- Ausstockungen und Nebennutzungen,
- technische Prüfung des Kulturkostenaufwands im Staatswald,
- Vorschläge für allgemeine forstpolizeiliche Anordnungen,
- Prüfung der Aspiranten zum Forstdienst.

Die **Kreisfinanzkammern** waren zuständig für

- Holzverwertung, Verlohnung und Gerechtigkeiten im Staatswald,
- Verwaltung von Torfgruben, Holzgärten und Jagden,
- Forsthaushalt,
- Vorschläge für die Besetzung der Forststellen,
- Forstgerichtsbarkeit,
- Inspektion (periodische Bezirks- und Amtsvisitationen).

Die Kreisfinanzkammern unterstanden auch hinsichtlich ihrer neuen Aufgaben ausschließlich dem Finanzministerium. Sie waren somit keine Mittelstellen des Forstrats, sondern ihm gleichgestellt. Der Forstrat wurde dementsprechend im Verkehr mit den Forstämtern auf seinen eigenen Zuständigkeitsbereich beschränkt. Es war ihm nicht einmal gestattet, die Ausführung der eigenen Anordnungen inspizierend zu überwachen. Dies war einzig und allein Sache der Kreisfinanzkammern, die den Forstrat über festgestellte Mängel in der Bewirtschaftung in Kenntnis setzen sollten. Sofern dieser Zweifel hatte, ob seine Anweisungen befolgt wurden, hatte er sich zur Durchführung von örtlichen Visitationen der Kreisfinanzkammern zu bedienen. Selbst die Prüfung der allgemeinen Inspektionsergebnisse stand ihm nicht zu; er bekam sie lediglich fallweise nach dem Ermessen des Finanzministeriums zur Stellungnahme. Entsprechend der gestärkten Stellung der Kreisfinanzkammern auf dem Gebiet der Forstwirtschaft erhielten die Kreisforstmeister den Titel **Kreisforsträte**, um sie den übrigen Kollegialmitgliedern nominell gleichzustellen. Eine dauernde Personalvermehrung hielt man wegen der bisherigen Unterbeschäftigung der Kreisforstmeister trotz der neu hinzugekommenen Aufgaben nicht für erforderlich. »Zur Begründung eines regelmäßigen Geschäftsgangs« wurden ihnen jedoch als Übergangsregelung die beim Forstrat entbehrlich gewordenen Beamten zugewiesen, nachdem dessen Bestand auf den Direktor und 2 Räte reduziert worden war. Selbst diese minimale Personalausstattung wurde noch als zu üppig angesehen, doch war eine weitere Reduzierung unmöglich, ohne den Kollegialcharakter und damit die Behörde selbst in Frage zu stellen.

4.3 Bezirksverwaltung

Bei der Neueinteilung der Bezirksverwaltung ergab sich die Notwendigkeit, sowohl die Zahl der Forstämter als auch der Reviere zu erhöhen, da bei den Oberförstern durch die Übernahme der Betriebsplanung und bei den Revierförstern infolge des Wegfalls der Unterförster eine Geschäftsvermehrung eintrat. Auf der anderen Seite mußte man aufgrund der kategorischen Sparforderungen des Königs bestrebt sein, die Verkleinerung der Organisationseinheiten in engen Grenzen zu halten. Insbesondere in Gegenden mit geringem Staatswaldanteil wurde die Flächenzuteilung daher recht großzügig gehandhabt, so daß dort sehr umfangreiche Dienstbezirke entstanden – eine Maßnahme, die nicht ohne Folge für die Tätigkeit des Forstpersonals im Körperschafts- und Privatwald bleiben konnte. Das Ergebnis der Neuordnung bestand in der Bildung von 26 (statt 24) Forstämtern und 170

²⁰⁷⁾ Verordnung vom 28. 2. 1822, (Reg. Bl. 1822, S. 127).

²⁰⁸⁾ Verordnung vom 21. 1. 1822 (Reg. Bl. 21).

(statt 151) Revieren. Die Durchschnittsgröße eines Forstamts lag jetzt bei 21 000 ha (davon 7 400 ha Staatswald) und diejenige eines Reviers bei 3 250 ha (davon 1 130 ha Staatswald). Nachdem die Kreisfinanzkammern in wesentlichen Bereichen zu forstlichen Zentralstellen geworden waren, mußte bei der Abgrenzung der Forstämter besonders streng auf die Einpassung in die Kreise geachtet werden, so daß sich folgende Einteilung ergab:

Leonberg, Stromberg, Reichenberg und Neuenstadt (Neckar-Kreis),
Rottweil, Freudenstadt, Sulz, Altensteig, Neuenbürg, Wildberg, Tübingen und Urach (Schwarzwald-Kreis),

Zwiefalten, Blaubeuren, Alpeck, Kirchheim, Altdorf und Tett nang (Donau-Kreis),
Crailsheim, Mergentheim, Comburg, Heidenheim, Kapfenburg, Ellwangen, Schorndorf und Lorch (Jagst-Kreis).

Jedes Forstamt erhielt wie seither einen **Forstassistenten**. An seiner Doppelfunktion – Ausbildung zu höheren Forstdienststellen und Unterstützung des Oberförsters im Kanzleidiens – änderte sich nichts. Um den Klagen über den Mangel an schriftlichen Fertigkeiten abzuhelpfen wurde jedoch bestimmt, daß den Prüfungen künftig ein Rat der Oberrechnungskammer beizuwohnen hatte und die Oberförster nur noch solche Forstassistenten anstellen durften, die außer forstwirtschaftlichen Kenntnissen auch die erforderlichen Fähigkeiten für den Innendienst besaßen. Im übrigen wurde im Interesse ihrer sozialen Sicherung die Entlassung der Forstassistenten, die nach wie vor keine Beamten im rechtlichen Sinne waren, von der Zustimmung des Direktors der Kreisfinanzkammer abhängig gemacht.

Die für die einzelnen Dienstgrade geänderten Zuständigkeiten waren in den überarbeiteten Dienstinstruktionen geregelt, die aber keine technischen Anweisungen mehr enthielten. Der **Oberförster** hatte nach diesen Bestimmungen außer seinen bisherigen Funktionen diejenigen Aufgaben zu übernehmen, die dem Revierförster abgenommen wurden, also insbesondere die Erstellung der statistischen Übersichten und die gesamte Nutzungsplanung. Er wurde auf diese Weise wieder unmittelbar mit wirtschaftlichen Arbeiten beschäftigt, nachdem er 1818 auf den kontrollierenden und inspizierenden Bereich beschränkt worden war.

Der **Revierförster**²⁰⁹⁾ sollte zwar nach wie vor der eigentliche Wirtschaftsführer sein, doch konnte er nur aufgrund der vom Oberförster entworfenen und vom Forstrat genehmigten Betriebspläne tätig werden. Es war nach Aufhebung des Unterförsters, dessen Aufgabenbereich auf ihn überging, für das Ganze seines Reviers verantwortlich und zu »thätigem Eingreifen in das Detail der Administration und der Jagden in allen ihren Beziehungen« verpflichtet. Der vom Oberförster vorzunehmenden Taxation hatte er anzuwohnen; das Protokoll mußte in jedem Fall auch seine Ansicht enthalten und war deshalb von ihm ebenfalls zu unterschreiben. Für die Aufstellung der jährlichen Nutzungspläne hatte der Revierförster Vorschläge zu liefern, die der Vorlage an den Forstrat angeschlossen wurden. Auch war es seine Aufgabe, den Nutzungsplan nach den Weisungen des Forstamts zu vollziehen und die Fällungsnachweisungen für den Körperschafts- und (Klein-) Privatwald zu fertigen (im Staats- und Großprivatwald erfolgte dies durch den Oberförster). Ferner hatte er die Kulturpläne auszuarbeiten, doch war hier seine Kompetenz durch den ausdrücklichen Hinweis eingeschränkt, daß dies unter Aufsicht und Leitung des Forstamts geschehen solle. Am Forstschutz hatte er »neben seinem übrigen Geschäft« selbst Anteil zu nehmen und bezog hierfür wieder das Rugdrittel.

Der **Forstwart** und der **Waldschütz** hatten als Hauptaufgabe die Waldhut zu besorgen; da man sich davon überzeugt hatte, daß es ihnen selbst nicht möglich war, sich mit den einschlägigen Vorschriften zuverlässig bekannt zu machen, waren ihre Vorgesetzten wie vor 1818 zu entsprechenden Belehrungen verpflichtet. Beide Dienstgrade wurden gleichzeitig

²⁰⁹⁾ Die Verordnung vom 21. 1. 1821 und die Dienstinstruktionen verwendeten die Dienstbezeichnung »Förster«. Da jedoch alle Revierverwalter, die schon unter der 1818er Forstorganisation gedient hatten, den Titel »Revierförster« behielten, wurden die wenigen neuen entsprechend titulierte. Faktisch änderte sich deshalb der Sprachgebrauch nicht.

als Kontrollorgan des Revierförsters verwendet, indem alle Holzabgaben nur in ihrem Beisein erfolgen durften und die erforderlichen Register von ihnen zu unterzeichnen waren. Auch die Überwachung der Holzhauer und der Holzfuhrgelöhne gehörten zu ihren Aufgaben. Im Gegensatz zur 1818 getroffenen Regelung war dem Forstschutzpersonal ein bestimmter Bezirk zugewiesen, der jedoch zunächst keinen speziellen Namen hatte. Erst als sich die Ausdrücke »Belauf« und »Begang« einzubürgern begannen, führte das Finanzministerium 1828 die bis 1818 für die Dienstbezirke der Förster gebräuchliche Bezeichnung »Hut« ein.²¹⁰⁾ Die Forstwarte wurden den größeren Revieren zugeteilt und waren über den Forstschutz hinaus verpflichtet, den Revierförster auf sein Verlangen durch Mithilfe beim Holzauszeichnen, bei der Anstellung der Holzhauer und auch bei der Holzaufnahme zu unterstützen. Außerhalb ihres Bezirks konnte der Revierförster die Forstwarte jedoch nur befristet mit Genehmigung des Forstamts einsetzen. Ebenso wie die Waldschützen hatten auch die Forstwarte keinen Beamtenstatus. Wesentliche Unterschiede bestanden somit zwischen den beiden Dienstgraden nicht.

4.4 Forstpersonal

Für die Besetzung der neuen Dienstposten galt die Einsparung von Kosten als oberstes Prinzip. Aus diesem Grunde war man um die Wiederanstellung von Leuten bemüht, die 1818 wegen Unbrauchbarkeit pensioniert worden waren und die man jetzt – bei Anwendung eines großzügigeren Maßstabs – noch für einigermaßen brauchbar hielt. Etwa ein Drittel der Pensionäre wurde auf diese Weise reaktiviert. Auch die Versetzung der 1818 mit Ergänzungspensionen zurückgestuften Bediensteten auf höher dotierte Stellen wurde angestrebt, wo immer dies möglich schien. Der in diese Richtung ausgeübte Druck war so stark, daß sich das Finanzministerium zu der mahnenden Feststellung veranlaßt sah, es müsse »nicht allein auf Erleichterung der Kassen, sondern auch auf Brauchbarkeit und Kenntnis« der Forstbeamten Rücksicht genommen werden.²¹¹⁾ Auf der anderen Seite bemühte man sich darum, persönliche Härten nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Zahl der Versetzungen war daher deutlich geringer als 1818; sie beschränkten sich zudem häufig auf den Nachbarschaftsbereich.

Keine besonderen Probleme ergaben sich bei der Bestellung der Forstamtsleiter. Da sich die Zahl der Forstämter nur unwesentlich änderte, konnte im Regelfall auf die bisherigen Oberförster zurückgegriffen werden. Auch die 170 Revierförsterstellen bereiteten keine allzu großen Schwierigkeiten, weil sie ebenfalls weit überwiegend mit den früheren Revierverwaltern besetzt werden konnten.²¹²⁾ Vor nahezu unlösbaren Aufgaben sah man sich dagegen bei der Verwendung der unteren Dienstgrade gestellt. Die 157 Unterförster – meist ältere Leute – konnten nur zum geringsten Teil als Revierförster übernommen und mußten deshalb dem Forstschutzpersonal zugeschlagen werden. Obwohl man die ursprünglich vorgesehenen 49 Forstwartstellen auf 64 erhöht hatte, war es unmöglich, alle Unterförster auf diese Weise unterzubringen, so daß wohl oder übel weitere 64 zu Waldschützen degradiert werden mußten. Eine Verschlechterung des Besitzstands war mit dieser Maßnahme allerdings nicht verbunden, da wie 1818 die Differenz zur bisherigen Besoldung durchweg als Ergänzungspension dem neuen Gehalt zugeschlagen wurde. Hinsichtlich der hauptamtlich angestellten Waldschützen blieb bei dieser Sachlage ohnehin nichts anderes übrig, als sie weiterhin als solche zu verwenden, obgleich man doch zur Rückkehr zum nebenberuflichen bürgerlichen Waldschützen entschlossen war. Dementsprechend sah man die getroffene Regelung als Übergangslösung an und bestimmte, daß »in der Folge auch eingesessene, für den Dienst tüchtige Gemeindeglieder, wenn sie gleich für das Forstwe-

²¹⁰⁾ Erlaß vom 22. 1. 1828 (STA E 230 BÜ. 3461).

²¹¹⁾ Anbringen des Finanzministeriums vom 6. 9. 1821 (HSTA E 221, BÜ. 1849).

²¹²⁾ Die neuen Revierförster rekrutierten sich aus 133 früheren Revierförstern, 25 Unterförstern, 2 pensionierten Oberförstern, 1 pensionierter Revierförster, 1 Forstkandidaten, 1 pensionierten Gehägbereiter, 1 Forstratsassessor, 2 Revier-Amtsverwesern, 3 Forstassistenten (darunter ein Sohn Friedrich Schillers) und 1 Cabinets-Courir.

sen nicht besonders gebildet sind« zugelassen wurden. Ferner sollten »auch andere ausserhalb des Orts und Reviers geborene unverheiratete Leute, z. B. Soldaten« zur Waldhut verwendet werden können, wenn vorausgesetzt werden durfte, »daß sie den Dienst gehörig verstehen und mit dem Gehalte ausreichen«. ²¹³⁾ Von den insgesamt 492 Waldschützenstellen ließ man zunächst 92 unbesetzt, um sie von Nachbarn mitversehen zu lassen. Man glaubte sich dazu um so mehr berechtigt, als junge hauptamtliche Kräfte vorhanden waren und auf diese Weise wieder Ergänzungspensionen gespart werden konnten.

Die neuen Stellenbesetzungen traten am 1. 3. 1822 in Kraft. Eine Gegenüberstellung des Personalstands vor und nach diesem Zeitpunkt ergibt folgendes Bild:

vorher

24 Oberförster
24 Forstassistenten
151 Revierförster
157 Unterförster
292 Waldschützen

648 Köpfe

nachher

26 Oberförster
26 Forstassistenten
170 Revierförster
64 Forstwärter
458 Waldschützen (davon 360 Stellen besetzt)
744 (652) Köpfe

Die beabsichtigte Stellenvermehrung wurde durch eine Erhöhung des Forstschutzpersonals bewirkt, das langfristig jedoch zum größten Teil aus nebenberuflichen Waldschützen bestehen sollte. Bei der Neuregelung der Bezüge durfte selbstverständlich auf keinen Fall eine Erhöhung des Aufwands eintreten. Das Besoldungssystem wurde deshalb so austariert, daß die Gesamtsumme etwa gleich blieb, durch die zu erwartenden Pensionierungen und das Vorrücken von Beamten mit Ergänzungspensionen jedoch mit einer zunehmenden Ersparnis gerechnet werden konnte. Eine grundsätzliche Änderung erfolgte bei den Ober- und Revierförstern insofern, als für sie mehrere Gehaltsklassen festgesetzt wurden, die an bestimmte Forstämter bzw. Reviere gebunden waren. Man wollte damit die unterschiedlichen Schwierigkeiten berücksichtigen, die sich aufgrund der örtlichen Verhältnisse ergaben. Sämtliche Revierförster bis auf 6 mit besonders kleinen Revieren waren beritten; die Oberförster erhielten jeweils 2 Pferdsrationen. Für die bürgerlichen Waldschützen wurde wieder der früher übliche Minimalbetrag für eine mehr oder weniger nebenberufliche Tätigkeit eingeführt, der ebenfalls entsprechend der Größe der Schutzbezirke gestaffelt war.

²¹³⁾ Verordnung vom 21. 1. 1822 (Reg. Bl. 1822 S. 21).

4.5. Ausbildung

Im Jahre 1818 war zwar als Voraussetzung für eine Anstellung im Staatsforstdienst die Ablegung einer Prüfung eingeführt worden, doch blieb es den Kandidaten grundsätzlich freigestellt, auf welche Weise sie sich die hierfür notwendigen Kenntnisse aneigneten. Für den Erwerb der theoretischen Grundlagen boten die Universität Tübingen und die bei der Feldjägerschwadron bestehende niedere Forstschule Gelegenheit, dagegen blieb der Nachwuchs bei der Sammlung praktischer Erfahrungen in Forstbetrieb und Forstverwaltung weiterhin sich selbst überlassen. Aus diesem Grunde pflegten die angehenden Forstleute auf den Forstämtern und in den Revieren zu praktizieren, vielfach unentgeltlich als »Forstkandidaten« vor den Prüfungen, oft jedoch auch gegen Bezahlung eines Tagegelds nach dem bestandenen Examen bis zur festen Anstellung. Mit der früher üblichen zunftmäßigen Erlernung der »Jägerei« hatte diese Tätigkeit allerdings kaum mehr etwas zu tun, da jetzt die Einführung in den Forstbetrieb eindeutig im Vordergrund stand. Darüber hinaus bürgerte sich die Gewohnheit ein, bei den Kreisfinanzkammern oder beim Finanzministerium (selbstverständlich ebenfalls ohne jede Vergütung) als »Forstreferendäre« zu arbeiten, wenn man höher qualifizierte Dienstposten anstrebte und die dafür erforderliche Verwaltungserfahrung erwerben wollte.

Ein bestimmter Ausbildungsgang war nicht vorgeschrieben, wenn man von gewissen Ansätzen in den Aufnahmebestimmungen der **Feldjäger-Forstlehranstalt** absieht. In diesem Institut entwickelte sich trotz der unglücklichen Verbindung mit dem Militärdienst ein aussergewöhnlicher Fleiß, nachdem man den 16 »Aggregierten« die Anstellung als Revierförster in Aussicht gestellt und bei fehlendem Engagement die Zurücksetzung in die Klasse der Dienstverpflichteten angedroht hatte, während jenen bei entsprechenden Leistungen die Aufnahme in die Schar der Privilegierten versprochen worden war.

Nach **Widenmann** war es unglaublich, welchen Eifer diese »wohlangebrachten Verheißungen und Drohungen« bei beiden Klassen der Feldjäger hervorbrachten: »Die Vorlesungen begannen am 1. 12. 1818, und selten möchten sich Lehrer einer solchen Aufmerksamkeit ihrer Zuhörer zu erfreuen gehabt haben, wie die an dieser Forstschule. Nie wurde von einem Feldjäger eine Vorlesung versäumt, keine der zahlreichen Ausarbeitungen, die namentlich den Aggregierten aufgetragen wurden, blieb ungefertigt, im strengsten Winter waren Morgens um 5 Uhr die Zimmer, in welchem die Aggregierten wohnten, beleuchtet und diese an der Arbeit; die beiden Abtheilungen der Dienstthuenden zeigten denselben Eifer, auch wurden schon an Ostern 1819 neun der dienstthuenden Feldjäger für fähig erkannt, in die Klasse der Aggregierten vorzurücken und an ihrem Unterricht Theil zu nehmen.«²¹⁴

Die Fortschritte der Aggregierten waren so gut, daß der auf 7 Semester berechnete Unterricht schon nach 3 Semestern im Frühjahr 1820 beendet werden konnte. Allein das Ende des ersten Kurses war auch schon das Ende der Anstalt. In der Kammer der Abgeordneten waren Zweifel laut geworden, ob die Verbindung der forstlichen Ausbildung mit dem Militärdienst zweckmäßig sei, zumal im Kriegsfall der Unterricht eingestellt werden mußte. Vor allem aber nahm man Anstoß an den in der Tat nicht unbeträchtlichen Aufwendungen und sah aufgrund des erheblichen Andrangs zum Forstdienst keine Notwendigkeit mehr, den Nachwuchs auf Kosten des Staats auszubilden. Entscheidend für die weitere Entwicklung war aber die Tatsache, daß Finanzminister Malchus in der Zwischenzeit aus dem Dienst geschieden und Forstabs-Direktor Seutter bereits so schwer angeschlagen war, daß die Forstschule den Schutz ihrer beiden Stifter verloren hatte. Als die Kammer der Abgeordneten am 24. 5. 1820 die Aufhebung des Forstlehrinstituts und seine Vereinigung mit der 1818 gegründeten landwirtschaftlichen Lehranstalt in Hohenheim beantragte, ließ die Regierung erkennen, daß sie auf dieses Ansuchen eingehen werde. Dementsprechend wurde durch Dekret vom 19. 6. 1820 die Forstschule bei der als militärische Einheit weiterbestehenden Feldjägerschwadron aufgehoben und die Anordnung getroffen, daß eine zweckmäßige Verbindung mit dem Hohenheimer landwirtschaftlichen Institut herzustellen

²¹⁴⁾ Widenmann, W.: a.a.O. S. 33. Widenmann gehörte selbst zu den Absolventen der Feldjäger-Forstschule.

sei.²¹⁵⁾ Die Kombination des forstlichen mit dem landwirtschaftlichen Unterricht wurde nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen als vorteilhaft angesehen; man versprach sich von der Möglichkeit des Besuchs der jeweils anderen Fachrichtung auch eine größere Ausbildungsbreite. Als Forstlehrer fungierte Oberförster Jeitner, der bereits den Forstunterricht an der Feldjägerschwadron erteilt hatte. Die Hilfsfächer wurden den Lehrern der landwirtschaftlichen Anstalt übertragen, um Kosten zu sparen.

Die Aufhebung der Forstschule in Stuttgart – so begründet sie war – bedeutete für die Feldjäger eine einschneidende Maßnahme, da sie mit keiner Übergangsregelung verbunden war. An Stelle von 6 Stipendien wurden lediglich 4 – und keineswegs nur an die Besten – vergeben. Seutter, dessen Sohn sich unter den ersten 6 (aber nicht unter den Stipendiaten) befand, konnte unter diesen Umständen nichts für die volle Einhaltung der Zusagen tun. Er war auch nicht mehr in der Lage, die versprochene Anstellung im Staatsforstdienst zu verwirklichen. Statt dessen erhielten die Feldjäger mit Ausnahme der 4 Stipendiaten den trostlosen Bescheid, »daß sie entweder für die militärische Bestimmung bei dem Corps bleiben oder hingehen könnten, wo sie wollen«.²¹⁶⁾ Die Folgen dieser rücksichtslosen Entscheidung konnten nicht ausbleiben.

5. Beurteilung der Forstorganisationen von 1818 und 1822

Die Forstorganisationen von 1818 und 1822, die wegen ihres engen zeitlichen und sachlichen Zusammenhangs als einheitlicher Vorgang zu werten sind, müssen als entscheidendes Ereignis in der Geschichte der württembergischen Forstverwaltung angesehen werden. Sie markieren den Wendepunkt von der planlosen, unkontrollierten, durch Fremdbestimmung gekennzeichneten Nutzung des Waldes zur wissenschaftlich fundierten, rationalen Forstwirtschaft moderner Prägung.

Der **Forstorganisation von 1818** kommt dabei das unbestreitbare Verdienst zu, den Durchbruch in diesem Emanzipationsprozeß erzielt zu haben. Auch wenn man berücksichtigt, daß die Voraussetzungen hierfür erst durch die Demokratisierung des politischen Lebens und die in ihrem Gefolge vollzogenen Verwaltungsreformen König Wilhelms I. geschaffen wurden, bleibt bewunderungswürdig, mit welcher ungeheuren Energie und Tatkraft – ganz zu schweigen von seinem Mut – **Seutter** den gordischen Knoten verknöcherten und veralteter Verwaltungsformen und -gebräuche durchhieb. Auf fast allen Gebieten – Schaffung von Bildungseinrichtungen, Leistungsnachweis als Grundbedingung für die Anstellung im Forstdienst, Abgrenzung der Kompetenzen der verschiedenen Dienstgrade, präzise Anweisungen für das Forstpersonal, Einführung der Nachhaltswirtschaft, Inspektion und Kontrolle, Begründung der Forststatistik – wurden 1818 zukunftsweisende Lösungen entwickelt und in die Tat umgesetzt. Die entscheidenden Antriebskräfte gingen dabei von Seutter aus, der allerdings das Glück hatte, in **Malchus** einen Finanzminister zu haben, der ihn vorbehaltlos unterstützte und ihm die unerläßliche Rückendeckung gab. Seutter war es auch, der mit geradezu missionarischem Eifer der Forstverwaltung einen neuen Geist einflößte. Pflichtgefühl und Sauberkeit im beruflichen Handeln, fachliche Leistung und Verantwortung gegen Staat und Volk wurden durch ihn zu Leitbildern eines Dienstes der Forstbeamten am Walde. So fehlerhaft seine waldbaulichen Grundsätze auch waren – er vertrat die Überführung des Hochwaldes in Niederwald – so unbestechlich war bei allen Mängeln im einzelnen sein Blick für die Bedürfnisse einer leistungsfähigen Forstverwaltung. In welchem hohen Maße seine Reform von moralischen Kategorien bestimmt war, zeigt ein Ausspruch, in dem er sie als einen »Moment des Triumphes der Intelligenz und Moralität über Stupidität und Verderblichkeit« bezeichnete.²¹⁷⁾

²¹⁵⁾ HSTA E 221 Bü. 3208, Finanzminister Weckherlin begründete die Abweichung vom reinen Leistungsprinzip bei der Vergabe der Stipendien mit sozialen Gesichtspunkten (Berücksichtigung der Hilfsbedürftigkeit).

²¹⁶⁾ Widenmann, W.: a.a.O. S. 36.

²¹⁷⁾ Die Zitate dieses Abschnitts entstammen dem Schriftwechsel, der im Zusammenhang mit der Forstorganisation von 1822 geführt wurde (HSTA E 221 Bü. 1824 und 1849).

Eine Würdigung der Forstorganisation von 1818 kann andererseits nicht übersehen, daß Seutter sowohl bei der Konzeption als auch im Vollzug beträchtliche Fehler unterlaufen sind. Besonders verhängnisvoll wirkte sich aus, daß er aufgrund der Unzuverlässigkeit des Forstpersonals glaubte, ein ausgeklügeltes Kontrollsystem einführen zu müssen, das in der Schaffung des Unterförsters seinen sinnfälligen Ausdruck fand. In seinem Bemühen, »den Staat in allmählich verloren gegangene Rechte« wieder einzusetzen, verleitete ihn sein abgrundtiefes Mißtrauen dazu, über das Ziel hinauszuschießen. Dabei verstand er unter Kontrolle keineswegs »willkürliche Erschleichung der Handlungsweise eines Dritten«, sondern »einen geordneten, sich selbst kontrollierenden Geschäftsgang«. Gerade die Absicht, die Tätigkeit eines jeden Dienstgrads zum Zwecke der gegenseitigen Kontrolle mit der Tätigkeit eines anderen Dienstgrads zu verknüpfen führte aber zu jener Unübersichtlichkeit und Umständlichkeit des Geschäftsbetriebs, die ihn mit diesem Vorhaben scheitern ließ. Eine weitere Ursache für den Rückschlag, den die Forstorganisation von 1818 erfuhr, ist in der übereilten Durchführung der tiefgreifenden Veränderungen zu sehen, die das Forstpersonal völlig unvorbereitet trafen. Auch die technischen Unzulänglichkeiten insbesondere in der Lokaleinteilung, die sich sehr bald belastend auswirkten, sind auf diesen Umstand zurückzuführen. Manches deutet darauf hin, daß sich Seutter dieser Schwäche durchaus bewußt war, ihre Folgen jedoch in Kauf nahm, weil er sah, daß seine Reform nur unter Anwendung einer Überrumpelungstaktik durchzusetzen war. Offensichtlich überschätzte er dabei das Fassungsvermögen der Praxis, zumal er sich über persönliche Interessen schonungslos hinwegsetzte, wodurch er sich den Zorn vieler Kollegen zuzog. Auch diese Härte, die mit einem aufbrausenden, ja verletzenden Temperament gepaart war, entsprang einer hohen, wenn auch kalten Moral, zugleich aber einer tiefen Verachtung für die »unglaubliche Rohheit« großer Teile des Forstpersonals. »Wer einen Posten übernommen hat«, so lautete seine Philosophie, »muß auch dessen Anforderungen erfüllen; sonst beweist er, daß er sich einen Platz erschlichen hat, den er nicht auszufüllen vermag.« Aus dieser Einsicht zog er unbeirrt die Konsequenzen, ohne sich dabei stören zu lassen, daß die untragbaren Zustände im Forstdienst nur allzuoft das Ergebnis der gesellschaftlichen Verhältnisse waren.

Die **Forstorganisation von 1822** sah sich vor die Aufgabe gestellt, die 1818 begangenen Fehler zu korrigieren. Dieses Vorhaben gelang ohne Zweifel bei der Reorganisation der Bezirksverwaltung. Auch die Beseitigung des Unterförsters, der die Seutterische Forstorganisation zu einer »unzweckmäßig konstruierten Maschine« werden ließ, die »nur mit ausserordentlichem Kraftaufwand in Bewegung gesetzt und erhalten« werden konnte,²¹⁸⁾ muß als zweckmäßige Entscheidung anerkannt werden. Problematisch war dagegen die Regelung des Forstschatzes. Es mag dahingestellt bleiben, ob die ausschließliche Verwendung von Forstleuten richtig war oder nicht – eine Bewährungsprobe konnte nicht mehr stattfinden –, die Rückkehr zum ortansässigen Waldschützen sollte sich jedenfalls nicht als zukunftsfruchtige Lösung herausstellen.²¹⁹⁾ Der folgenschwerste Eingriff in das System der Forstorganisation von 1818 erfolgte jedoch durch die Veränderung im Verhältnis des Forstamtsleiters zum Revierverwalter. In klarer Erkenntnis dieses Zusammenhangs äußerte Seutter selbst die Überzeugung, daß diese Maßnahme »weit tiefer in den gegenwärtigen Organismus eingreife als die Aufhebung des Unterförsters«, gegen die er bereits »feierlich« protestieren zu müssen geglaubt hatte. Mit voller Absicht war der Revierförster von Seutter zum Mittelpunkt des Forstbetriebs gemacht worden, obwohl erhebliche Anlaufschwierigkeiten vorauszusehen waren. Er verfolgte dabei das Ziel, den Revierförster vom Waldhüter zum Wirtschaftler zu entwickeln und ihn »dem Verhältnis unbedeutender Maschinen« zu entreißen. Auf diese Weise wollte Seutter ihn aus seiner bisherigen totalen Ab-

²¹⁸⁾ Speidel, H.: a.a.O. S. 385.

²¹⁹⁾ Widenmann als zeitgenössischer Beobachter war der Auffassung, nicht die Anstellung von Forstleuten, sondern die Tatsache, daß man sie **fest** anstellte mit der Folge der Ansässigkeit und Verheiratung, sei falsch gewesen. (Forstl. Blätter Heft III, 1829 S. 72).

hängigkeit eines »Satrapen des Oberforstmeisters« lösen und damit die lähmende Gleichgültigkeit gegenüber den waldbaulichen Aufgaben beseitigen. Den Einwand der Undurchführbarkeit ließ er nicht gelten. Er war überzeugt, daß sich die anfänglichen Schwierigkeiten mit der Zeit beheben ließen, indem »die Stärkeren den Schwächeren helfen« würden. Er meinte damit die allein aus Gründen der »Schiklichkeit« nicht ausdrücklich in die Dienstinstruktionen aufgenommene Verpflichtung der Oberförster, die vielfach überforderten Revierförster bei den schriftlichen Arbeiten zu unterstützen. Schon in der Tatsache, daß im schlimmsten Falle die Revierförster den Taxationsarbeiten der Oberförster anwohnten und die Ergebnisse abschrieben, sah er eine positive Wirkung. Wie ausgeprägt seine pädagogischen Absichten waren, beweist seine in diesem Zusammenhang gemachte Bemerkung, daß »diejenigen immerfort Kinder bleiben, welchen nichts als Michspeise gereicht wird«. Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß sein kühner Versuch einer Konzentration von Planung und Vollzug in einer Hand – man kann mit Fug und Recht von einer Vorstufe des Oberförstersystems sprechen – auch gelungen wäre, hätte man ihn konsequent durchgehalten. So aber kam es zur Übertragung der Betriebsplanung an den Oberförster und damit zu der unter der Bezeichnung »Revierförstersystem« bekannt gewordenen Teilung der Verantwortlichkeit zwischen Forstamtsleiter und Revierverwalter. An diesem Rückschlag sollte die württembergische Forstverwaltung noch lange Zeit zu laborieren haben. Seutter war seiner Zeit zu weit vorausgeeilt mit der Folge, daß die Verwirklichung seiner Vorstellungen nun um so länger auf sich warten ließ. Ebenso verhängnisvoll war schließlich die 1822 vollzogene Teilung der Leitungsfunktionen zwischen Forstrat und Kreisfinanzkammern. Daß dieser Schritt durch den Aufbau der allgemeinen Verwaltung vorgezeichnet war, macht ihn kaum entschuldbar, da er gegen den Rat der Fachleute zustande kam. Es ist Seutter als schwerwiegender Fehler anzulasten, daß er die Folgen dieser Maßnahme nicht sah oder nicht sehen wollte. Ob er seine unverständlichen Ratschläge aus innerer Überzeugung erteilte oder ob er sich verpflichtet fühlte, eine politische Entscheidung loyal auszuführen, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Es kann aber wohl als Ironie des Schicksals gelten, daß er einige Jahre später das Opfer seines eigenen Irrtums wurde.

Die Forstorganisationen von 1818 und 1822 blieben die einzigen, systematisch alle Stufen vom Forstschutz bis zur Zentrale umfassenden Konzeptionen einer Gestaltung der württembergischen Forstverwaltung, die in die Tat umgesetzt wurden. Die für diese durchgreifenden Reformen erforderlichen ungeheuren Kraftreserven konnten nur mobilisiert werden, weil sie der Überwindung eines hoffnungslos überlebten Systems galten. Sicherlich wäre die totale Reorganisation des Forstdienstes, der in wenigen Jahren sozusagen den Sprung vom forstlichen Mittelalter in die forstliche Neuzeit machte, ohne den Hintergrund einer vollkommenen Neuordnung des Staatswesens nicht möglich gewesen. Erst der Zusammenbruch der alten Formen und der gewaltsame Umbau der gesamten Staatsverwaltung erlaubten es, die Forstverwaltung ohne Rücksicht auf bisher bestandene Verhältnisse neu zu formieren. Sie hatte nach diesem Umschmelzungsprozeß eine Gestalt gefunden, die in den Grundzügen den Anforderungen des 19. Jahrhunderts gerecht wurde und trotz mancher Mängel in der Folgezeit eine organische Weiterentwicklung zuließ.

D. Die Entwicklung von 1822 bis zur Reformbewegung 1848/49

VI. Forstpolitische Entwicklung

Die verfassungsrechtlichen und verwaltungspolitischen Reformen, die zu Beginn des 19. Jahrhunderts zu einer grundlegenden Neuordnung des württembergischen Staatswesens führten, hatten auf vielen Gebieten gesetzgeberische Aktivitäten ausgelöst, nicht jedoch im Bereich der Forstwirtschaft. Hier behielten die Forst- und Communordnung sowie ungezählte Reskripte aus vergangenen Jahrzehnten und Jahrhunderten ihre Geltung, obwohl das alte Recht mit dem Zeitgeist des Liberalismus nicht mehr vereinbar war und in wichtigen Punkten mit den neuen Verfassungsgrundsätzen in Widerspruch stand.

Es war daher ein Gebot der Stunde, die Forstgesetzgebung ebenfalls zu reformieren. Schon in der Verordnung vom 7. 6. 1818 über die Organisation der Forstverwaltung war der Vorbehalt gemacht worden, »die Forstordnung zu revidieren und den Verhältnissen, die gegenwärtig bestehen, gemäß zu fassen«. Als besonders dringlich wurde ein neues Forststrafgesetz angesehen. In der Tat war dieses Rechtsgebiet so unübersichtlich geworden, daß selbst die Experten den Überblick verloren hatten. Außerdem war es in den meisten Fällen geradezu unmöglich, die Forststrafen einzutreiben. Unbefriedigend war auch der Umstand, daß die Gemeinden bei der Ausübung ihrer Strafgewalt mildere Grundsätze anwendeten als die Forstämter. Seutter erhielt daher im Jahre 1823 den Auftrag, die Forstordnung umzuarbeiten und dabei auch die Forststrafrechtspflege neu zu regeln.²²⁰ Er führte diese Arbeit, die wie seine Forstorganisation die Charakterzüge der Genialität und einer gewissen Flüchtigkeit in sich vereinigte, mit der gewohnten Eile aus. Sein 1824 vorgelegter Entwurf eines umfassenden Forstgesetzes trug äußerst liberale Züge. Mit Ausnahme der Ausstockungsgenehmigung sah er die totale Freigabe der Privatwaldwirtschaft vor, während der Gemeindewald auf die Beachtung der Nachhaltigkeit festgelegt werden sollte, da ihn Seutter als ergänzenden Teil des Gemeindevermögens betrachtete. Er wollte dementsprechend die Leitung der Gemeindewaldwirtschaft den Oberämtern übertragen, die hierfür sogenannte Amtsförster anzustellen hätten.

Seutter begründete diese Vorschläge mit der Feststellung, die Behauptung des Forstregals sei ein »fortwährender fruchtloser Kampf« gewesen. Nach seiner Auffassung sollte die Beschränkung der Forstverwaltung auf den Staatswald bewirken, »daß der Staat einer Last enthoben« werde, welche er bisher mit nur zu oft ausgesprochenem Widerwillen der Waldbesitzer getragen hat«.

In bezug auf die Forststrafrechtspflege ging sein Entwurf unter Hinweis auf Vorgänge in Bayern und Kurhessen von der Überweisung dieser Aufgabe an die allgemeine Verwaltung aus, wodurch er des schwierigen Geschäfts einer Neuregelung enthoben war.

Justiz- und Innenministerium fanden allerdings wegen der zahlreichen juristischen Unzulänglichkeiten keinen Gefallen an dem Seutterschen Entwurf, so daß er im Jahre 1827 aufgegeben wurde. Im gleichen Jahr war es dann die Kammer der Abgeordneten, die einen neuen Anstoß gab, indem sie die Regierung aufforderte, »die Revision der Forstgesetzgebung in der Richtung anzuordnen, daß die Bewirtschaftung der Privat- und Körperschafts-Waldungen möglichst freigegeben« werde.²²¹ Ein von dem Abgeordneten und späteren Innenminister Schlayer gestellter Antrag, die Forstaufsicht (»Forstpolizei«) nach Aufhebung der staatlichen Bevormundung des Körperschafts- und Privatwalds der Innenverwaltung zu übertragen, blieb ohne Erfolg. Da die zur Stellungnahme aufgeforderten Forstämter sich trotz der Kollisionen mit dem geltenden Verfassungsrecht fast einhellig gegen eine Lockerung des verhaßten »Forstzwangs« aussprachen, weil sie eine Ruinierung der Waldungen befürchteten, ging die Regierung ohnehin nur widerwillig ans Werk.

²²⁰) Die Anregung für diesen Auftrag stammte von Nördlinger (HSTA E 221 Bü. 1833).

²²¹) Sitzung vom 21. 4. 1827, Prot. S. 1941.

Zunächst arbeitete das Finanzministerium 1830 den Entwurf eines Forstpolizeigesetzes aus, der den Forderungen der Abgeordnetenversammlung Rechnung tragen sollte und eine beschränkte Freigabe des Privatwalds vorsah, während die Gemeinden als »moralische Personen« an zahlreiche Auflagen gebunden sein sollten, wobei insbesondere an die Aufstellung von Wirtschaftsplänen und die wahlweise Anstellung von geprüftem Forstpersonal bzw. die Bewirtschaftung durch die staatlichen Forstämter gedacht war.²²²⁾ Die beteiligten Ressorts hielten jedoch ein umfassendes Forstgesetz für erforderlich. Auch gab es Schwierigkeiten bei der Frage, wer künftig die Funktion der Forstpolizeibehörde übernehmen sollte. Während das Innenministerium die Zuweisung an die Oberämter vertrat, wollte das Finanzministerium an die Kompetenz der Forstämter festhalten, da nur diese über die notwendigen Kontrollorgane verfügten. Aus diesem Grunde bildete man im Jahre 1832 eine Kommission unter Nördlingers Vorsitz, die sich in 30 Sitzungen mit längeren, durch die allgemeine Strafrechtsreform bedingten Unterbrechungen bis zum Jahre 1841 mit der Ausarbeitung eines gemäßigt liberalen Entwurfs befaßte. Während das Forstpolizeirecht 1835 abgeschlossen werden konnte, blieb die Arbeit am Forststrafrecht stecken, weil eine Einigung über das Strafverfahren nicht möglich war, wobei die Frage einer Abtrennung der Forstgerichtsbarkeit von der Forstverwaltung eine besondere Rolle spielte. Trotz aller früheren Beteuerungen der Regierung wurde deshalb den Landständen kein Forstgesetzentwurf vorgelegt, zumal man inzwischen die in anderen deutschen Staaten realisierte Liberalisierung des Forstrechts für bedenklich hielt. Vielmehr erklärte Finanzminister **Herdegen** am 25. 5. 1842 in der Kammer der Abgeordneten, die in diesen Ländern gesammelten Erfahrungen seien nicht ermutigend, so daß die Regierung »wegen der Freigebung der Bewirtschaftung des Nichtstaatswalds keine Veranlassung haben werde, in nächster Zeit ein Gesetz einzubringen«.²²³⁾ Um die immer fühlbarer werdenden Mißstände im Forststrafwesen zu mildern und vor allem die von Forstamt zu Forstamt abweichende Rechtsprechung zu vereinheitlichen, beschloß das Finanzministerium, eine amtliche Zusammenstellung der geltenden Rechtsvorschriften zu veröffentlichen. Doch selbst diese dürftige Ersatzlösung war nicht durchzusetzen, weil es der Geheime Rat politisch nicht für opportun hielt, das Durcheinander der Forststrafjustiz zu publizieren und damit die reformerische Unfähigkeit der Regierung zu dokumentieren. Auf Anordnung des Königs mußte deshalb auch dieser Versuch aufgegeben werden.²²⁴⁾

Das Scheitern aller Versuche einer Reform des Forstrechts konnte allerdings nicht verhindern, daß sich die liberalen Ideen in der Verwaltungspraxis mehr und mehr durchsetzten. Zu stark war der Drang nach freierer wirtschaftlicher Betätigung und Vermögensnutzung, als daß veraltete Rechtsnormen ihn unterdrücken konnten. Aus diesem Grunde wurden ungeachtet der fehlenden Rechtsgrundlagen die bestehenden Beschränkungen immer weiter gelockert, wobei sich für die einzelnen Waldbesitzarten eine differenzierte Handhabung entwickelte.

Die **Standesherrn** (d. h. der mediatisierte hohe Adel) wurden aufgrund königlicher Deklarationen über die staatsrechtlichen Verhältnisse der einzelnen Häuser von allen forstpolizeilichen Beschränkungen – ausgenommen Ausstockungsgenehmigungen und gelegentliche Visitationen – freigestellt.²²⁵⁾ Die Einflußnahme auf die Bewirtschaftung der Waldungen des **ritterschaftlichen Adels** sollte sich im wesentlichen auf die Beachtung des Nachhaltsprinzips und dementsprechend auf die Vorlage von Betriebsplänen und forststatistischen Nachweisungen erstrecken.²²⁶⁾ In Wirklichkeit wurde jedoch auch dieser Teil des Großprivatwalds nicht anders behandelt als der standesherrschaftliche Waldbesitz. Beide

²²²⁾ HSTA E 146 Bü. 891.

²²³⁾ Prot. S. 63. Da die Gesetzesinitiative ausschließlich bei der Regierung lag, konnte das Parlament keinen eigenen Entwurf einbringen.

²²⁴⁾ Note vom 14. 2. 1844 (HSTA E 33 Bü. 799).

²²⁵⁾ Begonnen wurde mit der kgl. Deklaration vom 8. 8. 1819 und der Vollzugsverfügung vom 12. 6. 1823 für das Haus Thurn und Taxis (Reg. Bl. 1823 S. 653).

²²⁶⁾ Kgl. Deklaration vom 8. 12. 1821 (Reg. Bl. 1821 S. 895).

Kategorien erhielten das Recht, eigene Forstverwaltungsbezirke zu bilden, die amtlich bestätigt wurden und den staatlichen Forstämtern gleichgestellt waren. Dasselbe galt für die Anstellung des standesherrlichen Forstpersonals hinsichtlich seiner Funktion, Qualifikation und Besoldung. Der einzige Unterschied zu den staatlichen Forstbeamten bestand darin, daß wegen des geringeren Flächenumfangs der Dienstbezirke die fürstlichen Förster in der Regel auch den Forstschutz ausübten.

Die standesherrlichen Forstverwaltungen besaßen hoheitliche Kompetenzen und bewirtschafteten bzw. beaufsichtigten daher die in ihren Bereich liegenden Körperschafts- und Privatwälder; die staatlichen Forstämter konnten dort nur im Staatswald tätig werden. Die Befugnisse der ritterschaftlichen Forstdienststellen blieben dagegen auf ihren eigenen Wald beschränkt.²²⁷⁾ Die **Forstgerichtsbarkeit** wurde den Standesherrn und unter bestimmten Voraussetzungen auch dem ritterschaftlichen Adel ebenfalls überlassen, wobei letzterer sie bis auf wenige Ausnahmen wieder an die staatlichen Forstämter zurückgab. Die standesherrlichen und ritterschaftlichen Forstgerichtsbeamten waren dem Forstrat bzw. den Kreisfinanzkammern unterstellt; forstpolizeilich dagegen stand nur das standesherrliche Forstpersonal mit Beamtenstatus unmittelbar unter der Aufsicht der höheren Forstbehörden, während die übrigen standesherrlichen sowie die ritterschaftlichen Bediensteten den Forstämtern untergeordnet waren.

Die **bürgerlichen Privatwaldbesitzer** blieben zwar zunächst an die alten gesetzlichen Vorschriften gebunden, die den Bezug von Holz und Nebennutzungen nur aufgrund der Genehmigung und Anweisung durch die Forstbehörden erlaubten, doch gingen auch bei ihnen die staatlichen Eingriffe in der praktischen Anwendung immer mehr zurück. Im Jahre 1836 wurde angeordnet, keine Devastationen eintreten zu lassen und darauf zu achten, daß zur rechten Zeit Schonungen angelegt und Kulturen vorgenommen werden, im übrigen jedoch die Privaten in ihrer Wirtschaft und im Bezug ihrer Nutzungen so wenig wie möglich zu beschränken. Auch die Auszeichnungspflicht wurde allmählich gelockert. Als 1844 gestattet wurde, die Erlaubnis zur Holzfällung unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne Holzanweisung zu erteilen oder sogar auf eine Genehmigung ganz zu verzichten, war der Holzeinschlag für den privaten Eigenbedarf praktisch freigegeben.²²⁸⁾

Für den **Körperschaftswald** wurden längere Zeit keine wesentlichen formellen Änderungen vorgenommen. Hier blieben die Bestimmungen der Dienstinstruktionen von 1822 in Kraft, die man als moderne Interpretationen der Forstgesetze betrachtete. Summarische Betriebsplanung – vielfach lediglich aufgrund von Angaben der Gemeindevorsteher oder des kommunalen Schutzpersonals –, Schlagstellungen, Holzauszeichnen, Fällungsnachweisung entsprechend den Unterlagen der Gemeinden, Anweisung der Nebennutzungen und allgemeine Überwachung der Kulturen waren deshalb weiterhin von den Forstbehörden als forstpolizeiliche Obliegenheiten wahrzunehmen. Allerdings erging schon 1823 die Anordnung, »in die Grundsätze und Regeln, wonach Communen und Private hinsichtlich der Bewirtschaftung und Benützung ihrer Waldungen behandelt werden, nicht zu viel Ängstlichkeit zu legen«, damit die Eigentümer »nicht zu sehr beengt« würden.²²⁹⁾ Im Jahre 1845 wurde dann klargestellt, daß die Beratung und Anleitung des Gemeindepersonals, die Anfertigung allgemeiner Nutzungs- und Kulturpläne (Wirtschaftspläne), die Aufsicht über die Holzhauerei, die Holzaufnahme und der Holzverkauf, die spezielle Leitung der Kulturarbeiten sowie die Beaufsichtigung der Nebennutzungen nicht zu den Dienstpflichten der Revierförster gehörten.²³⁰⁾ Sie durften jedoch diese Arbeiten nebenamtlich gegen den Bezug von Diäten, ausnahmsweise mit Genehmigung des Finanzministeriums auch auf Honorarbasis, verrichten. In entsprechender Weise konnte dem staatlichen Forstschutzpersonal die Übernahme der Waldhut erlaubt werden. Die Anfertigung von Wirtschaftsplänen, die bereits 1841 ausdrücklich zur Angelegenheit des Waldbesitzers erklärt worden war, konnte von den Ober- und Revierförstern nur in Sonderfällen übernommen werden, sofern

²²⁷⁾ Verfügung des Finanzministeriums vom 3. 2. 1829 (Reg. Bl. 1829 S. 59); im übrigen Mohl, R.: Das Staatsrecht . . . Bd. 1 S. 511.

²²⁸⁾ Verfügung v. 28. 12. 1844 (Reyscher, A. L.: a.a.O. Bd. 16/2 S. 1029).

²²⁹⁾ Erlaß vom 18. 1. 1823 (Reyscher, A. L.: a.a.O. Bd. 16/2 S. 470).

²³⁰⁾ Verfügung vom 11. 2. 1845 (abgedruckt in: Entwurf einer Forstorganisation . . . S. 167).

ein besonderes Vertrauensverhältnis zur Gemeinde bestand und die zeitliche Beanspruchung nicht zu groß war. Alle Wirtschaftspläne, die nicht von einem Oberförster erstellt wurden, mußten vom Forstamt geprüft werden, wofür die Gemeinde die erforderlichen Tagegelder zu bezahlen hatte.

Im Zuge dieser Entwicklung wurde der Gemeindewaldwirtschaft immer weniger Beachtung geschenkt, zumal in den ausgedehnten Körperschaftswaldrevieren die notwendige Zeit fehlte und die vorgesetzten Behörden die vorrangige Erledigung der im Staatswald anfallenden Arbeiten erwarteten. Es ist daher nicht zu verwundern, daß von den Ober- und Revierförstern der Kommunalwald als »lästige Zubuße« angesehen wurde.²³¹⁾ Schon auf dem Landtag von 1833 war die Feststellung zu hören, daß die Forstbeamten nur noch selten in den Gemeindewald kämen und **Gewinner** ging 1848 an Hand von Informationen aus der Praxis sogar davon aus, daß die Oberförster (bei einer durchschnittlichen Gemeindewaldfläche der Forstämter von 7000 ha) jährlich nur 6–7 Tage auf den Besuch der körperschaftlichen Waldungen verwendeten.²³²⁾ Den Gemeinden blieb deshalb nichts anderes übrig, als die ihnen überlassenen waldwirtschaftlichen Aufgaben mehr schlecht als recht durch fachlich nicht vorgebildete Waldmeister, Waldaufseher oder Waldschützen verrichten zu lassen. Mit der Zeit gingen jedoch die größeren und forstschriftlicheren unter ihnen immer mehr dazu über, geprüfte Förster anzustellen, wozu sie sowohl von der Forstverwaltung als auch von den Aufsichtsbehörden der Innenverwaltung aufgefordert und ermuntert wurden.²³³⁾ Dabei wirkte sich allerdings hinderlich aus, daß die Gemeindeförster auch bei gleichwertiger Ausbildung nicht zum selbständigen Holzanweisen befugt waren und daher mit dem Holzeinschlag warten mußten, bis die staatlichen Revierförster nach Abschluß ihrer Arbeiten im Staatswald sich die Zeit für den Gemeindewald nahmen.

Obwohl aufgrund der von der Regierung getroffenen Maßnahmen im Jahre 1848 für die meisten Körperschaftswaldungen technisch geprüfte Nutzungs- und Kulturpläne vorhanden waren und über die Hälfte der Gemeinden entweder eigenes Fachpersonal angestellt oder die Betriebsleitung und -ausführung staatlichen Forstbeamten übertragen hatte, war die Situation höchst unbefriedigend. Da die Gemeindeförster schlechter bezahlt waren als ihre staatlichen Kollegen, entschlossen sich fast durchweg nur die minder Leistungsfähigen zum Gemeindeforstdienst. Die Wirtschaftspläne wurden entweder im Nebenerwerb mit der linken Hand oder von jungen, unerfahrenen Leuten gefertigt, die keine feste Anstellung bei der Forstverwaltung gefunden hatten. Nicht viel besser sah es auf dem Gebiet des Forstschutzes aus, wo die Abhängigkeit des Gemeindepersonals von Bürgerschaft und Gemeinderat dazu führte, daß viele Eigentumsdelikte nicht verfolgt werden konnten. Zwar hatte sich die Situation des Gemeindewalds bis zur Jahrhundertwende durchaus verbessert, doch war der Zustand des Staatswalds bei weitem nicht erreicht.

Zusammenfassend kann die forstpolitische Entwicklung Württembergs im 2. Viertel des 19. Jahrhunderts mit der Feststellung gekennzeichnet werden, daß sich der Liberalismus zwar nicht in der Forstgesetzgebung, dafür aber weitgehend in der Verwaltungspraxis durchsetzen konnte. Dieser Prozeß wurde wesentlich begünstigt durch die Tatsache, daß die Furcht vor der Holznot gebannt war. Der Aufbau der zerstörten Wälder und die beginnende Industrialisierung hatten das Schreckgespenst eines allgemeinen Holzmangels gegenstandslos werden lassen. Man war im Finanzministerium sogar zeitweise der Überzeugung, daß Württemberg zu viel Wald habe und begann deshalb damit, großzügige Rodungsgenehmigungen zur Vermehrung der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu erteilen, ohne jedoch den Genehmigungsvorbehalt selbst als überflüssig zu betrachten. Auf die Forstorganisation wirkte sich die Liberalisierung der Forstwirtschaft insofern aus, als die schrittweise Räumung forstpolizeilicher Positionen im Körperschafts- und Privatwald zu einer fortschreitenden Verlagerung der Tätigkeit auf den Staatswald führte, wobei aller-

²³¹⁾ AFJZ 1857 (Jg. 33) S. 144.

²³²⁾ Entwurf einer Forstorganisation ... S. 50.

²³³⁾ Erlaß des Innenministeriums vom 12. 1. 1844 (Entwurf ... S. 169).

dings die fachliche Einheitsverwaltung für alle Waldbesitzarten nie ernsthaft in Frage gestellt wurde. Die Herausbildung der **Staatsforstverwaltung** als Begriff und Realität sind das Produkt jener Jahre des Rückzugs auf den fiskalischen Waldbesitz.²³⁴⁾ Er war bereits 1818 eingeleitet worden, als der Forstschutz zur ausschließlichen Aufgabe der Waldbesitzer erklärt worden war. Die Forstdienstinstruktionen waren ein weiterer Meilenstein auf dem Wege einer Auflösung der absoluten Forsthoheit, der schließlich damit endete, daß die geltenden Forstgesetze als »unanwendbare Antiquitäten« erschienen.²³⁵⁾ Verunsicherung der Forstbeamten, unterschiedliche und teilweise sogar willkürliche Anwendung der Rechtsvorschriften und nicht zuletzt eine bedauerliche Vernachlässigung des Gemeindewalds waren die Folgen, die nur durch eine zeitgemäße Forstgesetzgebung zu verhindern gewesen wäre.

VII. Die Forstverwaltung ohne Zentralstelle (1822/27–1849)

1. Die Aufhebung des Forstrats

Die Folgen der halbherzigen Lösung, die 1822 bei der Organisation der forstlichen Leitungsinstanzen geroffen worden waren, ließen nicht lange auf sich warten. Vermutlich waren sich die Verantwortlichen durchaus darüber im klaren, daß der Dualismus von Forstrat und Kreisfinanzkammern nicht von Dauer sein konnte. Finanzminister Weckherlin hatte schon 1821 bei der Vorlage des Teilungsplans bemerkt, »daß sich Kollisionen solange nicht ganz vermeiden ließen, bis alle Geschäfte entweder der Zentralstelle oder ausschließlich den Provinzialstellen zuständen.«²³⁶⁾ Zunächst trat ein, was vorauszusehen gewesen war: der Forstrat – ein Schattendasein führend – war nicht mehr hinreichend beschäftigt. Ohne die Möglichkeit der Inspektion, isoliert von der Praxis und in wichtigen Teilbereichen nur mangelhaft oder gar nicht informiert, war er nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen. Seutter scheint dies erkannt zu haben, denn er übernahm am 1. 7. 1824 die Leitung der Kreisfinanzkammer des Neckarkreises und beendete damit seine forstliche Laufbahn. Ein Nachfolger wurde nicht mehr bestellt, weil die Aufhebung schon ins Auge gefaßt war. Den Vorsitz erhielt nunmehr als ältestes Kollegialmitglied Oberforstrat Jäger, der mit Beginn des folgenden Jahres außerdem eine Tätigkeit als außerordentlicher Forstreferent im Finanzministerium aufnahm.

Diese Vorgänge leiteten das Ende des Forstrats ein. Seutter unternahm schon kurz nach seinem Dienstantritt als Finanzkammerdirektor in Ludwigsburg einen Versuch zur Bereinigung der verfahrenen Situation. Er äußerte jetzt im Gegensatz zu seiner früheren Auffassung die Ansicht, daß technische und administrative Kompetenzen im Interesse einer rationalen Waldbewirtschaftung nicht getrennt werden dürften und beantragte den Übergang sämtlicher Zuständigkeiten für die Staatswaldungen an seine Kreisfinanzkammer, so daß dem Forstrat nur noch die Ausübung der Forstaufsicht (Forstpolizei) über den Körperschafts- und Privatwald verbleiben sollte.

Seutters Verstoß hatte keinen Erfolg, da die Regierung offensichtlich entschlossen war, durch eine vollständige Beseitigung des Forstrats reinen Tisch zu machen. Sie ergriff schließlich im Jahre 1826 die Initiative und kündigte bei der Vorlage des Hauptfinanzetats (Staatshaushaltplans) 1826/29 an, daß sie den Forstrat aufheben und seine Funktionen mit Ausnahme der Dienstprüfungen den Kreisfinanzkammern übertragen werde. Diese Verlautbarung führte in der Kammer der Abgeordneten zu lebhaften Diskussionen, die zeigten, daß die Beseitigung des Forstrats keineswegs unumstritten war. Der Böblinger Abgeordnete Schlayer beantragte sogar, den Forstrat so wieder herzustellen, wie er vor 1822 be-

²³⁴⁾ Der Ausdruck »Staatsforstverwaltung« taucht zum ersten Male im Jahre 1819/20 auf (HSTA E 221 Bü. 37), doch wurde er erst nach 1848 allgemein üblich.

²³⁵⁾ HSTA E 33 Bü. 800.

²³⁶⁾ HSTA E 221 Bü. 1850.

standen hatte und auf diese Weise die Teilung der Leitungsfunktionen wieder rückgängig zu machen. Diese Bestrebungen gingen von der Besorgnis aus, daß der Verlust einer forstlichen Zentralstelle zu fachlicher Einseitigkeit und unangemessenen fachfremden Einflüssen führen werde, da in den Kollegien der Kreisfinanzkammern jeweils nur ein Forsttechniker vorhanden war. Auch in personalpolitischer Hinsicht wurde dies als schwerwiegender Nachteil angesehen, zumal man bei Bewerbungen aus dem Bereich anderer Kreisfinanzkammern von deren Beurteilung abhängig war. Außerdem befürchteten die Kritiker, daß die Regierungsabsichten den Verlust der Übersicht und eine starke Betonung der fiskalischen Gesichtspunkte bei der Bewirtschaftung des Staatswaldes zur Folge haben könnten.

Diesen Argumenten wurde entgegengehalten, daß die Grundsätze der Waldwirtschaft vom Finanzministerium geregelt würden und damit die Einheitlichkeit im Lande gewährleistet sei; man könne auch nicht die Verwaltung der Forsten zentralisieren, die des übrigen Staatsvermögens aber provinzialisieren. Vor allem jedoch glaubte man, die Forstverwaltung mehr als bisher in den Verwaltungsapparat integrieren zu müssen, weil eine Behörde, »die nur in der Begründung eines schönen Waldbestandes ihre Aufgabe erkennen zu dürfen meint«, die volkswirtschaftlichen Bedürfnisse nicht angemessen berücksichtigen werde.²³⁷⁾ Angesichts der vielen Querverbindungen zu den übrigen Teilen der Finanzverwaltung – Holzversorgung von Industrie und Bevölkerung, Gerechtigkeiten, Kassen- und Rechnungswesen, Unterstützung der Landwirtschaft durch Weide und Streu – sei eine technische Sonderbehörde nicht zweckmäßig. »Bei einer Vereinigung der Forstverwaltung mit der übrigen Finanzverwaltung« – so die Finanzkommission – »verändert sich die ganze Stellung des Forstwesens, indem es nun unter einen höheren, das Ganze umfassenden Gesichtspunkt gebracht und so auf eine Stufe beschränkt wird, die ihm im Zusammenhang des Ganzen gebührt.« Finanzminister Weckherlin scheute nicht einmal vor der Feststellung zurück, man sei bis zum Jahre 1806 ohne forstliche Zentralstelle ausgekommen, ohne daß nachteilige Auswirkungen bekannt geworden wären. Er ging sogar so weit, die von der Mehrzahl der Forstamtsleiter gewünschte Beibehaltung des Forstrats mit ihrem angeblichen fachlichen und persönlichen Egoismus zu begründen, indem er diese Forderung dem Bedürfnis nach einer möglichst geringen Kontrolle durch ein entferntes Kollegium zuschrieb und behauptete, die Forstleute suchten nur »ihr Fach herauszuheben; ihnen sey es eins, ob die Unterthanen und Landwirthe dabey zu Grund giengen«. Auch der Hinweis auf den Bergrat – die technische Zentralstelle im Bergwesen – vermochte die Verfechter des Provinzialsystems nicht zu überzeugen, da dessen Existenz mit seinem geringen Geschäftsanfall gerechtfertigt wurde, der eine Verteilung auf die Kreisfinanzkammern nicht zuließ – eine Begründung, die 15 Jahre später den Abgeordneten von Sturmfeder zu der ironischen Bemerkung veranlaßte, Württemberg habe »wenig Bergwerke, deßhalb einen Bergrath, aber viele Waldungen, und darum keinen Forstrath«.²³⁸⁾ Letztlich spitzte sich die ganze Auseinandersetzung auf die Frage zu, ob das Wesen der Forstwirtschaft eine eigenständige Leitungsinstanz erfordere oder ob nicht auch ein kameralistisch zusammengesetztes Kollegium hierfür ausreiche. Während einerseits die Auffassung vertreten wurde, die Forstwirtschaft sei »eine abgesonderte, für sich zu erlernende Wissenschaft« und keine, »die man in Nebenstunden so mitnehme«, war andererseits der Finanzminister mit zahlreichen Parlamentariern der Meinung, sie sei keineswegs so abgeschlossen, »daß nicht der Zugang Jedem offen wäre oder daß ganz besondere Eigenschaften dazu erforderlich seien«. In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde schließlich der Antrag der Finanzkommission, den Plänen der Regierung zuzustimmen, mit 55 gegen 28 Stimmen angenommen. Die Kammer der Standesherrn schloß sich dieser Entscheidung grundsätzlich an. Das Schicksal des Forstrats war damit besiegelt.

²³⁷⁾ Bericht der Finanzkommission 1826 (Prot. S. 61). Die folgenden Zitate entstammen diesem Bericht und den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten am 25. 5. 1827 (Prot. S. 1201)

²³⁸⁾ Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 25. 5. 1842 (Prot. S. 26).

Zur Durchführung des Aufhebungsbeschlusses wurde eine Kommission eingesetzt, die aus Oberfinanzrat Nördlinger (Finanzministerium), Oberforstrat Jäger (Forstrat) und Kreisforstrat von Gemmingen (Kreisfinanzkammer Ellwangen und zugleich Mitglied der Kammer der Standesherrn) bestand.²³⁹⁾ Sie erhielt den Auftrag, Vorschläge für die künftige Gestaltung des Geschäftsablaufs zu machen. Da die Kompetenzverteilung zwischen Finanzministerium und Kreisfinanzkammern eindeutig vorgegeben war, blieb als Hauptaufgabe die Frage zu lösen, mit welchen Mitteln einseitige fachliche Entscheidungen in den wesentlichen Bereichen verhindert werden könnten. Eine entsprechende Aufforderung hatte auch die Kammer der Standesherrn an die Regierung gerichtet. Nach den Beratungen der Kommission, den Vorschlägen des Finanzausschusses der Abgeordnetenversammlung und der Behandlung im Geheimen Rat traf König Wilhelm folgende Regelung:²⁴⁰⁾

1. Alle nach der Verordnung vom 28. 2. 1822 dem Forstrat vorbehaltenen Aufgaben gehen an die Kreisfinanzkammern über. Ausgenommen ist hiervon lediglich die Prüfung der Forstkandidaten, die vom Finanzministerium durch 2 Forsttechniker und einen Sachverständigen des Rechnungswesens vorgenommen wird.
2. Als Ersatz für die bisherige technisch-kollegiale Beratung der allgemeinen und periodischen Nutzungs- und Kulturpläne im Forstrat sollen an den jetzt von den Kreisfinanzkammern durchzuführenden Prüfungen außer dem vortragenden Kreisforstrat 2 Oberförster – nämlich der zuständige Forstamtsleiter und ein nach freiem Ermessen auszuwählender Kollege – beteiligt und ihre Äußerungen dem Genehmigungsantrag angeschlossen werden, über den das Finanzministerium zu entscheiden hat. Die Prüfung und Genehmigung der jährlichen Betriebspläne fällt in die Zuständigkeit der Kreisfinanzkammern.

Die von der Kommission vorgeschlagene Prüfung der allgemeinen und periodischen Betriebspläne durch sämtliche 4 Kreisforsträte und den Forstreferenten des Finanzministeriums mit anschließender Genehmigung durch die Kreisfinanzkammer war nicht akzeptiert worden. Auch die Vorstellungen des Finanzministers, der diese Entscheidung dem Finanzministerium nach Vorberatung durch die 4 Kreisforsträte vorbehalten wollte, wurden nicht voll verwirklicht. König Wilhelm folgte dem Geheimen Rat, der es für notwendig hielt, Ortskunde und Erfahrung stärker zu berücksichtigen. Aus diesem Grunde wurde einerseits statt der Beratung durch die Kreisforsträte die Beteiligung zweier Oberförster eingeführt, andererseits jedoch als Genehmigungsinstantz das Finanzministerium vorgesehen, das auf diese Weise »den Forstbetrieb im Ganzen in Übereinstimmung halten« sollte.²⁴¹⁾

Der Forstrat stellte seine Tätigkeit am 31. 10. 1827 ein. Oberforstrat Jäger, der seit Seutters Abgang die Behörde geleitet hatte, wurde nun hauptamtlich dem Finanzministerium als außerordentlicher Forstreferent (d. h. ohne Sitz und Stimme im Oberfinanzkollegium) zugeteilt, die beiden anderen Forsträte in den Außendienst bzw. in den Ruhestand versetzt. Da bei den Kreisfinanzkammern eine nicht unbedeutende Geschäftsvermehrung eintrat, ging eine Reihe von Aufgaben – insbesondere Besoldung, Rechnungswesen, Vermessung, Wege und Bauten sowie das Forststrafwesen – auf andere (nichtforstliche) Mitglieder des Kollegiums über. Den Gedanken, die Kreisforsträte durch die Anstellung besoldeter Forstreferendäre zu entlasten, verwarf man aus grundsätzlichen Erwägungen sowie aus Ersparnisgründen. Statt dessen wurde angeordnet, daß im Bedarfsfalle andere Räte der Kreisfinanzkammer ihren forstlichen Kollgen unterstützen sollten. Außerdem übertrug man die Ernennung und Entlassung der Waldschützen den Forstämtern und behielt den Kreisfinanzkammern lediglich ein Bestätigungsrecht vor. Der Provinzialisierungsprozeß der Forstverwaltung war mit diesen Maßnahmen abgeschlossen und folgender Organisationsstand erreicht:

²³⁹⁾ Dekret vom 30. 5. 1827 (HSTA E 221 Bü. 1853).

²⁴⁰⁾ Verordnung vom 1. 10. 1827 (Reg. Bl. 1827 S. 411).

²⁴¹⁾ HSTA E 221 Bü. 1853.

Neckarkreis	Waldfläche ha	davon Staatswald ha
4 Forstämter, 30 Reviere	80 000	19 200
Jagstkreis		
8 Forstämter, 48 Reviere	133 000	49 200
Schwarzwaldkreis		
8 Forstämter, 53 Reviere	175 000	77 100
Donaukreis		
6 Forstämter, 40 Reviere	138 000	38 500
	526 000	184 000
mit Einschluß der standesherrlichen und hofkammerlichen Forstverwaltungen	552 000	184 000

2. Allgemeine Entwicklung

Die auf die stürmische Reformepoche folgenden Jahre verliefen ohne größere Veränderungen. Es scheint, als ob der Kräfteverschleiß so groß gewesen war, daß nunmehr eine Periode der Ermattung folgte.

Im **Finanzministerium** verkörperte Nördlinger als Forstreferent die fachliche Führungsspitze der Forstverwaltung. Sein Einfluß war dementsprechend groß, doch blieben seine Möglichkeiten naturgemäß begrenzt. Erst im Jahre 1840 – Nördlinger war bereits 69 Jahre alt – wurde ein 2. ordentlicher Forstreferent bestellt, der im Gegensatz zu dem ausscheidenden Jäger Sitz und Stimme im Oberfinanzkollegium erhielt. Die Wahl fiel auf den Leiter des Forstamts Kapfenburg, den Oberförster **Warth**. Von der Praxis wurde diese Entscheidung lebhaft begrüßt, da jetzt nach langer Zeit wieder ein Mann mit »Fronterfahrung« an der Leitung der Forstverwaltung beteiligt war.²⁴²⁾

Bei den **Kreisfinanzkammern** traten keine bemerkenswerten Neuerungen ein, wenn man davon absieht, daß die Kreisforsträte im Jahre 1840 ebenfalls durch einen höheren Forstbeamten Unterstützung bekamen, weil ihre häufige Abwesenheit einen Stellvertreter erforderten.²⁴³⁾ Es wurden auch keine Versuche unternommen, die Arbeit der forstlichen Mittelstellen zu koordinieren. Erst im Jahre 1846 – 24 Jahre nach Erscheinen der entsprechenden Verordnung – erließ man eingehendere Durchführungsvorschriften für die vorgeschriebenen Visitationen der staatlichen Forstämter und der standesherrlichen Forstverwaltungen. Danach sollten diese Inspektionen, die der Kontrolle der Amtsführung des Forstpersonals dienten, alle 5 Jahre stattfinden. Sie wurden in der Regel mit der Revision der periodischen Betriebspläne verbunden und dauerten in diesen Fällen mehrere Wochen. Als Hauptaufgabe galt bezeichnenderweise die Untersuchung der Bewirtschaftung des Staatswalds, den der Kreisforstrat zusammen mit dem Oberförster, dem Revierförster und dem Schutzpersonal zu begehen und »bei bemerkten Mißgriffen entsprechende Belehrungen« zu erteilen hatte.²⁴⁴⁾ Der Privatwald interessierte in diesem Zusammenhang überhaupt nicht und hinsichtlich des Körperschaftswalds hatte der Kreisforstrat »besonders da, wo ihn die in den Staatswaldungen vorzunehmenden Geschäfte durch Gemeindewaldungen oder in ihre Nähe« führten, Einsicht zu nehmen, wobei nur im Falle einer »Wahrnehmung bedeutender Unordnungen« eine nähere Besichtigung für notwendig gehalten wurde. Die standesherrlichen Forstverwaltungen sollten ohnehin lediglich insoweit

²⁴²⁾ Nördlinger hatte nie ein Revier oder Forstamt geleitet und die Kreisforsträte waren als Oberforstmeister zu einer Zeit im Außendienst, als eine planmäßige Forstwirtschaft noch nicht entwickelt war; sie wurden deshalb nicht als echte Praktiker anerkannt.

²⁴³⁾ Bekanntmachung vom 29. 8. 1849 (Reg. Bl. 1840 S. 55).

²⁴⁴⁾ Erlaß des Finanzministeriums vom 2. 5. 1846 (STA E 234 Bü. 3343).

visitiert werden, um festzustellen, ob keine Verletzung allgemeiner wirtschaftlicher Grundsätze stattfand. Über das Ergebnis war ein Protokoll anzufertigen und der Kreisfinanzkammer zu berichten.

In der **Bezirksverwaltung** ergaben sich vor allem im Zusammenhang mit Walderwerbungen, in vielen Fällen aber auch zur Beseitigung von Unstimmigkeiten, zahlreiche Verschiebungen vor allem hinsichtlich der Auflösung, Bildung und Neuabgrenzung von Revieren, ohne daß systematische Änderungen damit verbunden gewesen wären. Die Zahl der Forstämter blieb bis 1849 konstant, während diejenige der Reviere bis 1833 auf 177 stieg, um dann wieder auf die Ausgangsbasis von 170 zurückzugehen.

Auch die 1822 geschaffenen **Kompetenzregelungen** blieben in Kraft, obwohl in der Praxis die Revierförster immer mehr Aufgaben übernahmen, die formell den Forstämtern zustanden. Die Ursache hierfür lag in der Tatsache, daß die Oberförster durch die vielen schriftlichen Arbeiten und vielfach auch durch die Forstgerichtsbarkeit so stark in Anspruch genommen waren, daß sie in den ausgedehnten Forstbezirken nur verhältnismäßig wenig in den Wald kamen.

In dieser Beziehung wirkte sich auch nicht gerade förderlich aus, daß die Reisekosten innerhalb der Dienstbezirke pauschaliert abgegolten und Diäten nur in Ausnahmefällen (z. B. an Rugtagen, bei Waldbränden und Floßgeschäften oder für über die Dienstpflichten hinausgehende Verrichtungen im Gemeindewald) gewährt wurden. Diese Regelung war zwar schon 1808 im Zusammenhang mit der Abschaffung der Nebenvergütungen eingeführt worden, führte aber in den seit 1818 erheblich vergrößerten Dienstbezirken dazu, daß manche Ober- und Revierförster Dienstgeschäfte in entlegenen Teilen ihres Zuständigkeitsbereichs, deren Aufsuchung mit zusätzlichen Ausgaben für Verköstigung oder gar Übernachtung verbunden war, nur dann vornahmen, wenn es sich gar nicht mehr umgehen ließ; zumindest blieben sie meist so lange liegen, bis sich eine Sammelerledigung lohnte. Die Folgen insbesondere für die Gemeindewaldwirtschaft waren verheerend, weil die Revierförster glaubten, sie hätten von ihren »mit Aufwand verbundenen Bemühungen nur Schaden« und auch die Oberförster alle Ausgaben, »die ihre Ausflüge in die Reviere veranlaßten, als reinen Verlust« betrachteten.²⁴⁵⁾

Die Oberförster wurden auch weiterhin durch die Forstassistenten unterstützt, die 1839 den Beamtenstatus erhielten.²⁴⁶⁾ Ihre Anstellung erfolgte von diesem Zeitpunkt an durch das Finanzministerium (und nicht mehr durch die Oberförster), das sie den Forstämtern zu teilte. Da die Forstassistenten oft sehr lange – in der Regel 6–10 Jahre – auf den Forstamtskanzleien arbeiteten und mit vielen amtlichen Aufgaben betraut wurden, war diese Maßnahme sowohl aus sozialen als auch aus dienstlichen Gründen längst fällig geworden, zumal bei der Auswahl bisher anscheinend oft private Rücksichten der Forstamtsleiter und nicht die Leistungsfähigkeit ausschlaggebend gewesen war.

3. Betriebsplanung

Ein Hauptproblem für die forstliche Führungsspitze bestand nach der Auflösung des Forstrats darin, die Einheit der Forstverwaltung insbesondere auf dem Gebiet der Nutzungsregelung und des Waldbaus wenigstens in den Grundzügen zu wahren. Die Prüfung und Genehmigung der Betriebspläne rückte daher in den folgenden Jahren wiederholt in den Mittelpunkt organisatorischer Bemühungen.

Nachdem bereits 1823/24 die ersten Taxationen aus den Jahren 1818/19 wegen ihrer vielfachen Mängel einer Revision unterzogen worden waren, standen zu Beginn der dreißiger Jahre wiederum zahlreiche Pläne zur Erneuerung heran. Das Finanzministerium entschloß sich deshalb, die 4 Kreisforsträte nach Stuttgart einzuberufen, »um in die voneinander abweichenden Wirtschaftsmaxime der 4 Kreisfinanzkammern eine Einheit zu bringen«.²⁴⁷⁾ König Wilhelm hatte der Bildung dieser Kommission nicht zuletzt wegen der Möglichkeit zugestimmt, die Beratung der Betriebsplanung auch zur Erörterung anderer wichtiger

²⁴⁵⁾ Nördlinger im Schwäbischen Merkur 1848 S. 1865.

²⁴⁶⁾ Gesetz über die Dienstverhältnisse der Kanzlei-Assistenten und der Amtsgehilfen der Ober-Cameral- und Forstämter vom 26. 7. 1839 (Reg. Bl. S. 507).

²⁴⁷⁾ Dekret vom 7. 6. 1830 (HSTA E 221 Bü. 1853).

forstlicher Probleme zu nutzen. Die in der Verordnung vom 1. 10. 1827 vorgesehene Beteiligung zweier Oberförster an der Prüfung der periodischen Nutzungs- und Kulturpläne durch die Kreisfinanzkammern wurde dementsprechend wieder aufgegeben. Diese Regelung hatte sich nämlich dahingehend ausgewirkt, daß nur der Oberförster des taxierten Forstamts genau Bescheid wußte, weshalb man sich mehr oder weniger auf die Behandlung von Formalien beschränken mußte. Wie schon die ersten Erfahrungen zeigten, befand sich allerdings auch die 1830 eingesetzte Forstkommision in keiner wesentlich besseren Lage, so daß auch diese Lösung nicht befriedigte. Nördlinger regte deshalb an, die Prüfung der periodischen Betriebspläne durch den Forstreferenten des Finanzministeriums und den zuständigen Kreisforstrat an Ort und Stelle vornehmen zu lassen. Da er mit diesem Vorschlag nicht durchdrang, verblieb es jedoch bei der kommissarischen Beratung in Stuttgart.

Schon bald wurde deutlich, daß die Forstkommision nur langsam vorankam, wenn sie gründlich arbeiten wollte. Außerdem war sie weitgehend vom Urteil des Kreisforstrats abhängig, in dessen Bezirk das jeweils taxierte Forstamt lag. Ferner ergaben sich Kollisionen mit den regulären Amtsgeschäften der Kreisforsträte, da während der kommissarischen Tätigkeit in Stuttgart ihre Arbeit zu Hause unerledigt liegen blieb. Nördlinger unternahm daher im Jahre 1833 einen erneuten Vorstoß, um zu einer praktikablen Regelung zu kommen. Er empfahl die Übertragung der periodischen Nutzungs- und Kulturplanung an Forsttaxatoren mit anschließender örtlicher Prüfung durch den Forstreferenten des Finanzministeriums und den zuständigen Kreisforstrat. Von diesem Verfahren versprach er sich Gleichförmigkeit und Übereinstimmung in der Taxation, Einblick des Finanzministeriums in die praktische Wirtschaft sowie »Belebung der bis jetzt toten Papier-Einrichtung« und meinte, es werde den Beifall des ganzen Forstpublikums finden.²⁴⁸⁾ Die notorische Sparsamkeit – Leitprinzip der württembergischen Forstorganisation jener Zeit – ließ jedoch auch dieses Vorhaben scheitern. Um den Schwierigkeiten der kommissarischen Beratung zu entgehen, kehrte man deshalb 1833 wieder zu der ursprünglichen Regelung von 1827 zurück, da Finanzminister Herdegen in Nördlinger und Jäger über Sachverständige zu verfügen glaubte, die sich auch ohne gemeinschaftliche Erörterung mit den nachgeordneten Dienststellen ein abschließendes Urteil bilden könnten. Außerdem beruhigte man sich mit der (später kaum genutzten) Möglichkeit, aus wichtigen Anlässen die Kreisforsträte nach Stuttgart einzuberufen oder örtliche Untersuchungen zu veranlassen.²⁴⁹⁾

So schwankte die württembergische Forstverwaltung in der zentralen Frage der Betriebsplanung zwischen fehlender Anschauung (bei kommissarischer Beratung) und einseitiger Beurteilung (bei Prüfung durch die Kreisforsträte) hin und her. Das Finanzministerium, das für die Genehmigung der Pläne zuständig war, sah sich in beiden Fällen nicht in der Lage, regulierend einzugreifen, da es ohne unmittelbare Kenntnis der Waldungen blieb. Nur selten konnten daher (geringfügige) Änderungen vorgenommen werden, weil die Forstreferenten auch bei dem dringendsten Verdacht auf Fehler und Mängel nicht imstande waren, ihre Ansichten aus den Unterlagen zu beweisen. Als es im Jahre 1841 ausnahmsweise gelungen war, die Taxation des Leonberger Forsts an Ort und Stelle durch Finanzministerium und Kreisfinanzkammer überprüfen zu lassen, unternahm Nördlinger einen letzten Versuch, dieses Verfahren generell einzuführen. Auch der Hinweis auf das Beispiel Badens, das in der Zwischenzeit die Taxatorenregelung eingeführt hatte, konnte den Finanzminister jedoch wiederum nicht von der Zweckmäßigkeit seines Vorschlags überzeugen, so daß der Antrag kurzerhand zu den Akten geschrieben wurde. Eine sachverständige Prüfung der periodischen Betriebsplanung wäre indessen dringend notwendig gewesen. Da die Oberförster und ihre Assistenten dieses Geschäft für 6–10000 ha ohne zusätzliche Unterstüt-

²⁴⁸⁾ HSTA E 221 Bü. 1853

²⁴⁹⁾ Kgl. Entschließung vom 29. 4. 1833 (HSTA E 221 Bü. 1860). Im Jahre 1846 erfolgte eine 2. Kommissionsbildung, die der Ausarbeitung neuer Taxationsvorschriften diente.

zung neben ihren laufenden Aufgaben zu erledigen hatten und ein spezielles Aufnahmeverfahren nicht vorgeschrieben war, wurden wegen der erheblichen zeitlichen Belastung – die Taxation nahm das Forstamt 6–12 Monate in Anspruch – Vorrat und Zuwachs in der Regel durch okulare Schätzung ermittelt, sodaß infolge der einkalkulierten Sicherheitsspanne zu niedrige Ergebnisse herauskamen. Nach späteren Berechnungen bewirkte dieser Mangel in den dreißiger Jahren für den Staatswald einen Verlust von einer Million Gulden.²⁵⁰⁾ Es ist deshalb verständlich, daß bereits 1835 die Finanzkammer des Schwarzwaldkreises den Antrag stellte, diese Arbeit wieder den Revierförstern zu übertragen, die ihren Dienstbezirk besser überschauen und daher auch mehr Zeit dafür aufwenden konnten. Das Finanzministerium wollte sich aber mit Rücksicht auf die immer noch ungenügenden Fähigkeiten vieler Revierverwalter nicht zu diesem Schritt entschließen.²⁵¹⁾ Das Argument, solange die Dienstanforderungen an die Förster nicht höher gestellt seien, würden »immer minder tüchtige Subjekte sich zu Försterstellen herbeidrängen« ließ man ebensowenig gelten wie den Einwand, den schwächeren Revierleitern könnten die Forstamtsvorstände helfen. Vielmehr war das Finanzministerium der Meinung, es sei kein Oberförster gehindert, für die Taxation einen tüchtigen Förster zu benutzen, so daß er nur dessen Unterlagen abzuschreiben brauche. Dementsprechend wurden an den Taxationsvorschriften nur kosmetische Operationen im Sinne einer Geschäftsvereinfachung vorgenommen und vorgeschrieben, daß die von den Revierförstern zu fertigenden Vorschläge für die jährlichen Nutzungspläne so abzufassen seien, daß sie von den Forstamtsleitern unmittelbar übernommen werden könnten.²⁵²⁾ Diese Regelungen, die in der Praxis allmählich zum **Übergang der jährlichen Betriebsplanung auf die Revierförster** führten, sind geradezu symptomatisch für den ängstlichen, zaghaften und jedem Fortschritt abholden Geist, der in der württembergischen Forstverwaltung die reformerische Epoche Malchus' und Seutters abgelöst hatte.

4. Forstschutz

Zu einem besonders traurigen Kapitel in der Geschichte der württembergischen Forstverwaltung entwickelte sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der Forstschutz. Es dauerte nur kurze Zeit, »bis die unglückselige Saat auf diesem Theil des 1822er Versuchsfelds Disteln und Dornen« trug.²⁵³⁾ Sehr schnell stellte sich nämlich heraus, daß es vielfach unmöglich war, genügend **tüchtige** und **zuverlässige** Waldschützen aus dem Bürger- und Bauernstand zu finden, die mit der glücklichen Gabe ausgestattet waren, die ausgesetzte Minimalbesoldung als ausreichend anzusehen und gleichzeitig die Feindschaft und die Verachtung ihrer Mitbürger in Kauf zu nehmen. In der Regel bewarb sich daher um diese Stellen nach den Worten des Finanzministers **Gärtner** nur »der Auswurf des Dorfs«.²⁵⁴⁾ Meist handelte es sich um Leute, die keiner geregelten Arbeit nachgehen wollten. Auf der anderen Seite hatte die große Zahl von Forststellen, die mit der Forstorganisation von 1818 durch die Übertragung des Forstschutzes an Forstleute geschaffen worden waren, einen enormen Zulauf von Forstkandidaten ausgelöst. Hinzu kam, daß als Folge der romantischen Zeitströmung der Forstdienst bei vielen jungen Männern sehr begehrt war, weil sie wie im Landtag ironisch festgestellt wurde – »die Freiheit des Waldes lieben und das Herumschweipen in demselben sie veranlaßt, dieses Fach zu ergreifen«²⁵⁵⁾ Auch viele Förstersöhne strebten den Beruf ihres Vaters an, zumal in den Dörfern und kleinen Landstädtchen nur wenige Möglichkeiten für eine angemessene Berufsausbildung bestanden, so daß es Revierförster gab, »die ihre ganze männliche Nachkommenschaft unbekümmert um alles

²⁵⁰⁾ AFJZ 1858 (Jg. 34) S. 128.

²⁵¹⁾ HSTA E 221 Bü. 1860. Im Forstamt Urach konnten angeblich von 9 Förstern nur 2 die schriftlichen Arbeiten ohne fremde Hilfe fertigen.

²⁵²⁾ Nachtrag zu den Forstdienstinstruktionen vom 26. 5. 1837 (Reyscher, A. L.: a.a.O. Bd. 16/2 S. 817).

²⁵³⁾ Speidel, H.: a.a.O. S. 404.

²⁵⁴⁾ Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 17. 5. 1845 (Prot. S. 13).

²⁵⁵⁾ Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 9. 8. 1833 (Prot. S. 23).

Weitere ihrem Stande« widmeten.²⁵⁶⁾ Der Andrang wurde in den dreißiger Jahren schließlich so groß, daß sich um jede aufgehende Försterstelle 30–40 Bewerber bemühten. Da sich die Regierung nicht zu einem regulierenden Eingreifen entschließen konnte, blieb nichts anderes übrig, als den Nachwuchs im Forstschutz zu verwenden, was sowohl bei den Forstwarten als insbesondere auch bei den Waldschützen zu katastrophalen Folgen führte. Die Besoldung der Forstware auf junge Männer abgestellt, die diese Posten zum Zwecke der Ausbildung durchlaufen sollten. In Wirklichkeit wurden aber die Forstwartstellen nur selten zu Durchgangsstationen, weil man sie mit größeren Revieren fest verbunden hatte, Versetzungen selten vorkamen, nur wenige Revierförster abgingen und viele Forstware nicht die erforderliche Qualifikation als Förster besaßen. Fast alle wurden daher seßhaft mit dem Ergebnis, daß sie sich verheirateten, ohne über ein Einkommen zu verfügen, das zur Ernährung einer Familie bestimmt war. Noch weit schlimmer stand es mit zahlreichen Waldschützen. Während man 1822 dem übernommenen Personal die alten Bezüge auch für den Fall der Degradierung gelassen hatte, waren für die neu einzustellenden Waldschützen Gehälter vorgesehen, die lediglich als Nebeneinkommen zu betrachten waren. Infolge der geschilderten Entwicklung ging die Regierung aber dazu über, um Anstellung nachsuchende junge Forstleute bei Mangel an geeigneten anderen Bewerbern auf Stellen zu setzen, die für Bauernwaldschützen gedacht waren, ohne damit jedoch eine Gehaltserhöhung zu verbinden. Sie konnte dies tun, weil sie nicht davor zurückschreckte, die Notlage des Nachwuchses schamlos auszunutzen. An Bewerbern fehlte es nicht, denn – so stellte der ranghöchste Forstbeamte des Landes fest – »wer auf das Äußerste gebracht ist, zieht es immer vor, wenig zu haben, als gar nichts«.²⁵⁷⁾ Auch war es für die Realisierung des Sparsystems von 1822 ein überaus günstiger Umstand, stellungslose Absolventen der 1820 aufgelösten Forstschule der Feldjägerschwadron zu finden, da nach dem Sturz Seutters niemand mehr daran gedacht hatte, die von diesem versprochene Anstellung dieser Leute als Revierförster in die Tat umzusetzen. Schon bald wurden daher herzerreißende Klagen über das Los des württembergischen Forstschutzpersonals laut:²⁵⁸⁾

»Man mahle sich die Lage dieser Forstdiener so traurig, als möglich aus, so erreicht man die Wirklichkeit kaum. Mit wahren Schmerz habe ich auf meinen Reisen durch die Forste des Landes Leute, die mit mir unter den Feldjägern gedient haben, als solche Waldschützen in einer Mitleid erregenden Lage gefunden . . . Die Oberförster behandeln die Sache wie etwas, wovon man nicht gerne spricht, die Förster sagen, was können wir diesen Leuten zumuten?

Die gedrückte Lage solcher Waldschützen, der kümmerliche Unterhalt ihrer Familien setzt die Forstdiener selbst in den Augen der Landleute herab, denn in den Augen des Bauern schändet Armuth. Mit welchen Worten würde der gefühlvolle Vicepräsident der Ständeversammlung die Lage dieser Männer schildern, wenn er schon die Waldschützen von 1818, die 227 Gulden Gehalt bezogen, eine **höchst unglückliche Menschenklasse** nannte. Ja, 227 Gulden Gehalt sind in den Augen der neuen Waldschützen ein höchst wünschenswertes Einkommen, und ihre schwangeren Weiber bitten fast auf den Knien um die Beförderung auf die Forstwartstellen mit 240 Gulden Gehalt. Man glaube ja nicht, daß ich die Farben zu stark auftrage, ich sage, was ich gesehen und gehört habe . . .«

»Großer Gott! ich habe ehrliche Menschen, die ich unter den Feldjägern bei Kommissbrod kräftig und wohlaussehend kannte, am Hungertuch nagend, bleich und abgezehrt, kämpfend mit Mangel aller Art gefunden; ich habe andere gefunden, die unter der Last ihres Geschicks tief gesunken sind, die ein Gewerbe daraus machen, die Revier-Insassen auf jede denkbare Weise zu prellen, deren Name in allen Wirthsbüchern steht, die eine wahre Last für den Bauern sind, die ein nachtheiliges Licht auf den ganzen Stand werfen, die aber gleichwohl auf ihren Stellen bleiben, weil – weil man bei 75 Gulden Gehalt schon ein Auge zudrücken muß. Ich habe endlich solche gefunden, die bei diesem schönen Gehalt ganz wohl und zufrieden leben, man sieht ihnen keinen Mangel an, es sind thätige Leute, ihre Register sind an allen Rugtagen voll, ihre **Kundschaft** ist im besten Gang. Giebt es dabei auch etwas viele Stöcke und abgemähte Grasplatten, so muß eben der Kreis-Oberforstmeister bei seinen Waldvisitationen einen andern – bequemern – Weg reiten und wenn er etwas merkt, so darf er schon ein wenig toben, bei sich muß er doch denken: 75 Gulden sind nicht der 30te Theil von dem, was ich habe, da muß ich schon ein Auge zudrücken.

²⁵⁶⁾ Nördlinger im 4. Heft der »Forstlichen Blätter für Württemberg« (Jg. 1830) S. 115.

²⁵⁷⁾ Nördlinger a.a.O. S. 117.

²⁵⁸⁾ Widenmann, W.: Über die Bestellung. . . Forstliche Blätter für Württemberg, Heft 3 (Jg. 1829) S. 83; ders.: Geschichte der Forstlehranstalten, a.a.O. Heft 5 (Jg. 1831) S. 37.

Das sind die Ergebnisse des Systems des Forstschatzes in den württembergischen Staatsforsten, realisiert hauptsächlich durch die an die Mehrzahl der Feldjäger gestellte Frage Hamlets:

Seyn oder Nichtseyn?
Waldschütz oder Hungersterben?«

Angesichts dieser unhaltbaren Zustände wurde die im Jahre 1830 einberufene Kommission der 4 Kreisforsträte auch mit der Prüfung der Frage beauftragt, ob es nicht möglich sei, in manchen Fällen statt bürgerlicher Waldschützen junge Forstleute anzustellen und deren Einkommen dadurch zu verbessern, daß ihnen mehrere Hutten übertragen würden, die mit Rücksicht auf die beabsichtigte Nebenbeschäftigung der Bauern von geringem Umfang waren. Die Kommission kam jedoch zu einem negativen Ergebnis, weil diese Möglichkeit einerseits bereits weitgehend ausgeschöpft war, weitere Kombinierungen aber andererseits an den Grenzen der physischen Leistungsfähigkeit auch junger Männer scheiterten, da eine täglich mindestens einmalige Begehung des Dienstbezirks vorausgesetzt werden mußte. Statt dessen wurde eine gezielte Gehaltserhöhung vorgeschlagen, um die Lage der Waldschützen vom Fach zu verbessern. Erst 3 Jahre später griff das Finanzministerium diesen Vorschlag auf, nachdem sich aufgrund der vielen Eingaben vor allem aus dem Stromberger, Kirchheimer, Zwiefaltener und Blaubeurer Forst nunmehr auch die Kammer der Abgeordneten mit diesem Problem zu beschäftigen begann. Die Regierung nahm den mäßigen Besoldungsaufschlag gleichzeitig zum Anlaß, ihre feste Absicht zu bekunden, von der Anstellung forstlicher Waldschützen wieder abzugehen und grundsätzlich nur noch »Bauren und andere in den betreffenden Orten ohnehin ansässige Personen« zu akzeptieren. Alle Ausnahmen von dieser Regel bedurften der Zustimmung des Finanzministeriums.²⁵⁹⁾ Im Jahre 1842 wurde diese Prinzip durch die Anordnung modifiziert, zum Forstschutz sollten »gut prädiszierte, in der betreffenden Hut angesessene Bürger, beurlaubte Soldaten oder Leute vom Forstfach verwendet werden«, wobei ersteren stets der Vorzug zu geben war.²⁶⁰⁾ Diese Regelungen beeinflussten die Qualität des Forstschutzpersonals insofern negativ, als die Beschränkung auf Orts- oder Hutsinsassen die Konkurrenz geeigneter auswärtiger Bewerber ausschaltete.

Auch für die Forstware wurde erst 1839 etwas getan. Trotzdem blieb nicht nur die Einkommenssituation, sondern auch ihre dienstliche Stellung unbefriedigend. Selbst ein leidenschaftlicher parlamentarischer Vorstoß **Widenmanns** – der Tübinger Forstprofessor war 1833 in die Kammer der Abgeordneten eingezogen – führte nicht zu greifbaren Resultaten. Sein Antrag, die Forstware künftig den Revierförstern entsprechend ihrer individuellen Hilfsbedürftigkeit zuzuteilen und daher die Forstwartstellen nicht mehr an bestimmte Reviere zu binden, fand zwar eine große Mehrheit, übte jedoch offensichtlich auf die Regierung keinerlei Wirkung aus.

So blieb im wesentlichen alles beim alten, da die geringfügigen Gehaltserhöhungen der dreißiger Jahre nicht ausreichten, um dem Forstschutzpersonal eine menschenwürdige Existenz zu verschaffen. Es hagelte deshalb weiter Eingaben von Forstwarten und Waldschützen, die sich bitter darüber beklagten, daß sie auch bei größter Sparsamkeit ihre Familien nicht ernähren könnten.²⁶¹⁾ Die meisten Forstschutzdiener waren bei dieser Sachlage gezwungen, sich ihre Einkünfte auf unerlaubte Weise aufzubessern, so zum Beispiel (insbesondere im Schwarzwald) durch Holzhandel oder durch die Begünstigung der Frevler. Im Jahre 1845 kam es daraufhin wieder zu einer ausführlichen Erörterung des Forstschutzproblems in der Ständeversammlung, die nahezu einhellig der Meinung war, daß die Besoldung der Waldschützen und der nicht vorrückenden Forstware absolut unzureichend sei. Trotz der sonst üblichen Zurückhaltung bei der Bewilligung von Mehrausgaben wurde deshalb die Regierung aufgefordert, »diesen armen Teufeln, die nichts zu leben ha-

²⁵⁹⁾ Erlaß vom 3. 2. 1834 (HSTA E 221 BÜ 3710).

²⁶⁰⁾ Erlaß vom 15. 11. 1842 (Reyscher, A. L.: a.a.O. Bd. 16/2 S. 976).

²⁶¹⁾ Nach anderen Angaben brauchten die Waldschützen allein für ihre eigenen Schuhe und Kleider ein Viertel ihres Gehalts.

ben«, eine Verbesserung ihrer Dienstbezüge zu gewähren.²⁶²⁾ Nichts kennzeichnet den Immobilismus der Forstverwaltung jener Zeit besser als die Tatsache, daß selbst dieser Appell keine ernsthaften Bemühungen zur Beseitigung der unübersehbaren Misere des Forstschutzes auslöste. Dies ist um so unverständlicher und unverzeihlicher, als sich in den dreißiger Jahren im Zuge des allgemeinen Wirtschaftsaufschwungs und als Folge der 1836/37 an Stelle des Verkaufs nach Revierpreisen eingeführten Holzversteigerungen die Erträge des Staatswalds mehr als verdoppelten und in der ersten Hälfte der vierziger Jahre bereits ein Sechstel bis ein Fünftel des gesamten Staatsbedarfs deckten. So bleibt als einzige positive Maßnahme die längst fällige Abschaffung der Waldstreifer und Waldgänger im Jahre 1836 zu registrieren, von denen die brauchbarsten als Waldschützen übernommen wurden.²⁶³⁾ Damit war endlich ein Institut verschwunden, dessen Fragwürdigkeit schon Seutter im Jahre 1819 mit der Feststellung charakterisiert hatte, derjenige verdiene wenig Vertrauen, der moralisch so weit gesunken sei, daß er sich allein wegen der Delationsgebühren zum Verräter seiner Mitbürger machen lasse.²⁶⁴⁾

5. Ausbildung

Für die Ausbildung von Forstleuten standen in Württemberg seit 1818 zwei Ausbildungsstätten zur Verfügung: die Universität Tübingen und – nach der 1820 erfolgten Aufhebung der mit der Feldjägerschwadron verbundenen Forstschule in Stuttgart – die Forstlehranstalt in Hohenheim. Für die Anstellung im Forstdienst war jedoch der Besuch dieser Schulen nach wie vor keineswegs obligatorisch. Entscheidend waren die Forstdienstprüfungen, bei denen unberücksichtigt blieb, welche Vorbildung die Kandidaten aufzuweisen hatten. Schulische Ausbildung und Staatsprüfungen wurden somit zunächst noch nicht aufeinander abgestimmt, so daß die Ausbildungsstätten lediglich ein Angebot für die Forstdienstaspiranten zum Erwerb der geforderten Fachkenntnisse darstellten, ohne daß sie dieses Angebot anzunehmen brauchten. Erst in den vierziger Jahren trat hier ein Wandel ein.

In **Tübingen** entwickelte sich unter den glänzenden Fachvertretern **Hundeshagen** (1818–1822) und **Widenmann** (1822–1836) ein reger forstlicher Studienbetrieb. Widenmann erteilte nicht nur den (ca. 50) Studenten der Kameralistik enzyklopädischen Unterricht in der Forstwissenschaft, sondern hielt ab 1823 auch spezielle Vorlesungen für Forstleute.

Weniger günstig gestaltete sich der Start der **Hohenheimer** Anstalt. Zwar konnte der Veteran Jeitter, der bereits an der Forstschule in Stuttgart unterrichtet hatte, von dort 18 Feldjäger mitnehmen; als diese ihren Kursus beendet hatten, sank jedoch die Zahl der Forstzöglinge rapide ab, so daß 1822 nur noch 3 vorhanden waren. Die Ursache für diesen Rückgang wurde vor allem in der Person des fast 70jährigen Forstlehrers gesehen, dem offenbar pädagogische Fähigkeiten abgingen. Außerdem spielten die geringen Möglichkeiten für eine praxisorientierte Ausbildung eine Rolle, da sich die Wälder der Umgebung Hohenheims in einem sehr schlechten Zustand befanden. Viele angehende Forstleute zogen daher die Anleitung durch einen Förster vor, zumal kein Schulzwang bestand. Im übrigen war der Internatsbetrieb sehr teuer, wobei man sich in dem Dilemma befand, daß die abgereichte Kost »für Zöglinge aus gebildeten Ständen zu einfach, für einfache Stände aber zu gut« war.²⁶⁵⁾ Die Regierung ergriff deshalb im Jahre 1825 Maßnahmen, die den Besuch der Hohenheimer Forstlehranstalt begünstigen sollten. Zunächst wurde der Vorlesungsbe-

²⁶²⁾ Abg. Veiel in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 17. 5. 1845 (Prot. S. 23). Zu dieser Zeit waren vorhanden: 80 Waldschützen, die 1818 angestellt worden waren und ihre alten Bezüge behalten hatten, 80 nach 1822 angestellte Forstleute mit der Besoldung eines bürgerlichen (nebenberuflichen) Waldschützen und 340 Bauernwaldschützen.

²⁶³⁾ Verfügung vom 11. 10. 1836 (Tscherning, F. A.: Zusammenstellung . . . S. 119).

²⁶⁴⁾ HSTA E 221 Bü. 1823.

²⁶⁵⁾ HSTA E 221 Bü. 3216.

trieb in Tübingen auf den enzyklopädischen Vortrag der Forstwissenschaft beschränkt und 1829 der landwirtschaftliche mit dem forstwirtschaftlichen Lehrstuhl kombiniert, worauf Widenmann beide Fächer vertrat.²⁶⁶⁾ Die Zahl der Forststudenten ging daraufhin drastisch zurück, da nunmehr Hohenheim als einzige anerkannte forstliche Ausbildungsstätte galt. Ein Vorschlag Widenmanns, die Forstlehranstalt in Hohenheim wegen der dortigen unbedeutenden Waldungen von der landwirtschaftlichen Schule zu trennen und nach Bebenhausen zu verlegen, den Forstlehrer als Revierleiter zu bestellen und ihn an den Vorlesungen in Tübingen zu beteiligen, kam zu spät und konnte nicht mehr berücksichtigt werden, obwohl er als zweckmäßig anerkannt wurde. Das Schicksal der forstlichen Ausbildung an der Universität war damit besiegelt. Nach dem Abgang Widenmanns erhielt zwar 1836 mit Schott von Schottenstein noch einmal ein Förstmann den Lehrstuhl, doch wurde er nach dessen Ausscheiden mit einem Landwirt besetzt, so daß der Unterricht für den forstlichen Nachwuchs aufhörte.

Umso mehr wurde der Ausbau Hohenheims gefördert, dessen Besuch nach der Pensionierung Jeiters im Jahre 1826 und der Berufung des 25jährigen Forstgehilfen Wilhelm Heinrich **Gwinner** einen großen Aufschwung nahm. Zu den Stützungsmaßnahmen gehörten die Anstellung eines 2. Forstlehrers im Jahre 1831 und der Ausbau der Hilfsfächer, wobei man sich jedoch zunächst nicht zu der von der Hohenheimer Anstalt gewünschten Erweiterung um die staatswirtschaftlichen Disziplinen entschließen konnte. Später wurden dann aber doch entsprechend diesem Vorschlag Nationalökonomie, Forstrecht und Forstgesetzgebung in den Lehrplan aufgenommen. Um die praxisbezogener Ausbildung zu ermöglichen, bildete man 1838 in Hohenheim ein eigenes Revier und bestellte den Amtsinhaber zum Nebenlehrer mit der Auflage, »bei seinen amtlichen Verrichtungen die Forstzöglinge zum Zwecke der praktischen Unterweisung beizuziehen.«²⁶⁷⁾ Ein Jahr später erhielt Gwinner unter Verleihung des Oberförstertitels dieses Lehrrevier. Auch finanzielle Erleichterungen wurden gewährt. Von wesentlicher Bedeutung für die Entwicklung Hohenheims war ferner der Umstand, daß im Gegensatz zur Universität die Aufnahmebedingungen sehr einfach waren. Zwar fand eine Vorprüfung statt, die aber so leicht bestanden werden konnte, daß nahezu alle Bewerber durchkamen. Erst ab 1843 wurde von den württembergischen Zöglingen, die keine Hochschulreife besaßen, ein spezieller Nachweis besonderer Kenntnisse in Deutsch und Mathematik verlangt. Der Lehrkurs erstreckte sich über 2 Jahre und wurde mit einer Prüfung abgeschlossen, der eine Regierungskommission beiwohnte. Gwinner, der als überragender Fachmann die Forstlehranstalt in Hohenheim zu beachtlicher Blüte gebracht hatte, schied 1846 aus und trat als Kreisforstrat in die Kreisfinanzkammer Ellwangen über. Sein Nachfolger wurde der bisherige 2. Forstlehrer von **Brecht**. Die Hohenheimer Lehranstalt erhielt 1847 den Status einer **land- und forstwirtschaftlichen Akademie**.²⁶⁸⁾

6. Prüfungswesen

Seitdem im Jahre 1818 mit der systematischen Examinierung der Forstdienstaspiranten begonnen worden war, fanden in mehr oder weniger regelmäßiger Folge mit meist 1-2jährigem Abstand Forstdienstprüfungen statt. Die besondere Schwierigkeit bestand in den Anfangsjahren darin, daß viele Kandidaten vorhanden waren, die keine Gelegenheit zum Besuch einer forstlichen Ausbildungsstätte gehabt hatten und durch die langjährige Verwendung im Militärdienst – unter König Friedrich unabdingbare Voraussetzung für die An-

²⁶⁶⁾ Die entscheidenden Anregungen gingen von Hartmann, dem früheren Professor der Hohen Karlsschule und späteren Chef der Sektion der Kronforste, aus, der seit 1817 Direktor der Zentralstelle des landwirtschaftlichen Vereins war. Diesem Verein bzw. seiner Zentralstelle unterstand die land- und forstwirtschaftliche Lehranstalt in Hohenheim bis zum Jahre 1865. Im übrigen vgl. Hasel, K.: Der forstwissenschaftliche Unterricht. . . AFJZ 1970 (Jg. 141) S. 25.

²⁶⁷⁾ Bekanntmachung vom 4. 9. 1838 (Reg. Bl. 1838 S. 489).

²⁶⁸⁾ Bekanntmachung vom 27. 5. 1847 (Reg. Bl. 1847 S. 210). Den Lehrern wurde in diesem Zusammenhang der Professorenrang verliehen.

stellung in der Forstverwaltung – sowie durch die Teilnahme an den napoleonischen Feldzügen zu planmäßigem Studium unfähig geworden waren. Man erließ daher 1822 ausnahmsweise den meist aus dem Soldatenstand stammenden Unterförstern das Erstehen einer Prüfung für den Fall, daß sie sich im praktischen Dienst bewährten. Im übrigen wurde jedoch am Prüfungsprinzip festgehalten, wobei allerdings die Anforderungen den Zeitverhältnissen angepaßt werden mußten.

Von Anfang an unterschied man in der Prüfungspraxis zwischen Bewerbern um niedere und solchen um höhere Dienstgrade, ohne daß hierfür systematische Anordnungen getroffen worden wären. Im Jahre 1822 wurde lediglich verfügt, die Prüfung bei Anwärtern für Forstwart- und Försterstellen auf das praktische Forstwesen zu beschränken, während bei Bewerbern um Forstassistenten- und Oberförsterstellen das Forstrechnungswesen und andere Gegenstände des Geschäftsbetriebs einzubeziehen waren. Insgesamt blieben die Prüfungsvorschriften aber recht unbestimmt.

Einen ersten Versuch der Systematisierung unternahm die Bekanntmachung vom 20. 3. 1826, die zwei unterschiedliche Prüfungen einführt.²⁶⁹⁾ Die erste galt als Befähigungsnachweis für Forstwart- und Forstassistentenstellen, d. h. für Dienstposten ohne Beamtenstatus, die zweite als Befähigungsnachweis für Förster- und Oberförsterstellen, d. h. für den eigentlichen Staatsdienst. Zur zweiten Prüfung konnte nur zugelassen werden, wer die erste Prüfung bestanden hatte. Von der Voraussetzung ausgehend, daß bei der ersten Prüfung an die Bewerber um Forstwartstellen geringere Ansprüche zu stellen seien als an diejenigen um Forstassistentenstellen und ebenso bei der zweiten Prüfung an die Bewerber um Försterstellen geringere Anforderungen als an diejenigen um Oberförsterstellen, wurden ab 1828 zu den Prüfungen um Forstwart- und Försterstellen Bewerber zugelassen, die sich nur praktisch ausgebildet hatten, während für Forstassistenten- und Oberförsterstellen zusätzlich eine theoretische (wissenschaftliche) Bildung verlangt wurde.²⁷⁰⁾ Dadurch ergaben sich 4 verschiedene Prüfungen, nämlich solche

1. für praktisch gebildete Bewerber:
 - a) Forstwarte,
 - b) Förster,
2. für wissenschaftlich gebildete Bewerber:
 - a) Forstassistenten,
 - b) Oberförster.

Die Prüfungsabsolventen wurden entsprechend den nachgewiesenen Kenntnissen in 3 Klassen eingeteilt, wobei die Einreihung in Klasse III als »nicht bestanden« galt. Wer die wissenschaftliche Prüfung mit der Klasse I bestanden hatte, wurde als Förster verwendet und konnte nach einigen Jahren Oberförster werden, während die Zweitplatzierten für den Aufstieg eine weitere Prüfung ablegen mußten.

Die Teilung der Forstdienstprüfungen in ein praktisches und in ein wissenschaftliches Examen war insofern ein Rückschritt, als sie die mit der Forstorganisation von 1822 vollzogene Degradierung der Revierverwalter zu Vollzugsorganen der Forstamtsleiter vervollständigte. Eine wissenschaftliche Bildung der Förster hielt man deshalb für unangebracht, weil diese lediglich die Anordnungen der Oberförster auszuführen brauchten. Außerdem befürchtete man »bei einem durch sein Studium an das Zimmer gewohnten Manne« mangelnde Abhärtung.²⁷¹⁾ Da sich eine scharfe Trennung nach wissenschaftlichen und praktischen Kriterien als unrealistisch erwies, stellte die praktische Prüfung in Wirklichkeit eine leichte theoretische dar, wodurch der retrograde Charakter der Zweiteilung noch deutlicher hervortrat.

Als Folge der leicht zu bestehenden praktischen Prüfung verstärkte sich der ohnehin große

²⁶⁹⁾ Reg. Bl. S. 189.

²⁷⁰⁾ Bekanntmachung vom 29. 4. 1828 (Reg. Bl. 1828 S. 297).

²⁷¹⁾ HSTA E 33 Bü. 1021.

Andrang in der Forstlaufbahn der unteren Dienstgrade. Im Jahre 1831 meldeten sich beispielsweise nicht weniger als 70 junge Männer für dieses Examen, davon 40 Forstwartaspiranten. Unter den Prüflingen befanden sich dementsprechend nicht nur Forstkandidaten, sondern auch Forstscharfschützen, Geometer, Hofjäger, Wachtmeister, Torfinspektoren und dergleichen. Die meisten dieser Bewerber dachten auch nicht daran, die Forstlehranstalt zu besuchen, da nur praktische Fähigkeiten gefordert waren. Andererseits wirkte sich das niedere Niveau der praktischen Forstdienstprüfungen dahingehend aus, daß viele Forstwärte nicht die Qualifikation besaßen, um später Förster werden zu können, wodurch den Tüchtigen, die sich auf diesen Stellen weiterbilden wollten, der Aufstieg blockiert wurde. Die Vorschrift, daß zur zweiten Prüfung nur zugelassen werden sollte, wer als Forstwart gedient hatte, konnte daher mit Rücksicht auf die stellungslosen Absolventen der ersten Prüfung nicht praktiziert werden.

Im Laufe der Zeit traten diese Nachteile immer mehr zutage. Bei den Verantwortlichen wuchsen auch die Zweifel, ob es noch vertretbar sei, den Revierförstern eine wissenschaftliche Ausbildung vorzuenthalten, nachdem offenkundig geworden war, daß die Oberförster nicht im einzelnen in die Waldbehandlung eingreifen konnten. Schließlich veranlaßte nicht zuletzt die Tatsache, daß alle Forstamtsleiter vorher Reviervorwalter gewesen sein mußten, das Finanzministerium im Jahre 1840 zum Erlaß einer neuen Prüfungsordnung.²⁷²⁾ Sie behielt die Aufteilung in 2 unterschiedliche Examenskategorien bei, die aber jetzt für alle Bewerber um den Staatsforstdienst vorgeschrieben waren, so daß es statt 4 nur noch 2 Forstdienstprüfungen gab. Mit der ersten Prüfung mußte das theoretische Wissen und mit der zweiten die praktische Tüchtigkeit nachgewiesen werden. Sowohl die erste als auch die zweite Forstdienstprüfung wurde nunmehr jährlich unter Leitung des Finanzministeriums von einer größeren Kommission abgenommen, der außer Ministerialräten auch höhere Forstbeamte – also Praktiker – angehörten.²⁷³⁾ Um eine differenziertere Beurteilung zu ermöglichen, wurden die erfolgreichen Prüflinge in 3 Klassen (I–III) mit jeweils 2 Unterabteilungen (a und b) eingeteilt. Das Zeugnis der Klasse I und II konnte nur erhalten, wer die Hochschulreife besaß und besondere volkswirtschaftliche und juristische Kenntnisse nachweisen konnte.

Aufgrund der Neuregelung des Jahres 1840 ergab sich folgender Ablauf:

1. Vor der ersten Dienstprüfung war ein mindestens einjähriger Aufenthalt bei einem Revierförster erforderlich.
2. Nach der ersten Dienstprüfung wurden die Absolventen zu **Forstpraktikanten 2. Klasse** ernannt, die ein Probejahr abzuleisten hatten, und zwar Bewerber um Forstassistenten- und Oberförsterstellen 8 Monate bei einem Forstamt und 4 Monate bei einem Kollegium (z. B. einer Kreisfinanzkammer), Bewerber um Forstwart- und Revierförsterstellen ein Jahr bei einem Forstamt.
3. Den Abschluß bildete die zweite Dienstprüfung, auf welche die Ernennung zu **Forstpraktikanten 1. Klasse** folgte.
4. Für die Anstellung als Oberförster war ein Zeugnis der Klasse I oder II und die mindestens 2jährige Dienstleistung als Revierförster vorgeschrieben.

Das Studium auf einer forstlichen Ausbildungsstätte blieb zwar formell immer noch fakultativ, doch war es jetzt aufgrund der gesteigerten Anforderungen auch für Forstwart- und Försteraspiranten kaum mehr möglich, ohne den Besuch der Forstlehranstalt Hohenheim auszukommen, während für die Bewerber um Forstassistenten- und Oberförsterstellen, an die vor allem höhere Ansprüche in bezug auf Rechtskenntnisse gestellt wurden, faktisch ein mindestens einjähriges juristisches Zusatzstudium auf der Universität notwendig wurde. Dementsprechend war bei der Anmeldung zur ersten Prüfung der Bildungsgang und

²⁷²⁾ Verordnung vom 24. 1. 1840 (Reg. Bl. 1840 S. 53).

²⁷³⁾ Obwohl das erste Examen unmittelbar an das Studium anschloß, waren die Lehrkräfte im Prüfungsausschuß nicht vertreten, weil die Forstdienstprüfungen unabhängig von der Ausbildung waren.

gegebenenfalls die Hochschulreife zu belegen, wobei diese jedoch nur bei den Aspiranten auf Forstassistenten- und Oberförsterstellen als Vorbedingung betrachtet wurde. In der Regel erfolgte die Ablegung der ersten Forstdienstprüfung im Anschluß an den Besuch der Forstlehranstalt Hohenheim bzw. der Universität Tübingen, so daß sie gleichzeitig die Funktion einer wissenschaftlichen Abschlußprüfung erfüllte.

Da nicht alle Forstpraktikanten 1. Klasse eine Anstellung als Forstwart oder Forstassistent fanden, mußten sich viele mit befristeten Beschäftigungen als Aushilfskräfte und Amtsverweser behelfen oder sie blieben stellungslos und schlugen sich in anderen Berufen (z. B. als Geometer) durch, bis ihnen der Einstieg in die Forstlaufbahn gelang. Auch dann dauerte es bis zur planmäßigen Anstellung als Revier- oder Oberförster noch sehr lange, denn insgesamt 200 Ämtern (4 Kreisforsträte, 26 Oberförster, 170 Revierförster) standen nahezu 100 Anfangsstellen (26 Forstassistenten, 70 Forstwarte) sowie eine nicht unerhebliche Zahl von Forstgeometern, Hofjägern und Gemeindeförstern gegenüber, die sich ebenfalls um höhere Dienstposten bewarben.

Die Einführung der neuen Prüfungsordnung war nicht reibungslos vonstatten gegangen. Ausgehend vom Interesse der großen privaten Waldbesitzer, wandten sich die Landstände gegen die ihrer Ansicht nach überzogenen Anforderungen. Vor allem die Kammer der Standesherrn – Bremsklotz bei allen fortschrittlichen Maßnahmen – äußerte die Auffassung, daß nur der praktisch ausgebildete Forstmann sich im Walde heimisch fühle. Die Regierung, über den »bisweilen das Sarkastische streifenden Ton« der wiederholten Anträge verärgert und im Bewußtsein ihrer alleinigen Zuständigkeit in dieser Frage, ließ sich jedoch auf keine Änderungen ein.²⁷⁴⁾

Zweifellos bedeutete die Neuregelung von 1840 einen Schritt auf dem beschwerlichen Wege zur Überwindung des Revierförstersystems, doch konnte auch sie nicht voll befriedigen. Vor allem das bei einem beliebig gewählten Revierförster abzuleistende und selbstverständlich unbezahlte Vorbereitungsjahr wurde nicht systematisch genutzt, obwohl seit 1843 darüber ein Zeugnis auszustellen war. Es bestand in der Regel in gelegentlichen Waldspaziergängen und diente nicht selten dazu, »die jungen Leute von einem ernsteren Studium abzuleiten und ihnen die angenehme und leichte Seite des Wald- und Jagdlebens zu zeigen.«²⁷⁵⁾ Auch die Ausbildung in Hohenheim berücksichtigte zu wenig die Erfordernisse der Praxis. Gwinner beantragte deshalb 1847 als Kreisforstrat in Ellwangen, die Forstkandidaten während des Vorbereitungsjahrs von März bis Juni zusammen mit einem Oberförster, einem Revierförster, einem Forstassistenten und dem Ellwanger Stadtförster auf privater Grundlage praktisch auszubilden. Das Finanzministerium lehnte diesen Vorschlag einer »Waldbauschule« jedoch aus Furcht vor einer Beeinträchtigung der Dienstaufgaben des Lehrpersonals ab. Eine derartige Maßnahme wäre indessen dringend notwendig gewesen, zumal die 2–3jährige Überbrückung der Zeit bis zum regulären Dienstantritt mit Hilfsdiensten sich ebenfalls ungünstig auswirkte, so daß der Beruf nur von der Schokoladenseite, »nämlich von dem Standpunkt einer gewissen Unabhängigkeit und des mehr zusagenden Aufenthalts im Freien bei schönem Wetter gegenüber dem Kanzleileben« in Erscheinung trat.²⁷⁶⁾ Schließlich wurden von der Prüfungskommission, in der die Forstleute noch immer unzureichend vertreten waren, die Hilfs- und Nebenfächer stärker bewertet als die zentralen forstlichen Disziplinen. So konnten auch weiterhin Prüflinge bestehen, »an welchen der Försterstand eben keine sonderliche Acquisition zu hoffen hatte.«²⁷⁶⁾

²⁷⁴⁾ HSTA E 33 BÜ. 1021.

²⁷⁵⁾ Entwurf einer Forstorganisation . . . S. 208.

²⁷⁶⁾ a.a.O. S. 209.

7. Zusammenfassung

Die der Forstorganisation von 1822 folgende Zeitspanne kann nur als Periode des forstorganisatorischen Stillstands charakterisiert werden. Auf keinem Gebiet – sieht man vom Ausbildungs- und Prüfungswesen ab – wurden fortschrittliche Initiativen sichtbar. Es war, als ob der Rückschlag des Jahres 1822 alle vorwärts drängenden Kräfte gelähmt hätte. Eine Hauptsache für diese Erschlaffung lag zweifelsohne in der Beseitigung des Forstrats. Die Besetzung des Finanzministeriums mit einem, später 2 Forstreferenten konnte kein Ersatz für eine Zentralstelle sein. Der Rückstand, in den Württemberg im Vergleich zu den Nachbarstaaten sowohl hinsichtlich der gesetzlichen Regelungen als auch der waldbaulichen Anweisungen geriet, ist nach dem übereinstimmenden Urteil der zeitgenössischen Sachverständigen auf diesen Zustand zurückzuführen. Hinzu kam der Umstand, daß der oberste Forstbeamte des Landes, Nördlinger, keine praktischen Erfahrungen aufweisen konnte – ein Mangel, der durch intensive Beteiligung von Praktikern am Entscheidungsprozeß hätte gemildert werden können. Genau dies jedoch unterblieb. Sieht man von 2 Kommissionsbildungen in den Jahren 1830 und 1846 ab, so gab es kaum unmittelbare Begegnungen zwischen der fachlichen Führungsspitze und den Mittelstellen, geschweige denn mit dem äußeren Personal.

Zu dieser Kluft trug nicht wenig das Amtsgeheimnis bei, das auch in technischen Angelegenheiten streng beachtet wurde. Alle Vorschriften entstanden im Schoße des Finanzministeriums, ohne daß – die beiden kommissarischen Beratungen ausgenommen – eine verwaltungsinterne oder gar öffentliche Diskussion stattfinden konnte, und auch nachfolgende Kritik war durchaus unerwünscht, so daß später von einem »Absperrungssystem gegen alle Fortschrittstheorien« gesprochen werden konnte.²⁷⁷⁾ Reisen ins »Ausland« und ein Vergleich mit den württembergischen Verhältnissen waren verpönt. Für die Fortbildung geschah nichts.²⁷⁸⁾ Wer im Verdacht stand, mit einer Fachzeitschrift zu korrespondieren, hatte mit unliebsamen Folgen zu rechnen. Seitdem Widenmanns »Forstliche Blätter« im Jahre 1832 ihr Erscheinen praktisch eingestellt hatten, gab es in Württemberg keine öffentliche Auseinandersetzung über Fachprobleme oder gar die Gestaltung der Forstverwaltung mehr – ein muffiger Geist hatte seinen Einzug gehalten.

Eine abgewogene Beurteilung wird allerdings nicht außer acht lassen dürfen, daß Nördlinger in manchen technischen Bereichen – so auf dem Gebiet des Waldbaus mit dem Übergang zur Hochwaldwirtschaft in den Staatsforsten oder in der Taxationsfrage – richtungsweisend wirkte oder sich doch zumindest ernsthaft um eine Weiterentwicklung bemühte. Was jedoch die innere und äußere Verfassung der Forstverwaltung betrifft, gingen von ihm keine Anstöße aus, die als fortschrittlich zu bezeichnen wären. Im Lande wurde seinem großen Einfluß auch die Verantwortung für die Auflösung des Forstrats zugeschrieben. Für diese Vermutung lassen sich zwar keine Anhaltspunkte erkennen, doch muß festgestellt werden, daß er jedenfalls nichts unternommen hat, um diesen verhängnisvollen Schritt zu verhindern.²⁷⁹⁾ Auf alle Fälle funktionierte das System der 4 stufigen Forstverwaltung, das durch die Bestellung Nördlingers zum Forstreferenten des Finanzministeriums seit 1818 eingeführt und nach der Beseitigung des Forstrats noch deutlicher ausgebildet worden war, nur sehr unvollkommen, weil die Leitungsfunktion der Führungsspitze nicht wirkungsvoll ausgeübt wurde. Die Stagnation in der Forstgesetzgebung dürfte nicht zuletzt auf diese Situation zurückzuführen sein. Sicherlich sind ihm nicht alle Versäumnisse anzulasten, zumal er auch noch für das Bergwesen zuständig und daher überaus stark belastet

²⁷⁷⁾ AFJZ 1849 (Jg. 25) S. 149.

²⁷⁸⁾ Erst 1846 wurde jedem Forstamt (nicht aber den Revierverwaltern) der Bezug eines Exemplars der Allgemeinen Forst- und Jagdzeitung gestattet (Erlaß vom 2. 5. 1846. Reyscher, A. L.: a.a.O. Bd. 16/2 S. 1092).

²⁷⁹⁾ In einem öffentlichen Brief beklagte Nördlinger im Jahre 1848 diese Entscheidung und schrieb die Ursache »vorzüglich dem damaligen Übergewicht einer gewissen Staatsdienerklasse« sowie dem Umstand zu, daß der Forstrat wegen der Unterbringung überflüssig gewordener Männer nicht so besetzt war, wie es sein sollte (Schwäbischer Merkur 1848, S. 1863).

war, doch entsprach seine Grundhaltung durchaus dem abgestandenen Konservatismus, der im 3. und 4. Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts vor allem unter dem Finanzminister Herdegen das Klima im Finanzministerium bestimmte. Offensichtlich beging Nördlinger auch den Fehler, sich vom Schreibtisch aus in Detailfragen einzuschalten, statt sich auf die ungelösten Grundsatzprobleme zu konzentrieren.

»Das System der Bevormundung ging oft so weit, daß vom Ministerium aus befohlen wurde, ob eine Culturfäche durch Saat oder Pflanzung bestockt, ob die Pflanzen an einem Graben **neben** den Aufwurf oder **hinter** denselben gesetzt werden sollten, ob in einer Saatschule eine halbe Quadratrute mit Obstbäumen gepflanzt oder angesät werden dürfte, oder nicht. Wenn eine Waldfläche vor der Cultur zwei oder drei Jahre landwirthschaftlich benutzt werden wollte, mußte das Ministerium angegangen werden, obgleich der Referent eben wegen dieses Vielregierens **nur selten im Walde** gesehen wurde.«²⁸⁰⁾

Als besonders schwerwiegender Nachteil stellte sich heraus, daß der Verlust einer Zentralstelle zu einem **Verlust an Einheit** in der Forstverwaltung führte. Alles entwickelte sich auseinander. Selbst im Verhältnis des Forstpersonals der 4 Kreise trat mit der Zeit eine Entfremdung ein. Da die Kreisfinanzkammern nicht miteinander in Verbindung standen, pflegte jede ihre Spezialitäten. Die Abhängigkeit der Forstämter und Reviere von einem einzelnen Kreisforstrat mit seinen oft recht eigenwilligen und einseitigen Anschauungen führte im übrigen zu einem Autoritätsverfall, zumal bei den im Vergleich zur heutigen Situation noch weithin ungefestigten fachlichen Erkenntnissen mit dem Wechsel der Person in in der Regel auch ein Wechsel der Wirtschaftsmaxime verbunden war. Da auf vielen Gebieten allgemein gültige Anweisungen fehlten, wußte niemand so recht, woran man sich halten sollte. Es kam deshalb vor, daß Anordnungen eines Kreisforstrats unter Berufung auf »die in der höchsten Instanz herrschende Ansicht« vom Oberförster annulliert wurden.²⁸¹⁾ Typisch für diesen Zustand der Unsicherheit ist auch, daß es keine zuverlässige öffentliche Forststatistik für das ganze Land mehr gab, wie sie noch unter Seutter selbstverständlich gewesen war. Auf der anderen Seite erforderte der vielschichtige Verwaltungsaufbau umfangreiche bürokratische Vorschriften und einen beträchtlichen Papierkrieg, an dem auch die oft kleinlichen Kompetenzregelungen nicht unschuldig waren, so daß Praktiker später zu dem Urteil kamen, diese Zeit habe »einen widerlich trüben Faden des Mißtrauens in das ursprünglich gefällige Gewebe unseres Forstorganismus eingezettelt.«²⁸²⁾ Dagegen fehlte es an einer wirksamen Kontrolle der Waldbewirtschaftung. Die Visitationen der Kreisforsträte reichten zu diesem Zweck nicht aus, weil sie nur in großen (5jährigen) Zeitabständen erfolgten. Die Oberförster waren in der übrigen Zeit sich selbst überlassen und niemand kümmerte sich darum, wie oft sie in den Wald kamen. Aus den geschilderten Gründen war dies selten genug der Fall, so daß sie oft ganze Walddistrikte Jahr und Tag überhaupt nicht oder nur dann zu Gesicht gekamen, wenn sie gerufen wurden. Dementsprechend hing es weitgehend von den Förstern ab, in welchem Umfang sich die Forstamtsleiter mit der praktischen Waldwirtschaft befaßten. Ein träger Reviervorwalter konnte daher wochenlang zu Hause sitzen, ohne daß dies jemand erfuhr oder davon Notiz nahm. Allein dem erheblich gestiegenen Berufsethos war es zu verdanken, daß dies nicht allzu häufig vorkam. Es ist deshalb begreiflich, daß sich sowohl bei den Forstleuten als auch im Parlament zunehmend die Auffassung breit machte, in Württemberg müsse wieder eine Zentralstelle geschaffen werden, die zu einer Neubelebung der Forstverwaltung fähig sei.

²⁸⁰⁾ AFJZ 1849 (Jg. 15) S. 149.

²⁸¹⁾ AFJZ 1848 (Jg. 14) S. 300.

²⁸²⁾ Versammlung der Forstleute des Schwarzwalds am 14. 10. 1848 in Calw (Schwäbischer Merkur vom 27. 10. 1848).

E. Von der Reformbewegung 1848/49 bis zur Organisation von 1902

VIII. Die Revolution von 1848/49

1. Politische Entwicklung

Die politischen Ereignisse in Frankreich im Februar 1848 lösten bekanntlich in Deutschland ebenfalls revolutionäre Bewegungen aus. Auch in Württemberg bestand die Gefahr eines Übergreifens, zumal auf die Mißernten von 1846 und 1847 Hungersnot und Teuerung gefolgt waren. König Wilhelm kam jedoch dieser Entwicklung zuvor, indem er im März 1848 aus Mitgliedern der liberalen parlamentarischen Opposition eine neue Regierung bildete. Mit diesem »Märzministerium« unter der Führung des Staatsrats Römer erhielt die württembergische Staatsverwaltung erstmals eine parlamentarische Leitung, nachdem bisher der König die Minister nach seinem persönlichen Wohlwollen berufen hatte.

Im Zug oder allgemeinen politischen Entwicklung in Deutschland erlangten die von der verfassungsgebenden Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte auch in Württemberg Geltung. Unter anderem gehörten die Abschaffung der Zensur, die Beseitigung der Adelsvorrechte, die Einführung der Versammlungs- und Pressefreiheit und die Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden zu den Errungenschaften des Jahres 1848. Die württembergische Verfassung von 1819 war damit außer Kraft gesetzt. Mit dem Scheitern der Revolution kam es jedoch zu einer reaktionären Gegenbewegung, die im August 1849 zur Ablösung der Regierung Römer durch ein Beamtenministerium und schließlich 1851 zur Aufhebung der Grundrechte und zur Wiederherstellung der alten Verfassung führte. Dennoch blieben wichtige erkämpfte Rechte bestehen, so z. B. Unverletzlichkeit und Freiheit der Person, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, Abschluß der Bauernbefreiung durch entgeltliche Ablösung der grundherrlichen Lasten und Bildung moderner Parteien. Allerdings bestimmte zunächst wieder die Restauration das innenpolitische Klima Württembergs.

2. Die Forstverwaltung in den Revolutionsjahren

Die revolutionäre Grundstimmung, die Einführung der Volksbewaffnung und die vielen neu erworbenen Freiheiten blieben auch für die Forstverwaltung nicht ohne Folgen. Im Frühjahr 1848 kam es zu vielen Übergriffen in den Wäldern und vielerorts auch zu Gewalttätigkeiten gegen das Forstpersonal, die »ohne Scheu und häufig im Complot« verübt wurden.²⁸³⁾ Vor allem die Hofjagdbezirke und die dicht besiedelten Gegenden des mittleren Neckarraums waren davon betroffen. Für manche Forstbeamte war es lebensgefährlich, den Wald zu betreten, sodaß sie (wie beispielsweise im Schönbuch) durch im Taglohn bezahlte Bürger geschützt werden mußten. Vielfach wagte es das Schutzpersonal gar nicht mehr, gegen die Waldfrevler einzuschreiten. Wegen ihrer polizeilichen Funktionen waren die Waldschützen dem Volkszorn in ganz besonderer Weise ausgeliefert, so daß einige von ihnen im Walde oder in ihren Häusern überfallen und teilweise schwer verletzt wurden.²⁸⁴⁾ Im Revier Gundelsheim kam es »zu Einfällen von (2–300) Einwohnern badischer Orte in württembergische Staatswaldungen mit Jagd- und Holzexzessen«.²⁸⁵⁾ Die Ausschreitungen nahmen in einigen Gegenden solche Ausmaße an, daß Militäreinheiten zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung abkommandiert werden mußten. Nicht unbeteiligt an die-

²⁸³⁾ HSTA E 221 Bü. 1831/1832.

²⁸⁴⁾ So z. B. die Waldschützen Schöttle (Altdorf), Eberwein (Bühl bei Rottenburg), Muffer (Dettenhausen) und Bauer (Plattenhardt).

²⁸⁵⁾ HSTA E 221 Bü. 1831/1832. Siehe auch Hasel, K.: Auswirkungen der Revolution . . . S. 146.

ser Entwicklung war eine Amnestie, die König Wilhelm im April 1848 für alle Forst- und Jagdvergehen erlassen hatte »in Berücksichtigung der bedrängten Lage, welche in der letztverflossenen Zeit durch die Theuerung der Lebensmittel für die ärmere Classe der Bevölkerung der Staats-Angehörigen veranlaßt worden ist und zuletzt in Verbindung mit politischer Aufregung die Begriffe von Recht und Ordnung da und dort verwirrt hat.«²⁸⁶) Sie erreichte das Gegenteil des beabsichtigten Zwecks, weil die Bevölkerung glaubte, auch in Zukunft straflos auszugehen. Die Zahl der Exzesse stieg daher einige Monate stärker als je zuvor, so daß ein umfangreiches außerordentliches Schutzpersonal eingesetzt werden mußte. Nach dem Abklingen der ersten Erregung normalisierte sich die Lage jedoch wieder verhältnismäßig rasch.

Die Ereignisse von 1848 hatten jedoch außer unerfreulichen Begleiterscheinungen auch positive Auswirkungen. Nach langer Zeit gab es wieder öffentliche Kritik an den forstlichen Zuständen und Erörterungen über die notwendigen Reformen. Am 14. 10. 1848 fand eine Versammlung der Forstleute des Schwarzwaldkreises statt, auf der diese Fragen gemeinschaftlich behandelt wurden. Die anderen Kreise folgten mit ähnlichen Veranstaltungen. Anonyme Druckschriften erschienen, in denen Reformvorschläge zur Diskussion gestellt wurden. In der Forstverwaltung herrschte eine wahre Aufbruchstimmung und es schien, als ob ein frischer Wind die verstockte Atmosphäre der beiden letzten Jahrzehnte weggeblasen hätte.

Bezeichnend für die freimütige Meinungsäußerung ist die auf der Schwarzwaldversammlung vom 14. 10. 1848 in deutlicher Anspielung auf Nördlinger getroffene Feststellung, die führenden Forstleute mußten außer erprobter Fachbildung und Gesinnungstüchtigkeit auch die Eigenschaft der **Leutseligkeit** besitzen.

Unmittelbare Folgen für die Forstorganisation ergaben sich durch das Gesetz über die Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit vom 4. 7. 1849, das auch die Forstgerichtsbarkeit und Forstpolizei der Standesherrn und des ritterschaftlichen Adels entschädigungslos beseitigte.²⁸⁷) Die Forstverwaltungsbezirke der Hofdomänenkammer und des Großprivatwalds verloren damit ihren öffentlich-rechtlichen Status und wurden mit Wirkung vom 15. 8. 1849 den staatlichen Forstämtern zugeteilt, die von diesem Zeitpunkt an die Ausübung der forststrafrechtlichen und forstpolizeilichen Funktionen übernehmen. Insgesamt handelte es sich um ca. 6000 ha Wald der Hofdomänenkammer, 11 200 ha Körperschaftswald, 37 500 ha Groß- und 7 200 ha Kleinprivatwald. Von den Forstverwaltern der Standesherrn mußten so viele in den Staatsforstdienst überführt werden, als zur Ausübung der Forstgerichtsbarkeit und Forstpolizei in den eingegliederten Waldungen erforderlich waren. Bei den staatlichen Forstbeamten löste diese Maßnahme Empörung aus, weil die Regierung die Aspiranten für standesherrliche Forstverwaltungen bei den Forstdienstprüfungen bevorzugt behandelt und ihnen diese teilweise sogar ganz erlassen hatte.²⁸⁸)

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang schließlich auch die gesetzliche Beseitigung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden, die vor allem eine Beschränkung der Staatsjagden auf den Staatswald und damit auf einen Bruchteil der seitherigen Jagdfläche bewirkte. Dasselbe traf auf den Hofjagdbezirk zu, der von nun an nur noch aus den Waldungen der Hofdomänenkammer bestand, da den bisher dazu gehörenden Gemeinden das Jagdrecht zurückgegeben werden mußte. Die Staatsjagden wurden weiterhin grundsätzlich verpachtet, wobei Ober- und Revierförster als Pächter zugelassen waren.²⁸⁹)

²⁸⁶) Verordnung vom 22. 4. 1848 (Reg. Bl. 1848 S. 173).

²⁸⁷) Reg. Bl. 1849 S. 269.

²⁸⁸) In den Jahren 1825 und 1827 waren für diesen Personenkreis Privatexamina durchgeführt worden.

²⁸⁹) Verfügung der Oberfinanzkammer, Abt. für Forste, vom 11. 11. 1852 (Monatsschrift für das württ. Forstwesen 1851 Jg. 2 S. 321).

3. Der Organisationsentwurf von 1849

Zu den Reformmaßnahmen, die von der Regierung Römer in Angriff genommen wurden, gehörte auch die Absicht, eine durchgreifende Umbildung des Staatsorganismus herbeizuführen mit der Zielsetzung, die Vielschreiberei zu vermindern und dem Volk einen größeren Anteil an der Regierung einzuräumen. Zu diesem Zweck wurde im Juni 1848 eine Organisationskommission aus Vertretern zahlreicher Fachgebiete eingesetzt, die nach Verwaltungszweigen in 30 Referate gegliedert war. Dem Referat für die Domanal- und Forstverwaltung unter Leitung des späteren Forstdirektionschefs **Renner** gehörte zunächst kein Forstmann an, doch wurde im Laufe des Jahres 1848 **Gwinner** als Mitglied berufen, der dann auch die eigentliche Arbeit leistete. Er war für diese Aufgabe zweifellos prädestiniert, da er sich als Forstlehrer und Kreisforststrat zu einem exzellenten Kenner der forstlichen Landesverhältnisse, der Verwaltungsorganisation und des Forstpersonals entwickelt hatte. Bei allem persönlichen Engagement war er von Anfang an bestrebt, die Praxis so weitgehend wie möglich an der Erarbeitung von Reformvorschlägen zu beteiligen. Aus diesem Grunde wurden nicht nur zahlreiche schriftliche Stellungnahmen eingeholt, sondern man bildete auch einen Ausschuß von Forstexperten, der vom 5.–9. 3. 1849 die Reorganisationsgrundsätze ausarbeitete. Der daraufhin im Druck vorgelegte **Entwurf einer Forstorganisation** für Württemberg stellt wie die Forstorganisationen von 1818 und 1822 eine umfassende, in sich geschlossene Konzeption dar, die eine grundlegende Neugestaltung des Aufbaus der Forstverwaltung zum Ziele hatte. Als Voraussetzung hierfür mußten jedoch zunächst Grundsätze für die Revision der Forstgesetzgebung entwickelt werden, weil die antiquierten Rechtsgrundlagen für eine zeitgemäße organisatorische Reform ungeeignet waren.

Nach den Vorstellungen des Entwurfs sollte der **Privatwald** freigegeben werden, wobei Einschränkungen lediglich für Waldausstockungen (forstpolizeilicher Genehmigungsvorbehalt, Verbot aus Gründen des öffentlichen Wohls), kahle Abholzungen (Anzeigepflicht, Untersagung aus klimatischen Rücksichten oder zum Schutz von Nachbarbeständen) und bei allgemeinen Gefahren durch Naturereignisse oder menschliche Handlungen (Anordnungen der Forstpolizeibehörden) vorgesehen waren.

Schwieriger gestaltete sich die Behandlung des **Körperschaftswalds**. Hier hatte sich die Praxis einschließlich der Forstexperten mehrheitlich dafür ausgesprochen, die staatliche Einflußnahme gegenüber der üblich gewordenen Handhabung zu verstärken. Zu den Forderungen gehörten

- eine Bewirtschaftungspflicht durch geprüfte, vom Staat bestätigte Sachverständige,
- die Beschränkung der Ausstockungen,
- gemeinschaftliche Revierbildungen im Staats- und Körperschaftswald,
- die Bestellung des körperschaftlichen Forstpersonals durch den Staat und nur in reinen Körperschaftsrevieren durch die Körperschaft bei gleichzeitiger staatlicher Bestätigung sowie
- die Teilung der Verwaltungskosten zwischen Staat und Körperschaften im Verhältnis 2:1.

Die Mehrzahl der Forstämter sprach sich sogar für eine gemeinschaftliche Besorgung des Forstschutzes im Staats- und Körperschaftswald aus. Gwinner dagegen vertrat als überzeugter »Freisinniger« die Auffassung, daß kein öffentliches Bedürfnis für eine überwiegende staatliche Beförderung bestehe. Er wollte es deshalb bei einer Verpflichtung der Körperschaften zur Aufstellung von Wirtschaftsplänen durch frei gewählte Sachverständige belassen, ohne die Wahlrechte hinsichtlich der Anstellung des Forstpersonals zu beschränken. Der Organisationsentwurf war auf diesem Grundsatz aufgebaut, wollte jedoch die abschließende Entscheidung der Organisationskommission selbst überlassen, die jedoch nicht mehr zustande kam. Die von Nördlinger 1848 geforderte Einbeziehung des Kör-

perschaftswalds in den staatlichen Forstschutz wurde bei dieser Ausgangslage ohnehin nicht in Erwägung gezogen.²⁹⁰⁾

Von diesen Voraussetzungen ausgehend kam die Organisationskommission zu folgenden Vorschlägen:

1. Als wichtigste Maßnahme wird die Bildung einer kollegial organisierten **Forstsektion** als forstliche Zentralstelle angesehen, die sowohl für die Bewirtschaftung des Staatswalds als auch für die forstpolizeiliche Oberaufsicht über den Körperschafts- und Privatwald zuständig sein soll. Sie ist nicht als Mittelstelle zwischen Ministerium und Forstämtern, sondern als selbständige Ministerialabteilung gedacht. Aus diesem Grunde soll der Minister an wichtigen Kollegialsitzungen selbst teilnehmen, um ihm auf diese Weise einen unmittelbaren Eindruck von den behandelten Problemen zu verschaffen.²⁹¹⁾ Hinsichtlich der Staatswaldbewirtschaftung ist die Forstsektion eine Abteilung des Finanzministeriums, hinsichtlich der Forstpolizei eine Abteilung des Innenministeriums, das damit die Funktionen der obersten Forstpolizeibehörde erhält. Für die Besetzung der Forstsektion sind in ihrer Eigenschaft als »Forstdomänensektion« 1 (nichttechnischer) Vorstand, 3 Forstreferenten, 2 Administrationsreferenten und 1 Justitiar vorgesehen, während sie in ihrer Eigenschaft als »Forstpolizeisektion« aus den 3 Forstreferenten und 3 Räten des Innenministeriums zusammengesetzt sein soll.
2. Die **Forststrafrechtspflege** wird von der Forstverwaltung getrennt, um dem Grundsatz der Gewaltenteilung Rechnung zu tragen. Statt dessen werden bei den ordentlichen Gerichten oder den Oberämtern Forstrevellgerichte gebildet, bei denen der Förster für im Staatswald begangene Vergehen wegen seiner Kenntnis der Personal- und Lokalverhältnisse die Funktion des Staatsanwalts übernimmt; der Oberförster wird nur noch informatorisch beteiligt.²⁹²⁾
3. Die Tätigkeit der **Forstämter**, deren Notwendigkeit schon im Hinblick auf die Schwierigkeit der Abwicklung des Schriftverkehrs der Zentrale mit 170 Revieren nicht in Frage gestellt wird, soll bei gleichzeitiger Erweiterung der Befugnisse der **Revierverwalter** mehr auf den praktischen Forstbetrieb verlagert werden. Das dienstliche Verhältnis zwischen Oberförster und Revierförster wird insofern verändert, als der erstere zwar administrativer Vorgesetzter bleibt, in Fragen der Waldwirtschaft jedoch zu kollegialer Zusammenarbeit verpflichtet sein soll. Aus diesem Grunde erklärt der Entwurf die Taxation und die periodische Betriebsplanung prinzipiell zur Aufgabe des Revierförsters, sieht aber die Mitwirkung des Oberförsters vor. Auch die jährliche Betriebsplanung wird vom Revierförster gefertigt, der bei Meinungsverschiedenheiten mit dem Forstamt die Entscheidung der Forstsektion einzuholen hat. Wichtige Fragen – z. B. die Aufstellung des Etats und die Regulierung der Preise des nicht versteigerten Holzes sowie der Holzhauerlöhne – sollen von einem aus allen Förstern des Forstamts gebildeten Kollegium durch Abstimmung entschieden werden. Entsprechend der veränderten Stellung wird die Tätigkeit der Forstämter als Forstinspektion bezeichnet, ohne daß dies jedoch in einer Änderung der Amtsbezeichnung zum Ausdruck gebracht wird. Zur Intensivierung der Gemeindewaldwirtschaft werden die Oberförster zur jährlichen Visitation verpflichtet. Die von den Körperschaften angestellten geprüften Förster haben künftig dieselbe Rechtsstellung wie die staatlichen Revierförster und werden dem Oberförster direkt unterstellt.
4. Die **Besoldungen** der Ober- und Revierförster werden nicht mehr nach der Größe der Dienstbezirke gestaffelt, vielmehr sollen Beförderungen nach Dienstalter, Befähigung und Amtsführung erfolgen. Die Beeinträchtigung des Außendienstes wird durch die Gewährung von Diäten für alle auswärtige Dienstverrichtungen beseitigt.

⁻⁹⁰⁾ Schwabischer Merkur 1848 S. 1864 Nördlinger begründete diese Anregung mit dem Hinweis auf die Tatsache, daß die Kontrolle des Holzdiebstahls durch ein getrenntes Forstschutzpersonal bei der Gemengelage des Staats- und Körperschaftswalds erschwert werde.

²⁹¹⁾ Der Entwurf geht von einer Teilnahme des Finanzministers an jeder 4. Sitzung aus (S. 89).

²⁹²⁾ Der Entwurf gebraucht nicht die amtliche Bezeichnung »Revierförster«, sondern spricht vom »Förster«.

5. Die **Ausbildung** soll verbessert werden, indem auch für die Reviervorhalter die Hochschulreife gefordert wird und das Vorbereitungs Jahr nur noch bei Förstern abgeleitet werden kann, die von der Forstsektion legitimiert sind. Statt 2 Forstdienstprüfungen ist nur noch eine einzige vorgesehen, die zur stufenweisen Bewerbung um alle Dienstgrade berechtigt. Nach der Prüfung werden die Absolventen nicht mehr im Kanzleidienst als Gehilfen, sondern im Interesse ihrer praktischen Ausbildung auf Revieren sowie zur Unterstützung einzelner hilfsbedürftiger Förster als Revierassistenten beschäftigt, die damit die Funktion des Forstwartinstituts übernehmen. Die Forstamtsassistenten werden künftig aus der Zahl der Revierassistenten ernannt; sie sind außer im Innendienst, wo sie es bisher ausschließlich mit geisttötendem Papierkrieg zu tun hatten, auch in der Taxation und in der Waldvermessung eingesetzt. Förster können nur noch Forstamtsassistenten und geprüfte Gemeindeforstbeamte werden, weil beide Kategorien nicht nur über theoretische, sondern auch über ausreichende praktische Erfahrungen verfügen.
6. Die Freigabe des Privatwalds, der Wegfall der Forststrafrechtspflege, die Beschränkung der Staatsjagden auf den Staatswald und eine wesentliche Geschäftsvereinfachung – der Entwurf enthält einen detaillierten Katalog der vorgeschlagenen Maßnahmen – insbesondere durch eine weitgehende Verringerung der Holzkontrollen (»Holzabstiche«) und Delegation zahlreicher Kompetenzen wird eine neue **Lokaleinteilung** ermöglicht.²⁹³⁾ Sie sieht eine Reduktion der Forstämter von 26 auf 15 und der Reviere von 170 auf 140 vor.²⁹⁴⁾
7. Der **Forstschutz** wird ausschließlich durch Waldschützen wahrgenommen, die in der Regel aus dem Bürgerstand und vor allem aus der Walдарbeiterschaft zu wählen sind, wobei gediente Unteroffiziere und Soldaten bevorzugt werden sollen. Der Dienstgrad der Forstwarte wird aufgehoben, da er sich als Ausbildungsinstitut nicht bewährt hat. Die Anbringgebühren entfallen und werden durch Belohnungen für besondere Tüchtigkeit ersetzt. Für die Besorgung des außerordentlichen Forstschutzes soll ein bewegliches, militärisch organisiertes Korps gebildet werden. Die Besoldung der Waldschützen, die den Förster auch im Nutzungs- und Kulturbetrieb zu unterstützen haben, wird im Hinblick auf den hohen Wert des ihnen anvertrauten Guts, den schweren Dienst und die Verhinderung von Begünstigungen wesentlich verbessert.

Der Organisationsentwurf, der äußerst sorgfältig ausgearbeitet und begründet wurde, berücksichtigte alle Forderungen, die an eine zeitgemäße Reform der Forstverwaltung gestellt werden mußten und deren Berechtigung sich aus den geschilderten Zuständen von selbst ergibt. Bei aller Fortschrittlichkeit vermieden die Autoren radikale Änderungsvorschläge. So wurde von einer Abschaffung der Forstämter Abstand genommen, da es trotz der Hebung des Bildungsstands seit 1822 immer noch Förster gab, die im Waldbau eines Beistands bedurften. Im übrigen ist vielfach der Einfluß badischer Vorbilder spürbar. Erstmals wurden auch die forstpolizeilichen Funktionen der Forstverwaltung systematisch erfaßt und scharf von ihren fiskalischen Aufgaben getrennt; in den alten Forstgesetzen und auch noch in den Dienstinstruktionen von 1818 und 1822 waren beide Bereiche vermischt. Für die Weitsichtigkeit Gwinners spricht auch, daß er die Forstpolizei als »die volkswirtschaftliche Seite des Forstwesens« auffaßte. Aufgrund dieser Einsicht gab er der Entwicklung der Intelligenz und des Interesses der Gemeindebehörden für die Erhaltung und Verwaltung des Gemeindevermögens durch häufige Besuche des staatlichen Forstpersonals in den Gemeindeforsten den Vorzug vor »bürokratischen Maßregeln und tabellarischen Controllen der Forstpolizei«.²⁹⁵⁾

²⁹³⁾ Gwinner errechnete eine 60%ige Verminderung der schriftlichen Arbeiten.

²⁹⁴⁾ Die vorgeschlagenen Organisationsänderungen hätten zu folgenden Größenordnungen geführt:

Forstamt: 10 300 ha Staats-, 13 500 ha Körperschafts- und 12 300 ha Privatwald;

Revier: 1 100 ha Staats-, 1 450 ha Körperschafts- und 1 300 ha Privatwald.

Gwinner unterstellte für die Beurteilung des Arbeitsaufwands im Körperschaftswald $\frac{1}{4}$ des Staatswalds; der Privatwald wurde überhaupt nicht berücksichtigt.

²⁹⁵⁾ AFJZ 1850 (Jg. 26) S. 114.

Der Organisationsentwurf wurde von den Forstbeamten im Lande überwiegend günstig aufgenommen, doch waren auch negative Reaktionen zu verzeichnen. So meldeten sich die Forstwärte, die ihren Dienstgrad in seiner Existenz bedroht sahen, mit eigenen Forderungen zu Wort.²⁹⁶⁾ Aus ähnlichen Beweggründen wurden aus dem Kreis der Oberförster kritische Stimmen laut.²⁹⁷⁾ Ein wesentlicher Vorwurf bezog sich ferner auf die vorgeschlagene liberale Regelung des kommunalen Forstrechts. Gewichtige Kritiker waren der Auffassung, die Staatsforstverwaltung könne ihre Aufgaben in diesem Bereich nur erfüllen, wenn ihr die Bewirtschaftung der Körperschaftswaldungen gesetzlich übertragen werde.²⁹⁸⁾ Es kam sogar zu einem **Gegenentwurf** zu den Vorschlägen der Gwinnerschen Organisationskommission, der – »im engeren Kreise einiger Freunde entstanden und in einer kleineren Versammlung von Forstleuten berathen« – offensichtlich von Vertretern der unteren Dienstgrade (Revierförster und Forstwärte) verfaßt worden war.²⁹⁹⁾

Er wurde nur oberflächlich ausgearbeitet, erschien jedoch ebenfalls im Druck. Die Ablehnung der Vorschläge der Organisationskommission gipfelte in dem Vorwurf, sie sanktioniere den Fortbestand der Forstämter, »deren Speditionsgeschäfte zwischen den Förstern und den höheren Verwaltungsstellen sprüchwörtlich geworden« seien, auf unabsehbare Zeit. Im einzelnen forderten die Autoren

- Freigabe des Privatwaldes;
- Trennung der Staatswaldungen vom Körperschaftswald in der Bezirksverwaltung und Anstellung von besonderen staatlichen Bezirksförstern für die Bewirtschaftung der Gemeindewaldungen, sofern keine eigenen Förster angestellt sind;
- Abschaffung der Forstämter als Behörden und Beschränkung der Oberförster (»Forstmeister«) auf die Genehmigung der Wirtschaftspläne und die Beratung der Revierförster;
- Verminderung der Zahl der Reviere auf 100;
- Bestellung von Forstwarten für alle Reviere zur Unterstützung und Kontrolle der Revierförster sowie
- Verbesserung des Forstschatzes durch Bildung eines militärisch organisierten Instituts.

Erkennbare Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Forstorganisation hatte der Gegenentwurf nicht, doch gab er das Signal zum Kampf um die Beseitigung des Revierförstersystems. Trotz der insgesamt positiven Resonanz kam es aber auch nicht zu einer geschlossenen Verwirklichung der von Gwinner ausgearbeiteten Reformvorschläge, obwohl er ungeachtet der empfohlenen Besoldungsverbesserungen eine 16°ige Kosteneinsparung in Aussicht stellen konnte. Dies lag vor allem an der Tatsache, daß wesentliche Voraussetzungen für eine Realisierung der Reorganisationspläne nicht geschaffen werden konnten, weil die Revision der Forstgesetzgebung auch nach 1848 nicht voran kam. Ferner spielte die Furcht vor personalpolitischen Schwierigkeiten eine Rolle. Im übrigen dürfte die Ende 1849 einsetzende restaurative Phase einer Übernahme des in der Revolutionszeit geschaffenen Organisationsentwurfs durch die Regierung nicht gerade förderlich gewesen sein, zumal er sich durch seine demokratischen Elemente (Försterkollegium) verdächtig gemacht haben mochte. Es wäre allerdings völlig verfehlt, die forstorganisatorischen Aktivitäten von 1848/49 als Fehlschlag bezeichnen zu wollen. Wie die weitere Entwicklung zeigen wird, entfaltete der Organisationsentwurf Gwinners eine ausgesprochene Langzeitwirkung, indem viele seiner Gedanken spätere Organisationsänderungen vorzeichneten, die dann – wenn auch oft in anderer Form oder fragmentarisch – in die Tat umgesetzt wurden. Er leistete damit einen hervorragenden Beitrag zur Weiterentwicklung der Forstorganisation in den folgenden Jahrzehnten.

²⁹⁶⁾ Die Waldschützen plädierten dagegen in einer Eingabe an die Abgeordnetenversammlung für die Abschaffung der Forstwärte, da diese den gleichen Dienst wie sie leisteten, wofür keine wissenschaftliche Bildung und Prüfung nötig sei.

²⁹⁷⁾ Oberförster Dietlen im Schwäb. Merkur 1849 S. 1869.

²⁹⁸⁾ Abg. Moritz Mohl in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 14. 11. 1851 (Prot. S. 1067).

²⁹⁹⁾ Die Organisation der Forstverwaltungs-Behörden ... Stuttgart 1849.

IX. Die Entwicklung der Forstverwaltung nach der Beiseitigung des Provinzialsystems

1. Die Wiederherstellung einer Zentralstelle

Je deutlicher die schädlichen Folgen der Auflösung des Forstrats in Erscheinung traten, umso mehr wuchs das Bedürfnis nach einer Wiederherstellung der Zentralstelle. Unter den Forstleuten war die Meinung so eindeutig, daß sich 1849 bei den Stellungnahmen zum Forstorganisationsentwurf nicht einmal eine einzige Stimme für die Beibehaltung des dezentralisierten Systems aussprach. Bereits 1842 war in der Kammer der Abgeordneten ein entsprechender Antrag gestellt worden, der aber auf den entschiedenen Widerstand des Finanzministers Herdegen stieß und nicht zuletzt deshalb abgelehnt wurde, weil man sich auf grundsätzliche Organisationsänderungen nicht einlassen wollte.

Schon wenige Jahre später war jedoch eine völlig neue Situation eingetreten. Die Entlastung des bäuerlichen Grundeigentums von den bisher zu leistenden grundherrlichen Abgaben führte dazu, daß die mit dem Einzug und der Verwertung von Zehnten und sonstigen Gefällen verbundene staatliche Naturalwirtschaft ihr Ende fand und damit wesentliche Aufgaben der Finanzverwaltung entfielen. Diese Geschäftsvereinfachung sowie die auf die Notjahre folgende Finanzkrise mit ihrem Zwang zu Sparmaßnahmen gaben den Anstoß zur Aufhebung der Kreisfinanzkammern, deren übrig gebliebene Bestandteile (ausgenommen das Kassen- und Rechnungswesen) mit dem bisher unter unmittelbarer Leitung des Finanzministers stehenden Oberfinanzkollegium zu einer Zentralbehörde unter der Bezeichnung **Oberfinanzkammer** vereinigt wurden.³⁰⁰) Mit Ausnahme eines gemeinsamen Schreibtisches bildete die Oberfinanzkammer jedoch keine organisatorische Einheit, sondern bestand aus selbständigen, kollegial organisierten Abteilungen für Domänen, Bauten (beide 1858 unter der Bezeichnung Domänenendirektion vereinigt), Forsten und (ab 1851) Verkehrsanstalten (Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesen), die völlig unabhängig voneinander arbeiteten. Sie waren auch nicht als reine Mittelstellen, sondern als Kombination von Ministerialabteilungen und nachgeordneten Landeskollegien konstruiert. Bei der Behandlung wichtiger Fragen führte daher der Finanzminister in den Kollegialberatungen den Vorsitz oder er entschied ohne besonderen Bericht aufgrund des schriftlichen Sachvortrags der zuständigen Referenten und der Beschlüsse des Kollegiums, während im übrigen jeder Abteilungsvorstand kollegial oder in Ausnahmefällen auch bürokratisch die Entscheidungen selbst treffen konnten. Der Vorteil dieser ebenso einfachen wie zweckmäßigen Lösung, die auch beim Forstorganisationsentwurf 1849 Pate gestanden hatte, lag darin, daß alle Geschäftsvorgänge – auch die Fertigung der Ministerialerlasse – in den Akten der Oberfinanzkammer erledigt wurden. Insgesamt überwog die Tätigkeit als Mittelstelle, so daß die Mitglieder der Oberfinanzkammer nicht als Angehörige des Ministeriums galten. Da in den neuen Zentralstellen die Funktionen der obersten und mittleren Landesbehörden zusammengefaßt waren, konnte das Finanzministerium selbst sehr klein gehalten werden. Sein Personalstand vom Minister bis zum Aktenboten kam bis zum ersten Weltkrieg über 15–20 Bedienstete nicht hinaus und umfaßte noch in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts kaum 30 Stellen. Es verfügte seit 1850 auch über keinen Forstmann mehr, da hierfür kein Bedürfnis bestand, weil die Beratung des Finanzministers jetzt unmittelbar durch den Vorstand oder das Kollegium der Forstabteilung bzw. der Forstdirektion erfolgen konnte, was sich als Fortschritt erweisen sollte. Überhaupt kann festgestellt werden, daß die Wiederherstellung einer forstlichen Zentralstelle eine neue Epoche der württembergischen Forstverwaltungsgeschichte einleitete. Bei einer Würdigung dieser Maßnahme darf allerdings nicht übersehen werden, daß sie nicht in erster Linie das Ergebnis fachlicher Überlegungen, sondern eine Folge der Revolution mit ihren

³⁰⁰) Verordnung vom 21. 11. 1849 (Reg. Bl. 1849 S. 729).

staatswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen war.

Die Oberfinanzkammer nahm ihre Tätigkeit am 1. 5. 1850 auf. Die Forstabteilung wurde mit einem Vorstand, 4 Forsträten, einem Finanzrat und einem Justitiar besetzt. Durch personelle Verstärkung in den folgenden Jahren kam es jedoch rasch zu einer Beseitigung des Übergewichts des forsttechnischen Elements. Die Leitung übernahm zunächst ein Jurist, der bisherige Direktor der Kreisfinanzkammer Ellwangen, Ludwig Christoph von **Kober**, der aber bald darauf verstarb und durch einen Finanzbeamten, Oberfinanzrat Karl Friedrich von **Sigel**, ersetzt wurde. Da dieser kurze Zeit später in andere Aufgabenbereiche überwechselte, erhielt im November 1851 der Kameralist Andreas von **Renner** die Vorstandsstelle der Forstabteilung. An die Übertragung dieser Führungsposition an Forstleute war zu jener Zeit bei dem allgemein verbreiteten Mißtrauen gegen forsttechnische Einseitigkeit nicht zu denken. Man war deshalb peinlich darauf bedacht, den Eindruck zu vermeiden, als ob die staats- und volkswirtschaftlichen Aspekte der Forstwirtschaft vernachlässigt würden.

Als forstliche Mitglieder berief die Regierung im Jahre 1850 den bisherigen 2. Forstreferenten des Finanzministeriums, Warth, und 3 Kreisforsträte. Unter ihnen befand sich Gwinner. Der jedoch 1858 wegen »unangenehmer Verhältnisse und bitterer Enttäuschung« ausschied und in den ausländischen Privatdienst überwechselte.³⁰¹⁾ Der 78jährige Nördlinger wurde zum Ehrenvorsitzenden der Forstabteilung ernannt; er übernahm sogar noch ein Referat bis zu einem Schlaganfall im Jahre 1857. Drei Jahre später verstarb er im hohen Alter von 88 Jahren.

Im Jahre 1858 wurden die Abteilungen für Domänen und Bauten zur Domänenendirektion zusammengelegt und der Forstabteilung die Bezeichnung **Forstdirektion** verliehen.³⁰²⁾ Auf die weitere Entwicklung wirkten sich 2 Ereignisse des Jahres 1864 günstig aus: die Ausgliederung der infolge des stürmischen Ausbaus des Eisenbahnnetzes im Vordergrund der Arbeit des Finanzministeriums stehenden Verkehrsabteilung und die Ernennung des Leiters der Forstdirektion, Renner, zum Departementschef unmittelbar nach dem Regierungsantritt König Karls, dessen besonderes Vertrauen er genoß. Renner tauschte seine Position mit dem bisherigen Finanzminister von Sigel, der aus gesundheitlichen Gründen wieder seinen alten Platz als Vorstand der forstlichen Zentralstelle einnehmen wollte.³⁰³⁾ Der Beliebtheit und fachlichen Aufgeschlossenheit Sigels war es zuzuschreiben, daß auch damals noch niemand daran dachte, die Berufung eines Forstmanns an die Spitze der Forstdirektion zu favorisieren. Dieser Zeitpunkt war erst nach dem Ausscheiden Sigels gekommen, als 1875 mit Johann Ludwig von **Brecht** der erste Techniker die Leitung der Forstverwaltung übernahm, die von jetzt an in den Händen von Forstleuten blieb.

Eine wesentliche Aufgabe der forstlichen Zentralstelle seit ihrer Wiederherstellung bestand in der Aufsicht über die Forstämter. Aus diesem Grunde wurde jedem Forstrat ein Inspektionsbezirk zugewiesen und bereits 1850 eine Dienstvorschrift für die Forstamtsvisitation erlassen, die allerdings nur ein Aufguß der im Jahre 1846 für die Kreisfinanzkammern getroffenen Regelung war. Es blieb daher bei der 5jährigen Überprüfung der Forstämter, die sich weiterhin im wesentlichen auf den Staatswald beschränkte. Die Inspektion bildete bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts den Schwerpunkt in der Tätigkeit der Forstdirektion, wobei die Prüfung der Wirtschaftspläne eine besondere Rolle spielte. Die Revision der periodischen Betriebspläne erfolgte durch den zuständigen Forstrat an Ort und Stelle; anschließend wurden sie im Kollegium der Forstdirektion unter Vorsitz des Finanzministers beschlossen und schließlich vom Finanzministerium formell genehmigt.

Auch in der Zusammensetzung der Forstdirektion trat bis zum Jahre 1902 keine grundsätzliche Änderung ein. Allerdings wurde das Kollegium durch Zuteilung von Assessoren und

³⁰¹⁾ Allgemeine Deutsche Biographie Bd. 10 S. 241.

³⁰²⁾ Verordnung vom 18. 11. 1858 (Reg. Bl. 1858 S. 242).

³⁰³⁾ Offensichtlich war Sigel als Minister überfordert. Wegen seiner mangelhaften Entschlußkraft wurde er »Minister Wägenle« genannt, weil er häufig Entscheidungen mit der Begründung hinausgab, er werde die Sache in Erwägung ziehen. (Zeller, H.: Die württ. Finanzminister. . . Württ. Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1927 S. 403).

außerordentlichen Mitgliedern im Laufe der Zeit nicht unwesentlich vergrößert. Vom Ende der siebziger Jahre an ergab sich wieder eine Mehrheit der Forsttechniker, da nach dem Wegfall der Forststrafrechtspflege das juristische Element reduziert werden konnte. Von der forstlichen Praxis wurde diese Gewichtsverlagerung begrüßt, da wegen der Inspektionstätigkeit bei den Abstimmungen bisher die forsttechnischen Kollegialmitglieder häufig in der Minderzahl gewesen waren. Von Bedeutung war als Folge des stark zunehmenden Waldwegebaus ferner die Einrichtung eines bautechnischen Büros im Jahre 1872, dessen Personal dem Baurat der Forstdirektion unmittelbar unterstellt wurde. Es bildete den Beginn einer Entwicklung, die zur allmählichen **Entstehung von Sachreferaten** führte, die bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts allerdings nur in Ansätzen in Erscheinung traten. Außer dem Baureferat traf dies insbesondere auf den Kommandanten der Forstwache zu, der seit 1872 als Personalreferent für den unteren Forstdienst dem Kollegium ebenso wie der Baureferent als außerordentliches Mitglied angehörte.

Eine wichtige Neuerung trat durch das Körperschaftsforstgesetz vom 16. 8. 1875 ein, das die Aufsicht über den Körperschaftswald in höchster Instanz dem Innenministerium übertrug und bei der Forstdirektion eine **Abteilung für Körperschaftswaldungen** einrichtete. Diese Abteilung war rechtlich eine eigenständige Zentralbehörde wie die Forstdirektion selbst, existierte jedoch nur in Sitzungen des Kollegiums, das aus dem Vorstand der Forstdirektion, 3 forsttechnischen Mitgliedern der Forstdirektion sowie 3 Referenten aus dem Bereich des Innenministeriums bestand. An den Abstimmungen hatten sich die forstlichen und die administrativen Referenten in gleicher Zahl zu beteiligen; bei Stimmgleichheit besaß der Vorsitzende ebenfalls ein Stimmrecht, das dann den Ausschlag gab. Mit der Einrichtung der Abteilung für Körperschaftswaldungen wurde das Ziel verfolgt, dem immer noch vorhandenen Verdacht der forsttechnischen Einseitigkeit und unzureichenden Berücksichtigung gemeindeökonomischer Interessen entgegenzutreten. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die neue Institution die in sie gesetzten Erwartungen voll erfüllte und dazu beitrug, das Mißtrauen gegen die Arbeit der Forstverwaltung im Körperschaftswald zu beseitigen. Mit dieser originellen und – wie die weitere Entwicklung zeigen sollte – tragfähigen Konstruktion war es möglich, bei grundsätzlicher Wahrung des Prinzips der Einheitsverwaltung die Basis so zu verbreitern, daß es im Bereich der körperschaftlichen Waldwirtschaft zu einer fruchtbaren Zusammenarbeit der staatlichen Verwaltungen und der Gemeinden kam.

2. Forstpolitische Entwicklung

Nachdem 1849 der Versuch gescheitert war, die Revision der Forstgesetzgebung als Grundlage für eine Reform der Forstverwaltung durchzusetzen, blieb für lange Zeit wieder alles beim alten. Es fehlte zwar auch weiterhin nicht an entsprechenden parlamentarischen Forderungen, doch wurden sie weniger nachdrücklich vorgetragen als in den Jahrzehnten zuvor. Offenbar gaben sich viele Abgeordnete damit zufrieden, daß die Regierung ihre Inaktivität mit der Begründung entschuldigte, sie müsse zunächst die Neuordnung der Gerichtsverfassung und die Überarbeitung der Gemeindeordnung abwarten.

Das nachlassende Interesse an einer gesetzgeberischen Lösung der forstpolitischen Probleme ist vermutlich auch auf die Tatsache zurückzuführen, daß die Aufsicht über den Körperschafts- und Privatwald sowohl im Verwaltungswege als insbesondere auch in der praktischen Handhabung weiter gelockert wurde. Dazu trug entscheidend der Umstand bei, daß die einseitige Orientierung der Forstamts- und Revierorganisation am Umfang des Staatswalds den Forstbeamten gar nicht die Zeit ließ, sich angemessen um den Körperschafts- und Privatwald zu kümmern. Die Forstdirektion versuchte im Jahre 1865 dieser Situation Rechnung zu tragen, indem sie für den **Privatwald** Erleichterungen verfügte, die vor allem im Verzicht auf jährliche Betriebspläne, Fällungsnachweisungen und das Holz-

auszeichnen durch das staatliche Forstpersonal bestanden.³⁰⁴⁾ Man beschränkte sich nunmehr auf Visitationen zur Verhinderung von Walddestationen sowie auf die Genehmigung von Rodungen und von Kahlhieben in Nadelholzbeständen und wies die Forstämter an, den Privatwaldbesitzern »bei der Bewirtschaftung und Benützung ihrer Waldungen nach Thunlichkeit freie Hand zu lassen«. Für den **Körperschaftswald** wurde die Genehmigung außerordentlicher Holzhiebe erleichtert, im übrigen jedoch vorgesehen, daß die Nutzungspläne künftig wie im Staatswald die einzelnen Waldteile umfassen und nicht mehr bloß summarisch für die Waldbesitzer aufgestellt werden sollten. Während mit diesen Bestimmungen die seit 40 Jahren geforderte Freigabe des Privatwalds praktisch erreicht war, änderte sich an der unbefriedigenden Situation der Gemeindewaldwirtschaft nur wenig. Die Intensität der staatlichen Einflußnahme war nach wie vor gering. Nach der Genehmigung des Nutzungsplans und der Anweisung der Schläge blieb der Körperschaftswald sich selbst, d. h. den aus dem Bauern- und Handwerkerstand vom Gemeinderat in jährlicher Neuwahl angestellten Waldmeistern, überlassen. Eine Aufsicht über den Holzeinschlag und eine Kontrolle der Nutzungen fand in der Regel nicht statt. Nicht besser war es um die Kulturen und Nebennutzungen bestellt, deren Pläne besonders häufig nicht eingehalten wurden. Auch der Forstschutz lag im argen, weil es die kommunalen Waldmeister und Waldschützen nicht wagen konnten, energisch gegen ihre Mitbürger einzuschreiten, ohne ihre Stelle zu verlieren. Die Forstdirektion suchte diesen Mißständen durch eine Intensivierung der Visitationen zu begegnen. Nachdem bereits 1853 periodische Besuche der Oberförster in den Gemeindewaldungen angeordnet worden waren, präziserte man diese Anweisung 1866 dahingehend, daß die Überprüfungen nach der Besitzgröße zeitlich gestaffelt wurden. Sie waren in Gemeindewäldern mit 200 – 500 Morgen (63 – 160 ha) im Abstand von 3 Jahren, bei einer Größe von 500 – 1200 Morgen (160 – 380 ha) im Abstand von 2 Jahren und in noch größeren Waldungen sowie beim Vorhandensein geprüfter Gemeindeförster jährlich vorzunehmen.³⁰⁵⁾ Diese Maßnahmen wirkten sich zweifellos positiv aus, doch konnte eine durchgreifende Besserung nur von einer systematischen und zeitgemäßen Neuregelung der Rechtsgrundlagen erwartet werden. Die Ablösung des alten Forstrechts und der seit Jahrhunderten betriebenen Flickschusterei wurde jedoch erst in den Jahren 1875 – 1879 vollzogen, nachdem bereits mehr als 5 Jahrzehnte seit dem Beginn der Reformbemühungen vergangen waren.³⁰⁶⁾

Das heftig umstrittene **Körperschaftsforstgesetz** vom 16. 8. 1875 führte die Verpflichtung zur Aufstellung von Wirtschaftsplänen und zur technischen Betriebsführung (Aufstellung und Durchführung der Wirtschaftspläne) durch Sachverständige mit der Befähigung zum höheren Staatsforstdienst ein und brachte damit einen echten Fortschritt gegenüber dem bestehenden Zustand. Als Folge des in Württemberg traditionell ausgeprägten kommunalen Selbstverwaltungsrechts blieb die Wahl der Sachverständigen den Körperschaften überlassen, wobei der Verzicht auf eine Anstellung von Fachleuten zur Übertragung der technischen Betriebsleitung an die Organe der staatlichen Forstverwaltung (Revierförster) führte – eine Bestimmung, welche die weitere Entwicklung der Forstorganisation entscheidend beeinflusste.³⁰⁷⁾ In dieser Beziehung war auch von Bedeutung, daß die Revierverwalter in diesen Fällen zwar die Wirtschaftsführer waren, die Forstaufsicht jedoch ebenso wie die Prüfung der jährlichen und periodischen Betriebspläne den Forstämtern zustand. Die Bestellung des Forstschutzpersonals war weiterhin Aufgabe der Körperschaften. Diese Regelung erwies sich als schwerwiegende Beeinträchtigung der kommunalen Waldwirtschaft, weil viele Gemeinden mit kleinem oder mittleren Waldbesitz die Wald-

³⁰⁴⁾ Verfügung vom 21. 3. 1865 (Amtsblatt 1865 S. 39).

³⁰⁵⁾ Erlaß vom 8. 5. 1866 (Amtsblatt 1866 S. 76).

³⁰⁶⁾ Näheres s. Hasel, K.: Studien zur Forstgesetzgebung . . .

³⁰⁷⁾ Nach dem Inkrafttreten des Körperschaftsforstgesetzes machten 121 Körperschaften von dem Recht der Anstellung eigener Sachverständiger Gebrauch, die für 44 190 ha Wald 37 Forsttechniker beschäftigten. Die übrigen 1 707 Körperschaften mit 146 245 ha Wald übertrugen die Bewirtschaftung der Staatsforstverwaltung (Graner, F.: Die forstlichen Verhältnisse . . . S. 361).

schützen nach wie vor so schlecht bezahlten, daß sich nur untaugliche Bewerber meldeten.

Es gab Fälle, wo durch Ausschellen durch den Polizeidiener bekannt gemacht wurde, daß am andern Morgen die Communalwaldschützenstelle auf dem Rathaus im Abstreich vergeben werde. Der Forstschutz sank damit vielfach auf die Stufe einer (letztlich sehr kostspieligen) Armenversorgungsanstalt herab, zumal die Gemeinden häufig den Versuch machten, Leute auf diese Posten zu setzen, die an körperlichen Gebrechen litten oder aus anderen Gründen erwerbsunfähig waren und andernfalls der Ortsarmenkasse zur Last gefallen wären.³⁰⁸⁾

Auch die weitgehend übliche Verbindung des Forstschutzes mit dem Feldschutz, der häufige Personalwechsel, die Abhängigkeit von Bürgerschaft und Gemeinderat und die geringe Größe der Schutzbezirke (im Durchschnitt 127 ha) wirkten sich negativ aus, so daß die Gemeindewaldwirtschaft nicht selten mit »nachtwächterartigen Geschöpfen« besorgt werden mußte.³⁰⁹⁾ Zwar war die Entlassung unbrauchbarer Subjekte rechtlich möglich, in der Praxis wegen der vorgeschriebenen Beteiligung der Oberämter aber schwer durchsetzbar. Vor allem gab es jedoch keine Möglichkeit, die Anstellung ungeeigneter Personen von vorneherein zu verhindern. Besonders nachteilig fühlbar wurde dieser wundeste Punkt der Gemeindewaldwirtschaft, als der Forstschutz seine Bedeutung zu verlieren begann und der Einsatz im Betriebsvollzug allmählich an dessen Stelle trat. In diesem Zusammenhang muß allerdings erwähnt werden, daß den Körperschaften das gesetzliche Recht eingeräumt wurde, sich den Forstschutzeinrichtungen der Staatsforstverwaltung anzuschließen. Mit dieser Wahlmöglichkeit griff das Körperschaftsforstgesetz den nie ganz verloren gegangenen Gedanken der Einbeziehung des Körperschaftswaldes in den Gesamtbereich der staatlichen Forstorganisation unter Wahrung des Selbstverwaltungsprinzips wieder auf und schuf damit die Grundlage für die Ausbildung der Einheitsverwaltung moderner Prägung nicht nur im Bereich der Betriebsleitung, sondern auch auf dem Gebiet des Betriebsvollzugs.³¹⁰⁾

Das **Forstpolizeigesetz** vom 8. 9. 1879 beschränkte entsprechend der 1865 begründeten Praxis im **Privatwald** die Eingriffsmöglichkeiten der Forstverwaltung auf Ausstockungsgenehmigungen, Wiederaufforstungsverpflichtung, Kahlhiebserlaubnisse im erklärten Schutzwald und Einschreiten gegen Waldverwüstungen durch menschliche Handlungen und Naturereignisse. Alle forstpolizeilichen Kompetenzen wurden den Forstämtern zugewiesen, so daß die Revierverwalter nur die Funktion von Hilfsorganen auszuüben hatten. Oberste und höhere Forstpolizeibehörde blieben im Gegensatz zum Körperschaftswald das Finanzministerium und die Forstdirektion.

Mit dem Körperschaftsforstgesetz und dem Forstpolizeigesetz waren nach einer langen Periode der Unsicherheit die Zuständigkeiten der Forstverwaltung im Körperschafts- und Privatwald endlich wieder eindeutig geregelt, Rechtslage und Realität wieder zur Deckung gebracht. Erst jetzt war ein Zustand wiederhergestellt, der es erlaubte, die Organisation der Lokalverwaltung an den vorgegebenen Aufgaben auszurichten.

3. Forstgerichtsbarkeit

Nach 1848 war Württemberg der einzige deutsche Staat, der die Forststrafjustiz noch durch die Forstämter ausüben ließ. Dieser Zustand wurde schon lange als unzeitgemäß angesehen, ohne daß es gelungen war, ihn zu ändern. Bereits auf dem Landtag 1833 hatte ein Antrag, die Forstgerichtsbarkeit den Oberämtern zu übertragen, zu keinem Erfolg geführt. Auch alle weiteren Vorstöße blieben ergebnislos, weil die Regierung glaubte, die beabsichtigte Neuorganisation der Gerichtsverfassung abwarten zu müssen.³¹¹⁾ Von der forstlichen

³⁰⁸⁾ Fw. Cbl. 1883 (Jg. 5) S. 270.

³⁰⁹⁾ Fw. Cbl. 1907 (Jg. 29) S. 299.

³¹⁰⁾ Um 1880 hatten sich 297 Körperschaften mit einer Waldfläche von 20 978 ha den Forstschutzeinrichtungen der staatlichen Forstämter und 34 Körperschaften mit 946 ha den Forstschutzorganen privater Forstverwaltungen angeschlossen; 1498 Körperschaften mit 168 511 ha Wald hatten eigenes Forstschutzpersonal angestellt (Graner, F.: Die forstlichen Verhältnisse ... S. 397).

³¹¹⁾ Gerichtsorganisationen fanden 1839, 1849, 1865 und 1869 statt (Dehlinger, A.: a.a.O. Bd. 1 S. 389).

Praxis wurde diese Begründung nicht zu Unrecht als eine Vertröstung »ad Calendas Graecas« angesehen. So blieb die Forstverwaltung das einzige Relikt der früher allgemein üblichen Administrationsjustiz, obwohl die Entwicklung des Rechtswesens und der auf allen anderen Gebieten verwirklichte Grundsatz der Gewaltenteilung die Beseitigung dieses Überbleibels geboten erscheinen lassen mußte.

Besonders anstößig wirkte die Tatsache, daß im Forststraßprozeß Kläger und Richter identisch waren. Dieser Mißstand trat bei der Abrückung der im Staatswald begangenen Vergehen umso auffälliger in Erscheinung, als die Forstverwaltung in diesen Fällen die Rechtsprechung in eigener Sache ausübte. Auch konnte die Qualität der Forstgerichtsbarkeit in Zweifel gezogen werden, weil die veralteten Rechtsvorschriften vollkommen unübersichtlich waren und die juristische Ausbildung der Oberförster im Vergleich zu Berufsrichtern zu wünschen übrig ließ. Es ist daher nicht unverständlich, daß die Auffassung geäußert wurde, der Beruf eines Forstbeamten und der eines Strafrichters seien so heterogener Natur »als die Vereinigung des Feldherrnstabes mit dem friedlichen Hirtenstabe eines Kirchendieners.«³¹²⁾ Das summarische Verfahren mit der Ansammlung Hunderter von Delinquenten tat ein übriges, um die Forststraßjustiz in Verruf zu bringen, da die Rugtage für die kriminellen Elemente Anlaß zu Trinkgelagen und erwünschter Geselligkeit im Kreise Gleichgesinnter wurden, während sie auf harmlose Überteter forstpolizeilicher Vorschriften – zum Beispiel wegen unzeitgemäßer Holzabfuhr – ausgesprochen demoralisierend wirkten. Hatten schon früher die weite Verbreitung des Holzdiebstahls und das häufig unbestimmte und daher willkürliche, in der Regel jedoch verhältnismäßig geringe Strafmaß Verstöße gegen das Forststraßrecht in den Augen der Bevölkerung zu Kavaliersdelikten werden lassen, so wurde diese Einschätzung nunmehr durch die Sonderstellung des Forststraßverfahrens gegenüber den ordentlichen Strafprozessen noch verstärkt. Als »Husarenjustiz« gebrandmarkt, sagte man ihr auch ungleiche Behandlung der Angeklagten nach, indem »der Arme, der oft nur wenig Reisach zum Kochen seiner Wassersuppe holt, im Verhältnis zu dem Spekulationsdieb, der gewöhnlich ein vermöglicher Mann ist, barbarisch gestraft« werde.³¹³⁾ Am nachteiligsten wirkte sich aber in dieser Beziehung die **Abverdienung** der angesetzten Geldstrafen im Falle der Uneinbringlichkeit aus. Abgesehen davon, daß die Gemeindevorsteher ihren Bürgern bedenkenlos Armutszeugnisse ausstellten, war die Zeit für die vielen arbeitslosen Holzdiebe ohne jeden Wert, so daß sie diese Art des Strafvollzugs gerne auf sich nahmen, zumal für ihren Lebensunterhalt gesorgt werden mußte. Die Arbeitsqualität der Delinquenten, die vorzugsweise im Grabenziehen, Wegebau, Holztragen sowie in den Kulturen eingesetzt wurden, war dementsprechend gering. Geradezu sinnlos war diese Beschäftigung in den zahlreichen Fällen, wo die Verurteilten vom gleichen Forstschutzpersonal beaufsichtigt wurden, das sie angezeigt hatte, da der Bezug der Anbringgebühr ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis bewirkte. Für die Forstämter bedeutete die Strafabverdienung andererseits einen enormen Verwaltungsaufwand, der in keinem Verhältnis zum Ergebnis stand.

Ein zeitgenössischer Bericht beschreibt anschaulich die Praxis des Abverdienens und vermittelt gleichzeitig einen aufschlußreichen Einblick in den komplizierten Mechanismus des Revierförstersystems:

»Der Waldschütz trägt einen entdeckten Holzdiebstahl in sein Rugregister, übergibt dieß am Schluß des Monats dem Förster, dieser dem Oberförster. Letzterer ladet in einem besonderen Schreiben den Frevler vor Gericht, erscheint bei diesem selbst, straft um 3 fl. 15 kr., übergibt die Strafe zur Einleitung der (übrigens höchst seltenen) Baarzahlung oder der Abverdienung dem Kameralamt; dieses übergibt dann wieder die Strafe dem Forstamt, dieses dem betreffenden Revierförster, der den Schuldner in seine Abverdienungsliste einträgt, 2–3 mal citirt, bis es ihm endlich gefällig ist, zu erscheinen; der Waldschütz oder ein besonders bezahlter Aufseher überwacht die Arbeit, stellt den Abverdienungsschein aus, trägt den Schuldner in seine Liste ein, übergibt diese dann wieder dem Förster, dieser fertigt das Hauptver-

³¹²⁾ Abg. Nefflen in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 15. 2. 1833 (Prot. S. 64).

³¹³⁾ Abg. Frey in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 14. 11. 1851 (Prot. S. 1069).

zeichnis, trägt die Abverdienstung in das Kultur- und Wegkostenherstellungsverzeichnis ein, übergibt letzteres dem Forstamt, dieses prüft es zum ersten Mal, übergibt es dann der höheren Behörde, welche es zum 2. Mal revidiren läßt; sofort wird das Genehmigungsdekret darauf gesetzt und kommt es fix und fertig zum Kameralamt. Aber auch dieses hat noch genug damit zu thun. Nachdem es nämlich inzwischen mehrere Ausschreiben machen mußte, um den Posten je am Rechnungsschluß verurkunden zu lassen, nachdem schon vorher Korrespondenzen aller Art notwendig waren, um die bei Forststrafen am allerhäufigsten vorkommenden Anstände zu erledigen, ist nach Übergabe der betr. Kostenverzeichnisse der abverdiente Betrag dem Schuldner im Ausstandsverzeichnis abzuschreiben und übrig bleibende ganz kleine Beträge in Abgang zu verrechnen. Dieses Abschreiben führt aber in der Regel wieder zu neuen, oft weitläufigen Untersuchungen und Schreibereien, weil gar viele der Schuldner der Ansicht sind, sie haben mehr abverdient und es sei ihnen zu wenig abgerechnet worden. Waltet aber auch kein Anstand ob oder ist jene Untersuchung bereinigt, so wird der abverdiente Betrag nicht weniger als dreimal im Hauptbuch eingetragen, Probe hergestellt und die Richtigkeit der Verrechnung dann mindestens noch einmal revidirt und justificirt, und nun ist die Sache abgemacht!! Aber um was hat es sich denn eigentlich gehandelt? Die ursprüngliche Strafe betrug 3 fl. 15 kr., ihr abverdienter Werth wird aber, und gewiß nicht zu hoch, zur Hälfte, also zu 1 fl. 38 kr., angenommen; rechnet man davon noch die im voraus bezahlte Anbringgebühr von 49 kr. ab, so bleiben als reiner Werth wieder 49 kr. Und deßhalb hat man alle jene Schreibereien besorgt und zahlreiche Köpfe und Hände in Bewegung versetzt! Für jene 3 fl. 15 kr. mußte der Gestrafte 6 Tage im Wald arbeiten, und wahrlich es werden Manche der Strafschuldner die Gelegenheit nicht versäumen, auf dem Heimweg von der Arbeit wieder ebenso viel Holz zu stehlen, als ihr Geschäft werth ist. Also auch der ökonomische Werth der Forststrafabverdienungen ist lediglich ein eingebildeter; und wenn die vielen Behörden, die damit geplagt sind, ihre Zeit und Mühe, welche sie Jahr aus Jahr ein aufwenden müssen, auf andere nützliche Geschäfte verwenden könnten und würden, so wäre damit allein 10 mal mehr gewonnen, als alle Abverdienungen werth sind.«³¹⁴⁾

Auch das Forstpersonal empfand die Forststrafjustiz immer mehr als eine Belastung. Obwohl sich die Qualität der Rechtsprechung seit den vierziger Jahren spürbar verbesserte, weil die Oberförster seither ihre juristische Ausbildung auf der Universität zu absolvieren pflegten, blieb die Forstgerichtsbarkeit ein öffentliches Ärgernis. Selbst den Forstamtsleitern wurde deshalb allmählich bewußt, daß das Beharren auf unhaltbaren Kompetenzen ihrer gesellschaftlichen Stellung nicht länger dienlich sein konnte. Um die Jahrhundertmitte war die Forststrafrechtspflege bereits zum Gespött der Juristen geworden und es existierten Sammlungen »ergötzlicher Beispiele« aus der forstlichen Gerichtspraxis. Im übrigen empfanden es nicht wenige Oberförster als zweifelhaftes Vergnügen, jährlich Tausende von Mitbürgern verurteilen zu müssen, während sich gleichzeitig immer deutlicher zeigte, welche nachteiligen Folgen die Forststrafjustiz für die Beschäftigung der Forstämter mit den forstbetrieblichen Aufgaben hatte. Dennoch schleppten sich alle Bemühungen um eine Verbesserung dieses unbefriedigenden Zustands erfolglos hin, wenn man von der 1852 erfolgten Abschaffung der Abverdienstung der Forststrafen und der Einführung des Kontumazverfahrens (Verhandlung in Abwesenheit) im Jahre 1854 absieht. Es bleibt rätselhaft, weshalb sich die Regierung nicht zu einer Neuordnung des Forststrafrechts aufraffen konnte, wie sie in allen anderen deutschen Staaten längst durchgeführt war. Erst mit dem Inkrafttreten der Reichsjustizgesetze am 1. 10. 1879 wurde die »europäische Abnormalität« der württembergischen Forstgerichtsbarkeit beseitigt, da nunmehr eine Neuregelung aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht mehr länger hinausgeschoben werden konnte. Sie erfolgte mit dem Forststrafgesetz vom 2. 8. 1879, das nicht nur eine Reform des materiellen Forststrafrechts, sondern auch eine Änderung des Forststrafverfahrens brachte, indem die Forststrafjustiz auf die Amtsgerichte überging, bei denen jedoch ein spezieller »Amtsanwalt für Forstrügesachen« – überwiegend handelte es sich um Reviervorwarter, im übrigen um Forstamtsassistenten – bestellt wurde. Die Abrückung von Verstößen gegen das Forstpolizeigesetz verblieb allerdings bei den Forstämtern. Da es sich um vergleichsweise wenige Fälle handelte,³¹⁵⁾ führte die Neuregelung insgesamt zu einer erheblichen Entlastung der Forstämter. Die Befreiung der Forstverwaltung von der Forstgerichtsbar-

³¹⁴⁾ Monatschrift für das württ. Forstwesen 1852 S. 3.

³¹⁵⁾ Im Zeitraum 1891–1898 handelte es sich im Jahresdurchschnitt um 1 500 Fälle, die meist durch amtsrichterlichen Strafbefehl erledigt wurden.

keit entsprach daher nicht nur einem dringenden rechtspolitischen Bedürfnis, sondern gab auch der Weiterentwicklung der Forstorganisation neue Impulse.

4. Forstwache

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts war der Forstschutz immer noch ein ungelöstes Problem. Die Befürchtung, die Bauernwaldschützen würden nicht in der Lage sein, den Wald gegen die vielen Übergriffe zu schützen, fand in der Zunahme der Vergehen ihre Bestätigung. Hatte die Zahl der bei den Forstämtern angezeigten Verstöße im Durchschnitt der Jahre 1810/15 55000 und 1819 49860 betragen, so war sie im Jahre 1847/48 auf 65379 gestiegen und betrug nach einem steilen Anstieg in den Revolutionsjahren noch 1851/52 nahezu 72000 Fälle. Vor allem in den dicht bevölkerten Gegenden Altwürttembergs – insbesondere in den Forstbezirken Schorndorf, Kirchheim, Reichenberg und Tübingen – mit ihrer kleinparzellierten Landwirtschaft herrschten für heutige Begriffe unvorstellbare Zustände. Allein im Staatswald des Forstamts Schorndorf (10000 ha) wurden beispielsweise 1845–51 jährlich ca. 3000 fm Holz gestohlen, dessen Wert sich auf die Hälfte der Forstschutzkosten belief.³¹⁶⁾ Auch die Verabschiedung eines Gesetzes zum Schutz des Waldeigentums im Jahre 1849, das den Holzhandel von der Ausstellung eines Ursprungszeugnisses abhängig machte und nach einer Neufassung im Jahre 1855 darüber hinaus Kontrollmöglichkeiten für den Stammholzeinschnitt in Sägmühlen schuf, blieb ohne erkennbare positive Auswirkungen.³¹⁷⁾

Die Ursachen für diese Entwicklung waren nicht allein in der unzumutbaren und veralteten Regelung der Forststrafjustiz zu suchen, sondern auch in der Organisation des Forstschutzes. Nachdem im Laufe der vierziger Jahre die meisten qualifizierten Forstleute, die zunächst keine adäquate Stellung gefunden hatten, als Förster übernommen worden waren, befand sich der Forstschutz weitgehend in der Hand von Bauern, Handwerkern und Tagelöhnern.

Insgesamt standen 1848 für diese Aufgabe 74 Forstwarte und 529 Waldschützen zur Verfügung. Auf einen Forstschutzdiener entfielen somit im Durchschnitt 300 ha. Die Größenunterschiede der Hutsbezirke waren jedoch beträchtlich. Vor allem im Neckarkreis gab es für die vielen isolierten Staatswaldstriche teilbeschäftigte Hilfswaldschützen, die nur 30 oder 50 ha zu überwachen hatten.

Die Prophezeiung Widenmanns, daß die Mängel dieses Systems erst nach dem Ausscheiden der Forstleute aus der Kategorie der Waldschützen voll in Erscheinung treten könnten, wurde nun zur Wirklichkeit. Da sich an der kümmerlichen Bezahlung seit den dreißiger und vierziger Jahren prinzipiell nichts geändert hatte, waren auch die verheerenden Folgen dieser falschen Sparsamkeit immer noch existent. Äußerlich heruntergekommen und oft schlechter gekleidet als die Holzdiebe, von der Bevölkerung verachtet, durch ihre Vorgesetzten schlecht behandelt und ohne jeden Respekt bei den Waldfrevlern, waren die Waldschützen nicht in der Lage, den Forstschutz auch nur halbwegs wirkungsvoll auszuüben. Als Krebsübel besonderer Art, gegen das sich seit 1833 viele Abgeordnete ebenso häufig wie vergeblich wandten, hatte sich ferner die Beteiligung des Forstpersonals an den Forststrafen durch die Gewährung von Anbringgebühren erwiesen. Mit dem entwickelten Rechtsbewußtsein des 19. Jahrhunderts war es nicht mehr vereinbar, daß der anzeigende Forstbeamte oder Waldschütze aus der Verurteilung des Angeklagten einen persönlichen Vorteil zog. Da die Aussagen der Forstschutzdiener öffentlichen Glauben besaßen, konnten sie auch nicht ohne Einfluß auf den Richterspruch bleiben. Das meist in ärmlichsten Verhältnissen lebende Forstschutzpersonal war auf diese Weise der Versuchung ausge-

³¹⁶⁾ Monatschrift für das württ. Forstwesen 1851 (S. 348) und 1852 (S. 194) sowie Speidel, H.: a.a.O. S. 385. Von 79621 Forstvergehen des Jahres 1849/50 (1. 7 –30. 6.) entfielen 10579 auf den Forstbezirk Schorndorf, jedoch nur 725 auf den Forstbezirk Mergentheim und 890 auf das Forstamt Weingarten, obwohl das letztere etwa dieselbe Staatswaldfläche umfaßte wie Schorndorf.

³¹⁷⁾ Reg. Bl. 1849 S. 289 und 1855 S. 191.



Altwürttembergische Uniformen

Oben links: Beiknecht

Oben rechts: Fußgehender Förster

Unten: Reisiger Förster

Die Bildvorlage datiert vom Jahre 1805 und stammt aus Neuwürttemberg, wo aufgrund einer Anweisung Kurfürst Friedrichs die altwürttembergische Dienstkleidung eingeführt und bis 1818 getragen wurde.

setzt, das undurchsichtige Forststrafverfahren für sich auszunutzen. Teils wurden regelrechte Spione gehalten, deren angebliche oder tatsächliche Wahrnehmungen zur Grundlage von Anzeigen gemacht wurden, teils entwickelte sich eine »gewerbsmäßige Drittmacherei«, die darin bestand, daß den »Kunden« ein geringeres Vergehen unterstellt wurde als sie begangen hatten, so daß für die Täter die strafbaren Handlungen trotz der Verurteilung immer noch vorteilhaft waren. Auch hatte diese »gehässige und zweckwidrige Einrichtung« zur Folge, daß die Verhinderung von Forstfreveln bei in flagranti ertappten Gesetzesbrechern oft unterblieb, weil dies zum Verlust des Rugdrittels geführt hätte.³¹⁸⁾ Trotz dieser Mißstände und ungeachtet der Abschaffung der Delationsgebühren in den anderen deutschen Staaten sowie wiederholter parlamentarischer Anträge hielt die Regierung an diesem mittelalterlichen Relikt fest, weil sie Änderungen von der Reform des Forststrafrechts abhängig machen zu müssen glaubte.

In der Forstdirektion war man sich über die organisatorischen Mängel des Forstschatzes durchaus im klaren. Das zuständige Kollegialmitglied äußerte später die Überzeugung, daß das Personal zu gut bezahlt war, »um Hungers zu sterben, und zu schlecht, um zu leben. Der Erfolg, der bei dieser Maxime nicht ausbleiben konnte, war, daß selten ein zuverlässiger Mann, welcher anderswo noch einen Erwerb finden konnte, sich zu dem Forstschutzdienste hergab. Wenn dieß je ein zuverlässiger Mann that, so war er sehr arm, und konnte sonst Nichts verdienen. Bei dem ungezählten Gut, das den Forstschutzdienern anvertraut werden muß, lag unter solchen Umständen natürlich die Versuchung, sich einen unerlaubten Nebenerwerb im Walde zu verdienen, sehr nahe. Die Folge davon waren häufige Untersuchungen und Entlassungen. Wenn die Redlichkeit des Forstschutzdienern auch den Sieg davontrug und er nicht nach unerlaubtem Gewinne trachtete, so war doch seine pecuniäre Stellung so kärglich, daß er nicht in dem äußerlichen Aufzug und überhaupt in seinem öffentlichen Auftreten so einherkommen konnte, um mit dem Publikum, mit dem er es dienstlich zu thun hatte, und das häufig ein sehr rohes ist, zu imponieren. Ja wir haben leider! Beispiele, daß Kinder unserer Waldschützen bei den Hutsinsassen bettelten. Bei diesen Verhältnissen war es sozusagen der **Stand** der Forstschutzdiener und nicht das Individuum, das bei dem Publikum, das unter seiner Aufsicht war, in Mißkredit kam.«³¹⁹⁾ In gleicher Weise spricht der Gegenentwurf zur Forstorganisation von 1849 von »schweren Klagen«, die »über einen Theil des dermaligen Schutzpersonals« verlauteten. »Nicht nur seien es oft Leute, mit denen dienstlich zu verkehren der Revierförster sich schämen müsse, sondern das Volk selbst bezeuge ihnen sowohl im Privatleben, als selbst bei amtlichen Verhandlungen von Behörden ungeschaut die tiefste Mißachtung, die dann gewöhnlich auch auf die besseren übertragen werde.«³²⁰⁾

Der Bankrott des Bauernwaldschützensystems führte schließlich zu der Erkenntnis, daß nur ein völliger Bruch mit den bestehenden Organisationsformen eine Wende zum Besseren bringen könne. Die geeignete Lösung sah man in der Aufstellung eines beweglichen und ausschließlich zur Waldhut verwendeten Forstschutzpersonals. Auf diese Weise kam es zur militärisch organisierten **Forstwache**, wobei der entscheidende Anstoß zur Bildung dieser spezifisch württembergischen Einrichtung vom Finanzminister **Knapp** ausgegangen zu sein scheint.³²¹⁾

Sie unterschied sich grundsätzlich vom früheren Institut der Forstscharfschützen schon dadurch, daß sie nicht mehr oder weniger zufällig an den örtlichen Bedürfnissen orientiert, sondern zentral organisiert war. Die wichtigste Neuerung bestand jedoch darin, daß es sich um eine dem Landjägercorps (Gendarmerie) nachgebildete paramilitärische Einheit handelte, in die nur Soldaten aufgenommen wurden. In jedem Forstamt, das in die Forstwache einbezogen wurde, erfolgte eine Neueinteilung der Hutsbezirke in sogenannte Posten, die man mindestens mit 2 Forstwächtern besetzte, von denen einer als primus inter pares die Funktion eines Postenführers ausübte. Die Forstwache eines Forstamts bildete jeweils ein Ganzes und stand unter einem Forstwachmeister. Für den Einsatz im Forstschutz war die örtliche Forstbehörde zuständig, während die militärische Leitung beim Kommandanten der Forstwache in Stuttgart lag, der seit 1854 in Personalunion gleichzeitig oberste Militärinstanz der nach demselben Muster organisierten Steuerwache war.³²²⁾ Die Mannschaft

³¹⁸⁾ Gewinner im Entwurf einer Forstorganisation für Württemberg, 1849 S. 25.

³¹⁹⁾ Vortrag des Finanzrats Fischer am 29. 5. 1855 vor der 12. Versammlung süddeutscher Forstwirte in Stuttgart.

³²⁰⁾ Die Organisation der Forstverwaltungsbehörden ... 1849 S. 5.

³²¹⁾ Die offizielle Bezeichnung lautete zunächst pleonastisch »Forstschutzwache«.

³²²⁾ Diese Verbindung blieb bis 1900 bestehen (HSTA E 222 Bü. 42).

der Forstwache rekrutierte man aus Unteroffizieren, die eine längere, meist 6jährige Dienstzeit hinter sich hatten. Außerdem waren vollkommene körperliche Tüchtigkeit, ein Alter von höchstens 40 Jahren sowie »die Fähigkeit, fertig zu lesen und verständlich zu schreiben« gefordert.³²³⁾ Der militärische Charakter wurde durch Uniformierung, Bewaffnung, Übungen (Exerzieren), Ehrenbezeugungen und regelmäßige Musterungen vervollständigt. Die Aufgabe der Forstwache bestand fast ausschließlich in der Ausübung des Forstschatzes. Zu diesem Zweck hatten die Forstwächter ihren Hutsbezirk bei Tag und Nacht zu durchstreifen, wobei eine tägliche Minimalleistung von 8 Stunden – davon im Winter $\frac{1}{4}$, im Sommer $\frac{1}{5}$ als Nachtdienst – verlangt wurde. Die Nachstreifen mußten stets von 2 Forstwächtern gemeinschaftlich ausgeführt werden. Zur Unterstützung im Forstbetrieb waren die Forstwächter nur »unbeschadet ihres übrigen Berufs« und nur insoweit verpflichtet, als sie vom Forstamt ausdrücklich damit beauftragt waren.

Zur Erhöhung der Mobilität wurde auch die Heiratsurlaubnis insofern erheblich eingeschränkt, als nur $\frac{1}{6}$ der Mannschaft verheiratet sein durfte. Diese »Zölibatsverpflichtung«, die wegen ihrer Begleitscheinungen bei der forstlichen Praxis auf Kritik stieß, erwies sich in dieser strengen Form jedoch bald als undurchführbar und mußte daher gelockert werden. Abgesehen von der erschwerten Unterbringung unverheirateter Forstwächter auf dem Lande »wußten sich dieselben bei dem schönen Geschlecht, weil sie eben ganz und gar Soldaten waren, in große Gunst zu setzen: ein Erfolg, der Manchen allzu glücklich machte.«³²⁴⁾ Im Jahre 1857 wurde deshalb die Verheiratung nur noch von einer 2jährigen, später 1jährigen Dienstzeit abhängig gemacht. Dagegen sah man streng darauf, daß jede Ortsansässigkeit vermieden wurde. Aus diesem Grunde war es den Forstwächtern auch nicht erlaubt, Grundbesitz zu erwerben. Ferner fanden sehr häufig Versetzungen statt.

Von wesentlicher Bedeutung war die Besoldung. Die Forstwächter erhielten beträchtlich höhere Bezüge als die Waldschützen, jedoch keine Anbringgebühren. Statt dessen wurden leistungsbezogene (jedoch keineswegs nur an der Zahl der angezeigten Verstöße orientierte) Prämien gewährt.

Die Einführung der Forstwache erfolgte zunächst versuchsweise zum 1. 3. 1851 im besonders stark von Frevlern heimgesuchten Schorndorfer Forst. Nach den dort gesammelten positiven Erfahrungen wurde in den Folgejahren die Forstwache auf die Forstbezirke Kirchheim und Tübingen (23. 8. 1852), Reichenberg (7. 8. 1854), Leonberg (4. 8. 1855), Lorch (6. 9. 1856), Urach (für 3 Reviere 6. 9. 1856, für die übrigen 23. 5. 1860), Neuenbürg (12. 6. 1857), Kapfenburg (17. 10. 1859) und Wildberg (19. 9. 1861) ausgedehnt. Sie war damit in 10 Forsten mit 69 Revieren auf einer Fläche von 70000 ha ($\frac{3}{8}$ des Staatswalds) verwirklicht. Ferner hatten zahlreiche körperschaftliche und private Waldbesitzer mit einer Waldfläche von 13000 ha den Forstschutz der Forstwache übertragen. Zum Zeitpunkt ihrer größten Verbreitung bestand sie aus dem Kommandanten mit 2 Gehilfen und einigen Angestellten, 10 Forstwachtleistern, 1 Forstwächter-Obermann und 248 Forstwächtern.³²⁵⁾ Im Staatswald der übrigen Forstbezirke wurde der Forstschutz weiterhin nach dem alten System ausgeübt. Wo die Forstwache eingeführt war, hatte man dagegen das vorhandene, fachlich nicht vorgebildete Forstschutzpersonal versetzt oder mit einer Gnadenpension entlassen, die tüchtigsten Mitglieder aber zu sogenannten **technischen Waldschützen** bestellt, die neben den Forstwarten ohne Bindung an einen Hutsbezirk ausschließlich zur Unterstützung der Reviervorwalter in der Wirtschaftsführung eingesetzt wurden.³²⁶⁾

Die Vorzüge der Forstwache in den stark gefährdeten großen Staatswaldkomplexen waren unbestritten. Dort gingen die Eigentumsdelikte nach ihrer Einführung erheblich zurück.³²⁷⁾ Vor allem die schädlichsten Frevler, die sogenannten Grünholzexzesse, konnten fast voll-

³²³⁾ Dienstanweisung 1857 ; 37.

³²⁴⁾ Speidel, H.: a.a.O. S. 422.

³²⁵⁾ Die Angaben beziehen sich auf das Jahr 1872 (Hauptfinanzetat 1871/73). Zur gleichen Zeit gab es außerdem 324 Waldschützen sowie 20 Hilfswaldschützen.

³²⁶⁾ Die Bezeichnung »technische Waldschützen« ist insofern ungenau, als diese keine technische (d. h. fachliche) Vorbildung besaßen, sondern lediglich für technische (d. h. wirtschaftliche) Verrichtungen verwendet wurden. Je nach Größe des Reviers verfügte der Reviervorwalter über 1–2 derartige Hilfskräfte.

³²⁷⁾ Die statistische Abnahme betrug im Zeitraum 1869/72 gegenüber 1847/51 in den Bezirken der Forstwache 72 %, in den Waldschützenbezirken 56 %. Speidel, H.: a.a.O. S. 410.

ständig zum Verschwinden gebracht werden. Einheitliche Uniformierung und Bewaffnung, entschiedenes Auftreten, jugendliches Alter, straffe Führung und hauptberufliche Ausübung des Forstschatzes begründeten den Erfolg der Forstwache. Offensichtlich flößte das neue Personal, das im Gegensatz zu den vielfach durch Kumpanei oder faule Kompromisse vorbelasteten bürgerlichen Waldschützen keine »vita ante acta« besaß, den Gesetzesbrechern Angst und Schrecken ein. Aus diesem Grund waren die Forstwächter auch in der Lage, den auf frischer Tat gefaßten Frevlern das entwendete Holz wieder abzunehmen, so daß sich der Diebstahl nicht mehr lohnte. Auf der anderen Seite war mit der Trennung des Forstschatzes vom Hilfsdienst als Folge einer etwa 10%igen Personalvermehrung und der Besoldungserhöhung eine nicht unbeträchtliche Kostensteigerung verbunden. Die Frage, ob nicht mit demselben Aufwand auch ohne militärische Einrichtung eine Verbesserung des Forstschatzes zu erreichen gewesen wäre, muß daher offen bleiben. Auf jeden Fall wirkte sich die Forstwache auf das traditionelle Forstschatzsystem segensreich aus, denn ihr ist es zu verdanken, daß im Verlauf weniger Jahre im gesamten Staatswald nicht nur das Abverdienen der Forststrafen (1852),³²⁸⁾ sondern auch die Anbringgebühren (1855) abgeschafft wurden³²⁹⁾ und allmählich auch die bürgerlichen Waldschützen durch Uniformierung (1859) und bessere Besoldung an Ansehen gewannen.

5. Der Kampf um die Einführung des Oberförstersystems

5.1 Bezirksverwaltung 1849 – 1865

Die Wiedererrichtung einer forstlichen Zentralstelle blieb auf die Organisation der Bezirksverwaltung zunächst ohne erkennbare Auswirkungen. Systematische Bemühungen, die im Organisationsentwurf von 1849 aufgezeigten Mängel zu beseitigen, wurden nicht unternommen. Die schlechte wirtschaftliche Lage und der dadurch bedingte Mangel an Haushaltsmitteln sowie das Mißtrauen des Finanzministers gegen die gesamte Forstverwaltung – »hervorgerufen durch grobe, in 2 Revieren vorgekommene Unterschleife«³³⁰⁾ – ließen reformerische Bemühungen nicht gedeihen. Die alten Forderungen des äußeren Personals – Erlaß zeitgemäßer Forstgesetze, praxisorientierte Ausbildung, Verbesserung der Gemeindewaldwirtschaft, größere Selbständigkeit der Revierverwalter und präzisere Abgrenzung ihrer Kompetenzen gegenüber den Forstämtern – blieben daher weiterhin unerfüllt. Sehr schnell ausgeräumt wurden allerdings die Klagen über die Vernachlässigung des Ausendienstes durch die Forstämter. Schon 1852 führte die Forstabteilung der Oberfinanzkammer anstelle der bisher gezahlten Reisekostenpauschale für alle wesentlichen Dienstgeschäfte im Walde Diäten ein. Sie ließ sich dabei von der Erwartung leiten, daß die Oberförster nunmehr »den ihrer Aufgabe entsprechenden regen Anteil an der Pflege und Verwaltung der finanzkammerlichen Waldungen nehmen, daß sie den ganzen Forsthaushalt mit Sorgfalt leiten und überwachen und zu dem nöthigen Besuch der Waldungen jede günstige Gelegenheit benützen«.³³¹⁾ Um dieser Aufforderung Nachdruck zu verleihen, wurden die Forstamtsleiter angewiesen, die jährlichen Nutzungs- und Kulturpläne mit den Revierförstern an Ort und Stelle zu erörtern und die Ausführung durch unvermutete Visitationen zu kontrollieren. Da gleichzeitig die forstamtlichen Holzabstiche (Holzkontrollen) abgeschafft wurden, sollten sich diese Visitationen auf mindestens 2–3 Schläge je Revier erstrecken. Auch um die übrigen Forstbetriebsarbeiten, vor allem Wegebau und Nebennutzungen, hatten sich die Oberförster mehr als bisher zu kümmern.

Der Erfolg dieser Maßnahme blieb nicht aus. Die Forstämter schalteten sich jetzt verstärkt in Betriebsplanung und Betriebsvollzug im Staatswald ein, stießen dabei jedoch zuneh-

³²⁸⁾ Verfügung vom 23. 11. 1852 (Monatschrift . . . 1852 S. 353).

³²⁹⁾ Erlaß vom 7. 12. 1855 (Monatschrift . . . 1855 S. 403).

³³⁰⁾ Monatschrift für das Forst- und Jagdwesen 1866 S. 249.

³³¹⁾ Erlaß vom 23. 3. 1852 (Monatschrift . . . 1852 S. 145).

mend auf den Widerstand der Revierförster. In der Zwischenzeit war nämlich das rohe und in der Regel nur empirisch ausgebildete Forstpersonal der Aufbauperiode weitgehend durch einen mehr oder weniger wissenschaftlich geschulten Nachwuchs ersetzt worden, der die Intensivierung der forstamtlichen Tätigkeit als unangemessene Bevormundung auffaßte. Die **Teilung der Verantwortlichkeit** zwischen Oberförster und Revierförster entwickelte sich daher immer mehr zum zentralen Problem der württembergischen Forstverwaltung. Zwar wurde noch keineswegs die Forderung nach einer vollständigen Beseitigung der Forstämter erhoben, da die Qualität zumindest eines Teils der Revierverwalter so weitgehende Konsequenzen fragwürdig erscheinen ließ; vielmehr wandte sich die Kritik gegen den Umstand, daß die Kompetenzen beider Dienstgrade nicht scharf voneinander abgegrenzt waren. Die Oberförster besaßen in der Tat einen großen Spielraum in der Ausgestaltung ihrer Funktionen. Besonders beanstandet wurde ihre Befugnis, forstbetriebliche Anordnungen treffen zu können, ohne den für die Wirtschaftsführung verantwortlichen Revierförster hören zu müssen. Die Weisungen der Oberförster brauchten nicht einmal schriftlich zu erfolgen, was vielfach zu nicht mehr aufzuklärenden Differenzen bei der Beurteilung des Vollzugs führte. Die Folge war, daß beide Teile versuchten, dem Partner die Verantwortung für Mißerfolge zuzuschieben, während die Erfolge auf das eigene Konto gebucht wurden.

Besonders unbefriedigend war die Aufgabenverteilung zwischen Forstamtsleiter und Revierverwalter bei der periodischen Betriebsplanung geregelt. Sie wurde 1850 zur gemeinschaftlichen Angelegenheit erklärt, wobei der erstere für die Leitung und Beaufsichtigung der Taxationsarbeiten, der letztere für ihre Ausführung zuständig war.³³²⁾ Dessen ungeachtet sollte der Oberförster für ihre »tüchtige Ausführung des Geschäfts« mitverantwortlich sein. Immerhin eröffnete die vorgeschriebene Prüfung und Genehmigung der periodischen Betriebspläne durch die Forstdirektion die Möglichkeit, bei Meinungsverschiedenheiten den Forstinspektor entscheiden zu lassen. War jedoch die Taxation beendet und ergaben sich Differenzen beim Vollzug des Wirtschaftsplans, so saß der Revierförster wieder am kürzeren Hebel, da dessen Einhaltung nicht kontrolliert wurde. Wichen der Oberförster oder sein Nachfolger von den Planungsvorschriften ab – was offenbar die Regel war – dann blieb dem Revierförster kaum etwas anderes übrig, als sich zu »akkomodieren«. Zu Berufungen oder gar Beschwerden bei der vorgesetzten Behörde kam es jedenfalls als Folge seiner technischen und ökonomischen Abhängigkeit vom Forstamtsleiter ziemlich selten.

Unklar war auch die dienstliche Stellung des Revierförsters geworden. Er besaß keinen eigenständigen amtlichen Status, sondern war ein Organ des Forstamts. Da er aber Wirtschaftsführer war, hatte er einen nicht unbeträchtlichen Schriftverkehr abzuwickeln, der (unter Anschluß eines Begleitberichts) auch mit der Forstdirektion geführt wurde. Auf der anderen Seite durfte er die Akten nur mit »Kgl. Revierförster« unterzeichnen, was viele Revierverwalter jedoch nicht daran hinderte, das Prädikat »Revierförsterei« zu benutzen, während in den amtlichen Verlautbarungen in der Regel die Bezeichnung »Revier« verwendet wurde.

Nachdem im Laufe der fünfziger Jahre fast die Hälfte der Revierförsterstellen mit jungen Leuten besetzt worden war, kam die Forstdirektion schließlich nicht mehr darum herum, den Revierverwaltern eine selbständigere Stellung einzuräumen.

Da Selbstbewußtsein der neuen Revierförstergeneration zeigte sich erstmals in dem Protest gegen die 1852 erfolgte Einführung von Tagebüchern, die für die Revierverwalter mit der Verpflichtung verbunden waren, alle Tagesgeschäfte und alle Personen, mit denen sie dienstlich verkehrten, aufzuzeichnen. Die Forstabteilung der Oberfinanzkammer wollte mit dieser Anordnung verhindern, daß einzelne Revierförster den Waldbesuch vernachlässigten und die Erledigung von Außendiensttätigkeiten dem Schutzpersonal und den Holzhauern überließen. Nachdem es in der Kammer der Abgeordneten zu heftigen Attacken gegen diese Kontrollmaßregel gekommen war, mußte sie 1856 wesentlich entschärft und 1863 ganz aufgehoben werden.

Die Veränderungen wurden durch die Verleihung des Titels »**Forstmeister**« an die Forstamtsleiter im Jahre 1864 eingeleitet, wodurch eine Gleichstellung mit den Amtsbezeich-

³³²⁾ Verfügung vom 16. 8. 1850 (Monatschrift . . . 1850 S. 33).

³³³⁾ Bekanntmachung vom 22. 10. 1864 (Reg. Bl. 1864 S. 173).

nungen der anderen deutschen Staaten bewirkt, andererseits aber auch eine Beschränkung der Forstämter auf Kontrollfunktionen zum Ausdruck gebracht werden sollte.³³³⁾ Dementsprechend erhielten die Revierförsterstellen im Jahre 1866 die Bezeichnung »**Revieramt**«.³³⁴⁾ Sie waren damit als selbständige Organisationseinheiten anerkannt. Diese formellen Änderungen standen in engem Zusammenhang mit der materiellen Neuordnung der dienstlichen Stellung und der amtlichen Befugnisse der Forstmeister und Revierförster, die im Jahre 1865 erfolgte und das Zusammenwirken beider Dienstgrade wie folgt beschrieb:³³⁵⁾

»Den Revierförstern liegt die Verwaltung ihrer Reviere unter eigener Verantwortung, jedoch unter der Oberleitung und Kontrolle der Forstmeister ob. Um daher den Revierförstern im Interesse des Dienstes eine möglichst freie Wirksamkeit zu verschaffen, haben zwar die Forstmeister auf die ganze Revierverwaltung fortgesetzt die sorgfältigste Aufmerksamkeit zu verwenden, es ist aber davon auszugehen, daß in erster Linie die Revierförster die Verwaltung zu besorgen haben, und daß hierbei – so weit es die in Betracht kommenden Verhältnisse, namentlich die Individualität der einzelnen Diener, gestatten – keine zu engen Schranken gezogen werden, so daß die Tätigkeit der Forstmeister in Absicht auf die Wirtschaftsführung im Wesentlichen darauf zu richten wäre, überall, wo sich Mängel in der Revierverwaltung zeigen, berichtigend und ergänzend einzutreten, ihre Erfahrungen in sämtlichen Revieren des Forsts nutzbar zu machen und in dieser Weise im ganzen Umfange der Forstbezirke die wünschenswerthe Einheit in der Verwaltung herzustellen.«

Den Revierverwaltern wurde jetzt auch ein Anspruch auf schriftliche Ausfertigung der forstamtlichen Anordnungen eingeräumt; bei Meinungsverschiedenheiten konnten sie darüber hinaus auf dem Dienstwege eine Entscheidung der Forstdirektion herbeiführen. Die Forstamtsvorstände sollten es ferner »nach Thunlichkeit« vermeiden, in Abwesenheit oder unter Umgehung der Revierförster dem nachgeordneten Forstpersonal oder den Walдарbeitern Anweisungen zu erteilen oder überhaupt in die Revierverwaltung einzugreifen. Schließlich wurden die Forstmeister verpflichtet, vor der Versetzung oder Entlassung von Forstwarten und Waldschützen eine gutachtliche Äußerung des Revierverwalters einzuholen.

Die neuen Bestimmungen waren das Ergebnis einer systematischen Überprüfung der Beziehungen zwischen Zentrale, Forstämtern und Revieren, die von der Forstdirektion aufgrund von forstamtlichen Stellungnahmen vorgenommen worden war. Die Durchführung dieser Aufgabe hatte man dem im Jahre 1858 im Alter von 31 Jahren als Nachfolger Gwinners in das Kollegium berufenen Assessor August **Dorner**, dem späteren Vorstand der Forstdirektion, übertragen. Das Hauptübel der württembergischen Forstorganisation sah er in der lockeren Verbindung der Zentrale mit den Außenbeamten. Da örtliche Inspektionen nur selten stattfanden, wickelten sich Aufsicht und Kontrolle im wesentlichen auf schriftlichem Wege ab. Dennoch hielt er die Beseitigung der Forstämter nicht für notwendig. So beschränkte sich sein Entwurf, der ohne größere Abstriche verwirklicht wurde, auf eine Anpassung der Kompetenzabgrenzungen in der Bezirksverwaltung an die veränderte Personalsituation.

Die von Dorner konzipierten Neuerungen bedeuteten zweifellos insofern einen Fortschritt, als sie dem gehobenen Bildungsstand der Revierförster entsprechend die Stellung der Wirtschaftsführer stärkten und eine Mobilisierung ihres Leistungswillens ermöglichten. Zusammen mit einer erheblichen Vereinfachung des Bürobetriebs, der Schaffung von Wirtschaftsregeln, dem Ausbau der Forsteinrichtung und der Verbesserung der Forschungs- und Ausbildungsmöglichkeiten führten sie zu einer beachtlichen Intensivierung der Waldwirtschaft, die Württemberg hinsichtlich des im Staatswald erzielten Reinertrags hinter Sachsen eine Spitzenstellung in Deutschland verschafften.³³⁶⁾ Trotzdem muß die

³³⁴⁾ Verfügung vom 12. 1. 1866 (Amtsblatt 1866 S. 7).

³³⁵⁾ Verfügung vom 21. 3. 1865 (Amtsblatt 1865 S. 39).

³³⁶⁾ An dieser Entwicklung war allerdings die notorische schwäbische Sparsamkeit, die vor allem in mäßigen Besoldungen zum Ausdruck kam, nicht unbeteiligt. Die Erträge des Staatswalds trugen in den dreißiger und vierziger Jahren mit 10–20 % zur Finanzierung der gesamten Staatsausgaben bei; um 1860 wurde mit über 25 % das Maximum erreicht, um dann um 1870 wieder auf ca. 12 % zurückzugehen. Der Deckungsbeitrag der Forstverwaltung pendelte sich dann (mit Ausnahme der Weltwirtschaftskrise 1931/32) bis zum Beginn des 2. Weltkriegs auf einen Anteil am Staatsbedarf von 7–14 % ein.

1865 getroffene Regelung als halbherzige Lösung bezeichnet werden, weil die Kompetenzen oder Forstämter weiterhin unbestimmt blieben. Nach wie vor war es dem Ermessen des Forstmeisters überlassen, in welchem Maße er Einfluß auf die Wirtschaftsführung in den Revieren nahm oder ob er sich sogar auf eine reine Kontrollfunktion beschränkte. Vor allem aber wurde es versäumt, aus der neuen Konstellation organisatorische Konsequenzen zu ziehen. Es konnte deshalb nicht lange dauern, bis sich erneut Unruhe und Unzufriedenheit unter den Revierverwaltern breit machten.

5.2 Besoldung

Auch in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde die Entwicklung der Forstorganisation maßgeblich von den Besoldungsregelungen beeinflusst. Vor allem die nicht abreißen lassen Klagen über die unzureichenden Bezüge der Revierförster erwiesen sich als Triebfeder zur Einführung des Oberförstersystems.

Von grundsätzlicher Bedeutung auf diesem Gebiet war der generelle Übergang zur Geldbesoldung im Jahre 1850. Nach der Einstellung der staatlichen Naturalwirtschaft als Folge der Bauernbefreiung war es gar nicht mehr möglich, die bisherigen Gehaltspraktiken aufrecht zu erhalten. Da die Fruchtpreise starken Schwankungen ausgesetzt waren und zu jener Zeit steigende Tendenz aufwiesen, ergaben sich dabei gewisse Schwierigkeiten, die man für das vorhandene Personal durch eine Umrechnung der naturalen Besoldungsbestandteile in Geld nach laufenden Preisen zu lösen versuchte. Dies führte jedoch wieder zu ungerechtfertigten Differenzen, weil die nach der Umstellung neu eingestellten Bediensteten fixe Gehälter bezogen.³³⁷⁾ Um die Störung des Betriebsfriedens zu beseitigen, gab man deshalb im Jahre 1855 das gemischte System auf und ging zu Einheitssätzen über. Erleichtert wurde dieser Schritt durch die ohnehin fällig gewordene allgemeine Anhebung der Bezüge, die bei den Revierförstern seit 1832 – also seit fast einem Vierteljahrhundert – unverändert geblieben waren. Im Jahre 1851 wurde ferner ein altes Anliegen der Revierverwalter berücksichtigt, indem man die Einteilung der Dienstbezirke in unterschiedliche Klassen aufgab und dafür die Zuordnung an den individuellen persönlichen Verhältnissen, d. h. an Dienstalster und Leistung, orientierte. Auf diese Weise war es nicht mehr notwendig, ausschließlich aus pekuniären Erwägungen die Stelle zu wechseln, wobei bisher gerade die ältesten Revierförster sich um die beschwerlichsten (weil am höchsten dotierten) Posten bewerben mußten. Trotzdem hörten die Beschwerden über die unzureichende Besoldung nicht auf. Da nur wenige Revierverwalter die Chance hatten, Forstamtsleiter oder Mitglied der Forstdirektion zu werden, war dies nicht zuletzt auch ein Ergebnis der ungünstigen Aufstiegsmöglichkeiten. Die Folgen zeigten sich in einem starken Rückgang der Forststudenten in den fünfziger Jahren und einem daraus resultierenden Nachwuchsmangel.³³⁸⁾ Diese besorgniserregende Entwicklung veranlaßte die Regierung zum Eingreifen. Mehrere Gehaltserhöhungen bewirkten nicht nur eine deutliche Einkommensverbesserung der Revierverwalter, sondern führten auch zu einer laufenden Verringerung des Besoldungsabstands zu den Forstamtsleitern. Erwähnenswert ist schließlich noch die Tatsache, daß in der Pferdehaltung insoweit eine Änderung eintrat, als die Forst- und Revieramtsleiter von der bisher bestehenden Verpflichtung dispensiert werden konnten, wenn örtliche Fahrgelegenheiten bestanden; in diesen Fällen wurde der Fahraufwand ersetzt.³³⁹⁾

5.3 Prüfungswesen

Die Hebung der wirtschaftlichen, sozialen und dienstlichen Stellung der Revierförster löste

³³⁷⁾ Im Jahre 1855 wurde die Übergangsregelung auf 10 Oberförster und 108 Revierförster angewandt, während 16 Oberförster und 55 Revierförster feste Geldbeträge erhielten.

³³⁸⁾ Die Zahl der Forststudenten in Hohenheim wird für 1855 mit 6 (davon 4 Württemberger) angegeben (AFJZ 1855, Jg. 21, S. 112).

³³⁹⁾ Im Jahre 1880 hielten von 23 Forstamtsvorständen 9 je 2 Dienstpferde, 14 waren davon befreit; von 148 Revierverwaltern hatten 117 ein Dienstpferd. 37 waren von der Pferdehaltung dispensiert (Graner, F.: Die forstlichen Verhältnisse ... S. 160).

in den sechziger Jahren eine rasche Zunahme der Forstdienstaspiranten aus. Diese neue Situation ermöglichte nunmehr auch eine Reform der Ausbildung, die bisher unterlassen worden war, weil man bei einer Verschärfung der Anforderungen einen Mangel an Nachwuchskräften befürchtet hatte.

Es war nämlich sehr deutlich geworden, daß die Trennung der Forstdienstprüfung in ein höheres und niederes Examen mit erheblichen Nachteilen verbunden war. Bereits auf der Forstlehranstalt in Hohenheim trat die Unzuverlässigkeit dieser Einrichtung in Erscheinung, weil der Unterricht von Zuhörern unterschiedlichster Vorbildung besucht wurde. Die Kandidaten für die niedere Forstdienstprüfung wiesen durchweg einen sehr geringen Bildungsstand auf, der häufig lediglich durch den Besuch einer Dorfschule und kurzen Privatunterricht bei einem Landeschullehrer erworben worden war. Begünstigt wurde dieser unbefriedigende Zustand durch die Tatsache, daß die Aufnahmeprüfung in Hohenheim nur bescheidene Grundkenntnisse in Deutsch und Mathematik erforderte. Bei vielen Forstschülern waren daher grobe Schreibfehler und Verstöße gegen Satzbildung und Logik an der Tagesordnung. Diese Mängel führten nicht nur dazu, daß manche Absolventen der Forstlehranstalt trotz eisernen Fleißes die Forstdienstprüfung in mehreren Anläufen nicht bestanden, vielmehr wirkte sich dies auch lähmend auf den Unterricht selbst aus, da die Tüchtigen – vor allem die das höhere Examen anstrebenden Abiturienten – im Fortschreiten gehindert wurden. Eine weitere Folge dieser Zweiteilung bestand darin, daß sie eine unübersteigbare Schranke zwischen den Absolventen des niederen und höheren Examens aufriefte, weil auch die Fähigsten der niederen Kategorie niemals Forstamtsleiter werden konnten. Vor allem aber bewirkte sie einen unverhältnismäßig starken Andrang auf Forstwart- und Revierförsterstellen, während die Anwärter für Forstamtsassistenten- und Oberförsterstellen nur spärlich vertreten waren. Die letzteren hatten nämlich bei der kleinen Zahl der Forstämter nur geringe Aussichten, die erstrebte Stellung zu erreichen; auf der anderen Seite konnte man mit einer vergleichsweise minimalen Vorbildung Revierverwalter werden und damit ohne große Ausbildungskosten eine Position erreichen, die nach den eingetretenen Verbesserungen durchaus attraktiv geworden war. Im übrigen vereinigte die Kategorie der Revierförster Forstleute ganz verschiedener Bildung und Qualifikation, was zwangsläufig zu Konflikten insbesondere bei Beförderungen führte, weil die Absolventen der beiden Prüfungen miteinander in Konkurrenz standen und Zweifel bestanden, wie Dienstalter und Bildungsstand gegeneinander abzuwägen waren. Es war zwar unbestritten, daß die höher Geprüften schneller avancieren konnten als die nieder Geprüften, doch fehlte es an objektiven Kriterien, wie groß der zeitliche Abstand bei der Übertragung eines Revieramts sein sollte.³⁴⁰⁾

Aus diesen Erfahrungen zogen Forstdirektion, Forstschullehrer und Praktiker übereinstimmend den Schluß, daß von Forstamtsleitern und Revierverwaltern die gleiche Vor- und Ausbildung zu fordern sei. Nachdem die Voraussetzungen für die Verwirklichung dieses für das weitere Schicksal der Forstorganisation entscheidenden Schrittes gegeben waren, erließ die Regierung im Jahre 1868 eine neue Dienstprüfungsordnung, die von diesem Grundsatz ausging und darüber hinaus noch weitere Änderungen vornahm.³⁴¹⁾ So wurde das vor Beginn des Studiums bei einem Revierförster abzuleistende Vorbereitungsjahr aufgegeben, weil es häufig zum »Bummeljahr« geworden war, von dem die Forststudenten vielfach Vorurteile und üble Gewohnheiten auf die Forstlehranstalt mitbrachten, die nur mit Mühe wieder beseitigt werden konnten. Um die notwendige körperliche Verfassung zu gewährleisten, die bisher in der Vorbereitungszeit geprüft werden sollte, wurde nunmehr ein Nachweis des Gesundheitszustands verlangt. Außerdem wies man der ersten und zweiten Dienstprüfung, die trotz unterschiedlicher Zielsetzungen bisher weitgehend identisch waren, jeweils bestimmte Sachgebiete zu. Insgesamt ergab sich jetzt einheitlich für alle

³⁴⁰⁾ HSTA E 33 Bü. 1021.

³⁴¹⁾ Verordnung vom 20. 1. 1868 (Reg. Bl. 1868 S. 5).

Bewerber um Forstamtsassistentenstellen sowie um Revier- und Forstämter folgender Ablauf der Ausbildung:

1. Die **erste Dienstprüfung** sollte wie bisher das theoretische Wissen ermitteln. Zu diesem Zweck wurden jetzt die mathematischen und naturwissenschaftlichen Grundlagenfächer, Landwirtschaftslehre sowie die allgemeine rechtswissenschaftliche und volkswirtschaftliche Materie zu Prüfungsgegenständen erklärt. Voraussetzung für die Ablegung dieser Prüfung war die **Hochschulreife**, wobei sowohl der Besuch der Gymnasien als auch der neu eingeführten Realgymnasien möglich war.

2. Die Absolventen der ersten Dienstprüfung, mit der die wissenschaftliche Ausbildung ihren Abschluß fand, wurden zu **Forstreferendären II. Klasse** ernannt. Sie hatten teils bei einem Revieramt, teils bei einem Forstamt und der Forstdirektion ein praktisches Ausbildungsjahr zu durchlaufen, ohne daß die zeitliche Aufteilung im einzelnen geregelt war. Die Forstreferendäre II. Klasse besaßen bereits den Beamtenstatus. Sie wurden bei den Revierämtern hauptsächlich als technische Wirtschaftsgehilfen, zeitweilig aber auch im Forstschutz verwendet. Während der Forstamtszeit konnten sie ferner provisorisch als Reviergehilfen und Forstamtsassistenten eingesetzt werden. Auf der Forstdirektion beschäftigte man sie als Expeditionsgehilfen und Hilfsarbeiter der Referenten.

3. Die anschließende **zweite Dienstprüfung** war dazu bestimmt, »die praktische Tüchtigkeit sowohl hinsichtlich der festeren Begründung der theoretischen Kenntnisse und der speziellen Bekanntschaft mit den vaterländischen Gesetzen und Einrichtungen als auch in Ansehung der Geschäftsgewandtheit zu erforschen«. Prüfungsgegenstände waren demnach vorzugsweise Forstwissenschaft und Jagdkunde sowie spezielle Themen der Rechtswissenschaft und Nationalökonomie. An die bestandene 2. Dienstprüfung schloß sich die Ernennung zu **Forstreferendären I. Klasse** an.

Mit diesen Regelungen wurde die bereits von Gwinner erhobene Forderung erfüllt, daß alle Forstbeamten einen »tüchtigen Schulsack« mitzubringen hätten.³⁴²⁾ Studiengang und Studienzeiten war allerdings immer noch nicht vorgeschrieben, doch mußten alle Prüflinge wie bisher nachweisen, wie sie ihre Kenntnisse erworben hatten. Auch das Beurteilungssystem blieb unverändert. Dagegen erweiterte man die Zusammensetzung der Prüfungskommission insofern, als bei der ersten Dienstprüfung Fachlehrer beteiligt wurden, um dadurch den wissenschaftlichen Charakter zu unterstreichen. Außerdem erfolgte eine teilweise Verlagerung der Prüfungen in den Wald.

Eine Neufassung der Prüfungsordnung vom 2. 9. 1895 brachte die Wiedereinführung der Vorlehre in Form einer dreimonatigen, während der Semesterferien abzuleistenden Waldpraxis, die 3jährige Mindeststudienzeit (die jedoch schon seit Beginn der 80er Jahre von den Studenten normalerweise um 2 Semester überschritten wurde) mit der Verpflichtung zu einem mindestens 2 semestrigen Besuch der Landesuniversität sowie die Verlängerung der Referendärzeit (II. Klasse) auf 2 Jahre³⁴³⁾ Mit diesen Änderungen folgte man der Entwicklung in den meisten anderen deutschen Staaten. Von besonderer Bedeutung war die zeitliche Ausdehnung des Vorbereitungsdienstes, weil sie die von den Praktikern geforderte mindestens einjährige zusammenhängende Tätigkeit bei einem Revieramt ermöglichte. Die übrige Zeit war 3–4 Monate auf einem Forstamt und 5–6 Monate bei der Forstdirektion zu verbringen, wovon 2 Monate auf einen bautechnischen Kurs entfielen. Mit diesen Neuerungen war unverkennbar die Absicht verbunden, die forstbetriebliche Praxis in den Mittelpunkt der Ausbildung zu rücken und damit Konsequenzen aus der längst vollzogenen Intensivierung der Waldwirtschaft zu ziehen.

³⁴²⁾ Entwurf einer Forstorganisation . . . 1849 S. 211.

³⁴³⁾ Reg. Bl. 1895 S. 325 und Amtsblatt 1897 S. 36.

5.4 Ausbildung

Die Neuregelung der Forstdienstprüfungen mit dem Erfordernis der Hochschulreife für das gesamte Forstpersonal des Revier- und Forstamtsdienstes brachte auch die wissenschaftliche Ausbildungsszene wieder in Bewegung. Zwar hatte der äußere und innere Ausbau Hohenheims seit der Erhebung zur Akademie durchaus gewisse Fortschritte gemacht – seit 1850 wurde auch Rechtswissenschaft und Nationalökonomie für Forstwirte gelesen, 1866 erhielten die beiden Forstprofessoren zur Unterstützung einen Forstrepenten und 1872 richtete man eine Versuchsstation ein –, doch mehrten sich gleichzeitig die Stimmen, die sich für eine Trennung des forstlichen Unterrichts von der landwirtschaftlichen Ausbildung aussprachen. Schon 1832 – also vor der Einrichtung des Lehrreviers – hatte Gwinner den vergeblichen Versuch einer Verlegung nach Urach unternommen und 1854 war die Vereinigung mit der polytechnischen Schule (der späteren Technischen Hochschule) erwogen worden. Ansatzpunkte dieser Bestrebungen waren die für den praktischen Unterricht im Walde ungünstige Lage Hohenheims sowie die von den Forststudenten immer stärker als unzumutbar empfundene Verbindung mit einer landwirtschaftlichen Lehranstalt, die überwiegend von Söhnen wohlhabender und häufig aus dem Ausland stammender Gutsbesitzer besucht wurde, während sie selbst überwiegend aus Beamtenfamilien stammten und eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst anstrebten.³⁴⁴⁾ Es ist verständlich, daß sich aus dieser unterschiedlichen Situation der beiden Fachrichtungen – zumal bei einem Internatsbetrieb – Konflikte ergaben. Diese Differenzen traten noch viel deutlicher in Erscheinung, als seit 1868 von den Forstwirten im Gegensatz zu den Landwirten die Hochschulreife verlangt wurde, so daß ein beträchtliches Bildungsgefälle entstand. Als schließlich die Befürworter einer forstlichen Universitätsausbildung in ganz Deutschland die Oberhand gewannen und das Nachbarland Bayern unter spektakulären Umständen 1878 entsprechende Schritte einleitete, erhielten auch in Württemberg diejenigen Kräfte neuen Auftrieb, die für eine Verlegung des forstlichen Unterrichts nach Tübingen eintraten.³⁴⁵⁾ Sie erfaßten schließlich die gesamte Forstverwaltung und konnten sich nach langwierigen politischen Auseinandersetzungen durchsetzen, weil nach der Einführung der Hochschulreife als Voraussetzung für die Anstellung im Staatsforstdienst in der Tat kein vernünftiger Grund mehr vorhanden war, den Forstleuten die Ausbildung auf der Universität vorzuenthalten. Nicht zuletzt war es das Streben nach Anerkennung ihrer dienstlichen Stellung, die sie zu dieser Forderung veranlaßte. Viele Vertreter anderer Verwaltungszweige, mit denen sie im Berufsleben in Verbindung standen, betrachteten nämlich die Forstbeamten nicht als gleichwertig, weil sie überwiegend an einer Fachschule ausgebildet wurden. Was jedoch die Trennung von Hohenheim zur absoluten Notwendigkeit machte, war die unter den gegebenen Verhältnissen nicht nur erschwerte, sondern zur Unmöglichkeit gewordene Einrichtung eines sinnvollen Studiengangs. Da die juristischen und staatswissenschaftlichen Fächer nur auf der Universität im erforderlichen Umfang geboten wurden, die Fachvorlesungen aber ausschließlich in Hohenheim gehört werden konnten, war eine Aufteilung des Ausbildungsgangs zwischen den beiden Studienorten unvermeidlich. In der Regel studierte man zunächst 2 Semester in Tübingen, um anschließend für 4 Semester nach Hohenheim überzuwechseln. Auf diese Weise war es unmöglich, das Studium mit den mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagenfächern zu beginnen. Ferner übte nach den bayrischen Vorgängen die mit 6 Forstprofessoren für damalige Verhältnisse hervorragend besetzte Universität München eine so starke Anziehungskraft aus, daß die Gefahr einer Dreiteilung des Studiums oder gar die Gefahr einer Auszehrung entstand. Damit war auch der parlamentarische Widerstand gegen die Verlegung des forstlichen Unterrichts nach Tübingen gebrochen, der im wesentlichen von der Befürchtung einer Schädigung

³⁴⁴⁾ Bis 1870 hatten 2 809 Landwirte in Hohenheim studiert, unter denen nur 952 Württemberger waren (AFJZ 1879, Jg. 55, S. 212).

³⁴⁵⁾ Näheres über die Hintergründe und den Ablauf der Entwicklung bei Hasel, K.: Der forstwissenschaftl. Unterricht . . . AFJZ 1970 (Jg. 141) S. 25.

des Hohenheimer Instituts und der üblichen Sorge vor Kostensteigerungen ausging, so daß im Jahre 1881 der Wechsel vollzogen werden konnte.

Die Konzentration der forstlichen Ausbildung auf der Universität ermöglichte jetzt auch eine Regelung des Studiengangs. Zu diesem Zweck führte man 1882 nach dem Vorbild des Medizinstudiums eine Vorprüfung für die mathematisch-naturwissenschaftlichen Grundlagenfächer ein, die ausschließlich der Universität übertragen wurde.³⁴⁶⁾ Auch die Prüfungskommission für die erste Dienstprüfung bestand nunmehr aus Hochschullehrern, die lediglich durch einen Kommissionär des Finanzministeriums ergänzt wurde. Im Interesse der Studienfreiheit verzichtete man jedoch nach wie vor auf eine Reglementierung der Studiendauer und des Studienorts. Mit den 1882 getroffenen Regelungen war nun auch im Prüfungswesen die Trennung der wissenschaftlichen von der praktischen Ausbildung vollzogen und damit in den Grundzügen der heute noch bestehende Zustand erreicht.

Wie sich bald zeigen sollte, verlor das morsch gewordene Gebäude des Revierförstersystems mit der Entscheidung des Jahres 1881 einen weiteren wichtigen Eckstein, der bisher seine Existenz gesichert hatte. Der Zusammenbruch kündigte sich an.

5.5 Bezirksverwaltung 1865 – 1887

Die Reform der Forstgesetzgebung in den Jahren 1875–1879 war zwar vorrangig ein forstpolitisches Ereignis, doch ergaben sich aus dem Körperschaftsforstgesetz und dem Forstpolizeigesetz auch Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der Forstorganisation. Beide Gesetze wiesen den Forstämtern wichtige Funktionen zu und bewirkten dadurch eine normative Fixierung dieser zwischen den Revierämtern und der Forstdirektion eingeschobenen Instanz, die nunmehr ohne Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften nicht mehr beseitigt werden konnte. Von den Reviervorwaltern, die aus diesem Anlaß eine Aufhebung oder doch wenigstens eine weitgehende Reduzierung der Zahl der Forstämter erwartet hatten, wurde diese Entscheidung mit Enttäuschung registriert.

Als Folge der Konservierung der bestehenden Organisationsstruktur traten weder im Aufbau noch in der Abgrenzung der Bezirksverwaltung systematische Änderungen ein. Zwar hatte man seit 1848 eine Reihe von Revieren aufgelöst, die nach der Beschränkung der jagdlichen Zuständigkeiten auf den Staatswald entbehrlich geworden waren, doch übten diese Maßnahmen keinen Einfluß auf den Dienstbetrieb aus. Bei den Forstämtern blieb ohnehin lange Zeit alles beim alten. Erst 1872, als die Zahl der Revierämter von 170 auf 154 gesunken war, entschloß man sich zur Aufhebung des Forstamts Kapfenburg.

Territoriale Veränderungen größeren Umfangs wurden allerdings durch das Körperschaftsforstgesetz notwendig, da nahezu drei Viertel der körperschaftlichen Waldfläche der Staatsforstverwaltung zur Bewirtschaftung übergeben wurden, weil zahlreiche Gemeinden auf die Anstellung eigener Sachverständigen verzichteten. Im Jahre 1876 wurde aus diesem Grunde eine umfassende Neueinteilung der lokalen Forstorganisation notwendig. Die Zahl der Forstämter blieb mit 25 konstant, während sich durch die Auflösung von 13 und die Neubildung von 10 Revieren eine Gesamtzahl von 151 Revierämtern ergab, die bis 1884 nur unwesentlich vermindert wurde und dann mit 147 (ab 1894 146) bis zum Jahre 1902 praktisch unverändert blieb.³⁴⁷⁾ Oberster Gesichtspunkt für die Bemessung der

³⁴⁶⁾ Verordnung vom 20. 12. 1882 (Reg. Bl. 1882 S. 312). Die schulischen Voraussetzungen für das Forrststudium blieben unverändert. Die diskutierte Zulassung des Reifezeugnisses einer Realschule, das zum technischen Studium berechnete, wurde verworfen, weil die Forstdirektion die Kenntnis der lateinischen Sprache für erforderlich hielt (HSTA E 33 Bü. 1021).

³⁴⁷⁾ Als Ergebnis der Neueinteilung existierten lediglich 9 reine Staatswald- und nur 5 reine Körperschaftswaldreviere; alle anderen Revierämter hatten Anteil an beiden Waldbesitzarten. Der Privatwald blieb als Folge des Rückzugs auf die Forstaufsicht außer Betracht.

Die Unterschiede in der Größenordnung waren allerdings erheblich. Es gab

2 Reviere mit 600 ha öff. Wald

4 Reviere mit 600–1 000 ha

20 Reviere mit 1 000–1 500 ha

35 Reviere mit 1 500–2 000 ha

37 Reviere mit 2 000–2 500 ha

40 Reviere mit 2 500–3 000 ha

13 Reviere mit über 3 000 ha.

Flächengröße der Revierämter, die mit durchschnittlich 2200 ha Staats- und Körperschaftswald im Rahmen der meisten anderen süddeutschen Länder lag, war die Absicht, »dem Revierverwalter die Leitung der Wirtschaft bis ins einzelne zu ermöglichen.«³⁴⁸⁾ Er sollte daher in der Lage sein, alle Anordnungen an Ort und Stelle zu erteilen. Auch für die Ausführung war er verantwortlich, konnte sich dabei jedoch des nachgeordneten Forstpersonals bedienen.

Diese Konzeption ließ die Forstämter auch in den folgenden Jahren sowohl hinsichtlich ihrer Größenordnung als auch ihrer Funktion weitgehend unangetastet. Obwohl die Abgabe der Forststrafjustiz an die ordentlichen Gerichte und die Beseitigung der auf dem Staatswald liegenden Streu-, Weide- und Gräsereigerechtigkeiten durch das Ablösungsgesetz vom 26. 3. 1873 eine spürbare Entlastung der Forstämter zur Folge hatten, konnte sich die Regierung nur zur »homöopathischen Auflösung« eines einzigen Forstbezirks (Lorch) durchringen. Die einzige bemerkenswerte Konsequenz, die man aus dem Abbau der Verwaltungsarbeit zog, bestand im Versuch einer Beendigung der schon seit langem bestandenen »sitzenden Karriere« der Forstamtsassistenten, die bisher diese Aufgaben zu erheblichen Teilen wahrgenommen hatten. Sie sollten jetzt im Interesse ihrer späteren Verwendung als Praktiker des Außendienstes nicht mehr bloß mit Kanzleiarbeiten, sondern auch mit der Vertretung und Unterstützung der Revierförster insbesondere bei der Fertigung der Wirtschaftspläne beschäftigt werden.³⁴⁹⁾ In der Praxis änderte sich allerdings durch diese Verfügung herzlich wenig.

Die Reaktion der Revierverwalter auf die starre Haltung der Regierung blieb nicht aus. Der steigende Bildungsgrad und die vermehrten Anforderungen im Körperschaftswald standen in krassem Gegensatz zu ihrer abhängigen dienstlichen Stellung. Auch die ungünstigen Beförderungsverhältnisse machten ihre gedrückte Lage offenkundig und gaben Anlaß zur Unzufriedenheit. Während vergleichbaren Beamten der Justizverwaltung 59 %, der Innenverwaltung 54 % und der Finanzverwaltung 43 % Beförderungsstellen zur Verfügung standen, betrug dieser Anteil in der Forstverwaltung lediglich 14,6 %. Die Regierung suchte diesem Druck mit mehreren Gehaltserhöhungen zu begegnen, die schließlich zu einer immer engeren Verzahnung mit der Forstmeisterbesoldung führten.³⁵⁰⁾ Man begann auch damit, verdienten Revierverwaltern die Amtsbezeichnung »Oberförster« zu verleihen, weil man glaubte, auf diese Weise den Forderungen entgegenkommen zu können, die auf eine Abschaffung des »Revierförsters« gerichtet waren – ein Titel, der eine untergeordnete Dienststellung zum Ausdruck brachte und daher zunehmend als Herabsetzung empfunden wurde.³⁵¹⁾ Die Revierverwalter ließen sich jedoch mit diesen oberflächlichen Maßnahmen nicht abpeisen. Immer nachdrücklicher artikulierten sie als Ziel ihrer Wünsche die vollständige Beseitigung der Forstämter, bis sich schließlich im Jahre 1881 die Kammer der Abgeordneten mit ihrem Anliegen beschäftigte.

Die Finanzkommission hatte dort mit großer Mehrheit einen Antrag eingebracht, der die

³⁴⁸⁾ Graner, F.: a.a.O. S. 144. Die mit 3370 ha wesentlich größere Durchschnittsfläche der badischen Forstbezirke wurde wegen des vorherrschenden Gemeindewalds in Württemberg als nicht vergleichbar angesehen.

³⁴⁹⁾ Erlaß vom 15. 6. 1880 (Amtsblatt 1880 S. 99).

³⁵⁰⁾ Die Jahresgehälter betrugen

1875: Forstmeister 3 000–3 800 Mk.,	Revierförster 2 200–2 800 M.
1879: Forstmeister 3 000–3 800 Mk.,	Revierförster 2 400–3 200 Mk.
1887: Forstmeister 3 400–4 000 Mk.,	Revierförster 2 400–3 200 Mk.
1888: Forstmeister 3 400–4 000 Mk.,	Revierförster 2 400–3 800 Mk.

³⁵¹⁾ Es gab Revierverwalter, die an Forstvereinsversammlungen außerhalb Württembergs nur deshalb nicht teilnahmen, weil sie als »Revierförster« für Forstbeamte ohne Hochschulbildung gehalten wurden.

Regierung veranlassen sollte, zur Erzielung von Einsparungen im Staatshaushalt die Aufhebung der Forstämter in Erwägung zu ziehen. Diese Initiative löste eine ausgedehnte Debatte aus, in deren Verlauf die Befürworter und Gegner des Oberförstersystems erstmals ihre Argumente austauschten. Die ersteren vertraten die Auffassung, die durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes eingetretene Verbesserung der Verkehrsverhältnisse erlaube in Verbindung mit der günstigen Lage der Residenzstadt eine Konzentration der Inspektions- und Kontrollorgane in Stuttgart und ermögliche damit eine Verwaltungsvereinfachung, die sich finanziell vorteilhaft auswirken werde. Die letzteren befürchteten dagegen von der Aufhebung der Forstämter eine Verschlechterung der Aufstiegsmöglichkeiten, die Bürokratisierung des Revieramtsdienstes und damit eine Extensivierung der Waldwirtschaft sowie überhaupt eine Senkung des geistigen Niveaus. Auch die Regierungsvertreter – zutiefst von der Notwendigkeit einer ständigen Überwachung der Revierförster überzeugt – machten sich für die Beibehaltung des bestehenden Systems stark. Sie waren der Meinung, daß die Durchführung der neuen Forstgesetze ohne Mitwirkung der Forstämter nicht möglich und eine intensive Bewirtschaftung der Wälder ohne **präventive Kontrolle** undenkbar sei. Die Führungsspitze versprach sich eine wirksame Ausübung dieser Kontrolltätigkeit nur von Leuten, die im Lande wohnten und sowohl mit den Örtlichkeiten als auch mit der Bevölkerung eng vertraut sein könnten, nicht aber von Forsträten in Stuttgart, die dort nichts als Häuser sehen würden. Mit dieser Unterstützung gewannen die konservativen parlamentarischen Kräfte in der Diskussion die Oberhand. Man war überwiegend der Auffassung, daß der sicherste Weg zur allseits gewünschten Kosteneinsparung die schrittweise Reduzierung der Forstämter sei, da »jede Organisation Geld kostet und wieder Geld und noch einmal Geld.«³⁵²⁾

Wie eingewurzelt das Mißtrauen gegen selbständige Wirtschaftsführer in Württemberg immer noch war, geht aus den Worten des als Forstexperten mehrfach hervorgetretenen Abg. Moriz **Mohl** hervor, der den Revierförstern folgende Denkwürdigkeit unterstellte: »O Gott! Der Zar ist weit; die Forstdirektion, die weiß an ihrem grünen Tisch in Stuttgart nichts von dem, was ich thue, und wenn der Visitor von dort aus kommt, den will ich schon so in meinem Wald herumführen und werde ihn so belehren, daß mir nichts geschehen kann.« Als eigenen Kommentar fügte er dieser Feststellung hinzu: »Dies ist auch gar nicht anders möglich, weil der Wald nicht reden kann.«³⁵³⁾

Die Regierung wurde daraufhin ersucht, eine weitere Verminderung der Forstämter durchzuführen. Als Folge dieser parlamentarischen Initiative kam es 1883 zur Aufhebung der Forstämter Söflingen und Zwiefalten. Diese »stückweise Amputation« zeigte jedoch nicht die erhoffte beruhigende Wirkung. Die Revierförster gaben jetzt keine Ruhe mehr. Ihr Selbstbewußtsein war gestiegen, seitdem sich der Schwerpunkt der Wirtschaft auf die Reviere verlagert hatte. Sie wußten genau, daß es nach der Einführung der vollakademischen Ausbildung nur noch eine Frage der Zeit sein konnte, bis die Forstämter fallen würden. Umso unerträglicher erschien es ihnen, daß sei keinen einzigen Taglohn an die Holzhauer ausgeben, keinen Christbaum veräußern und keinen Kaufvertrag unterzeichnen durften, ohne vorher die Genehmigung des Forstamts einzuholen. Die Spannungen zwischen Forstamts- und Revieramtsleitern wurden nunmehr unübersehbar. Sie konnten nur dort überbrückt werden, wo Diskretion auf der einen oder Anpassung auf der anderen Seite dies möglich machten. Auch der standespolitische Aspekt gewann wieder an Bedeutung. Die Revierförster – mit Leutnants, Buchhaltern, Montierungsverwaltern und anderen Beamten mit weniger qualifizierter Ausbildung auf einer Stufe stehend – verfolgten jetzt offen das Ziel einer Gleichstellung mit den sogenannten Bezirksbeamten (Oberamtmann, Oberamtsrichter, Kameralverwalter), zu denen auch die Forstmeister gehörten und das deshalb nur durch eine Beseitigung der Forstämter zu erreichen war.

Nachdem immer mehr andere deutsche Staaten das Revierförstersystem verließen, mußte es auch in Württemberg zu verstärkten Aktivitäten in dieser Beziehung kommen. Vor allem

³⁵²⁾ Abg. Frh. v. Hermann in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 11. 1. 1881 (Prot. S. 397).

³⁵³⁾ Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 12. 1. 1881 (Prot. S. 407).

die 1885 vollzogene Beseitigung der Forstämter in Bayern wirkte außerordentlich stimulierend, so daß von diesem Jahre an die Einführung des Oberförstersystems zum ständigen Thema der Etatsberatungen wurde. Anlaß für einen neuen Vorstoß bot bereits der Staatshaushaltsplan 1885/87, der die Revierförster von den vorgesehenen Gehaltserhöhungen ausklammerte. Eine am 2. 2. 1885 einberufene Versammlung der Revierverwalter richtete eine Eingabe an Forstdirektion und Finanzministerium, die den Übergang zum Oberförstersystem mit der Selbständigen und vollen Verwaltung durch den Wirtschaftsbeamten und den unmittelbaren Verkehr mit der Direktionsbehörde verlangte. Die Denkschrift, die von 99 Revierverwaltern unterzeichnet wurde, präzierte diese Forderung dahingehend, daß die Zahl der Reviere von 147 auf 130 zu reduzieren und an Stelle der 21 Forstämter die Forstdirektion mit 6–8 zusätzlichen Forstinspektoren auszustatten sei. Um diese Vorstellungen konsequent weiterverfolgen zu können, wurde von der Versammlung ein ständiger Ausschuß der Revierförster eingerichtet.³⁵⁴⁾ Das Finanzministerium, seit 1865 unter der Leitung Renners stehend und durch ihn zu einer Bastion des Revierförstersystems geworden, zeigte den Petenten jedoch die kalte Schulter und versagte ihnen sogar die Audienz. Auch erneute parlamentarische Beratungen führten nicht weiter, da es zu keinen Entschlüssen kam. Die Agitation wurde vielmehr als Beweis dafür aufgefaßt, daß es den Revierförstern nur um persönliche Interessen und nicht um das Wohl der Forstverwaltung gehe. Es gab sogar Stimmen, die nicht nur von einem übertriebenen Bildungsstand, sondern auch von überzogenen Ansprüchen der Revierförster sprachen und den Einsatz von Männern forderten, »die nicht von des Gedankens Blässe angekränkt« seien.³⁵⁵⁾ Auch der Chef der Forstdirektion, Dorrer, lehnte systemverändernde Maßnahmen mit Entschiedenheit ab, da sie zu einer Gefährdung des geordneten Wirtschaftsbetriebs führen müßten. Er deutete allerdings insofern eine Kurskorrektur an, als er die Einmischung der Forstamtsleiter in die Wirtschaftsführung für nicht mehr angebracht hielt und deshalb eine Vergrößerung der Forstbezirke befürwortete. Im übrigen glaubte er jedoch, die Revierverwalter weiterhin mit vordergründigen Besoldungsverbesserungen abspesen zu können. Ihnen ging es aber nicht nur um Geld, sondern vor allem auch um eine ihrem Bildungsstand angemessene dienstliche Stellung. Nachdem inzwischen die Mehrzahl eine vollwertige akademische Ausbildung aufzuweisen hatte – der Anteil der Revierförster mit niedriger Dienstprüfung betrug nur noch 24% –, war es für sie unverständlich, daß die Forstämter alle Verträge abzuschließen, die Revierverwalter gegenüber anderen Behörden zu vertreten, die Holzverkäufe auszuschreiben und zu genehmigen, alle hoheitlichen Funktionen auszuüben und den Verkehr mit der Forstdirektion abzuwickeln hatten. Auch vielen Forstmeistern war es nicht mehr wohl, da sie die in der ganzen Staatsverwaltung beispiellose Sonderstellung der Revieramtsleiter ebenfalls für überholt hielten. So kam es im März 1886 auf Initiative einiger Forstamtsvorstände zu einer von 5 Forstmeistern und wiederum einer großen Zahl von Revierverwaltern unterzeichneten Adresse an das Finanzministerium, die »eine zeitgemäße Reform des Forstdienstes im Sinn der Hebung der Selbständigkeit und der dienstlichen Stellung sowie der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage« der Revier- und Oberförster herbeiführen sollte.³⁵⁶⁾

5.6 Die Forstorganisation von 1888

Nach diesen Vorgängen war der Regierung klar geworden, daß sie nicht mehr daran vorbeikam, den Forderungen der Forstbeamten entgegenzukommen. Das Finanzministerium beauftragte daher im Jahre 1885 die Forstdirektion, der neuen Forstdienst Einrichtung in Bayern besondere Aufmerksamkeit zu widmen und den Übergang zu einer entsprechenden Organisation der Forstverwaltung in Württemberg unter wirtschaftlichen, forstpolizei-

³⁵⁴⁾ Referent vor der Versammlung war der Tübinger Revierförster Jäger, der Entwurf der Denkschrift stammte von Oberförster Hepp (Hirsau). Dem Landesausschuß gehörten außerdem Oberförster Knorr (Schorndorf), Oberförster Kober (Gschwend) und Oberförster Müller (Solitude) an.

³⁵⁵⁾ Abg. Frh. v. Hermann in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 10. 4. 1885 (Prot. S. 2126).

³⁵⁶⁾ Fw. Cbl. 1887 (Jg. 9) S. 208.

lichen und finanziellen Gesichtspunkten zu prüfen.

Zu dieser Frage äußerten sich in längeren Gutachten der Chef der Forstdirektion, Dorrer, und der junge Forstrat Hugo **Speidel**. Dorrer vertrat die Auffassung, wesentliche Änderungen in der Zentralstelle seien nicht erforderlich, da Württemberg im Gegensatz zu Bayern bereits über eine kollegiale Leitungsinstanz verfüge. Auch im äußeren Dienst hielt er lediglich Besoldungsverbesserungen sowohl der Forstamts- als auch der Revieramtsvorstände im Sinne einer Gleichstellung der letzteren mit den Bezirksbeamten für notwendig.

Speidel kam dagegen zum Ergebnis, daß der Zeitpunkt für die Abschaffung der Forstämter gekommen sei. Auch die Forstdirektion hielt er für reformbedürftig, weil sie seiner Meinung nach durch zu viele mechanische Büroarbeiten in Anspruch genommen war, während die Inspektion – insbesondere die Vollzugskontrolle der Wirtschaftspläne – zu kurz kam. Für ihn war es ein Gebot der Stunde, von der bisher im Mittelpunkt stehenden Sparsamkeitspolitik zu einer Orientierung am Wirtschaftlichkeitsprinzip zu kommen. Er empfahl daher die Trennung der Forsteinrichtung von den Bezirksreferaten und die Unterstellung unter den Vorstand der Forstdirektion sowie den Ausbau der Sachreferate. Zu diesem Zweck schlug er die Erweiterung des Kollegiums auf 12 Mitglieder vor.

Speidel konnte sich in der Forstdirektion mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen, die Dorrerschen Vorschläge fanden dagegen Zustimmung.

Nach langem Hin und Her zwischen Finanzministerium und Forstdirektion konnte sich Finanzminister Renner im Juni 1886 dazu durchringen, dem Entwurf der Forstdirektion für eine neue Forstorganisation seine Zustimmung zu erteilen. Schweren Herzens war er jetzt bereit, den Revierverwaltern eine Erweiterung ihrer Befugnisse zuzugestehen, doch war für ihn die Einrichtung des **Lokalforstmeisters** – d. h. die Existenz im Lande verteilter Kontroll- und Inspektionsbehörden – nach wie vor unverzichtbar.

Die Forstdirektion begründete diese auch von ihr vertretene Position in einer ausführlichen, von Speidel verfaßten Denkschrift vor allem mit dem Argument, daß die Zentrale durch eine Konzentration der Forstmeister in Stuttgart zur Schwerfälligkeit eines »Forstparlaments« verurteilt werde. Die Aufhebung der Forstämter mache daher die Bildung zweier Kollegien erforderlich und setze zudem eine völlig neue Einteilung der Revierämter voraus. Die in den größeren deutschen Staaten mit entwickeltem Provinzialsystem eingeführte Zwischenlösung der Vereinigung der Lokalforstmeister zu regionalen Inspektionskollegien wurde wegen der fehlenden räumlichen und organisatorischen Voraussetzungen ebenfalls verworfen. Man war davon überzeugt, daß Württemberg für das reine Oberförstersystem (badisches Modell) mit zentralisierter Kontrollinstanz zu groß und für eine provinzielle Lösung (preußisches Modell) zu klein sei. Aus diesem Grunde wurde beschlossen, die Politik des schrittweisen Abbaus der Forstämter fortzusetzen. Letztlich war es die alte Furcht vor ungenügender Kontrolle, die den Finanzminister und seine forstlichen Berater vor einem Bruch mit dem bestehenden Organisationssystem zurückschrecken ließen.

Der Druck der forstlichen Praxis machte jedoch stärkere Eingriffe als bisher erforderlich. Im Jahre 1887 konnte es nicht mehr nur um kosmetische Operationen gehen, vielmehr war die Überprüfung der Forstamtsorganisation mit einer Erweiterung der Kompetenzen der Revierverwalter zu verbinden. Ein weiterer Grund für die Notwendigkeit einer Änderung größeren Stils lag in der immer noch nicht beseitigten finanziellen Benachteiligung der Revierförster. Zwar waren die Beamten in Württemberg ganz allgemein schlechter bezahlt als in anderen Ländern, doch wiesen die Revierverwalter darüber hinaus einen erheblichen Einkommensrückstand gegenüber vergleichbaren Beamtengruppen auf.³⁵⁷⁾ Sie waren nicht nur hinsichtlich der Gehälter und Aufstiegschancen ungünstiger gestellt, sondern hatten auch höhere Aufwendungen für die Ausbildung ihrer Kinder zu leisten.³⁵⁸⁾ Eine kräftige Besoldungsanhebung war deshalb unumgänglich. Sie konnte auch ohne Mehraufwand finanziert werden, wenn die Zahl der Forstämter merklich verringert wurde. Aus diesem Grunde sah man die Aufhebung von 5 Forstämtern vor, wobei man in der praktischen Durchführung vor allem eine Anpassung an das Bahnnetz im Auge hatte. Diese Maßnahme führte zu einer Anhebung der durchschnittlichen Forstamtsfläche von 18 000 auf 23 000 ha

³⁵⁷⁾ Eine Übersicht der Besoldungsregelungen in den wichtigsten Staaten ergibt folgendes Bild der Durchschnittsgehälter der Revierverwalter:

Baden 3 400 Mk., Bayern 4 080 Mk., Hessen 3 500 Mk., Sachsen 3 400 Mk., Württemberg 2 772 Mk.

³⁵⁸⁾ Trotz einer seit 1866 systematisch betriebenen Verlegung der Revieramtsitze in größere Orte wohnten nur 5 % der Revierverwalter in Städten mit Gymnasien und lediglich 30 % in solchen mit Latein- und Realschulen. Im Gegensatz zu den Pfarrern besaßen sie auch weder die Zeit noch die Möglichkeit, den Unterricht jahrelang selbst zu erteilen.

Staats- und Körperschaftswald und schuf damit die Voraussetzung für die Kompetenzerweiterung der Revierverwalter.

Die Kammer der Abgeordneten stimmte der Regierungsvorlage mit großer Mehrheit zu und sprach gleichzeitig die Erwartung aus, daß die Vergrößerung der Zuständigkeiten für den Revieramtsdienst im Sinne des Übergangs zum Oberförstersystem erfolge. Obwohl die Kammer der Standesherrn diesem Beschluß nicht folgte, weil sie zuvor die wirtschaftlichen Auswirkungen dieses Schrittes prüfen wollte, konnte die Regierung in den folgenden Jahren ihre Pläne in die Tat umsetzen, weil der Etat insgesamt die Zustimmung beider Häuser fand. Auf diese Weise kam es zu einer Verringerung der Zahl der Forstämter von 21 auf 16, wobei im Gegensatz zur bisherigen Praxis eine durchgreifende Neueinteilung der Forstbezirke stattfand.³⁵⁹⁾ Die Revieramtsorganisation blieb unverändert, weil man im Interesse der Stabilität der 1876 geschaffenen Abgrenzung zunächst noch weitere Erfahrungen sammeln wollte. In Wirklichkeit verfolgte Speidel, der diese Entscheidung durchgesetzt hatte, die Absicht, bei einer späteren umfassenden Reorganisation die Bildung von Nebenrevieren für die Nachwuchsbeamten zu ermöglichen. An der Forderung, daß der Revierverwalter die Wirtschaft bis ins einzelne leiten und für die ganze Verwaltung verantwortlich sein müsse, wurde ausdrücklich festgehalten.

Um dem Korpsgeist der Forstleute Rechnung zu tragen und der Entwicklung in den anderen Ländern zu folgen, führte man mit der neuen Forstorganisation die Amtsbezeichnung »**Oberförster**« für alle Revieramtsvorstände ein. Die neue Titulatur sollte auch die von Finanzminister Renner und Forstdirektor Dorrer vertretene Version verdeutlichen, daß mit der Beschränkung der Forstamtsleiter auf Kontrollfunktionen der Übergang zum Oberförstersystem bereits vollzogen werde, weil es unerheblich sei, ob die Kontrolle von der Zentrale oder durch Lokalforstmeister ausgeübt würde. In diesem Sinne wurde das Dienstverhältnis der beiden Dienstgrade neu geregelt. Die maßgebliche Dienstvorschrift enthielt hierfür folgende Bestimmung:³⁶⁰⁾

»Dem Oberförster liegt unter Kontrolle des Forstmeisters die Bewirtschaftung und Verwaltung des ihm anvertrauten Reviers unter eigener Verantwortung ob. Demgemäß hat der Oberförster sein Revier nach Maßgabe der bestehenden allgemeinen und besonderen Vorschriften zu bewirtschaften und zu verwalten. Bei der dem Forstmeister abliegenden Überwachung der Verwaltung hat derselbe auf alle Zweige seine Aufmerksamkeit zu richten und wenn und wo sich Lücken und Mängel zeigen, anregend, ergänzend und berichtend einzugreifen.«

Die amtliche Stellung der Revieramtsleiter wurde ferner durch zahlreiche Einzelvorschriften gestärkt. So war der Forstmeister jetzt verpflichtet, bei Revierbesuchen den Oberförster beizuziehen. Sofern Meinungsverschiedenheiten auftraten, hatte der Forstamtsleiter unter Anschluß der schriftlichen Ausführungen des Oberförsters die Entscheidung der Forstdirektion einzuholen. Den Hilfsbeamten des Oberförsters und den Waldarbeitern durfte er keine Weisungen mehr erteilen. Der Schriftverkehr mit der Forstdirektion war durch Randberichte der Forstämter auf den Aktenvorlagen der Revierämter abzuwickeln. Die Oberförster erhielten auch das Recht, sich zu Entschließungen der Forstämter gutächtllich zu äußern, so daß die Forstdirektion von ihren Auffassungen Kenntnis erhielt. Auch im materiellen Bereich – beispielsweise beim Holzverkauf – erfolgte eine Erweiterung der Befugnisse. Die Holzkontrolle wurde den Forstämtern vollständig abgenommen und durch eine allgemeine Überwachung der Schlagführung und Holzaufnahme ersetzt. Die Bearbeitung der periodischen Betriebspläne erklärten die neuen Dienstvorschriften zu einer speziellen Aufgabe der Oberförster, wobei jedoch wichtige Entscheidungen im Rahmen der Vorbereitung und Prüfung durch den Forstinspektor zu treffen waren. Die Aufstellung der jährlichen Betriebspläne gehörte ebenfalls zur Obliegenheit des Revieramts, so daß der Forstmeister auf die Prüfung und Vollzugskontrolle beschränkt blieb.

³⁵⁹⁾ Aufgelöst wurden die Forstämter Altensteig, Bönnigheim, Mergentheim, Neuenstadt, Ochsenhausen, Reichenberg und Sulz, neu gebildet die Forstämter Biberach und Heilbronn.

³⁶⁰⁾ Verfügung vom 20. 6. 1888 (Amtsblatt 1888 S. 150).

Ursprünglich war vorgesehen gewesen, diese Regelungen nur auf Revierverwalter mit höherer Dienstprüfung anzuwenden, während die Absolventen der niederen Dienstprüfung unabhängig von ihrer beruflichen Leistung sowohl hinsichtlich ihrer dienstlichen Stellung als auch ihrer Amtsbezeichnung auf dem Stand von 1865 gehalten werden sollten. Auf diese Weise wären 2 Kategorien von Revieramtsleitern mit unterschiedlicher Titulatur und Selbständigkeit geschaffen worden. Mit Rücksicht auf die zu erwartenden Komplikationen sah die Regierung jedoch davon ab, einem Viertel der Revierverwalter öffentlich das »testimonium paupertatis« zu verleihen.³⁶¹⁾ Auch der Gedanke, den jüngeren Oberförstern nicht denselben Bewegungsspielraum zu geben wie den älteren, wurde aus den gleichen Gründen wieder fallen gelassen.

Die Forstorganisation von 1888 war insofern eine bemerkenswerte Etappe auf dem Wege zum Oberförstersystem, als sie die Epoche der legalisierten Mitverwaltung der Reviere durch die Forstämter beendete. Sie stellte mit ihrem Übergang vom Wirtschafts- zum Kontrollforstmeister auf der anderen Seite einen letzten Versuch dar, die Reste des überlebten Revierförstersystems zu retten. Finanzminister Renner war zwar davon überzeugt, daß ein weiteres Nachgeben nicht mehr möglich sei: »Wenn wir je daran denken wollten«, führte er vor der Kammer der Standesherrn aus, »so müßte durch Gesetz ein anderes Organ an die Stelle des Forstmeisters gesetzt werden.«³⁶²⁾ In Wirklichkeit konnte jedoch die Forstorganisation von 1888 kein Endzustand, sondern nur ein letztes Glied in der Kette eines historischen Prozesses sein. So sahen es auch die Revierverwalter, die sich in der Hoffnung auf ein baldiges Ende des Interims mit dem in ihren Augen kümmerlichen Kompromiß abfanden. An der Schwelle des Oberförstersystems angelangt, konnte es tatsächlich nur noch eine Frage der Zeit sein, bis sie überschritten wurde.

5.7 Der Einsatz des Nachwuchses im Forst- und Revieramtsdienst

Die in der Forstorganisation von 1822 erfolgte Bildung von Forstwartbezirken hatte zum Ziel, einerseits den Verwaltern größerer Reviere eine Unterstützung zu verschaffen und andererseits dem Nachwuchs praktische Ausbildungsmöglichkeiten zu bieten. Die Erwartungen, die man an diese Einrichtung geknüpft hatte, erfüllten sich jedoch nicht. In der Regel wurden die Forstwarte nicht viel anders eingesetzt als die Waldschützen, d. h. in der Hauptsache für den Forstschutz verwendet. Zumindest hing es von der Individualität des Revierförsters ab, ob und in welchem Umfang sie im Forstbetrieb halbwegs sinnvoll beschäftigt wurden und dadurch Gelegenheit erhielten, sich auf ihren späteren Beruf vorzubereiten. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Klagen darüber laut wurden, nicht wenige Forstwarte seien in ihrer untergeordneten Stellung, in der sie lange Jahre verbringen mußten, »verbauert und versauert.«³⁶³⁾ Spätestens nach der Abschaffung der niederen Dienstprüfung 1868 gab es daher keine Veranlassung mehr, an diesem verfehlten Institut festzuhalten. Man stellte deshalb den Zugang ein, sodaß die Zahl der Forstwarte, die ursprünglich 64 betragen hatte und vorübergehend auf 80 angestiegen war, seit diesem Zeitpunkt laufend abnahm. Gleichzeitig ging man dazu über, die Forstwarte nicht mehr überwiegend im Forstschutz zu verwenden, sondern sie ohne abgegrenzten Dienstbezirk den Revierförstern arbeitsintensiver (insbesondere nadelholzreicher) Reviere zur Unterstützung im Forstbetrieb zuzuweisen. Im Jahre 1878 wurden von 30 noch vorhandenen Forstwarten 10 wie bisher in Huten eingesetzt, während die übrigen 20 bereits zu Hilfskräften der Revierverwalter in der Wirtschaftsführung geworden waren. Dieser Entwicklung Rechnung tragend, erhielten die Forstwarte im gleichen Jahr die Amtsbezeichnung »**Revieramtsassistent**« und bildeten nunmehr die Eingangsstufe für den Forstdienst, sodaß sich jetzt im Anschluß an die 2. Dienstprüfung die Abfolge Revieramtsassistent – Forstamtsassistent – Oberförster – (Forstmeister) ergab, wobei $\frac{2}{3}$ der Hilfs- und Vorbereitungszeit auf dem Re-

³⁶¹⁾ Fürst von Hohenlohe-Langenburg in der Sitzung der Kammer der Standesherrn vom 16. 5. 1887 (Prot. S. 258).

³⁶²⁾ Sitzung der Kammer der Standesherrn vom 16. 5. 1887 (Prot. S. 258).

³⁶³⁾ Monatschrift für das Forst- und Jagdwesen 1859 S. 96.

vieramtsdienst und $\frac{1}{3}$ auf den Forstamtsdienst entfielen.³⁶⁴⁾ Damit war insofern eine Änderung grundsätzlicher Art eingetreten, als bis 1868 die Absolventen der höheren Dienstprüfung und seither die Forstreferendäre I. Klasse bei ihrer planmäßigen Anstellung sofort Forstamtsassistent geworden waren, nunmehr aber einen vorgeschalteten Zeitabschnitt als Revieramtsassistent durchlaufen mußten. Da die Revierverwalter keine Schreibhilfe hatten, wurden sie während dieser Tätigkeit zunehmend auch mit schriftlichen Arbeiten beschäftigt. An ihrem Rechtsstatus – die Revieramtsassistenten waren wie die Forstwarte Beamte mit $\frac{1}{4}$ jähriger Kündigungsmöglichkeit – änderte sich dadurch jedoch nichts. Ihre dienstliche Situation wurde dagegen immer schlechter. Hatte sich nach 1878 die Ernennung zum Revieramtsassistenten noch nahezu unmittelbar an die 2. Dienstprüfung angeschlossen, so mußte seit 1883 infolge des starken Andrangs zur Forstlaufbahn und der beschränkten Stellenzahl (1880:43, 1899:47 Revieramtsassistenten) eine zunehmend längere Wartezeit eingeschoben werden, während der die Absolventen der Hochschule Forstreferendäre I. Klasse blieben und als Hilfskräfte gegen Tagegeld beschäftigt wurden oder sogar zeitweise überhaupt keine Verwendung im Forstdienst fanden. Aus dieser Situation, die im Laufe der neunziger Jahre immer prekärer wurde, entwickelte sich ein soziales Problem, das auf Dauer nicht ungelöst bleiben konnte.

6. Vom Forstschutz- zum Hilfspersonal

Die Forstwache hatte 1861 ihre größte Ausdehnung erreicht. Weiter vorzudringen war sie nicht imstande, nachdem die Hebung des Lebensstandards, die Verbesserung des Forstschutzes und hinsichtlich der Weide- und Streuexzesse auch die Einführung der Stallfütterung zu einem Rückgang der Übergriffe auf das Waldeigentum geführt hatten. Im Durchschnitt der Jahre 1869/72 betrug die Zahl der angezeigten Verstöße mit 25 760 Fällen nur noch 34 % des Zeitraums 1847/51.³⁶⁵⁾ Aus diesem Grund sowie wegen des geringeren Effekts in Gebieten mit unbedeutender Gefährdung oder parzelliertem Staatswaldbesitz erschien die Einbeziehung weiterer Forstbezirke nicht mehr zweckmäßig. Mit dem Tode ihres ersten Kommandanten im Jahre 1872 kam es deshalb zu einer Diskussion über die Aufhebung bzw. Umgestaltung der Forstwache.

Die veränderten Voraussetzungen ließen nunmehr auch die Mängel dieser Einrichtung deutlicher sichtbar werden. Ein wesentlicher Nachteil bestand jetzt darin, daß die Arbeitsteilung zwischen Schutz- und Hilfspersonal nicht mehr sinnvoll war, da die abnehmende Zahl der Straffälle die Forstwächter nicht mehr hinreichend beschäftigte.³⁶⁶⁾ Auf der anderen Seite machten die Intensivierung der Waldwirtschaft und die verstärkte Einbeziehung des Körperschaftswaldes in den Aufgabenbereich der Staatsforstverwaltung eine wirksame Unterstützung der Revierverwalter, die bisher das Revieramt im Einmannbetrieb geführt hatten, unumgänglich. Auch der militärische Charakter der Forstwache war im Zug dieser Entwicklung fragwürdig geworden. Der soldatische Drill leistete einem Mechanismus des Dienstes Vorschub, der die erforderliche Umstellung vom Schutz- auf den Hilfsdienst erschwerte. Dieser Aspekt trat umso fühlbarer in Erscheinung, als die zum Zeitpunkt ihrer Einstellung jugendlichen Forstwächter inzwischen gealtert waren und als Folge ihres aufreibenden Dienstes Abnützerserscheinungen aufwiesen. Da das Kommando der

³⁶⁴⁾ Im Jahre 1880 waren 36 Wirtschaftsgehilfen vorhanden, die in der Regel am Sitz des Revieramts wohnten. Weitere 7 frühere Forstwarte wurden aus besonderen persönlichen oder sachlichen Gründen noch in Hutten verwendet. Diese 43 Hilfskräfte setzten sich aus 23 Absolventen der höheren und 15 Absolventen der niederen Dienstprüfung sowie 5 Forstwächtern zusammen, die man aus Mangel an Fachpersonal vorübergehend zur Unterstützung der Revierverwalter einsetzte (Graner, F.: a.a.O. S. 150).

³⁶⁵⁾ Speidel, H.: a.a.O. S. 409.

³⁶⁶⁾ Im letzten Jahr vor der Abgabe der Forststrafjustiz an die ordentlichen Gerichte, 1878, betrug die Zahl der abgerügten Forststraffälle 19 220 (davon 11 835 im Staatswald), die sich aus 198 Weidevergehen, 2 044 Streu- und Grasexzessen, 3 169 Grünholzexzessen, 8 753 Dürholzexzessen und 5 056 sonstigen Übertretungen, insbesondere forstpolizeilichen Vergehen, zusammensetzten. Hierfür wurden 38 301 Mk. Geldstrafen, 3 228 Mk. Wertersatz und 7 207 Tage Gefängnisstrafen ausgesprochen. Im Jahre 1895 wurden noch 5 517 forststrafrechtliche und 1 605 forstpolizeiliche Verfehlungen registriert (AFJZ 1898, Jg. 74, S. 157).

Forstwache dazu neigte, die militärischen Formen als Selbstzweck zu kultivieren und sich dem Einsatz der Forstwächter im Forstbetrieb widersetzte, mußte es zwangsläufig zu Kollisionen mit den Forstbehörden kommen. Unter diesen Umständen war es notwendig, »einen der beiden Köpfe des Instituts zu entfernen, und daß hierbei das militärische Element weichen mußte, konnte nicht zweifelhaft sein.«³⁶⁷⁾

Die Umstrukturierung begann damit, daß 1869 sämtliche Forstwächter und Waldschützen gleichermaßen verpflichtet wurden, den Kulturen, Wasserleitungen und Gräben ihre Aufmerksamkeit zu schenken und bei den Arbeiten selbst Hand anzulegen. Bei Neueinstellungen wurde jetzt auf die Befähigung zu Handdiensten besonders geachtet. Von wesentlicher Bedeutung für die weitere Entwicklung der Forstwache war die Ernennung des 30jährigen Revierförsters Hugo **Speidel** zum Nachfolger des 1872 verstorbenen Kommandanten Schwarz. Als Landwehrleutnant besaß er auch die erforderlichen militärischen Vorbedingungen für diese Position. Die Bestellung dieser hervorragenden Persönlichkeit markierte einen Wendepunkt, da die Leitung des unteren Forstpersonals seitdem bei einem Forstmann lag, der allerdings gleichzeitig Reserveoffizier sein mußte. In Erkenntnis der veränderten Aufgabenstellung betrieb Speidel konsequent die Eingliederung der Forstwache in den Personalkörper der Forstverwaltung im Sinne einer **Vereinigung des Schutz- und Hilfsdienstes**, wobei ihm zustatten kam, daß er zusätzlich Aufgaben bei der Forstdirektion wahrzunehmen hatte. Im Verlauf seiner bis 1881 dauernden Amtszeit – in diesem Jahr erfolgte seine Ernennung zum ordentlichen Kollegialmitglied der Forstdirektion – wurde der Kommandant der Forstwache mehr oder weniger zum Personalreferenten für den unteren Forstdienst.

Speidel stellte das Exerzieren ab, schränkte die Musterung ein, hob die Doppelposten auf, ließ die Forstwachmeisterstellen eingehen und unterstellte die Forstwächter vollständig den Revier- und Forstämtern. Im Zuge der Angleichung wurde jetzt andererseits für die Waldschützen eine 6monatige Probezeit, Heiraterlaubnis und die Möglichkeit der Versetzung zur Einstellungsvoraussetzung gemacht. Sie wurden ferner dazu verpflichtet, »in ihrem ganzen Verhalten in und außer dem Dienst und insbesondere auch in ihren äußeren Erscheinung den Anforderungen zu entsprechen, welche zur Erhaltung der Achtung des Einzelnen und der Würde des Stands« notwendig waren.³⁶⁸⁾ Den sogenannten technischen Waldschützen, die in den Revieren der Forstwache zur Unterstützung der Revierverwalter angestellt waren, wurden nach und nach wieder Huten übertragen. Umgekehrt erlaubte die reichseinheitliche Einführung der allgemeinen Wehrpflicht die Besetzung der Waldschützenstellen mit gedienten Unteroffizieren, wobei vorzugsweise auf Waldarbeiter, Gärtner, Bauern und Weingärtner zurückgegriffen wurde. Man war auf diese Weise bestrebt, den disziplinierten Geist der Forstwache auch nach dieser im Jahre 1874 erfolgten Umstellung zu erhalten. Speidel ließ sich dabei von der Überzeugung leiten, daß die Vorteile der militärischen Erziehung ihre Nachteile umso mehr überwiegen, als sie »Schutz gegen die Anstellung noch weit weniger wünschenswerter Elemente gewährt.«³⁶⁹⁾ Die Vereinigung beider Institute wurde 1880 dadurch zum Abschluß gebracht, daß jetzt auch die Waldschützen den Titel »**Forstwächter**« erhielten. Die nebenberuflich in kleinen Huten angestellten Hilfs-waldschützen wurden jetzt zu »**Waldschützen**«. Zugleich hob man durch Auflösung von 87 Huten in den Jahren 1874 – 1880 die Durchschnittsgröße der Dienstbezirke von 300 auf 400 ha an. Der Personalstand belief sich nach dieser Vereinheitlichung auf 519 Forstwächter und 35 Waldschützen. Abgeschlossen wurde die im Laufe der siebziger Jahre vollzogene Entwicklung durch eine 1881 erlassene Dienstanweisung, die den Forstwächtern über den Forstschutz hinaus zahlreiche wirtschaftliche Aufgaben zuwies. Sie waren nach dieser Vorschrift für die Beaufsichtigung der Waldarbeiter zuständig, wobei sie den Betriebsarbeiten möglichst viel, den größeren und wichtigen Geschäften stets anwohnen und

³⁶⁷⁾ Speidel, H.: a.a.O. S. 419.

³⁶⁸⁾ Erlaß der Forstdirektion vom 16. 2. 1874.

³⁶⁹⁾ Speidel, H.: a.a.O. S. 419.

ohne dringende Abhaltung »jeden Tag der Erste und der Letzte auf dem Platz« sein sollten.³⁷⁰⁾ Auch einfache schriftliche Arbeiten wie beispielsweise die Fertigung der Lohnlisten sowie die Holzaufnahme und die Mitwirkung bei der Holzkontrolle gehörten zu ihrem Aufgabenbereich. Bei Kultur-, Pflanzschul- und Bestandespflegearbeiten hatten sie selbst mit Hand anzulegen und »kleinere Übelstände« (Entfernung verdämmender Vorwüchse, Ableitung des Wassers oder Offenhaltung von Dolen und Gräben) zu beseitigen. Ausnahmsweise konnten sie auch außerhalb ihrer Hut zum Einsatz kommen. Entsprechend der weiteren Abnahme der Waldvergehen verlagerte sich der Schwerpunkt immer mehr vom Forstschutz zum Betriebsvollzug. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts war damit der Übergang vom Forstschutz- zum Hilfspersonal des Forstbetriebs weitgehend vollzogen. Als Folge dieser Tendenz erhielten die Forstwächter im Jahre 1893 die Amtsbezeichnung »**Forstwart**«.³⁷¹⁾ Auf diese Weise hatte sich aus dem Forstschutzpersonal eine neue Laufbahn des unteren Forstdienstes entwickelt, für die es zunächst keine geregelte Ausbildung gab. Erst im Jahre 1893 erfolgte eine Präzisierung des Ausbildungsgangs, der damit begann, daß die unverheirateten Bewerber nach 4–5jährigem aktivem Militärdienst eine Vorprüfung in Rechnen und Aufsatz ablegen mußten, wobei lediglich kräftiger Körperbau, gute natürliche Geistesanlagen und Volksschulbildung vorausgesetzt wurden. Wer diese Aufnahmeprüfung bestanden hatte, mußte für die Dauer von 3–4 Jahren bei verschiedenen Forstämtern Waldarbeiten aller Art verrichten; im fortgeschrittenen Stadium erfolgte auch ein Einsatz der Forstpraktikanten im Kanzleidienst, in der Stellvertretung von Forstwarten oder als Hilfskräfte in der Forsteinrichtung. Mit den steigenden Anforderungen ergab sich jedoch allmählich auch das Bedürfnis nach einer theoretischen Schulung. Zwar erhielten die Unteroffiziere während ihrer aktiven Dienstzeit zur Auffrischung ihrer Schulkenntnisse sogenannten Kapitulantunterricht, doch war dessen Umfang und Qualität bei den einzelnen Waffengattungen sehr verschieden. Außerdem wurde mit der Zeit die Vermittlung von Fachwissen als erforderlich angesehen, weil nicht alle Forst- und Revieramtsleiter sich um die ihnen zugewiesenen Forstanwärter ausreichend kümmerten. Speidel hatte daher schon 1878 die Ergänzung der praktischen Ausbildung durch eine schulische Unterweisung gefordert. Nach einem 1889 im Revieramt Altensteig unternommenen Versuch erfolgte 1891 die Einrichtung einer **Forstanwärterschule** in Verbindung mit dem Kommando der Forstwache in Stuttgart. Der Schulbesuch schloß sich an die praktische Vorlehre an und umfaßte die Dauer von 3 Monaten. Aufgenommen wurden entsprechend dem Jahresbedarf 15–20, später 20–30 »Zöglinge«, die man internatsmäßig »kasernierte«. Sie wurden bereits nach dem Ausscheiden aus dem Militärdienst vorgemerkt und in eine Forstanwärterliste aufgenommen. Den ausgesprochen praxisorientierten Unterricht erteilte der Kommandant der Forstwache (d. h. der Personalreferent der Forstdirektion für das untere Forstpersonal), der dabei von einem Forstbeamten des höheren Dienstes und einem Forstwart bzw. einem Schullehrer unterstützt wurde.³⁷²⁾ Lehrfächer waren praktisches Rechnen und einfache Geometrie, Schreiben, Waldbau sowie Polizei- und Strafgesetze. Abgeschlossen wurde der Kurs mit einer Prüfung, auf die eine 1jährige Verwendung als provisorischer Forstwart bis zur definitiven Anstellung folgte.

7. Zusammenfassung

Der etwa 50 Jahre umfassende Zeitraum von der Revolution des Jahres 1848 bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts ist gekennzeichnet durch einen stetigen Aufschwung des gesamten Forstwesens. Die Periode der Sterilität, die nach der Aufhebung des Forstrats die württembergische Forstverwaltung beherrscht hatte, konnte mit der Wiedererrichtung einer Zentralstelle überwunden werden. Diese Maßnahme war zweifellos die fundamentale

³⁷⁰⁾ § 58 der Dienstanweisung 1881.

³⁷¹⁾ Bekanntmachung vom 27. 10. 1893 (Amtsblatt S. 81).

³⁷²⁾ Erlaß vom 2. 11. 1893 (Amtsblatt 1893 S. 88).

Voraussetzung für eine zeitgemäße Weiterentwicklung der zu Beginn des 19. Jahrhunderts geschaffenen Forstorganisation.

Die herausragende Leistung dieses Zeitraums bestand sicherlich in der immer gründlicheren Bildung des Forstpersonals, die sozusagen von oben herab immer weitere Kreise erfaßte und damit die Grundlage für die Intensivierung der Waldwirtschaft auf allen Gebieten schuf. Kennzeichnend für die systematische Erweiterung des geistigen Potentials ist nicht nur die Steigerung der Anforderungen an die Qualität der Wirtschaftsführer, sondern auch die Begründung einer angewandten Forschung, die in der Schaffung der forstlichen Versuchsstation im Jahre 1872 (ab 1902 forstliche Versuchsanstalt) Gestalt annahm. Die Entstehung forstlicher Lesevereine und die Gründung der Forstvereine – 1838 war die Versammlung süddeutscher Forstwirte zustande gekommen und 1876 bildete sich der württembergische Forstverein – gehören ebenfalls in diesen Zusammenhang. Das ständig steigende Bildungsniveau mußte zwangsläufig die Forderung einer **Emanzipation der Reviervorwalter** nach sich ziehen. Der Kampf um die Durchsetzung des Oberförstersystems ist daher das Leitmotiv, das sich wie ein roter Faden durch alle Jahrzehnte dieser Epoche zieht. Die Zeit der großen Würfe war freilich vorbei. In mühsamer Kleinarbeit mußte Schritt für Schritt die Anpassung an zeitgemäße Verwaltungsformen erkämpft werden. Auch die Einführung der vollakademischen Ausbildung für die Reviervorwalter – ganz ohne Zweifel zu jener Zeit eine beachtliche reformerische Leistung – kam unter dem Druck der forstlichen Praxis zustande.

Die Ursachen, die einer fortschrittlichen Weiterentwicklung der Forstorganisation im Wege standen, waren vielfältiger Natur. Nicht gerade förderlich wirkte sich in dieser Hinsicht die Tatsache aus, daß die württembergische Staatsforstverwaltung beachtliche wirtschaftliche Erfolge verbuchen konnte. Die Reinerträge des Staatswalds waren von 5,73 Mk/ha im Jahre 1820 auf 50,29 Mk/ha im Jahre 1899 gestiegen. Im gleichen Zeitraum konnte der Anteil der Personalkosten (ohne Waldarbeiter) von 29 % auf 10 % gesenkt werden. Unter dem Gesichtspunkt des Verwaltungsinteresses bestand daher kaum ein Anlaß zu wesentlichen organisatorischen Änderungen.

Maßgeblich beteiligt an der ängstlich-zaghaften Politik der kleinen Schritte war Finanzminister Renner. Bei allen Vorzügen, die dieser vortreffliche Mann aufzuweisen hatte, kam er doch über eine kleinbürgerliche Denkungsart nicht hinaus.³⁷³⁾ Im Alter von 50 Jahren nach 12jähriger Leitung der forstlichen Zentrale an die Spitze des Finanzministeriums berufen, war er nicht in der Lage, in den 27 Jahren seiner ministeriellen Amtszeit der von Grund auf veränderten personalpolitischen Situation der Forstverwaltung Rechnung zu tragen. »Der Gedanke, was die Reviervorwalter alles versäumen könnten und was verloren gehen könnte ohne Beibehaltung einer größeren Zahl von Forstämtern, machte ihm schwere Sorgen«.³⁷⁴⁾ Freilich gab es auch in seiner Umgebung niemand, der ihn von diesen Sorgen zu befreien versuchte. Die damals noch vorherrschenden Kameralisten des Finanzministeriums waren von der alten Mißgunst dieses Berufszweigs gegen die Forstverwaltung geprägt, und auch die Forstdirektion wurde von konservativen Elementen beherrscht. Einzig Speidel sah mit dem ihm eigenen Scharfblick die unabweisbare Notwendigkeit eines konsequenten Übergangs zum Oberförstersystem. Seine Stunde war jedoch erst gekommen, als nach dem Tode König Karls im Jahre 1891 Finanzminister Renner aus der Regierung ausschied.

³⁷³⁾ Württ. Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1927, S. 403.

³⁷⁴⁾ AFJZ 1929 (Jg. 105) S. 153.

X. Die Forstorganisation von 1902

1. Der Durchbruch zum Oberförstersystem

Die Forstorganisation von 1888 war einerseits ein letzter krampfhafter Versuch, die Überreste des Revierförstersystems zu konservieren, andererseits legte sie selbst die Axt an diese überlebte Einrichtung. Sehr bald stellte sich nämlich heraus, daß sich die 4jährigen Bemühungen um das Zustandekommen dieser Regelung nicht gelohnt hatten, weil die Forstamtsvorstände durch die Beschränkung auf reine Kontrollaufgaben in eine ausgesprochen prekäre Lage gerieten. Entweder fehlte es ihnen jetzt an ausreichender und befriedigender Beschäftigung oder sie waren gezwungen, ihre Kompetenzen zu überschreiten. Es zeigte sich unverkennbar, daß die Kontrolle ohne Eingreifen entweder in das Gebiet der Direktion oder in den Bereich der Wirtschaftsführung keinen ausreichenden Inhalt für eine selbständige Zwischeninstanz bieten konnte. Es bedurfte schon »eines bedeutenden Gewichts seiner Persönlichkeit oder fast übermenschlichen Takts«, wenn ein Forstmeister bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben die eifersüchtig auf eine befriedigende dienstliche und gesellschaftliche Stellung bedachten Oberförster nicht in ihren Gefühlen verletzen wollte. Glücklicherweise gab es noch die vielen vorgeschriebenen Visitationen der Körperschaftswaldungen, die in den Augen der Reviervorwalter »eine gute Ablenkung aufgespeicherten Tatendrangs« der Forstamtsleiter darstellten.³⁷⁵⁾ Hinzu kam, daß auch die Kontrolltätigkeit zu Kollisionen führte, weil die Forstdirektion als Inspektionsorgan auf diesem Gebiet ebenfalls Funktionen ausübte. Es ist einleuchtend, daß unter diesen Voraussetzungen keine Ruhe in der Forstverwaltung einkehren konnte.

So kam es im Jahre 1895 in der Kammer der Abgeordneten, die in ihrer Mehrheit hinter den reformerischen Bestrebungen stand, zu einer Debatte über die Einführung des Oberförstersystems, die mit der Aufforderung an die Regierung endete, die Aufhebung der 16 Forstämter in Erwägung zu ziehen. Der Widerstand gegen die Abkehr vom bestehenden Organisationsprinzip war allerdings noch nicht ganz gebrochen. Vor allem die ritterschaftlichen Abgeordneten gaben ihre Versuche nicht auf, die Forstorganisation »rückwärts zu dressieren«. ³⁷⁶⁾ Auch die Kammer der Standesherrn sah sich noch nicht in der Lage, dem Beschluß der 2. Kammer beizutreten. Wie die halberzig vorgetragenen Forderungen beweisen, dürfte sich die Nachhut des Revierförstersystems allerdings der Unhaltbarkeit ihrer Position bewußt gewesen sein. Nachdem die Reviervorwalter ohne vollakademische Ausbildung von Jahr zu Jahr abnahmen – ihr Anteil belief sich 1895 auf 13 % und 1901 nur noch auf 9 % – und die Revierämter hinsichtlich ihrer Funktion bereits kleine Forstämter geworden waren, konnte eine abschließende Flurbereinigung nicht mehr länger aufgeschoben werden, zumal 1899 auch Hessen zum Oberförstersystem übergang, so daß Württemberg schließlich als das »letzte Asyl« der Lokalforstämter erschien.³⁷⁷⁾ Auch der neue Finanzminister **Riecke** war der Auffassung, daß der ins Rollen gekommene Stein einer Neuordnung der Forstverwaltung nicht mehr aufzuhalten sei; er wollte sich jedoch auf konkrete Maßnahmen nicht festlegen, weil er wegen anderer vordringlicher Aufgaben sich mit diesem Problem noch nicht befassen konnte. Als Ergebnis der Landtagsverhandlungen wurde von der Regierung eine aus Vertretern des Finanzministeriums, der Forstdirektion und Forstbeamten des Außendienstes bestehende Kommission eingesetzt, die den Abschluß der Forstorganisation vorbereiten sollte. Speidel, der dieser Kommission angehörte, verweigerte jedoch aufgrund seiner schlechten Erfahrungen mit den Kameralisten des Finanzministeriums die Mitarbeit. Da seine Mitwirkung unverzichtbar war, mußte die Forstdirektion

³⁷⁵⁾ Fw. Cbl. 1907 (Jg. 29) S. 220/221. Der Berichterstatter in der Kammer der Abgeordneten, v. Uxkull, selbst langjähriger Forstamtsleiter, gab 1901 in der parlamentarischen Beratung der Forstorganisation zu, nach 1888 genau so weiter gemacht zu haben wie vorher (Sitzung vom 9. 7. 1901, Prot. S. 1506). Ein anderer Forstmeister beschrieb seine Tätigkeit in jener Zeit als »Wanderlehrer« (Fw. Cbl. 1907, Jg. 29, S. 221).

³⁷⁶⁾ Abg. v. Geß in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 24. 5. 1895 (Prot. S. 674).

³⁷⁷⁾ Speidel, H. in AFJZ 1899 (Jg. 75) S. 361.

mit der Vorbereitung der Reform beauftragt werden. Aber auch dort fand er in dem überalterten Kollegium – alle anderen Mitglieder waren nahezu 70 Jahre alt – mit Ausnahme des Präsidenten Dorrer nur Gegner seiner Pläne vor. Er ließ sich dadurch aber nicht von seinem erklärten Ziel abbringen, den Oberförster »aus dem Gefängnis, in dem seine Fähigkeiten und seine Tatkraft so leicht verkümmerten, heraus zum Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen« zu führen.³⁷⁸⁾

Das Resultat der gründlichen Vorarbeiten, die hauptsächlich von Speidel geleistet und durch Reisen in andere deutsche Länder sowie Stellungnahmen von Außenbeamten ergänzt wurden, war eine im Oktober 1896 dem Finanzminister vorgelegte Denkschrift, von der dieser sagte, daß ihm noch nie ein so sorgfältig durchgearbeitetes Reformwerk zu Gesicht gekommen sei. Dennoch trat im weiteren Ablauf eine Stockung ein, als Finanzminister Riecke erkrankte und im März 1898 verstarb. Erst durch das persönliche Eingreifen König Wilhelms II. konnte im Frühjahr 1900 der Fortgang der Arbeiten unter Leitung des neuen Finanzministers **Zeyer** in die Wege geleitet werden. Im Juli 1901 erfolgte die parlamentarische Beratung, die ohne wesentliche Abstriche zur Annahme der Regierungsvorlage führte. Die neue Einrichtung des Forstdienstes konnte am 1. 4. 1902 in Kraft treten.

Die Forstorganisation von 1902 war das Werk Hugo Speidels, dem es jedoch nicht vergönnt war, die Erfüllung seines beruflichen Wirkens zu erleben. Schon lange zum führenden Kopf der württembergischen Forstverwaltung geworden, schloß kurz nach seiner Ernennung zum Leiter der Forstdirektion ein tragischer Tod am 21. 3. 1901 das verdienstvolle Leben dieses herausragenden Forstmanns ab. Die Auseinandersetzungen um die Durchsetzung seiner Reformpläne hatten seine Kräfte vorzeitig aufgezehrt.

Die Denkschrift arbeitete noch einmal mit aller Klarheit die Mängel des Revierförstersystems heraus, dem durchaus eine historische Bedeutung im Sinne einer Entwicklungsstufe des Forstwesens zugestanden wurde, das aber in seiner bestehenden rudimentären Form keine Existenzberechtigung mehr hatte. Speidel sah diese Nachteile in folgenden Tatbeständen:

- Konkurrenz von Forstdirektion und Forstämtern bei der Kontrolle der Revierverwalter;
- mangelnder Kontakt der Forstdirektion mit der Praxis durch Einschaltung einer Zwischeninstanz;
- Sicherung einer geordneten Wirtschaftsführung durch genehmigte Betriebspläne, die eine laufende Überwachung überflüssig machen;
- Isolierung der Forstmeister im lokalen Aufsichtsdienst;
- doppelte Berichterstattung und Rechnungsprüfung mit der Folge unproduktiver Bürokratisierung;
- mangelhafte Ausschöpfung des Ausbildungs- und Wissenspotentials der Wirtschaftsführer.

Die Speidelsche Analyse räumte mit den Illusionen, die man sich in der Forstdirektion lange Zeit gemacht hatte, gründlich auf. So war der Leiter der Forstdirektion, Dorrer, noch 10 Jahre früher davon überzeugt gewesen, eine sachgerechte Abgrenzung zwischen der Aufsichtstätigkeit der Zentrale und derjenigen der Forstämter vornehmen zu können, indem er die periodische Betriebsplanung als Aufgabe der Forstdirektion (Inspektion) und die Überwachung des laufenden Betriebs (Kontrolle) als Aufgabe der lokalen Aufsichtsinstanzen bezeichnete. Speidel wies nach, daß eine solche Trennung schon deswegen eine Fiktion darstellt, weil bei der Forstverwaltung die Inspektion mit der Betriebsausführung häufig zusammenfällt und ihr nicht wie bei anderen Verwaltungszweigen nachfolgt. Als erster erkannte er auch den großen Vorzug, den eine Konzentration aller Führungskräfte in der Zentrale gegenüber einer flächenhaften Verteilung insofern besitzt, als »sich der Gesichtskreis der in einer Zentralbehörde vereinigten Inspektoren durch die Teilnahme an den allgemeinen Aufgaben der Zentralleitung, sowie durch den stäten Verkehr mit den maßgebenden Personen erweitert«. Er kam aufgrund dieser Feststellung in seiner Denkschrift zum Ergebnis: »Es wächst die Sicherheit des Urteils, sowie die Befähigung, das Gute, das sich irgendwo findet, auf weitere Gebiete zu übertragen. Es werden somit auch die in der Direktion vereinigten Aufsichtsbeamten vor den hauptsächlichsten Gefahren, welchen maßgebende Beamte im Forstdienst ausgesetzt sind, nämlich Einseitigkeit und Befangenheit, am ehesten bewahrt bleiben.«

³⁷⁸⁾ Zitat Dorrers im Schwäbischen Merkur vom 1. 6. 1901 S. 9.

Die Vorzüge einer lokalen Organisation des Aufsichtsdienstes – Ortsnähe und erleichterte Betreuung unerfahrener Wirtschaftler – wurden gegenüber den aufgezeigten schwerwiegenden Nachteilen als unerheblich angesehen, zumal sie als Folge der Verkehrserschließung an Bedeutung verloren hatten oder durch organisatorische Maßnahmen weitgehend ausgeglichen werden konnten.³⁷⁹⁾

2. Bezirksverwaltung

Die in der Denkschrift vorgeschlagene Aufhebung der 16 Forstämter war um die Jahrhundertwende kein kontroverses Thema mehr. Für ihre Erhaltung erhob sich kaum noch eine ernst zu nehmende Stimme. Auch in der Forstdirektion, die bis in die Mitte der neunziger Jahre am althergebrachten System festhalten wollte, war ein Meinungsumschwung eingetreten. Selbst ihr Chef Dorrer hatte sich von Speidel überzeugen lassen und vertrat den Übergang zur zweistufigen Verwaltung. Dementsprechend hatte man seit Jahren für die frei werdenden Forstämter Amtsverweser bestellt. Im Jahre 1902 waren daher nur noch 7 Forstämter besetzt, so daß der Vollzug der Forstorganisation in dieser Hinsicht keine Schwierigkeiten bereitete.³⁸⁰⁾ Da die Revierämter bereits weitgehend die Funktionen der bisherigen Forstämter (»alter Ordnung«) ausübten, bestand grundsätzlich auch kein Bedürfnis nach einer Veränderung der Bezirksverwaltung. Aus diesem Grunde wurden die 146 Revierämter als Forstämter (»neuer Ordnung«) übernommen.

Obwohl Württemberg im Ländervergleich mit seinen Forstamtsgrößen am unteren Ende der Skala rangierte, sah Speidel mit Rücksicht auf die überdurchschnittliche Intensität der Bewirtschaftung keinen Grund, die Forstorganisation zum Anlaß für eine Vergrößerung der Dienstbezirke zu nehmen.³⁸¹⁾ Er begründete diese Auffassung in seiner Denkschrift damit, daß in Deutschland die Staaten mit kleinen Revieren in der Regel auch die höchsten Waldreinerträge aufwiesen: »Wenn auch letztere nicht allein dem detaillierten Betriebe zugeschrieben werden dürfen, so geht daraus doch so viel hervor, daß unter sonst gleichen Verhältnissen auf einer gewissen Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung der größere Verwaltungsaufwand, welcher mit kleinen Verwaltungsbezirken verbunden ist, die Erzielung des höchsten Reinertrags eher fördert als ausschließt.«

Wenn auch der Übergang zum Oberförstersystem kaum mehr in Frage gestellt war, so wurden doch in mehrfacher Hinsicht Befürchtungen laut, ob mit den beabsichtigten Reformmaßnahmen nicht auch nachteilige Folgen verbunden sein könnten. So bemängelten mehrere Abgeordnete, daß nach der Beseitigung der Forstämter (»alter Ordnung«) keine örtlichen Beschwerdeinstanzen mehr vorhanden seien, deren Zweckmäßigkeit vor allem im Hinblick auf das Heranwachsen einer neuen Oberförstergeneration gesehen wurde, die nicht mehr aus »Naturmenschen«, sondern aus Reserveoffizieren bestehe.³⁸²⁾ Die Klage über den zunehmend »gehobenen und geschraubten Ton« gegenüber der ländlichen Bevölkerung, die vielfach immer noch von der Forstverwaltung abhängig war, ließen es manchem Beobachter als fraglich erscheinen, ob die Forstdirektion geeignet sei, in dieser Beziehung für Ordnung zu sorgen.³⁸³⁾ Weitere Schwierigkeiten wurden in der Bewältigung

³⁷⁹⁾ Die Änderung der Verhältnisse illustriert folgendes Beispiel. Im Jahre 1860 war für eine Reise von Stuttgart nach Aalen die Benutzung des Postwagens erforderlich, der abends bestiegen werden mußte, um – »wenn alles gut ging« – am anderen Morgen dort zu sein. Ende des 19. Jahrhunderts genügte eine 2stündige Bahnfahrt – eine Zeit, in der früher »der Forstmeister mit seinem Gefährt nicht einmal von Heidenheim nach Aalen gelangen« konnte. (Fw. Cbl. 1895, Jg. 17, S. 538).

³⁸⁰⁾ 3 Forstmeister wurden pensioniert, die übrigen 4 zu Kollegialmitgliedern der Forstdirektion ernannt (HSTA E 14 Bü. 1935).

³⁸¹⁾ Für die wichtigsten Länder wurden folgende Angaben gemacht:

Württemberg: 1 300 ha Staatswald, 1 120 ha Körperschaftswald, insgesamt 2 420 ha;

Baden: 950 ha StW, 2 630 ha KW, insges. 3 580 ha;

Bayern: (Pfalz-Unterfranken) 1 770 ha StW, 1 820 ha KW, insgesamt 3 590 ha, (übrige Reviere) 2 500 ha StW, 0 ha KW, insges. 2 500 ha;

Elsaß-Lothringen: 2 280 ha StW, 3 220 ha KW, insges. 5 500 ha;

Preußen: 3 390 ha StW, 0 ha KW, insges. 3 390 ha;

Sachsen: 1 640 ha StW, 180 ha KW, insges. 1 820 ha.

(Berichterstattung von Uxkull in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 8. 7. 1901, Prot. S. 1478).

³⁸²⁾ Abg. Schock in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 24. 5. 1895 (Prot. S. 674).

³⁸³⁾ Abg. Galler in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 9. 7. 1901 (Prot. S. 1505).

der schriftlichen Arbeiten gesehen, die bisher zu wesentlichen Teilen von den alten Forstämtern geleistet worden waren. Obwohl von der Reorganisation auf der anderen Seite eine nicht unbeträchtliche Vereinfachung des Schriftverkehrs zu erwarten war, konnte das Problem der allgemein steigenden Beanspruchung im Kanzleidienst nicht ohne weiteres übersehen werden, da die Oberförster ihre Ämter immer noch im Einmannbetrieb ohne reguläre Schreibkraft zu führen hatten. Die Regierung beruhigte die Kritiker jedoch mit der Möglichkeit einer Beschäftigung des unteren Forstpersonals mit Abschriften, zumal 62 % der Forstämter (»neuer Ordnung«) über Forstwarde verfügten, die am Dienstsitz wohnten. In den übrigen Fällen ging man ebenfalls davon aus, daß zumindest »größere Kopialien« von Forstwarten und Forstanwärtern gefertigt werden könnten.

3. Hilfs- und Vorbereitungsdienst

Der Einsatz der jungen Forstleute im Revier- und Forstamtsdienst bis zur Übernahme eines Dienstbezirks (Hilfs- und Vorbereitungsdienst) war aus verschiedenen Gründen unhaltbar geworden. Die Schaffung einer befriedigenden dienstlichen Stellung des Nachwuchses stellte deshalb ein Problem dar, das im Rahmen der neuen Forstorganisation gelöst werden mußte. Die Notwendigkeit einer Änderung des bestehenden Zustands wurde zunächst in der Tatsache gesehen, daß der Wegfall der Forstämter eine besondere Aufsicht und Anleitung junger und unfahrener Wirtschaftler angezeigt erscheinen ließ. Die Sorge vor Mißgriffen in der Waldbewirtschaftung bei ungenügender Kontrolle war immer noch spürbar – zweifellos eine Nachwirkung des Revierförstersystems. Der wesentliche Grund für die Neuordnung des Hilfs- und Vorbereitungsdienstes lag jedoch in der äußerst unbefriedigenden beruflichen und sozialen Lage des Nachwuchses, die durch eine seit den 80er Jahren eingetretene Überfüllung der Forstlaufbahn erheblich verschärft wurde.³⁸⁴⁾ Diese durch das Fehlen jeder Zulassungsbeschränkung verursachte Erscheinung hatte dazu geführt, daß die bis zur Verwendung als Amtsleiter zu verbringende Zeit immer länger wurde. Zwar hatte in den neunziger Jahren der Zustrom an Kandidaten für die 2. Dienstprüfung vorübergehend stark nachgelassen, doch setzte er als Folge der seit 1895 enorm anwachsenden Studentenzahlen wieder in voller Höhe ein. Das Ergebnis bestand in einer ständigen Erhöhung des Lebensalters, in dem der Nachwuchs in eine selbständige Stellung einrückte.³⁸⁵⁾ Um 1900 hatte sich die Situation derartig verschlechtert, daß die forstliche Jugend – unbeschäftigt oder als im Taglohn bezahlte Forstreferendäre I. Klasse – zunächst über 5 Jahre warten mußte, bis sie eine fest Anstellung als Revieramtsassistent erhielt. Doch auch diese Tätigkeit war unbefriedigend, weil sie schlecht dotiert, vierteljährlich kündbar und beim Fehlen einer Dienstinstruktion absolut vom Ermessen des Revieramtsvorstands abhängig war, der nur selten der Versuchung widerstehen konnte, seinen Mitarbeiter als Schreibkraft zu benutzen. Ferner wurden die Revieramtsassistenten wie die Forstreferendäre als »fliegendes Korps« betrachtet und dementsprechend häufig versetzt. Hinzu kam, daß die unmittelbar vor der Übernahme des Reviers abzuleistende Tätigkeit als Forstamtsassistent ebenfalls überwiegend im Kanzleidienst bestand, was zur Einführung in die Wirtschaftspraxis denkbar ungeeignet war. Vervollständigt wurde die Misere durch die trübe Aussicht, erst mit 40 Jahren als Amtsleiter eine selbständige Tätigkeit ausüben zu können. Was das bei vergleichsweise kleinen Dienstbezirken in einer Zeit bedeutete, in der die heute übliche Beschäftigung mit Spezialaufgaben noch nicht möglich war, liegt auf der

³⁸⁴⁾ Im Jahre 1895 ergriffen von den 189 württembergischen Gymnasialabiturienten nicht weniger als 15 (8 %) das Forstudium, obwohl bei 190 definitiven Stellen in der Forstverwaltung 95 geprüfte Nachwuchskräfte vorhanden waren (AFJZ 1895, Jg. 71, S. 95). In einem Kommentar wurde dieser Tatbestand »als Folge der steten Vermehrung und Überfüllung der Gymnasien« bezeichnet, »die noch zu schlimmen sozialen Zuständen führen« müsse (FW. Cbl. 1895, Jg. 17, S. 532).

³⁸⁵⁾ Konnte im Jahrzehnt 1866/75 noch mit durchschnittlich 30 Jahren ein Revieramt übernommen werden, so lag dieser Zeitpunkt im Jahr fünf 1896/1900 bereits bei über 36 Jahren (AFJZ 1907, Jg. 83, S. 395). Eine weitere Verschlechterung zeichnete sich ab.

Hand. Eine organische Anpassung des Hilfs- und Vorbereitungsdienstes an das Oberförstersystem erschien daher dringend erforderlich.

Wie unbefriedigend die Situation des Nachwuchses war, geht aus einer Denkschrift vom Februar 1900 hervor, die als Beitrag der Revieramtsassistenten in die Diskussion über die Reform der Forstorganisation eingebracht wurde. Ihre Stellung sei – so führten sie aus – durch »Unverantwortlichkeit und Unselbständigkeit« charakterisiert – eine Feststellung, die man ohne weiteres abnimmt, wenn man hört, daß sie in der Regel nicht einmal zur Nachprüfung des Stammholzes legitimiert waren. Weiter heißt es: »Der Assistent hat keinen eigenen Geschäftskreis; er ist also stets darauf angewiesen, Tag für Tag sein Arbeitspensum vom Oberförster sich zu erbitten. Er weiß oft morgens nicht, ob sein Tagwerk im Bureau- oder äußeren Dienst bestehen werde. Es ist ebenso für den Oberförster erschwerend, Tag für Tag für genügend Beschäftigung seines Assistenten zu sorgen, als die stete Frage darnach für einen älteren, im Dienst erfahrenen Assistenten demütigend ist. . . . Gegenüber dem Einwurf, daß viele der mechanischen, dem Revieramtsassistenten zur Besorgung zugewiesenen Arbeiten in Revieren, denen kein Revieramtsassistent zugewiesen wurde, auch von dem Revierverwalter zu erledigen seien, darf wohl darauf hingewiesen werden, daß es doch einen großen Unterschied bedeutet, ob der selbständige Revierverwalter nur zeitweise mechanische Arbeiten verrichten muß, oder ob ein Beamter, der seiner Fähigkeit nach schon zum selbständigen Oberförster berufen werden könnte und in früheren Zeiten auch schon berufen worden wäre, die weniger bedeutenden Geschäfte grundsätzlich zugewiesen erhält; **jedenfalls ist die Verwendung zu bloßen Abschriften eines akademisch gebildeten Mannes unwürdig.**«

Aus dieser Sachlage zog Speidel die Konsequenz, daß in der ersten Hälfte der Vorbereitungszeit bis zur Übernahme eines Forstamts die Ausbildung des Nachwuchses im Vordergrund stehen sollte, für die 2. Hälfte den im Hilfsdienst greiften Beamten jedoch ein selbständiger Wirkungskreis geschaffen werden müsse, »der einerseits Gelegenheit bietet, eigene Initiativen zu entfalten und unter eigener Verantwortung zu arbeiten, andererseits die leitende Behörde mehr als bisher in den Stand setzt, die Befähigung des Kandidaten zur Verwaltung eines Reviers verlässlich zu beurteilen«. Gleichzeitig sollte diese selbständige Tätigkeit die Möglichkeit bieten, die für die Forstamtsleitung ungeeigneten Nachwuchsbeamten dauernd in dieser Stellung zu belassen. Da eine Geschäftsverteilung zwischen Amtsvorstand und Hilfskraft nach Sachgebieten für undurchführbar gehalten wurde, bestand die Umsetzung dieses Grundsatzes in die Realität in der Bildung sogenannter **Forstamtmannsbezirke**, die unter Leitung und Kontrolle des zuständigen Forstamts zu bewirtschaften waren.³⁸⁶⁾ Die Forstamtmänner sollten auf Lebenszeit angestellte, pensionsberechtigte Beamte sein und im Verhältnis zu den Oberförstern etwa die gleiche Stellung erhalten wie die Revierförster vor 1865. Von den 34 vorgesehenen Forstamtmannsbezirken konnten 4 aus der Umwandlung von Revierämtern hervorgehen, die übrigen 30 mußten jedoch aus größeren und arbeitsreichen Forstämtern herausgeschnitten werden. Um dieses Ziel zu erreichen, war eine neue Abgrenzung der Forstbezirke notwendig, damit durch Bildung eines Forstamtmannsbezirks mehrere Forstämter entlastet werden konnten und eine ständige Unterstützung nur noch in Ausnahmefällen erforderlich war. Durch Neubildung von 4 Forstämtern, die vor allem durch den Zugang von Körperschaftswald in staatliche Bewirtschaftung notwendig geworden war, konnte der Abgang kompensiert und die Zahl der Forstämter unverändert bei 146 gehalten werden.³⁸⁷⁾ Weitere 7 Forstamtmannstellen wurden zur Verwendung junger Beamter als »Hilfsarbeiter« bei der Forstdirektion geschaffen; diese Maßnahme leitete eine Entwicklung ein, die im Laufe der Zeit zum Einsatz des Nachwuchses in Sonderverwendungen führte. Auf diese Weise kam man zu 41 Forstamtmännern. Da jedoch 47 Revieramtsassistenten und 16 Forstamtsassistenten vorhanden waren, konnte nur ein Teil des fest angestellten Nachwuchses untergebracht werden. Die übrigen blieben daher in ihrer bisherigen Stellung als Revieramtsassistent, die jedoch als auslaufend betrachtet wurde.

³⁸⁶⁾ Speidel folgte hier dem Vorbild Bayerns, das mit der Einführung des Oberförstersystems im Jahre 1885 durch Umwandlung kleiner Revierämter sogenannte Forstassessorenbezirke geschaffen hatte.

³⁸⁷⁾ 1901 wurde von der Staatsforstverwaltung die Bewirtschaftung für 1772 Körperschaften mit einer Waldfläche von 163 000 ha durchgeführt, 92 Körperschaften mit rd. 32 000 ha Wald hatten eigene Sachverständige angestellt. Seit 1875 war damit die in staatlicher Beförderung stehende Waldfläche um 17 000 ha gestiegen.

Die Zahl der Forstamtmannstellen leitete man aus der sogenannten Lehre von der Ökonomie der Ämter ab, die eine vernünftige Relation der Vorstufenämter (Forstreferendäre I. Kl.), Anfangsdienste (Forstamtmänner) und ordentlichen Ämter (Oberförster) anstrebte. Aufgrund der in der jeweiligen Kategorie abzuleistenden Zahl der Dienstjahre und der im Idealfall vorgesehenen Übernahme eines ordentlichen Amtes mit 36 Jahren ergab sich ein Verhältnis von 4:6:26, was zu 40–42 Stellen für den forstlichen Anfangsdienst führte. Die Erreichung des angestrebten Ziels mußte allerdings so lange eine Illusion bleiben, als wegen des Nachwuchsüberhangs die Einweisung in eine Forstamtmannstelle erst mit 34 Jahren erfolgen konnte. Aus diesem Grunde begannen sich die Stimmen zu mehren, die sich für eine Beschränkung des Zugangs zum Staatsforstdienst aussprachen.

Die Forstlaufbahn bestand nach dieser Neuregelung aus der Abfolge Forstreferendär I. Klasse – Forstamtmann – Oberförster.

4. Leitungs- und Aufsichtsdienst

Die größten Schwierigkeiten bereiteten den Reformern der Leitungs- und Aufsichtsdienst. Eine maßgebende Rolle spielte in dieser Beziehung der frühere Tübinger Forstprofessor Friedrich **Graner**, der 1896 den Lehrstuhl aufgegeben hatte und Kollegialmitglied der Forstdirektion geworden war. Bei den Auseinandersetzungen ging es primär um die Frage, ob einer zentralen Organisation oder einer Gliederung nach territorialen bzw. sachlichen Gesichtspunkten der Vorzug zu geben sei. Grundsätzlich boten sich 3 Möglichkeiten an:

1. Trennung der Leitung und Beaufsichtigung des Körperschaftswalds von derjenigen des Staatswalds;
2. Trennung der Leitung von der Aufsicht und regionale Gliederung des Aufsichtsdienstes bei einheitlicher Regelung für den Staats- und Körperschaftswald;
3. zentrale Ordnung der Leitung und Aufsicht für den Staats- und Körperschaftswald.

Die erste Lösung fand wegen der intensiven Mischung des Staats- und Körperschaftswalds keine Befürworter. Auch Graner hatte diesen vom ihm ursprünglich vertretenen Gedanken einer Teilung der Leitungs- und Aufsichtsfunktionen nach Besitzarten wieder fallen gelassen. Seine Verwirklichung hätte die Einheit der Verwaltung zerstört, obwohl – wie Speidel ausführte – »die auf die Bewirtschaftung beschränkte Aufsicht über die Körperschaftswaldungen vermöge ihrer Eigentümlichkeiten zur Angliederung an die Aufsicht über die Bewirtschaftung des Staatswalds wie geschaffen ist«.³⁸⁸⁾ Darüber hinaus wäre eine Realisierung dieses Projekts mit einer Kostensteigerung verbunden gewesen, weil Doppelarbeit insbesondere bei der Durchführung von Dienstreisen sowie schwankender Geschäftsanfall im Bereich der körperschaftlichen Aufsichtsinstanzen eine Personalvermehrung zur Folge gehabt hätten. Entweder wäre die Schaffung einer hauptamtlichen Zentralstelle als Ersatz für die nebenamtlich arbeitende Abteilung der Forstdirektion für den Körperschaftswald erforderlich geworden, die ihre Aufgaben in der Regel im Umlaufverfahren erledigte, oder man hätte im Innenministerium einen forstlichen Referenten bestellen und die für die Innenverwaltung bestehenden Kreisregierungen mit 1–2 forstlichen Mitgliedern ausstatten müssen. In beiden Fällen wäre unproduktive Doppelgleisigkeit unvermeidbar gewesen. Aus diesem Grunde hielt man übereinstimmend am bewährten Grundgedanken des Körperschaftsforstgesetzes fest, die Bewirtschaftung des Staats- und Körperschaftswaldes nicht voneinander zu trennen.

Umso heftiger wurde jedoch darüber gestritten, ob eine zentrale oder territoriale Organisation des Leitungs- und Aufsichtsdienstes anzustreben sei. Ausgangspunkt für diese Diskussion, die im wesentlichen zwischen Graner und Speidel geführt wurde, war die Befürchtung, die Konzentration der lokalen Aufsichtsorgane in einer Zentrale führe zu einer Größe des Kollegiums, die es zur Unbeweglichkeit verdammen müsse. Graner schlug deshalb in mehreren Spielarten eine Lösung vor, die auf eine Teilung in mehrere regional zuständige Behörden hinauslief. Sein Hauptvorschlag bestand darin, 3 territorial abgegrenzte Instanzen zu bilden, von denen eine als Zentralkollegium in Stuttgart fungieren sollte, während

³⁸⁸⁾ AFJZ 1899 (Jg. 75) S. 362.

die beiden anderen als kleine »detachierte« Kollegien in Tübingen und Ulm sozusagen die Außenstellen darstellen würden, die sich periodisch oder nach Bedarf zu Sitzungen des Gesamtkollegiums in der Residenz einzufinden hätten. Graner kam zu dieser Konstruktion, weil nach der Auflösung der Kreisfinanzkammern im Bereich der Finanzverwaltung Provinzialstellen fehlten, an die eine Angliederung hätte vorgenommen werden können. Als Hintergedanke seiner Ablehnung einer zentralen Lösung spielte bei ihm auch die Sorge eine Rolle, daß die regionalen Unterschiede in der Waldbewirtschaftung nicht mehr gebührend berücksichtigt würden.

Speidel setzte den Granerschen Vorschlägen, die allesamt nicht konsequent durchdacht waren, die Idee von der **Einheit der Verwaltung** entgegen, die nur durch eine zentrale Ordnung des Leitungs- und Aufsichtsdienstes zu verwirklichen war. Er ging von der allgemeinen Erfahrung aus, daß nicht durch eine Zersplitterung, sondern durch die Vereinigung der leitenden Kräfte der größte Erfolg gesichert wird. Aus diesem Grunde hielt er den Ausbau der Forstdirektion zu einem schlagkräftigen Führungsinstrument für notwendig, weil jede andere Lösung eine instanzweise Ordnung der Kollegien über- und untereinander vorausgesetzt hätte. Diese aber war nur bei einer sachlichen, nicht jedoch bei einer regionalen Aufteilung der Kompetenzen realisierbar, da eine Garantie für die Durchführung gemeinsamer Beschlüsse in den Bezirken der »detachierten« Kollegien nicht gegeben war. Aus diesem Grunde sowie wegen der kaum zu lösenden technischen Schwierigkeiten lehnte er jedes Teilungsprojekt als undurchführbar ab, denn nach seiner Auffassung konnte es »ohne Unterordnung in geteilten Aufsichtskollegien nur Unordnung« geben.³⁸⁹⁾

Die von Graner angestrebte wirtschaftliche Freiheit wollte Speidel durch eine **inner Gliederung** des Kollegiums der Forstdirektion erreichen. Er hielt sie nicht für gesichert, »wenn eine einheitliche Leitung des Ganzen fehlt und es jeder Teildirektion freistünde, ihre eigenen Wege zu gehen. Sie setzt vielmehr ein festes, korrektes Gefüge des Ganzen, eine klare Organisation voraus, welche – weit entfernt von der Herrschaft einer Schablone – im Interesse des Ganzen und insbesondere der Wirtschaftsführer und auch der leitenden Beamten gewisse Beschränkungen auferlegt.«³⁹⁰⁾ Zur Anpassung der Geschäftsbehandlung an die größere Aufgabe regte er daher den Ausbau der Sachreferate, die Entlastung des Vorstands durch Stellvertreter, die Beschränkung der kollegialen Beratung auf Gegenstände von allgemeiner Bedeutung und Personalfragen sowie die Bildung von Inspektionsbezirken an, die aus unterschiedlichen Waldgebieten zusammengesetzt sein sollten.

Graner scheute sich nicht, seine Vorstellungen in der Tages- und Fachpresse publizistisch zu vertreten. Speidel, durch dieses Vorgehen zum Widerspruch herausgefordert, beteiligte sich zunächst ebenfalls an dieser öffentlichen Diskussion, ging jedoch später auf die Granerschen Auslassungen nicht mehr ein. Für ihn und sein Werk warf der 74jährige Präsident Dorrer, der im Interesse der Durchsetzung der Reform bis in dieses hohe Alter (er konnte noch sein 50jähriges Dienstjubiläum feiern) im Amt geblieben war, das ganze Gewicht seiner Autorität in die Wagschale. Er hielt die Vorschläge Graners für einen großen Mißgriff und äußerte öffentlich die Auffassung, daß man lieber alles beim alten lassen solle, als eine »Reform in peius« zu beschließen, die den alten Wirtschaftsforsmeister »in der trügerischen Gestalt halbkollegialer Pseudoforstinspektoren« wieder aufleben lassen würde.³⁹¹⁾ Auch die Führungsspitze des Finanzministeriums hatte sich in Übereinstimmung mit der Mehrzahl der Forstbeamten des Außendienstes für eine zentrale Ordnung der Leitungs- und Aufsichtsfunktionen entschieden. Parlamentarische Versuche, einen Teil der Forstinspektoren im Lande zu plazieren und sie gleichzeitig als Kollegialmitglieder zu etablieren,

³⁸⁹⁾ AFJZ 1899 (Jg. 75) S. 366.

³⁹⁰⁾ AFJZ 1899 (Jg. 75) S. 367.

³⁹¹⁾ Schwäbische Chronik vom 1. 6. 1901 S. 9.

führten nicht zum Erfolg.³⁹²⁾ Diese Lösung – so führte der Regierungsvertreter aus – sei wieder eine Halbheit, und mit Halbheiten wolle man jetzt aufräumen. Auch die von Graner veranlaßte Verteilung eines Sonderdrucks seiner jüngsten Organisationsschrift unter den Abgeordneten unmittelbar vor der entscheidenden Sitzung blieb ohne Wirkung. Auf diese Weise kam es zu der in der amtlichen Denkschrift vorgesehenen Verstärkung der Forstdirektion von 5 (einschließlich des Kommandanten der Forstwache) auf 12 forsttechnische Mitglieder, so daß die bisherigen 20 Forstaufsichtsbeamten (4 Forstinspektoren und 16 Forstmeister) um 8 vermindert wurden. Der Vorstand der Forstdirektion führte die Amtsbezeichnung »**Forstdirektor**«, ab 1912 »**Präsident**«, die forsttechnischen Kollegialmitglieder erhielten den Titel »**Oberforstrat**«. Zusammen mit dem Leiter sowie den nichttechnischen und außerordentlichen Mitgliedern bestand das Kollegium der Forstdirektion nunmehr aus 17 Personen. Diese Größe wurde im Hinblick auf die beabsichtigten organisatorischen Maßnahmen als akzeptabel angesehen, zumal im Forstdienst die kollegiale Beratung gegenüber der Tätigkeit im Wald wesentlich zurücktrat, die Aufsichtsbeamten in ihren Bezirken selbständige abgegrenzte Aufgaben zu erfüllen hatten und das Ergebnis dieses Teils ihres Geschäftsbereichs das Kollegium nur in konzentrierter Form zu beschäftigen pflegte. Im übrigen hatte das in Württemberg immer noch geltende Kollegialsystem insofern bereits generell an praktischer Bedeutung verloren, als die Ausbildung fester Rechtsnormen und leitender Grundsätze in den Fachverwaltungen es erlaubte, den Entscheidungsprozeß in zunehmendem Maße durch Referent und Vorstand im Büroweg zu erledigen und damit die Verantwortlichkeit des Einzelnen zur Geltung zu bringen.

5. Gesetzgebung

Die zur Verwirklichung der Forstorganisation erforderliche Änderung der Forstgesetze ging reibungslos vorstatten.³⁹³⁾ Alle Kompetenzen, die bisher im Körperschafts- und Privatwald den Forstämtern alter Ordnung zugestanden hatten, gingen jetzt auf die Forstämter neuer Ordnung über. Außerdem wurden durch die Novellierung des Forstpolizeigesetzes den ordentlichen Gerichten auch die Verfolgung der Verstöße gegen forstpolizeiliche Bestimmungen übertragen. Damit war endlich auch im Bereich der Forstverwaltung der Schlußstrich unter den langwierigen Prozeß der Trennung von Exekutive und Justiz gezogen. Mit der Neufassung des Körperschaftsforstgesetzes wurde ferner die Zusammensetzung der für die Aufsicht über den Körperschaftswald zuständigen Instanz neu geregelt, deren Bezeichnung »Abteilung der Forstdirektion für den Körperschaftswald« in »**Körperschaftsforstdirektion**« umgewandelt wurde, um ihre selbständige Stellung deutlicher zum Ausdruck zu bringen. Sie bestand nunmehr aus dem Vorstand der Forstdirektion, 4 forsttechnischen Mitgliedern, 2 Mitgliedern aus dem Bereich der Innenverwaltung sowie – als Neuerung – 2 Vertretern der Gemeinden. Die übrigen Forstinspektoren gehörten der Körperschaftsforstdirektion als außerordentliche Mitglieder ohne Stimmrecht an. Mit dieser Regelung sollte einerseits das Gleichgewicht zwischen forstlichen und nichttechnischen Mitgliedern gesichert und andererseits der Sachverstand und die Ortskenntnis des gesamten Forstkollegiums in die Körperschaftsforstdirektion eingebracht werden.

6. Zusammenfassung

Nach dem Abschluß der Forstorganisation von 1902 bestand die württembergische Forstverwaltung aus der Forstdirektion bzw. Körperschaftsforstdirektion als einheitlicher Leitungs- und Aufsichtsinstanz und 146 Forstämtern, die in 24 Forstverbände zusammenge-

³⁹²⁾ Wie verstiegen die Argumente der Gegner einer zentralen Organisation im Sinne Speidels waren, geht aus den Äußerungen hervor, in Stuttgart werde nur die Bequemlichkeit groß gezogen und die Beamten seien dort damit beschäftigt, die Königstraße festzutreten (Abg. Frh. v. Gaisberg-Schöckingen und Galler in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 8./9. 7. 1901, Prot. S. 1482 und 1506).

³⁹³⁾ Gesetz vom 19. 2. 1902 (Reg. Bl. 1902 S. 37).

faßt waren, von denen jeweils 2 aus einem Laub- und Nadelholzgebiet gemeinschaftlich einen Inspektionsbezirk bildeten.³⁹⁴⁾ Diese Forstverbände dienten außerdem dem Zweck, unter Leitung des Forstinspektors wichtige Verwaltungsfragen, wie z. B. die Holzpreise oder die Holzhauerlöhne und sonstige Angelegenheiten des laufenden Betriebs gemeinsam zu beraten. Gleichzeitig wurden sie insofern als Fortbildungsinstrumente genutzt, als auf den Verbandsversammlungen Vorträge gehalten und Exkursionen durchgeführt werden konnten.

Insgesamt erhielt die württembergische Forstverwaltung 1902 einen klaren, rationellen und zeitgemäßen Aufbau. Finanzpolitische Gesichtspunkte waren für die Neuordnung nicht maßgebend; die Reform wurde vielmehr ausschließlich von sachlichen Erfordernissen bestimmt. Trotzdem ergab sich eine Kostenersparnis, die vor allem durch eine Verringerung des Aufwands für Leitung und Aufsicht bedingt war, während für die Lokalverwaltung als Folge von Besoldungsverbesserungen eine Verteuerung eintrat. Die Gleichstellung der Oberförster mit den Bezirksbeamten, wie sie in der Regierungsvorlage vorgesehen war, konnte allerdings parlamentarisch nicht durchgesetzt werden. Es war dies die einzige Änderung, die an der Speidelschen Konzeption vorgenommen wurde. Die als Nachtrag zum Hauptfinanzetat 1901/1902 eingebrachte Neuordnung der Forstorganisation erhielt nach zweitägiger Debatte am 9. 7. 1901 die Zustimmung der Kammer der Abgeordneten. Am 16. 7. 1901 erklärte sich auch die Kammer der Standesherrn, die ihren früheren Widerstand gegen die Einführung des Oberförstersystems aufgegeben hatte, mit den vorgesehenen Reformmaßnahmen einverstanden. Der Weg zum Inkrafttreten der neuen Forstdienst Einrichtung am 1. 4. 1902 war damit frei.

Mit den parlamentarischen Entscheidungen des Jahres 1901 hatte die württembergische Forstverwaltung eine moderne, sowohl mit den Bedürfnissen der Verwaltung als auch des Forstpersonals in Übereinstimmung stehende Verfassung erhalten, so daß eine grundsätzliche Reorganisation später nicht mehr erforderlich wurde. Die Forstorganisation von 1902 blieb daher die letzte systematische Reform des württembergischen Forstdienstes. Daß sie in den folgenden Jahren dennoch nicht zu einer personalpolitischen Beruhigung führte, lag in Ursachen begründet, die ihrem Schöpfer Speidel nicht anzulasten waren.

³⁹⁴⁾ Erlaß vom 5. 1. 1903 (Amtsblatt 1903 S. 3).

F. Der Zeitraum von 1902 bis zur Bildung des Landes Baden-Württemberg (1952)

XI. Von 1902 bis zum Ende des 1. Weltkriegs (1918)

1. Zentralstelle

Nach dem vorzeitigen Tode Speidels wurde im August 1901 **Graner** als dienstältestes Kollegialmitglied mit der Leitung der Forstdirektion beauftragt. Damit fiel ihm die Durchführung der neuen Forstorganisation zu. Für den Vollzug der beabsichtigten Maßnahmen bedeutete dies ein erhebliches Risiko, da er in wesentlichen Teilen nicht mit ihnen einverstanden war. Hinzu kam, daß Graner bei vielfältiger Begabung auf anderen Gebieten als Organisator keine glückliche Hand besaß. Schon bei seiner Berufung hatte der Finanzminister den Mangel »an Entschiedenheit und Stetigkeit der eigenen Meinung« festgestellt. Er war allerdings der Auffassung, daß Graner sich diese Eigenschaften noch erwerben könne;³⁹⁵ leider sollte er sich bei dieser Annahme täuschen. »Projekte hatte er stets bei der Hand, rasch ausgedacht und flüchtig hingeworfen, aber deshalb auch nicht nach allen Richtungen und mit allen Folgerungen durchdacht. Dazu fehlte ihm die nötige Ruhe, Objektivität und der Sinn für die mit der Aufstellung von Projekten verbundene Kleinarbeit. Seiner regen Phantasie entsprach es mehr, für ein und denselben Zweck gleichzeitig mehrere Projekte aufzustellen, worunter selbstverständlich die gründliche Durcharbeitung der einzelnen leiden mußte«.³⁹⁶ Dieser Arbeitsstil wirkte sich insofern besonders nachteilig aus, als Graner dazu neigte, sich in die Referatsarbeiten einzuschalten, dafür aber die Vorstandsgeschäfte längere Zeit liegen zu lassen.

Diese Schwächen traten schon bald nach der Konstituierung der neuen Zentralstelle zutage. Da in der alten Forstdirektion von 4 ordentlichen forsttechnischen Stellen nur noch eine besetzt war, mußte 1902 praktisch das gesamte Kollegium aus Beamten des Außendienstes neu gebildet werden, die mit dem Geschäftsbetrieb einer Zentralstelle nicht vertraut waren. Es hätte daher einer festen Hand und insbesondere einer Geschäftsordnung bedurft, um eine Führungsarbeit im Sinne Speidels zu gewährleisten. Dazu kam es aber nicht. Sowohl die Ausarbeitung einer Geschäftsordnung und die Bestellung eines ständigen Vertreters für den Vorstand als auch die Ausbildung der Sachreferate unterblieben, so daß wie vor 1902 die Verwaltungs- und Inspektionstätigkeit im Vordergrund stand. Der »Oberforstrat«, d. h. das forsttechnische Kollegialmitglied in seiner Eigenschaft als »Bezirksbericht« (Forstinspektor) war die beherrschende Figur, während seine Funktion als »Sachbericht« eine untergeordnete Rolle spielte.

Erst im Jahre 1908 wurde eine Dienstanweisung für die Forstdirektion erlassen, die ihren Aufgabenkreis und die Geschäftsbehandlung im einzelnen regelten.³⁹⁷ Danach war ihr die gesamte Leitung der Forstverwaltung übertragen. Sie mußte jedoch in bestimmten Fällen, insbesondere

- beim Erlaß allgemeiner Verfügungen,
 - bei der Anstellung und Versetzung von Beamten (ausgenommen Forstwärte und Waldschützen),
 - beim Erwerb und der Veräußerung von Grundstücken,
 - bei der Ablösung von Lasten,
 - der Feststellung der Wirtschaftspläne Ausstockungsgenehmigungen im Privatwald
 - die Entscheidung des Finanzministeriums einholen.
- Die Arbeitsweise war immer noch durch die strikte Beachtung des Kollegialprinzips bestimmt. Der kollegialen Beratung und Beschlußfassung waren vorbehalten:
- Personalangelegenheiten,
 - Erlaß allgemeiner Verfügungen,
 - Entscheidungen über Beschwerden gegen Verfügungen der Forstämter,
 - Grundstücksverkehr,
 - Feststellung der Etatentwürfe,

³⁹⁵ HSTA E 14 Bü. 1935.

³⁹⁶ Müller: Die Entwicklung der Forstorganisation ... AFJZ 1929 (Jg. 105) S. 178.

³⁹⁷ Amtsblatt 1908 S. 7.

– Feststellung der Wirtschaftspläne und

– Rechtsstreitigkeiten sowie alle Fragen von allgemeiner Bedeutung.

Die Kollegialmitglieder waren zur Teilnahme an den Kollegialsitzungen verpflichtet. Der Finanzminister konnte ihnen persönlich anwohnen oder einen Vertreter entsenden. Im übrigen wurde der Verkehr mit dem Finanzministerium wie bisher in der Regel durch unmittelbaren Sachvortrag und Vorlage der Konzeptausfertigung in den Kollegialakten der Forstdirektion abgewickelt. Zu einem gültigen Kollegialbeschluß war die Anwesenheit des Vorstands bzw. seines Vertreters sowie von mindestens 5 Kollegialmitgliedern erforderlich. Minderheitsvoten mußten zu den Akten genommen werden, wenn dies gewünscht wurde. Der Vorstand durfte nur bei Stimmengleichheit abstimmen. Er war zum Vollzug aller Beschlüsse verpflichtet, hatte jedoch eine Entscheidung des Finanzministers herbeizuführen, wenn nach seiner Überzeugung gegen gesetzliche Bestimmungen oder bestehende Grundsätze verstoßen wurde oder nachteilige Folgen zu befürchten waren. Eigene Entscheidungskompetenzen in Angelegenheiten, die der kollegialen Beschlußfassung unterlagen, besaß er nicht. Im übrigen wurden die Geschäfte im Bürowege erledigt. In diesem Bereich konnte der Berichterstatter bei Meinungsverschiedenheiten mit dem Vorstand jedoch einen Beschluß des Kollegiums herbeiführen.

Die starke Stellung des Forstinspektors blieb somit auch nach 1902 ungeschmälert erhalten. Der gesamte Verkehr der Forstdirektion mit den Forstämtern wickelte sich über ihn ab. Die Abneigung gegen Sachreferate führte auch dazu, daß die von Speidel geplante Forsteinrichtungsanstalt nicht geschaffen wurde. Als Folge dieser Unterlassung versuchte jeder der 12 Forstinspektoren, seine eigenen waldbaulichen Vorstellungen in seinem Bezirk zu verwirklichen. Dies war zwar bereits in der alten Forstdirektion so gewesen, doch wirkte sich die mangelnde Abstimmung nach der Verdreifachung der Inspektionsbezirke weit störender aus. Lediglich auf dem Gebiet der Holzverwertung kam es mit der »Geschäftsstelle für den Holzverkauf« zur Bildung eines vollwertigen Sachreferats, da hier die Forstdirektion die bisher von den Forstämtern alter Ordnung ausgeübte Steuerungsfunktion übernehmen mußte.

Die Ablehnung einer Forsteinrichtungsanstalt ließ sich allerdings auf Dauer nicht durchhalten. Vor allem die jüngeren Forstbeamten sahen in ihr die Möglichkeit einer Modernisierung, Vereinheitlichung und statistischen Absicherung der Betriebsplanung. Auch der Gesichtspunkt einer Entlastung der Forstamtsvorstände, die immer noch die Wirtschaftspläne neben dem laufenden Betrieb zu fertigen hatten, trat zunehmend in den Vordergrund. Die Zuteilung von Hilfskräften, mit der man sich zunächst zu behelfen suchte, erwies sich als unzureichend, weil den Nachwuchsbeamten die erforderliche Erfahrung fehlte. Obwohl Graner diese Forderung wegen der mäßigen Größe der württembergischen Forstbezirke für unbegründet hielt, auf die höheren Kosten verwies und auch im Interesse des Vollzugs nach wie vor die Fertigung der periodischen Betriebspläne durch den Forstamtsleiter vertrat, kam es unter dem Druck der forstlichen Praxis, die sich bereits 1906 im württembergischen Forstverein mehrheitlich für eine ständige Anstalt ausgesprochen hatte, zu parlamentarischen Erörterungen, die im Jahre 1911 schließlich mit einer Kompromißlösung endeten. Sie bestand in einer Arbeitsteilung zwischen Forstdirektion und Forstämtern, wobei erstere in Zusammenarbeit mit den Forstinspektoren und Oberförstern die Zustandserfassung und Ertragsregelung zu bearbeiten hatte, während letztere für die waldbauliche Planung zuständig waren. Die Bildung der Forsteinrichtungsanstalt als Bestandteil der Forstdirektion machte die Schaffung eines Sachreferats erforderlich. Die neue Institution erhielt zwar einen Stab junger Forstleute unter Leitung eines Forstamtmanns bzw. Oberförsters, kam jedoch bis zum Ausscheiden Graners über ein Scheinleben nicht hinaus.

Aufgrund von Sparmaßnahmen wurde 1911 die Zahl der Kollegialmitglieder auf 11 und diejenige der Forstverbände auf 20 verringert, wobei 2 mit Sachreferaten belastete Oberforsträte (Kommandant der Forstwache und Forsteinrichtungsreferent) nur noch einen Forstverband als Inspektionsbezirk zu betreiben hatten.

Graner reichte im Jahre 1913 tief gekränkt seinen Abschied ein. Anlaß hierzu war eine Zuweisung durch den Finanzminister in der Sitzung der Abgeordnetenversammlung vom 13. 6., die durch Klagen Graners über die unzureichende Ausstattung mit Wegebaumitteln

ausgelöst worden war. So peinlich dieser Vorfall war, scheint doch sein Ausscheiden nicht auf allzu großes Bedauern gestoßen zu sein, da er Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit sowohl innerhalb der Forstdirektion als auch mit den Beamten des Außendienstes hatte. Unter seinem Nachfolger Fritz **Keller** kam es zu keinen bemerkenswerten organisatorischen Maßnahmen. Dies war unter den gegebenen Umständen auch nicht möglich, weil die Forstdirektion in seiner Amtszeit mit der Bewältigung der kriegsbedingten Probleme voll- auf beschäftigt war.³⁹⁸⁾ Auch die Aufhebung der Oberfinanzkammer im Jahre 1915 blieb auf die Arbeit der Forstdirektion ohne jeden Einfluß, weil sie bereits als Abteilung dieser Behörde vollkommen selbständig gewesen war.³⁹⁹⁾

2. Bezirksverwaltung

Erhebliche Schwierigkeiten gab es beim Vollzug der Forstorganisation in der Bezirksverwaltung. Zwar war die Zahl der Forstämter durch den Etat fixiert, die zur Ausscheidung der Forstamtmannsbezirke erforderliche neue Bezirkseinteilung stand jedoch noch aus. Hier zeigte es sich, daß die Forstdirektion unter Graners Leitung nicht unbedingt bestrebt war, die Forstdienst Einrichtung systemgetreu zu verwirklichen. Die Neuabgrenzung der Forstbezirke wurde nämlich nicht für das ganze Land, sondern nur für einzelne Gebiete durchgeführt. Auf diese Weise entstanden 2 ganz verschiedene Arten von Forstamtmannsbezirken:

1. sogenannte natürliche (detachierte), d. h. solche, die ein in sich abgeschlossenes Ganzes mit eigenem Sitz und besonderem Personal bildeten,
2. sogenannte künstliche (inkorporierte), d. h. aus einem Forstbezirk mehr oder weniger willkürlich herausgeschnittene Teile ohne natürlichen Mittelpunkt.

Zu der ersten Gruppe gehörten auch die 4 in Forstamtmannsbezirke umgewandelten Revierämter. In der Mehrzahl ergaben sich jedoch Forstamtmannsbezirke der 2. Kategorie, die den Speidelschen Forderungen in keiner Weise entsprachen. Die Entstehung dieser künstlichen Gebilde wurde auch durch das Vorhandensein von Dienstwohnungen sowie durch Rücksichten begünstigt, die man hinsichtlich der Unterstützung der Oberförster im schriftlichen Dienst nehmen zu müssen glaubte. Beides führte schließlich dazu, den Sitz des Forstamtmanns in den künstlichen Bezirken mit demjenigen des Oberförsters zu vereinigen, und war es erst so weit, dann kam als weitere Folge ganz von selbst, daß zur Ersparnis von Fahrkosten der mit Pferdehaltung versehene Oberförster die weiter abgelegenen und der Forstamtmann die näheren Waldungen erhielt. Damit war der Grundsatz durchbrochen, daß der Forstamtsvorstand die Geschäfte in seinem Spezialbezirk selbst zu besorgen habe und den Forstamtmann nur in dringenden Ausnahmefällen heranziehen dürfe. Da der Oberförster außer der Leitung des Ganzen und der Bewirtschaftung seines Spezialbezirks auch noch die Aufsicht über den Forstamtmannsbezirk wahrzunehmen hatte, wäre es im übrigen erforderlich gewesen, den Amtsmannsbezirk eher größer zu machen als den Oberförsterbezirk. Stattdessen wurde er vielfach zu klein bemessen und in einigen Fällen sogar auf die Größe einer Hut beschränkt, weil man dies aus Prestige Gründen für notwendig hielt. Die daraus resultierende mangelhafte Auslastung führte dann wiederum dazu, daß man den Forstamtmann zur Entlastung des Oberförsters im ganzen Forstamt einsetzte, womit abermals gegen die grundsätzliche Voraussetzung verstoßen wurde. Nicht zuletzt trugen die teilweise heftigen Widerstände der Oberförster gegen die Zerrei- ßung zusammenhängender Waldungen und persönliche Wünsche zu einer unzumutbaren Gestaltung vieler Forstamtmannsbezirke bei. Als Folge dieser Schwierigkeiten ver-

³⁹⁸⁾ Nach dem Erlaß vom 17. 8. 1914 wurden 105 Forstverwaltungsbeamte und 190 Forstwarte zum Kriegsdienst eingezogen.

³⁹⁹⁾ Verordnung vom 24. 3. 1915 (Reg. Bl. 1915 S. 19). Praktische Auswirkungen hatte diese Maßnahme für die Domänen-, Berg- und Bauverwaltung, die als Berg- und Baudirektion zu einem neuen Landeskollegium umgebildet wurden. Eine 1911 erwogene Verschmelzung der Domänendirektion mit der Forstdirektion zu einer Kollegialbehörde war nicht realisiert worden, weil diese neue Mittelstelle zu schwerfällig geworden wäre.

zichtete die Forstdirektion in einigen Fällen sogar ganz auf die Ausscheidung eines Spezialbezirks und setzte den Forstamtmann als 2. Beamten ein.

Die Beziehungen zwischen Oberförstern und Forstamtmännern wurden in einer Dienstvorschrift geregelt. Der Forstamtmann hatte nach diesen Bestimmungen die Verwaltung seines Bezirks unter Leitung und Aufsicht des Forstamtsvorstands zu besorgen. Er war dem Oberförster verantwortlich, der seinerseits wiederum auch die Verantwortung für die Dienstverrichtungen des Amtmanns zu tragen hatte. Berichte über den Sonderbezirk an die Forstdirektion waren vom Forstamtmann zu verfassen und im Falle des Einverständnisses vom Oberförster zusätzlich zu unterzeichnen, anderenfalls mit einem Begleitbericht zu versehen. Der Forstamtmann war zur Unterstützung des Oberförsters in schriftlichen Arbeiten – Fällungsnachweisungen, Materialrechnung, Kostenverzeichnisse, Statistiken – sowie in der Forsteinrichtung des ganzen Forstbezirks verpflichtet. Holz durfte nach Weisung des Oberförsters ausgezeichnet werden, doch sollten häufig Kontrollen stattfinden. Zu Zahlungsanweisungen war der Forstamtmann nicht befugt. Holzverkäufe durfte er bis zu einem Wertanschlag von 1 500 Mark vornehmen. Die Vertretung nach außen und forstpolizeiliche Kompetenzen lagen ohnehin beim Forstamtsleiter. Da der Forstamtmannsbezirk keinen Behördenstatus hatte, war der Schriftverkehr zwischen beiden Beamten auf ein Minimum zu beschränken.

Während in den wenigen natürlichen Forstamtmannsbezirken keine Probleme auftraten, konnten bei der gegebenen Sachlage Reibungen zwischen Forstamtsvorständen und Forstamtmännern nicht ausbleiben. Einerseits war der Oberförster verärgert, »tätlich mit seinen älteren Knochen durch den nahen Amtmannswald« zu müssen, um in »seinen« Wald zu kommen und dabei auf Maßnahmen des Forstamtmanns zu stoßen, die er nicht billigen konnte, in seiner Abwesenheit aber nicht korrigieren durfte. Es ist deshalb verständlich, wenn manche Forstamtsleiter den Forstamtmannsbezirk als Pfahl in ihrem Fleische empfanden.⁴⁰⁰⁾ Auf der anderen Seite fühlte sich der Forstamtmann als Hilfskraft des Oberförsters um seine selbständige Stellung gebracht. Der Oberförster mußte bestrebt sein, die wirtschaftliche Einheit des Forstbezirks zu erhalten, während der Forstamtmann darauf angewiesen war, in seinem Bereich eigene Initiativen zu entwickeln. Die Konstruktion war somit geradezu darauf angelegt, diese entgegengesetzten Tendenzen zum Zusammenstoß zu bringen. Das Verhältnis gestaltete sich nur dann erträglich, wenn auf beiden Seiten »ein besonders Maß von Takt und kluger Selbstbeschränkung« vorhanden war.⁴⁰¹⁾ In der Regel war jedoch diese Voraussetzung nicht gegeben. Im Grunde genommen war damit über eine Einrichtung, die auf Ausnahme- und nicht auf Durchschnittseigenschaften der menschlichen Natur aufgebaut war, der Stab bereits gebrochen.

Die aufgetretenen Schwierigkeiten kamen schon im Jahre 1903 bei den Etatberatungen zu Sprache. Durch diese öffentlichen Erörterungen veranlaßt, stellten sowohl die Oberförster als auch die Forstamtmänner die Problematik aus ihrer Sicht in Denkschriften dar.

Die Oberförster führten zu den grundsätzlichen Aspekten u. a. folgendes aus:

»Viele Oberförster erblicken in der Einrichtung der Amtmannsbezirke eine Schmälerung der Bedeutung und des Ansehens der Oberförsterstellung . . . Wird ein Teil der Waldfläche seiner unmittelbaren Bewirtschaftung entzogen und als Sonderbezirk gleichsam einem zweiten Wirtschafter übergeben, und tritt dann dieser letztere sozusagen in Wettbewerb mit ihm, so muß diese seine Stellung beeinträchtigt werden und zwar umso mehr, je größer der Sonderbezirk ist und je mehr der Verwalter desselben in ihm sich eigene Initiativen erringt. So ist es denn auch zu erklären, daß sich bald nach Einrichtung der Amtmannsbezirke der Oberförster eine große Beunruhigung bemächtigte; fühlten sie sich doch hier am empfindlichsten getroffen, wo gerade der Nerv ihrer Stellung sitzt, – in der persönlichen Führung der Wirtschaft im Walde, – sie bildet immer noch den unerschöpflichen Quell, aus dem sie in den vielfachen Widerwärtigkeiten des Lebens und Berufs immer wieder Erquickung und Kräftigung sich schöpfen können; wird ihnen diese getrübt, so muß auch ein gut Teil ihrer Berufsfreudigkeit verloren gehen.«⁴⁰²⁾ Über die praktischen Schwierigkeiten berichteten die Forstamtmänner:

»Bei gemeinsamen Arbeiten auf **einer** Kanzlei stören die den Amtmann dort aufsuchenden Untergeordneten und Arbeiter den Oberförster in seiner Arbeit; es ist gleichermaßen peinlich für den Oberförster, in seiner Gegenwart den Amtmann Befehle und Anordnungen treffen zu hören, wie der Amtmann durch die Anwesenheit des Oberförsters und die Rücksichtnahme darauf in seinen Entschlüssen behindert

⁴⁰⁰⁾ Fw. Cbl. 1907 (Jg. 29) S. 282.

⁴⁰¹⁾ Denkschrift der Oberförster 1904 (S. 8). Es gab sogar Stimmen, die behaupteten, unter den gegebenen Verhältnissen seien nur 2 Phlegmatiker in der Lage, miteinander auszukommen.

⁴⁰²⁾ Denkschrift der Oberförster 1904 (S. 5).

ist. Arbeitet der Amtmann zu Hause, so fehlen ihm bei dem Mangel an Registraturen Akten und Verwaltungsvorschriften und viel Zeit geht verloren, bis er diese herbeigeschafft hat. Andererseits sucht oft der Oberförster umsonst nach Akten, die sich schließlich im Arbeitszimmer des Amtmanns wiederfinden.«⁴⁰³⁾

Trotz unterschiedlicher Interessenlage verständigten sich beide Gruppen auf ein gemeinsames Konzept. Sie schlugen mit Rücksicht auf die ungünstige berufliche Situation des Nachwuchses die Beibehaltung der Forstamtmannstellen vor, doch sollten sämtliche künstliche in natürliche Bezirke umgewandelt und darüber hinaus die Befugnisse der Forstamtmänner bei Wahrung des Rechts auf selbsttätiges Eingreifen des Oberförsters erweitert werden. Die Empfehlungen liefen im wesentlichen auf einen größeren Spielraum des Forstamtmanns bei der Betriebsplanung und im Holzverkauf hinaus.

Diese Vorschläge fanden jedoch bei der Forstdirektion kein Verständnis. Graner machte den Oberförstern sogar öffentlich den Vorwurf, sie hätten sich von den Forstamtmännern ins Schlepptau nehmen lassen. Er lehnte eine Erweiterung der Kompetenzen der Forstamtmänner nachdrücklich ab, weil er in ihnen primär 2. Beamte der Forstämter sah. Eine Beschränkung auf die Sonderbezirke kam für ihn schon allein deshalb nicht in Frage, weil diese nach seiner Ansicht für eine ausreichende Beschäftigung zu klein waren. »Die Oberförster sind das Rückgrat der Verwaltung«, äußerte er in der Abgeordnetenversammlung, die sich seit 1903 immer wieder mit diesem Thema beschäftigte, »und wir dürfen dieses Rückgrat nicht brechen, bloß um persönliche Wünsche der Beamten zu erfüllen.«⁴⁰⁴⁾ Er weigerte sich deshalb auch, den Forstamtmännern die von Speidel vorgesehene Stellung der früheren Revierförster einzuräumen, zumal die Verwaltung an der unerfreulichen Lage des Nachwuchses schuldlos sei. Nicht ohne Genugtuung wurde von ihm registriert, daß die Forstamtmänner – einmal Oberförster geworden – nicht mehr viel von den bisher so energisch vorgetragenen Anliegen wissen wollten.⁴⁰⁵⁾ Das Institut der Forstamtmänner geriet durch diese Querelen immer mehr in Mißkredit. Finanzminister **Zeyer**, dem ursprünglich diese Einrichtung als eine »der verlockendsten und zukunftsreichsten Maßnahmen der Forstorganisation« erschienen war, zweifelte allmählich daran, ob man sie beibehalten solle, ohne sich aber zu Entscheidungen nach der einen oder anderen Seite durchringen zu können.⁴⁰⁶⁾

Auf diese Weise blieb alles beim alten. Die Praxis mußte sich wohl oder übel mit den Verhältnissen abfinden. Die schlimmsten Fälle wurden durch die persönliche Intervention des Finanzministers ausgeräumt. Im übrigen scheint man sich arrangiert zu haben, so gut es eben ging. Dennoch kam die Forstverwaltung nicht zur Ruhe. Der Beförderungszugang zahlreicher Gemeinden und das Bemühen um die Nutzung leerstehender Dienstwohnungen aufgelöster Forstämter alter Ordnung hatten laufende organisatorische Änderungen zur Folge, so daß die Zahl der Forstämter auf 150 stieg, während diejenige der Forstamtmannbezirke auf 32 zurückging.⁴⁰⁷⁾

Neuen Auftrieb erhielt die Politik des »ständigen Herumorganisierens, Tastens und Probierens« durch Sparmaßnahmen, mit denen die Regierung eine Vereinfachung der Staatsverwaltung erreichen wollte; ausgelöst wurden diese Bemühungen durch eine Neuordnung der Dienstbezüge, die eine wenigstens teilweise Anpassung der württembergischen Beamtengehälter an das in den anderen deutschen Ländern übliche Niveau zum Ziele hatte und in diesem Zusammenhang den Oberförstern die lange ersehnte Gleichstellung mit den

⁴⁰³⁾ Denkschrift der Forstamtmänner 1904 (S. 4).

⁴⁰⁴⁾ Sitzung vom 2. 6. 1905 (Prot. S. 2336).

⁴⁰⁵⁾ In gleicher Weise hatte schon 1887 Finanzminister Renner von den Forstamtleiter gewordenen Revierverwaltern gesagt, daß sie einer Erweiterung der Befugnisse der letzteren ablehnend gegenüber stünden (Sitzung der Kammer der Standesherrn vom 16. 5. 1887, Prot. S. 256).

⁴⁰⁶⁾ Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 10. 7. 1907 (Prot. S. 1398).

⁴⁰⁷⁾ 1904 entstand das Forstamt Nürtingen und 1905 wurden durch Eingliederung bzw. Umwandlung von Forstamtmannbezirken die Forstämter Lienzingen, Mengen und Ringingen gebildet.

Bezirksbeamten brachte.⁴⁰⁸⁾ Eine im Jahre 1909 eingesetzte Kommission erhielt zu diesem Zweck den Auftrag, Vorschläge für kostensparende Organisationsänderungen auszuarbeiten. Auf dem Hintergrund dieser Entwicklung kam es in der Forstverwaltung zu einer Grundsatzdiskussion über die zweckmäßige Größe der Forstbezirke. Das äußere Personal, vor allem soweit es den jüngeren Jahrgängen angehörte, lehnte eine Vergrößerung der Forstämter überwiegend ab. Begründet wurde diese Position mit der Intensität der Wirtschaft, der vollen Auslastung der Amtsvorstände, dem Aufgabenzuwachs im Gemeinde- und Privatwald und der Rücksichtnahme auf den Nachwuchs. Ein Abbau der Forstamtmannsbezirke fand ebenfalls keine Zustimmung, weil damit die Erreichung einer halbwegs selbständigen Stellung noch weiter hinausgeschoben worden wäre.

Württemberg bewegte sich in dieser Zeit mit einer durchschnittlichen Forstamtsgröße von 2470 ha (1310 ha Staats- und 1160 ha Körperschaftswald) im Ländervergleich im unteren Drittel, hatte jedoch nach Überholung des bisherigen Spitzenreiters Sachsen die höchsten Reinerträge im Staatswald aufzuweisen. Die Auswirkungen auf den Nachwuchs wurden bei einer Auflösung von 10 Forstämtern mit einer Erhöhung des Anstellungsalters der Oberförster von 40 auf 44/45 Jahre und bei einer Auflösung von 20 Forstämtern auf 47/48 Jahre angegeben.⁴⁰⁹⁾

Die Sparkommission kam in einer 1911 den Ständen übergebenen Denkschrift zum Ergebnis, daß eine wesentliche Vergrößerung der Forstbezirke nicht erfolgversprechend sei, Stattdessen wurde eine allmähliche Reduzierung der Forstämter und die Aufhebung von 15 Forstamtmannstellen empfohlen, so daß nur noch größere Forstbezirke mit einem Forstamtmann ausgestattet sein sollten. Da diese Sparvorschläge auf heftige Kritik stießen, begnügte sich die Regierung mit einer Kompromißlösung, die in der Auflösung von 3 Forstämtern bestand.⁴¹⁰⁾

Graner hatte weit einschneidendere Pläne verfolgt. Er setzte sich damit in Gegensatz zum Kollegium der Forstdirektion, das keine Veranlassung zu weitergehenden Maßnahmen sah, nachdem auch in der Innen- und Finanzverwaltung die in der Denkschrift vorgesehenen Organisationsänderungen nicht realisiert worden waren. In seinem Ehrgeiz, Kosteneinsparungen präsentieren zu können, ließ sich Graner jedoch nicht davon abhalten, die Aufhebung von 10 Forstämtern zu betreiben. Er ging dabei von der Absicht aus, nur noch »vollwertige« Forstämter bestehen zu lassen. Als er mit seinen Vorschlägen nicht durchdrang, unterstützte er den in der Denkschrift enthaltenen Gedanken einer Verringerung der Forstamtmannstellen.⁴¹¹⁾ Wegen der katastrophalen Rückwirkungen auf die berufliche Situation des Nachwuchses und des zu erwartenden häufigen Wechsels auf den wenigen verbleibenden Forstamtmannstellen nahmen Regierung und Stände jedoch auch von dieser Maßnahme Abstand. Stattdessen kam jetzt die Vorstellung auf, 10–12 kleinere Forstämter mit Forstamtmännern zu besetzen, und es war wieder Graner, der diese Idee aufgriff, um mit der Zeit Forstamtmannsbezirke eingehen lassen zu können. Es ist daher nicht verwunderlich, daß er sich den Vorwurf gefallen lassen mußte, sein Zickzackkurs habe den höchsten Gipfel erreicht.⁴¹²⁾ Sein Rücktritt und der Ausbruch des ersten Weltkriegs führten jedoch dazu, daß sich alle diese Pläne zerschlugen.

⁴⁰⁸⁾ Abg. Mohr in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 20. 6. 1913 (Prot. S. 1763). Die Angleichung der Oberförsterbesoldung wurde mit einer Verdoppelung der Beförsterungsgebühren finanziert, sie betrugen nach dieser Erhöhung 1.60 Mk./ha bei Selbstkosten von 3 Mk./ha.

⁴⁰⁹⁾ Wörnle, P.: Die zweckmäßige Größe. . . S. 4. Die 33 Forstämter mit Forstamtmannsbezirken waren i. D. 3070 ha, die übrigen 2300 ha groß. Der Holzeinschlag lag in 47 % der Forstämter unter, in 53 % über 10 000 fm.

Nach den Angaben von Wörnle ergab der Ländervergleich folgendes Bild:

Forstamtsgröße		Reinerträge (1907)	
Elsaß-Lothringen	5 600 ha	Württemberg	63.20 Mk / ha
Preußen	4 600 ha	Sachsen	60.20 Mk / ha
Baden	3 600 ha	Baden	55.30 Mk / ha
Oldenburg	3 200 ha	Bayern	27.10 Mk / ha
Hessen	2 000 ha	Preußen	25.10 Mk / ha
Sachsen	1 000 ha		

⁴¹⁰⁾ Es handelte sich um die Forstämter Hürbel (1913), Wiblingen (1914) und Kleinaspach (1918).

⁴¹¹⁾ Graner mußte durch dieses Vorgehen zwangsläufig in Konflikt mit seinen Beamten geraten. Im Jahre 1909 sprach er in einem Erlaß an die Forstämter seine Mißbilligung darüber aus, daß der Finanzkommission der Abgeordnetenkammer Material zugespielt worden sei, das gegen seine Pläne verwendet werden konnte. Er drohte den (ihm unbekannten) Urhebern, die ihm nach seinen Worten durch ihr agitatorisches Treiben seine Aufgabe so ungemein erschwerten, Bestrafung an. Als im Parlament diese »Gesinnungsschnüffelei« zur Sprache gebracht wurde, stellte sich Finanzminister Geflier vor die Angegriffenen und bezeichnete es als Recht der Oberförster, mit Abgeordneten zu sprechen, versuchte aber gleichzeitig, Graner zu decken. Der diesem Vorfall zugrunde liegende Sachverhalt bestand darin, daß sich der Berichterstatter der Finanzkommission an einen Forstamtsleiter gewandt und von diesem Auskünfte in forstlichen Fachfragen erbeten hatte.

Die Resultate der Reorganisationspolitik waren somit recht bescheiden, so daß die forstliche Bezirksverwaltung von größeren Veränderungen verschont blieb. Sie bestand im Jahre 1918 aus 147 Forstämtern und 32 Forstamtmannstellen, von denen 4 bei der Forstdirektion und 28 bei den Forstämtern ausgebracht waren; Sonderbezirke gab es allerdings nur noch in wenigen großen Forstämtern, denn die meisten hatte man aufgrund der schlechten Erfahrungen eingehen lassen. Auch in der Organisation des Schutz- und Hilfsdienstes traten kaum Änderungen ein.⁴¹³⁾ Das einzige bemerkenswerte Ergebnis der Arbeit der Sparkommission bestand daher in der Übertragung der Zuständigkeit für die einzelverpachteten Feldgrundstücke und die staatlichen Fischwasser aus dem Bereich der Domänen- und Finanzverwaltung an die Forstämter, die zum 1. 4. 1911 vollzogen wurde.

3. Ausbildungs- und Prüfungswesen

Der vor der Jahrhundertwende erneut einsetzende Zustrom von Abiturienten ließ die Berufsaussichten des forstlichen Nachwuchses immer trostloser werden. Alle Warnungen vor dem Forstudium erwiesen sich jedoch angesichts der »Verführungskraft«⁴¹⁴⁾ des Forstberufs als wirkungslos. Auch das im Vergleich zu anderen Laufbahnen geringere Lebens-einkommen der Forstbeamten konnte die Jugend nicht abschrecken. Wie verzweifelt man sich bemühte, des Andrangs Herr zu werden, läßt der öffentlich ausgesprochene Hinweis erkennen, daß nur derjenige Forstmann werden solle, der »außer unzerstörbarer Freude auch den erforderlichen großen Geldbeutel« besitze.⁴¹⁵⁾

Die finanziellen Nachteile bestanden nach wie vor in den schlechteren Beförderungschancen, die nach der Forstorganisation sogar noch ungünstiger geworden waren.⁴¹⁶⁾ Außerdem setzte der Verdienst wegen der langen Wartezeiten später als üblich ein. Auch die Ausgaben für die Ausbildung der Kinder waren erheblich höher, da um die Jahrhundertwende fast die Hälfte der Forstämter in Orten ohne höhere Schule untergebracht war und 38 % nicht einmal Bahnanschluß hatten.

Während in Preußen, das bereits 1888 den *numerus clausus* eingeführt hatte, die Wartezeit bis zur Übernahme eines Forstamts nur 5 Jahre betrug, konnte der württembergische Nachwuchs erst nach 16 Jahren diese Stellung erreichen. Dennoch dauerte es verhältnismäßig lange, bis man sich in Württemberg zur Aufgabe der traditionellen akademischen Freizügigkeit entschließen konnte. Eine Änderung der Prüfungsordnung im Jahre 1895 brachte lediglich eine Verlängerung der Mindeststudiendauer von 3 auf 3½ Jahre. In Anpassung an die in den anderen deutschen Ländern übliche Bezeichnungen wurde ferner mit Wirkung vom 1. 1. 1906 der »Forstreferendär II. Kl.« in »**Forstreferendar**« und der »Forstreferendär I. Kl.« in »**Forstassessor**« umgetauft.⁴¹⁷⁾ Nach Ablegung der 2. Dienstprüfung ergab sich im höheren Forstdienst jetzt die Abfolge Forstassessor – Forstamtmann – Oberförster. Den Zeitpunkt für die Einführung des *numerus clausus* hielt man in Württemberg jedoch erst für gekommen, als man durch die Zulassungsbeschränkungen der meisten anderen deutschen Staaten – darunter die Nachbarländer Bayern, Hessen und Baden – in Zugzwang geraten war. Sie erfolgte mit der Verordnung vom 18. 12. 1913, die an weiteren Neuerungen die Zulassung von Abiturienten der Oberrealschulen (mit Ergänzungsprüfung in lateinischer Sprache), eine 4jährige Mindeststudiendauer sowie die Verlängerung der Referendardzeit auf 2½ Jahre brachte.⁴¹⁸⁾ Die Auswahl der Staatsanwärter erfolgte aufgrund der nach dem 4. Semester abzulegenden Vorprüfung.

⁴¹²⁾ Abg. Keil in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 20./21. 6. 1913 (Prot. S. 1782).

⁴¹³⁾ Die Zahl der Forstwärte stieg als Folge der Übertragung weiterer kommunaler und privater Waldflächen an die staatlichen Forstschutzorgane bis zum Kriegsausbruch von 496 auf 525.

⁴¹⁴⁾ Abg. Gauß in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 20. 6. 1913 (Prot. S. 1777).

⁴¹⁵⁾ Neues Tagblatt vom 10. 10. 1901.

⁴¹⁶⁾ Der Anteil an Beförderungstellen wird für die Justizverwaltung mit 34 %, für die Finanzverwaltung mit 15 % und für die Forstverwaltung mit 6,5 % angegeben.

⁴¹⁷⁾ Verordnung vom 23. 12. 1905 (Reg. Bl. 1905 S. 327).

⁴¹⁸⁾ Reg. Bl. 1913 S. 371.

4. Forstpersonal

4.1 Höherer Forstdienst

Die seit 1868 getroffenen bildungspolitischen Maßnahmen, die den Durchbruch des Oberförstersystems ausgelöst hatten, wirkten sich auch nach der Jahrhundertwende in einer weiteren Steigerung der Leistungsfähigkeit des Forstpersonals aus. Im Jahre 1904 waren nur noch 5 Oberförster vorhanden, die keine vollakademische Ausbildung aufweisen konnten. Die Spuren des Revierförstersystems verloren sich auf diese Weise immer mehr. Hand in Hand mit dieser Entwicklung, die seit 1911 in der Verleihung der Amtsbezeichnung »**Forstmeister**« an Forstamtsleiter mit mehr als 15 Dienstjahren zum Ausdruck kam, ging eine Stärkung des Selbstbewußtseins der Oberförster, die schon bald nach der Einführung der neuen Forstorganisation die Forderung nach Erweiterung ihrer Kompetenzen erhoben. Wegfall der örtlichen Prüfung der jährlichen Betriebspläne durch die Forstinspektoren, größere Freiheiten im Holzverkauf und Einschränkung der peniblen Holzkontrollen waren Anliegen der Forstamtsvorstände, die an die Forstdirektion herangetragen wurden. Auch freimütige Äußerungen zu Organisationsfragen in Wort und Schrift waren keineswegs ungewöhnlich. Was jedoch die Situation zu Beginn des 20. Jahrhunderts prinzipiell von ähnlichen Erscheinungen früherer Zeiten unterschied war die Tatsache, daß man sich zur Durchsetzung der Forderungen nicht mehr bloß individueller oder spontaner Aktionen bediente, sondern zu diesem Zweck Organisationen schuf, die sich der Vertretung beamtenpolitischer Interessen verschrieben hatten. Bei dem in jener Zeit noch ausgeprägten Klassendenken war es selbstverständlich, daß der standespolitische Zusammenschluß nach Laufbahnen getrennt erfolgen mußte. Nicht einmal der höhere Dienst konnte sich zunächst in einem Verein zusammenfinden, weil viele Oberförster nicht bereit waren, sich mit dem Nachwuchs (d. h. den Forstamtmännern) zu solidarisieren. Erst 1908, als die Problematik der Forstamtmannsbezirke an Brisanz verloren hatte, kam es zu einer Fusion des 1903 gebildeten Oberförsterverbands, dem nur Forstamtsvorstände angehört hatten, mit der bereits 1895 gegründeten »Vereinigung höherer württembergischer Staatsforstbeamter« zum »Verein württembergischer Staatsforstbeamten«.

4.2 Unterer Forstdienst

Die bereits im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts festzustellende Entwicklung, die zunehmend zum Einsatz des unteren Forstpersonals im Forstbetrieb führte, setzte sich auch nach der Jahrhundertwende fort. In der Regel wurde der Forstschutz auf den Waldbegängen nur noch nebenbei ausgeübt. Diese Umstellung fand allerdings in der Gestaltung der Dienstverhältnisse keinen Niederschlag. Wie bisher rekrutierte man den unteren Forstdienst ausschließlich aus gedienten Unteroffizieren und auch die Ausbildungspraxis blieb unverändert. Immer noch wurde vom »Schutzpersonal« gesprochen, das seinen Dienst in »Huten« versehen mußte. Die Forstdirektion hatte es auch unterlassen, die Dienstvorschriften den gewandelten Arbeitsbedingungen anzupassen. In der Dienstanweisung für die Forstwarte von 1911, die ohne jede Beteiligung des betroffenen Personenkreises zustande gekommen war, standen wie vor 30 Jahren die für den Forstschutz geltenden Bestimmungen im Vordergrund. Sie konservierte auch die Relikte aus der militärischen Vergangenheit wie beispielsweise die Verpflichtung zu Ehrenbezeugungen gegenüber den Vorgesetzten und die Führung des Dienstbuchs, in dem alle Dienstverrichtungen zu verzeichnen waren. Die Besoldung ließ ebenfalls zu wünschen übrig. Sie lag zu Beginn der Dienstzeit unter dem Betrag, der den Oberförstern für ein Dienstpferd zustand. Hinzu kam die vierteljährliche Kündigungsfrist, die erst im Jahre 1910 für Forstwarte mit mindestens 7jähriger Dienstzeit durch die Anstellung auf Lebenszeit ersetzt wurde.

Dieses Festhalten an unzeitgemäß gewordenen Vorstellungen und antiquierten Formen konnte nicht ohne Folgen bleiben. Wie beim höheren Forstdienst kam es auch beim unteren Forstpersonal zur Bildung einer Standesvertretung. Gegen Ende des Jahres 1900 entstand der »Verein württembergischer Forstwardte« (seit 1913 »Verein württembergischer Forstunterbeamten«, nach dem ersten Weltkrieg »Verein württembergischer Förster«), in dem praktisch der gesamte untere Forstdienst organisiert war.⁴¹⁹⁾ Er schuf sich im »Echo vom Walde« ein eigenes Publikationsorgan und entfaltete eine rege standespolitische Tätigkeit. Zunächst konzentrierten sich die Wünsche auf so harmlose Probleme wie die »Hutfrage« oder den Ersatz der Metall- durch Hornknöpfe an der Uniform, doch ging man noch vor Beginn des ersten Weltkriegs zu durchaus substantiellen Forderungen über. Waren 1902 die Einladung zum Huldigungsfestzug und die Verbesserung der Mäntel als Erfolge verbucht worden, so wurden 5 Jahre später bereits die Verleihung des Förstertitels an ältere Forstwardte sowie Gehaltserhöhungen und 1910 die Verlängerung der Schulzeit verlangt. Zu den bescheidenen Errungenschaften, die in diesem Zeitraum zu verzeichnen waren, gehört die Einführung der Amtsbezeichnung »**Förster**« an Forstwardte nach 25jähriger »vorwurfsfreier« Dienstzeit im Jahre 1912; eine Änderung der dienstlichen Stellung trat dadurch nicht ein.⁴²⁰⁾

Die Forstdirektion fand sich zu diesem Zugeständnis bereit, nachdem im Jahre zuvor zahlreiche Forstamtsleiter den Titel »Forstmeister« erhalten hatten. Ihr Antrag war beim Finanzministerium auf erhebliche Bedenken gestoßen, weil sich aus der neuen Titulatur »in der Öffentlichkeit irrige Vorstellungen über das dienstliche Verhältnis von Oberförstern und Förstern« bilden könnten, »was weder im Interesse des Dienstes noch den persönlichen Interessen der Forstamtsvorstände förderlich« wäre. Die Vorlage wurde jedoch schließlich akzeptiert, doch setzte das Finanzministerium die Wartezeit von 20 auf 25 Dienstjahre hinauf.⁴²¹⁾

Von dieser Ausnahme abgesehen kam es trotz der von den Forstwardten wiederholt vorgebrachten Bitten um Verbesserung ihrer Lage bis zum Ende des ersten Weltkriegs zu keinen wesentlichen Neuerungen.

5. Zusammenfassung

Schon kurze Zeit nach der Einführung der neuen Forstorganisation wurde ersichtlich, daß das Oberförstersystem seine Bewährungsprobe bestehen würde. Das Forstpersonal war durch die vorzügliche Ausbildung und den geordneten Geschäftsgang längst in der Lage, den Wald ohne kleinliche Kontrollen zu bewirtschaften. Auch die Befürchtungen Graners hinsichtlich einer zentralen Organisation des Leitungs- und Aufsichtsdienstes stellten sich als unbegründet heraus, obwohl die von Speidel vorgesehene innere Gliederung der Forstdirektion nur sehr unvollkommen realisiert worden war. Wie sich zeigte, war auch ein verhältnismäßig großes Kollegium durchaus imstande, ohne größere Schwierigkeiten mit seinen Aufgaben fertig zu werden.

Dagegen erwies sich der im Planungsstadium keineswegs umstrittene Versuch einer Lösung des Nachwuchsproblems unerwartet rasch als Schwachstelle des Reformwerks. In der Tat handelte es sich bei der Einrichtung von Spezialrevieren für die Forstamtänner innerhalb der Forstämter um einen Systembruch, der mit dem Grundgedanken der neuen Forstorganisation nicht vereinbar war. Dieser Verstoß gegen das Organisationsprinzip der Forstdiensteinrichtung von 1902 wurde schon bald erkannt.

Die Oberförster machten hierzu in ihrer Denkschrift von 1904 folgende zutreffenden Feststellungen: »Die Ausscheidung von Sonderbezirken läßt wieder ein Stück des alten Wirtschaftsförstermeistersystems

⁴¹⁹⁾ Oberforstrat Keller wertete es als Zeichen des Entgegenkommens der Forstdirektion, daß sie den Forstwardten einen eigenen Verein »gestattet« habe. (Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 21. 6. 1913, Prot. S. 1784).

⁴²⁰⁾ Erlaß vom 31. 8. 1912 (Amtsblatt 1912 S. 96). Die Auffassungen der Forstwardte waren in dieser Frage zunächst geteilt; die älteren befürchteten bei unterschiedlicher Titulatur eine Spaltung und lehnten auch aus emotionalen Gründen die Übernahme preussischer Vorbilder ab. Die Befürworter des Förstertitels setzten sich jedoch durch.

⁴²¹⁾ HSTA E 14 Bü. 1983.

aufleben und sie steht an sich im Gegensatz zu einer auf der Grundlage des Oberförstersystems aufgebauten Forstdiensteinrichtung, sie bedeutet aber auch weiter eine Störung und Durchbrechung für die nach obigem System in der Person des Oberförsters verkörperte Einheit der Wirtschaft und Verwaltung. Es ist an sich klar, daß innerhalb einer Wirtschaftseinheit, die ein Forstbezirk darstellen soll, neben dem Hauptwirtschaftler – dem Oberförster – nicht auch noch ein mit bedeutenden Befugnissen ausgestatteter Nebengewirtschafter bestehen und sich auf engem Raum betätigen kann, ohne sofort die Kreise des Ersteren zu stören. In einer einheitlichen Wirtschaft müssen alle auf sie gerichteten Maßnahmen **von einer Seite** ausgehen und alle Fäden der Betriebsleitung in **einer Hand** zusammenlaufen, andernfalls hat man eben **2 Wirtschaften** und das System der wirtschaftlichen Einheit ist durchbrochen. Die Teilung einer Wirtschaft ist eben etwas anderes als die Teilung der Geschäfte eines Amtes. Letztere ist möglich unter Erhaltung der Einheitlichkeit, die Teilung einer Wirtschaft nicht.«

Die Abneigung Graners gegen diese Konstruktion ist daher verständlich. Dennoch war sie nicht so sehr als Institut zur Einführung junger Forstleute in die praktische Wirtschaft als vielmehr zur Erleichterung der unerträglich gewordenen beruflichen Situation des Nachwuchses eine absolute Notwendigkeit. Es darf dem Wortführer der jungen Generation, dem späteren Oberforstrat Dr. Wörnle, wohl abgenommen werden, wenn er feststellte, er hätte nicht gewußt, wie er es nach seiner Assessorenzeit noch weitere 7 Jahre in dieser Stellung hätte aushalten können.⁴²²⁾ Die geringe Größe der Forstbezirke, die fast ausschließliche Beschränkung der Aufgabenstellung auf den Forstbetrieb und das Fehlen von Grundsätzen für die Personalführung schlossen Entfaltungsmöglichkeiten für eine 2. Kraft in den Forstämtern von vornherein aus. Die Verwendung akademisch gebildeter Beamter in völlig abhängiger und subalternen Stellung ohne eigenständige Verantwortung bis zum 40. Lebensjahr oder sogar darüber hinaus war aber auch nach damaligen Begriffen unhaltbar. Es muß deshalb als schwerer Fehler bezeichnet werden, daß die Ausscheidung der Forstamtmannsbezirke, nachdem sie nun einmal beschlossen war, nicht in der konzipierten Form durchgeführt wurde. Es ist allerdings zuzugeben, daß der Vollzug der Forstorganisation in dieser Beziehung recht schwierig war, da im Gegensatz zu Bayern die Forstamtmannsbezirke in der Regel nicht auf natürliche Weise durch Umwandlung von Revierämtern entstehen konnten, sondern auf dem Reißbrett entworfen werden mußten. Bei dieser Ausgangslage wäre es erforderlich gewesen, die gesamte Forstamtsorganisation im Sinne Speidels zu überarbeiten, um zu einer sinnvollen Lösung zu kommen. Dieser mühevollen Weg wurde jedoch nicht bestritten. Nur der Verwässerung der Speidelschen Idee ist es zuzuschreiben, daß es zu den zahlreichen Komplikationen kam, die das Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Kollegen so sehr belasteten und das Experiment schließlich scheitern ließen. Der Forstorganisation von 1902 kann jedenfalls kein Vorwurf daraus gemacht werden, daß sie – aus der Not eine Tugend machend – zu Lösung des Nachwuchsproblems auf Instrumente zurückgriff, die sie in das Arsenal der Forstgeschichte zu verbannen im Begriff stand. Dagegen stellte es zweifellos ein Versäumnis dar, das unsere Forstpersonal aus der Neuordnung der Forstverwaltung völlig auszuklammern. Es ist merkwürdig, daß auch ein so hochbegabter Reformator wie Speidel, der mit den Verhältnissen der Forstwerte vertraut war, dies nicht erkannt zu haben scheint. In engem Zusammenhang mit dieser Unterlassung steht die Vernachlässigung des Bürobetriebs, dem die Organisatoren zu wenig Beachtung schenkten. Alle anderen Verwaltung hatten auf diesem Gebiet Fortschritte gemacht, nur der Oberförster hatte immer noch »die für ihn beschämende Ausnahmestellung, daß er neben seinen vielfältigen auswärtigen Verpflichtungen noch die Eigenschaft eines Bureauvorstands, Schreibers, Expedienten und Bureaudieners in einer Person« vereinigte.⁴²³⁾ Da die Forstamtsleiter die wachsenden schriftlichen Arbeiten nicht mehr alleine verkraften konnten, mußten sie Forstamtmännern und Forstwarten anvertraut werden, obwohl diese hierfür weder vorgebildet noch geeignet waren.⁴²⁴⁾ Schon nach wenigen Jahren zeigte es

⁴²²⁾ Wörnle, P.: a.a.O. S. 35. Er war 7 Jahre Forstassessor und 7 Jahre Forstamtmann.

⁴²³⁾ Eingabe des Vereins württembergischer Staatsforstbeamten im Jahre 1912 zur Vereinfachung der Staatsverwaltung.

⁴²⁴⁾ Wörnle gibt den Arbeitsaufwand des Forstamtsvorstands für den Innendienst mit 100–150 (von 300) Arbeitstagen an (a.a.O. S. 11).

sich jedoch, daß der Kanzleidienst nicht länger vom Nachwuchs oder vom unteren Forstpersonal besorgt werden konnte, weil dessen Hauptaufgabe im Außendienst bestand. Aus diesem Grunde wurden 1905 erstmals Mittel bereitgestellt, die für die Beschäftigung unabhängiger Schreibkräfte verwendet werden konnten. Die zunächst für 104 Forstämter vorgesehene Ausstattung war allerdings absolut unzureichend; noch im Jahre 1912 waren 30 Forstämter ohne jede Möglichkeit, Hilfskräfte im Schreibdienst einzusetzen. Das Geld wurde überwiegend dazu verwendet, Forstwarten eine Vergütung für Schreibarbeiten zu zahlen, die sie zu Hause erledigten. Diese Regelung konnte natürlich in keiner Weise befriedigen. Die Praxis erhob daher die Forderung, in größeren Forstämtern Forstsekretäre anzustellen, im übrigen aber dazu überzugehen, für Forstbezirke mit Staatswald sogenannte Schreibforstwärter einzusetzen, die nur eine kleine Hut zu versorgen hatten. Auch die ersten zaghaften Ansätze zur Einführung technischer Hilfsmittel – Schreibmaschinen, Autos, Telefon – sind in jener Zeit festzustellen.⁴²⁵⁾ Insgesamt vollzog sich aber der Dienstbetrieb noch weitgehend nach patriarchalischen Grundsätzen. Erst nach dem Ende des ersten Weltkriegs kam es zu einer Bewegung, die zum Zusammenbruch der alten Strukturen führte.

⁴²⁵⁾ Die Erlasse der Forstdirektion wurden seit 1911 mit Schreibmaschinen geschrieben. Die Forstinspektoren hatten zu diesem Zeitpunkt Tischtelefone bekommen. Bei den Forstämtern gab es dagegen noch kein amtliches Telefon; $\frac{1}{3}$ der Oberförster hielt sich gegen Ersatz von $\frac{2}{3}$ der Kosten einen privaten Anschluß. Im gleichen Jahr hatten 3 Oberförster einen Kraftwagen und 95 ein Dienstpferd, die übrigen benutzten Mietgefahrte.

XII. Vom Ende des ersten bis zum Ende des zweiten Weltkriegs (1918 – 1945)

1. Politische Entwicklung

Der Zeitraum von 1918–1945 ist bekanntlich durch eine Entwicklung der Unruhe gekennzeichnet, die zu tiefgreifenden Veränderungen der politischen Landschaft und schließlich zu gewaltigen Erschütterungen des gesamtstaatlichen Lebens führte. Im Gegensatz zur staatsrechtlichen Neuordnung zu Beginn des 19. Jahrhunderts blieb jedoch die Forstorganisation von diesen Umwälzungen weitgehend unberührt. Sie hatte ihren zweckentsprechenden Rahmen im Laufe des 19. Jahrhunderts entwickelt und war im übrigen bereits im Begriff, als Bestandteil des wachsenden Staatsapparats an relativer Bedeutung zu verlieren.

Die Revolution von 1918 mit dem Übergang zur republikanischen Verfassung und zur demokratischen Staatsform moderner Prägung (Landtag als Repräsentationsorgan des Volks statt Zweikammersystem, parlamentarisch verantwortliche Regierung und Kontrolle der staatlichen Verwaltung durch die Volksvertretung) blieb auf die Gestaltung der Forstorganisation zunächst ohne spürbaren Einfluß. Allerdings hatten die Rückwirkungen der sozialen Bewegung auf das Forstpersonal indirekt auch Folgen für die Forstverwaltung. Als schwerwiegender erwiesen sich aber die Eingriffe, die mit der totalen politischen Umgestaltung im Dritten Reich verbunden waren. Die Einführung des Führer- und Gefolgschaftsprinzips und der Übergang zum Einheitsstaat konnten auch an der württembergischen Forstverwaltung nicht spurlos vorübergehen. Bedingt durch den verhältnismäßig kurzen Zeitraum der nationalsozialistischen Herrschaft und die Kriegsverhältnisse kam diese verhängnisvolle Entwicklung allerdings nicht voll zum Durchbruch. Vor allem den zentralstaatlichen Tendenzen war unter diesen Umständen nur ein begrenzter Erfolg beschieden. Der Zusammenbruch des Dritten Reichs ließ diese Periode ohnehin nur als Episode erscheinen, die freilich in der Katastrophe endete und auf diese Weise zum Schlußkapitel der württembergischen Forstgeschichte wurde.

2. Zentralstelle

Die Entwicklung der Forstdirektion nach dem Ende des ersten Weltkriegs erhielt durch die Berufung von Prof. Dr. Christoph **Wagner** als Nachfolger des 1920 in den Ruhestand getretenen Präsidenten Keller wesentliche Impulse. Er wurde von Finanzminister Liesching in der ausdrücklichen Absicht mit der Leitung der Forstverwaltung beauftragt, den von ihm entwickelten und wissenschaftlich vertretenen Blendersaumschlag auf breiter Front einzuführen. Nach seinem Rücktritt zur akademischen Tätigkeit im Jahre 1924 führte sein Nachfolger Dr. Christian **König** die von ihm begonnene Arbeit in seinem Sinne fort. Schon bald nach seinem Amtsantritt legte Wagner seine Reformabsichten, die auf eine Umgestaltung der Forstverwaltung zu einer **Betriebsverwaltung** abzielten und der forsttechnischen Arbeit im Walde eine angemessene Stellung gegenüber dem inneren Dienst einräumen sollten, in einem Gutachten nieder. Zu den auf dieser Grundlage getroffenen organisatorischen Maßnahmen gehörte auch die von Speidel 1901 vorgeschlagene innere Gliederung der Forstdirektion, insbesondere die verstärkte Bildung von Sachreferaten und vorbereitenden Ausschüssen zur Entlastung des Kollegiums. Die bereits bestehenden Organisationseinheiten – Forsteinrichtungsanstalt, Bauamt, Geschäftsstelle für den Holzverkauf und Kommando der Forstwache (1920 »Leitung der Forstwache«, 1929 »Leitung des Förstereidienstes«) – wurden als sogenannte Hilfsanstalten ausgebaut. Um eine gleichmäßige Geschäftsbehandlung zu gewährleisten, schuf Wagner darüber hinaus neue Sachreferate, so zum Beispiel für Waldbau, Holzernte, Grundstücksverkehr, Jagd und Fischerei,

Nebennutzungen, Haushalts- und Rechnungswesen, Forstpolizei und Forstschutz sowie für den Körperschaftswald. Die auf diese Weise in Gang gesetzte Verlagerung des Schwerpunkts von der Inspektion auf eine sachorientierte Führungsarbeit wurde allerdings von der Praxis mit Mißtrauen aufgenommen. Die Forstamtsvorstände befürchteten, daß sie nunmehr anstelle des Forstinspektors, der für sie die Forstdirektion verkörperte, zahlreiche Vorgesetzte haben würden. Unter dem Druck der Außenbeamten mußte daher in der 1925 erschienenen Neufassung der Allgemeinen Dienstvorschriften die Vorrangstellung des Forstinspektors erneut festgeschrieben werden.

Ursprünglich war vorgesehen, nicht nur dem Bezirksbericht, sondern auch dem Sachbericht ein unmittelbares Weisungsrecht gegenüber den Forstämtern einzuräumen. Die durch den Erlaß von Wirtschaftsregeln im Jahre 1921 eingeleitete generelle Einführung des Blendersaumschlags, die den Forstamtsleitern als Gängelung erschien und zu entsprechenden Reaktionen führte, veranlaßte die Forstdirektion zu einer Kompromißlösung, wonach nur die Bezirksberichte mit ihren Forstämtern unmittelbar verkehren und ihnen im Auftrag der Forstdirektion Weisungen erteilen durften, diese aber andererseits verpflichtet waren, den Sachberichtern zur Klärung von Fragen Auskünfte zu erteilen.

Auseinandersetzungen innerhalb der Forstdirektion über die Anerkennung des Blendersaumschlags als verbindliches »Betriebssystem« führten Ende der zwanziger Jahre zu einer Krise, die den bisher üblichen Geschäftsgang in Frage stellten. Schwerwiegende interne Meinungsverschiedenheiten zwangen den strikt die Wagnerschen Ideen vertretenden Präsidenten dazu, Entscheidungen des Finanzministers in forsttechnischen Angelegenheiten herbeizuführen, für die dieser jedoch letztlich keine Verantwortung übernehmen konnte. Aus diesem Grunde wurde im Landtag, der sich mit diesen Querelen beschäftigen mußte, die Forderung erhoben, vom Kollegialsystem abzugehen und eine direktoriale Verfassung im Sinne einer Beschränkung des Kollegiums auf beratende Funktionen einzuführen.⁴²⁶⁾ Dazu kam es jedoch nicht, da der waldbauliche Meinungsstreit beigelegt werden konnte.

Differenzen über die Auslegung eines Landtagsbeschlusses vom 6. 3. 1927 hatten sogar eine förmliche Beschwerde der Kollegialmehrheit beim Staatsministerium über Präsident Dr. König zur Folge, die aber erfolglos blieb. Sie wurde von 13 Kollegialmitgliedern getragen; lediglich die 2 von Wagner einberufenen Oberforsträte Köhler und Dr. Wörnle hatten dagegen gestimmt.

Auch ein in den Jahren 1928 – 1930 vom Reichssparkommissar Sämisch auf Anforderung der württembergischen Regierung erstelltes Gutachten kam zum Ergebnis, daß zu viele Angelegenheiten kollegial behandelt und dadurch sehr viel Zeit und Kraft unnötig aufgewendet werde. Aus diesem Grunde wurde vorgeschlagen, einen Teil der Gegenstände auszuscheiden und entweder dem Präsidenten allein oder der Beratung durch Kommissionen zu überlassen, damit sich das Kollegium auf Abstimmungen beschränken könne. Diesen Forderungen trug eine Neufassung der Geschäftsordnung der Forstdirektion vom 1. 8. 1931 Rechnung, die am Kollegialprinzip zwar festhielt, die Zuständigkeit des Kollegiums aber noch mehr als bisher auf besonders wichtige Gegenstände beschränkte.⁴²⁷⁾ Von einer weiteren Festigung der Position der Sachreferate abgesehen traten gegenüber der seitherigen Arbeitspraxis jedoch keine wesentlichen Änderungen ein. Die bewährte Konstruktion, wonach die Forstdirektion zugleich Ministerialabteilung und Landeskollegium war, wurde beibehalten, weil sie sich als äußerst effizient erwiesen hatte. Schriftliche Berichte an das Finanzministerium brauchten weiterhin nur in Ausnahmefällen gefertigt zu werden, da die Erlaßentwürfe dem Finanzminister oder Staatspräsidenten unmittelbar zur Unterzeichnung vorgelegt wurden. Im übrigen konnten die Probleme mündlich behandelt werden, zumal der Präsident der Forstdirektion beim Finanzminister ein persönliches Vortragsrecht besaß.

Die Bestätigung des Kollegialprinzips zu Beginn der dreißiger Jahre konnte allerdings nicht verhindern, daß sich die jahrhundertealte Herrschaft dieses Organisationssystems

⁴²⁶⁾ Berichterstatte Dr. Schall in der Sitzung des Landtags vom 15. 2. 1928 (Prot. S. 5054).

⁴²⁷⁾ Amtsblatt 1931 S. 15.

rasch dem Ende zuneigte. Ein grundsätzlicher Wandel trat nämlich mit der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten ein, die demokratische Elemente in der Staatsverwaltung nicht duldeten. Auch in der Forstdirektion kam es auf diese Weise zur Einführung des Führerprinzips. Diese organisatorische Umstellung brachte – verbunden mit der rasch zunehmenden Spezialisierung – den Sachreferaten den endgültigen Durchbruch, so daß die Inspektionstätigkeit immer mehr in den Hintergrund trat. Anstelle der den Sachberichtern persönlich zugeordneten Fachgebiete entwickelte sich die Gliederung der Forstdirektion in sachorientierte Arbeitseinheiten. Dieser seit 1933 unter dem Präsidenten Oskar **Rau** vollzogene Prozeß markiert somit einen entscheidenden Wendepunkt in der Organisationsstruktur der forstlichen Zentralstelle.

Die Forderung des Reichssparkommissars, die Zahl der Forstinspektoren auf 9 zu reduzieren und dafür vermehrt Oberförster als Hilfsberichtler heranzuziehen, führte bis zum Jahre 1933 zu einer Verringerung der forstlichen Kollegialmitglieder auf 10, doch wurde diese Zahl 1936 wieder auf 11 und 1939 sogar auf 12 erhöht. Außerdem waren wie bisher 2–3 juristische Referenten und 1 bautechnischer Referent vorhanden. Im übrigen wurde im Laufe der zwanziger und dreißiger Jahre der Mitarbeiterstab erheblich ausgebaut.

Nicht weniger tiefgreifend waren die Auswirkungen, die sich aus den **zentralstaatlichen Tendenzen** ergaben. Durch das Gesetz über den Neuaufbau des Reichs vom 30. 1. 1934 verloren die Länder ihre Staatshoheit und existierten nur noch als Verwaltungsbezirke des Reichs weiter.⁴²⁸⁾ Auf dem Gebiet der Forstwirtschaft erfolgte der entscheidende Schritt in dieser Richtung durch das Gesetz zur Überleitung der Forst- und Jagdwirtschaft vom 3. 7. 1934 in Verbindung mit der 1. Durchführungsverordnung vom 12. 7. 1934, das die Einrichtung des Reichsforstamts mit der Stellung eines Reichsministeriums in die Wege leitete.⁴²⁹⁾ Da dem Reichsforstamt Weisungsrechte hinsichtlich der Bewirtschaftung des öffentlichen Waldes und der Forstaufsicht über den Privatwald sowie personalpolitische Kompetenzen gegenüber den Forstverwaltungen der Länder eingeräumt wurden, erhielten diese als »Landesforstverwaltungen« zunächst faktisch und durch die Verordnung vom 31. 5. 1940 auch formell den Charakter von Mittelbehörden.⁴³⁰⁾ War der Einfluß des Reichsforstamts in der Aufbauphase noch relativ gering, so erfolgte seit der Amtsübernahme durch Generalforstmeister Alpers im Herbst 1937 eine immer stärkere Reglementierung durch Anweisungen aus Berlin. Auf diese Weise kam es öfters zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Forstdirektion und dem Reichsforstamt, das letztlich die Entscheidungen traf, ihre Anwendung in der Praxis jedoch nicht immer voll durchsetzen konnte. Da es nicht mehr zu der vorgesehenen Verabschiedung eines Reichsforstgesetzes kam, blieb es auch bei der Weitergeltung des Landesforstrechts. Immerhin wurden 1935 die preußischen Uniformen und 1941 die preußischen Amtsbezeichnungen (Landforstmeister und Oberforstmeister statt Forstdirektor und Oberforstrat) eingeführt. Durch das Gesetz über die Vereinheitlichung des Behördenaufbaus vom 5. 7. 1939 erhielten schließlich die Länderbeamten den Rechtsstatus von Reichsbeamten.⁴³¹⁾ Auch parteipolitische Einflüsse nahmen zu. Symptomatisch für diese Entwicklung war die Ablösung des Präsidenten Rau Ende 1942 durch Oberlandforstmeister Hugo **Böpple**.⁴³²⁾

Auf reichsrechtlichen Vorschriften beruhte auch die Einrichtung des für den Bereich eines Wehrkreises und damit für Württemberg und Baden zuständigen **Forst- und Holzwirtschaftsamts** im Herbst 1939 zur Durchführung kriegswirtschaftlicher Maßnahmen in der Forst- und Holzwirtschaft. Die Leitung dieser Behörde, die dem Reichsforstamt und der Reichsstelle für Holz in Berlin unterstand, war in Personalunion mit dem Chef der Forstdirektion verbunden.

⁴²⁸⁾ RGBI. I S. 75.

⁴²⁹⁾ RGBI. I S. 134 bzw. 617.

⁴³⁰⁾ RGBI. I S. 839.

⁴³¹⁾ RGBI. I S. 1197.

⁴³²⁾ Seit 1935/36 war aufgrund der Ausbildungsvorschriften die mehrjährige Zugehörigkeit zur HJ, SA oder anderen Parteiorganisationen Voraussetzung für die Zulassung zum Forstdienst.

Das Forst- und Holzwirtschaftsamt hatte folgende Aufgaben:

- Aufbringung, Sicherstellung und Überwachung der Holzerzeugung im Staats-, Körperschafts- und Privatwald;
- Sicherstellung der Produktionsfähigkeit der wichtigsten holzwirtschaftlichen Betriebe;
- Sicherstellung der unentbehrlichen Betriebe des Holzhandels;
- Lenkung des Absatzes von Holz und forstlichen Nebenerzeugnissen.

Als Sicherstellung im Sinne dieser Zielsetzung galt die Bereitstellung des erforderlichen Personals an Beamten, Angestellten und Arbeitern sowie der Rohstoffe, Maschinen, Ausrüstungsgegenstände usw. Das Forst- und Holzwirtschaftsamt hatte Weisungsbefugnis gegenüber den staatlichen, körperschaftlichen und privaten Forstverwaltungen sowie den Verbänden der Holzindustrie.

Der Ausbruch des zweiten Weltkriegs verhinderte den Abschluß der zentralistischen Entwicklung. Die Arbeit der Forstdirektion – ohnehin durch die Kriegseignisse beeinträchtigt – erfuhr mit der Zerstörung ihres Dienstgebäudes durch den Luftangriff vom 12./13. 9. 1944 auf Stuttgart einen schweren Schlag. Die meisten Forstinspektoren wurden in ihre Forstverbände versetzt, während die wichtigsten Referate (Forsteinrichtung, Wegebau, Holzverkauf, Waldarbeit, Justitiariat) in den Schlössern von Waldenbuch und Bebenhausen ein Ausweichquartier fanden. Dieser Restbestand mußte auf Befehl des Reichsstatthalters Murr am 18. 4. 1945 vor den heranrückenden alliierten Truppen den Rückzug antreten, der in Mochental mit der Auflösung der Forstdirektion durch die Franzosen am 18. 5. 1945 endete, nachdem eine Absetzbewegung in das Allgäu, wo sich Oberlandforstmeister Böppe bereits aufhielt, an der Sprengung der Ehinger Donaubrücke gescheitert war.

3. Bezirksverwaltung

Die dem ersten Weltkrieg folgenden Notjahre ließen in Württemberg den Ruf nach Vereinfachung der Staatsverwaltung und Abbau des Beamtenapparates laut werden. Die Forstdirektion lehnte zunächst eine Reduzierung der Zahl der Forstämter energisch ab. Entsprechende Forderungen gaben dann jedoch im Jahre 1923 den Anstoß zu einer Überprüfung der Organisation der forstlichen Bezirksverwaltung. Nachdem durch den Aderlaß der Kriegsjahre der Überhang des Nachwuchses beseitigt war, bestand nunmehr auch der erforderliche personalpolitische Spielraum für eine Vergrößerung der Forstbezirke.⁴³³⁾ Die Forstdirektion begnügte sich jedoch nicht mit der Auflösung von Forstämtern, sondern verband diese Maßnahme mit einer Wiederbelebung der Forstamtmannsbezirke, die man – durchweg der Argumentation Speidels folgend – zur Einführung der jungen Forstbeamten in die selbständige praktische Tätigkeit für notwendig hielt. In diesem Zusammenhang wurden auch die Amtsbezeichnungen geändert. Da als Folge einer Anpassung der württembergischen Besoldungsordnung an die Reichsbesoldungsordnung im Jahre 1920 alle Forstamtsvorstände den Titel »Forstmeister« erhalten hatten, war der »Oberförster« frei geworden. Man entschloß sich daher, ihn auf die ständigen 2. Beamten der Forstämter zu übertragen, zumal der »Amtmann« inzwischen vom Verwaltungsdienst übernommen worden war. Erst im Jahre 1938 erhielten auch die Oberförster die Amtsbezeichnung »Forstmeister«. Das Ergebnis der Neuorganisation bestand darin, daß im Staatshaushaltsplan 1925 die Zahl der Forstämter auf 141 reduziert und gleichzeitig die Grundlage für die Bildung von 36 Oberförsterrevieren geschaffen wurde.⁴³⁴⁾

Die neue Forstorganisation realisierte man durch die Gründung von 2 neuen Forstämtern, die Umwandlung von 9 kleinen Forstämtern in 10 Oberförsterstellen, die Aufhebung von 6 bestehenden Oberförsterstellen und die Bildung von 3 neuen Oberförsterstellen in größeren Forstämtern. Der Vollzug erfolgte schrittweise in den Jahren 1925–1931. Vor allem die Einrichtung der Oberförsterreviere stieß bei den Forstamtsleitern teilweise auf Kritik, die aber nicht annähernd das Ausmaß erreichte, wie dies zu Beginn

⁴³³⁾ Im 1. Weltkrieg waren 6 Oberförster, 6 Forstamtmänner, 10 Forstassessoren und 6 Forstreferendare gefallen; 1 Forstassessor blieb vermißt. Beim unteren Forstpersonal betrug die Zahl der Gefallenen 9 Forstwärter und 17 Forstanwärter, diejenige der Vermißten 1 Forstwart und 1 Forstanwärter.

⁴³⁴⁾ Amtsblatt 1925 S. 73.

des Jahrhunderts der Fall gewesen war. Auch im Landtag fand die Neuordnung der Bezirksverwaltung keine einhellige Zustimmung. Einerseits wurde besonders von der SPD eine weitergehende Reduzierung der Forstämter verlangt, andererseits hielt man die Konstruktion der Oberförsterreviere mit einem halbwegs selbständigen 2. Beamten für problematisch und verwies unter anderem darauf, daß sie erfahrungsgemäß nicht selten »Feindschaften fürs Leben« entstehen ließen.⁴³⁵⁾

Die organisatorischen Maßnahmen des Jahres 1925 hatten in Verbindung mit der weiter zunehmenden Bewirtschaftung des körperschaftlichen Waldbesitzes durch die staatlichen Forstämter – der Umfang der ihnen übertragenen Waldfläche war inzwischen auf 186 000 ha gestiegen und hatte damit seit 1901 um 23 000 ha zugenommen – eine Erhöhung der Forstbezirksgrößen zur Folge. Im Durchschnitt entfielen jetzt auf ein Forstamt 1 436 ha Staatswald, 1 331 ha Körperschaftswald (mit durchschnittlich 16 Waldbesitzern) und 8 ha bewirtschafteter Privatwald, im ganzen also 2 775 ha. Seit 1902 war die Durchschnittsgröße eines Forstamts auf diese Weise um 300 ha gestiegen, doch lag Württemberg damit unter den deutschen Ländern immer noch vor Sachsen an zweitletzter Stelle. Die Neuordnung von 1925 hatte somit keine wesentlichen Veränderungen gebracht. Indessen war die Forstdirektion bemüht, bei der inneren Organisation die Nachteile der Granerischen Lösung zu vermeiden und jetzt endlich die Grundgedanken der von Speidel konzipierten Forstorganisation von 1902 in reiner Form zu verwirklichen. Aus diesem Grunde wurde streng darauf geachtet, die Oberförsterreviere mit angemessener Fläche auszustatten. Auf diese Weise kamen die Forstämter mit Oberförsterstellen auf eine Durchschnittsgröße von 3 600 ha (wovon etwa die Hälfte auf das Oberförsterrevier entfiel) gegenüber 2 435 ha bei den übrigen Forstbezirken. Ferner war man bestrebt, nach Möglichkeit die Amtssitze des Forstmeisters – und Oberförsterreviers voneinander zu trennen.⁴³⁶⁾ Aus den Erfahrungen der Vorkriegszeit zog man auch insofern Konsequenzen, als die Ausscheidung der Oberförsterreviere mit dem Erlaß von Dienstvorschriften verbunden war, die präzise die wechselseitigen Kompetenzen festlegten.

Ausdrücklich wurde vorgeschrieben, daß der Forstamtsvorstand dem Oberförster »zur Hebung der Arbeitsfreude und Entschlußkraft« möglichst viel Raum im äußeren Dienst lassen sollte, sofern dessen Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit dies rechtfertigten. Dementsprechend war der Forstmeister nur für die Leitung und Aufsicht, der Oberförster dagegen für den Vollzug verantwortlich. Im übrigen sollte »in dem Maß, als sich der Oberförster bewährt und zum selbständigen Wirtschaftler heranreift, ihm auch größere Handlungsfreiheit« gegeben werden. Bei nicht zu bereinigenden Meinungsverschiedenheiten hatte in der Regel der Forstinspektor, in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung die Forstdirektion zu entscheiden. Der Forstbezirk war nach außen einheitlich vom Forstamtsleiter zu vertreten, Verhandlungen mit Gemeinden hatten jedoch in Gegenwart des Oberförsters zu erfolgen. Die Betriebspläne wurden vom Oberförster gefertigt und vom Forstmeister geprüft. Auch für die übrigen Arbeitsgebiete waren die Zuständigkeiten detailliert geregelt.

Der 1925 erreichte Zustand blieb im wesentlichen bis zum Ausbruch des 2. Weltkriegs bestehen. Auch das **Gutachten des Reichssparkommissars** Sämisch sah keine Veranlassung, in der Bezirksverwaltung Änderungen zu empfehlen. Die geringen Forstamtsgrößen wurden unter dem Gesichtspunkt des hohen Einschlags und der intensiven Wirtschaft als gerechtfertigt angesehen.

Zu diesem Aspekt führte das Gutachten folgendes aus:

»Die gemischten Bestände wiegen im Lande vor; im Unterland sind vielfach sog. Überführungswaldungen, die mit einer sehr mühsamen Technik in hochwertiger Laub- und Nadelholzgemischbestände umgewandelt werden müssen. Infolge des vielfach, oft auf kürzeste Entfernung wechselnden geologischen Untergrundes und der ebenso rasch wechselnden Geländegestaltung muß eine Wirtschaft der Kleinfläche geführt werden, sowohl in bezug auf die waldbauliche wie auf die betriebliche Technik. Ebenso verlangt auch der sehr verschiedenartige, vorwiegend örtliche Absatz eine stete Berücksichtigung der wechselnden Marktverhältnisse. Sehr stark in Erwägung zu ziehen ist auch, daß das dem Betriebsleiter zur Verfügung stehende Vollzugspersonal keine sehr tiefgehende Fachschulung, sondern nur eine seinen besonderen Aufgaben entsprechende, mehr handwerksmäßige Ausbildung besitzt. Man muß den württembergischen Förster eher dem unteren wie dem mittleren Personal zurechnen. Deshalb gehen

⁴³⁵⁾ Abg. Scheef in der Sitzung des Landtags vom 16. 7. 1925 (Prot. S. 1661).

⁴³⁶⁾ Dies war in 20 von 36 Oberförsterrevieren der Fall.

auch die Anweisungen dahin, daß der Betriebsleiter die Hiebe in der Hauptsache persönlich auszuzeichnen hat und dieses Geschäft nur in einfachen Fällen nach gegebenem Muster dem Förster überlassen darf. In ähnlicher Weise muß auch die Holzausformung in der Hauptsache vom Betriebsleiter besorgt werden. Die Verwaltung geht dabei von der berechtigten Auffassung aus, daß sie ihre guten wirtschaftlichen Erfolge bisher dadurch erreicht hat, daß sie in ausgedehntem Maße »die Arbeit am Objekt« verlangt. Diese Aufgaben bedingen einen fast täglichen Besuch des Waldes.«

Selbst die außerordentlich großen Unterschiede in den Reviergrößen konnten den Gutachter nicht dazu bewegen, die Auflösung kleiner Forstämter vorzuschlagen. Für die 8 Forstbezirke unter 2000 ha sah er in jedem Einzelfall spezielle Gründe (Nebentätigkeiten des Forstamtsvorstands, waldbauliche Schwierigkeiten, Streulage oder hoher Bauernwaldanteil), die ihre Existenz rechtfertigten.

Bei dieser Sachlage ist es nicht verwunderlich, daß der Vorwurf erhoben wurde, die Forstverwaltung müsse »einen ganz guten Vetter« gehabt haben und sei daher im Gutachten zu gut weggekommen. Von zahlreichen Fraktionssprechern wurde deshalb im Landtag die Forderung nach einer Aufhebung der »Miniaturreviere« erhoben. Die SPD verlangte sogar die Beseitigung von 30–40 »Zwergforstämtern«. Die Notwendigkeit für derart einschneidende Maßnahmen wurde nicht nur in der vollen Ausschöpfung des Leistungspotentials des Forstpersonals gesehen, sondern auch aus der rückläufigen Ertragslage abgeleitet, die als Folge der Weltwirtschaftskrise in den Jahren 1929 – 1932 zu einem Absinken der Reinerträge des Staatswalds auf ein Sechstel geführt hatte. Im übrigen hielt man schon allein wegen der in vollem Gang befindlichen Umstellung vom Pferd zum Kraftfahrzeug eine Vergrößerung der Forstämter für gerechtfertigt.⁴³⁷⁾ Da die Forstlaufbahn bereits wieder überfüllt war – 1931 befanden sich für die 141 Forstämter 97 Anwärter (36 Oberförster, 24 Forstassessoren und 37 Forstreferendare) im Dienst – ging die Regierung auf diese Forderungen jedoch nur zögernd ein und löste in den Jahren 1932 und 1933 lediglich 5 Forstämter auf. Auch die später vom Reichsforstamt ausgearbeiteten Pläne, eine reichseinheitliche Forstorganisation (in Württemberg mit 110 Forstämtern) einzuführen, kamen kriegsbedingt und wegen der von der Partei geforderten Einpassung in die Kreisgrenzen nicht mehr zur Ausführung. Die organisatorischen Aktivitäten konzentrierten sich vielmehr darauf, das Experiment der Oberförsterrviere endgültig zu beenden. In den Jahren 1936, 1938 und 1939 wurden jeweils 2, 4 bzw. 10 Forstamtsaußenstellen, wie sie seit 1938 hießen, in Forstämter umgewandelt, die meisten restlichen im Kriege aufgehoben. Begründet wurde diese Maßnahme mit der Vorbereitung und Erleichterung einer organisatorischen und besoldungsmäßigen Angleichung an die Verhältnisse im Reich. Offensichtlich hatte sich jedoch ungeachtet der getroffenen Vorkehrungen die Einrichtung, die nach wie vor stark von den individuellen Verhältnissen der Partner abhing, nicht voll bewährt. Schließlich war auch der im Kriege eingetretene Personalmangel maßgeblich an der Beseitigung der Sonderbezirke beteiligt. Nach Abschluß dieser Entwicklung verfügte die württembergische Forstverwaltung über 152 Forstämter, von denen jedoch während des Krieges viele nicht regulär besetzt waren. Trotz der Vergrößerung der bewirtschafteten Körperschaftswaldfläche auf 190 000 ha – nur noch wenige Gemeinden hatten eigene Sachverständige angestellt – war durch die Umwandlung zahlreicher Forstamtsaußenstellen in Forstämter eine leichte Verringerung der durchschnittlichen Forstamtsgröße eingetreten. Sie lag bei rd. 2600 ha öffentlichem Wald (1340 ha Staatswald, 1250 ha Körperschaftswald, 20 ha bewirtschafteter Privatwald); außerdem waren auf ca. 870 ha Kleinprivatwald Forstaufsicht, Beratung und Betreuung auszuüben.

Die Organisation des **Betriebsvollzugs** erfuhr zwischen den beiden Weltkriegen keine sy-

⁴³⁷⁾ Die Zahl der Forstamtsvorstände mit Dienstpferden hatte 1905 noch 105 und 1913 noch 85 betragen; 1920 hielten 60 Forstmeister ein Dienstpferd (12 davon bezogen eine Zulage für ein 2. Pferd), 1930 waren es dagegen nur noch 29. Dementsprechend stieg die Zahl der Forstamtsleiter, die sich eines Mietgefährts (1905: 45, 1913: 62, 1920: 78, 1930: 38) bzw. eines Autos (1920: 10, 1930: 54) bedienten. Zu diesem Zweck wurden zahlreiche Dienstwagen beschafft (1936: 57), doch war auch private Kraftfahrzeughaltung üblich. Im Jahre 1938 entfielen nur noch 5 % des gesamten Beförderungsaufwands auf Pferde. Letzte Reste der Dienstpferdehaltung hielten sich bis Anfang der fünfziger Jahre.

stematischen Änderungen. Die Zahl der Dienstbezirke stieg von 526 auf 551 im Jahre 1939 an. Da immer mehr Gemeinden die Aufgaben des Forstbetriebsdienstes der staatlichen Forstverwaltung übertrugen – im Jahre 1936 erstreckte sich diese Tätigkeit bereits auf eine Körperschaftswaldfläche von 61 500 ha – stieg auch die Durchschnittsgröße der Dienstbezirke leicht an. Sie lag am Ende des Berichtszeitraums bei 470 ha (360 ha Staatswald und 110 ha Körperschaftswald). Außer den Forstbetriebsbeamten gab es im Jahre 1939 noch 34 staatliche Waldschützen, die abgelegene kleine Staatswaldkomplexe betreuten.

Ein weithin ungelöstes Problem stellte bis in die zwanziger Jahre hinein das **Forstamtsbüro** dar. Schon unmittelbar nach dem Ende des ersten Weltkriegs hatte sich gezeigt, daß eine Verbesserung der Schreibhilfe unumgänglich geworden war. Im Nachtragshaushalt 1919 wurden daraufhin erstmals 15 Stellen für Schreibforstwarden bewilligt, die in erster Linie den Schreibdienst zu besorgen hatten und im Außendienst nur subsidiär in kleinen Huten zum Einsatz kamen. Diese Verwendung war sehr begehrt, weil sie für das untere Forstpersonal eine Aufstiegsmöglichkeit bedeutete. Außer den Schreibforstwarden stellte man zunächst auch Kriegsbeschädigte ein, ging aber dann zunehmend zum Aufbau eines Stammes von Verwaltungsfachleuten über. Im Jahre 1924 waren bereits 38 Beamte des mittleren Verwaltungsdienstes bei den Forstämtern beschäftigt. Sie hatten in der Regel im Anschluß an die Volksschule eine kaufmännische oder gewerbliche Lehre absolviert, um anschließend in das Militär oder die kasernierte Polizei einzutreten und damit den Versorgungsschein zu erwerben. Während ihrer meist 6jährigen Dienstzeit besuchten sie im Winterhalbjahr die Heeres- bzw. Polizeifachschule für Verwaltung und Wirtschaft, die mit einer Prüfung endete. Sie besaßen somit bessere Voraussetzungen für eine Tätigkeit im Forstamtsbüro als das untere Forstpersonal. Ihr Einsatz wurde daher laufend ausgebaut. Der vor dem ersten Weltkrieg übliche Einmannbetrieb der Forstamtskanzlei wurde damit allmählich durch einen regulären Bürodienst ersetzt. Im Jahre 1930 hatten von 141 Forstämtern 119 eine entsprechende personelle Ausstattung, die aus 42 Kanzleibeamten, 22 Schreibforstwarden und 55 ständigen Schreibhilfen bestand. Nur in kleinen Forstämtern oder Gemeindewaldrevieren war der Forstamtsleiter immer noch ohne dauernde Unterstützung. Die erhebliche Zunahme der Verwaltungsarbeit, die Erhöhung des Holzeinschlags und die Komplizierung des Tarif- und Rechnungswesens machten es in den dreißiger Jahren erforderlich, in steigendem Maße auch Hilfskräfte auf den Forstamtsbüros einzusetzen. Die Zahl der Kanzleiangestellten stieg im Zusammenhang mit dieser Entwicklung bis 1939 auf 236 an. Die wachsenden Anforderungen führten ferner dazu, daß schließlich die Schreibforstwarden durch Versorgungsanwärter aus der Laufbahn des mittleren Verwaltungsdienstes abgelöst wurden. Im Jahre 1938 waren auf diese Weise 67 Forstämter mit Verwaltungsassistenten, -sekretären und -obersekretären ausgestattet. In Württemberg hatte man sich damit für eine andere Lösung entschieden als in Baden, das auf den Forstamtskanzleien Forstbeamte verwendete, die dort aufgrund der wesentlich größeren Forstbezirke und des höheren Gemeindewaldanteils zusätzlich im Außendienst eingesetzt werden konnten.

Eine Episode besonderer Art bedeutete für die württembergische Forstverwaltung der Aufbau einer speziellen Organisation für die Betreuung des kleinen Privatwalds. Nach Auflösung der Waldbesitzerverbände und der Landwirtschaftskammern wurde diese Aufgabe im Jahre 1934 dem **Reichsnährstand** übertragen, der in der Spitze aus dem Verwaltungsamt des Reichsbauernführers und in den Mittelstellen aus 22 Landesbauernschaften bestand. Beide Instanzen verfügten über Forstabteilungen, die forstfachlich selbständig waren. Auch in der Unterstufe schuf sich der Reichsnährstand eine eigene Forstorganisation, die unabhängig von den Landesforstverwaltungen arbeitete. Die Landesbauernschaft Württemberg verfügte in ihrem Bereich über 4 Forstämter – Biberach, Crailsheim, Horb und Stuttgart – mit 20 Bezirksförstern. Generell war die Forstverwaltung des Reichsnährstands ausschließlich für die Beratung und Betreuung des Bauern- und sonstigen Kleinprivatwalds

zuständig, während die Forstaufsicht bei den Landesforstverwaltungen verblieb. Da der Reichsbauernführer nicht dem Reichsforstamt unterstand, war für die Forstaufsicht sowie die Beratung und Betreuung des Privatwalds jeweils ein durchgehend getrennter Verwaltungsapparat vorhanden. Diese Arbeitsteilung bewährte sich indessen nicht. Vor allem in den süddeutschen Ländern, wo sich die Forstverwaltungen seit Beginn des 20. Jahrhunderts nicht nur forstpolizeilich, sondern auch fördernd um den Bauernwald zu kümmern begannen, kam es zu Spannungen mit den staatlichen Fachbehörden, zumal das weitmaschige Organisationsnetz des Reichsnährstands eine ortsnahe Betreuung sehr erschwerte. Außerdem machte die Verteilung der Holzumlagen die neuen Organe bei den Waldbesitzern unbeliebt. In Berlin entschloß man sich daher im Jahre 1941, die Forstverwaltung des Reichsnährstands aufzugeben und im ganzen Reich die Beratung und Betreuung des Privatwalds den staatlichen Forstämtern zu übertragen. In Württemberg wurde die Forstorganisation des Reichsnährstands im Zuge dieser Umstellung am 1. 10. 1943 aufgehoben und damit die Einheitsverwaltung wiederhergestellt.⁴³⁸⁾ Die Forstdirektion erhielt zum gleichen Zeitpunkt eine eigene Abteilung für Privatforsten. Die Forstbeamten und Angestellten des Reichsnährstands wurden zunächst gegen Kostenerstattung an die Landesforstverwaltungen abgeordnet und nach Kriegsende in den Staatsdienst übernommen. Die wenigen Jahre der Wirksamkeit des Reichsnährstands blieben die einzige Periode der württembergischen Forstgeschichte, in der das Organisationsprinzip des Einheitsforstamts durchbrochen wurde. Auf der anderen Seite erhielt durch diesen Vorgang der Gedanke einer Förderung des Kleinprivatwalds durch die staatliche Forstverwaltung neuen Auftrieb, so daß der forstpolizeiliche Aspekt immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde. Diese Entwicklung gab Anlaß zu der Überlegung, den Bauernwald stärker als bisher in der Organisation der Bezirksverwaltung zu berücksichtigen, da vor dem Aufbau des Reichsnährstands der Arbeitsaufwand auf diesem Gebiet sehr gering gewesen war. Aus diesem Grund arbeitete das Reichsforstamt einen Organisationsplan aus, der auf reichseinheitlicher Basis eine Neueinteilung der Forstbezirke vorsah, dessen Verwirklichung aber durch die Kriegsergebnisse verhindert wurde.⁴³⁹⁾

4. Ausbildungs- und Prüfungswesen

Schon vor Beginn des ersten Weltkriegs war eine anhaltende Diskussion über die Notwendigkeit einer Flurbereinigung der forstlichen Hochschulausbildung in Süddeutschland geführt worden, weil sich herausstellte, daß die Länder Baden, Hessen und Württemberg auf Dauer nicht in der Lage waren, ihrem Nachwuchs im eigenen Bereich einen zeitgemäßen Hochschulunterricht zu bieten. Bei der Tagung des Deutschen Forstvereins in Straßburg 1907 wurde daher vorgeschlagen, eine neue Ausbildungsstätte in Heidelberg oder Freiburg zu errichten, dafür aber die Lehrtätigkeit an den Universitäten Gießen und Tübingen sowie an der Technischen Hochschule Karlsruhe einzustellen. Wegen der zunächst ablehnenden Haltung Badens konnte jedoch erst 1919 eine Einigung über die heftig umstrittene Standortfrage herbeigeführt werden. Nachdem Hessen seine Kooperationsbereitschaft aufgegeben hatte, setzte sich Baden mit seinem Vorschlag Freiburg gegen Württemberg durch, wo sich Forstverwaltung und Forstbeamtenschaft wegen der günstigeren Lage nachdrücklich für Heidelberg ausgesprochen hatten.⁴⁴⁰⁾

Die Verlegung des forstlichen Hochschulunterrichts von Tübingen nach Freiburg zum 1. 4. 1920 machte eine Neufassung der Prüfungsordnung erforderlich, die aber keine wesentlichen materiellen Änderungen brachte.⁴⁴¹⁾ Mindeststudiendauer, Vorprüfung und

⁴³⁸⁾ Rd. Erl. des Reichsforstmeisters vom 4. 4. 1943 (Reichsministerialblatt der Forstverwaltung 1943 S. 124) und Erlaß der Forstdirektion XVI Nr. 38734 vom 24. 6. 1943.

⁴³⁹⁾ Der Organisationsplan sah für Württemberg 110 Forstämter vor und ging von einem Reduktionsfaktor von 1,0 für den Staatswald, von 0,8 für den Körperschaftswald und von 0,3 für den Kleinprivatwald aus.

⁴⁴⁰⁾ Universität, Waldbesitzerverband, Staatsforstbeamtenverein und die Vereinigung der Forststudenten hatten sich in diesem Sinne geäußert.

⁴⁴¹⁾ Verordnung vom 1. 7. 1920 (Reg. Bl. 1920 S. 334).

numerus clausus wurden beibehalten. Neu war jedoch die Einführung einer praktischen Vorlehre, die jeweils zur Hälfte vor Beginn des Studiums und während der Vorsemester abzuleisten war.

Der Vorbereitungsdienst erfuhr in diesem Zusammenhang ebenfalls eine Neuregelung.⁴⁴²⁾ Die Forstreferendare wurden während dieser Zeit 6 – 12 Monate mindestens 2 Forstämtern zugeteilt, von denen eines im Nadelholzgebiet des Schwarzwalds, des Nordostlands oder Oberschwabens, das andere im Laubholzgebiet des Unterlands oder der Alb liegen sollte. Weitere 4 Monate wurden die Forstreferendare bei der Forstdirektion im Kanzleidienst und als Hilfskräfte der Berichterstatter beschäftigt. Erstmals waren jetzt auch Referendarkurse (z. B. in der Forsteinrichtung) vorgesehen. Die Dauer des Vorbereitungsdienstes blieb mit 2 1/2 Jahren unverändert.

Diese Bestimmungen blieben in Kraft, bis 1937 die Ausbildung des höheren Forstdienstes im Deutschen Reich vereinheitlicht wurden.⁴⁴³⁾ Die neuen Regelungen, die stark von zeitbedingten Elementen geprägt waren und die Befugnis zur Zulassung dem Reichsforstamt übertrugen, wurden durch eine Studien- und Prüfungsordnung sowie durch Ausbildungsvorschriften vom 31. 1. 1940 ergänzt. Die Entscheidung über die Anwartschaft fiel jetzt bereits vor Beginn des Studiums, das auf 7 Semester (3 Vor- und 4 Fachsemester mit zwischengeschalteter Vorprüfung) festgesetzt war. Die Große Staatsprüfung fand nach der 2 1/2-jährigen Vorbereitungszeit (12 monatiger Forstamtsdienst einschließlich 3 – 4 monatigem Revierförsterdienst, 6 – 7 Monate Forsteinrichtung, 3 monatiger Dienst an einer höheren Forstbehörde, 4 – 5 Monate Reisezeit, 4 – 5 Monate Vorbereitungszeit) vor dem Reichsprüfungsausschuß für den höheren Forstdienst statt. Die praktischen Auswirkungen dieser Bestimmungen blieben allerdings gering, da eine reguläre Ausbildung im Kriege kaum mehr möglich war.

5. Betriebsdienst

Sowohl die soziale Lage als auch die dienstliche Stellung des unteren Forstpersonals hatte sich bis zum Ende des ersten Weltkriegs kaum verändert, obwohl im Aufgabenbereich eine grundlegende Wandlung eingetreten war. Auch die Neuordnung der Forstorganisation war an den Forstwarten spurlos vorüber gegangen. Die zunächst fast zaghaften Versuche ihrer Standesorganisation, Verbesserungen herbeizuführen, hatten bei der Forstdirektion kaum Gehör befunden. Um die daraus resultierenden Folgen verständlich zu machen, ist es erforderlich, diese Situation an einigen Beispielen zu verdeutlichen.⁴⁴⁴⁾ Ganz offensichtlich konnte von einem Mitarbeiterverhältnis zu jener Zeit weithin keine Rede sein. Nur in einigen Forstbezirken war es üblich, das untere Forstpersonal mit »Herr« anzusprechen. Obwohl bereits 1907 diese Anrede zumindest in Anwesenheit Dritter gefordert wurde, verfügte das Finanzministerium erst 1919 eine entsprechende allgemeine Anweisung. Darüber hinaus ließ die Behandlung der Forstwarte durch ihre Vorgesetzten teilweise sehr zu wünschen übrig; vor allem über den Kasernenhofen der jungen und jüngsten Forstamtsvorstände wurde geklagt.⁴⁴⁵⁾ Am störendsten empfand man jedoch die überlebten militärischen Formen, die trotz des Übergangs vom Forstschutz- zum Betriebsdienst krampfhaft am Leben erhalten worden waren. Noch immer hielt der »Kommandeur der Forstwache« oder sein Stellvertreter Musterungen ab, bei denen die Forstwarte wie Rekruten ihre Bekleidungs- und sonstigen Montierungsgegenstände vorzuzeigen und Rügen ohne Gegenrede hinzunehmen hatten. Außerdem diente diese Gelegenheit wie in früheren Zeiten dazu, das untere Forstpersonal über die Dienstvorschriften und das Forst- und Jagdrecht zu

⁴⁴²⁾ Verfügung des Finanzministeriums vom 10. 7. 1922 (Amtsblatt 1920 S. 121).

⁴⁴³⁾ Verordnung vom 11. 10. 1937 (RGBl. I S. 1129). Eine Novellierung der württembergischen Prüfungsordnung vom 15. 6. 1936 hatte zuvor eine Anpassung an die im Dritten Reich gegebenen Verhältnisse vorgenommen.

⁴⁴⁴⁾ Die folgenden Mitteilungen und Zitate sind überwiegend der Försterzeitschrift »Echo vom Walde« sowie einschlägigen Erlassen der Forstdirektion entnommen.

⁴⁴⁵⁾ Im Jahre 1919 wird die Behandlung als teilweise gut, teilweise erträglich und teilweise schlecht bezeichnet. Die Zeiten, in denen die Forstwarte mit Puffen bedacht und als »Dippel, Tor und Schautürke« bezeichnet wurden, waren nach dem 1. Weltkrieg jedoch offenbar vorbei (»Echo vom Walde« 1919 S. 24).

examinieren. In diesen Bereich gehörten auch die Verpflichtung zur Führung eines Dienstbuchs mit täglichem Nachweis der ausgeführten Tätigkeiten sowie die Erweisung von militärischen Ehrenbezeugung gegenüber Vorgesetzten. Auf zunehmende Kritik stieß ferner die Bestimmung der Dienstanweisung, daß die Forstwarte zur Pachtung von Jagden nicht berechtigt waren, andererseits jedoch die Forstamtsleiter in deren Privatjagden zu unterstützen und alle auf den Regiejagden erbeuteten Trophäen an sie abzuliefern hatten.

Das Verhältnis zwischen Forstakademikern und unterem Forstpersonal wird schlaglichtartig sichtbar an der Art und Weise, wie die Forstdirektion auf die Anliegen der Forstwarte reagierte. Auf eine Eingabe vom Jahr 1914, die eine generelle statt der bisher nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Forstamts möglichen Zulassung der bürgerlichen Kleidung außerhalb des Dienstes zum Ziel hatte, wurde erklärt: »Bei jeder Gelegenheit werden Klagen über die unzureichenden Bezüge der Forstwarte laut. Zur Beschaffung der jedenfalls das äußere Ansehen nicht erhöhenden bürgerlichen Kleidung scheint es aber an den erforderlichen Mitteln nicht zu fehlen.« (Erlaß vom 4. 4. 1914). Die Ablehnung des mit derselben Eingabe vorgebrachten Wunsches, zur Unterscheidung von den Uniformen anderer Verwaltungen die Metallknöpfe durch (dem Dienstanzug des höheren Forstdienstes vorbehaltene) Hornknöpfe zu ersetzen, wurde mit der Bemerkung verbunden, daß »neuerdings gewisse Elemente in der Forstwache vorhanden zu sein scheinen, die mit allen möglichen Vorwänden bestrebt sind, an den bestehenden Einrichtungen zu rütteln«. Ein Antrag auf Verlängerung des Erholungsurlaubs war 1908 mit der Feststellung beantwortet worden, »es werde zunächst davon auszugehen sein, daß das Bedürfnis nach einem Erholungsurlaub gerade für Forstwarte bei der Natur ihres Dienstes verhältnismäßig wenig hervortreten sollte«. (Erlaß vom 18. 7. 1908)⁴⁴⁶⁾

Das fundamentale Anliegen der Forstwarte bestand jedoch in der Anerkennung des unteren Forstpersonals als Mitbewirtschafter des Waldes, woraus die Forderung nach einer Umgestaltung der Ausbildungspraxis abgeleitet wurde. Der äußere Anlaß war durch die Tatsache gegeben, daß die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht nach dem Ende des ersten Weltkriegs dem bisherigen System den Boden entzogen hatte, weil der Nachschub von Unteroffizieren aufhörte. Die Forstwarte verlangten nunmehr den Übergang zur **Forstlehrlingsausbildung**. Sie vertraten die Auffassung, daß bei einem Eintritt in die Berufswelt im Alter von 25–30 Jahren der Schwerpunkt mehr im Verdienen als im Lernen liegen müsse. Die volle Integration in den Forstbetrieb begründete nach ihrer Meinung die Notwendigkeit einer Intensivierung sowohl der praktischen als auch der schulischen Ausbildung, die bisher lediglich in einer 3monatigen »Parforce-Dressur« bestanden hatte. Im Anhalt an den Ausbildungsgang in anderen deutschen Ländern wurde deshalb eine etwa mit dem 16. Lebensjahr beginnende Lehrzeit und der mindestens einjährige Besuch einer Forstschule gefordert. Im übrigen war man davon überzeugt, daß die selbständige Durchführung des Betriebsvollzugs durch die allgemeine Einführung der Bezeichnungen »Förster« statt »Forstwart« und »Revier« statt »Hut« zum Ausdruck gebracht werden müsse.⁴⁴⁷⁾

Alle diese Forderungen waren im Ansatz bereits vor dem Ausbruch des ersten Weltkriegs geltend gemacht worden, ohne daß dies zu sichtbaren Erfolgen geführt hatte. Die revolutionären Ereignisse von 1918 und der Übergang von der Monarchie zum »Volksstaat« mußte auf diesem Hintergrund den Durchbruch der angestauten Reformbestrebungen zur Folge haben. Das untere Forstpersonal, das den 9. November 1918 als seinen »Erlösertag«

⁴⁴⁶⁾ Ein Rechtsanspruch auf Erholungsurlaub wurde dem unteren Forstpersonal erst durch die Dienstanweisung 1911 eingeräumt. Er betrug jährlich 10 Tage einschließlich der Sonn- und Feiertage, die erst seit 1923 nicht mehr angerechnet wurden (Erlaß vom 19. 7. 1923).

⁴⁴⁷⁾ Wie sehr die Forstschutzfunktion in den Hintergrund getreten war, zeigt die Entwicklung der im Staatswald angezeigten Verfehlungen gegen das Forststraf- und Forstpolizeigesetz:

1881: 3 712 Straffälle

1902: 2 308 Straffälle

1918: 987 Straffälle

1930: 1 073 Straffälle

1934: 551 Straffälle (d. h. nur noch 1 Straffall je Dienstbezirk).

Die 1934 letztmals veröffentlichte Statistik gliedert die 551 Straffälle folgendermaßen auf:

204 Holzdiebstähle

66 Diebstähle an anderen Walderzeugnissen

17 Forstbeschädigungen

20 Weideübertretungen

244 Verfehlungen gegen das Forstpolizeigesetz.

betrachtete, war voller Zuversicht, daß nun endlich seine Anliegen Beachtung finden und der »bleierne Druck«, der auf ihm lastete, von ihm genommen werden würde. Offenbar waren unmittelbar nach Kriegsende von den führenden Vertretern der Forstverwaltung auch Äußerungen gemacht worden, die zu solchen Hoffnungen berechtigten. In einer Eingabe vom 25. 3. 1919 trug der Verein württembergischer Förster seine Wünsche dem Finanzministerium in 23 Punkten vor und gab damit den Auftakt zu einer Bewegung, die mit der Emanzipation des Försterstandes enden sollte.

Im wesentlichen ging es um folgende Forderungen:

- Neubearbeitung der Dienstvorschriften;
- bessere Behandlung durch die Vorgesetzten;
- Abschaffung der militärischen Organisation einschließlich des Kommandos der Forstwache;
- Abschaffung der Musterungen;
- Abschaffung der Dienstbücher;
- Abschaffung der Schreibhilfe sowie aller Schreiberei, soweit diese nicht zum eigentlichen Dienst gehörte;
- Vernichtung der Strafakten;
- öffentliches Ausschreiben der frei gewordenen Stellen im Staatsanzeiger;
- Bekanntmachung der Dienstübertragungen im Staatsanzeiger;
- allgemeine Einführung der Dienstbezeichnung »Förster«;
- Benennung des Dienstbezirks mit »Revier«;
- allgemeine Anerkennung des Rechts, Jagden zu pachten oder an Jagdpachten teilzunehmen;
- Aufhebung der Pflicht zur Jagdausübung in den Pachtjagden der Staatsforstbeamten;
- Regelung des Jägerrechts in der Weise, daß Aufbruch und Geweih dem Erleger zukommen;
- Erhöhung des Gehalts;
- Einführung grüner Hornwappenknöpfe;
- Verbesserung der Wohnungsverhältnisse durch Einführung weiterer Dienstwohnungen;
- Umgestaltung des Ausbildungs- und Anwärtersystems.

Die Forstdirektion, an die das Finanzministerium die Eingabe weiterleitete, war nur widerstrebend zu minimalen Konzessionen bereit. Im Jahre 1920 erfolgte die Abschaffung der Musterungen und die Einführung einer Grußpflicht anstelle der Ehrenbezeugungen.⁴⁴⁸⁾ Außerdem wurde das »Kommando« in »Leitung« der Forstwache umbenannt, doch beharrte man weiterhin auf der von den Forstwarten als diskriminierend empfundenen Bezeichnung »Hut«. Ein Jahr später erließ die Forstdirektion die Bestimmung, daß die Verwendung des unteren Forstpersonals auf den Pachtjagden der Forstbeamten des höheren Dienstes nur noch im gegenseitigen Einvernehmen gegen Bezahlung erfolgen könne und 1922 wurde die öffentliche Ausschreibung der Forstwart- und Försterstellen verfügt. Die Allgemeinen Dienstvorschriften von 1925 beseitigten schließlich auch die Privilegien der Forstmeister hinsichtlich des Bezugs des Jägerrechts und der Jagdpacht. Im gleichen Jahr wurden ferner die bisher nur dem höheren Forstdienst zur Verfügung stehenden Fortbildungsmöglichkeiten insofern auf den unteren Forstdienst ausgedehnt, als die Forstwarte und Förster ebenfalls eine jährliche Lehrwanderung durchführen konnten, deren Kosten allerdings von den Teilnehmern zu tragen waren.

In den Kernfragen gab es jedoch keine Zugeständnisse. An der unnachgiebigen Haltung änderte sich auch nichts, nachdem Wagner 1920 die Leitung der Forstverwaltung übernommen hatte. In einer Rede vor dem Landtag am 25. 2. 1921 bezeichnete er die Rekrutierung des unteren Forstdienstes aus den Holzhauern als eine Grundvoraussetzung für die Ausbildung der Forstwarte und Förster, auf die nicht verzichtet werden könne. Die Forstdirektion ließ sich bei ihrer konsequenten Ablehnung des Forstlehrlingssystems nach preußischem Muster von der Erwägung leiten, daß

- eine handwerksmäßige und praxisorientierte Ausbildung den Bedürfnissen des Dienstes entspreche, weil die Anleitung und Beaufsichtigung der Waldarbeiter der wesentliche

⁴⁴⁸⁾ Ehrenbezeugungen und Grußpflicht bestanden gleichermaßen im Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung, doch entfiel bei der Grußpflicht die für die Ehrenbezeugungen vorgeschriebene »gerichtete Haltung« (Strammstehen). Im Jahre 1938 wurde das Grüßen durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung verboten und durch den »deutschen Gruß« ersetzt (Erlaß des Reichsforstamts vom 18. 11. 1938).

Inhalt des Berufsbilds eines Forstwarts bzw. Försters darstelle,

- der Eintritt in den Dienst mit 16 Jahren keine Möglichkeit biete, die körperliche Eignung für den Forstdienst zuverlässig zu beurteilen,
 - die Voraussetzung einer abgeschlossenen Berufsausbildung eine bessere Auswahl und die Ausscheidung ungeeigneter Bewerber gestatte,
 - das Erfordernis der mittleren Reife den Söhnen armer Familien den Weg zum Forstberuf versperre und
 - die Einrichtung einer Forstschule mit einjährigem Unterricht hohe Kosten verursache.
- Wagner hielt auch eine Erweiterung des Wissens im Sinne einer Einbeziehung nicht unmittelbar praxisbezogener Fächer (Geologie, Botanik) für schädlich, so daß für ihn nur eine Vertiefung der Volksschulbildung als Ausgleich für den weggefallenen Kapitulantenunterricht in Frage kam. Seine öffentlichen Äußerungen, die alle Hoffnungen auf eine Kursänderung der Forstdirektion jäh enttäuschten, wirkten auf das untere Forstpersonal wie ein Fanal und lösten in Württemberg den **Försterkrieg** aus, der die Forstverwaltung jahrelang erschütterte.

Besonders übel wurde Wagner die Behauptung genommen, der untere Forstdienst rekrutiere sich zu 72,5 % aus Holzhauern, zu 22,5 % aus Handwerkern und Arbeitern und nur zu 5 % aus dem Försterstand. Aufgrund einer Umfrage kam der Försterverein zum Ergebnis, daß von den 565 Forstwarten und Förstern 37 gelernte Gärtner, 48 behelfsmäßig vorgebildete Forstgehilfen, 102 Landwirte und Weingärtner, 156 Handwerker, 7 Fabrikarbeiter und nur 31 Berufsholzhauer gewesen waren, während 134 aus verschiedenen anderen Berufen stammten.

Die Auseinandersetzungen nahmen jetzt eindeutig klassenkämpferische und sozialrevolutionäre Züge an. Das Försterblatt »Echo vom Walde« entwickelte sich unter seinem Schriftleiter, der unter dem Pseudonym »Privatjäger« in ungewöhnlich aggressiver Form den Ton angab, zu einem Kampfinstrument gegen die Forstakademiker.⁴⁴⁹⁾ Man war davon überzeugt, daß die »Niederhaltung des Försterstands« nicht von sachlichen, sondern von standespolitischen Gesichtspunkten bestimmt war. Dieser Verdacht bestand insofern nicht zu Unrecht, als die Forstdirektion und der Verein der Staatsforstbeamten in der Berücksichtigung der vom unteren Forstpersonal erhobenen Forderungen eine Rückkehr zum alten Revierförstersystem sahen, weshalb auch die Bezeichnung »Revier« statt »Hut« kategorisch abgelehnt wurde. Auf der anderen Seite waren die wiederholten Versicherungen der Forstwarde, sie betrieben mit ihren Plänen nicht den Aufstieg in den mittleren Dienst, vordergründig taktisch motiviert.⁴⁵⁰⁾ In Wirklichkeit stand hinter den Bildungsbestrebungen der Wunsch, den sozialen Status zu verbessern.⁴⁵¹⁾

Angesichts der harten Interessengegensätze und der psychologisch verfahrenen Situation mußten alle Einigungsversuche scheitern. Sie wurden vor allem im sogenannten Forstfachausschuß des Finanzministeriums unternommen, der als Teil der im Zuge der Demokratisierung des öffentlichen Lebens in allen staatlichen Verwaltungen eingerichteten Beamtenausschüsse aus Vertretern des höheren und unteren Forstdienstes zusammengesetzt war. Beide Seiten waren in diesem Gremium durchaus verständigungsbereit. Die zentralen Forderungen der Forstwarde und Förster stießen aber auch hier auf den entschiedenen Widerstand der Forstakademiker. Auf diese Weise kam es zum offenen Bruch, der zur Beendigung der Zusammenarbeit des höheren und unteren Forstdienstes im Forstfachausschuß und damit bei den Ständesorganisationen zu entsprechenden Reaktionen führte. Der Försterverein war dabei in der Wahl seiner Mittel keineswegs wählerisch. Es wurde

⁴⁴⁹⁾ Beim »Privatjäger« handelte es sich um den Realschullehrer Behringer.

⁴⁵⁰⁾ Der mittlere Dienst der zwanziger Jahre ist nicht identisch mit dem heutigen mittleren Dienst, da der Mittelbau zwischen unterem (heute einfachem) und höheren Dienst noch nicht geteilt war. Er entsprach in den Anforderungen (mittlere Reife) dem früheren gehobenen Dienst.

⁴⁵¹⁾ Die wirtschaftliche Situation der Forstwarde geht u. a. aus der Tatsache hervor, daß sie ihren Lebensunterhalt größtenteils durch landwirtschaftlichen Nebenerwerb zu verbessern suchten. Im Jahre 1923 wurden nach Angaben von Präsident Wagner im Finanzausschuß des Landtags vom unteren Forstpersonal 4 Pferde, 188 Kühe und »nur« 130 Ziegen und Schafe gehalten, was er als Hinweis auf auskömmliche Lebensverhältnisse wertete (Echo vom Walde 1923/7).

nicht nur dazu aufgerufen, Material über Mißgriffe und Versäumnisse der Vorgesetzten zu sammeln und es dem »Privatjäger« zur Verfügung zu stellen, sondern auch mit der Veröffentlichung für den Fall gedroht, daß die wichtigsten Forderungen nicht bis zu einem bestimmten Termin erfüllt würden. Vor allem aber bediente man sich jetzt eines Vokabulars, das die von Anstand und Geschmack gezogenen Grenzen überschritt. So war nicht nur von »hartherzigen, dünelhaften Forstpaschas«, »akademischer Vernichtungswut«, »Stuttgarter Försterfressern« und »forstakademischen Gegnern« die Rede, sondern es wurde sogar der Ruf »an die Gewehre« laut. Die Forstwerte und Förster gingen allerdings nur verbal zum Angriff über und verlangten die Abschaffung der Zwergforstämter, den Abbau der Forstamtmannstellen, die Verlegung der Forstamtssitze aus den Städten in die Dienstbezirke und Kosteneinsparungen bei der (angeblich bis zu 70 % Privatzwecken dienenden) Pferde- und Autohaltung. Wagner lehnte es unter diesen Umständen im Herbst 1922 ab, an der Hauptversammlung des Förstervereins teilzunehmen oder einen Vertreter zu entsenden.

Allmählich wurde jedoch allen Verantwortlichen klar, daß diese Selbstzerfleischung nicht mehr lange fortgeführt werden konnte. Bereits im Mai 1922 hatte Finanzminister **Dr. Schall** beide Gruppierungen zu getrennten Besprechungen empfangen, um mäßigend auf sie einzuwirken. Die entscheidende Wende brachte schließlich eine 10stündige Verhandlung des als Untersuchungsausschuß tagenden Finanzausschusses am 12./13. 1. 1923 mit Vertretern der Forstdirektion sowie der beiden Landesorganisationen. Diese ausführliche und freimütige Diskussion, in deren Verlauf auch das von den Forstwerten und Förstern gesammelte Material auf den Tisch kam, führte zu einer Auflockerung der verhärteten Fronten, wobei einerseits die Forstdirektion ein Entgegenkommen in der Ausbildungsfrage andeutete, andererseits die Führung des Förstervereins der Wiederbelebung des Revierförstersystems eine Absage erteilte und sogar vorsichtige Selbstkritik an ihrer Kampfweise übte. Sowohl die Rechtsparteien, die im wesentlichen die Position der Forstdirektion unterstützten, als auch das Zentrum und insbesondere die SPD, die Verständnis für die Anliegen des unteren Forstpersonals zeigten, drängten auf eine Beendigung der dem Ansehen der Forstverwaltung abträglichen Streitigkeiten.⁴⁵²⁾ Auf diese Weise kam es zu folgendem Beschluß des Landtags:⁴⁵³⁾

- »1. Der Landtag billigt die Erklärung der Regierung, nach welcher eine bessere Ausbildung des unteren Forstpersonals unter Berücksichtigung der praktischen Berufsausübung durchgeführt werden soll. Der Landtag hält insbesondere eine angemessene Ausdehnung der Ausbildungskurse für zweckmäßig.
2. Die Stellen im Kanzleidiensnt sollen in erster Linie besonders befähigten Forstwerten zugänglich gemacht werden.
3. Die Dienstanweisungen sind einer Durchsicht zu unterziehen und es ist dafür zu sorgen, daß ein leistungsloses Zusammenarbeiten der gesamten Forstbeamtenschaft gewährleistet ist.
4. Der Landtag spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die in Versammlungen oder in der Presse zum Austrag gelangenden Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Forstbeamtenschaft aller Grade von persönlichen Angriffen freigehalten und dem gemeinsamen staatlichen Dienstinteresse untergeordnet werden.«

Das praktische Ergebnis der parlamentarischen Verhandlungen schlug sich in neuen Ausbildungsvorschriften nieder, die allerdings nur geringfügige Fortschritte im Sinne des unteren Forstpersonals brachten.⁴⁵⁴⁾ Die Forstdirektion hatte sich im Landtag mit ihrer Ablehnung des preußischen Forstlehrlingssystems durchgesetzt. Sie verweigerte auch die Einführung zeitgemäßer Bezeichnungen, so daß die »Hutsbeamten« in ihrer Gesamtheit immer noch die »Forstwache« bildeten, die sich aus Waldarbeitern oder Angehörigen ver-

⁴⁵²⁾ Keine Sympathie für die Lage des unteren Forstpersonals ließen dagegen die Kommunisten erkennen. Ihr Sprecher Müller vertrat die Auffassung, daß es sich um einen Streit zwischen Offizieren und Unteroffizieren handle und erklärte: »Es ist falsch, wenn von irgendeiner Seite geglaubt wird, daß diese Forstwerte etwa revolutionär seien. Das sind ausgezeichnete Spielbürger, die vor der Staatsautorität auf dem Bauche rutschen.« (Sitzung des Landtags vom 7. 2. 1923, Prot. S. 4273). Dagegen hatte sich 1919 Klara Zetkin als Abgeordnete der Unabhängigen Sozialisten sehr engagiert für das untere Forstpersonal eingesetzt.

⁴⁵³⁾ Beilage 1000 vom 31. 1. 1923 (S. 183).

⁴⁵⁴⁾ Erlaß vom 9. 4. 1923 (Amtsblatt S. 105).

wandter Berufe wie Landwirten, Gärtnern, Weingärtnern, Zimmerleuten oder Schreincrn rekrutierte. Die Neuerungen beschränkten sich daher auf eine Herabsetzung des Einstellungsalters und die Verlängerung der Ausbildungskurse.

Im einzelnen war der Ausbildungsgang jetzt so geregelt, daß weiterhin gute Volksschulbildung, lediger Stand, gesunder und kräftiger Körperbau und gute natürliche Geistesanlagen als ausreichend angesehen wurden, von den Walдарbeitern aber künftig eine mindestens 3jährige Tätigkeit mit jeweils etwa 200 Arbeitstagen und von den übrigen Bewerbern eine mindestens 2jährige zusätzliche Tätigkeit als Holzhauer mit jeweils etwa 120 Arbeitstagen nachgewiesen werden mußte. In der Praxis wirkten sich diese Bestimmungen so aus, daß die Interessenten als sogenannte Voranwärter 5-7 Jahre im Wald arbeiteten, sofern sie keine Handwerkslehre absolvierten, und dann im Alter von etwa 23 Jahren zur Vorprüfung zugelassen wurden, die aber wegen des starken Andrangs von vielen Bewerbern nicht bestanden werden konnte, so daß sie in diesem Falle Walдарbeiter blieben oder sich nach einem anderen Beruf umsehen mußten. Bei erfolgreicher Ablegung der Vorprüfung begann mit der Ernennung zum Forstanwärter die Lehrzeit, die fast ausschließlich in der praktischen Beschäftigung mit allen Betriebsarbeiten bestand. Zur Erreichung eines optimalen Ausbildungseffekts legte man nicht nur Wert auf den Einsatz im gleichen Forstamt, sondern suchte sogar den Wechsel der Holzhauerpartie zu vermeiden. Im Laufe des 2. oder 3. Lehrjahrs hatte der Forstanwärter eine Prüfung abzulegen, mit der er seine Befähigung als Vorarbeiter nachweisen mußte. Nach einem 2monatigen Lehrgang mit anschließender Prüfung erfolgte die Ernennung zum Forstpraktikanten II. Klasse, worauf die Lehre wieder 2 Jahre fortgesetzt wurde. In dieser Zeit waren außerdem 2 Monate als Schreibhilfe in einer Forstamtskanzlei zu verbringen. Die Ausbildung endete mit einem 3monatigen 2. Lehrgang, der ebenfalls mit einer Prüfung abschloß. Als Forstpraktikant I. Klasse erfolgte die unplanmäßige Verwendung als Stellvertreter eines Hutsbeamten oder Forstschreiber bis zur planmäßigen Anstellung.

Obwohl der untere Forstdienst mit diesen Vorschriften seinem Ziel nur ein kleines Stück näher gerückt war, führte die parlamentarische Initiative des Jahres 1923 das Ende des Försterkriegs herbei. Die Leitung des Förstervereins hatte erkannt, daß den Interessen der Forstwardte und Förster mit den bisher angewandten Methoden nicht gedient war. Man zog aus dieser Einsicht schließlich auch die notwendigen Konsequenzen. Der »Privatjäger« schied aus der Redaktion des »Echo vom Walde« aus, das Ende 1924 sein Erscheinen ganz einstellte und im »Deutschen Förster« aufging. Im gleichen Jahr übernahm der auf Ausgleich bedachte Förster **Baß** anstelle des bisherigen Vorsitzenden **Klein** die Führung des Förstervereins und leitete damit eine neue Periode der Försterbewegung in Württemberg ein.

Die vom unteren Forstpersonal verfolgten Ziele waren damit jedoch keineswegs aufgegeben. Ausdrücklich wurde erklärt, der Kampf um die Einführung des Forstlehrlingssystems gehe weiter, bis der letzte Förster in die Grube sinke. Der Försterverein strebte jetzt auch offen die Überführung der Forstwardt- und Försterlaufbahn in den mittleren Dienst an. Die Wellen der Erregung legten sich aber zunehmend, so daß sich die Auseinandersetzungen bald wieder in normalen Bahnen bewegten. Die Forstdirektion leistete allerdings allen Reformbestrebungen nach wie vor inhaltenden Widerstand. Zwar wurden die Besoldungsverhältnisse verbessert mit der Folge, daß die Hälfte des unteren Forstpersonals den Titel »Förster« erhalten konnte, doch rang man sich immer noch nicht dazu durch, den Dienstbezirken eine angemessene Bezeichnung zu verleihen. Die Allgemeinen Dienstvorschriften von 1925 unternahmen in dieser Beziehung einen letzten krampfhaften Versuch, das Rad der Entwicklung aufzuhalten. Sie faßten Forstwardte und Förster unter dem Begriff »Forsteibeamte« zusammen und ersetzten dementsprechend die unhaltbar gewordene Bezeichnung »Hut« durch »Forstei«.⁴⁵⁵ Es ist daher durchaus verständlich, daß neue Bemühungen einsetzen, um den Landtag zu einer politischen Entscheidung zu veranlassen. Erheblichen Auftrieb erhielten diese Bestrebungen durch die Einführung des Forstlehrlingssystems mit einjähriger Forstschulzeit in Hessen im Jahre 1925. Eine Eingabe des Förstervereins vom 3. 3. 1926 führte dann auch 1927 zu einem Parlamentsbeschluß, der die Aufforderung an die Regierung enthielt, für alle planmäßigen unteren Forstbeamten die

⁴⁵⁵) Erlaß vom 3. 3. 1925.

Amtsbezeichnung »**Förster**« und für die Dienstbezirke den Begriff »**Försterei**« einzuführen. Der Übergang zum Forstlehrlingssystem konnte allerdings trotz der Unterstützung dieser Forderung durch Zentrum und SPD wiederum nicht durchgesetzt werden, weil die Mehrheit des Landtags der Meinung war, aus dienstlichen und sozialen Gründen seien gesteigerte Bildungsansprüche des unteren Forstpersonals abzulehnen. Immerhin erhielt aufgrund dieser parlamentarischen Initiative das gesamte untere Forstpersonal im Jahre 1928 den Förstertitel. Außerdem erfolgte zumindest in formaler Hinsicht eine besoldungsmäßige Gleichstellung mit den Landjägern und damit in den Spitzenstellen eine Verzahnung mit dem mittleren Dienst. Im übrigen änderte sich aber wenig, wenn man davon absieht, daß im Jahre 1929 mit dem Ersatz der Bezeichnung »Leitung der Forstwache« in »Leitung des Förstereidienstes« die letzte Erinnerung an die militärische Vergangenheit des unteren Forstpersonals verschwand und die inzwischen vollzogene Normalisierung der Dienstverhältnisse endlich auch im Firmenschild ihren Ausdruck fand.⁴⁵⁶⁾ Zu weitergehenden Zugeständnissen sah die Forstdirektion umso weniger Veranlassung, als der Andrang von Bewerbern so zunahm, daß 1927 der Zugang zum unteren Forstdienst wegen Überfüllung der Laufbahn gesperrt werden mußte.

Eine erneute Klimaverschlechterung trat zu Beginn der dreißiger Jahre im Zusammenhang mit dem Gutachten des Reichssparkommissars ein, das die intensive württembergische Waldwirtschaft hauptsächlich den Forstamtsvorständen zuschrieb. In der Feststellung, daß »das zur Verfügung stehende Vollzugspersonal keine sehr tiefgreifende Fachausbildung, sondern nur eine seinen besonderen Aufgaben entsprechende mehr handwerksmäßige Ausbildung« besitze und deshalb die Betriebsleiter zur Arbeit »am Objekt« genötigt seien, sahen die Förster nicht nur eine Verkennung der Realität, sondern auch einen Beweis für die Mißachtung ihrer Tätigkeit. Sie verwahrten sich energisch gegen die Behauptung, Holzanweisen und Holzausformung würden in der Hauptsache vom Betriebsleiter besorgt. Diese zwar mit den Dienstvorschriften, aber offensichtlich keineswegs mit der Praxis übereinstimmenden Aussagen wurden jedoch weniger dem Reichssparkommissar, als vielmehr der Einflußnahme durch die Forstdirektion angelastet. Der Unmut verstärkte sich noch durch die Empfehlung des Gutachtens, die Dienstbezirke der Förster zu vergrößern, während es für die Forstämter keine derartige Anregung gab.

Nach den Darstellungen der Förster erfolgte in den Schlägen das Auszeichnen des Holzes in der Regel gemeinschaftlich, in den Durchforstungen dagegen allein durch den Förster entsprechend den Anweisungen des Forstmeisters. Die Holzausformung wurde als ausschließliche Tätigkeit des Betriebsdienstes bezeichnet. Diese Arbeitsteilung hinderte sie allerdings nicht daran, die Forstamtsvorstände der Zwergforstämter als »akademische Förster« zu charakterisieren. Aus dieser Feststellung leiteten sie die Forderung ab, daß 40 % der Forstämter aufzulösen seien.

Durch die Einseitigkeit des Gutachtens sahen sich die Förster in ihrer Auffassung bestätigt, daß die Forstakademiker im Interesse der Sicherung ihrer Privilegien nicht bereit waren, ihre Leistungen anzuerkennen. Eine erneute Entfremdung des unteren Forstpersonals von der Forstverwaltung war die Folge. Die nunmehr wieder einsetzenden standespolitischen Auseinandersetzungen fanden jedoch im Dritten Reich sehr schnell ein Ende, da die Ideologie der Volksgemeinschaft derartige Kraftvergeudungen nicht dulden konnte. Die Konsequenz dieser politischen Landschaftsveränderung führte schon 1933 dazu, daß die beiden forstlichen berufsständischen Verbände aufgelöst und in die Einheitsorganisation des Deutschen Beamtenbundes (seit 1934 »Reichsbund Deutscher Beamten«) überführt wurden. Öffentliche standespolitische Diskussionen fanden seither nicht mehr statt. Die Frage, welche Entwicklung der Betriebsdienst unter den Voraussetzungen einer demokratischen bundesstaatlichen Ordnung genommen hätte, läßt sich selbstverständlich nicht schlüssig beantworten. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß vor allem unter dem Einfluß der anderen

⁴⁵⁶⁾ Mit der Änderung in »Forstdirektion, Abt. II B (Betriebsdienst) wurde 1935 auch formal der Charakter als »Hilfsanstalt« aufgehoben (Erlaß vom 5. 2. 1935).

deutschen Länder die württembergische Forstverwaltung ihren harten Standpunkt nicht mehr lange hätte durchhalten können. Auf alle Fälle steht fest, daß der nationalsozialistische Einheitsstaat sehr rasch einen Wandel im Sinne einer Durchsetzung des preußischen Forstlehrlingssystems herbeigeführt hat.

Eine Tendenzwende kündigte sich bereits an, als mit der Aufhebung der Laufbahnsperre Ende 1933 neue Ausbildungsbestimmungen in Kraft gesetzt wurden.⁴⁵⁷⁾ Zwar hielt die Forstdirektion an den bisherigen Zulassungsvoraussetzungen, insbesondere am Erfordernis der Volksschulbildung, fest, doch wurde

- das Annahmealter auf 16-19 Jahre gesenkt,
- die Waldarbeiterzeit auf 2 Jahre mit insgesamt 400 Tagen reduziert und
- die Ableistung einer 4jährigen Dienstzeit bei der württembergischen Schutzpolizei eingeführt.

Die Abkehr vom »Holzhauerförster« hatte mit dieser Neuregelung begonnen. Im einzelnen gestaltete sich der Ausbildungsgang jetzt folgendermaßen:

- mehrjährige Waldarbeiterzeit (Lehrzeit);
- Eintritt in die Schutzpolizei mit 18–21 Jahren;
- Bestellung zum Forstanwärter nach 4jähriger Dienstzeit und bestandener Vorprüfung;
- 4jährige Ausbildung als Forstanwärter und Forstpraktikant II. Klasse in mehreren Forstämtern (wie bisher) mit mehrmonatigen Ausbildungskursen auf der Forstschule in Stuttgart und anschließenden Prüfungen;
- Verwendung als Forstpraktikant I. Klasse bis zur planmäßigen Anstellung.

Schon 1935 mußten nach der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht diese Bestimmungen insofern umgearbeitet werden, als anstelle der 4jährigen Dienstzeit bei der Schutzpolizei der 1jährige (freiwillig 2jährige) Heeresdienst trat. Im übrigen blieb es beim seitherigen Ausbildungsgang, doch wurde die am Anfang stehende Waldarbeiterzeit jetzt bereits als »Lehrzeit« und der Bewerber als »Forstlehrling« bezeichnet sowie die Dauer der Forstschullehrgänge auf 6 Monate erweitert. Die einsetzende Zentralisierung wirkte sich in der Einführung der Bezeichnungen »**Revierförster**« statt »Förster«, »**Hilfsförster**« statt »Forstpraktikant« und »**Forstgehilfe**« statt »Forstanwärter« aus.⁴⁵⁸⁾ Den Abschluß dieser Entwicklung brachte die Verordnung des Reichsforstamts vom 20. 9. 1939, die reichseinheitlich die Laufbahn des gehobenen Forstdienstes regelte.⁴⁵⁹⁾ Mit dieser Vorschrift wurde als Voraussetzung die mittlere Reife und folgender Ausbildungsgang vorgeschrieben:

- zweijährige Lehrzeit;
- Dienstpflicht beim Reichsarbeitsdienst und der Wehrmacht;
- einjähriger Besuch einer Forstschule und Ablegung der Hilfsförsterprüfung;
- dreijähriger Vorbereitungsdienst mit anschließender Revierförsterprüfung.

Im Zusammenhang mit dieser Regelung erfolgte zum 15. 5. 1939 die Verlegung der bisher bei der Forstdirektion untergebrachten Forstschule nach Gaildorf und die Einführung des einjährigen Schulbetriebs. Die neuen Ausbildungsbestimmungen, die am 1. 4. 1940 in Kraft traten, wurden erstmals auf die Forstlehrlinge des Ausbildungsjahrgangs 1940 angewandt. Aufgrund besonderer besoldungsrechtlicher Vorschriften konnten alle Angehörigen der Revierförsterlaufbahn in den gehobenen Dienst überführt werden, wobei die entsprechende Eingruppierung jedoch erst in der Nachkriegszeit zum Abschluß kam. Das von der württembergischen Försterbewegung angestrebte und beharrlich verfolgte Ziel war damit wenige Jahre nach Beseitigung der Länderhoheit auf recht geräuschlose Weise erreicht.

⁴⁵⁷⁾ Erlaß vom 27. 9. 1933.

⁴⁵⁸⁾ Erlaß vom 5. 2. 1935.

⁴⁵⁹⁾ RGBI. I S. 1934. Das reichseinheitliche Beamtenrecht hatte inzwischen die in Württemberg übliche Dreiteilung (unterer, mittlerer, höherer Dienst) durch eine Vierteilung (einfacher, mittlerer, gehobener, höherer Dienst) ersetzt. Für alle Laufbahnen wurde ein bestimmter Bildungsnachweis vorgeschrieben.

6. Zusammenfassung

Der Zeitraum zwischen den beiden Weltkriegen bedeutete für die württembergische Forstverwaltung eine Periode der ruhigen Weiterentwicklung ihrer organisatorischen Grundformen, deren Ausbildung mit dem Übergang zum Oberförstersystem zu Beginn des 20. Jahrhunderts abgeschlossen worden war. Die Ausformung der Forstdirektion als betriebliches Führungsinstrument, die Ausstattung des Forstamts mit realem Behördencharakter durch Einrichtung eines geordneten Bürobetriebs, die endgültige Beseitigung der Sonderbezirke und damit die definitive Bestätigung des Forstamts als unteilbare Wirtschafts- und Verwaltungseinheit, die fortschreitende Vervollkommnung des Einheitsforstamts mit dem Ergebnis einer ständigen Verbreiterung der Vertrauensbasis zunächst im Körperschafts- und später auch im Privatwald – das alles waren keine fundamentalen Neuerungen, vielmehr handelte es sich bei der Durchsetzung dieser Errungenschaften um einen Reifungsprozeß auf der Grundlage des vorhandenen Organisationssystems.

Das herausragende Ereignis dieser Epoche besteht daher nicht in äußeren Veränderungen, sondern in der **Emanzipation des unteren Forstpersonals**. Während des gesamten 19. Jahrhunderts hatte es in dumpfer Ergebenheit die ihm zugewiesene Rolle gespielt – unfähig, sich zu artikulieren oder gar sein Schicksal gestaltend in die Hand zu nehmen. Wenn sich einzelne Vertreter bemerkbar gemacht hatten, dann in den Formen der Klage und Bitte um individuelle Erleichterung der zuweilen unerträglich erscheinenden Lebensverhältnisse; niemals jedoch wurden Forderungen erhoben, die auf Systemveränderungen gerichtet waren. Gesellschaftliche Zwänge, geringer Bildungsstand und die Isolation auf dem Lande hatten es den unteren Dienstgraden nicht erlaubt, Einfluß auf die Entwicklung der Forstverwaltung auszuüben. Niemand hatte daran etwas Anstößiges gefunden. Die hierarchische Gesellschaftsordnung war auch in der Forstverwaltung so fest verankert, daß man ganz selbstverständlich von den »unteren Volksklassen« sprach, aus denen das Schutz- und Hilfspersonal stammte. Noch in der Dienstanweisung von 1911 wurden die Forstwärte dazu verpflichtet, einen »einfachen, geordneten Haushalt« zu führen.

Diese Voraussetzungen hatten sich mit dem Anbruch des 20. Jahrhunderts von Grund auf verändert. Die geistige und organisatorische Solidarisierung als Folge der sozialen Bewegung, die Demokratisierung des politischen Lebens in der Weimarer Republik und die Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten erlaubten es jetzt, vom bloßen Objekt zum handelnden Subjekt der Forstorganisation zu werden.⁴⁶⁰⁾ Als entscheidende Antriebskraft erwies sich dabei der Funktionswandel, der das untere Forstpersonal vom Waldhüter zum unentbehrlichen Mitarbeiter im Forstbetrieb gemacht hatte. Wie zuvor die Oberförster mit der Überwindung des Revierförstersystems, so wollten nunmehr auch die Forstwärte ihren Anteil an der im Walde geleisteten Aufbauarbeit in die Scheuern fahren. Das Bewußtsein, an den unbestreitbaren wirtschaftlichen Erfolgen wesentlich beteiligt zu sein, verlangte nach Anerkennung. Die Bezeichnung »Hutsbeamte« wurde deshalb als Gleichsetzung mit »Gänse- und Schafshütern« und damit als Diskriminierung empfunden. Die Forstwärte und Förster wollten als »**Betriebsbeamte**« akzeptiert sein – eine Vokabel, der im Försterkrieg eine zentrale Bedeutung zugemessen wurde. Gerade diese Forderung weckte aber bei den Forstamtsleitern die Befürchtung, als »Forstverwaltungsbeamte« abgestempelt und auf die Kanzlei zurückgedrängt zu werden. Sicherlich hat diese ideologische Verkrampfung und die mit Schlagworten zwangsläufig verbundene Vereinfachung der Sachverhalte viel zur Verschärfung der Auseinandersetzungen beigetragen. Ebenso verhängnisvoll wirkte sich jedoch auch die nahezu vollständige Identifizierung der Forstdirektion mit den Positionen der Forstakademiker aus – ein Vorwurf, der von den Förstern immer wieder erhoben wurde, ohne daß er widerlegt werden konnte. Daß die forstliche Führungsspitze kaum Ver-

⁴⁶⁰⁾ Diese Feststellung gilt prinzipiell auch für die Walдарbeiter. Wegen des fehlenden organisatorischen Bezugs können sie jedoch im Rahmen dieser Abhandlung außer Betracht bleiben.

suche einer Versachlichung der Diskussion unternahm und selbst in Kleinigkeiten nur widerwillig Kompromißbereitschaft zeigte, ist aus heutiger Sicht schwer verständlich. Die sich aus dieser Unnachgiebigkeit ergebenden Entgleisungen in der Kampfesweise der Förster werden dadurch zwar nicht entschuldbar, aber doch bis zu einem gewissen Grade verständlich. Beide Faktoren führten zu jener unheilvollen Vergiftung der Atmosphäre in der Forstverwaltung, die ihrem Ansehen erheblichen Schaden zufügte.

Letztlich war der Konflikt in der Tatsache begründet, daß der höhere Forstdienst in den Ansprüchen der Förster eine Konkurrenz sah, die seine eigenen Interessen beeinträchtigte. Nach Auffassung der Forstakademiker sollten daher die Förster als untere Beamte so gut wie möglich bezahlt werden, aber auf keinen Fall in eine höhere Laufbahn aufsteigen, weil der dadurch entstehende »Hohlraum« von einem neuen Unterpersonal hätte ausgefüllt werden müssen und damit das überwundene Revierförstersystem wieder zu neuem Leben erweckt worden wäre. Den Förstern erschien diese Befürchtung unbegründet, zumal sie immer wieder ihr Festhalten am Oberförstersystem versicherten und mit ihren Aufstiegsforderungen nicht die Vorstellung verbanden, selber Vorgesetzte untergeordneter Hilfskräfte werden zu wollen. Verwunderung und Enttäuschung darüber, daß die Forstmeister ihren Bildungsdrang bekämpften statt sich über ihn zu freuen, waren daher groß. Eine aus historischem Abstand vorgenommene Würdigung wird zum Ergebnis kommen müssen, daß unter ausschließlich betrieblichen Gesichtspunkten die württembergische Forstorganisation der zwanziger Jahre – kleine Forstämter mit ausschließlich praxisorientiert ausgebildetem Vollzugspersonal – als durchaus zweckmäßige Lösung zu bewerten ist. Sie war aber zweifellos nicht in der Lage, die gestiegenen dienstlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Forstbetriebsbeamten in ausreichender Weise zu befriedigen. Dies nicht gesehen und die Dynamik der Försterbewegung, die in Württemberg primär ein soziales Phänomen war, unterschätzt zu haben, ist nicht nur den damaligen Führungskräften der Forstverwaltung, sondern ganz allgemein auch den weithin im wilhelminischen Geist groß gewordenen Forstakademikern anzulasten. Sie und ihre Nachfolger mußten erst im erweiterten Rahmen des Forstamtssystems zu einem neuen partnerschaftlichen Rollenverständnis finden, bevor das innere Gleichgewicht der im Forstbetrieb zusammenarbeitenden Kräfte wiederhergestellt war.

XIII. Vom Ende des zweiten Weltkriegs bis zur Bildung des Landes Baden-Württemberg (1945–1952)

1. Die Teilung der Forstverwaltung

Der Zusammenbruch des Deutschen Reiches mit dem Ende des zweiten Weltkriegs bedeutete gleichzeitig das Ende der württembergischen Forstverwaltung als organisatorischer Einheit. Die willkürliche Zerreißung Württembergs in eine amerikanische und französische Besatzungszone, die erst vom 20. 9. 1948 an wieder durch einen ungehinderten Verkehr miteinander verbunden waren, führte beim Wiederaufbau einer staatlichen Ordnung zwangsläufig zur Zerschlagung der bestehenden Verwaltungsstrukturen. Auf diese Weise kam es unter Einbeziehung nichtwrtembergischer Gebietsteile zur Bildung der Länder Würtemberg-Baden und Würtemberg-Hohenzollern, die im Jahre 1952 im Südweststaat aufgingen.⁴⁶¹⁾ Obwohl Würtemberg in diesem Zeitraum als nicht mehr existent zu betrachten ist, soll die Entwicklung der Forstorganisation in dieser Übergangsphase dargestellt werden, weil erst die Entstehung des Landes Baden-Würtemberg eine dauerhafte Neugestaltung der Forstverwaltung ermöglichte.

Der zweite Weltkrieg hatte in allen Lebensbereichen ein Trmmersfeld hinterlassen. Auch die Forstverwaltung mußte weitgehend wieder neu aufgebaut werden. Eine Denkschrift aus dem Jahre 1947 – also 2 Jahre nach Kriegsende – schildert die personelle Situation in Würtemberg-Hohenzollern wie folgt:⁴⁶²⁾

»Von 70 staatlichen Forstämtern sind 32 planmäßig besetzt, 20 durch Forstmeister, die erst während des Krieges zum Forstmeister befördert wurden, also noch über wenig praktische Erfahrung verfügen, weitere 11 sind durch politische Versetzung und aushilfsweise Einstellungen besetzt, während 7 Forstämter unbesetzt sind und von Nachbarn mitversehen werden.

5 Forstmeister sind über 65 Jahre alt, in Kriegsgefangenschaft befinden sich noch 7 Forstmeister, durch Entnazifizierung sind 8 Forstmeister entlassen worden.

Die Kriegsverluste betrugen ca. 25–30 %.⁴⁶³⁾

An Nachwuchs stehen zur Verfügung 5 Forstassessoren und 2 Forstreferendare.

Von 245 Revierförsterstellen sind 140 planmäßig besetzt. Der Rest der Stellen wird durch 8 außerplanmäßige Revierförster, 16 Revierfrsteranwrter und 23 Forstlehrlinge sowie 24 wrtembergische Aushilfsangestellte versehen, ein weiterer Teil durch Nachbarrevierfrster und 10 nichtwrtembergische Aushilfsangestellte. Da die außerplanmäßigen Revierförster und Anwärter sämtlich Kriegsteilnehmer sind, fehlt auch ihnen weitgehend die praktische Erfahrung. Eine weitere Schwierigkeit ist in der Verschiedenartigkeit der würtembergischen Forstbetriebsbeamten und derjenigen der nichtwrtembergischen Aushilfsangestellten (vorwiegend aus dem Sudetenland) begründet.

10 Revierförster sind über 65 Jahre alt, in Kriegsgefangenschaft befinden sich noch 19 Revierförster und 21 Anwärter, von denen 16 vermißt sind.

Durch Entnazifizierung sind 28 Revierförster aus dem Dienst ausgeschieden.

Die Kriegsverluste betrugen rd. 12 %.⁴⁶³⁾

Besonders schwierig war die Lage in der französischen Zone, wo die Militärregierung einen **französischen Forstdienst** unter Colonel **Parant** aufbaute, der vor allem die Reparationshiebe dirigierte. Die in den Jahren 1946–1949 ausschließlich im Grokahlschlag ohne Rücksicht auf waldbauliche Gesichtspunkte durchgeführten Holzentnahmen, die im Umlageverfahren aufgebracht werden mußten, betrugen in Würtemberg-Hohenzollern 4,15 Millionen fm. Der französische Forstdienst stellte erst am 14. 4. 1951 seine Tätigkeit ein.

Während die Forstämter nach dem Zusammenbruch der staatlichen Ordnung ihre Arbeit den Zeitumständen entsprechend wenigstens einigermaßen fortsetzen konnten, war nach der Auflösung der Forstdirektion im April 1945 eine Leitungsinstanz zunächst überhaupt nicht mehr vorhanden. Die ausschließliche Befehlsgewalt lag bei den Militrregierungen, bis am 13. 6. 1945 9 Landesverwaltungsbehrden eingesetzt wurden, die mit dem Neuauf-

⁴⁶¹⁾ Eine ausführliche Schilderung enthält Dehlinger, A.: a.a.O. Bd. 1 90 ff. Die amerikanische Zone umfaßte mit 19 Land- und Stadtkreisen (988 Gemeinden) ³/₅, die französische Zone mit 15 Landkreisen (916 Gemeinden) ²/₅ des württ. Staatsgebiets.

⁴⁶²⁾ Alte Registratur der Forstdirektion Tübingen I A 3.

⁴⁶³⁾ Die Kriegsverluste lagen somit im zweiten Weltkrieg doppelt bis dreimal so hoch wie im ersten Weltkrieg.

bau der Staatsverwaltung beauftragt waren. Ihr Amtsbereich erstreckte sich anfangs auf das gesamte württembergische Gebiet; nach der definitiven Abgrenzung der amerikanischen und französischen Besatzungszone im Juli 1945 kam es jedoch zur Beschränkung der Zuständigkeit auf den nordwürttembergischen Landesteil. Die damit in Zusammenhang stehende Trennung in 2 selbständige Forstverwaltungen spielte sich wie folgt ab.⁴⁶⁴⁾

»Nach einem kurzen Interregnum begannen die ersten Ansätze einer Neuorganisation mit der Begründung der württembergischen Forstdirektion in Schwäbisch Gmünd im Mai 1945.⁴⁶⁵⁾ Schon im nächsten Monat wurde diese nach Stuttgart verlegt. Vom provisorischen Finanzministerium wurde Forstdirektor a. D. Meyer mit der Leitung beauftragt. Zur Verfügung standen von der alten Forstdirektion die Landforstmeister Hudelmaier, Stoll und Blind sowie Oberforststrat Ehrlenspiel. Neu zur Forstdirektion Stuttgart wurden einberufen Forstmeister Dr. Wulz/Wildbad und Forstmeister Maier/Mengen; letzterer folgte erst Ende Juli dem Ruf. Der französische Forstdienst war in Freudenstadt stationiert. Ein Besuch Colonel Parants auf der Forstdirektion in Stuttgart sollte zur Herstellung der Verbindung dienen. Es wurde aber ein Zwischenfall daraus (beim ersten Besuch Parants war Forstdirektor Meyer nicht anwesend; es wurde von dessen Stellvertreter mit dem Oberst ein zweiter Besuch vereinbart, an dem Meyer immer noch nicht anwesend war, worauf Colonel Parant erzürnt wegging). Zur Vermeidung etwaiger nachteiliger Folgen dieser Situation wurde Forstmeister Maier (etwa als Attaché) nach Freudenstadt abgeordnet. Dieser bedang sich aus, daß Forstdirektor Meyer zunächst einen Gegenbesuch abstattete. Dieser fand statt und am 14. 8. 1945 wurde von Forstdirektor Meyer und Forstmeister Maier bei einem weiteren Besuch in Freudenstadt die offizielle Verbindung mit Colonel Parant aufgenommen. Maier sollte in Freudenstadt verbleiben, wurde aber von Colonel Parant nach Tübingen verwiesen mit dem Auftrag, dort eine deutsche Landesdienststelle für die französisch besetzten Gebiete Württemberg und Hohenzollerns zu organisieren, da die Militärregierung in Bälde nach Tübingen umziehe. Am 15. 8. 1945 traf Forstmeister Maier in Tübingen ein und begann sofort, seinen Auftrag in personeller und materieller Hinsicht durchzuführen. Die deutsche Oberleitung lag noch in Stuttgart, wo jeden Freitag Forstmeister Maier mit Forstdirektor Meyer und seinen Referenten Besprechungen abhielt. Mitte September kam Oberst Parant mit seinem Stab nach Tübingen. Als eine der ersten grundsätzlichen Weisungen erging von ihm die Anordnung, daß die Forstdirektion Stuttgart keine Anordnungen mehr zu treffen habe, Maier habe für Südwürttemberg eine eigene Forstdirektion zu bilden, Anweisungen erteile nur er.«

Aus Stuttgart wird im Dezember 1945 berichtet, daß eine Inspektion in der französischen Zone nicht mehr möglich sei. Die Trennung in 2 Forstverwaltungen war damit vollzogen.

Nach Angaben aus dem Jahre 1946 betrugen die Waldflächen

	Staats- wald	Körper- schaftswald	reichsfisk. Waldungen	Privat- wald	i. G.
in Nord-Württ.	107 964 ha	89 554 ha	818 ha	104 253 ha	302 589 ha
in Württ.-Hohen- zollern	94 035 ha	127 068 ha	480 ha	96 645 ha	318 228 ha
i. G.	201 999 ha	216 622 ha	1 298 ha	200 898 ha	620 817 ha

Jeder Landesteil verfügte somit etwa über die Hälfte der württembergischen Waldungen. Beide Forstdirektionen führten bis zur Bildung der baden-württembergischen Landesforstverwaltung die Bezeichnung »Württembergische Forstdirektion«.

2. Nordwürttemberg

Die Forstdirektion nahm offiziell am 1. 6. 1945 unter Forstdirektor Adolf **Meyer**, der bereits der alten württembergischen Forstdirektion angehört hatte, unter schwierigsten Bedingungen ihre Arbeit auf. Der Kontakt zu den Forstämtern wurde zunächst zusammen mit anderen Behörden über die Landratsämter oder inspektionsweise im Wege der Selbsthilfe durch einen Staffetendienst abgewickelt. Entsprechend dem verkleinerten Zuständigkeitsbereich bestand sie nur aus 6 Abteilungen. Nach der Pensionierung Meyers übernahmen zum 1. 9. 1946 Oberlandforstmeister Eduard **Hudelmaier** und nach dessen Ausscheiden am 31. 10. 1948 Oberlandforstmeister Walter **Hornung** die Leitung der Forstdirektion.

⁴⁶⁴⁾ Tätigkeitsbericht der Forstdirektion Württemberg-Hohenzollern für April bis Oktober 1945 (Alte Registratur II A 1).

⁴⁶⁵⁾ Schwäbisch Gmünd war zunächst Sitz der amerikanischen Militärregierung.

Beide waren ebenfalls schon Mitglieder der früheren württembergischen Forstdirektion gewesen. Nach dem Zusammenschluß der zur amerikanischen Besatzungszone gehörenden nördlichen Teile Badens und Württembergs zum **Lande Württemberg-Baden** durch Proklamation der amerikanischen Militärregierung vom 19. 9. 1945 kam es zur Bildung übergeordneter Instanzen. Der badische und württembergische Landesteil wurden jedoch nicht miteinander verschmolzen, sondern verfassungsrechtlich als gleichberechtigte Bezirke anerkannt unter einheitlicher Leitung einer Staatsregierung, die mit der württembergischen Landesregierung identisch war, während der badische Landesteil eine eigene Verwaltung mit sogenannten Landesbezirksdirektionen erhielt, die den Stuttgarter Ministerien nachgebildet wurden. Auch im Staatshaushaltsplan waren beide Landesteile getrennt ausgewiesen. Durch Verfügung des Wirtschaftsministeriums vom 19. 6. 1946 wurde in diesem Ressort die »**Landesverwaltung für Forsten, Holzwirtschaft und Jagd**« gebildet und am 25. 5. 1946 der Leiter der badischen Forstabteilung in Karlsruhe, Hubert **Zircher**, zu ihrem Präsidenten bestellt, der seine bisherige Funktion jedoch beibehielt.⁴⁶⁶) Die Forstdirektion erhielt dadurch den Charakter einer Mittelbehörde, wobei hinsichtlich der internen Kompetenzverteilung auf die Geschäftsordnung der alten Forstdirektion vom 1. 8. 1931 zurückgegriffen wurde; gleichzeitig trennte man das Holzwirtschaftsamt von der Forstdirektion und unterstellte es als eigene Behörde unmittelbar der Landesverwaltung. Mit dieser Konstruktion war die Absicht verbunden, eine Übereinstimmung in der Behandlung forst- und holzwirtschaftlicher Fragen zwischen dem badischen und dem württembergischen Landesteil herbeizuführen. Während jedoch die württembergischen Dienststellen (Forstdirektion und Holzwirtschaftsamt Stuttgart) der Landesverwaltung voll unterstellt waren, verblieben die badische Forstabteilung und das Holzwirtschaftsamt Karlsruhe in der Dienstaufsicht des badischen Landesdirektors der Finanzen, so daß die Landesverwaltung im badischen Landesteil nur fachliche, nicht aber personal- und finanzpolitische Weisungsbefugnisse besaß. Aus dieser Zweigleisigkeit ergaben sich Schwierigkeiten, die nur überwunden werden konnten, weil der Leiter der Landesverwaltung in Personalunion gleichzeitig Chef der badischen Forstabteilung war.

An dieser Zuständigkeitsregelung änderte sich auch nichts, als 1947 aufgrund der allgemeinen Entwicklung in den anderen Ländern der amerikanischen und französischen Besatzungszone und auf der Ebene der Bizonenverwaltung die Landesverwaltung für Forsten, Holzwirtschaft und Jagd aus dem Wirtschaftsministerium herausgelöst und als Hauptabteilung V dem **Landwirtschaftsministerium** eingegliedert wurde. Der Anspruch des Finanzministeriums, ihm seine traditionelle Kompetenz für Domänen und Forsten zurückzugeben, blieb unerfüllt.⁴⁶⁷) Dagegen war das Wirtschaftsministerium mit dieser Lösung einverstanden und wollte lediglich das Holzwirtschaftsamt behalten – eine Forderung, die aber gleichfalls keine Berücksichtigung fand. Die Begründung für den Ressortwechsel wurde in der Tatsache gesehen, daß der fiskalische Aspekt im Vergleich zur Privatwaldbetreuung und den holzwirtschaftlichen Aufgaben an Bedeutung verloren habe. Personell war die Hauptabteilung V außer dem Präsidenten lediglich mit einem Berichterstatter für Forstwirtschaft und Jagd (Oberlandforstmeister Dr. Wulz) und einem Berichterstatter für die Holzwirtschaft ausgestattet. Ihr Zuständigkeitsbereich erstreckte sich auf allgemeine Angelegenheiten aus dem Aufgabengebiet des früheren Reichsforstamts und auf die Durchführung von Weisungen der Militärregierung, die sowohl für den badischen als auch für den württembergischen Landesteil Geltung hatten. Die Einflußnahme war dementsprechend gering, so daß die Forstdirektion weitgehend selbständig arbeiten konnte. Auf der Bezirksebene bestanden in Nordwürttemberg 77 Forstämter. Die nach Kriegsende

⁴⁶⁶) Der Leiter der Stuttgarter Forstdirektion, Meyer, trat daraufhin in den Ruhestand.

⁴⁶⁷) Die maßgeblichen Vertreter der Forstverwaltung hätten offensichtlich eine Ressortierung beim Finanzministerium vorgezogen. Anläßlich einer Besprechung mit der bayrischen Landesforstverwaltung am 22. 9. 1949 in Blaubeuren plädierte Präsident Zircher wegen der befürchteten Interessenkonflikte mit der Landwirtschaft und der in dieser Hinsicht schwächeren Stellung der Forstverwaltung für die Eingliederung in das Finanzministerium.

vorhandenen und nur noch teilweise besetzten 11 Außenstellen waren bis zum 1. 4. 1949 durch Eingliederung oder Umwandlung in Forstämter nach und nach aufgelöst worden. Außerdem fanden zahlreiche sonstige Organisationsänderungen – überwiegend Verschiebungen der Forstamtsgrenzen – statt. Da die Forstdirektion häufig keine rasche Verbindung mit den Forstämtern herstellen konnte und bei den Landratsämtern sowie den anderen unteren Sonderbehörden forstwirtschaftliche Interessen zu vertreten waren, wurden für die Landkreise jeweils Forstamtsvorstände als »Kreisbeauftragte für die Forst- und Holzwirtschaft« bestellt. Nach der Beendigung der Brennholzbewirtschaftung konnte diese Einrichtung im Herbst 1949 wieder aufgegeben werden. Als Folge des Übergangs zur Marktwirtschaft wurden zum 31. 12. 1949 auch die Holzwirtschaftsämter Stuttgart und Karlsruhe beseitigt.

3. Südwürttemberg-Hohenzollern

Auf Weisung der Militärregierung vom 15. 8. 1945 kam es im Bereich der französischen Besatzungszone zur Bildung einer Forstdirektion in Tübingen, die von dem Forstdirektor und späteren Oberlandforstmeister Max **Maier** geleitet wurde. Sie bestand nach dem Abschluß der Aufbauphase aus 6 forsttechnischen Referaten und verfügte außerdem über ein Rechts- und Haushaltsreferat. Entsprechend dem Vorbild der alten württembergischen Forstdirektion war sie gleichzeitig forstliche Fachabteilung des Finanzministeriums. Obwohl auf diese Weise eine andere Lösung als in Nordwürttemberg verwirklicht wurde, ist für beide Länder das Fehlen einer effektiven Ministerialebene charakteristisch, die erst im neuen Bundesland Baden-Württemberg zur Ausbildung kam. Die erste Nachkriegszeit ist daher in dieser Beziehung vor allem in Württemberg-Hohenzollern als Abschluß der württembergischen Forstverwaltungstradition zu betrachten.

Als Folge der Zerschlagung Preußens erstreckte sich der Zuständigkeitsbereich der Forstdirektion nicht nur auf den südlichen Teil Württembergs, sondern auch auf Hohenzollern. Nachdem dieser frühere preußische Regierungsbezirk politisch eingegliedert war, mußte auch die Forstorganisation dieses 43 000 ha Wald (davon 23 000 ha Gemeindewald, im übrigen Privatwald) umfassenden Gebiets den württembergischen Verhältnissen angepaßt werden. Hohenzollern hatte als Regierungsbezirk einen Regierungspräsidenten in Sigmaringen, der entsprechend der in Preußen üblichen Verwaltungsorganisation gleichzeitig forstliche Mittelinstanz war und als eigenständiger Forstverwaltungsbezirk unmittelbar dem Reichsforstamt unterstand. Wegen der verhältnismäßig geringen Waldfläche war er jedoch nicht mit einem Landesforstmeister, sondern nur mit einem Oberforstmeister besetzt, der in der Regel durch einen Forstassessor als Hilfskraft unterstützt wurde. Die Bezirksorganisation bestand lediglich aus 3 Forstämtern, deren Größe erheblich über dem württembergischen Durchschnitt lag.⁴⁶⁸⁾ Die Eingliederung Hohenzollerns in die württembergische Forstorganisation wurde mit der Pensionierung des Leiters des Regierungsforstamts eingeleitet. Anschließend erfolgte zum 1. 10. 1946 die Angleichung der Bezirksverwaltung durch Bildung von 2 zusätzlichen Forstämtern (Burladingen und Sigmaringen-Nord). Weitere zahlreiche Organisationsänderungen auf Forstamts- und Betriebsdienstebene wurden zur Anpassung an die Zonengrenze und wegen der fortschreitenden Intensivierung der Privatwalдарbeit erforderlich. In diesem Zusammenhang kam es zur Auflösung von 5 Forstämtern und zur Bildung eines neuen Forstamts, so daß in Württemberg-Hohenzollern schließlich 71 staatliche Forstämter bestanden.⁴⁶⁹⁾

Ähnlich wie in Nordwürttemberg wurden auf der Ebene der Landkreise Forstamtsleiter mit

⁴⁶⁸⁾ Es handelte sich um die Forstämter Gammertingen mit 8 700 ha (16 Dienstbezirke), Hechingen mit 7 400 ha (11 Dienstbezirke) und Sigmaringen mit 6 100 ha Gemeindewald (14 Dienstbezirke). Da Hohenzollern über keinen Staatswald verfügte, wurden die Dienstbezirke ausschließlich von Gemeindeforstpersonal versehen, das im eigenen Bereich ausgebildet worden war.

⁴⁶⁹⁾ Aufgelöst wurden die Forstämter Stammheim, Bebenhausen und Tübingen (1946) sowie Meistern und Freudenstadt (1947). Neu gebildet wurde außer den beiden hohenzollerischen Forstämtern das Forstamt Trossingen (1947).

Sonderfunktionen beauftragt. Als »Kreisforstmeister« hatten sie vor allem die Verbindung zu den französischen Forstdienststellen aufrecht zu erhalten und waren in dieser Eigenschaft für die Lenkung des Holzverkaufs an die Sägewerke, die Erstellung von Statistiken, die Verteilung von Benzin, Werkzeug und Kleidung an die Arbeitskräfte und für die Zuteilung von Brennholz an die Bevölkerung zuständig. Die Stellung des Kreisforstmeisters, der als »primus inter pares« zwar keinen Behördenstatus, aber dennoch in begrenztem Umfang Weisungsbefugnis gegenüber seinen Kollegen besaß, stieß teilweise auf die Kritik der Forstamtsleiter, die ein »modifiziertes Revierförstersystem« entstehen sahen. Mit der Normalisierung des Wirtschaftslebens nach der Währungsreform wurde jedoch diese Einrichtung überflüssig, so daß sie zum 1. 8. 1949 aufgehoben werden konnte.

Im Gegensatz zu Nordwürttemberg kam es in Württemberg-Hohenzollern zu einer gesetzlichen Neuregelung des kommunalen Forstbetriebsdienstes. Der Mangel des Körperschaftsforstgesetzes, die Anstellung des Vollzugspersonals von keinen fachlichen Voraussetzungen abhängig zu machen, wurde durch eine Novellierung beseitigt.⁴⁷⁰⁾ Sie brachte nicht nur für die Körperschaften die Verpflichtung zur Beschäftigung von Bediensteten mit einer dem staatlichen Forstbetriebsdienst entsprechenden forsttechnischen Ausbildung, sondern ermöglichte auch die Bildung von gemischten staatlich-körperschaftlichen oder gemeinschaftlichen körperschaftlichen Dienstbezirken unter Einbeziehung des Kleinprivatwalds. Die südwestfälische Neuregelung stellte somit einen wesentlichen Fortschritt auf dem Wege der Verbesserung der körperschaftlichen Waldwirtschaft und der Ausformung des Einheitsforstamts dar. Im Vollzug der Gesetzesnovelle wurde den über 55jährigen Gemeindeforstbediensteten die fehlende Ausbildung in Forstwartlehrgängen nachträglich vermittelt, so daß bis auf wenige Ausnahmen der Körperschaftswald nunmehr von geschultem Personal betreut wurde.

4. Ausbildung

Nachdem die Zuständigkeit für die Ausbildung der Forstbeamten wieder an die Länder gefallen war, wurden nach 1945 beim **höheren Forstdienst** in Nordwürttemberg die württembergischen Ausbildungsbestimmungen von 1921 angewandt, während man in Württemberg-Hohenzollern mit geringfügigen Änderungen nach den Vorschriften des Reichsforstamts verfuhr. In der Praxis ergaben sich jedoch dadurch keine größeren Unterschiede. Wegen des »ungeheuren Andrangs« nahm die Forstdirektion in Stuttgart nach einer vorübergehenden Laufbahnsperre die vom Reichsforstamt ausgesprochenen Zulassungen wieder zurück, soweit die Hochschulabschlußprüfung noch nicht abgelegt war, und traf für jeden Einzelfall eine neue Entscheidung. Im übrigen wurde der Numerus clausus für den Staatsforstdienst in Nord- und Südwestfalen durch Erteilung der Anwartschaft aufgrund eines »Auswähllehrgangs« praktiziert.⁴⁷¹⁾ Zur Verabschiedung neuer Ausbildungsvorschriften – Württemberg-Baden und (Süd-)Baden hatten über eine gemeinsame Regelung verhandelt – kam es nicht mehr. Hinsichtlich des **Forstbetriebsdienstes** bestand zunächst die Vorstellung »an der alten bewährten Einrichtung festzuhalten, wonach die Förster aus dem Holzhauerstand hervorgehen sollen, nicht mehr als Volksschulbildung verlangt wird und ihre theoretische Ausbildung in 2–3 Kursen mit einer Höchstdauer von 6 Monaten erfolgen soll«.⁴⁷²⁾ Diese Absicht, die letztlich eine Rückkehr zu den Zuständen der zwanziger Jahre bedeutet hätte, wurde jedoch nicht in die Tat umgesetzt. Vielmehr einigten sich die 4 Landesforstverwaltungen in Stuttgart, Tübingen, Karlsruhe und Freiburg auf einheitliche Aus-

⁴⁷⁰⁾ Gesetz zur Änderung des Körperschaftsforstgesetzes und über die Bildung forstlicher Betriebsdienstbezirke vom 11. 1. 1949 (Reg. Bl. Württ.-Hohenzollern 1949 S. 36).

⁴⁷¹⁾ Nach Aufhebung der Sperre wurde in Nordwürttemberg zeitweise die doppelte Anzahl von Bewerbern vorgemerkt, da »dadurch die nötige Konkurrenz geschaffen und gewahrt« werde (Erlaß der Forstdirektion vom 26. 4. 1948).

⁴⁷²⁾ Schreiben der Forstdirektion Stuttgart an den Leiter des Bayr. Regierungsforstamts Ober- und Mittelfranken vom 1. 3. 1946.

bildungsvorschriften für den Forstbetriebsdienst, die in Württemberg-Hohenzollern am 29. 9. 1949 und in Nordwürttemberg am 12. 10. 1949 in Kraft gesetzt wurden. Sie sahen folgende Regelungen vor:

- Abgeschlossene gute Volksschulbildung oder mittlere Reife sowie ein Alter von 17–20 Jahren als Zulassungsvoraussetzung;
- 3jährige praktische Lehrzeit mit mindestens 200 Tagen Stücklohnarbeit in der Holzhauderei und anschließender Forstanwärterprüfung;
- 2jährige Forstanwärterzeit (Vorbereitungsdienst);
- erster 6monatiger Lehrgang auf der Forstschule mit anschließender Hilfsförsterprüfung;
- 2jährige Tätigkeit als Hilfsförster (ebenfalls Vorbereitungsdienst);
- zweiter 6monatiger Lehrgang auf der Forstschule mit abschließender Revierförsterprüfung.

Für die Ausbildung des Forstbetriebsdienstes war in Nordwürttemberg bereits 1946 eine Forstschule auf der Kapfenburg eingerichtet worden, die zunächst auch den Nachwuchs aus dem Bereich der Tübinger Forstdirektion aufnahm. Als die Kapazität nicht mehr ausreichte – in den Kriegsjahren waren enorme Ausbildungsrückstände eingetreten –, erfolgte 1948 in Südwürttemberg die Gründung einer eigenen Forstschule in Dornstetten. In der Folgezeit kam es zu einer Arbeitsteilung zwischen den beiden Forstdirektionen in der Form, daß für alle Forstanwärter aus beiden Landesteilen der erste Forstschullehrgang (Hilfsförsterlehrgang) auf der Kapfenburg, der zweite Forstschullehrgang (Revierförsterlehrgang) in Dornstetten stattfand.

Mit den Ausbildungsvorschriften von 1949 hatte man im Vergleich zum Ausbildungsgang des Dritten Reiches ein modifiziertes Forstlehrlingssystem im Sinne einer stärkeren Orientierung an den Bedürfnissen der Praxis eingeführt. Im Prinzip wurde der Fortschritt der dreißiger Jahre nicht aufgegeben und von einer Wiederbelebung des »Holzhauerförsters« Abstand genommen. Es war daher nur noch eine Frage der Zeit, bis der Forstbetriebsdienst nicht nur hinsichtlich seiner Ausbildung, sondern auch in bezug auf Funktion und Besoldung als vollwertiger gehobener Dienst akzeptiert war.⁴⁷³⁾ Die aus dieser Entwicklung resultierende Vergrößerung der Dienstbezirke setzte erst nach der Bildung des Landes Baden-Württemberg ein.

5. Körperschafts- und Privatwald

Im Körperschaftswald hatte sich am Ende der württembergischen Ära das Einheitsforstamt weitgehend durchgesetzt. Im Jahre 1952 bestanden nur noch 5 körperschaftliche Forstämter (Biberach, Baiersbronn, Freudenstadt, Rottweil und Hospital Schwäbisch Hall) mit einer Waldfläche von insgesamt 12000 ha. Im Jahre 1934 hatte es noch 8 körperschaftliche Forstämter (außer den genannten Altensteig, Nagold und Wildbad) mit 18 Gemeinden und 15600 ha Waldfläche gegeben. Die durchschnittliche Flächengröße der staatlichen Forstämter war auf diese Weise von 2450 ha im Jahre 1902 auf 2800 ha (öffentlicher Wald) gestiegen, obwohl die Zahl der Forstbezirke sich nur unwesentlich verändert hatte. Auch der Arbeitsaufwand für die Beratung und Betreuung des Kleinprivatwalds war in der Nachkriegszeit weiter angewachsen.

⁴⁷³⁾ Im Jahre 1951 wies das Forstbetriebsdienstpersonal in Nordwürttemberg folgende Vorbildung auf:

	Volksschule	Mittlere Reife bzw. 6 Klassen Ober- oder Mittelschule
Revierförster	208	25
Hilfsförster	24	10
Forstanwärter	22	17
Forstlehrlinge	13	10
Abiturienten waren nicht vorhanden.		

6. Die Bildung der baden-württembergischen Landesforstverwaltung

Die durch die Besatzungszonen bewirkte Aufspaltung der seit Beginn des 19. Jahrhunderts bestehenden Länder Baden und Württemberg ließ schon wenige Jahre nach Kriegsende den Gedanken einer politischen Neuordnung Südwestdeutschlands entstehen. Als Ergebnis langwieriger Diskussionen und Verhandlungen kam es am 25. 4. 1952 aufgrund der Volksabstimmung über eine Neugliederung vom 9. 12. 1951 zur Vereinigung der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern im neuen Bundesland Baden-Württemberg. In der Verordnung der vorläufigen Regierung über den Aufbau der Landesverwaltung vom 4. 11. 1952 wurden die bisherigen Forstdirektionen in Stuttgart und Tübingen als Forstdirektionen Nordwürttemberg und Südwürttemberg-Hohenzollern neu konstituiert. Sie unterstanden wie die beiden badischen Forstdirektionen dem Landwirtschaftsministerium, das mit Verfügung vom 23. 8. 1952 in 7 Abteilungen – darunter auch eine Abteilung Forsten – gegliedert wurde. Die lange Geschichte der württembergischen Forstorganisation war damit endgültig an ihrem Ende angelangt. Im größeren Rahmen der baden-württembergischen Landesforstverwaltung hat ihr historisches Erbe zusammen mit den Traditionen des badischen Landesteils seitdem wichtige Beiträge zur Gestaltung des Forstwesens im deutschen Südwesten geleistet.

XIV. Schlußkapitel: Die großen Linien in der Entwicklung der Forstorganisation in Württemberg

Eine zusammenfassende Darstellung des geschilderten Ablaufs bietet die Möglichkeit, sowohl die Wurzeln des heutigen Forstverwaltungssystems bloßzulegen als auch das zwischen der volkswirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, dem Wandel im Selbstverständnis und der Aufgabenstellung der Forstverwaltung sowie ihrer jeweiligen organisatorischen Gestaltung bestehende komplexe Beziehungsgefüge sichtbar zu machen. Reduziert man diesen Prozeß auf die entscheidenden Momente und ordnet ihn gleichzeitig in den Gesamtzusammenhang der deutschen Forstverwaltungsgeschichte ein, so zeichnen sich deutlich 4 Phasen ab, deren charakteristische Merkmale abschließend noch einmal hervorgehoben und einer kritischen Würdigung unterzogen werden.

1. Die Periode des Aufbaus der württembergischen Forstverwaltung

In Württemberg wurde schon sehr früh eine flächendeckende **lokale Forstorganisation** aufgebaut. Im Gegensatz etwa zu Preußen oder Sachsen, wo eine forstliche Bezirksverwaltung erst seit der Mitte des 16. Jahrhunderts entstand, ist bereits für das 15. Jahrhundert eine Einteilung des Landes in Forste (ursprünglich Wildbänne, später auch Forstämter genannt) nachweisbar, die als selbständige Organisationseinheiten der Nutzung der vielfältigen landesherrlichen Rechte in den Wäldern dienten. Die Anfänge dieser von der allgemeinen Verwaltung völlig unabhängigen Forstorganisation liegen im Dunkeln. Ganz offensichtlich kam sie jedoch nicht auf der Grundlage eines Organisationsplans zustande; vielmehr ist eine unsystematische und stark von regionalen Verhältnissen abhängige Bildung der Forstbezirke anzunehmen. Auch die später einsetzende und bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts zum Abschluß gebrachte Gliederung der Forste in Hutten war weitgehend von den unterschiedlichen lokalen Gegebenheiten geprägt. Da nach der Einführung der Reformation das Kirchengut einer Sonderverwaltung zugeführt wurde und in den Freipirschgebieten die allgemeine Verwaltung für die Waldungen zuständig blieb, war trotz der erstaunlich guten Durchbildung der Forstorganisation die Einheitlichkeit der Forstverwaltung nicht gewährleistet. Dieser Mangel trat um so mehr in Erscheinung, als im Gegensatz zur Bezirksverwaltung keine spezielle forstliche Zentralinstanz gebildet wurde. Hier waren entsprechend den in ganz Deutschland üblichen Organisationsgrundsätzen die Kammern der allgemeinen Verwaltung – Rentkammer, Kirchenrat und Oberrat – auch für die Leitung der Waldwirtschaft zuständig. Abgeschlossen wurde die Aufbauperiode der württembergischen Forstverwaltung mit der Einführung der Forstaufsicht über die körperschaftlichen und privaten Waldbesitzer durch die in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts erlassenen Forstordnungen. Unter Berufung auf das Gemeinwohl statuierten sie faktisch eine weitgehende Beförderung des nicht zum Kammergut gehörenden Waldbesitzes im Sinne einer erheblichen Einflußnahme der landesherrlichen Forstorgane auf die Bewirtschaftung. Diese einschneidende Maßnahme wurde allerdings nicht mit organisatorischen Konsequenzen verbunden, was in den meist sehr ausgedehnten Forstbezirken und Hutten die Effizienz der forstaufsichtlichen Tätigkeit zwangsläufig stark beeinträchtigte.

2. Die Periode des forstorganisatorischen Stillstands

Nach der um die Mitte des 16. Jahrhunderts beendeten Aufbauphase folgte eine 2^{1/2} Jahrhunderte dauernde Periode des forstorganisatorischen Stillstands. Während dieses Zeitraums gab es (mit Ausnahme des mißglückten Unternehmens einer Forst- und Jagddeputation unter Herzog Karl Alexander) keinen einzigen ernsthaften Versuch, die Forstverwal-

tung neu zu organisieren oder auch nur nach einheitlichen Gesichtspunkten systematisch zu ordnen. Zwar wurden an der forstlichen Bezirksverwaltung zahlreiche Änderungen vorgenommen, doch waren diese in keinem Fall von übergeordneten Organisationsprinzipien bestimmt, so daß sich die Weiterentwicklung während dieses langen Zeitraums auf die Verdichtung des Dienstbezirksnetzes durch laufende Vermehrung der Huten und die Verstärkung des Personalstands beschränkte. Auch Funktion und Organisation der Leitungsinstanzen blieben unangetastet. Die in einigen Ländern wie beispielsweise Baden, Preußen und Sachsen im Laufe des 18. Jahrhunderts mehr oder weniger ausgeprägte Verwendung des höchsten Jagdbeamten zu forstlichen Führungsaufgaben wurde in Württemberg nur in kaum erkennbaren Ansätzen verwirklicht. In den Kammern hatte zwar schon im 16. Jahrhundert eine Arbeitsteilung stattgefunden, die zur Ausbildung von Fachreferenten führte, doch kam es niemals zur Beteiligung von Praktikern an den Entscheidungsprozessen oder gar zur Heranbildung einer fachlichen Elite, die zu konzeptionellen Leistungen fähig gewesen wäre. Die Leitung der Forstverwaltung blieb auf diese Weise in der Hand von Schreibern, Juristen und gegen Ende des 18. Jahrhunderts zunehmend auch von Kameralisten, die nach Pfeil »von Allem Etwas, von Nichts etwas Rechtes« verstanden.⁴⁷⁴⁾ Wenn auch dieses Urteil in seiner Schärfe nicht voll gerechtfertigt ist, so spiegelt es doch zutreffend die Tatsache wider, daß es den Führungskräften der Forstverwaltung versagt bleiben mußte, die Eigenart und die spezifischen Bedürfnisse der Forstwirtschaft zu erkennen und daraus die erforderlichen organisatorischen Folgerungen zu ziehen, zumal die Vernachlässigung der Urproduktion durch das im 18. Jahrhundert herrschende Wirtschaftssystem des Merkantilismus ohnehin begünstigt wurde. Die Forstverwaltung blieb daher auf eine rohe und extensive Wirtschaftsweise ausgerichtet, obwohl der durch die ansteigende Bevölkerungsdichte immer spürbarer werdende Holzmangel längst eine bessere Ausschöpfung der Produktionsmöglichkeiten notwendig gemacht hatte. Wie zur Zeit der Entstehung der Forstorganisation war nicht die Optimierung der Wertschöpfung, sondern die Verwertung landesherrlicher Rechte und die Überwachung der Vermögensnutzung durch die Waldbesitzer Gegenstand forstlicher Aktivitäten. Der um sich greifenden Waldverwüstung, die von den Verantwortlichen nicht übersehen werden konnte, suchte der absolute Polizeistaat ohne jeden Erfolg mit obrigkeitlicher Reglementierung zu begegnen, wo eine neue geistige und organisatorische Orientierung erforderlich gewesen wäre. Hinzu kam die jägdliche Beanspruchung des Forstpersonals, die zwar zur Entstehung des Jägertums und damit zu einer minimalen fachlichen Vorbildung führte, auf der anderen Seite aber die weit schwerwiegendere Überfrachtung des Forstbetriebs mit Tätigkeiten zur Folge hatte, die sich auf die Waldkultur schädlich auswirkten und die Interessen in einer Weise absorbierten, daß für produktive wirtschaftliche Initiativen kein Raum mehr blieb. Auch die mit der Herausbildung absolutistischer Regierungsformen verbundene Besetzung der wichtigen Forststellen mit Adligen und ihre Entartung zu Hofchargen trugen dazu bei, den fachlichen Fortschritt im Keim zu ersticken. Es bleibt somit festzuhalten, daß die aus dem Spätmittelalter stammende Organisationsstruktur und die sie tragende Rechts- und Wirtschaftsordnung bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts konserviert wurden, obwohl sich die volkswirtschaftliche Funktion der Forstwirtschaft grundlegend verändert hatte.

Es darf freilich nicht übersehen werden, daß sich schon unter dem alten System der Reformgeist zu regen begann. Dies gilt sowohl für den (gescheiterten) Versuch der Schaffung einer einheitlichen forstlichen Zentralstelle als auch für den Einsatz von Forstleuten in den Leitungsinstanzen und die Bemühungen im Bereich der Ausbildung, wo Württemberg unter Herzog Karl Eugen mit der Einführung des öffentlichen Unterrichts als erster deutscher Staat dem preußischen Vorbild folgte. Gerade das letzte Beispiel zeigt jedoch besonders anschaulich, daß die Abhängigkeit reformerischer Maßnahmen von der Person des jeweiligen Landesherrn keine Garantie für ihren Bestand zu bieten vermochte. Erst eine **staats-**

⁴⁷⁴⁾ Kritische Blätter Bd. V, Heft 1, S. 41.

politische Neuordnung und die Institutionalisierung zukunftsorientierter Einrichtungen im Rahmen eines zeitgemäßen Organisationsgefüges waren in der Lage, den dringend notwendigen Reformen der Forstverwaltung den Weg zu ebnen.

3. Die Periode der Reformen

Es ist eine bekannte Erfahrungstatsache, daß die Unterlassung einer den geistigen und sozialen Zeitströmungen folgenden organischen Entwicklung des politischen Lebens einen Reformstau zur Folge hat, der sich schließlich in einer radikalen Umgestaltung der Verhältnisse Bahn bricht. Dieser Zustand war an der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert nicht nur hinsichtlich der staatsrechtlichen Situation gegeben – man denke nur an den Autoritätsverfall des Reichs und die in Südwestdeutschland besonders kraß ausgebildete Kleinstaaterei –, sondern existierte auch im Bereich der Verwaltungsorganisation. Der Umbruch vollzog sich nach 1803 in wenigen Jahren. Der Zusammensturz des alten Reichs und die napoleonische Flurbereinigung hatten nicht nur den Untergang der meisten reichsunmittelbaren Territorien, sondern auch das Verschwinden der überkommenen Organisationsstrukturen zur Folge, weil sich die überlebenden Staatsgebilde in ihren vergrößerten Dimensionen nicht mehr mit den traditionellen Verwaltungsreformen regieren ließen.

In diesem Zusammenhang ergab sich die Möglichkeit, auch die Forstverwaltung von Grund auf zu erneuern. Die Voraussetzungen hierfür waren dadurch geschaffen worden, daß die Aufklärung im Laufe des 18. Jahrhunderts eine **Bildungsbewegung** in Gang gesetzt hatte, die zur Begründung der Forstwissenschaft und zur allmählichen Ablösung der im Sinne eines Abbaubetriebs praktizierten Nutzung der Wälder durch die produktive Nachhaltwirtschaft führte. Das Erscheinen kritischer Geister auf der bisher durch das unreflektierte und oft geradezu naive Kameralisten- und Jägertum beherrschten forstlichen Szene ist deshalb in der Tat als geistiger Ausgangspunkt der sich bereits vor der Jahrhundertwende ankündigenden Reformperiode zu betrachten. Um den Wandel herbeiführen zu können war es allerdings erforderlich, die Forstverwaltung zuvor von der jagdlichen Bevormundung zu befreien und eine fachlich vorgebildete Forstbeamtenschaft aufzubauen. Beide Vorgänge bildeten im Zusammenwirken mit der durch die Umgestaltung der gesamten Staatsverwaltung bewirkten Konstruktion eines neuen Organisationsgerüsts den zentralen Inhalt der großen Reformen der Forstorganisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

Die neuen Organisationsgrundsätze fanden erstmals Anwendung in Neuwürttemberg, einem vom bisherigen Herrschaftsbereich unabhängigen Staat, in dem Kurfürst Friedrich die Neuerwerbungen des Jahres 1803 zusammenfaßte und der auf diese Weise zum Experimentierfeld für das 3 Jahre später entstehende Königreich wurde, während im Gebiet des bisherigen Herzogtums (Altwürttemberg) die Verhältnisse unverändert bestehen blieben. Die wichtigste Maßnahme betraf die Bildung eines Forstdepartements als **forstliche Zentralstelle**. Die dadurch bewirkte Trennung der Forstverwaltung von der allgemeinen Verwaltung in der Leitungsinstanz stellte die unerläßliche organisatorische Voraussetzung für eine Aktivierung der Waldwirtschaft dar. Fast ein halbes Jahrtausend war vergangen, bis nach der Entstehung einer lokalen Forstorganisation nunmehr auch die Führungsspitze verselbständigt wurde und damit eine durchgehend eigenständige Fachverwaltung entstanden war. Insofern bedeutete dieser recht unauffällig vollzogene Schritt eine Weichenstellung von epochaler Tragweite, zumal sowohl die Leitung der neuen Zentrale einem Forstmann übertragen als auch im Gegensatz zu der im gleichen Jahr gebildeten badischen »Forstkommission« die Zusammensetzung dieser Behörde im Sinne einer Dominanz der Forsttechniker geregelt und damit eine der späteren Entwicklung weit vorausgreifende Lösung getroffen wurde. Die Organisation der neuwürttembergischen Bezirksverwaltung blieb hinter diesem Fortschritt meilenweit zurück, weil Kurfürst Friedrich die konsequente Übertragung des konventionellen altwürttembergischen Systems verlangte. Aus

diesem Grunde mußte auch Neuwürttemberg in großflächige Forst- und Hutsbezirke eingeteilt werden, obwohl die Mängel dieser jahrhundertealten Organisationsform klar erkannt wurden. Vor allem die Weitmaschigkeit des Dienstbezirksnetzes trat mit den zaghaft einsetzenden Bemühungen um eine Intensivierung des Forstbetriebs immer deutlicher als Nachteil in Erscheinung, weil mit ihr zwangsläufig eine erschreckende Diskrepanz von Dienstvorschriften und Dienstausbübung verbunden war. Die Konzentration aller bedeutenden Kompetenzen in der Hand der Oberforstmeister und die Einstufung der Förster als reine Vollzugsorgane mußte bei durchschnittlichen Forstamtsgrößen von 17000 ha und der forstgesetzlich vorgeschriebenen starken Einflußnahme auf die Bewirtschaftung aller Wälder eine extensive Führung des Dienstbetriebs zur Folge haben. Die katastrophalen Auswirkungen dieser nur mangelhaft kontrollierten »Försterwirtschaft« liegen angesichts der jagdlichen Beanspruchung, der Beteiligung am Forstschutz und der fehlenden Ausbildung des Vollzugspersonals auf der Hand. Der Versuch einer Verbesserung dieses unbefriedigenden Zustandes durch Einschaltung eines Oberförsters zwischen Forstamtsleiter und Förster scheiterte jedoch an der unnachgiebigen Haltung des Landesherrn.

Als die Erhebung des Landes zum Königreich im Jahre 1806 zur Vereinigung von Alt- und Neuwürttemberg führte, wurde mit der gesamten Staatsverwaltung auch die Forstverwaltung neu organisiert. Sie erhielt nach der Einführung der **Ministerialverfassung** einen 3stufigen Aufbau, der aus dem Finanzministerium, der forstlichen Zentralstelle als Mittelinstanz und der Bezirksverwaltung bestand. Das Finanzministerium wurde dadurch formell zur obersten Forstbehörde, doch trat es in dieser Eigenschaft praktisch nicht in Erscheinung, zumal es keinen forsttechnischen Referenten erhielt. Die gesamten Leitungsfunktionen wurden vielmehr von der Forstdirektion (mit später wechselnden Bezeichnungen) ausgeübt, die dem neuwürttembergischen Organisationsmodell nachgebildet war. Sie beseitigte damit zwar die bisher in Altwürttemberg immer noch bestehende Zersplitterung der leitenden Kräfte in den verschiedenen Kammern und die dort herrschende Monopolstellung der Verwaltungsbeamten, doch litt sie unter dem entscheidenden Mangel, daß ihre Spitze nicht mit einer fachlich qualifizierten Führungspersönlichkeit besetzt wurde. Impulse zur Erneuerung des Forstwesens konnten daher trotz ihrer fortschrittlichen organisatorischen Ausgestaltung von ihr zunächst nicht ausgehen. In der Bezirksverwaltung blieb es dem neuwürttembergischen Vorgang entsprechend ohnehin bei der altwürttembergischen Konzeption. Es erfolgte lediglich unter Anwendung einheitlicher Gesichtspunkte eine neue Einteilung der Dienstbezirke, die damit erstmals in der Geschichte der württembergischen Forstverwaltung eine systematische Ordnung erhielten. Trotzdem bleibt festzustellen, daß in diesen Jahren noch einmal ein anachronistisches Organisationsprinzip realisiert wurde, das den Anforderungen der Zeit nicht mehr gerecht wurde, zumal die Abgrenzung der Funktionen der einzelnen Dienstgrade unterblieb und daher von einer Ordnung des Dienstbetriebs keine Rede sein konnte. So imposant das Staatsgebäude war, das König Friedrich errichtete, so wenig konnte unter seiner absoluten Herrschaft der geistige Aufbruch erfolgen, der allein eine moderne Forstwirtschaft zu begründen imstande war. Die seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts in ersten Ansätzen erkennbare waldbaulich-produktive Tätigkeit kam während seiner Regierungszeit sogar weitgehend wieder zum Erliegen. Man kann daher ohne Übertreibung sagen, daß Fortschrittlichkeit im großen äußeren Rahmen, aber strengster Konservatismus im Innern die ersten anderthalb Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts bestimmten.

Die für eine Neuorientierung der Forstverwaltung erforderliche Klimaveränderung konnte erst eintreten, als König Wilhelm I. mit der Einführung der konstitutionellen Monarchie den **liberalen Verfassungsstaat** begründet und in diesem Zusammenhang auch die Vorherrschaft der unter seinem Vorgänger noch einmal zu höchster Blüte gelangten Jagd restlos beseitigt hatte. Es muß als Glücksfall in der württembergischen Forstgeschichte betrachtet werden, daß er die von ihm energisch weitergeführte Modernisierung des Staatsapparats

im Bereich der Forstverwaltung einem Mann übertrug – Johann Georg von **Seutter** –, der sich nicht mit einer Reorganisation begnügte, sondern eine geistige Erneuerung in die Wege leitete und dadurch zum Reformator des württembergischen Forstwesens wurde. Der Übergang zur planmäßigen Nachhaltswirtschaft und der auf dieser Grundlage einsetzende Waldaufbau sowie die Beseitigung der Adelsvorrechte bei der Besetzung der Forstämter und die dadurch ermöglichte Schaffung eines forstlichen Berufsbeamtentums mit regeltem Ausbildungsgang gehen auf ihn zurück. Die Jahre 1817 und 1818 können deshalb mit Fug und Recht als die **Geburtsstunde der modernen Forstwirtschaft** in Württemberg bezeichnet werden.

Durch die Forstorganisation von 1818 wurde der 3stufige Verwaltungsaufbau zwar prinzipiell beibehalten, doch traten insofern erhebliche qualitative Veränderungen ein, als das Finanzministerium einen forsttechnischen Referenten erhielt und außerdem die Forstverwaltung in das jetzt verstärkt ausgebaut Provinzialsystem einbezogen wurde. Die erste Maßnahme legte den Keim zur Entwicklung des Finanzministeriums als halbwegs funktionsfähige oberste Forstbehörde, während die zweite den Sprengstoff für den Forstrat als forstliche Zentralstelle lieferte. Zwar blieb dieser zunächst noch die maßgebliche forstliche Leitungsinstanz, doch stellte sich die Ausstattung der Regionalbehörden der Finanzverwaltung (Kreisfinanzkammern) mit Forsttechnikern als der Anfang eines Erosionsprozesses heraus, der 1827 mit der Aufhebung des Forstrats endete, weil eine sinnvolle Teilung der Leitungsfunktionen zwischen beiden Instanzen nicht möglich war. Im Gegensatz zu Preußen und Bayern, wo sich aufgrund der Größe beider Länder ein lebensfähiges Provinzialsystem entwickeln konnte und daher nach der 1817 bzw. 1818 erfolgten Eingliederung der regionalen forstlichen Leitungsbehörden Raum für eine leistungsfähige forsttechnische Zentrale blieb, erwies sich Württemberg in dieser Hinsicht als zu klein.

Bei der Organisation der Bezirksverwaltung mußte 1817/1818 eine Lösung gefunden werden, die den niedrigen Qualitätsstandard des Personals berücksichtigte. Das bedeutete, daß die traditionell geringe Zahl der Forstämter trotz der Einführung einer intensiven Waldwirtschaft nicht wesentlich erhöht werden konnte, weil es an gebildeten Forstleuten fehlte, die zu anspruchsvollen Tätigkeiten in der Lage waren. Seutter beschränkte daher ihre Kompetenzen auf Forstverwaltung, Forstpolizei und Kontrolle und verlegte den Schwerpunkt der Wirtschaftsführung in die Reviere, die an die Stelle der in dieser Hinsicht völlig unselbständigen Huten traten und deren Fläche dementsprechend vergrößert wurde. Auf diese Weise kam ein Organisationsprinzip zur Anwendung, das die Revierverwalter in gewisser Weise als neue Verwaltungsebene ins Spiel brachte und damit auf der formalen Grundlage des Revierförstersystems bereits den Übergang zum Oberförstersystem vorprogrammierte. Der komplizierte Mechanismus der Seutterschen Konzeption, ihre mangelhafte Vorbereitung und Durchführung sowie die Unfähigkeit zahlreicher Revierförster löste jedoch eine Gegenbewegung aus, die 1822 mit der Übertragung wichtiger Zuständigkeiten auf die Forstamtsleiter insbesondere auf dem Gebiet der Betriebsplanung die zu ihrer Zeit fortschrittlichste Forstorganisation in Deutschland durch ein lupenreines **Revierförstersystem** ersetzte. Auch in der forstpolitischen Entwicklung trat insofern eine Stagnation ein, als es nicht wie 1833 in Baden oder 1852 in Bayern zu einer systematischen Neuordnung des obsolet gewordenen Forstrechts kam, so daß im Gegensatz zu diesen Ländern von der Gesetzgebung keine Anstöße für die Modernisierung der Forstorganisation ausgehen konnten. Da sich die liberalen Strömungen in der Verwaltungspraxis Bahn brachen, waren Ungleichheit und Unsicherheit in der Arbeit der staatlichen Forstorgane im Körperschafts- und Privatwald die Folge der legislativen Untätigkeit. Alle 3 Faktoren – das Ausbleiben einer zeitgemäßen Forstgesetzgebung bis 1875/79, die Degradierung der Revierförster zu Hilfsorganen der Forstamtsleiter im Jahre 1822 und die Aufhebung einer kollegialen Leistungsinstanz 1827 – führten dazu, daß Württemberg, das am Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts Schrittmacherdienste für die Weiterentwicklung der

Forstorganisation geleistet hatte, im Vergleich zu den anderen deutschen Staaten immer mehr im Rückstand geriet. Symptomatisch für diesen Tatbestand ist das Faktum, daß erst 1879 die Forststrafjustiz an die ordentlichen Gerichte abgegeben wurde, nachdem dieser Schritt in fast allen anderen deutschen Ländern spätestens 1848 vollzogen worden war. Die lähmende Wirkung, die von der Beseitigung des Forstrats ausging, äußerte sich vor allem in der Unfähigkeit, die Einheit der Forstverwaltung sicherzustellen und ihr fortschrittliche Impulse zu vermitteln. Schon bald zeigte sich, daß die Ausstattung des Finanzministeriums mit einem oder zwei forsttechnischen Referenten nicht genügte, um eine kollegiale Leitungsinstanz zu ersetzen. Für die Bildung einer Ministerialforstabteilung, wie sie seit 1811 bzw. 1826 in Preußen und Bayern feststellbar ist, war aber im vergleichsweise kleinen Württemberg nach der Einrichtung regionaler Forstdienststellen kein Spielraum vorhanden. Die Zersplitterung der Führungsmannschaft durch ihre Verteilung auf das Finanzministerium und die 4 Kreisfinanzkammern mußte sich bei den zeitbedingt schlechten Kommunikationsmöglichkeiten als Kardinalfehler erweisen, der nur durch die Wiederherstellung einer leistungsfähigen Zentrale ausgemerzt werden konnte. Diese Maßnahme wurde 1850 durch die Abschaffung der Kreisfinanzkammern ermöglicht, die durch die Bauernbefreiung entbehrlich geworden waren. Dabei führte die Anwendung eines Kunstgriffs – die Forstdirektion fungierte gleichzeitig als Abteilung des Ministeriums – zu einer den räumlichen Verhältnissen des Landes angemessenen Lösung, die sowohl den politischen Erfordernissen als auch den fachlichen Bedürfnissen der Forstverwaltung gerecht wurde. Weitgehende Selbständigkeit und Betriebsnähe bei unmittelbarem Kontakt mit den politischen Entscheidungsträgern sowie Effektivität bei verhältnismäßig geringen Kosten kennzeichneten diese bis 1945 hervorragend funktionierende Konstruktion.

Während im Bereich der Leitungsebene die Revolution von 1848 positive Auswirkungen auf die Forstverwaltung ausübte, vermochte sie in der Bezirksverwaltung keine Veränderungen herbeizuführen, da der 1849 unternommene Versuch einer Gesamtreform ohne greifbares Ergebnis blieb. Die revolutionäre Bewegung war auf diese Weise in Württemberg für die Forstorganisation von weit geringerer Durchschlagskraft als in Baden, wo es 1849 zu einer Reorganisation nicht nur der zentralen, sondern auch der lokalen Verwaltungsinstanzen kam. Dennoch war auch in Württemberg die Entwicklung zu einer freieren Stellung der Revierverwalter, auf die sich das Schwergewicht der Waldwirtschaft trotz des Rückschlags von 1822 immer mehr verlagerte, nicht aufzuhalten, wobei die entscheidenden Anstöße vom Forstpersonal selbst ausgingen, das mit der Verbesserung der Ausbildung auch die Erweiterung seiner Kompetenzen anstrebte. Die restriktive Haltung der Führungsspitze, die nur widerstrebend diesen Forderungen nachgab, hatte zur Folge, daß die **Einführung des Oberförstersystems** Schritt um Schritt erkämpft werden mußte. Nachdem 1837 die jährliche und 1850 die periodische Betriebsplanung faktisch an die Revierverwalter übergegangen war und dadurch die Forstämter allmählich den Charakter reiner Aufsichtsorgane annahmen, die auf den Wirtschaftsbetrieb nur noch kontrollierend Einfluß nahmen, ergaben sich zunehmend Überschneidungen mit der Inspektionstätigkeit der Zentrale. Der durch entstehende Konflikt konnte nur durch eine Aufhebung der Forstämter gelöst werden. Dieser Schritt hätte in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts ohne weiteres vollzogen werden können, weil die entwicklungsgeschichtliche Funktion des Revierförstersystems als eines notwendigen Durchgangsstadiums erfüllt war, sobald Forstamtsleiter und Revierverwalter über den gleichen Bildungsgrad verfügten. Obwohl Württemberg bereits 1868 die Hochschulreife als Voraussetzung für den gesamten Forstverwaltungsdienst einführte, war man erst sehr spät bereit, die organisatorischen Konsequenzen aus dieser Maßnahme zu ziehen. Der Rückzug wurde sozusagen geordnet angetreten, indem die Führung der Forstverwaltung, der es zu jener Zeit an weitsichtigen und wagemutigen Persönlichkeiten fehlte, die Positionen bei hinhaltendem Widerstand etappenweise räum-

te. Dies lag zunächst einmal an der Tatsache, daß es keine forstlichen Mittelstellen gab, die naturgemäß durch die Möglichkeit der Angliederung eine Konzentration der lokalen Kontrollinstanzen begünstigten, wie die Beispiele Preußens (1850) und Bayerns (1885) beweisen. Der tiefere Grund ist jedoch in charakteristischen Wesensmerkmalen der schwäbischen Mentalität zu suchen, die während dieser Phase in besonderer Weise das Handeln der Führungskräfte bestimmte. Umsicht und Solidität in der praktischen Arbeit, aber auch eine nicht zu übersehende Enge des Denkens und die Einkapselung in der kleinräumigen Überschaubarkeit der heimischen Verhältnisse führten dazu, daß Württemberg schließlich zur forstorganisatorischen Nachhut in Deutschland wurde. Allerdings bestand auf dem Hintergrund einer glänzenden Ertragslage, die das Produkt einer intensiven Wirtschaft und einer sparsamen Verwaltung war, auch wenig Veranlassung, das bestehende Verwaltungssystem aufzugeben, dem die Verantwortlichen die positiven Betriebsergebnisse letztlich zuschrieben. Der Kostendruck, der beispielsweise Preußen schon 1850 zur Aufgabe des Revierförstersystems bewog, bestand in Württemberg nicht. Wäre nicht der Einfluß der Nachbarstaaten Baden und insbesondere Bayern gewesen – beide Länder gingen 1868 bzw. 1885 zum Oberförstersystem über – und hätte nicht Hugo **Speidel** beharrlich und zielstrebig eine fortschrittliche Organisationspolitik betrieben, so wäre eine zeitgemäße Einrichtung des Forstdienstes vermutlich noch länger hinausgezögert worden. Als dann im Jahre 1902 die Forstämter (alter Ordnung) wegfielen und alle Aufsichtsfunktionen in der Forstdirektion vereinigt wurden, war damit nicht nur die Voraussetzung für die volle Ausschöpfung der Produktivkräfte des Forstpersonals geschaffen, sondern auch das Fundament für den Ausbau der Zentrale zu einem schlagkräftigen Instrument der Betriebsführung gelegt, da sich Ferdinand Graner mit seinem Vorschlag einer territorialen Gliederung der Leitungsinstanz glücklicherweise nicht durchsetzen konnte. Die Forstorganisation Speidels leistete im übrigen durch den Übergang zu einem 2stufigen Aufbau auch einen wertvollen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung, nachdem 1827–1850 ein 4stufiges (Revierverwalter – Forstämter – Kreisfinanzkammern – Finanzministerium) und 1850–1902 ein 3stufiges (Revierverwalter bzw. Revierämter – Forstämter – Forstdirektion) System praktiziert worden war. Was die Verkürzung des Instanzenwegs bei den vergleichsweise bescheidenen technischen Hilfsmitteln für die Verbesserung des Informationsflusses bedeutete, liegt auf der Hand. Württemberg hatte auf diese Weise im Laufe eines Jahrhunderts der Reformen die Grundzüge einer modernen Forstverwaltung entwickelt, die keiner prinzipiellen Umgestaltung mehr bedurfte.

4. Die Periode der Reifung

Selbstverständlich spielten sich auch nach 1902 in der württembergischen Forstverwaltung organisatorische Veränderungen ab, doch berührten sie weit weniger als im 19. Jahrhundert die Substanz des Organisationssystems, erfaßten jeweils nur Teilbereiche und wurden fast nie auf der Grundlage eines vorbereiteten Plans vollzogen. Von Reformen kann daher in dieser Periode nicht gesprochen werden. Sie waren auch nicht mehr erforderlich; es ging jetzt vielmehr darum, die vorhandene Organisationsstruktur dem Wandel der betrieblichen und personalpolitischen Verhältnisse anzupassen. Die Entwicklung der Forstdirektion als Zentralstelle ist während dieses Zeitraums durch die Ausbildung von Sachreferaten gekennzeichnet, die zunehmend die Inspektionstätigkeit in den Hintergrund drängten. Die auf der Ebene des Forstamts ohne schwerwiegenden Eingriff in das Organisationsgefüge nicht oder nur sehr bedingt vollziehbare **Spezialisierung**, die durch die fortschreitende Differenzierung des Fachwissens und der Aufgabenstellung notwendig geworden war, wurde auf diese Weise in der Zentrale mit Hilfe der Arbeitsteilung realisiert. Eine fachliche Aufspaltung der Bezirksverwaltung und damit die Zerstörung der auf dem Territorialprinzip aufbauenden Forstamtsorganisation konnte somit durch

eine Verlagerung der arbeitsteiligen Vorgänge auf eine höhere Ebene verhindert werden, der dadurch über die Leitungsfunktion hinaus auch Beratungsaufgaben übertragen wurden. Es ist allerdings kaum zu bestreiten, daß dieser bis heute andauernde Prozeß die Überbewertung der Kontrolle im 19. Jahrhundert in ihr Gegenteil verkehrte, so daß ein deutliches Inspektionsdefizit entstand, das auch durch eine noch so ausgefeilte Forststatistik nicht ausgeglichen werden kann.

So wesentlich diese Schwerpunktverlagerung auch war, so blieb sie doch ein verwaltungsinterner, äußerlich kaum erkennbarer Vorgang. Eine neue Gestalt erhielt die Leitungsinstanz nach vorsichtigen Ansätzen im kurzlebigen Nachkriegsgebilde Württemberg-Baden erst mit der Entstehung des Landes Baden-Württemberg, das aufgrund seiner räumlichen Ausdehnung ein funktionsfähiges Provinzialsystem mit regional zuständigen Mittelbehörden entwickeln konnte. Südwestdeutschland folgte damit dem in Bayern und Preußen schon im 18. und 19. Jahrhundert ausgebildeten 3stufigen Organisationsschema, allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, daß die Forstdirektionen als höhere Sonderbehörden unabhängig von den Mittelinstanzen der allgemeinen Verwaltung blieben, wodurch in Übereinstimmung mit der württembergischen Forstverwaltungstradition ihre Eigenständigkeit und Beweglichkeit gewährleistet werden konnte. Die Überleitung der ministeriellen Spitze vom traditionellen Finanzressort auf den neu entstandenen agrarischen Sektor entsprach dem sich anbahnenden Funktionswandel der Forstwirtschaft und kann daher als sachgemäße Entscheidung gelten.

Für die Bezirksverwaltung ist weder das Scheitern des Versuchs einer Ausscheidung von Sonderbezirken für den Nachwuchs noch die Ausstattung der Forstämter mit dem erforderlichen bürotechnischen Unterbau das herausragende Ereignis, sondern der Übergang vom Oberförster- zum **Forstamtssystem**. Im Laufe der 2. Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte sich der Betriebsvollzug, an dem früher auch der Revierverwalter beteiligt war, von der Betriebsleitung abgespalten und durch die vollständige Übertragung dieser Aufgabe auf das bisherige Schutzpersonal zur Ausbildung einer neuen Beamtenkategorie geführt, deren gewachsenes Selbstbewußtsein nach Anerkennung verlangte. Als mit der Weimarer Republik die soziale Bewegung starken Auftrieb erhielt und die Demokratisierung des öffentlichen Lebens die Interessenvertretung der unteren Volksschichten erleichterte, entlud sich der aufgestaute Unmut über die unbefriedigende wirtschaftliche und dienstliche Lage der Betroffenen im »Försterkrieg«. Dabei zeigte sich, daß aufgrund der Bedeutung des Staatswalds in Württemberg nicht Baden als Bezugspunkt für das untere Forstpersonal diente, sondern Preußen, das schon seit 1831 den Förstertitel verlieh und dementsprechend einen qualifizierteren Ausbildungsgang vorgeschrieben hatte. Die Gegensätze in den Auseinandersetzungen traten deshalb in Württemberg viel schärfer in Erscheinung als im westlichen Nachbarland, in dem der Gemeindewald eindeutig dominierte. Der aus dem Kampf um die Einführung des Forstlehrlingssystems resultierende Aufstieg des unteren Forstpersonals in den gehobenen Dienst konnte allerdings erst im 3. Reich durchgesetzt und in der Nachkriegszeit zum Abschluß gebracht werden, so daß die Beteiligung der Forstbetriebsbeamten am Planungsprozeß und die Erweiterung ihres Tätigkeitsfeldes im Bereich des Betriebsvollzugs erst zur Entfaltung kam, als Württemberg im Südweststaat aufgegangen war. Dasselbe gilt für die Dienstbezirksgrößen, die nach einer längeren Zeit der Stagnation seit den fünfziger Jahren kräftig nach oben tendierten, wobei nicht nur der Einsatz des Kraftfahrzeugs, sondern zweifellos auch die funktionalen Verschiebungen im Verhältnis der Laufbahnen als Treibsatz wirkten. In dieser Beziehung ist zu berücksichtigen, daß nach dem Ende des 2. Weltkriegs die Forstämter in ihrem Zuschnitt immer noch weitgehend dem Grundmuster entsprachen, das 1818/1822 für die damaligen Reviere entworfen und seither in dieser Beziehung nicht mehr systematisch fortentwickelt worden war. Der Spielraum für eine Annäherung der württembergischen an die um ca.

50 % größeren badischen Forstbezirke nach der Bildung des Landes Baden-Württemberg war daher durchaus gegeben. In gleicher Weise konnten auch die Betriebsdienstbezirke aufgestockt werden, zumal die ebenfalls verbesserte Ausbildung der Waldarbeiter Entlastungsmöglichkeiten geschaffen hatte. Alle diese Veränderungen ließen jedoch die Grundgedanken der Forstorganisation unangetastet, da das Forstamt als Verwaltungsinstanz und betriebliche Einheit und damit auch die Gesamtverantwortung des Forstamtsleiters ungeschmälert erhalten blieb. Man kann daher den Zeitraum seit 1902 wohl zu Recht als eine Periode der Reifung der im 19. Jahrhundert entwickelten forstorganisatorischen Grundformen bezeichnen.

Es ist schwer zu sagen, ob dieser Prozeß schon abgeschlossen ist bzw. wie lange er noch dauern wird. Vor allem bleibt offen, welche organisatorischen Folgen von der Institution des Forstwirtschaftsmeisters und vor allem von der Ausbildung des gehobenen Forstdienstes an der Fachhochschule ausgehen können. Nach den historischen Erfahrungen sind Konsequenzen zumindest langfristig keinesfalls auszuschließen. Dabei spielt es keine Rolle, daß entsprechende Absichten mit diesen aufgrund allgemeiner bildungspolitischer Entscheidungen getroffenen Maßnahmen nicht verbunden waren. In sehr viel stärkerem Maße als im 19. Jahrhundert sind allerdings heutzutage grundsätzliche Änderungen der Forstorganisation von Faktoren abhängig, die sich der Einflußnahme der Forstverwaltung entziehen, weil die Einheitlichkeit des Aufbaus der staatlichen Verwaltung und insbesondere ihrer Personalstruktur ein weitaus größeres Gewicht als früher hat. Die weitere Entwicklung ist deshalb kaum abzuschätzen. Auf alle Fälle dürfte sowohl der Übergang in eine neue Größendimension der Dienstbezirke als auch eine verstärkte Anwendung des Funktionalprinzips auf Kosten der territorialen Zuständigkeit des örtlichen Forstpersonals die Grenzen des Forstamtssystems sprengen und damit erneut eine fundamentale Umformung der Forstorganisation erforderlich machen. Da die Forstverwaltung in ihrer derzeitigen Verfassung den Anforderungen der Zeit durchaus gerecht zu werden vermag, besteht zu solch spekulativen Überlegungen jedoch kein aktueller Anlaß.

Die Sichtung des vorliegenden Materials erlaubt über die Rekonstruktion der historisch faßbaren Vorgänge hinaus noch folgende **allgemeine Feststellungen**:

- Die Geschichte der württembergischen Forstorganisation im Sinne eines funktionalen Entwicklungsprozesses ist im wesentlichen eine **Geschichte des 19. Jahrhunderts**. Zwischen 1803 und 1902 vollzog sich der Wandel einer mit zahlreichen mittelalterlichen Relikten behafteten Rechts-, Polizei- und Vermögensverwaltung zur modernen Wirtschafts-, Aufsichts- und Dienstleistungsverwaltung. Vor diesem Zeitraum liegt eine lange Periode forstorganisatorischer Stabilität, denn der nach dem Abschluß der Aufbauphase seit der Mitte des 16. Jahrhunderts feststellbare Wechsel im Erscheinungsbild der lokalen Verwaltungseinheiten war nie das Ergebnis einer systematischen Entwicklung, sondern ein Produkt äußerer oder sogar zufälliger Faktoren. Nach der Einführung des Oberförstersystems zu Beginn des 20. Jahrhunderts spielten sich – wenn man von der Einordnung des Forstbetriebsdienstes in das Verwaltungsgefüge im Rahmen des Forstamtssystems absieht – ebenfalls keine tiefgreifenden Veränderungen ab. Die Forstverwaltung hatte mit ihrem neuen Rollenverständnis die dafür erforderliche zweckentsprechende Grundform gefunden, die nur noch der Ausreifung bedurfte.
- Die geschilderte Entwicklung der Forstverwaltung, die mit der Erarbeitung rationaler Grundsätze für die Waldbehandlung korrespondiert, ging nicht ohne Schwierigkeiten vor sich. Sie durchlief mehrere »Häutungsphasen«, denen meist schmerzliche Konvolutionen vorausgingen. Das entscheidende Stimulus war hierbei der vorhandene oder angestrebte **Bildungsstand** der verschiedenen Beamtenkategorien, der – von oben nach unten fortschreitend – kontinuierlich anstieg, bis schließlich das ganze Forstpersonal von der Bildungswelle erfaßt war. In ähnlicher Weise wurde ausgehend vom Staatswald gleichsam in konzentrischen Kreisen das Arbeitsfeld über den Körperschaftswald bis hin

- zum (Klein-)Privatwald erweitert und dann in diesen Bereichen ständig vertieft.
- Charakteristisch für die württembergische Forstorganisation ist die ungebrochene Kontinuität der **Einheitsverwaltung** für alle Waldbesitzarten, deren Zweckmäßigkeit unter den gegebenen Voraussetzungen niemals ernsthaft bestritten wurde. Der grundlegende Wandel in der Aufgabenstellung von der forstpolizeilichen Aufsicht zur treuhänderischen Bewirtschaftung des Körperschaftswaldes und fördernden Beratung des Privatwaldes konnte zwar nach dem Eindringen liberaler wirtschaftspolitischer Ideen nur über eine Periode reduzierter forstpolitischer Aktivität und der daraus resultierenden Schwerpunktverlagerung auf den Staatswald bewerkstelligt werden, doch blieben die Organisationsgrundsätze davon weitgehend unberührt.
 - Die ausschließliche Zuständigkeit der Forstverwaltung als der für alle mit der Waldwirtschaft zusammenhängenden Fragen kompetenten Fachverwaltung wurde zu keinem Zeitpunkt prinzipiell angetastet oder durch eine Vermengung mit anderen Sachbereichen – etwa der Verwaltung der staatlichen Domänen – verwischt. Auch die in Württemberg besonders ausgeprägte Gemeindeselbstverwaltung änderte daran nichts. Zwar wurde durch das Körperschaftsforstgesetz von 1875 das Innenministerium formell zur obersten Forstbehörde, doch übte diese Funktion in Wirklichkeit die Körperschaftsforstdirektion aus, die entsprechend der im Verhältnis zwischen Forstdirektion und Finanzministerium getroffenen Regelung gleichzeitig die fachlich zuständige Ministerialabteilung der Innenverwaltung war.⁴⁷⁵⁾ Die neue Behörde, in der das forsttechnische Element nicht überstimmt werden konnte, erwies sich als geradezu geniale Lösung, die unter Berücksichtigung kommunalpolitischer Aspekte die Wahrung der forstlichen Einheitsverwaltung im Bereich des Körperschaftswaldes ermöglichte. Sie verhinderte eine Aufspaltung der Zentrale in eine forsttechnische und eine forstpolizeiliche Leitungsinstantz, wie dies in Baden von 1834 bis 1849 der Fall war. In der Bezirksverwaltung blieben ohnehin die Forstämter zuständig, wobei die Einräumung des Wahlrechts zwischen eigenen und staatlichen Wirtschaftsführern zunehmend eine Übertragung der Bewirtschaftung an die staatlichen Forstorgane zur Folge hatte. Das württembergische System der forsttechnischen Betriebsaufsicht bei fakultativer Anschlußmöglichkeit an die Einrichtungen der Staatsforstverwaltung führte damit in der Praxis mit der Zeit zu ähnlichen Resultaten wie die in Baden praktizierte staatliche Beförderung. Darüber hinaus entwickelte Württemberg mit dem Angebot einer vertraglichen Übernahme des Forstschutzes im Körperschaftswald durch das staatliche Forstpersonal den Ansatz für die spätere Einbeziehung des Forstbetriebsdienstes in die Einheitsverwaltung. Mit der allmählichen Ausdehnung dieser auf das frühe 19. Jahrhundert zurückgehenden Praxis wurde eine Weichenstellung von erheblicher forstpolitischer und forstorganisatorischer Tragweite vorgenommen, die nach der Bildung des Landes Baden-Württemberg auch auf den badischen Landesteil ausstrahlte. So mangelhaft die gesetzliche Regelung des körperschaftlichen Forstschutzes in Württemberg war, so fortschrittlich und zukunftsfruchtig erwies sich hier der im Laufe der Zeit zwar behutsam, aber konsequent in die Tat umgesetzte Gedanke der Kooperation von staatlicher und kommunaler Verwaltung im Forstbetrieb. Diese jeweils unter strikter Beachtung des Eigentümerwillens vollzogene Entwicklung war nur möglich, weil die Arbeit der württembergischen Forstleute im Gemeindewald als kommunalpolitisch sinnvoll anerkannt und deshalb folgerichtig mit immer neuen Vertrauensbeweisen beantwortet wurde. Es gibt weder im 19. noch im 20. Jahrhundert Hinweise darauf, daß die Vereinigung privatwirtschaftlicher und öffentlicher Aufgaben in der staatlichen Forstverwaltung von den Waldbesitzern als Problem empfunden oder gar unter dem Aspekt der Konkurrenzsituation gesehen worden ist. Auf diese Weise kam es im Körperschaftswald zu einer fortschreitenden und bis heute anhal-

⁴⁷⁵⁾ Das baden-württembergische Landeswaldgesetz vom 10. 2. 1976 trug der Realität insofern Rechnung, als es die Körperschaftsforstdirektionen dem Ernährungsministerium unterstellte (§ 62).

tenden Angleichung zunächst der organisatorischen und personellen Verhältnisse und schließlich auch der waldbaulichen Zustände an den Staatswald. Diese Feststellungen gelten mutatis mutandis auch für die Tätigkeit der Forstverwaltung im Privatwald, wo sich die der württembergischen Forstorganisation zutiefst wesensfremde Sonderverwaltung des Reichsnährstands nicht halten konnte. Nicht einmal die von Graner 1892 vorausgesagte Übertragung der Forstpolizei vom Finanz- auf das Innenministerium kam zustande.⁴⁷⁶⁾

- Eine weitere Eigentümlichkeit der württembergischen Forstverwaltung kann in der starken Betonung des **Kollegialprinzips** in den Leitungsinstanzen gesehen werden. Ursprünglich als Bollwerk gegen die Willkür des Landesherrn allgemein verbreitet, wurde es später durch das beweglichere Bürosystem ersetzt. Wo sich die kollegiale Verfassung nach der Einführung einer rechtsstaatlichen Verwaltungspraxis bis zum 3. Reich erhielt wie beispielsweise in der Forstdirektion, war sie durch die Absicht motiviert, in einer Zeit noch weithin ungesicherter fachlicher Erkenntnisse die mit dem Wechsel des Chefs möglicherweise verbundene abrupte Änderung der Wirtschafts- und Verwaltungsgrundsätze zu vermeiden. Ganz allgemein wollte man dadurch den Entscheidungsprozeß auf einem breiten Fundament aufbauen, was bei entsprechender Konstellation allerdings auch zur Abbremsung fortschrittlicher Entwicklungen führen konnte. Das kollegiale Leitungsprinzip wurde nach der zeitbedingten Unterbrechung von 1933 bis 1945 wieder aufgegriffen und hat sich bis heute in Form der wöchentlichen Referentenbesprechungen sowohl in den Forstdirektionen als auch in der Abteilung Landesforstverwaltung des Ernährungsministeriums gehalten. Bei sachgerechter Handhabung ist diese Kombination von Büro- und Kollegialsystem in der Lage, als modernes Führungsinstrument sowohl die Vorbereitung wichtiger Entscheidungen als auch die gegenseitige Information zu verbessern. In seiner klassischen Ausprägung existiert das Kollegialprinzip heute noch in den Körperschaftsforstdirektionen, die im Landeswaldgesetz von 1976 für das ganze Land Baden-Württemberg übernommen worden sind. Hatte die Zusammenfassung forsttechnischer, administrativer und kommunaler Beamten zu einem Kollegium zunächst den Zweck verfolgt, die angemessene Berücksichtigung gemeindeökonomischer Interessen in der Gemeindewaldwirtschaft zu gewährleisten, so steht nach dem Schwund der finanzwirtschaftlichen Funktion des Gemeindewalds als Stütze der kommunalen Haushalte die Harmonisierung ökologischer und planerischer Gesichtspunkte bei der Entscheidung über Umwandlungs-(Rodungs-)anträge der Gemeinden im Vordergrund. Sowohl die Referentenbesprechungen als auch die Körperschaftsforstdirektionen beweisen, daß unter gewissen Voraussetzungen traditionelle Verwaltungsformen durchaus der Wandlung fähig sind und bei entsprechender inhaltlicher Veränderung auch der Verwirklichung moderner Zielsetzungen fruchtbar gemacht werden können.
- Besonders offenkundig wird in der württembergischen Forstverwaltungsgeschichte der letzten anderthalb Jahrhunderte die **konservative Grundhaltung** der Führungsschicht sichtbar, die organisatorischen Änderungen meist abgeneigt war. Aus der historischen Rückschau muß in diesem Zusammenhang konstatiert werden, daß die Verantwortlichen in der Regel dazu neigten, die Qualität der bestehenden Verhältnisse zu überschätzen. Nur unter Seutter gingen die Initiativen zur Umformung der Forstverwaltung von der Zentrale aus, wobei die geschichtliche Einmaligkeit seiner Situation zu berücksichtigen ist. Ein vergleichbarer Vorgang hat sich später nicht mehr abgespielt. Als Speidel dem Oberförstersystem in der Forstdirektion und im Finanzministerium zum Durchbruch verhalf, war er sozusagen der Vertreter des Außendienstes, durch den der Boden für diesen Schritt vorbereitet worden war. Beiden Fällen ist jedoch gemeinsam, daß überragende Persönlichkeiten in das Geschehen eingriffen und den Gang der Entwicklung

⁴⁷⁶⁾ Graner, F.: Forstgesetzgebung und ... S. 271.

maßgeblich bestimmten. Soweit der forstorganisatorische Fortschritt nicht auf politischen Ereignissen beruhte, kam er im übrigen aufgrund der konsequenten und unbeeinträchtigten Verfolgung systemverändernder Ideen durch die Bediensteten zustande, die ihre Vorstellungen in mehr oder weniger langen Zeiträumen immer weitgehend durchsetzen konnten, wenn ein breiter Konsens wesentlicher Gruppierungen des Personals herzustellen war.

- Als typisch württembergisches, in ganz Süddeutschland beispielloses Phänomen ist zweifellos der Einbau **militärischer Elemente** in die Forstorganisation zu betrachten. Sie sind in diesem Umfang eigentlich nur noch in Preußen feststellbar, doch traten sie dort im Gegensatz zu Württemberg auf der Ebene der Wirtschaftsführung in Erscheinung. Im 18. Jahrhundert war die Rekrutierung des unteren Forstpersonals aus ehemaligen Soldaten überwiegend durch die exorbitante Rolle der höfischen Jagd bedingt, die dem absolut regierenden Landesherrn die Unterbringung der Gedienten in der Forstverwaltung geeignet erscheinen ließ und ihm außerdem die Gewinnung des erforderlichen Nachschubs für die Gardeeinheiten erleichterte. Dagegen ist im 19. Jahrhundert der Einsatz des Militärs bzw. militärisch vorgebildeten Personals in der Forstverwaltung darauf zurückzuführen, daß der **Forstschutz** in Württemberg wegen des beträchtlichen Staatswaldbesitzes und der hohen Bevölkerungsdichte in den landwirtschaftlich ungünstig strukturierten Regionen für die Gestaltung der Forstorganisation von ungleich größerer Bedeutung war als in den Nachbarstaaten Baden und Bayern. Die militärische Tradition war aus diesem Grunde in der württembergischen Forstverwaltung so stark verwurzelt, daß sie erst 1918 mit der Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht ihr Ende fand.
- Die Geschichte der württembergischen Forstorganisation läßt **schließlich** deutlich erkennen, daß sich Funktion, Bildungsstand und organisatorischer Rahmen im Gleichgewicht befinden müssen, wenn Störungen vermieden werden sollen. Sobald sich einer dieser 3 Faktoren nicht mehr in Übereinstimmung mit den beiden anderen befand, kam es zu Veränderungen, bis ein neuer Gleichgewichtszustand erreicht war. Nicht selten wurde von den Verantwortlichen übersehen, daß es bei der Gestaltung der Forstorganisation nicht genügt, die Entscheidungen sachorientiert zu treffen. Die Forstverwaltung ist wie jede andere soziale Gemeinschaft auf die Menschen angewiesen, die in ihr arbeiten. Es hat sich als notwendig erwiesen, die legitimen Bedürfnisse dieser Menschen zu erkennen und sie im Rahmen der organisatorischen Möglichkeiten zu berücksichtigen. Es gibt zwei Äußerungen, die beide Betrachtungsweisen präzise zum Ausdruck bringen. Christoph Wagner vertrat während des »Försterkriegs« am 25. 2. 1921 vor dem Landtag die Auffassung, er setze als selbstverständlich voraus, »daß für Änderungen in der Organisation immer nur maßgebend sein könne das Bedürfnis der Verwaltung und nicht etwa der Wunsch irgendwelcher Beamtungsklassen«. ⁴⁷⁷⁾ Dagegen war der Abgeordnete Hermann bei einer Diskussion über die Einführung des Oberförstersystems am 24. 5. 1895 in der Zweiten Kammer der Meinung, der Verzicht auf berechnete persönliche Ansprüche – gemeint war das Einrücken in eine selbständige dienstliche Stellung in angemessenem Lebensalter – gleiche »einem Verzicht auf die gesunden Bedingungen des Lebens und Lebensglück« und sei daher nicht tragbar. ⁴⁷⁸⁾ Aus diesen beiden gegensätzlichen Positionen entwickelte sich der Kampf um den **Ausgleich objektiver und subjektiver Interessen**, der sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der württembergischen Forstorganisation zieht. Es ist keine Frage, daß es äußerst schwierig war, diesen Ausgleich herbeizuführen. So könnte über dieser Geschichte der Satz stehen, den Hugo Speidel seinem 1876 erschienenen glänzenden Aufsatz über das württembergische Forstschutz- und Hilfspersonal als Motto vorangestellt hat: Errare humanum, humanius in humanis – Irrren ist menschlich, besonders dort, wo man es mit Menschen zu tun hat.

⁴⁷⁷⁾ Prot. S. 1462.

⁴⁷⁸⁾ Prot. S. 672.

Verzeichnis der Abkürzungen

AFJZ	Allgemeine Forst- und Jagdzeitung
Bd.	Band
Bü.	Büschel
Fw. Cbl.	Forstwissenschaftliches Centralblatt
HSTA	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
Reg.Bl.	Regierungsblatt für Württemberg
RGBl.	Reichsgesetzblatt
STA	Staatsarchiv Ludwigsburg

Quellen- und Literaturverzeichnis

A) Archivalische Quellen

Die archivalischen Quellen sind zitiert nach Maurer, H. M./Sauer, P.: »Übersicht über die Bestände des Hauptstaatsarchivs Stuttgart« (Bd. 32/33) der Veröffentlichungen der Archivverwaltung Baden-Württemberg) und Müller, K. O.: »Gesamtübersicht der Bestände der staatlichen Archive Württembergs in planmäßiger Einteilung« (D-Bestände und Landtagsarchiv).

Die mit HSTA bezeichneten Bestände befinden sich im Hauptstaatsarchiv Stuttgart, die mit STA bezeichneten im Staatsarchiv Ludwigsburg.

HSTA	A 6	Kabinettsakten Herzog Eberhard Ludwig (1721–1733)
	A 7	Kabinettsakten Herzog Karl Alexander (1733–1737)
	A 8	Kabinettsakten Herzog Karl Eugen (1736–1805)
	A 15	Kabinettsakten (Besitzergreifung und Organisation neuer Landesteile 1802 bis 1807)
	A 22	Obristjägermeisteramt,
	A 39	Generalrescripte
	A 59	Forstsachen
	A 202	Geheimer Rat
	A 203	Geheimer Rat: Landstände
	A 227	Oberrat: Forst, Wald und Jagd
	A 248	Rentkammer
	A 282	Kirchenrat: Verschlossene Registratur
STA	D 1	Oberlandesregierung in Ellwangen
	D 2–3	Hofkammer Ellwangen
HSTA	E 6	Kabinettsakten I: Hofstaat und Kabinett
	E 7	Kabinettsakten I: Staatsverwaltung im allgemeinen
	E 13	Kabinettsakten I: Ministerium der Finanzen
	E 14	Königliches Kabinett II
	E 31	Geheimer Rat I
	E 33	Geheimer Rat II
	E 130a	Staatsministerium I
	E 130b	Staatsministerium II
	E 132	Pressestelle des Staatsministeriums
	E 146	Ministerium des Innern III
	E 221	Finanzministerium I
	E 222	Finanzministerium II
STA	E 227	Sitzungs- und Amtsprotokolle von Zentral- und Mittelbehörden aus dem Departement der Finanzen
	E 228	Kreisfinanzkammer Ludwigsburg
	E 230	Kreisfinanzkammer Reutlingen
	E 234	Kreisfinanzkammer Ulm
	E 245	Forstrat
	E 246	Neue Forstsachen
	LA	Landtagsarchiv: Materienregistratur
	LD	Landtagsarchiv: Tomi Actorum Provincialium Wirtembergicum

Alte Registratur der Forstdirektion Stuttgart

Alte Registratur der Forstdirektion Tübingen

Alte Registratur des Forstamts Böblingen

B) Sonstige Quellen

Herzoglich Württembergisches Adreßbuch (1736–1806, lückenhaft).

Allgemeine Deutsche Biographie. Leipzig 1875–1910.

Amtsblatt der Kgl. Württ. Oberfinanzkammer (1857–1894).

Amtsblatt des Finanzministeriums (1895–1944).

Württembergisches Hof- und Staatshandbuch (1807–1914, lückenhaft).

Forststatistische Mitteilungen aus Württemberg (1882–1945).

Hauptfinanzetats bzw. Staatshaushaltspläne.

Das Königreich Württemberg. Stuttgart 1863 und 1882.

Neuer Nekrolog der Deutschen. Ilmenau/Weimar 1824–1852.
 Oberamtsbeschreibung Urach. 2. Auflage 1909.
 Oberamtsbeschreibung Münsingen. 2. Auflage 1912.
 Württembergisches Regierungsblatt (1806–1944).
 Regierungsblatt für Württemberg-Baden (1946–1952).
 Regierungsblatt für Württemberg-Hohenzollern (1947–1952).
 Reichsgesetzblatt.
 Reichsministerialblatt der Forstverwaltung.
 Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten (1820–1918).
 Verhandlungen der Kammer des Standesherrn (1820–1918).
 Verhandlungen des Landtags des freien Volksstaats Württemberg (1920–1933).
 Die 12. Versammlung der süddeutschen Forstwirte an Pfingsten 1855 in Stuttgart. Stuttgart 1855.
 Zusammenstellung allgemeiner Verfügungen der Kgl. Württ. Forstdirektion 1864–1894.
 Denkschrift der Kgl. Württembergischen Revieramtsassistenten und Forstreferendäre I. Kl. betr. ihre derzeitige und künftige dienstliche Stellung und ihre Gehaltsverhältnisse. (Februar 1900)
 Denkschrift der Kgl. Württ. Forstamtmänner über die Erprobung der mit der neuen Forst-Organisation geschaffenen Amtmannsbezirke. (Bietigheim, Mai 1904)
 Denkschrift der Oberförster über die mit der neuen Forstdienst-Einrichtung vollzogene Zuteilung eigener Dienstbezirke an die Forstamtmänner. (1904)
 Dienstanweisung für die Kgl. Württ. Forstschutzwache 1857 und 1859.
 Dienstanweisung für die Kgl. Württ. Waldschützen und Forstwärte 1859.
 Dienstanweisung für die Kgl. Württ. Forstschutzwächter 1881.
 Dienstanweisung für die Kgl. Württ. Forstwärte 1894 und 1911.
 Dienstinstruktionen für das Kgl. Württ. Forst-Personal 1818 und 1822.
 Allgemeine Dienstvorschriften der Kgl. Württ. Forstdirektion 1902.
 Allgemeine Dienstvorschriften für die württ. Staatsforstverwaltung 1925.
 Außerdem wurden Unterlagen des Vereins höherer württembergischer Staatsforstbeamten (freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Forstdirektor a. D. Neunhöffer) und Aussagen von Präsident a. D. Rau sowie Oberlandforstmeister a. D. Stoll verwertet.

C) Literatur

- Abetz, K.:** Bäuerliche Waldwirtschaft. Hamburg und Berlin 1955.
Adam, A. E.: Württembergische Landtagsakten 1593–1620. Stuttgart 1910–1919.
Anonymus: Württemberg in den Jahren 1848 und 1849. Stuttgart 1851.
Bader, K. S.: Der deutsche Südwesten in seiner territorialstaatlichen Entwicklung. Stuttgart 1950.
Benthaim, v. O.: Das Oberförstersystem in den deutschen Staatsforstverwaltungen. Berlin 1908.
Bernhardt, A.: Die Geschichte des Waldeigentums, der Waldwirtschaft und Forstwissenschaft in Deutschland. Band 1–3. Berlin 1872–1875.
Dehlinger, A.: Württembergs Staatswesen in seiner geschichtlichen Entwicklung bis heute. Band 1, 2. Stuttgart 1951 und 1953.
Denk, E.: Das württembergische Finanzarchiv. Stuttgart 1907.
Dieterich, V.: Friedrich von Graner. Lebensbilder aus Schwaben und Franken. Band 7, S. 352. Stuttgart 1960.
Endres, M.: Handbuch der Forstpolitik. 2. Auflage. Berlin 1922.
 — Entwurf einer Forstorganisation in Württemberg. Stuttgart 1849.
Erdmann, F.: Die Försterbewegung. Berlin 1922.

- Erzberger, M.:** Die Säkularisation in Württemberg von 1802 bis 1810. Stuttgart 1902.
- Fink, F. W.:** Die Organisation der preußischen Staatsforstverwaltung in ihrer geschichtlichen Entwicklung. Hannover 1933.
- Förstner, H.:** Die Reichsforstverwaltung. Hannover 1940.
Die forstlichen Verhältnisse Württembergs. Stuttgart 1880.
- Graner, F.:** Forstgesetzgebung und Forstverwaltung. Tübingen 1892.
- Graner, F.:** Zur Frage der Forstdiensteinrichtung mit besonderer Beziehung auf Württemberg. Fw. Cbl. 1894 (Jg. 16) S. 229.
- Graner, F.:** Zur Frage der Organisation des Forstdienstes in Württemberg. Fw. Cbl. 1900 (Jg. 22) S. 10.
- Graner, F.:** Die neue Forstorganisation in Württemberg. Fw. Cbl. 1901 (Jg. 23) S. 105.
- Gwinner, W. H.:** Die Kgl. Württ. Forstdienstprüfungen von 1818–1830. Stuttgart 1830.
- Gwinner, W. H.:** Die Kgl. Württ. Forstdienstprüfungen von den Jahren 1831 und 1832. Stuttgart 1833.
- Gwinner, W. H.:** Galerie württembergischer Forstleute von 1700 bis 1850. Stuttgart 1856.
- Friesinger, A.:** Der mittlere Verwaltungsbeamte bei den württ. Forstämtern. Der Forstmann in Baden-Württemberg 1962 (Jg. 12), S. 90.
- Hasel, K.:** Studien zur Forstgesetzgebung in den ehemaligen Ländern Baden und Württemberg. Schriftenreihe der Landesforstverwaltung Baden-Württemberg, Bd. 5, Stuttgart 1960.
- Hasel, K.:** Der forstwissenschaftliche Unterricht an der Landwirtschaftlichen Akademie Hohenheim und seine Verlegung nach Tübingen im Jahr 1881. AFJZ 1970 (Jg. 141) S. 25.
- Hasel, K.:** Auswirkungen der Revolution von 1848 und 1849 auf Wald und Jagd, auf Forstverwaltung und Forstbeamte, insbesondere in Baden. Schriftenreihe der Landesforstverwaltung Baden-Württemberg, Band 50. Stuttgart 1977.
- Hauff, D.:** Zur Geschichte der Forstgesetzgebung und Forstorganisation des Herzogtums Württemberg im 16. Jahrhundert. Schriftenreihe der Landesforstverwaltung Baden-Württemberg, Band 47. Stuttgart 1977.
- Herdegen, Chr.:** Württembergs Staatshaushalt. Stuttgart 1848.
- Hermelink, H.:** Geschichte des allgemeinen Kirchenguts in Württemberg. Stuttgart 1904.
- Hoffmann, K. L. H.:** Das Finanzwesen von Württemberg zu Anfang des 16. Jahrhunderts. Tübingen 1840.
- Jäger:** Ob Forstmeister- oder Oberförstersystem? Stuttgart 1885.
- Kiess, R.:** Die Rolle der Forsten im Aufbau des württembergischen Territoriums bis ins 16. Jahrhundert. Stuttgart 1958.
- Koch, H.:** Die Waldgeschichte des Heidenheimer Forsts. Stuttgart 1939.
- Köhler, Chr.:** Der freie Privatwald (Bauernwald) in Württemberg. Tübingen 1912.

- Kothe, I.:** Der fürstliche Rat in Württemberg im 15. und 16. Jahrhundert. Stuttgart 1938.
- Knapp, G.:** Repertorium über die Kgl. württ. Gesetzgebung 1797–1816. Tübingen 1810–1822.
- Knapp, Th.:** Neue Beiträge zur Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des württembergischen Bauernstands. Aalen 1964 (Neudruck von 1919).
- Kurz, K.:** Die Ausbildung der württembergischen Forstwärte. Bericht über die außerordentliche Versammlung des Württembergischen Forstvereins in Stuttgart am 10. 7. 1909, S. 26.
- Mantel, K.:** Forstgeschichtliche Beiträge. Hannover 1965.
- Mantel, K. und Botter, R.:** Die geschichtliche Entwicklung der forstwissenschaftlichen Ausbildung in Baden-Württemberg. Sonderdruck aus dem Sammelwerk »Aus der Geschichte der Naturwissenschaften an der Universität Freiburg i. Br.«. Freiburg 1957.
- Mezger, L.:** Zusammenstellung der von Württemberg 1821–1833 in Forst- und Jagdsachen gegebenen Gesetze und Verwaltungsvorschriften. Tübingen 1834.
- Miller, M.:** Die Organisation und Verwaltung von Neuwürttemberg unter Herzog und Kurfürst Friedrich. Stuttgart 1934.
- Mohl, v. R.:** Das Staatsrecht des Königreichs Württemberg. Tübingen 1840.
- Müller, K. O.:** Die Finanzwirtschaft in Württemberg unter Herzog Karl Alexander. Württ. Vierteljahreshefte für Landesgeschichte 1932 (Jg. 38) S. 276.
- Müller:** Die Entwicklung der Forstorganisation in Württemberg. AFJZ 1929 (Jg. 105) S. 148.
- Ohr, W. und Kober, E.:** Württembergische Landtagsakten 1498–1515. Stuttgart 1913.
- Die Organisation der Forstverwaltungs-Behörden in Württemberg. Stuttgart 1849.
- Ott, W.:** Die erste Forstdienstprüfung in Württemberg. AFJZ 1964 (Jg. 135) S. 265.
- Pfeilsticker, W.:** Neues württembergisches Dienerbuch. Band 1.2. Stuttgart 1957 und 1963.
- Reyscher, A. L.:** Vollständige, historisch und kritisch bearbeitete Sammlung der württembergischen Gesetze. Tübingen, Stuttgart 1828 ff.
- Richter, A.:** Geschichte und Organisation der sächsischen Staatsforstverwaltung. Dresden 1935.
- Reischle, H. und Saure, W.:** Der Reichsnährstand. Berlin 1934.
- Scheifele, M.:** Die Forstorganisation in Baden seit 1803. Schriftenreihe der Landesforstverwaltung Baden-Württemberg, Band 1. Stuttgart 1957.
- Schleicher, R.:** Kritische Betrachtungen über die württembergische Gemeindewaldwirtschaft. Tübingen 1910.
- Schmidlin, J. G.:** Handbuch der württembergischen Forst-Gesetzgebung. Stuttgart 1822/23.
- Seutter, v. J. G.:** Abriß der gegenwärtigen Forstverfassung Württembergs. Stuttgart 1820.
- Seutter, v. J. G.:** Bemerkungen über den Vortrag des Herrn Vice-Präsidenten Zahn, die Forst-Organisation betreffend, gehalten in der Kammer der Abgeordneten, den 15. März 1820. Stuttgart 1820.

- Speer, J.:** Probleme der Forstverwaltungsorganisation im Südweststaat. Der Forstmann in Baden-Württemberg 1952 (Jg. 2) Nr. 5/6.
- Speer, W.:** Beiträge zur besitzgeschichtlichen Entwicklung des württembergischen Staatswalds unter besonderer Berücksichtigung des Reichenberger Forsts. Korntal 1932.
- Speidel, H.:** Das Forstschutz- und Hilfspersonal in Württemberg. Monatsschrift für das Forst- und Jagdwesen 1878 (Jg. 22) S. 385.
- Speidel, H.:** Zur Forstorganisation in Württemberg. AFJZ 1899 (Jg. 75) S. 361.
- Tessin, v. W.:** Forststatistik von Württemberg. Tübingen 1823.
- Trommer, H.:** Die Geschichte der Waldwirtschaft in der Fürstpropstei Ellwangen. Dissertation Freiburg 1933.
- Tscherning, F. A.:** Zusammenstellung der in Württemberg vom Jahr 1834 bis zum Ende des Jahres 1841 in Forst- und Jagdsachen gegebenen Gesetze und Verwaltungsvorschriften. Tübingen 1842.
- Uhland, R.:** Geschichte der Hohen Karlsschule in Stuttgart. Stuttgart 1953.
- Vischer, G. D.:** Über den Holzdiebstahl und dessen Einfluß auf ökonomischen Wohlstand, Moralität und Gesundheit. Stuttgart 1820.
- Wagner, Chr.:** Hugo Speidel. Seine Bedeutung für Forstwissenschaft und Forstwirtschaft. AFJZ 1926 (Jg. 102) S. 81.
- Wagner, v. Frh.:** Das Jagdwesen in Württemberg unter den Herzogen. Tübingen 1876.
- Weller, K.:** Württembergische Geschichte. Stuttgart 1957.
- Weller, K. und A.:** Württembergische Geschichte im südwestdeutschen Raum. Stuttgart und Aalen 1971.
- Widenmann, W.:** Bemerkungen über einzelne Verhältnisse der Staatsforstdiener. Forstliche Blätter für Württemberg, Heft II (1829) S. 34.
- Widenmann, W.:** Geschichte der Forst-Lehranstalten Württembergs. Forstliche Blätter für Württemberg, Heft V (1831) S. 1.
- Wiedmann, P.:** Der Ludwigsburger Forst. Hie gut Württemberg, Jg. 1954, S. 54.
- Winterlin, F.:** Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg. Band 1.2. Stuttgart 1904/1906.
- Winterlin, F.:** Die Geschichte des herzoglich württembergischen Kommerzienrats. Stuttgart 1911.
- Wirtz, W.:** Die Forstpolitik der südwestdeutschen Forstordnungen. Dissertation Freiburg 1953 (Msch.).
- Wörnle, P.:** Die zweckmäßige Größe der Forstbezirke in Württemberg. Tübingen 1911.
- Zahn, Chr. J.:** Vortrag, die Forst-Organisation betreffend, gehalten in der Kammer der Abgeordneten, den 25. März 1820. Stuttgart 1820.
- Zeller, H.:** Die württembergischen Finanzminister von 1864 bis 1914. Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde, 1927, S. 403.
- Zeyher, M.:** Der Schönbuch. 2. Ausgabe. Stuttgart 1957.

D) Zeitschriften

Forstarchiv (Moser, v. G.) 1788–1795.
Neues Forstarchiv (Gatterer, E. W. J.) 1796–1807.
Forstliche Blätter für Württemberg (Widenmann, W.) 1828–1842.
Allgemeines ökonomisches Forstmagazin (Stahl, J. F.) 1763–1769.
Sylvan (Laup, C. P.) 1813–1828.
Forstliche Mitteilungen (Gwinner, W. H.) 1836–1847.
Monatschrift für das württembergische Forstwesen 1850–1856.
Monatschrift für das Forst- und Jagdwesen 1857–1878.
Allgemeine Forst- und Jagdzeitschrift (ab 1825).
Forstwissenschaftliches Centralblatt (ab 1879).
Schwäbischer Merkur, 1848, 1849, 1900, 1901, 1902.
Württembergische Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 1818–1938.
Echo vom Walde 1903–1924.
Deutscher Förster 1924–1933.
Silva 1913–1937.

- Anlage 1 Die Leiter der württembergischen Forstverwaltung
- Anlage 2 Waldflächenverteilung in Württemberg nach Besitzarten
- Anlage 3 Besoldungen des Oberforstmeisters von Schorndorf (1735) und des Forstknechts von Böblingen (1715)
- Anlage 4 Umrechnungstabelle altwürttembergischer Münzen und Maße
- Anlage 5 Wortlaut des Amtseids der Kollegialmitglieder der Forstdirektion (1806)
- Anlage 6 Geschäftsverteilungsplan des Forstdepartements vom 9. März 1809
- Anlage 7 Bittschriften (1815, 1816, 1818)
- Anlage 8 Verzeichnis der im Jahre 1809 amtierenden Oberforstmeister
- Anlage 9 Vorlage des Organisationsplans von 1818 durch Finanzminister v. Malchus an König Wilhelm I.
- Anlage 10 Schreiben des Forstrats an König Wilhelm I. VOM 26. September 1818
- Anlage 11 Charakteristik der 1817 amtierenden Oberforstmeister
- Anlage 12 »Unmaßgebliche Bemerkungen« des Forstdirektors v. Seutter
- Anlage 13 Anbringen des Finanzministeriums an König Wilhelm I. vom 11. Juni 1833
- Anlage 14 Abschiedsschreiben des Präsidenten v. Graner vom 14. Juli 1913
- Anlage 15 Abschiedsschreiben des Präsidenten Prof. Dr. Wagner vom 30. September 1924

Anlage 1

Die Leiter der württembergischen Forstverwaltung

Christian Philipp Friederich v. Hunoltstein	Landoberjägermeister	1. 5. 1806–1816
Johann Georg August v. Hartmann (Kameralist)	Geheimer Rat	1816–1817
Johann Georg v. Seutter	Direktor	30.12.1817–30.6.1824
Georg Friedrich v. Jäger	Oberforstrat	1.7.1824–7.10.1827
Ludwig Christoph v. Kober (Jurist)	Direktor	1.5.1850–30.3.1851
Karl Friedrich v. Sigel (Finanzbeamter)	Direktor	14.4.1851–Nov. 1851
Andreas v. Renner (Kameralist)	Direktor	Nov. 1851–30.9.1864
Karl Friedrich v. Sigel (Finanzbeamter)	Staatsrat	1.10.1864–23.4.1872
interimistisch: Dr. v. Fischer (Jurist)	Oberfinanzrat	(24.4.) 1872–(24.10.) 1875
Johann Ludwig v. Brecht	Direktor	25.10.1875–(22.5.) 1881
August v. Dorner	Direktor, 1892 Präsident, 21.1.1901 Staatsrat	23.5.1881–Ende Jan. 1901
Hugo v. Speidel	Direktor	11.2.1901–20.3.1901
Friedrich v. Graner	Direktor, 1912 Präsident	21.7.1901–12.7.1913
Fritz v. Keller	Präsident	11.9.1903–(30.9.) 1920
Prof. Dr. Christoph Wagner	Präsident	1.10.1920–(2.10.) 1924
Dr. Christian König	Präsident	21.10.1924–31.7.1933
Oskar Rau	Präsident	1.8.1933–31.10.1942
Hugo Böpple	Oberlandforstmeister	1.11.1942–Mai 1945

Von 1806–1816 sind die Zuständigkeitsverhältnisse unklar. Nach einem Dekret vom 1. 7. 1811 gab es 2 Chefs der Forstverwaltung: Landoberjägermeister von Hunoltstein und Landjägermeister von Üxküll (später von Moltke), die beide zugleich Forstamtsleiter und deshalb verpflichtet waren, abwechselungsweise je 3 Tage der Woche in Stuttgart anwesend zu sein. Eine ähnliche Regelung war anscheinend bereits 1806 getroffen worden. Sofern beide anwesend waren, hatten sie gemeinschaftlich die Verrichtung des Chefs wahrzunehmen. Hunoltstein scheint allerdings der »primus inter pares« gewesen zu sein. Andererseits wurde bestimmt, daß der Geheime Rat von Hartmann »den abwesenden der beiden Chefs ersetzt und überhaupt die Canzlei dirigirt«.

Von 1818–1850 war Oberfinanzrat Simon Julius **Nördlinger** als Forstreferent des Finanzministeriums der oberste württembergische Forstbeamte; insbesondere von 1827–1850, als keine forstliche Zentralstelle existierte, lag die Leitung der Forstverwaltung in seinen Händen.

Anlage 2**Waldflächenverteilung in Württemberg nach Besitzarten**

Stand: 1769			
Waldbesitzer	Morgen	ha	%
Rentkammer (Camerall)	232 493	73 235	28,4
Kirchenrat	80 234	25 274	9,8
Kammerschreiberei	7 356	2 317	2,8
Communen	279 794	88 135	34,1
Private	74 232	23 383	9,0
Pia corpora	2 148	677	0,3
Ausländer (Herrschaften und Private)	111 796	35 216	13,6
Schönbuchswaldungen	32 535	10 248	4,0
Gesamtfläche	820 588	258 485	100,0
Stand: 1810			
Oberfinanzkammer	594 582	187 293	34,9
Hof- und Domänenkammer	17 500	5 512	1,0
Gemeinden	546 230	172 062	32,1
Corporationen	55 750	17 561	3,3
Gutsherrn	259 453	81 726	15,2
Private	229 771	72 378	13,5
Gesamtfläche	1 703 286	536 532	100,0
Stand: 1827			
Krone	583 446	183 786	33,3
Gemeinden	579 297	182 479	33,1
Stiftungen	56 193	17 701	3,2
Gutsherrn	272 150	85 727	15,5
Private	260 958	82 202	14,9
Gesamtfläche	1 752 046	551 895	100,0
Stand: 1848			
Staat	581 971	183 321	31,7
Hofkammer	18 001	5 670	1,0
Gemeinden	614 788	193 659	33,5
Stiftungen	25 507	8 035	1,4
Gutsherrn	250 018	78 756	13,6
Private	344 900	108 643	18,8
Gesamtfläche	1 835 185	578 084	100,0
Stand: 1882			
Waldbesitzer		ha	%
Staat		192 765	32,0
Körperschaften		191 260	31,7
Hofkammer		5 799	0,9
Gutsherrn		73 360	12,2
Gemeinderechswaldungen		7 793	1,3
Private		132 064	21,9
Gesamtfläche		603 041	100,0

Stand: 1908

Staat	196025	32,2
Gemeinden	178425	29,3
Stiftungen	15209	2,5
Hofkammer	6511	1,1
ungeteilte Genossenschaften	7194	1,2
Private	205117	33,7
(davon: Fideikommisse	76372	12,6
sonstige Private	128745	21,1)
Gesamtfläche	608481	100,0

Stand: 1927

Staat	187595	31,05
Staatsanteilsforsten	36	0,01
Gemeinden	185000	30,62
Stiftungen	14791	2,45
Genossenschaften	8176	1,35
Fideikommisse	87935	14,55
Private	120662	19,97
Gesamtfläche	604195	100,0

Stand: 1942

Staat	203615	33,9
Körperschaften	202585	33,7
Reichsfiskus	735	0,1
Private	193755	32,3
Gesamtfläche	600690	100,0

Stand: 1952

Staat	Nordwürtt.	108514	31,9
	Südwürtt.	94789	
	i. G.	203303	
Körperschaften	Nordwürtt.	90047	35,4
	Südwürtt.	135607	
	i. G.	225654	
Bund	Nordwürtt.	1025	0,6
	Südwürtt.	2481	
	i. G.	3506	
Private	Nordwürtt.	103728	32,1
	Südwürtt.	101006	
	i. G.	204734	
Gesamtfläche	Nordwürtt.	303314	100,0
	Südwürtt.	333883	
	i. G.	637197	

Anlage 3

Besoldung des Oberforstmeisters von Schorndorf im Jahre 1735

(HSTA A 202 Bü. 581)

Besoldung

Geld	50 fl.
Auf den Scribenten	75 fl.
Addition wegen des Flözens	50 fl.
Vor 2 Kleider	12 fl.
Roggen 6 Scheffel	18 fl.
Haber 38 Scheffel	57 fl.
Dinkel 34 Scheffel	68 fl.
Wein $7\frac{1}{2}$ Aymer	75 fl.
Heu 6 Wannen	24 fl.
Stroh $4\frac{1}{2}$ Fuder	13 fl. 30 kr.
Holz 20 Clafter	40 fl.
Reyßbach 500 Büschel	5 fl.
	487 fl. 30 kr.

Emolumente

2 Morgen 3 Vierthel Äcker	4 fl.
15 Morgen 3 Vierthel $5\frac{1}{2}$ Ruthen Hirschacker, davon ca. 12 Morgen zu nießen	18 fl.
4 Morgen 3 Vierthel 7 Ruthen Garten am Forsthauß	10 fl.
Deputat: 2 Wild à 6 fl.	12 fl.
2 Bachen à 6 fl.	12 fl.
Darf in die Küche zu seiner Nothdurfft Haaßen und Rebhühner schießen lassen	20 fl.
Von der Huthen-Bereutung	39 fl.
Stammgeld	50 fl.
Freyer Einschlag von 6 Schwein ins Äckerich	6 fl.
freye Wohnung	25 fl.
An Jagens und anderen Amts-Zöhrungen ein Jahr ins andere	200 fl.
	396 fl.

Accidentien

Vor das Nördlinger Meß Gelait	7 fl. 24 kr.
Von der Hirten und Schützen Beeydigung	20 fl.
Stamm- und Schreibgeld von verkaufendem Herrschafts-Holz	400 fl.
Rittgeld von Geschäfften in Commun-Waldungen	300 fl.
Vor Äckerich Leeß-Zettel	30 fl.
Von Graß-Zetteln	10 fl.
Herbsttrunk von Communen Winterbach, Schnait, Beutelspach, Aichelberg 1 Aymer 12 Imri	17 fl. 30 kr.
Present von den Kohlen und Beßen Livranten	100 fl.
An Ruggebüß und Straff Drittel	6 fl.
An Fuchsbälgen, da wenig fallen	—
Vom Plüderhäußer Gerechtigkeits Holz-Abzählen	10 fl.

Von den Hegnacher Hofbauren desgleichen	30 kr.
Von den Holztransportaccords an Geld oder Flachs	6 fl.
Von den Plüderhäußer und UnterUrbacher Rieden	20 fl.
Von Weyler 2 Scheffel Dinkel und 4 Simri Haber	4 fl. 45 kr.
Wann ein Forstmeister seinen Dienst bezieht, gibt Stadt und Amt Schorndorf	50 fl.
deßgleichen die anderen Communen im Forst pro Lubitu	
Bey des Forstmeisters Verheyratung gibt Stadt und Amt Schorndorf	
12 Gold-Gulden, auch die andere Orte des Forst pro lubitu	
Jeder neu angenommene Förster gibt 4–5 Ducaten	
Die neue Cleemeister machen auch ein present	
An Neu Jahrgeldern	
von den Förstern Theils an Geld theils an Flachs	60 fl.
von den Communen	94 fl. 44 kr.
	1 137 fl. 53 kr.

Besoldung des Forstknechts der Böblinger Hut im Jahre 1715

(HSTA A 202 Bü. 665)

Gelt	23 fl.
Vor ein Sommerklayd	4 fl.
Rokhen	1 Schöffel
Dinkelhel	12 Schöffel
Habern	12 Schöffel
Vor Hew und Strooh	16 Schöffel
Das Futter von $\frac{5}{4}$ Mannßmad Wießen von Gndgster Herrschaft, im Hulber Thal, die Hundtswießen genannt	6 fl.
Wein	2 Aymer
Brennholtz 4 zur Besoldung, und wegen Inspection über das Raigerhauß und Falkenbrükke auch 4, zusammen	8 Claffter
eine freye Bewohnung und Futterlegin	
Deß Jahrs 4 Tags Zöhrungen wegen einlieferung deß Hirsch und Schweinsberichts, auch bey der abrechnung und verurkundung a 24 kr.	1 fl. 36 kr.
Von jedem verkauffendem frischen Stamm und Claffter Holtz $\frac{1}{2}$ kr. Stammgeld	
New JahrsVerehrung von denen Fleckhen der Hut	1 fl. 30 kr.
Schweinaggelt jährlich	4 fl. 30 kr.
Bey der Hürtten und Schützen Beaydigung von 2 Fleckhen	20 kr.
ein Drittel von errugenden frevel und Straffen, so ein ohngewißes, daher auch nichts in auswurff zu bringen	
In Beyohnung der außzeichnung des Commun Brenn und Bawholtzes, machung der Gaaben, Schneidens der Erndwiden, Behengung der jungen Haw, das taggelt, so ein ohngewißes	
Von allerley schießend und erfangend Hoch und Nidern Wildbretts auch Raubfäng das Jägerrecht, so sich mindert und mehret	
Wolff und ander Jagens Zöhrungen, sind gleichfalls ein ohnbeständiges	
Von jedem außgebenem ÄckerichsZettel 1 kr., auch nicht jährlich	

Anlage 4

Umrechnungstabelle altwürttembergischer Münzen und Maße

Geld

1 Gulden (fl. = Florin) = 60 Kreuzer (kr.)

Längenmaße

1 Fuß = 10 Zoll = 100 Linien = 0,28649 m

1 Rute = 2,8649 m

1 Meile = 2600 Ruten = 7,44875 km

Flächenmaße

1 Morgen = 4 Viertel = 31,517 a

1 Quadratrute = 8,1075 qm

Raummaße

1 Klafter Holz = 3,38605 fm

1 Reisachbüschel (Welle) sollte 4 Fuß Länge und 1 Fuß Durchmesser oder 3 Fuß Umfang haben

1 Wanne Heu = 11 Centner zu je 5 Bunde a 20 Pfund oder 512 Kubikfuß = 12,14023 cbm

1 Fuder Stroh = 80 Bund zu je 20 Pfund

Hohlmaße

1 Eimer = 16 lmi = 2,939264 hl

1 Scheffel = 8 Simri = 1,77226 hl

Gewichte

1 Centner = 100 Pfund = 46,7728 kg

Anlage 5

Wortlaut des Amtseids,

den die Kollegialmitglieder der Forstdirektion, der ersten forstlichen Zentralstelle Württembergs, am 8. Mai 1806 im ehemaligen kirchenrätlichen Forstkommissariat im Stockgebäude in Stuttgart (heute Königstraße 44) abgelegt haben.
(STA E 245 Bü. 1369)

Eyd

Dem allerdurchlauchtigsten großmächtigsten König und Herrn, Herrn Friderich König von Württemberg, meinem allergnädigsten König und Herrn, gelobe und schwöre ich einen leiblichen Eyd zu Gott dem Allmächtigen, Seiner Kgl. Majestät in allem getreu und hold zu seyn, allerhöchst dero Nutzen und Frommen zu fördern, Schaden zu warnen und zu wenden, nach meinem besten Vermögen, insonderheit über allem demjenigen gewissenhaft und pünktlich nachzukommen, worzu mich theils die unmittelbaren, allerhöchsten Befehle Sr. Kgl. Majestät, theils diejenigen, die mir mittelbar durch die mir vorgesetzten Personen oder Stellen zukommen, anweißen werden; auch weder Lieb, Freundschaft, Furcht, Mieth oder Gab anzusehen, sondern solches Alles aufrichtiglich, als weit mein Verstand reicht, zu handeln, wie ich denn solches zuvörderst gegen Gott dem Allmächtigen, und dann Sr. Kgl. Majestät Selbsten, mir getraue zu verantworten; als mir Gott der Allmächtige helfen wolle.
Alles getreulich und ohne Gefährde.

Eides-Formel

(von den Vereidigten nachzusprechen)

Wie mir vorgelesen ist, und ich mit Worten beschieden bin, auch das wohl verstanden habe, das zu thun, dem also nachzukommen und in allweg zu leben; gered, versprech, gelob und schwöre ich, mit aufgehebbten Fingern, einen leiblichen rechten Eid zu Gott; als mir Gott der Allmächtige helfen wolle.
 Alles getreulich und ohne Gefährde.

Anlage 6

Geschäftsverteilungsplan des Forstdepartements vom 9. März 1809

(STA E 245 Bü. 1368)

Referent

Geh. OberfinanzRath Hartmann	Alle das Ganze umfassende und auf die Staatswirthschaft sich beziehende Objecte Personal-Sachen, mit Ausnahme der Besoldungen Die Holzgärten und der Holzhandel ins Ausland
Oberforst-Rath Hartig	Oberforste Neuenbürg und Wildberg Oberforste Leonberg und Tübingen Alle mit dem Jagdwesen in Verbindung stehende Gegenstände
OberJustiz-Rath Bauer	Alle rechtliche Gegenstände, Strafnachlaß, Gesuche, Verhältnisse mit Ausländern
Oberforst-Rath v. Ihsendorff	Besoldungsangelegenheiten von den 10 Oberforsten Aalen, Altenstaig, Altdorf, Comburg, Ellwangen, Engelberg, Freudenstadt, Heidenheim, Kirchheim, Leonberg Die Dienstwohnungen des gesamten Forst-Personals
ForstRath v. Reitter	Oberforste Altenstaig und Freudenstadt Oberforste Neuenstadt und Reichenberg Alle Anschaffungen für die Anlagen und Gärtnerereien Alle Lieferungen für das herrschaftliche Bauwesen Die Besorgung des Floßes bis in die Holzgärten, der Bauholzhandel im Innern
ForstRath v. Jäger	Oberforste Urach und Engelberg Oberforste Kirchheim und Stromberg Die Saamen Magazine
ForstRath Köhle	Oberforste Ellwangen und Aalen Oberforste Altdorf und Zwiefalten
ForstRath Nördlinger	Oberforste Tuttlingen und Rottweil Oberforste Heidenheim und Comburg Alle auf Berg- und Salinenwesen sich beziehende Gegenstände Die Aufsicht und Angelegenheiten der Geometer
Rechnungs-Rath Moser	Forstrechnungswesen, Besoldungsangelegenheiten von den 10 Oberforsten Neuenbürg, Neuenstadt, Reichenberg, Rottweil, Stromberg, Tübingen, Tuttlingen, Urach, Wildberg, Zwiefalten Renovationswesen, alle Accorde
N.B!	Die Cultur Gegenstände, die Taxationsgeschäfte, die Kauf- und VerkaufsAngelegenheiten und die Ausstokungen besorgt jeder in seinem Forste

Correferent

v. Ihsendorff
Moser
v. Reitter
v. Reitter
v. Jäger
v. Reitter
Hartmann
Moser
Moser
Moser
Hartig
Köhle
v. Jäger
Hartmann
v. Reitter
Nördlinger
Nördlinger
Hartig
v. Jäger
Köhle
Hartig
v. Jäger
v. Hartmann,
v. Ihsendorff

Anlage 7

Bittschriften

Bittschrift des Waldstreichers Johann Kreh an König Friedrich

Oberforst Reichenberg, Murrhardter Huth, den 10. Febr. 1815.

Johannes Kreh, Waldstreifer der Murrhardter Huth, Bittet aller-Unterthänigst ihm in Hinsicht Treu geleisteter 15 jähriger Militair-Dienste, 2 Mitgemachter Feldzüge und 2 erhaltener Blessuren, die Erledigte Stelle eines Unterförsters der Murrhardter Huth allergnädigst anzuvertrauen.

Euer Kgl. Majestät

habe ich allerunterthänigst vorzutragen, daß ich in Kirchberg die Jägerey 1 Jahr erlernte, von da ich in meinem 16. Jahr zum Militair-Dienst Engagiert wurde allwo ich 2 Feldzüge mitmachte, 2 mal Bleßiert, Ihre Königl. Majestät 15 Jahr gedient und zuletzt als Feldwebel bey dem Foussilir-Regiment von Berndes gedient habe allwo ich 1810 einen Ehren vollen Abschied erhalten habe Und von Euer Königl. Majestät als Waldstreifer in der Murrhardter Huth, Reichenberger Oberforsts, allergnädigst angestellt worden bin. Diese Zeit benützte ich, nicht nur mir die nötige Forst- und Jagd Kenntnisse, sondern auch durch Treue, Fleiß und Diensteyer das Zutrauen deß Oberforstamts Reichenberg dermaßen zu erwecken, daß mir in Abwesenheit des Försters mehrmal dessen Amt und Verrichtung aufgetragen wurden.

Ich wage unter diesen Umständen an Euer Kgl. Majestät die aller unterthänigste Bitte mir die gegenwärtig erledigte Unterförster Stelle in Murrhardt in allerhöchsten Gnaden zu übertragen und ersterbe in Hofnung allergnädigster Willfahr in allertiefstem Respect

Euer Kgl. Majestät

Euer

aller unterthänigster

Knecht

Johannes Kreh

(Die Bittschrift wurde von König Friedrich mit dem handschriftlichen Vermerk »ad acta« versehen.)

Bittschrift des Waldschütz Lais an den Generalleutnant, General-Oberintendanten und General-Adjutanten Reichsgraf von Bollein

Ludwigsburger Oberforst

Eglosheimer Hut

Oßweil, den 2. Jan. 1816

Sr. Hochgräfliche Exzellenz,

bitte ich unterthänigst allerhöchst dieselben möchten die allerhöchste Gnade haben, da ich als Waldschütz vor 3 Jahr in Oßweil angestellt wurde, und ich die Jägerei ordnungsmäßig erlernt 5 Jahr bey dem Königl. Scharfschützen Corps gestanden auch mit diesem den Feldzug am Boden See mitgemacht habe, und ich jezt nothgetrunken mit meiner Familie von 75 fl. und zwey Meß Holz, worunder ich von Meiner Besoldung 26 fl. Hauszinß bezahlen muß, und deren Strengen Aufsicht die Ruggebühren von gar keinem Belang sind und als gelernter Jäger kein ander gewerb treiben kan, und auch kein Vermögen von meine Eltern habe und was meiner Frau ihr zugebrachtes wenigens Vermögen wahr haben wir unter der Zeit zugesezt. Da ich jezt ausserstands bin, mich und die Meinigen mehr zu ernähren, Sr. Hochgräfliche Exzellenz bitte ich dahero allerunterthänigst, dieselben möchten die allerhöchste Gnade haben mir zu meinem besseren Fortkommen zu verhelfen

Allerunterthänigst gehorsamster

Waldschütz

Lais

Bittschrift der Ehefrau des auf der Solitude befindlichen vormaligen (durch die Reduktion der Hofjägerei stellunglos gewordenen) Parkjägers Zumsteeg um Holzabgabe und Beschäftigung ihres Mannes an König Wilhelm

Allergnädigster König und Herr!

Noch vom innigsten Dankgefühl durchdrungen, wegen der großen Gnade, welche Eure Kgl. Maj. uns und unseren Kindern haben Allergnädigst zufließen lassen, wage ich Eure Kgl. Maj. in Allertiefster Unterthänigkeit zu bitten uns Allergnädigst, so wie in früheren Zeiten, das zum Bedarf meiner zahlreichen Haushaltung notwendige Brennholz Allergnädigst zukommen zu lassen, denn auf diesem kahlen Plaze können wir es ohnmöglich aus unseren Mitteln bestreiten. Euer Kgl. Maj. haben die große Gnade mir einen Gehalt zu laßen allein da wir Holz und Lichter verlohren haben und mein Mann keine Kleidung mehr bekommt reicht kaum zur Befriedigung dieses Bedürfnisses hin. Was bleibt noch übrig um 5 Kinder zu ernehren daß wenige wo ich erspart habe ist jezt aufgezehrt wann Euer Kgl. Maj. nicht in das Mittel treten so ist mein Los verzweiflungsvoll. Es findet auf hiesigem Plaze der schlimme Umstand statt daß wir gezwungen sind beinahe die Hälfte meines Gehalts vor Bottenlohn auszugeben um Lebensmittel aus den benachbarten Orten beizuschaffen, weil wir nicht das Vermögen haben uns auf eine Zeitlang mit LebensMittel zu versehen. Kraft Euer Kgl. Maj. Allerhuldreichste Erlaubniß darf jeder Diener welcher das Glück hat Euer Kgl. Maj. zehen Jahre zu dienen doppelten Gehalt beziehen einmal hat mein Mann dieses mit allerunterthänigstem Dank empfangen, aber da er es wieder beziehen wollte, so wurde er überall abgewiesen. Euer Kgl. Maj. haben ja schon so viel Elend gemildert wir werden doch nicht allein zurückgewiesen werden. Auch bitte ich allerunterthänigst es nicht Ungnädig zu nehmen wenn ich es wage Euer Kgl. Maj. an die Allergnädigste Resolution vom 4. Juni vorigen Jahres allerunterthänigst zu erinnern, worin Euer Kgl. Maj. meinem Mann Allergnädigst zugesagt haben ihn in Thätigkeit zu sezen, allein seit dieser Zeit ist mein Mann ohne alle Beschäftigung wodurch der häußliche Frieden zerstört und er als junger außer Thätigkeit gesetzter Mann zuletzt in Schwermuth verfallen muß wir haben das Zutrauen zu der Großmuth und Güte Euer Kgl. Maj. daß Höchstdieselbe meinem Mann eine Beschäftigung zuweisen werden bei welcher unsere zahlreiche Familie den gehörigen Unterhalt anschaffen können. Es bleibt mir nichts übrig als mich in allertiefster Demuth an Euer Kgl. Maj. Höchselbst zu wenden und unterthänigst zu bitten, mir und meiner Familie aus dieser großen Noth wie bißher als gütigster und gnädigster Vatter zu helfen.

In tiefster Ergebenheit ersterbe ich Eure Kgl. Maj.

allerunterthänigste

Louise Zumsteeg

Solitude 21. Jan. 1818

Anlage 8
Verzeichnis der im Jahre 1809 amtierenden Oberforstmeister
 aus dem Verzeichnis sämtlicher Forstdiener im Königreich Württemberg 1809
 (HSTA E 221 Bü. 3711)

Oberforst	Oberforstmeister	Geburtsort	Zeit der Anstellung	vormalige Laufbahn	Wohnsitz
Aalen	Ofm. Friderich von Riedesel geb. 8. 5. 1782	Wetzlar	1803 Jagdjunker 1807 Ofm. in	vorher in keinen Diensten	Wasseralfingen
Altdorf	Ofm. Alexander von Neubronn geb. 15. 9. 1778	Aalen Kleinglattbach	18. 4. 1808	Edelknab am Badischen Hof Offizier von 1795–1799 1802 Jagdjunker und 2 Jahr bei dem Oberst-Jägermeister v. Paisan, nach dessen Tod erhielt er das Oberforstamt Rastadt	Altdorf
Altenstaig	Ofm. Graf von Normann- Ehrenfels geb. 15. 9. 1783	Stuttgart	Als Ofm. zu Altenstaig 22. 4. 1803 Dienstjahr 5	widmete sich dem Forst- und Jagdwesen bei Herrn v. Moltke in Waldenbuch, wurde dann Jagdjunker und ForstReferent zu Ellwangen, dann Hof-Ofm. zu Heilbronn, dann Ofm. zu Zwiefalten	Altenstaig
Comburg	Kammerjunker OF Amtsver- weser v. Verschuer geb. 3. 3. 1785	Solz im Westfälischen	1. 1. 1804	7 Jahr Leibpage, dann Jagd- junker, dann Vize Hof-Ofm. und d. 1. 1. 1808 Oberforstamtsver- weser	Steinbach
Ellwangen	Ofm. v. Moltke, Kammerherr, Landjäger- u. Oberforstmeister in Ellwangen geb. 28. 10. 1754	Wolkendorf	—	zu Leonberg und Freudenstadt in der Lehre, 1770 Jagdjunker und Hof-Ofm. und seit 1780 als Ofm. zu Reichenberg,	Ellwangen
Engelberg	Ofm. Wilhelm Friderich Albrecht v. Plessen geb. 30. 6. 1778	Ludwigsburg	3 ¹ / ₄ Jahr	Waldenbuch und Ellwangen Militair-Academie, Edelknab, Jagdjunker, Hof-Oberforst- meister	Engelberg
Freudenstadt	Ofm. Carl Ludwig Wilhelm v. Gaisberg Kammerherr geb. 28. 10. 1776	Neuenbürg	11. 7. 1805	5 Jahr Jagd Page 4 ¹ / ₂ Jahr Jagd Junker, 1 ¹ / ₂ Jahr Ofm. in Zwiefalten	Reichenbach
Heidenheim	Ofm. Carl v. Gemmingen geb. 11. 2. 1779	Heilbronn	16. 4. 1806	Als Jagdjunker und Amtsver- weser zu Ludwigsburg	Schnaithelm

Kirchheim	Ofm. Ludwig v. Gemmingen-Fürfeld, Kammerherr geb. 24. 8. 1777	Ludwigsburg	1. 1. 1808	1794 JagdPage, 1797 Jagdjunker, 1802 Hof-Ofm. zu Ludwigsburg, 1803 Ofm. in Comburg, 1. 1. 1808 nach Kirchheim	Kirchheim
Leonberg	Ofm. Christian Philipp Friderich v. Hunollstein geb. 22. 3. 1753	Marxheim an der Ruhr in der Pfalz	1788 im May als Vice-Land-Jägermeister und Ofm. in württ. Diensten	Als JagdPage in Karlsruhe unter Ofm. v. Geisau gelernt, 1772–76 Jagdjunker, 1779 Land-Jägermeister in Zweibrück. Diensten	Leonberg
Neuenbürg	Ofm. Carl v. Neubronn geb. 6. 3. 1765	Klein-Gartach	28. 11. 1803	Bei Ofm. v. Gaisberg in Neuenbürg das Forst und Jagdwesen, 1794 Jagdjunker, 1798 Oberforstamtsverweser in Freudenstadt	Neuenbürg
Neuenstadt	Ofm. Ludwig v. Gaisberg, Kammerjunker geb. 19. 9. 1784	Altenstaig	2. 2. 1807	1801 zu Graf Ükküll auf dem Engelberg, 28. 9. 1803 Jagdjunker, 11. 9. 1806 Oberforstamtsverweser auf dem Engelberg	Kochersteinsefeld
Reichenberg	Ofm. v. Kahlden geb. 22. 3. 1783	Tangerin in Mекlenburg	6. 3. 1808	hat sich dem Forst- und Jagdwesen gewidmet	Reichenberg
Rothweil	Ofm. Ludwig Schott v. Schottenstein geb. 3. 7. 1784	HohenAltheim Wallersteinnach	22. 7. 1807 in diesem Forst	Kammer- und Jagdjunker und Hof-Oberforstmeister in Ludwigsburg	Rottenmünster
Stromberg	Ofm. Carl Friderich v. Sekendorff geb. 7. 3. 1755	Stuttgardt	31. 3. 1787	In Anspach die Jägerei erlernt, 3 Jahr JagdPage, 1774 in württ. Dienste als Jagdjunker, 1780 als Ofm. nach Blaubeuren und 1787 nach Freudenthal	Gros-Sachsenheim
Tübingen	Ofm. Friderich August Graf v. Ükküll Gyllenbrand geb. 17. 2. 1761	Stuttgardt	10. 11. 1806 Land-Jäger-Oberforstmeister zu Tübingen und Mitglied des ForstDep.	1779 Lieutenant bei den Husaren, 1780 Lieutenant bei der Jägerei Garde zu Pferd 1781 Kammer- und Jagdjunker, 1789 Hof-Oberforstmeister, 1792 Ofm. zu Blaubeuren, 1794 Kammerherr, 1796 Ofm. auf dem Engelberg bis 1806	Bebenhausen

Tuttilingen	Ofm. Carl Friderich August v. Stedingk geb. 6. 2. 1749	Ludwigsburg	5. 2. 1807	1759 Edelknabe, 1768 JagdPage, 1780 Ofm. in Ludwigsburg, 1781 Kammer Junker, 1796 Kammerherr, 1796 Ofm. in Altenstaig, 1798 Ofm. in Ludwigsburg, 2 te mal, 1806 Ofm. in Böblingen	Wurmlingen
Urach	Ofm. Christian Ludwig v. Schaumburg Geheimer Rath geb. 7. 3. 1753	Stuttgart	1793	1768 Edelknab, 1770 Lieutenant bei den Husaren, Urach 1773—75 Jägerei erlernt, 1775 Jagd-Junker, 1783 Rittmeister bei der Husaren-Garde, 1787 Ofm. in Blaubeuren, 1792 Ofm. in Leonberg	
Wildberg	Ofm. Carl Ludwig Friderich Ferdinand v. Maucier Oberforstamts Verweser geb. 18. 4. 1786	Mömpelgardt	14. 7. 1807	von 1796 bis 1801 mit den beeden königl. Prinzen erzogen, 1801 Jagd Page, 1805 Kammer- und Jagdjunker, 14. 7. 1807 nach Wildberg	Wildberg
Zwiefalten	Ofm. Ludwig Eugen Eberhard v. Reischach geb. 28. 7. 1767	Ludwigsburg	5. 2. 1807	1784 Lieutenant bei Garde Legion, 1792 Jagd Junker, ForstWesen in der Academie studiert und bei Förster Jeitter in Bothnang praktisch ausgebildet, 1793 Kammerjunker, bis 1797 auf ForstReisen, theils in- theils ausser dem Reich, 1797 Hof-Oberforstmeister, 1802 Oberforstmeister in Altenstaig, 1804 Kammerherr	Zwiefalten

Oberforst	Vater	Ob verheurathet?	Wieviel Kinder?
Aalen	E. G. v. Riedesel, W. G. Geh. Rath und Präsident vom Tutelar Rath	Ja	1
Altdorf	Obrist v. Neubronn, vormals in Württ. Diensten gestorben	ledig	
Altenstaig	Graf v. Normann-Ehrenfels, Minister des Innern	Ja	keines
Comburg	Heßen Rheinfels Rotenburgischer Oberforstmeister	Nein	
Ellwangen	Eberhard Friderich, Ehrenreich v. Moltke, Erbherr auf Gütern	Ja	7
Engelberg	Rittmeister bei der Garde zu Pferd	Ja	1
Freudenstadt	Oberforstmeister zu Neuenbürg	Ja	2
Heidenheim	v. Gemmingen zu Leonfeld	Ja	—
Kirchheim	Oberst Wachtmeister v. Gemmingen	ledig	
Leonberg	Friderich v. Hunoltstein	Ja	8
Neuenbürg	Obrist	Ja	2
Neuenstadt	Vice-Landjägermeister v. Gaisberg	Nein	
Reichenberg	v. Kahlden aus Meklenburg	Ja	—
Rothweil	Oberjägermeister im Wallersteinischen	Nein	
Stromberg	Hofmarschall und Kammermeister	Ja	2
Tübingen	Geheimer Rath und Obrist Marschall	Ja	1
Tuttlingen	Oberst Lieutenant v. Stedingk		
Urach	Obrist Silber Kämmerer und Maitre bei Herzog Carl	Nein	
Wildberg	General Major und Kammerherr	Nein	
Zwiefalten	Obrist v. Reischach zu Rieth	Nein	

Anlage 9

Vorlage des Organisationsplans 1818 durch Finanzminister v. Malchus an König Wilhelm I.

(Auszug aus dem handschriftlichen Konzept, HSTA E 221 Bü. 1843)

An den König

Stuttgart, 17. Febr. 1818

Präs. v. Malchus überreicht
den Entwurf zur Organisation
der Forstverwaltung

Überreiche ich A. den Entwurf zu einer neuen Organisation der Forstverwaltung, welche der Forstdirektor v. Seutter mit der ihm eigenthümlichen Sachkenntniß bearbeitet hat und mit welcher der ForstRath einverstanden ist. Geruhen Euer Kgl. Maj. zu erlauben, daß ich theils zur Würdigung, theils zur Begründung des Entwurfs nachstehende Bemerkungen unterthänigst vorlege, unter welche diejenigen, welche die **Nothwendigkeit** neuen Organisation rechtfertigen, billig die erste Stelle einnehmen.

Diese Nothwendigkeit ist durch nachstehende Motive begründet:

- Durch den Zustand der Forsten, der nach dem Urtheil der Techniker für das gegenwärtige Interesse der Kasse ebenso verderblich, als für die Zukunft drohend ist;
- durch die unzweckmäßige Organisation, Stellung und Wahl der Forstbedienten, bey welcher in den meisten Fällen das Interesse der Forsten jenem der Jagden aufgeopfert worden ist;

- c) endlich auch durch die politischen und übrigen Veränderungen, welche in Folge des VerfassungsEntwurfs theils eingetreten sind, theils noch bevorstehen, und welche auch auf die Verwaltung der Forsten von eingreifendem Einfluß sind.

Ich erlaube mir zur näheren Begründung eines jeden dieser drey Motive, nachstehend unterthänigst auszuführen:

- ad a) Nach Maßgabe der von den OberForstÄmtern eingereichten Verzeichniße, beträgt das Forstareal in dem Königreich, und zwar

1. von KronDomänenWaldungen	586 947 ³ / ₈ Mg.
2. von HofDomänenWaldungen	17 159 ⁷ / ₈ Mg.
3. von StiftungsWaldungen	54 428 ³ / ₈ Mg.
4. von Gutsherrlichen und PrivatWaldungen	506 190 ³ / ₈ Mg.
5. von GemeindeWaldungen	550 498 ⁵ / ₈ Mg.
überhaupt	1 715 224 ⁵ / ₈ Mg.

Es ist eine gewöhnliche, durch die Erfahrung gerechtfertigte Annahme, daß in großen Waldbezirken, besonders wo bedeutende NadelholzBestände vorhanden sind, der Morgen ForstGrund im Durchschnitt ¹/₂ Klafter Holz (das sind ca. 5,3 fm/ha, der Verf.) jährlich abwirft,

nach welchem Maßstab die KronForsten 293 473 Klafter hätten geben müßen, anstatt welcher 174 875 Klafter aber im Jahr 1815 nur

erhauen worden sind, was nur

¹/₅ Klafter p. Mg. (das sind ca. 2,1 fm/ha, der Verf.)

und

118 596 Klafter

weniger beträgt, als nach dem oben erwähnten Durchschnitt hätten erfolgen sollen. Nicht günstiger sind die Resultate der gegenwärtigen EtatVerwaltung, wenn man den GeldErtrag mit den VerwaltungsKosten vergleicht, wo nach Maßgabe der unterthänigst beygegebenen, vom ForstRath gefertigten Übersicht

- a) die gesamte Einnahme einschließlich der Strafen und Stammiethe 942 846 fl. 54 kr.
- b) der **eigentliche Ertrag** aus dem Wald Eigenthum aber nur 700 668 fl. 28 kr.
- c) die Ausgabe für Besoldungen und Regie Kosten dagegen 516 041 fl. 50 kr. = 516 041 fl. 50 kr.
- betragen hat, mithin je nachdem man belancirt, nur 426 805 fl. 04 kr. oder 184 626 fl. 38 kr.
- als **reiner** Ertrag bleiben, was 43³/₅ fl. 18⁶/₇ fl.
- für den Morgen beträgt, während z. B. in den benachbarten Bayern und Baden, wo die Verhältnisse für den HolzDebet nicht günstiger als in Württemberg sind, der Morgen 30 bis 36 fl. **Netto**Ertrag abwirft.

Nach der Angabe des Forstdirektors sollen viele Forste verhauen, ferner in andern der Betrieb und die Schläge nicht regelmäßig gehalten, die Culturen zum Theil vernachlässigt seyn, was alles in Verbindung mit dem so äußerst geringen Natural- und Pekuniar Ertrag, wie mir scheint, die Wahrheit der angeführten Ursache leider nur zu sehr außer Zweifel setzt. Wenn auch die StaatsCasse bey dem relativ so geringen GeldErtrag gleichgiltiger seyn könnte als dieses wirklich der Fall ist, so müßte dennoch der Hinblick auf die Folgen für die Zukunft die Thätigkeit in der Gegenwart beleben.

ad b) Zur Verwaltung der vorbemelnten Waldfläche waren bisher angestellt

20 OberForstMeister
20 ForstKassiere
24 OberFörster
189 Förster
243 UnterFörster
69 ForstScharfSchützen
151 ScharfSchützen

zus. 839 Köpfe, von welchen, ohngeachtet die Besoldungen jährlich einen Aufwand von 362 150 fl. 30 kr. verursachen, mehrere Classen von Forstbedienten durch die Geringfügigkeit der Beträge auf den Diebstahl oder auf den Betrug angewiesen sind, oder wenn sie ehrlich und rechtlich bleiben wollen, kaum des Hungers Tods sich erwehren können. Es liegt in der Natur dieser Verwaltung, daß derselben vieles und mehr als bey irgend einer andern revenueu branche der Verläßlichkeit der Beamten überlassen werden muß, da, wie sehr auch Aufsicht und Controle vervielfältigt wird, keine möglich ist, welche gegen alle mögliche Begehungs- und Zulassungs-Sünden völlig sicher stellen kann.

Es ist eine nur zu häufige Erfahrung, daß NahrungsSorgen und Noth einen sonst rechtlichen Mann zum Schelmen machen, und es würde mehr erwartet seyn, als mit Grund erhofft werden kann, wenn man annehmen wollte, daß z. B. ein UnterFörster oder Wald Schütz bey dem Anblick seiner hungernden Familie allen und jeden Versuchungen widerstehen werde, wenn die Mittel, durch welche derselbe sich gegen Hunger schützen kann, so nahe liegen. Die Forststrafen betragen im Durchschnitt 80 000 fl., die Forstfrevler welche nicht zur Anzeige kommen, bey weitem mehr. Die Fälle, wo Collisionen der Forstbeamten sich ergeben, sind nicht selten, was alles in mehr als einer Hinsicht als höchstverderblich betrachtet werden muß.

Wirft man vollends einen Blick auf die Resultate der abgehaltenen Konkurse, in welchen die Prüfung wahrlich nicht schwer gemacht worden ist, dann muß auch in dieser Hinsicht die Nothwendigkeit einer Reform sich aufdrängen. Bey welcher zu bedauern ist, daß Mangel an brauchbaren Subjekten zur Anstellung von solchen zwingt, welche der für die ihnen übertragene Stelle nothwendige Kenntniß manglen. Wie es scheint, ist das Forstdepartement zu einer Versorgungsanstalt mißbraucht worden, so wie es das Ansehen hat, als wenn man durch die Menge von Forstbeamten den Mangel an Tüchtigkeit habe ersetzen wollen, welcher Mißgriff durch die Resultate dieser Verwaltung teuer bezahlt wird. Es ist eine sehr irrige Ansicht, daß in der Forstwirthschaft die Erneuerung und das Wachßthum der Forsten, wo nicht einzig doch vorzüglich der Natur überlassen werden könne. Es ist nicht zu verabreden, daß in den Forsten dem Einwirken der Natur vieles und mehr als bey der Cultur anderer NaturProdukte überlassen werden kann, ebenso sehr aber auch durch die Erfahrung bestätigt, daß dieselbe dann und da im Stich läßt, wo ihr nicht nachgeholfen wird, welche Nachhilfe aber nur durch gebildete Forstbeamte gegeben werden kann.

ad c) Zu den Zugestehungen, welche den Mediatisirten und dem übrigen Adel in dem AdelsStatut, den Communen aber in den Zusätzen zu dem VerfassungsEntwurfe gemacht worden sind, so wie endlich in der Zusage, welche wegen Aufhebung der StammMiethe gemacht worden ist, liegt eine dritte Ursache, welche eine Reorganisation selbst dann nothwendig machen würde, wenn eine solche auch weniger als dieses der Fall ist, durch andere Ursachen zum Bedürfniß würde.

Wenn – was übrigens in der Natur der Sache gegründet ist, und auch aus den eben erwähnten gesetzlichen Bestimmungen folgt – Euer Kgl. Maj. als Grundsatz auszu-

sprechen geruhen, daß der **ForstSchutz** als ein Ausfluß des EigenthumsRechts von den Wald Eigenthümern ausgeübt werden soll, dann folgt auch von selbst, daß diesem Recht die Pflicht der Eigenthümer zur Bezahlung des ForstSchutzPersonals gegenüberstehen muß, welche hinwider auf Änderungen in der Bildung der Huthen und in der Anstellung des Personals sowie selbst auf eine Änderung in den VerwaltungsGrundsätzen hinführt.

Ich glaube, durch das Vorgetragene die Nothwendigkeit einer Reorganisation der Forst-Administration hinlänglich gerechtfertigt zu haben.

(Es folgt eine Darstellung und Erläuterung des Organisationsplans)

Anlage 10

Schreiben des Forstrats an König Wilhelm I. vom 26. Sept. 1818

(HSTA E 221 Bü. 1843)

Das von Seutter verfaßte Schreiben ist ohne Zweifel eines der aufschlußreichsten Dokumente der württembergischen Forstgeschichte. Es verfolgte den Zweck, die Veröffentlichung der für die Durchführung der Forstorganisation von 1818 erforderlichen Dienstinstruktionen zu beschleunigen. Die Herausgabe hatte sich verzögert, weil der 227 Seiten und 67 Formulare umfassende Seuttersche Entwurf auf Kritik gestoßen war. Außer einer juristischen Überarbeitung hielt das Finanzministerium eine Vereinfachung sowie die Ausklammerung aller waldbaulichen und formellen Anordnungen und ihre Zusammenfassung in gesonderten »Technischen Anweisungen« für notwendig. Außerdem hatte der neue Finanzminister Weckherlin den Entwurf der Instruktionen dem Forstreferenten des Finanzministeriums, Nördlinger, dem früheren Chef der Sektion der Kronforste, v. Hartmann, dem Tübinger Forstprofessor Hundeshagen und dem Leiter des Forstinstituts in Stuttgart, Oberförster Jeitter, zur Stellungnahme zugeleitet, die gegen den waldbaulichen Gehalt (durchaus berechtigt) erhebliche Bedenken geltend machten. Weckherlin beabsichtigte daher, die Dienstinstruktionen durch diese Sachverständigen überarbeiten zu lassen, ohne Seutter hierzu zu hören, da er einen »gelehrten Streit« befürchtete. Nach Auffassung Seutters war jedoch eine weitere Verzögerung nicht zu vertreten, weil die Forstbeamten in ihren neuen Dienstgraden ohne Kenntnis ihrer Funktionen und Kompetenzen waren. Er entschloß sich daher, unter Umgehung des Finanzministeriums sich unmittelbar an den König zu wenden. Bei diesem Vorgehen folgte ihm aber nur ein Teil des Forstrats. Die Kollegialmitglieder v. Jäger, Schikardt und Otto verweigerten die Unterschrift, »doch nicht, weil sie gegen die Wahrheit der Sache excipirten, sondern weil sie dafür stimmten, mit dieser Vorstellung nicht das Kgl. Finanzministerium zu übergehen«, wie Seutter in seinem Begleitschreiben an den König versicherte. In Wirklichkeit handelte es sich aber bei dieser Weigerung bereits um den Beginn eines Distanzierungsprozesses von der Seutterschen Forstorganisation. Seutter ließ sich durch diese Situation nicht beirren und ging den direkten Weg zum Monarchen, weil er im neuen Finanzministerium einen Kritiker seiner Forstorganisation sah, von dem er sich keine Untersützung versprach. König Wilhelm gab am 28. Sept. 1818 dem Finanzministerium den Auftrag, Seutter den ungestörten Fortgang der neuen Forstorganisation zu versichern, ihn aber auf die Einhaltung des Dienstwegs hinzuweisen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

An den König

Allerunterthänigstes Gesuch des Kollegiums des Königl. Forst-Rathes um allergnädigste Beschleunigung des – die unter dem 7 ten Juni laufenden Jahres allerhöchst ausgesprochene Forst-Organisation vollendeten Dienst-Reglements.

Stuttgart, den 26 ten September 1818

Euer Königliche Majestät haben durch die unter dem 7 ten Juni laufenden Jahres allergnädigst ausgesprochene Forst-Organisation und die Besetzung der höheren Stellen durch zweckmäßig gebildete Individuen einem längst genährten und öfters laut gewordenen Wunsch Ihres Volkes entsprochen, die Ansprüche der Gegenwart und der Zukunft erfüllt. Die Vollstreckung allerhöchst Dero hierin gehegten erhabenen Absichten jedoch ist nun Obliegenheit des Collegiums des Forstathes, und so sehr er die Wichtigkeit und den Umfang desselben fühlt, so fest ist er entschlossen, die Würde der Bestimmung zu behaupten, welche ihm Euer Königliche Majestät allerhöchstes Vertrauen ertheilt hat. Die Vollführung dieses in den Pflichten des Collegiums liegenden Vorsatzes jedoch erheischt die Beseitigung von Hindernissen, welche dasselbe nöthigen, sich allerhöchst Dero Throne zu nahen und um allerhulreichstes Gehör in allertiefster Ehrfurcht zu bitten.

Durch die im Jahr 1807 begründete Forst-Organisation wurden die äußeren Verhältnisse des Dienstes in der Weise hergestellt, daß den Oberforstmeistern die Caßenführung und die Verantwortlichkeit für dieselben abgenommen und den dafür bestellten Forst-Caßieren, welche gleichzeitig als Actuare bei den Oberforstämtern zu functioniren hatten, zuge-theilt wurde. Alle übrigen Dienst-Verhältnisse aber blieben unberührt. Förster und Beiknechte hatten, unter Oberaufsicht der Oberforstmeister, das Detail des Forst- und Jagdwesens zu besorgen, die Leitung des erstern aber war dem Forst-Departement übertragen, während das Jagdwesen durch das Oberst-Jägermeisteramt dirigirt wurde.

Sehr bald jedoch äußerte sich die Unvollkommenheit dieser Einrichtung in Hinsicht auf die Zeit-Bedürfnisse, und die allgemein verfügte Refom in den verschiedenen Branchen der Regierung führte als Central-Stelle für das Forstwesen die Erscheinung der Section der Kronforste herbei, von welcher die obere Leitung desselben gefordert wurde.

Diese Stelle begann ihre Functionen mit der Realisirung einer neuen Lokal- und Personal-Organisation. Es wurden neue Dienst-Grade gebildet; eine Instruction für die Forst-Caßiere sollte die Dienst-Verhältnisse zwischen diesen und den Oberforstmeistern herstellen; es wurden Formulare für die Holz-Berichte, Abstichs-Urkunden, so wie für die Kultur-Nachweisungen ertheilt; alles übrige aber blieb unverändert, und seit dem Jahr 1810 wälzte sich Alles in den bisherigen Formen schleppend hin.

Ohne Kenntniße der statistischen Verhältnisse des Landes und seiner Bedürfnisse fand sich die Section der Kronforste sehr oft in der Nothwendigkeit, eingekommene Kultur-Mutations-Gesuche zu begutachten, und ohne irgend einen andern Haltungs-Punct zu haben als derjenige war, welchen ihr Verhältnisse der Örtlichkeit und der Individualität darbothen, war sie vielleicht mehr als einmal in dem Falle, das Interesse des Staates unrichtigen Ansichten zu opfern und ohne ihr Wißen verrathen zu müßen.

War auch die Größe der Waldfläche schätzungsweise im Allgemeinen angegeben, so war wenigstens der in mehreren Gegenden so bedeutende öde Theil derselben unbekannt, und eben so wenig war eine bestimmte Übersicht der verschiedenen Bestandes-Claßen und der Alters-Verhältnisse der Theile der letztern unter sich vorhanden; der Section fehlten also alle Momente, von welchen die Leitung des Betriebs der Forst-Wirtschaft ausgehen sollte und mußte. Gleichwohl wurde jährlich mit den von den Forstämtern eingekommenen Fällungsvorschlägen, den ihrer Form nach vorgeschriebenen Holz-Berichten, das leere Spiel der Ratifikation getrieben und das Ansehen einer gewissenhaften Leitung der Wirtschaft behauptet. Der wichtigste Gegenstand derselben, die Herstellung des Gleichgewichts von Production und Nutzung, blieb also unerledigt, und während nach den individuellen Ansichten des äußeren Personals in den einen Gegenden zerstörende Fällungen die Waldungen ruinirten, fanden in andern unüberlegte Überhaltungen schlagbarer Bestände bis zur verderblichen Überständigkeit statt. In keiner Beziehung fand sich ein Plan zur Bewirtschaftung auf die erforderliche nähere Kenntniß des Gegenstands begründet. Sie bezeichnete sich durchaus nur als das Werk des Zufalls und der Wirkung momentaner Ver-

hältniße. Aus zufälligen Veranlassungen wurden zwar hier und da Partial-Revisionen verfügt, Etats aufgenommen oder sollten doch wenigstens aufgenommen werden, die Resultate hiervon konnten jedoch immer nur partial bleiben, nie auf das Ganze wirken und von einigen Kommissionen bleiben sie sogar ganz aus, Zeit und Kosten waren also verschwendet.

Auf ähnliche Weise wurde die Wald-Kultur betrieben. Ohne Kenntniß der FlächenGröße der Öden und der sich nach einem festgesetzten Nutzungsplan erzeugenden Möglichkeit ihrer zweckmäßigen Bestockung wurde sie das Spiel der Phantasie und der Willkür. Wenn nicht auffallende Ungereimtheiten vorlagen, konnten die jährlichen KulturVorschläge nicht beurteilt werden, und in ihrer Genehmigung achtete man sich einer Pflicht für den Staat entledigt. Die Verschwendung Tausender war nicht böse Absicht noch Wille, sondern gänzliche Unkenntnis. Das fruchtloseste Spiel wurde daher mit der jährlichen Einsendung der Kultur-Nachweisungen getrieben, welche mit Zahlen prangten, aber weder Prüfung noch Revision zuließen, weil sie von keiner Seite controlirt wurden.

In Absicht der Abwandlung der Wald-Excesse waren zwar vierteljährliche Nachweisungen vorgeschrieben; in denselben jedoch genügte es, der Zahl der angebrachten Frevel, ihrer Abwandlung, so wie ihren Rückständen nach zu kommen; an die nähere Erörterung ihrer örtlichen Verhältniße nach Beschaffenheit und Wirkung für die Forstwirthschaft, die Aufsuchung ihrer Ursachen und die Verfaßung der auf diese Momente sich stützenden Gesetzes-Vorschläge jedoch wurde nicht gedacht. Das Wesen der höheren Forst-Polizei blieb also gänzlich unbeachtet und daher einer der wichtigsten Regiminal-Gegenstände in tiefstem Dunkel begraben.

Daß indeßen unter diesen Zirkumstanzen an eine staatswirthschaftliche Tendenz der Forstwirthschaft, an besonnene und thätige Mitwirkung derselben für die Vollendung und Erweiterung der Landwirthschaft, die Beförderung des Gewerb-Betriebs und des Glückes und des Wohlstandes der Unterthanen nicht zu denken war, kann den eigenen allerhöchsten Einsichten nicht entgehen. Das Ganze schleppte sich von einem Jahr zum andern, ohne Streben nach Verbeßerung und Vervollkommenng.

So wenig jedoch, diesen allerunterthänigsten Darstellungen zu Folge, ihrem Zwecke entsprechend die inneren Verhältniße der Administration bei der Section der Kronforste waren, so niederschlagend in jeder Beziehung stellten sich die Dienst-Verhältniße des äußeren Personals dar. Ohne umfaßende, zum Theil aber fehlerhafte Instruction für die Wald-Behandlung, war diese theils der Willkühr Preis gegeben, theils durch Vorschriften beschränkt, welche die Hinführung zum Beßern nach den Resultaten gesammelter Erfahrungen hinderten, und nicht selten fielen sogar dem Landmanne die Mißgriffe auf, welche in Absicht auf die WaldBehandlung gemacht wurden. Die Folge hievon aber war, daß in den letzten zehn Jahren verschiedene der bedeutendsten Forste mit weit größerer Beschleunigung dem Verderben zugeführt wurden, als die frühere so genannte WaldDevastation zu bewirken vermochte.

So mangelhaft sich indeßen die WaldBehandlung in Absicht auf NutzungsBetrieb und die Schlagstellung in den meisten Fällen finden mußte, eben so planlos und ohne bestimmte Richtung stellte sich häufig der Betrieb der Neben-Nutzungen dar, und Willkühr und Convenienz traten auch hier nur zu offen an die Stelle der Grundsätze, weil nirgend durch bestimmte Vorschriften die Handlungsweise des äußern Personals bestimmt war.

Ähnliche Verhältniße aber hatten in allen anderen Beziehungen statt. Die Dienstgrade der Unterförster, Waldschützen, Scharfschützen und Jägerpursche waren begründet; alle jedoch trafen allein und ausschließlich in dem gemeinschaftlichen Zwecke der Waldhut zusammen, keiner war auf irgend eine Weise für die Kontrolle benützt und sie unterschieden sich ihrem Wesen nach allein durch die Differenz der mit ihrer Bestallung verbundenen Besoldungen. Hierdurch wurde das ganze ForstCaßenwesen in die Hände der Reisigen För-

ster und der ForstCaßiere gelegt und die sich nur auf einzelne Gegenstände desselben beziehende AbstichsUrkunden der Oberforstmeister, so wie die NaturalRechnung der Reisigen Förster sollten die Kontrolle hierbei bilden. Fehlerhaft genug jedoch mußten den ForstCaßieren, diesen Zwittern von Actuaren und CaßenBeamten, auch noch sämtliche Urkunden ausgeliefert werden und von ihrem Willen wurde es abhängig, was zur Verrechnung gebracht werden sollte. Dieses wurde ihnen umso leichter, da sie in ihrer Eigenschaft als Acture den Förstern imponirten und um des Dienstes willen imponiren mußten, dieselbe also in jeder Beziehung von sich abhängig machten. Hierzu kam, daß theils die Anhäufung der Actuariats-Geschäfte, theils Mangel an pflichtmäßiger Thätigkeit für ihre caßenamtlichen Geschäfte ein Retardat erzeugte, welches in gleichem Verhältniß ihre Liquidationen mit den Förstern hinderte und diese also auch außer Stand setzte, ihre Natural-Rechnungen herzustellen. War daher einmal ein Jahr verstrichen und verbanden sich mit dem Retardate desselben die Geschäfte des folgenden Jahres, so mußte es für die Reisigen Förster, wenn sie auch individuelle Fähigkeiten besaßen, zur Unmöglichkeit werden, ihre rückständigen NaturalRechnungen zu stellen. Sie mußten dieses den ForstCaßieren und ihren Schreibern öfters gegen schwere Bezahlung überlassen, und genügte es diesen, erhaltene Urkunden zu zernichten oder erfachten sie sich sogar, wie Beispiele vorhanden sind, dieselben zu verfälschen, so konnte bei der leeren Formalität, welche sich in den so genannten Rechnungs-Verurkundungen aussprach, nur ein glücklicher Zufall zufälligen Irrthum oder absichtlichen Betrug entdecken, denn schwebte auch dem einen oder andern Förster ein Argwohn vor, so war es, nach Verlauf von Jahr und Tag, unvermeidlich, denselben aus dem Gedächtniß zu beweisen, die schriftlichen Documente hierzu aber waren ihnen entrißen. Lag aber ein solcher Beweis nicht in dem Vermögen des Försters in Absicht seiner einzelnen Hut, so konnte dieses noch weniger bei dem Oberforstmeister in Absicht mehrerer ihm untergebener Hutten der Fall seyn; er mußte sich auf die von ihm ausgestellten Urkunden verlassen und fand sich hiedurch in die Möglichkeit versetzt, mit dem reinsten Gewissen den größten Betrug zu beurkunden. Nirgend war daher Dienst, nirgend fanden sich gesetzlich begründete und gesicherte Dienst-Verhältnisse.

Diese auffallenden Mängel der württembergischen Forst-Verfaßung fühlte und erkannte schon der OberForstRath Hartig, und sein Eifer für den Dienst, so wie die innere Kränkung, die württembergische Forst-Verfaßung den Forst-Verfaßungen aller policirten Staaten nachstehen zu sehen, forderten ihn auf, wenigstens in Absicht auf den äußern Dienst und die verschiedenen Personal-Grade desselben, die erforderlichen Instructionen zu bearbeiten und dadurch ein früher oft gefühltes aber nie befriedigtes Bedürfniß zu heben. Sie wurden dem Collegium der Section der Kronforste vorgelegt, von demselben nach allen Beziehungen geprüft, debattirt und als zweckmäßig anerkannt. Niemals jedoch wurden sie an das Personal hinaus gegeben, und nachdem Hartig die diesseitigen Dienste verlassen hatte, wurden sie bei Seite geschafft und sind seitdem verloren, ohne daß Jemand die Veranlassung davon kennt (der Entwurf der Hartigschen Dienstinstructionen ist in HSTA E 221 Bü. 1838 erhalten, der Verf.). Das DienstPersonal aber blieb, wie zuvor, ohne nähere Bezeichnung der ihnen obliegenden Functionen.

In dem gegenwärtigen Zeit-Puncte indeßen, wenn Euer Königliche Majestät dem Forstwesen des Königreichs eine neue Gestaltung geben, würde das alleruntertänigst unterzeichnete Collegium des Königlichen Forstraths allerhöchstDero wohlthätige Absichten verrathen, wenn es diese verderblichen Verhältnisse verschweigen, wenn es nicht thätig für die Erreichung des vorgesetzten Zwecks wirken wollte. In dieser Beziehung jedoch hat es die tröstende Beruhigung, seine Pflicht erfüllt zu haben. (Es folgt eine kurze Beschreibung der vorgelegten Dienstinstructionen und ihrer Zweckbestimmung.)

Geruhen nun Euer Königliche Majestät die aus diesen Bestimmungen für das Forst-Wesen des Reichs hervorgehobenen Verhältnisse allergnädigst zu berücksichtigen, so werden

sich allerhöchst dieselben auch überzeugen, daß nur auf diesem Wege das Kollegium des Königlichen Forstrathes zu der erforderlichen Übersicht der statistischen Verhältnisse des Landes... gelangen könne, daß, wenn es seine Pflichten gegen Monarchen und Staat erfüllen solle, dasselbe seine ganze Handlungsweise auf diese Thatsachen stützen müße. Die Bürgschaft ihrer Beibringung aber liegt in dem durch die entworfenen Instructionen bestimmten Zusammenwirken des äußern Personals...

Während also aus der früheren Administration der Kronforste Dunkel und Willkühr hervorging, und mit schwankender Ungewißheit und Ängstlichkeit die Bedürfnisse des Moments gestillt wurden, nirgend aber ein gesetzlich begründetes Zusammenwirken des äußern Personals statthatte, müßen aus diesen Verhältnissen Licht und Wahrheit hervortreten, und die Erfüllung Euer Königlichen Majestät erhabenen Absichten für das Beste des Reiches wird der Vereinigungs-Punct, nach welchem innere und äußere Kräfte streben.

Leider! indeßen scheinen Ursachen entgegen zu wirken, welche bisher die Realisirung dieser Wünsche, dieser Hoffnungen hinderten. Man scheint das aus den Grundsätzen der neuen Forst-Organisation hervorgekammte Licht von Neuem unterdrücken, das Ganze in den bisherigen zwecklosen, zum Theil mit sich selbst in Widerspruch tretenden Formen erhalten und dem vorgelegten Reglement das Schicksal der verlorenen Instructionen von Hartig ertheilen zu wollen. Der Vorwand hierzu wird vielleicht angebliche Weitläufigkeit des entworfenen Reglements und ein zu geringer Grad von Bildung des größern Theils des äußern Personals seyn.

Aus dem bisher allerunterthänigst gemachten Vortrage jedoch werden Sich Euer königliche Majestät allerhuldreichst zu überzeugen geruhen, daß das entworfene Reglement nach allen seinen Beziehungen lediglich das Wesen der Forstwirthschaft und ihrer zweckmäßigen Leitung ergreift; kurz oder weitläufig, umfaßt es also nur das nach dem Erkenntniß des Kollegiums des Forstrathes für das Dienst erforderliche, und für die Sicherung der gleichförmigen und also auch vollständigen Leitung desselben spricht es für sämtliche Gegenstände des letzteren bestimmte Formen aus. Dieser grundlose Vorwurf widerlegt sich also aus der Sache selbst.

Was hingegen den angeblich unzulänglichen Bildungsgrad des äußern Personals betrifft, so kann den eigenen allerhöchsten Einsichten nicht entgehen, daß diejenige fortwährend Kinder bleiben, welchen immer nichts als Milchspeise gereicht wird. Die Forstämter sind gegenwärtig mit Männern bestellt, welche Kenntniße und Wille besitzen, das Wesen des Reglements zu erfassen, ein großer Theil der Revierförster wird dieses Ziel erstreben und die Stärkern werden den Schwächern nachhelfen. Männer aus Pflicht- und Ehrgefühl aber, aus welchen das Kollegium des Forstrathes besteht, werden das Ganze zusammenhalten und den vorgesetzten Zweck leiten.

Mit dieser Überzeugung und dem warmen Eifer für die Sache, welcher durch Euer Königliche Majestät erhabenes Beispiel erweckt werden muß, nahte sich das allerunterthänigst unterzeichnetes Kollegium allerhöchst Dero erhabenem Throne mit der allerehrfurchtvollsten Bitte, die schleunige Emanirung des nun schon so lange liegenden Dienst-Reglements und dadurch die Entfernung der einer zweckmäßigen Pflicht-Erfüllung bis jetzt entgegen gestandenen Hindernisse allergnädigst zu verfügen.

Übrigens erstirbt in allertiefster Ehrfurcht

Eurer Königlichen Majestät

allerunterthänigst treu gehorsamstes

Kollegium des Königlichen Forstrathes

gez. v. Seutter, Direktor

ForstRath Grüter

v. Phull

v. Fahnenberg

Anlage 11

Charakteristik der 1817 amtierenden Oberforstmeister

(HSTA E 13 BÜ. 255)

Die Beurteilung der Oberforstmeister wurde im Jahre 1817 auf Wunsch König Wilhelms I. vom früheren Leiter der Forstverwaltung, dem Geheimen Rat v. Hartmann, angefertigt. Sie bildete die Grundlage für 4 Konferenzen, in denen die Verwendung der Forstamtsleiter im Rahmen der Forstorganisation von 1818 beraten und entschieden wurde. Das Ergebnis ist in der rechten Spalte festgehalten.

»Forstorganisation seit 1803«

Oberforstmeister Oberforst

		I. Classe	
v. Seutter	Ulm	besitzt höhere und vielseitige wissenschaftliche Bildung, vollkommene Kenntniß im Forstfache und eine musterhafte Thätigkeit	Direktor des Forstrats
v. Plessen	Engelberg	zeichnet sich als practischer Forstmann in jeder Rücksicht vortheilhaft aus. Man hat ihm viele und gute Culturen zu danken, er ist unermüdet im Dienste und hält die strengste Ordnung bei dem Dienstpersonal	Kreisforstmeister in Reutlingen
v. Gemmingen	Urach	verbindet Kenntnisse mit kräftigem Willen und hat in seinem Oberforst sehr viel Gutes geleistet	Kreisforstmeister in Ulm
v. Gemmingen-Fürfeld	Tübingen	ein tüchtiger Forstmann und Jäger, dem die Jagd nie zu einer Klippe für den höheren Beruf wurde	Kreisforstmeister in Ellwangen
v. Schott	Heidenheim	zeichnet sich durch Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit im Dienst aus	Kreisforstmeister in Ludwigsburg
		II. Classe	
v. Gaisberg	Leonberg	hat practische Kenntnisse und Thätigkeit	Oberförster in Ludwigsburg
v. Steube	Ellwangen	er besitzt mehr Kenntnisse als seine rohe Formen erwarten lassen. Dabei ist er unermüdet im Dienste	Oberförster in Schnaitheim
v. Riedesel	Comburg	hat positive Kenntnisse und Eifer, weniger Beurtheilungsgabe	pensionirt
v. Fahnenberg	Neuenstadt	bei natürlichen Anlagen und gesammelten Kenntnissen muß er sich noch mehr praktische Gewandtheit erwerben	dem Forstrath zugetheilt
v. Lützwow	Crailsheim	hat sich als junger Mann mit Thätigkeit und Eifer in das Fach geworfen und praktische Kenntnisse in Anwendung gebracht	Oberförster in Crailsheim
v. Normann	Altenstaig	hat mehr natürlichen Takt als positives Wissen und ist thätig	Oberförster in Sachsenheim
v. Neubronn	Kirchheim	brav und thätig, aber im Wissen beschränkt	Oberförster in Kirchheim
v. Neubronn	Neuenbürg	desgleichen	pensionirt

III. Classe			
v. Kahlden	Reichenberg	hat mehr Anlage als Ausbildung, ist mehr Jäger als Forstmann	dem Forstrath zugetheilt
v. Palm	Zwiefalten	fleißig, muß sich aber mehr Kenntnisse erwerben	pensionirt
v. Seckendorff	Stromberg	muß sich mehr Erfahrung sammeln, hat aber den Willen dazu	pensionirt
v. Verschür	Altdorf	bei beschränktem Wissen wenig Thätigkeit	pensionirt
v. Öttinger	Mergentheim	beschränkt im Wissen und weniger thätig	pensionirt
v. Pückler	Freudenstadt	leichtsinnig und bei vieler Einbildung von sich selbst wenig positive Kenntnisse	pensionirt

Einschließlich des hier nicht aufgeführten Ludwigsburger Oberforstmeisters v. Bülow wurden 2 Oberforstmeister dem Forstrath als Hilfskräfte zugeteilt und 8 pensioniert, weil nach den Worten des Finanzministers v. Malchus »ein unbrauchbarer Oberförster (d. h. Forstamtsleiter) in einem Jahr mehr Schaden verursachen könne, als seine Pensionierung auch in einem ganzen Menschenalter koste, weßhalb es eine ebenso traurige als unverantwortliche Ökonomie seyn würde, wenn einzig nur um die Pension zu ersparen, anerkannt Untüchtige angestellt werden wollten«. (Protokoll der Konferenz vom 24. Mai 1818, HSTA E 13 Bü. 256)

Anlage 12

Unmaßgebliche Bemerkungen

des Forstratsdirektors v. Seutter zum Gutachten des Geheimen Rats über den Entwurf der Forstorganisation (HSTA E 221 Bü. 1843) v. 22. 3. 1818 (Auszug)

Seutter nimmt in diesem Vermerk Stellung zu verschiedenen Äußerungen des Geheimen Rats, u. a. auch zu dem Vorschlag,

»daß von gedachten (d. h. den zur Pensionierung oder anderweitigen Verwendung vorgesehenen, der Verf.) Oberforstmeistern eine bestimmte Erklärung zu verlangen sein möchte, ob sie sich getrauen, ihr Amt, nach den neu zu regulierenden Funktionen desselben, genügend zu versehen, oder ob sie die Pensionierung vorziehen. Für den Fall ihres Verbleibens im Dienst wäre ihnen aber im voraus zu erkennen zu geben, daß, wenn sie sich nicht fähig zeigen sollten, mit Verlust ihres Gehalts ohne Pension entlassen zu werden.«

Es bleibt immer eine merkwürdige Erscheinung, daß der Referent (gemeint ist v. Hartmann, der Verf.) in dieser Angelegenheit hier gerade das Entgegengesetzte von demjenigen zu bewirken sucht, was er durch seine über die Oberforstmeister abgegebene Charakteristik und das bey einer bey K. Finanz-Ministerium abgehaltenen Konferenz gefällte Urtheil bezwecken müßte, und in der einen oder andern Beziehung muß ihm also die tadelnswürdigste Inkonsequenz zur Last fallen. Wird indessen der hier gemachte Vorschlag der erforderlichen nähern Prüfung unterworfen, so wird sich finden, daß nicht das zum Vorwand genommene Staats-Interesse, sondern Personal-Rücksichten denselben in allen seinen Beziehungen motivirt haben. Bey der vorher erwähnten Konferenz erklärte der Referent des Geh. Raths selbst nur die Ofm. v. Steube und v. Lüzow als für weitere Anstellung tüchtig und auf das Urtheil der beyden ältesten Räthe im K. Forstrathe wurden mit diesen noch v. Neubronn und v. Gaisberg in gleiche Kategorie gesetzt. Bey der getroffenen Auswahl wurde also mit der größten Vorsicht verfahren. Wenn nun aber berücksichtigt wird, daß gegen den Ofm. **v. Neubronn** in Neuenbürg bereits eine Untersuchung verfügt ist,

der Ofm. **Graf v. Pückler** in Freudenstadt bey jeder Gelegenheit als ein höchst unmoralischer Mensch darstellt, und die Indolenz des Ofm. **Graf v. Normann** nicht in Zweifel gezogen werden kann, wenn dasselbe in Absicht der Gleichgiltigkeit geschieht, womit der **Ofm. v. Kalden** in Reichenberg seine Berufs-Pflichten erfüllt, während er sich dem Betriebe seiner Landwirtschaft und Schäferey überläßt, die mannigfaltigen Unziemlichkeiten, welche von dem Ofm. **v. Fahnenberg** in Neustadt bereits aktenmäßig wurden, sowie die gleichfalls notorisch gewordenen Nachlässigkeit, womit der Ofm. **v. Verschür** das ihm übertragene Allodifikations-Geschäft betreibt, in das Gedächniß zurückgerufen werden, und dasselbe in Absicht des Ofm. **v. Riedesel** in Comburg geschieht, dabey aber die gänzliche Unwissenheit des Ofm. **v. Palm** in Biberach, des Ofm. **v. Seckendorff** in Stromberg und des Ofm. **v. Oettingen** in Mergentheim berücksichtigt wird, so dürfte sich wohl die getroffene Auswahl in sich selbst rechtfertigen. Nähere Thatsachen aber dürfte die zu verfügende Untersuchung der Waldungen dieser Oberforste und der bisherigen Funktionierung der ihnen vorgesetzten Oberforstmeister angeben; weniger aber dürfte diese dann zu Pensionierungen als zu Cassationen (d.h. Entlassungen, der Verf.) führen und es ist zu bezweifeln, daß bey den Verhältnissen, unter welchen diese Oberforstmeister angestellt wurden, es in der allerhöchsten Intention liegen dürfte, dieses zu erzwecken. Was indessen bey diesen Individualitäts-Verhältnissen von der in Antrag gebrachten Aufforderung zu erwarten wäre, läßt sich mit Bestimmtheit voraussehen. Wäre es auch nicht Interesse, so müßte es wenigstens das empörende Gefühl eigener Untüchtigkeits-Erklärung seyn, welches die Aufgeforderten zu der Übernahme eines Amts bestimmte, von welchem sie, auch bey den bündigsten Beweisen von Untüchtigkeit, je länger je weniger zu verdrängen wären, und durch die unter diesen Umständen zu vollführende Organisation wäre nicht die Sache, sondern nur der Name verändert, die Waldungen aber blieben nach wie vor dem Ruin ausgesetzt. Unverkennbar geht aber hieraus hervor, daß durch den gemachten Antrag nicht das Interesse des Staates, sondern die Sicherung individueller Ansprüche auf Kosten des ersteren geltend zu machen gesucht werden. Wie wenig Zutrauen übrigens von Seite des Geh. Raths in diese Oberforstmeister selbst gesetzt wird, dürfte sich daraus beweisen, daß in dem Gutachten selbst gesagt wird, daß sie... »auch künftig derjenigen Hülfe, die ihnen von den Forst-Kassieren bey solchen Amts-Verrichtungen, die Gewandtheit im Geschäfts-Gang und im Gebrauche der Feder erforderten, geleistet wurden, nicht wohl entbehren können«. In diesen Fällen sollen also die Forst-Kassiere die Funktionen unwissender oder läßiger Oberforstmeister vertreten!

Anlage 13

Anbringen des Finanzministeriums an König Wilhelm I.

die Bestellung der Waldhut und den Gehalt der Waldschützen betreffend vom 11. Juni 1833 (HSTA E 13 Bü. 256)

Die vielen, seit mehreren Jahren theils bei Eurer Königlichen Majestät, theils bei dem Finanz-Ministerium, den Finanz-Kammern und den Landständen eingekommenen dringenden Gesuche der als Waldschützen angestellten Forstmänner um Erhöhung ihres Gehalts

veranlassen mich, Eurer Königlichen Majestät über diese Gesuche und die Bestellung der Hut der Staatswaldungen unterthänigst vorzutragen.

Bei der Forst-Organisation vom Jahre 1822 wurde als Grundsatz aufgestellt, daß zwar das bereits angestellte Personal vom Forstfache, das zum Theil in höheren Stellen überflüssig geworden war, zunächst zur Waldhut verwendet, daß aber in der Folge auch andere Bürger auf Waldschützerstellen, deren Besorgung neben der Kenntniß des Lesens und Schreibens nur einen thätigen und ehrlichen Mann erfordert, angestellt werden sollen.

Da die bereits angestellten Forstdiener in ihrem früheren Gehalt blieben, so wurden die Waldschützegehälter nur nach den geringeren Bedürfnissen eines Landmanns bemessen. Indessen wurden von dem Grundsatz, nur Ortsbürger als Waldschützen anzustellen, bald Ausnahmen gemacht und bei dem großen Zudrang ganz brodloser Bewerber vom Forstfach die Regel nicht mehr festgehalten.

Die mit den Waldschützenstellen verbundenen Gehälter betragen höchstens 100 fl. in Geld und 2 Klftr. Holz, zusammen 118 fl., und sind offenbar ganz unzulänglich, einen Forstmann und seine Familie zu ernähren. Außerdem haben zwar die Waldschützen von gewissen Strafen bestimmte Vortheile; sie können aber nicht als ein bestimmter Einkommenstheil angesehen werden, sind zufällig, nehmen gewöhnlich bei einen thätigen und ehrlichen Waldschützen ab, und übersteigen in den günstigsten Fällen selten die Summe von 70 fl., in den meisten Gegenden aber sind sie ziemlich unbedeutend.

Es müßte daher den Waldschützen-Gehälten ein Namhaftes zugelegt werden, wenn sie hinreichen sollten, einem Waldschützen vom Forstfache und seiner Familie mit ihren immer steigenden Bedürfnissen Auskommen zu gewähren. Bei dem Gehalt von 227 fl., der den Waldschützen durch die Organisation vom Jahr 1818 verliehen worden war, wurden gleichfalls die dringendsten Klagen über dessen Unzulänglichkeit vernommen.

Es fragt sich nun, ob nicht, wie es vielfältig behauptet wird, für den Aufwand, der durch die Erhöhung der Gehälter der Waldschützen entstünde, dadurch ein erheblicher Ersatz gewonnen werden könnte, daß bei durchgängiger Besetzung der Waldschützenstellen mit Forstmännern die Zahl der Stellen bedeutend vermindert werden könnte. In dieser Beziehung erlaube ich mir zu bemerken, daß zwar ein Forstmann, der nichts als seinen Dienst zu versehen hat, einen größeren Bezirk haben könne, als ein Mann, der noch eine Nebenbeschäftigung treibt, und daß jener, wenn er allen örtlichen Verhältnissen fremd ist, einem in solche verwickelten Ortsbürger vorzuziehen wäre.

Dennoch aber läßt sich der Hutsbezirk eines Waldschützen über einen gewissen Betrag nicht ausdehnen, weil sonst die menschlichen Kräfte nicht zureichen, denselben täglich ein- oder mehreremal zu begehen. Auch wird bei ausgedehnten Bezirken den Frevlern die Begehung von Excessen leicht, wenn er den Waldschützen, was öfters vorkommt, am andern Ende einer ausgedehnten Hut beschäftigt weiß.

Die Kreisforstmeister erklärten im Jahr 1830, daß die Zahl der Waldschützenstellen, die sich damals auf 391 belief, auch wenn diese Stellen mit lauter Forstmännern besetzt würden, eine erhebliche Verminderung nicht erleiden könne.

Selbst bei der Organisation vom Jahr 1818 bestanden, neben 156 zugleich für die Waldhut bestimmten Unterförstern, 277 Waldschützenstellen, wobei doch noch über ungenügenden Waldschutz geklagt wurde.

Der Hauptanstand bei der Besetzung der Waldschützen-Stellen mit Forstmännern bleibt aber immer, daß sich der Staat mit einer außer allem Verhältniß mit den Försterstellen stehenden Anzahl von Forstmännern beladen müßte, denen ihr Beruf keine Befriedigung und keine Aussicht auf Verbeßerung, aber auch nicht die Mittel zur Ernährung ihrer Familie gewähren könnte.

Ein Waldschütz wird, wenn er nicht vorzüglich ist, in seiner Fachbildung zurückgehen, oder häufig seinen Dienst versäumen, wenn er sich auf eine höhere Stelle vorbereiten will;

die Noth, in der er lebt, wird ihn leicht zu Veruntreuungen leiten, bei welcher er, auch wenn sie nicht verborgen bleiben, von Seiten seiner Vorgesetzten und des Richters aus Mitleiden und Rücksichten der Menschlichkeit, der äußersten Nachsicht versichert seyn darf, weil mit einem seines Dienstes entsetzten Forstdiener gewöhnlich eine Familie an den Bettelstab kommt.

Besonders diese letzte Rücksicht fällt bei einem Landmann und Handwerksmann ganz weg, der, wenn er nicht einschlägt, oder sich Vergehen zu Schulden kommen läßt, und entlassen wird, zu seinem früheren Beruf zurückkehren kann.

Auch ist die Besorgniß, daß ein solcher Landmann durch seinen Feldbau seinem Dienst zu sehr entzogen werde, nicht begründet, weil ein Mann von einem Güterbesitz und einem einigermaßen bedeutenden Gewerbe keine Waldschützenstelle suchen oder erhalten wird. Es kann daher nur von Männern mit unbedeutendem Gewerbe, oder von Männern mit weniger Gütern, deren Bau entweder von der Familie oder, was Spanndienste betrifft, um den Lohn besorgt wird, die Rede seyn. Bei einem solchen Mann fällt auch jede andere Abhaltung durch Jagdliebe, Hang zur Gesellschaft etc. gewöhnlich hinweg. Ebenso dürfte der Einwurf, daß man zu diesen Stellen keine taugliche Männer finden könne, nur bei Stellen, die wirklich zu geringen Verdienst gewähren, und in einigen ziemlich unbevölkerten Orten des Schwarzwalds einigermaßen begründet seyn. Für die beßern Stellen werden sich gewiß auch hier, wie überall im Staatsdienst, Bewerber genug finden.

Von 86 als Waldschützen angestellten bürgerlichen Personen, welche in den National-Listen vom Jahr 1832 prädicirt wurden, haben 79 das Zeugniß sehr gut oder gut und nur 7 das Zeugniß mittelmäßig, ziemlich gut oder ordentlich erhalten, 3 andere waren des Dienstes entlassen worden.

Bei diesen Verhältnissen glaube ich, daß zu dem Grundsatz, daß die Waldschützenstellen nicht durch Forstmänner, sondern durch Bauern und andere auf dem Lande ansäßige Personen besetzt werden sollen, zurückzukehren und den Forstämtern streng aufzugeben wären, sich hienach zu benehmen. Damit derselbe um so gewißer festgehalten würde, dürften Ausnahmen an die Genehmigung des FinanzMinisteriums zu binden seyn.

Auch möchte es bei der Regulierung des mit den Waldschützenstellen verbundenen Gehalts im Ganzen sein Verbleiben haben.

Ich habe jedoch, da die Unzulänglichkeit dieses Gehalts für die auf Waldschützenstellen angestellten Forstmänner anerkannt und einige Berücksichtigung dieser Diener sogar durch das Interesse des Dienstes geboten ist, der höchsten Entschließung anheimzustellen, ob denselben nicht der Gehalt der Forstscharfschützen von 24 kr. bis 30 kr. täglich, namentlich der letztere den in den Forsten Neuenbürg, Altenstaig, Freudenstadt, Rottweil, Sulz und Wildberg angestellten, wo die Lebensmittel theurer und die Strafantheile ganz unbedeutend sind, ausbezahlt werden dürfte.

Der Einzelne würde dadurch ein gewisses Einkommen von 146 fl. bis 182 fl. 30 kr. jährlich erhalten, der Mehraufwand für die Waldhut aber für jetzt beiläufig 7746 fl. 30 kr. betragen, übrigens von Jahr zu Jahr sich vermindern.

Wollten nun Eure Königliche Majestät diese Ansichten zu genehmigen gnädigst geruhen, so möchte von der hiedurch eintretenden Vermehrung des Elementar-Aufwands zunächst der gegenwärtig bestehenden ständischen Finanzkommission Mittheilung zu machen, und, wenn dagegen keine erhebliche Einwendungen erhoben werden, die angetragene Maßregel vom 1. Juli 1833 an zur Ausführung zu bringen seyn.

Ehrfurchtsvoll
gez. Herwegen

Anlage 14

Abschiedsschreiben des Präs. v. Graner vom 24. Juli 1913

Im Begriffe, aus einer langen und arbeitsreichen Berufslaufbahn zu scheiden und die Vorstandschaft der Verwaltung niederzulegen, empfinde ich das Bedürfnis, die vielfach irrigen Anschauungen, welche infolge unrichtiger und unvollständiger Berichte in der Presse an die Vorgänge bei der letzten Kammerverhandlung über den Forstetat sich geknüpft haben, zu berichtigen und den Herren Forstamtsvorständen an der Hand des inzwischen erschienenen Protokolls über die Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 29. Juni ds. Js. ein Bild über den wirklichen Sachverhalt zu geben.

In der erwähnten Sitzung stellten die Abg. Commerell, Grossindustrieller und Sägewerksbesitzer, und Locher, Holzhändler, also Sachverständige auf dem vorliegenden Gebiete, nacheinander in einer an mich persönlich gerichteten Form das Ansinnen, ein fachmännisches Urteil über die Frage abzugeben, ob nicht bei der dermaligen Höhe der Nutzungen in den Staatsforsten in absehbarer Zeit ein Rückgang der Einnahmen aus den Forsten zu gewärtigen sei. Daß die beiden Abg. hiebei nicht die dem Etat zu Grunde gelegte ordentliche Nutzung, welche ich bei Tit. 1 als einen Antrag der Regierung pflichtmäßig vertreten habe, sondern ganz wesentlich die neben der ordentlichen Nutzung zur Erhebung kommende außerordentliche Nutzung für den Forstreservfonds im Auge hatten, ist unzweifelhaft. Der Wortlaut der Ausführungen der genannten Abg. ist im Auszug folgender:

Abg. Commerell: »Ich möchte übrigens an dieser Stelle auch meinen Bedenken darüber Ausdruck geben – und ich weiß, daß diese Bedenken auch von fachmännischer Seite geteilt werden –, ob es nach dem Abtrieb der Starkhölzer, was vielleicht schon in wenigen Jahren der Fall sein kann, noch möglich sein wird, den Anfall und damit die Erlöse auf dem jetzigen Stand zu halten. Ich bin der Ansicht, daß in diesem Tempo, wie es in den letzten Jahren der Fall war, ganz unmöglich weiter gemacht werden kann. Es teilen verschiedene Oberförster meine Ansicht. Wir in der Holzindustrie befürchten, daß das Starkholz in kurzer Zeit ausgehen wird, und es würde mich interessieren, hier die Ansichten des Herrn Präsidenten v. Graner als eines Fachmannes darüber nahher zu hören.«

Abg. Locher: »Ich habe den Eindruck, daß man aus dem Wald herausnimmt, was man nur herausziehen kann. Und da legt sich mir eine Frage, die auch schon vorgetragen wurde, nahe: Wird es möglich sein, daß auf die Dauer, auf Jahre und Jahre hinaus, die gleiche Quantität und auch die gleiche Qualität aus unserem Walde herausgezogen werden kann? Die Art und Weise der Bewirtschaftung hat mir den Zweifel erweckt: Ist der Betriebsplan derart, daß wir auch später wieder starkes Holz in genügender Anzahl erhalten werden? Und die Frage, die der Herr Kollege Commerell gestellt hat, möchte auch ich in bestimmtester Weise an den Herrn Präsidenten v. Graner richten: Werden wir in Zukunft wirklich auch Holz in gleicher Quantität und gleicher Qualität haben zum Verrechnen in unseren Einnahmen? Unter »Qualität«, meine Herren, das möchte ich hier ausdrücklich bemerken, verstehe ich das prozentuale Verhältnis der stärkeren und der schwächeren Klassen zueinander.«

Meine Erwiderung hatte folgenden Inhalt:

Präs. Dr. Graner: »M. H.! Ich darf vielleicht ein kurzes Wort sagen für die Etataufstellung für das zweite Etatjahr. Seitdem ich die Ehre habe, an der Spitze der Verwaltung zu stehen, seit 12 Jahren, haben wir, wie ich mit Befriedigung feststellen darf, immer Überschüsse abgeliefert, und dies ist wesentlich dem Umstand zu verdanken, daß in der Etataufstellung Vorsicht geübt worden ist. Dies gilt namentlich für das zweite Etatjahr, welches bei der nächsten Etataufstellung für die Vergleichung maßgebend ist, und so wäre es mir sympathisch gewesen, wenn, wie solches auch der Herr Berichterstatter ausgeführt hat, für das zweite Etatjahr der Einheitspreis von 17 M. 15 Pf. stehen geblieben wäre. Wenn nun aber statt des Satzes von 17 M. 15 Pf. derjenige von 17 M. 25 Pf. zu Grunde gelegt werden soll, so möchte ich meinerseits keine abweichende Meinung äußern.

Wenn ich in diesem Zusammenhang noch einige Worte beifügen darf – ich weiß nicht, ob es mir verübelt wird vom Herrn Staatsminister der Finanzen –, so ist es für mich, der ich doch in erster Linie die Interessen der Forstverwaltung zu vertreten habe, eine bedauerliche Sache, daß aus den so sehr hohen Einnahmen aus den Forsten die nachträglich sich ergebenden Mehreinnahmen ausschließlich nur für fremde Zwecke verwendet werden und wir selbst für unsere dringenden Bedürfnisse zu den Wegbauten nichts bekommen. Der jährliche Zinsertrag des Forstreservefonds beträgt jetzt 300 000 M. hievon bekommen wir in Tit. 25 nur 60 000 M.

M. H.! Sodann ist von dem Herrn Abg. Locher und zuvor schon den dem Herrn Abg. Commerell an mich das bestimmte Ansinnen gestellt worden, ein fachmännisches Urteil darüber abzugeben, ob nicht infolge des jetzigen Standes unserer Nutzung in der Zukunft ein Rückgang in den Einnahmen oder, wie der Herr Abg. Locher sich ausgedrückt hat, ein Rückgang der Nutzung in quali und quanto zu gewärtigen ist. Meine Herren, ich habe keinen Zweifel darüber, daß unsere ordentliche Nutzung noch auf absehbare Zeit, und zwar noch auf Jahrzehnte hinaus, in gleicher Höhe erhoben werden kann. Insoweit habe ich also kein Bedenken; allein ich möchte doch darauf hinweisen, daß, wenn wir mit den außerordentlichen Nutzungen für den Forstreservefonds gedrängt werden, nach Umständen das eintreten könnte, was ich schon früher mit Nachdruck hervorgehoben habe, daß nämlich sogar bei gleichem Preisstand und bei gleicher Höhe der Nutzungen mit einem Sinken der Einnahmen aus den Staatsforsten deshalb gerechnet werden muß, weil die im Preise verhältnismäßig höher stehenden stärkeren Sortimente in erheblich geringeren Quoten anfallen werden. M. H., ich bin am Abschluß meiner dienstlichen Laufbahn, aber ich darf doch wohl so viel sagen, daß ich es nicht verantworten zu können glauben habe, wenn in der bisherigen Weise mit den außerordentlichen Nutzungen für den Forstreservefonds fortgefahren würde. Es ist in den Motiven zum Forstreservefondsgesetz ausdrücklich ausgesprochen, daß die dort vorgesehene Million Festmeter nur den Rahmen darstelle, innerhalb dessen die Ermächtigung der Verwaltung zur Erhebung außerordentlicher Nutzungen sich bewegen solle, daß aber nicht eine Verpflichtung für die Verwaltung daraus abgeleitet werden könne, diese Million Festmeter auch wirklich im vollen Betrag zu erheben. Ich trage die Verantwortung nicht dafür, daß diese Million Festmeter neben unserer hohen ordentlichen Nutzung, in welcher wir den Forstverwaltungen aller anderen Länder voranstehen, im vollen Betrag erhoben wird.«

Ich frage: Konnte ich als Mann von Pflicht und Gewissen eine andere Antwort geben, als es geschehen ist? Ich weiß recht gut, daß der Regierungskommissär die Aufgabe hat, eine Vorlage der Regierung zu vertreten. Allein um eine solche Vorlage hat es sich gar nicht gehandelt; denn der Etat der Forstverwaltung, der die Vorlage der Regierung in jener Sitzung darstellte, hat nur die ordentliche Nutzung zum Gegenstand, nicht aber die außerordentlichen Nutzungen für den Forstreservefonds. Dieser letztere Gegenstand wurde, ohne daß ich es irgendwie hindern konnte, von den beiden Abgeordneten in die Diskussion hereingeworfen und zwar mit der schon erwähnten, ganz persönlich an meine Adresse gerichteten Aufforderung. In der pflichtmäßigen Beantwortung einer solchen Anfrage ein sacrificium intellectus zu bringen, wird man aber auch von einem Regierungskommissär nicht verlangen wollen.

Nach mir nahm der Herr Staatsminister der Finanzen das Wort und sagte nach dem Protokoll folgendes:

»M. H.! Ich muß zu den Ausführungen des Herrn Präsidenten meinerseits einiges bemerken. Er hat in aufgeregtem Tone sich darüber beschwert, daß ihm an Wegunterhaltungskosten nichts Weiteres bewilligt werde. Soviel ich mich erinnere, ist im Etat im wesentlichen derjenige Betrag eingestellt worden, den die Forstdirektion beantragt hat. Ich kann also nicht einsehen, wie ein Vorwurf hieraus konstruiert werden kann wegen einer ungenügenden Verwilligung. Wenn jetzt infolge der Erhöhung der Holzpreise eine größere Summe im

Etat zur Verfügung steht als früher, so ergibt sich hieraus doch nicht ohne weiteres ein höheres Bedürfnis für Wegunterhaltungskosten. Im übrigen möchte ich die Frage, inwieweit die Wegunterhaltungskosten, wenn jetzt mehr Mittel zur Verfügung stehen, noch weiter vermehrt werden können, jetzt dahingestellt lassen. Sodann hat der Herr Präsident der Forstdirektion – ich verüble ihm das ja sonst nicht, wenn er seine Meinung ausspricht – gesagt, daß er hinsichtlich der Nutzungen, die zu Gunsten des Forstreservefonds gemacht werden, die Verantwortung ablehne. Das finde ich bei ihm insofern nicht sehr unverständlich, da er ja überhaupt gegen das Forstreservefondsgesetz seinerzeit gewesen ist. Daß unser Forstreservefonds gegen seinen Widerspruch durchgesetzt worden ist und er darüber ungehalten ist, nehme ich ihm an sich nicht übel; ich ertrage auch ein offenes Wort; aber ich möchte bemerken: hieraus erklärt sich auch seine Stellung in dieser Sache. Für den Forstreservefonds aber übernehme ich die Verantwortung, er ist übrigens seinerzeit beschlossen worden entsprechend einem Antrag der K. Forstdirektion. Also ich glaube, diese Angelegenheit sollte als erledigt betrachtet werden.«

Ich kann es nicht bestreiten, daß sich bei den von dem Herrn Staatsminister der Finanzen ausgesprochenen Worten über meine Stellung zu dem Forstreservefondsgesetz, welche mit den Tatsachen vollständig im Widerspruch stehen, eine innere Erregung meiner bemächtigt hat und daß ich mich, was ich heute aufrichtig bedaure, zu dem übrigens nur wenig vernehmbaren Zwischenruf: »Nein!« habe hinreißen lassen, was aber auch der einzige Fehler ist, den ich in einer begreiflichen Erregung begangen habe. Wie ungerecht der Vorwurf des Herrn Staatsministers der Finanzen war, darf ich wohl nur mit wenigen Worten hier skizzieren. Ich bin derjenige, von welchem der erste Gedanke, einen Forstreservefonds zu begründen, ausgegangen ist und zwar in einem Vortrag, welchen ich dem Herrn Amtsvorgänger des jetzigen Herrn Staatsministers der Finanzen erstattet habe. Sodann habe ich, nachdem formell ein Antrag in derselben Richtung von dem damaligen Berichterstatter der Finanzkommission der Kammer der Abgeordneten, dem Herrn Grafen von Uxkull, gestellt worden war, eine Gesetzesvorlage mit solcher Energie und Beschleunigung fertiggestellt, daß der für diesen Gesetzesentwurf bestellte Berichterstatter der Kammer, der Abg. Liesching, die Promptheit, mit welcher die Vorlage noch in derselben Tagung eingebracht wurde, rühmend hervorgehoben hat. Weiter: Ich habe dafür gesorgt, daß die 300 000 Festmeter, für deren Erhebung eine 10jährige Frist vorgesehen war, schon nach wenigen Jahren zum Einschlag gebracht waren, so daß hiemit der Boden für Einbringung einer Gesetzesnovelle geebnet war. Aber auch in den Verhandlungen innerhalb der Verwaltung über diese Novelle habe ich mich grundsätzlich für deren Einbringung ausgesprochen, und die Meinungsverschiedenheit betraf nur das Maß der weiteren Inanspruchnahme der Staatsforsten, indem für die von dem Finanzministerium gewünschte Million Festmeter und andererseits für meinen auf den hälftigen Betrag gehenden Antrag Stimmengleichheit im Kollegium der Forstdirektion sich ergab, vorausgesetzt, daß auch das Votum des Kollegialvorstands gezählt wird. Schon damals habe ich nachdrücklich darauf hingewiesen, wie sehr die Bedürfnisse der laufenden Verwaltung steigen, was auch in vollem Maße eingetroffen ist.

Diesen Gegenstand verlassend, darf ich wohl hier über die Freitagssitzung vom 20. nur noch beifügen, daß ich bei Tit. 8a mit großer Wärme und Entschiedenheit die Regierungsvorlage, nämlich die Sache der Dienstesvereinfachung, also die Sache des Herrn Staatsministers der Finanzen, vertreten habe.

Um so überraschender war nun die Scene am folgenden Tag, bei Beginn der Samstagssitzung.

Ich befand mich kurz nach 9 Uhr in der Rotunde des Halbmondsaals im Gespräch mit einem Abgeordneten, als der Herr Staatsminister der Finanzen hereintrat und mir erklärte, ich hätte mich durch meine Ausführungen am vorhergehenden Tage eines Verstoßes ge-

gen die Disziplin schuldig gemacht und er sehe sich daher genötigt, von mir zu verlangen, daß ich den Saal verlasse. Und so wurde mir, einem verdienten und bejahrten Beamten, die Schmach angetan, mit meiner Mappe unter dem Arm an den in Schaaren in den Saal eintretenden Abgeordneten vorbei aus diesem Saal abzuziehen!

Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, daß ich mir einen Verstoß gegen die Disziplin habe zu Schulden kommen lassen, da ich nur die an mich persönlich gerichteten Anfragen der obengenannten Abgeordneten nach bestem Wissen beantwortet habe.

Welchen Hohn das Vorgehen des Herrn Staatsministers gegen mich ausgelöst hat, erhellt am besten aus den Worten der Abgeordneten v. Gauss und Keil. Der erstere sprach von dem »verflossenen Forstdirektor«, der letztere von »der Säge, die, wie es scheine, rasch gearbeitet habe«. Und dann der Widerhall in der Presse von den Tagesblättern im Lande bis zur Frankfurter Zeitung, in welchen zu lesen war, »der Staatsminister der Finanzen habe dem Präs. Gr. bedeutet, daß er seiner Dienste nicht mehr bedürfe«.

Und in dieser Weise behandelt und verabschiedet man einen in treuer Pflichterfüllung ergrauten Beamten; einen Mann, dessen Name schon auf Grund seiner literarischer Leistungen in den Fachkreisen von ganz Deutschland bekannt ist und dem man überall mit größter Hochachtung begegnet!

Die Empfindungen der Kränkung, mit welchen ich aus dem Dienst scheide, werden noch verstärkt durch die Tatsache, daß schon früher dem Herrn Staatsminister der Finanzen eine Waffe gegen mich durch meine eigenen Kollegen in die Hand gedrückt worden ist, und zwar wegen der Abgabe eines Sondergutachtens in der Frage der Ordnung der Holzhauer-Verhältnisse, in welcher ich nachher durch eine Umfrage bei einer größeren Zahl von Beamten des äußeren Dienstes, die mit wenigen Ausnahmen meinen Anschauungen beigegetreten sind, glänzend gerechtfertigt worden bin.

Ich stehe jetzt im 67. Lebensjahr und im 44. Dienstjahr. Meine Kräfte sind, Gott sei Dank, noch nicht gebrochen. Aber freilich, den Reibungen nach oben und innerhalb des Kollegiums bei der bestehenden Kollegialverfassung, wobei man es zwar von dem Vorstand gerne annimmt, daß er die Verwaltung nach außen in würdiger Weise vertrete, wobei aber demselben Vorstand, der in den Sitzungen gar nicht mitzustimmen hat, auch noch das einzige Mittel, um seinen Anschauungen Geltung zu verschaffen und sein fachmännisches Wissen in die Waagschale zu legen, nämlich der jederzeitige und ungebrochene Verkehr mit dem Herrn Staatsminister der Finanzen, verkümmert wird, – diesen Friktionen sind meine Kräfte allerdings nicht mehr gewachsen.

So scheide ich denn in dem Bewußtsein, für die Beamten, deren Wohlergehen mir anvertraut war, nach Pflicht und Gewissen gesorgt und auch dann, wenn ich ihnen ein Opfer pflichtmäßig auferlegen mußte, als ehrlicher Mann gehandelt zu haben.

Hiemit bitte ich, mich von den Herren verabschieden zu dürfen.

Graner

**Abschiedsschreiben des Präsidenten
Prof. Dr. Wagner
vom 30. September 1924**

Anlage 15

Betreff: Abschied des Präsidenten

Mit dem heutigen Tage trete ich nach 4jähriger Tätigkeit von der Leitung der Forstdirektion zurück, um zum akademischen Lehrberuf zurückzukehren. Deshalb drängt es mich, heute allen denjenigen meinen herzlichen Dank auszusprechen, die mir während dieser Zeit treue und selbstlose Mitarbeiter waren. Ich sage ihnen hiemit herzlich Lebewohl!

Unser Zusammenarbeiten erfolgte in erfreulicher Einmütigkeit und wurde erst in allerneuester Zeit leider durch Mißverständnisse und Verstimmungen gestört, ohne daß mir die Möglichkeit gegeben war, jene innerhalb der Verwaltung zu beseitigen, da sie vom Fachausschuß sofort vor das Ministerium getragen worden sind. Durch das Eingreifen des Herrn Finanzministers und die Aufklärung der Irrtümer, die sich eingeschlichen hatten, ist, wie ich zuversichtlich hoffe, das in heutiger Zeit mehr denn je notwendige Einvernehmen zwischen Forstdirektion und Beamtenschaft wiederhergestellt, doch möchte ich der Beamtenschaft für die Zukunft dringend raten, Kundgebungen, wie die Denkschrift des Fachausschusses und deren Begleitschreiben, hinter denen sie angeblich geschlossen stehen soll, vorher genau auf ihre Richtigkeit zu prüfen, damit sich nicht das Schauspiel vor dem Herrn Minister wiederholt, daß das ganze aus Mißverständnissen und unrichtigen Behauptungen aufgebaute Kartenhaus in sich zusammenfällt. Das Ansehen von Verwaltung und Beamtenschaft darf künftig keiner solchen Belastungsprobe ausgesetzt werden.

Die Resolution der Forstverbände Backnang und Gmünd, der sich Fachausschuß und Vertrauensmänner anschlossen, wie die eigene Denkschrift samt Begleitschreiben der letzteren, die trotz der vorher von mir gegebenen Aufklärungen nachher unverändert doch noch vorgelegt wurden, haben ebenso, wie die mündlichen Verhandlungen der letzten Wochen nur zu deutlich gezeigt, daß ohne volles Vertrauen zu den guten Absichten der Leitung und ohne hingebende Mitarbeit, wie auch eigene Fortbildung aller Mitarbeiter die Wirtschaft nicht zu höchstem Erfolg geführt und die Verwaltung nicht vor schweren Erschütterungen bewahrt werden kann.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, hier vor der gesamten Beamtenschaft die erwähnten Kundgebungen zu widerlegen. Ich gehe nicht auf die unfreundliche und mißtrauische Auslegung ein, welche die Forstdirektion in ihren Maßnahmen der letzten Zeit erfahren hat, die in der Konstruktion eines »**Gewalt- und Bevormundungssystems**« gipfelte, welche das Oberförstersystem zu nichts machen sollte. Ich kann auch denen, die es heute noch nicht verstehen, hier nicht Sinn und Ziel der Saumschlagwirtschaft, ihre Aufgabe, Wirkung und allmähliche Durchführung erläutern, was angesichts der »Schattenseiten«, welche die Denkschrift aufzählt, an sich sehr notwendig wäre. Ich muß mich vielmehr auf die Feststellung beschränken, daß ich vor 4 Jahren mein Amt aus den Händen des Herrn Finanzministers Liesching mit dem ausdrücklichen Auftrag empfing, den Saumschlag, wie ich ihn vertreten hatte, im Württ. Staatswald allgemein durchzuführen, da dies der Wille von Regierung und Land sei. Ich gestehe offen, daß ich damals diesen Auftrag nur nach Überwindung größter Bedenken übernommen habe, da mir die deutsche und ganz speziell schwäbische Abneigung gegen großzügige Durchführung einer Idee, weil es jeder wieder anders machen möchte, wohl bekannt war. Zur Erledigung des Auftrags und zur Weiterentwicklung der Forstwirtschaft in Württemberg überhaupt war es zunächst nötig, allgemeine Wirtschaftsgrundsätze aufzustellen (1921), die damals m. W. allgemeine Zustimmung fanden. Ebenso war eine Weiterentwicklung des Forsteinrichtungsverfahrens anzubahnen und zwar in direkter Fortbildung der Vorschriften von 1908 und 1911, wie überhaupt das ganze

System durchaus in der bisherigen Entwicklungslinie liegt, und die Aufstellung von Waldbauregeln in die Wege zu leiten. Beide Arbeiten sollten gleichzeitig der Durchführung des neuen Betriebssystems dienen.

Dazu kam schließlich noch der Abschluß der im Ausbau stecken gebliebenen Forstorganisation von 1902 und die Neubearbeitung der Allgemeinen Dienstvorschriften, zwei Aufgaben, die durch die Abbauverordnung zu beschleunigter Erledigung gedrängt wurden. All diese Arbeiten wurden durch die Inflation aufs äußerste erschwert. Wenn die Forstdirektion trotzdem die Arbeit nicht ruhen ließ und ihrerseits intensiv weiterarbeitet, so geschah dies einmal im Hinblick auf die bedrängte wirtschaftliche Lage des Landes und dann im Vertrauen auf willige Mitarbeit der Außenbeamten.

Die Allgemeinen Wirtschaftsgrundsätze nun nachträglich wieder in Frage zu stellen und die angeblichen Schattenseiten des in Durchführung begriffenen Systems in den Vordergrund zu stellen, heißt an den Grundlagen rütteln und damit die Stetigkeit der Wirtschaft gefährden. So etwas durfte von der Vertretung der Beamtenschaft nur unternommen werden, wenn durchschlagende Gründe vorlagen!

Ich habe das Vertrauen zu dem gesunden Sinn der Beamtenschaft, daß sie eine Störung des angefangenen Werks nicht duldet und kann meinen Posten mit dem ruhigen Vertrauen verlassen, daß dieses Werk zum Segen des Landes ohne Hemmung zu Ende geführt werden wird.

Wagner

In der Schriftenreihe der Landesforstverwaltung sind bisher erschienen:

- | | | |
|----------|--|---|
| Band 1: | DR. MAX SCHEIFELE
(1957) | Die Forstorganisation in Baden seit 1803 – Ein Beitrag zur Forstgeschichte Südwestdeutschlands |
| Band 2: | DR. HUGO BAUMANN
(1957) | Forstliche Luftbild-Interpretationen – Ein Beitrag zum Lesen und Auswerten forstlicher Luftbilder mit Vorschlägen zu ihrer zweckmäßigen Herstellung und Gestaltung für den praktischen Gebrauch |
| Band 3: | PROF. DR. EDUARD KIRWALD
(1958) | Heilung von Bodenwunden |
| Band 4: | ERNST BURCKHARDT
(1959) | Maschineneinsatz bei Ödland- und Kahlfächenaufforstung – Ein Erfahrungsbericht aus Baden |
| Band 5: | PROF. DR. KARL HASEL
(1960) | Studien zur Forstgesetzgebung in den ehemaligen Ländern Baden und Württemberg – mit einem Beitrag von Prof. Dr. Dr. h. c. Mantel |
| Band 6: | DR. ROLF ZUNDEL
(1960) | Ertragskundliche Untersuchungen in zweijährigen Beständen Nordwürttembergs mit Kiefer über Tanne (Fichte, Douglasie) |
| Band 7: | DR. FRITZ ALBRECHT
(1960)
und
DR. ERICH WOHLFAHRT
(1960) | 120 Jahre Forstwirtschaft im Stadtwald Vöhrenbach – Eine waldbau-
geschichtliche Studie aus dem Wuchsgebiet des südöstlichen badi-
schen Schwarzwaldes und der Buntsandstein-Baar
Vom Fichten-Kiefern-Tannen-Wald auf einer Buntsandsteinhoch-
ebene des südöstlichen Schwarzwaldes |
| Band 8: | DR. LUDWIG SCHÜLLI
(1960) | Der Staatswald Kaltenbronn – Ein Beispiel für die Entwicklung der
Forstwirtschaft in den Waldungen des nördlichen Schwarzwaldes
während der letzten 200 Jahre |
| Band 9: | Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Umwelt (1976) | Die Forstwirtschaft in Baden-Württemberg – Ein Überblick (3. Auf-
lage) |
| Band 10: | DR. WALTER SCHÖPFER
(1961) | Beiträge zur Erfassung des Assimilationsapparates der Fichte |
| Band 11: | DR. HANS BÜTTNER
(1961) | Der Einfluß von Düngestoffen auf Mortalität und Entwicklung forst-
licher Schadinsekten über deren Wirtspflanzen |
| Band 12: | DR. SIEGFRIED HÄBERLE
(1961) | Die repräsentative Ermittlung des Zeitbedarfs als Grundlage einer
Herleitung von Vorgabezeiten für den Holzeinschlag |
| Band 13: | DR. ROLF GRAMMEL
(1962) | Die Abhängigkeit der Arbeitskraftverhältnisse in der Forstwirtschaft
von der regionalen wirtschaftlichen Entwicklung – untersucht im Be-
reich der Forstdirektion Südwürttemberg-Hohenzollern |
| Band 14: | DR. H. M. BRECHTEL
(1962) | Methodische Beiträge zur Ökologie der Überschirmung und Auflicht-
ung einschichtiger Waldbestände (dargelegt an Problembearbeitun-
gen in Kiefernaltbeständen der Forstbezirke Isenburg und Schwetzing-
en) |
| Band 15: | RUDOLF EISENKOLB
(1963) | Der Staatswald Todtmoos
Dargestellt nach dem Allgemeinen Teil des Forsteinrichtungswerkes
1960 |
| Band 16: | DR. RENATE OLBERG
(1963) | Untersuchungen über den Einfluß von Bodenlockerung und Unkraut
auf das Wachstum von verschulten Kiefern und Fichten im Pflanz-
garten |
| Band 17: | DR. JÖRG WERNER
(1964) | Grundzüge einer regionalen Bodenkunde des südwestdeutschen
Alpenvorlandes |
| Band 18: | DR. ERNST VOLKER BÄRTHEL
(1965) | Der Stadtwald Breisach – 700 Jahre Waldgeschichte in der Aue des
Oberrheins |
| Band 19: | DR. WOLF DRESCHER
(1965) | Aus der Bestands- und Ertragsgeschichte von Beständen des süd-
lichen Hochschwarzwaldes |
| Band 20: | DR. EBERHARD WOERNER
(1965) | Die Bedeutung des Hofübergangs für den Wald im Bereich des ge-
schlossenen Hofguts des Schwarzwaldes |
| Band 21: | DR. WALTER SCHÖPFER
(1966) | Automatisierung der Massen-, Sorten- und Wertberechnung stehen-
der Waldbestände |
| Band 22: | DR. FRIEDEMANN KÄLBLE
(1966) | Ertragskundliche und waldbauliche Auswertung der Standortskartie-
rung im badischen Bodenseegebiet |
| Band 23: | Ministerium für Ernährung,
Landwirtschaft, Weinbau
und Forsten, Stuttgart (1967) | Südwestdeutsche Waldböden im Farbbild – Nach Aufnahmen von
K. Glatzel, R. Jahn u. a., erläutert von S. Müller unter Mitarbeit von
G. Schlenker und J. Werner |
| Band 24: | DR. LUDWIG SCHÜLLI
(1967) | Aufbau und Umwandlung in den Bauernwaldungen des mittleren
Schwarzwaldes von 1850–1960 |
| Band 25: | DR. PETER MAURER
(1968) | Das Wachstum der Douglasie im Schwarzwald |

Band 26:	DR. OSKAR VOGEL (1968)	Bestockungsumbau im Trockengebiet Oberrhein – Eine volkswirtschaftliche und landeskulturelle Aufgabe
Band 27:	DR. ERWIN KÖNIG (1968)	Der Einfluß des jahresperiodischen Verlaufs des Wassers- und Zuckergehaltes einiger Baumrinden auf das Schälen durch Rotwild
Band 28:	DR. HELMUT VOLK (1969)	Untersuchungen zur Ausbreitung und künstlichen Einbringung der Fichte im Schwarzwald
Band 29:	DR. EDUARD ALTHERR und PAUL MÖRMANN (1969)	Vorläufige Hilfszahlen zur Darstellung des Wachstums der Schwarzkiefer auf den nordbadischen Muschelkalkstandorten Erfahrungen mit der österreichischen Schwarzkiefer im Bereich der nordbadischen Muschelkalkplatte
Band 30:	DR. FRANZ SCHMITHÜSEN (1969)	Untersuchungen über Forstliche Konzessionen – Ein Beitrag zur Förderung der Forstwirtschaft in den Entwicklungsländern
Band 31:	DR. EKKEHARD KÖLLNER (1969)	Beitrag zur Frage der Herkunft der europäischen Lärche im badischen Bodenseegebiet
Band 32:	DR. DIETRICH KETTLER (1970)	Landschaftsplan Feldberg/Schwarzwald – Ein Beitrag zum Europäischen Naturschutzjahr 1970
Band 33:	DR. JAHN, SCHEFFOLD und HAUCK (1971)	Wurzeluntersuchungen an Waldbäumen in Baden-Württemberg
Band 34:	HELMUT VINNAI (1971)	Der Staatswald Nellingen – Allgemeiner Teil zum Wirtschaftsplan 1969/1978
Im Rahmen der Schrif- tenreihe	PETER WEIDENBACH (1971)	Naherholungsgebiet Schönbuch – Ein Beitrag zum Europäischen Naturschutzjahr 1970
Band 35:	DR. HEINER R. PABST (1971)	Ansätze zur Bewertung der Sozialfunktionen des Waldes
Band 36:	DR. WALTER LANG (1971)	Ökologische und hydrologische Untersuchungen in verschieden stark durchforsteten Fichten- und Lärchenbeständen des Schwarzwaldes – Ein Beitrag zum Problem der Wechselwirkungen zwischen Wald und Umwelt
Band 37:	DR. GERHARD PETRI (1971)	Der land- und forstwirtschaftliche Bodenmarkt in Baden-Württemberg – Ein Beitrag zur Waldbodenbewertung
Band 38:	DR. ULRICH AMMER und A. ALLMENDINGER (1972)	Das Killertal – Ein Beitrag zur Landschaftsplanung
Band 39:	DR. WENER LUFT (1973)	Waldbaulich-ökologische Untersuchungen bei der Femelschlagverjüngung im momentanen Tannen-Buchen-Wald des westlichen Hoch-Schwarzwaldes
Band 40:	DR. SIEGFRIED LEINERT (1973)	Die mechanische Entrindung von Nadelstammholz
Band 41:	DR. VOLKER HINK	Das Wachstum von Fichte und Tanne auf den wichtigsten Standorts-Einheiten des Einzelnwuchsbezirkes »Flächenschwarzwald« (Süd-württemberg-Hohenzollern)
Band 42:	Arbeitsgruppe Auerwild (1974)	Die Entwicklung des Auerwilds in Baden-Württemberg
Band 43:	WERNER STRITTMATTER (1974)	Ökologische und biologische Studien an der Baumart Douglasie
Band 44:	GERHARD KUNZ (1975) und DR. FRANK SIEBENBÜRGER	Der Sturmschaden in den Wäldern Baden-Württembergs im Jahre 1967
Band 45:	HANS-JÖRG OESCHGER (1975)	Methoden und Anwendungsmöglichkeiten wirtschaftlicher Prognosen in der Forstwirtschaft
Band 46:	PROF. DR. KARL HASEL (1976)	Douglasieanbau in Baden-Württemberg
Band 47:	DOROTHEA HAUFF und HEINRICH PESCH (1976)	Gesammelte Aufsätze von Victor Dietrich
Band 48:	DR. ULRICH RODENWALDT (1977)	Zur Geschichte der Forstgesetzgebung und Forstorganisation des Herzogtums Württemberg im 16. Jahrhundert
Band 49:	WOLFGANG BECHTER (1977)	Die Jagd an Donau, Schmied und Blau vom Ende des Mittelalters bis zum Jahr 1849 Der Wald einer alten Stadt
		Das Wachstum der Fichte im Wuchsgebiet Baar-Wutach

Band 50:	PROF. DR. KARL HASEL (1977)	Auswirkungen der Revolution von 1848 und 1849 auf Wald und Jagd auf Forstverwaltung und Forstbeamte, insbesondere in Baden
Band 51:	ANTON HAMMER (1978)	»Untersuchung über den Körperschaftswald in Bad.-Württ. unter besonderer Berücksichtigung der betriebswirtschaftlichen Lage im Forstwirtschaftsjahr 1974«
Band 52:	DR. WALTER RIEDL	Forsteinrichtungsstatistik 1961 – 1970 für die öffentlichen Waldungen in Baden-Württemberg Teil II Auswertung
Band 53:	WINFRIED MENG	Baumverletzungen durch Transportvorgänge bei der Holzernte Ausmaß und Verteilung, Folgeschäden am Holz und Versuch ihrer Bewertung

Die Bände 1, 10, 11, 22, 32 und 42 sind vergriffen – alle anderen Bände können bei der Baden-Württembergischen Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt, Sternwaldstraße 16, 7800 Freiburg im Breisgau, bezogen werden.

Lebenslauf

Am 27. Januar 1932 wurde ich als Sohn des damaligen Bürgermeisters der Gemeinde Steinbach, Alois Ott, und dessen Ehefrau Hilde, geb. Hamma, in Plochingen a. N. (Kreis Esslingen a. N.) geboren. Meine Schulbildung erhielt ich von 1938 – 1942 an der Schillerschule und von 1942 – 1951 am Georgii-Gymnasium in Esslingen a. N.

Nach der Reifeprüfung begann ich das Studium der Forstwissenschaft an der Universität Freiburg i. Br. Im Anschluß an die Vorprüfung studierte ich im Sommersemester 1953 in München, um dann nach Freiburg zurückzukehren, wo ich im November 1955 die Diplomprüfung ablegte. Während der Semesterferien hatte ich als Praktikant bei mehreren baden-württembergischen Forstämtern sowie in Schweden und Jugoslawien gearbeitet. Die Referendarzeit verbrachte ich bei den Forstämtern Ellwangen, Kirchheim u. T., Wiernsheim und Badenweiler. Meine Ausbildung beendete ich im November 1958 mit der Großen Staatsprüfung.

Nach der Ernennung zum Forstassessor wurde ich zunächst dem Forstamt Herrenberg als 2. Beamter und dann der Waldarbeitsschule Itzelberg (Forstamt Königsbronn) zugewiesen. Von Januar 1960 bis Juni 1965 war ich als Referent im Referat Waldarbeit, Jagd, Fischerei und Naturschutz des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingesetzt und anschließend im Referat Forstpolitik der Forstdirektion Nordwürttemberg in derselben Stellung tätig, bis ich am 1. Juni 1966 das Forstamt Mössingen übernahm. Nach 2jähriger Tätigkeit als Leiter dieser Dienststelle wurde ich zum 1. Juni 1968 zum Leiter des Referats Waldarbeit, Forsttechnik, Jagd und Fischerei des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten berufen. Im April 1972 übernahm ich die Leitung des Referats Forstpolitik, das ein Jahr später um das Sachgebiet Raumordnung und Landespflege erweitert wurde. Seit Juni 1974 bin ich zugleich stellvertretender Leiter der Abteilung Landesforstverwaltung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt.

